



## **Reader zum Webinar**

50 JAHRE «GRENZEN DES WACHSTUMS»

Samstag, 3. September, 10.00 bis 13.00 Uhr  
SP Kanton Zürich, Gartenhofstrasse 15, 8004 Zürich

**Die SP zwischen Wirtschaftswachstum, Wachstumskritik und  
(Post-)Wachstumsgesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert**

### **Referierende:**

Sabin Bieri, CDE, Universität Bern  
Stephanie Moser, CDE, Universität Bern  
Roman Rossfeld, Historisches Institut, Universität Bern  
Irmis Seidl, WSL Birmensdorf / ETH Zürich

### **Moderation:**

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin, SPS

PROGRAMM ZUM WEBINAR: 50 JAHRE «GRENZEN DES WACHSTUMS»

## **Die SP zwischen Wirtschaftswachstum, Wachstumskritik und (Post-) Wachstumsgesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert**

Der Ökonom Birger Priddat hat Wachstum kürzlich als «heaven on earth-Narrativ» und säkulares Erlösungsversprechen des Kapitalismus beschrieben. Wachstum gilt bis heute als Allheilmittel für viele gesellschaftliche Herausforderungen. Spätestens seit der «Ölpreiskrise» sind aber auch die «Grenzen des Wachstums» und der mit dem Wachstum verbundene Ressourcenverschleiss verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Seit den 1970er Jahren entstanden neue Konzepte, die mit den Begriffen «qualitatives», «nachhaltiges» oder «grünes Wachstum» umschrieben werden können.

50 Jahre nach der Publikation des «Club of Rome» von 1972 stellt sich die Frage nach den Grenzen des Wachstums aber eindringlicher als je zuvor. Wer heute vom Klima spricht, darf über Wachstum nicht schweigen. Wie aber könnte eine weniger stark an Wachstum – oder stärker an Suffizienz – orientierte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik aussehen, und was würde dies für traditionell linke Themen wie soziale Sicherheit, Verteilungsgerechtigkeit, die Förderung von Genossenschaften oder die seit Jahrzehnten eingeforderte Demokratisierung der Wirtschaft bedeuten?

Das Webinar vom 3. September gibt einen Einblick in aktuelle Wachstums-Debatten und die Möglichkeiten einer Postwachstumsgesellschaft. Gemeinsam diskutieren wir die Position der SP zur Wachstumsfrage.

### **Programm:**

10.00 Uhr: Rebekka Wyler: Begrüssung

10.05–10.25 Uhr: Roman Rossfeld: Wachstum: Wirtschafts- und Kulturgeschichte eines Schlüsselbegriffs der Moderne

10.25–10.45 Uhr: Sabin Bieri: Von Lückenbüsserinnen und Versorgungslücken – feministische Wachstumskritik

Kurze Pause

10.55–11.15 Uhr: Stephanie Moser: Zeit versus Geld: Zur Rolle von Zeitwohlstand angesichts der ökologischen Krise

11.15–11.45 Uhr: Irmi Seidl: Wachstumsunabhängigkeit: Wege aus der ökonomischen Expansion

Kurze Pause

11.55–12.55 Uhr: Diskussion mit den Teilnehmer:innen: Die SP zwischen Wirtschaftsförderung und Wachstumskritik, Klimakrise und sozialer Sicherheit mit Sabin Bieri, Stephanie Moser, Roman Rossfeld, Irmi Seidl und Rebekka Wyler (Moderation)

12.55 Uhr: Ausblick und Abschluss

## ***Inhaltsverzeichnis / Textauswahl:***

Binswanger, Hans Christoph: Wachstumszwang und Wachstumsdrang in der modernen Wirtschaft, in: Woynowski, Boris et al. (Hg.): Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende, Freiburg i. Br. 2012, S. 45–53.	5
Schmelzer, Matthias: «Expandiere oder stirb». Das Wachstumsparadigma, die OECD und die Steigerungslogik wirtschaftlicher Expansion, in: Geschichte und Gesellschaft, 41 (2015), S. 1–39.	15
Jackson, Tim: Die Grenzen des Wachstums, in: Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, München 2017, S. 33–60.	55
Kallis, Giorgos, Federico Demaria, Giacomo D’Alisa: Degrowth, in: D’Alisa, Giacomo et al. (Hg.): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära, München 2015, S. 17–39.	73
Welzer, Harald: Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt, in: Welzer, Harald, Klaus Wiegandt (Hg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft, Frankfurt a. M. 2013, S. 35–59.	88
Binswanger, Mathias: Die Tretmühlen des Glücks. Warum Wachstum die allgemeine Lebenszufriedenheit nicht erhöht, in: Fischer, Ernst Peter, Klaus Wiegandt (Hg.): Dimensionen der Zeit. Die Entschleunigung unseres Lebens, Frankfurt a. M. 2012, S. 248–267.	102
Wiegandt, Klaus: Hindernisse auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, in: Welzer, Harald, Klaus Wiegandt (Hg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft, Frankfurt a. M. 2013, S. 60–89.	113
Sanders, Christoph: Degrowth-Politik, Resonanz und mentale Infrastrukturen, in: Adler, Frank, Ulrich Schachtschneider (Hg.): Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft, München 2017, S. 103–116.	129
Seidl, Irmi, Angelika Zahrt: Erwerbsarbeit, Tätigsein und Postwachstum, in: Seidl, Irmi, Angelika Zahrt (Hg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg 2019, S. 9–25.	144
Bader, C., Moser, S., Neubert, S., Hanbury, H., Lannen, A.: Free Days for Future? (CDE Policy Brief No.18), Bern 2021.	154
Bader, Christoph et al.: Weniger ist Mehr – Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Weniger arbeiten als Transformationsstrategie für eine ökologischere, gerechtere und zufriedenerere Gesellschaft – Implikationen für die Schweiz (CDE Working Papers 6), Bern Open Publishing (BOP) 2020.	161
Herrigel, Johanna, Anja Peter: Degrowth aus der Perspektive der feministischen Ökonomie, in: Franzini, Luzian et al. (Hg.): Postwachstum? Aktuelle Auseinandersetzungen um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel (Denknetz Jahrbuch 2021), Zürich 2021, S. 47–59.	204
Madörin, Mascha: Die Logik der Care-Arbeit. Annäherungen einer Ökonomin, in: Gurny, Ruth, Ueli Tecklenburg (Hg.): Arbeit ohne Knechtschaft. Bestandsaufnahmen und Forderungen rund um das Thema Arbeit, Zürich 2013, S. 128–145.	212





## Wachstumszwang und Wachstumsdrang in der modernen Wirtschaft

*Hans Christoph Binswanger*

Die moderne Wirtschaft ist auf Wachstum angelegt. Sie unterliegt einem Wachstumszwang und einem Wachstumsdrang. Wachstumszwang heißt, dass die Alternative zum Wachstum Schrumpfung ist. Wachstumsdrang heißt, dass in der modernen Wirtschaft Kräfte wirksam sind, die das Wachstum über das zur Vermeidung der Schrumpfung notwendige Ausmaß hinaustreiben.

Das Wachstum ist in den letzten 20 Jahren in gefährlicher Weise ausgeufert. Es droht immer häufiger in spekulative Blasen auszuarten. Das Platzen solcher Blasen führt über Finanzkrisen zu Wirtschaftskrisen. Wenn die Unterstützungsmaßnahmen der Zentralbanken und der Regierungen helfen, die Krise zu überwinden, führt dies zwar zu einer neuen Belebung des Wachstums, aber auch bald wieder zu neuen Krisenerscheinungen, zur Bildung neuer Blasen oder zur Inflation. Zusätzlich müssen wir in der Folge des fortdauernden Wachstums mit der Zunahme ökologischer Krisen rechnen. Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, als sich die ersten Anzeichen solcher Krisen bemerkbar machten, sind überall große Anstrengungen zur Ressourceneinsparung und zum Umweltschutz unternommen worden. Aber trotz vieler Erfolge hat der Verbrauch von Rohstoffen, Energie, Wasser und Boden sowie die Menge der Abfälle, der Emission von Treibhausgasen und anderer Emissionen in einer Weise zugenommen, dass die ökologischen Krisen immer deutlicher spürbar werden.

Im Zuge von Finanz- und Wirtschaftskrisen flacht sich zwar der Ressourcen- und Umweltverbrauch ab, aber die ökonomischen Krisen sind nicht die »Lösung« für ökologische Krisen. Vielmehr gilt es, die Wirtschaftsstruktur und den Wirtschaftsprozess so zu ändern, dass die wirtschaftliche Entwicklung sowohl weniger krisenanfällig und damit ökonomisch stabiler wird, als auch gleichzeitig dem ökologischen Anspruch auf Vermeidung von Raubbau an der Natur genügt. Eine solche nachhaltige Wirtschaftsweise ist nicht möglich ohne Mäßigung. Dabei geht es nicht um einen Verzicht auf Wachstum, sondern um eine Minderung des exponentiellen Wachstumszwangs und Wachstumsdrangs. Das Ziel muss sein, den Reichtum zu halten, indem man auf seine exzessive Steigerung verzichtet. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die globale Wachstumsrate so weit gesenkt werden, dass das Wachstum nicht immer wieder in spekulative Blasen ausartet, die, wenn sie platzen, die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen, und außerdem nur so hoch ist, dass die durch spezifische Maßnahmen erreichte bzw. erreichbare Minderung des Ressourcen- und Umweltverbrauchs pro Produkteinheit nicht ständig durch eine Erhöhung der Produktmenge überholt wird.

Da der Ressourcen- und Umweltverbrauch durch die Zunahme der Weltbevölkerung mitverursacht wird, müssen ergänzende Maßnahmen zur Bremsung des Bevölkerungswachstums durch eine entsprechende Bevölkerungspolitik hinzutreten. Um sich vorstellen zu können, welche Reformen nötig sind, um eine Minderung des Wachstumszwangs und Wachstumsdrangs zu erreichen, muss die Funktionsweise der modernen Wirtschaft eingehender untersucht werden, als dies in der konventionellen Ökonomie üblich ist. Insbesondere muss das Geld und die sich ins Unendliche fortsetzende

Geldschöpfung mit ihrer Auswirkung auf den Naturverbrauch in die Erklärung einbezogen werden.

Ausgangspunkt ist die einfache Feststellung: Auf's Geld kommt es an! Im Geld – sowohl in seiner Entstehung wie in seinen Wirkungen – liegt in gewissem Sinn eine Magie verborgen, die ein stetes Wachstum ermöglicht und gleichzeitig dazu antreibt; eine Magie, die durchaus rational beschrieben werden kann, aber doch als Magie bestehen bleibt. Ohne Einbezug dieser Magie ist die moderne Wirtschaft nicht erklärbar und nicht im Sinne der Nachhaltigkeit reformierbar.

Zuerst muss man wissen, was Geld ist; was *heute* Geld ist. Geld ist alles, womit man zahlen kann, nämlich einerseits mit Banknoten, also mit Papiergeld, sowie andererseits mit Sichtguthaben bei den Banken, d.h. mit Guthaben, die auf den Girokonten bei den Banken verbucht werden. Das Bank- oder Buchgeld kann in Banknoten eingelöst werden, aber die Banknoten nicht mehr wie früher in Goldmünzen. Die letzten Reste einer solchen Einlösungspflicht sind anfangs der 1970er Jahre abgeschafft worden. Seither ist die Zentralbank in der Lage, ohne Rücksicht auf irgendwelche Goldreserven den Banken Einlagen auf Zentralbankkonten zur Verfügung zu stellen, die in Banknoten umgewandelt werden können. Auf diese Weise kann die Menge des Geldes – des Zentralbankgeldes und des Bank- bzw. Buchgeldes – stets erhöht werden, ohne an Grenzen zu stoßen, die früher durch die begrenzten Goldvorräte gegeben waren. Man spricht daher von Geldschöpfung in Analogie zur Weltschöpfung, von der es heißt, dass sie aus dem Nichts entstanden ist.

Der »Zaubertrick« der Geldschöpfung ist, dass sie sowohl das reale Wachstum des Sozialprodukts und damit der Einkommen der Haushalte verursacht als auch, wenn sich das Wachstum fortsetzt, gleichzeitig eine ständige Steigerung der Gewinne – der Geldgewinne – ermöglicht, die das Wachstum attraktiv machen. Die Geldschöpfung lohnt sich also sowohl im Bereich der realen als auch im Bereich der monetären Werte.

Dadurch erhält das wirtschaftliche Wachstum gewissermaßen eine magische Anziehungskraft. Wie kommt es zu dieser Belohnung, zu dieser Anziehungskraft? Dies ist die entscheidende Frage, der die konventionelle Ökonomik ausweicht, der man sich aber stellen muss, wenn man den Wachstumsprozess, der sich in einer Spiralform entwickelt, in seiner Funktionsweise begreifen will. Ich gehe in drei Schritten vor, um diese Entwicklung zu erklären. In drei weiteren Schritten werden die Konsequenzen aufgezeigt.

### **1. Das Prinzip der Geldschöpfung: Schulden verwandeln sich in Geld**

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Feststellung, dass die Banken nicht einfach nur Geld, das von irgendjemand gespart wird, an diejenigen vermitteln, die Geld benötigen, d.h. von dem einen Geld leihen, das sie anderen weiterverleihen. Sie sind nicht nur Zwischenhändler. Vielmehr schöpfen sie, wie bereits gesagt, zusammen mit der Zentralbank, Geld. Sie sind Produzenten von Geld. Sie schaffen ständig neues Geld. Wie geschieht dies? Die Geldschöpfung erfolgt durch Kreditschöpfung, d.h. dadurch, dass die Banken den Kreditnehmern – es handelt sich neben dem Staat und den privaten Haushalten vor allem um Unternehmungen – den Kreditbetrag auf einem Giro- oder Kontokorrentkonto bei sich gutschreiben. Dieser Kreditbetrag ist eine Einlage bei der Bank, die man als Sichteinlage bezeichnet, weil man ohne Voranmeldung – auf Sicht – über sie verfügen, d.h. damit zahlen oder sie in Banknoten einlösen kann.

Der Kredit der Bank an den Kreditnehmer ist eine Schuld des Kreditnehmers an die Bank. Aber das Guthaben des Kreditnehmers bei der Bank, die Sichteinlage, ist ebenfalls eine Schuld, nämlich eine Schuld der Bank an den Kreditnehmer. Sie wird auf der Passivseite der Bankbilanz gebucht. Warum? Weil die Bank verpflichtet ist, dieses Guthaben in Banknoten, d.h. in Geld der Zentralbank, einzulösen. *Diese Schuld ist aber – wir haben es schon gesagt – gleichzeitig Geld, nämlich Bank- oder Buchgeld.* Weil man mit dem Bank- oder Buchgeld genauso gut oder sogar noch bequemer als mit Bargeld – durch Schecks, Überweisungsaufträge oder mit Hilfe von Kreditkarten – zahlen kann, wird es nur zu einem geringen Teil in Banknoten eingelöst. Es bleibt somit als Sichtguthaben der Kreditnehmer bei der Bank und damit als Schuld der Bank auf den Girokonten der/Kreditnehmer stehen. Das Bank- oder Buchgeld vermehrt sich daher ständig mit den Schulden der Kreditnehmer *und* den Schulden der Banken, *also durch eine gegenseitige Verschuldung von Kreditnehmern und Banken.*

Die Verschuldung der Banken und die Verschuldung der Kreditnehmer sind nun allerdings asymmetrisch. Der Kreditnehmer muss die Schuld begleichen und einen Zins bezahlen, solange er schuldig bleibt. Die Banken hingegen müssen nur einen kleinen Teil der Schuld begleichen, nämlich den (geringen) Teil, der in Banknoten eingelöst wird. Sie brauchen auch für diese Schuld keinen bzw. nur einen geringen Zins zu zahlen. Warum? Weil ihre Schuld eben Geld darstellt.

Wie steht es nun aber mit den Banknoten der Zentralbank? In dem (geringen) Ausmaß, als das Buchgeld in Banknoten eingelöst wird, steigt deren Menge parallel zur Ausweitung der Buchgeldmenge, indem die Zentralbank den Banken Zentralbankgeld auf dem Kreditweg – genauer; durch Übernahme eines Teils der Kredite, die die Banken gewährt haben – in Form von Einlagen bei sich zur Verfügung stellt. Die Banken verschulden sich also bei der Zentralbank. Das Zentralbankgeld, d.h. die Zentralbankeinlagen der Banken bzw. die Banknoten, sind aber ebenfalls eine Schuld – eine Schuld der Zentralbank. Sie wird auf der Passivseite der Zentralbankbilanz gebucht, denn die Zentralbank musste sie ursprünglich in Gold einlösen. Auch hier handelt es sich also um eine gegenseitige Verschuldung, nämlich eine Verschuldung der Banken bei der Zentralbank und der Zentralbank bei den Banken.

Auch in diesem Fall sind die Verschuldungen asymmetrisch. Die Banken müssen die Schuld begleichen, d.h. die Kredite an ihre Kreditnehmer, die sie an die Zentralbank weitergereicht haben, wieder zurücknehmen und für den Kredit einen Zins bezahlen. Die Zentralbank selber muss aber – das ist nun das Entscheidende – ihre Schuld nie begleichen, weil sie sie nie mehr in Gold einlösen muss. Es handelt sich um eine »ewige« Schuld. Die Zentralbank zahlt auch den Banken in der Regel keine Zinsen, weil die Zentralbankschuld für die Banken – und, wenn sie in Banknoten umgewandelt wird, auch für die Nicht-Banken – Geld darstellt.

Daraus resultiert: Da die einzige Schranke für die Ausgabe von Buchgeld der Banken ihre Einlösbarkeit in Zentralbankgeld bzw. Banknoten ist, diese aber nicht mehr in Gold eingelöst werden müssen, und weil die Zentralbank den Banken daher grundsätzlich unbeschränkt Zentralbankgeld bzw. Banknoten zur Verfügung stellen kann, beruht unser ganzes Geldsystem heute auf der Vermehrung »ewiger« Schulden. »Ewige« Schulden, die man nie bezahlen muss, kann man unendlich vermehren! So werden Schulden zu Geld, d.h. zu Vermögen, das sich unendlich anhäuft. Das ist das Wesen der im Geldsystem waltenden Magie: aus Minus (-) gleich Schuld wird ein Plus (+) gleich (Geld-) Vermögen.

## **2. Die Metamorphose des Geldes: Das Wachstum der Geldmenge verwandelt sich in reales Wachstum**

Maßgebend für die Metamorphose des Geldes in reale Güter ist: Die Kredite der Banken werden von den Unternehmungen im Wesentlichen dazu verwendet, zu investieren, d.h., um zusätzliche Rohstoffe, Energie und Arbeitsleistungen zu kaufen und mit deren Hilfe die Produktion zu steigern, denn sie wollen ja Geld verdienen, indem sie Güter produzieren, die sie verkaufen können. So wird das neu geschöpfte Geld, wenn auch erst *nachträglich*, doch einlösbar – zwar nicht in Gold, aber in zusätzlich produzierte Güter. Es ist zwar in der Regel eine geringe Erhöhung des Preisniveaus damit verbunden, die sogenannte schleichende Inflation, aber die Produktionsmenge steigt normalerweise schneller. Die Geldvermehrung verpufft also nicht einfach in Inflation. Die Geldschöpfung führt vielmehr zur realen Wertschöpfung, d.h. zu einem realen Zuwachs des Sozialprodukts. Dies ist die moderne Metamorphose des Geldes, d.h. die Verwandlung des Geldes in reale Güter. So wird das Geld, das (Geld-)Vermögen, auch zu einem realen Vermögen.

## **3. Das Perpetuum mobile: Die Geldschöpfung führt über die Wertschöpfung zur Zunahme der Gewinne – und die Zunahme der Gewinne ermöglicht weitere Geld- und Wertschöpfung**

Damit die Verwandlung der Geldschöpfung in reale Wertschöpfung gelingt, müssen die Unternehmungen, die in Ergänzung zum Eigenkapital Kredite aufnehmen, einen Gewinn erzielen können, aus dem der Zins für die Kredite bezahlt wird und der darüber hinaus auch noch einen Reingewinn enthält, der das Investitionsrisiko des Eigenkapitals kompensiert.

Das Investitionsrisiko ergibt sich daraus, dass die Investitionen erst in der Zukunft ausreifen, indem die Güter, die aufgrund der Investitionen heute produziert werden, erst morgen verkauft werden können; denn sie können erst verkauft werden, wenn sie produziert worden sind. Die Arbeitsleistungen und Produktionsmittel (Boden, Energie, Rohstoffe) müssen aber heute schon bezahlt werden – und die Zukunft ist immer unsicher. Ohne Aussicht auf einen Gewinn, d.h., ohne dass der Erwartungswert des Gewinns positiv ist, werden daher die Unternehmungen nicht investieren, kein Kapital einsetzen, das Investitionsrisiko nicht auf sich nehmen. Dies muss im Durchschnitt für *alle* Unternehmungen gelten, wenn die Wirtschaft funktionieren soll.

Das heißt: Es muss die Chance eines Gewinns stets größer sein als die Chance eines Verlusts. Der Erwartungswert des Gewinns in der Gesamtwirtschaft muss positiv sein. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn die Häufigkeit des Gewinns stets größer war und weiterhin größer ist als die Häufigkeit des Verlusts, wenn also die Unternehmungen im Saldo stets Gewinne gemacht haben und machen, also aus der Summe von Gewinnen und Verlusten stets ein Gewinnüberschuss resultiert. Wie ist dies möglich?

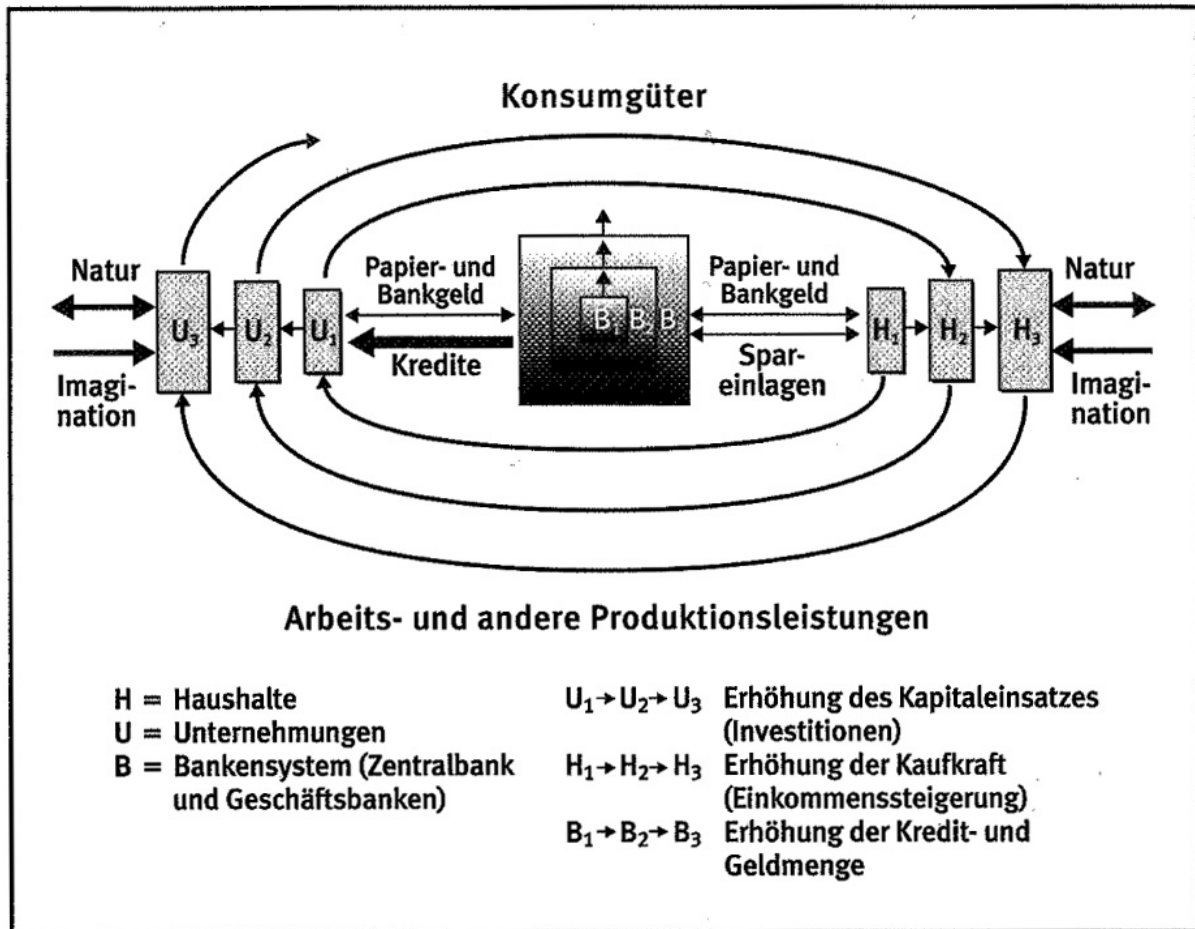
Die Gewinne aller Unternehmungen zusammen sind grundsätzlich gleich der Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Unternehmungen, genauer: zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Unternehmungen für die Herstellung der Produkte, aus denen sie dann Einnahmen erzielen. Damit die Unternehmungen zusammen im Saldo stets Gewinne erzielen können, müssen daher die Einnahmen aller Unternehmungen zusammengenommen stets größer sein als die Ausgaben aller Unternehmungen zusammen. Dies ist offensichtlich nicht möglich, wenn das Geld nur im Kreis läuft, d.h., wenn das Geld,

das die Unternehmungen den Haushalten für ihre Produktionsleistungen bezahlen, einfach wieder von den Haushalten dazu verwendet wird, um die Produkte zu kaufen, die die Unternehmungen mit ihrer Hilfe hergestellt haben. Denn dann würden sich Einnahmen und Ausgaben der Unternehmungen nur immer gerade ausgleichen. Es entstünde also in der Summe von Gewinnen und Verlusten kein positiver Gewinnsaldo. Es könnten dann weder Zinsen bezahlt noch Reingewinne erzielt werden, die das Risiko des Kapitaleinsatzes decken. Ein positiver Gewinnsaldo und damit die Möglichkeit, Zinsen für das Fremdkapital zu bezahlen und Reingewinne zu erzielen, kann gesamtwirtschaftlich nur entstehen, wenn ständig Geld zufließt.

Wie fließt aber in der modernen Wirtschaft Geld zu? Wir wissen es bereits: indem die Unternehmungen bei den Banken Kredite aufnehmen, die die Banken mindestens zum Teil durch Geldschöpfung bereitstellen, also durch Vermehrung der Geldmenge auf dem Kreditweg. Die Unternehmungen brauchen die Kredite – wie gesagt –, um zu investieren, d.h., um das aufgenommene Geld, zusammen mit dem reinvestierten Reingewinn, für den Kauf zusätzlicher Arbeitsleistungen und Produktionsmittel zu verwenden, also um zu wachsen. Die Einkommen der Haushalte als Anbieter dieser Arbeits- und Produktionsvorleistungen steigen auf diese Weise mit dem Wachstum des Sozialprodukts, und die Gewinne der Unternehmungen steigen ihrerseits mit dem Wachstum der Einkommen der Haushalte, die für den Kauf der Produkte ausgegeben werden, die die Unternehmungen hergestellt haben.

Dabei ist zu beachten: Die Haushalte geben ihr Einkommen für den Kauf der Produkte, welche die Unternehmungen herstellen, *sofort* aus. Ihre Einkommen werden daher *sofort* zu Einnahmen der Unternehmungen, die aus dem Verkauf der Produkte an die Haushalte resultieren. Der Einkommenseffekt der Investitionen tritt also unmittelbar ein. Zu diesem Zeitpunkt können die Unternehmungen aber nur die Produkte verkaufen, die schon produziert worden sind, die sie also vor der neuen Investition hergestellt haben; für deren Herstellung sie also im Betrag der neuen Investitionssumme weniger Geld ausgegeben haben. Der Kapazitäts- bzw. Produktionseffekt hinkt somit dem Einkommenseffekt hinterher. Der Vorsprung des Einkommens vor dem Kapazitäts- bzw. Produktionseffekt bedeutet, dass die Einnahmen der Unternehmungen *vor* den Ausgaben für die Produkte, die sie verkaufen, steigen. So entsteht in der Volkswirtschaft gesamthaft, d.h. im *Saldo* aller Gewinne und Verluste, stets ein Gewinn, wenn sich das Wachstum der Wirtschaft fortsetzt.

Dies sind die drei Schritte zur Erklärung der Wachstumsspirale und der ihr zugrunde liegenden Magie. Der Wirtschaftskreislauf weitet sich zu einer Wachstumsspirale aus. Auf diese Weise hält sich der Wachstumsprozess mit Hilfe stets neuer Schulden, die zu Geld werden, selbst im Gange. Er wird zu einem Perpetuum mobile (Vgl. Abb. 1).



**Abbildung 1:** Die Wachstumsspirale. Der wirtschaftliche Kreislauf zwischen Haushalten und Unternehmungen – Kauf der von Haushalten erbrachten Arbeits- und Produktionsleistungen durch die Unternehmungen und Kauf der von den Unternehmungen produzierten Konsumgüter durch die Haushalte – weitet sich durch die Investitionen der Unternehmungen sowie durch die Einkommenssteigerung der Haushalte bei jeder »Umdrehung« aus. So wird aus dem Kreislauf eine Spirale. Die Zahlungen der Unternehmungen an die Haushalte und die der Haushalte an die Unternehmungen erfolgen über das Bankensystem (Papier- und Bankgeld). Das Bankensystem weitet sich aus durch das Wachstum der Bankbilanzen aufgrund der Erhöhung der Kredit- und Geldmenge. Die Ausweitung des Kreislaufs zur Spirale wird ermöglicht durch die Entnahme von Ressourcen aus der Natur (bei gleichzeitiger Abgabe von Abfällen und Emissionen an die Natur), durch die Imagination des Menschen, der neue Produkte und Verfahren erfindet, sowie durch die Geldschöpfung auf dem Kreditweg (dicke Pfeile).

#### 4. Der Wachstumszwang: Die Alternative zum Wachstum ist Schrumpfung!

Das Wachstum des Sozialprodukts mündet allerdings – das ist die Kehrseite der Medaille – in einen Wachstumszwang. Der Wachstumsprozess *muss* immer weitergehen, denn wenn nicht immer eine neue Ausweitung der Geldmenge aufgrund neuer Investitionen erfolgt, die eine zusätzliche Nachfrage erzeugt, fällt die aus der letzten Investition nachrückende Angebotserhöhung sozusagen ins Leere. Dann steht dem schon erfolgten Zuwachs des Angebots kein entsprechender Zuwachs der Nachfrage gegenüber. Der Kapazitäts- bzw. Produktionseffekt der Investitionen der vergangenen Periode tritt ein, ohne dass er vom Einkommenseffekt einer neuen Investition aufgenommen wird. Entsprechend sinkt die Gewinnrate.

Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass sich durch die Zinszahlungen der Unternehmungen an die Banken die Geldmenge ständig reduziert. Dieser Geldschwund muss wieder durch eine zusätzliche Erhöhung der Bankkredite ausgeglichen werden. Sonst sinkt die Gewinnrate schließlich unter die Höhe, welche die Unternehmungen bzw. die Kapitalgeber im Minimum für das Eingehen des Investitionsrisikos erwarten. Dann werden die Unternehmungen nicht mehr für Ersatzinvestitionen sorgen und so allmählich die Produktion auslaufen lassen. Schließlich können auch die Zinsen nicht mehr bezahlt werden. Ein immer größerer Teil der Unternehmungen wird Verluste machen und daher durch Bankrott aus dem Produktionsprozess ausscheiden. An die Stelle des Wachstums der Wirtschaft tritt eine fortlaufende Schrumpfung der Wirtschaft. Die Wachstumsspirale kehrt sich um und mündet in eine Schrumpfungsspirale. Offenbar besteht also im heutigen Geldsystem ein Wachstumszwang in dem Sinne, dass, wenn eine minimale Wachstumsrate unterschritten wird, die Alternative zum Wachstum Schrumpfung ist. (Vgl. Abb. 2) Das heißt: Stabilität und Nullwachstum sind im heute gegebenen Geldsystem nicht möglich.

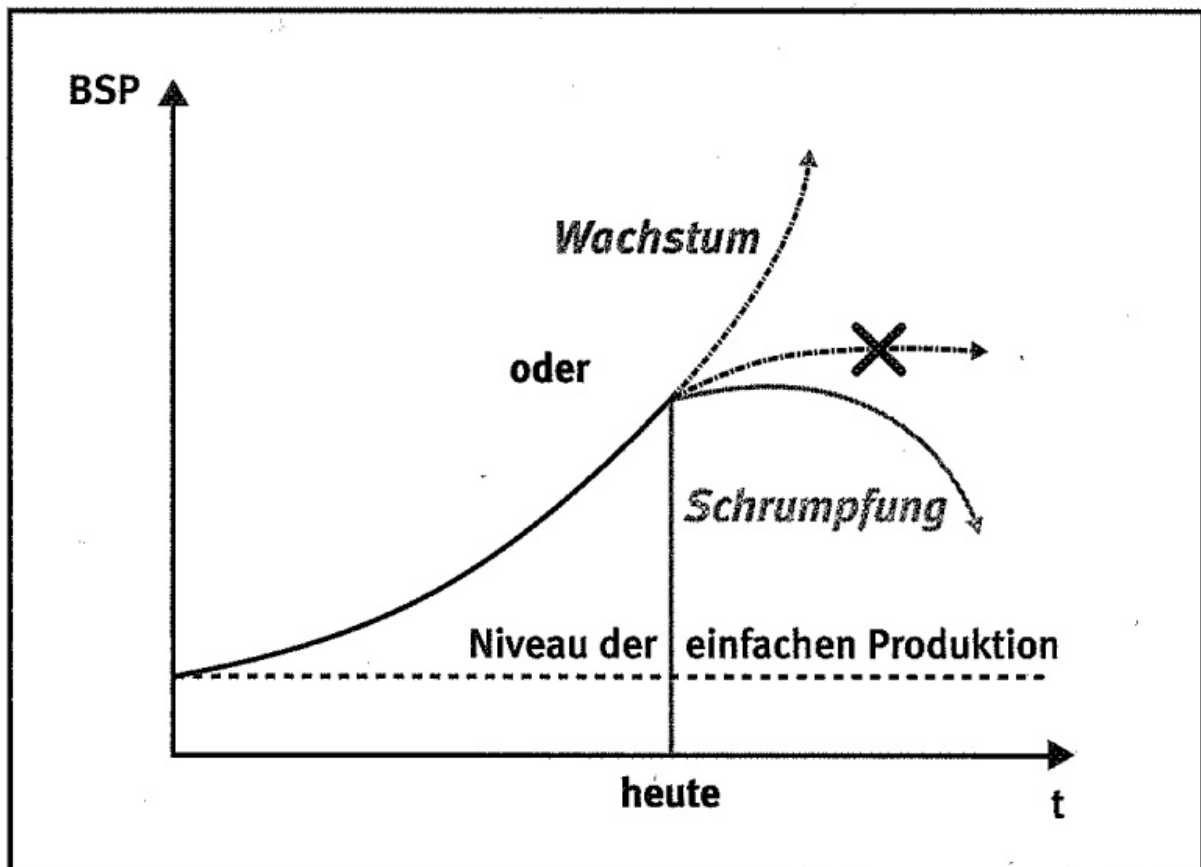


Abbildung 2: Der Wachstumszwang. Die Alternative zum Wachstum ist Schrumpfung.

Es darf bei den gegebenen Bedingungen unseres Geldsystems kein Ende des Wachstums geben. Dieser Zwang ist sozusagen der Preis, den wir für die Magie zahlen müssen, die unser Geldsystem mit dem ihm immanenten wirtschaftlichen Wachstum kennzeichnet.

## 5. Der Wachstumsdrang: Gewinnmaximierung und Spekulation führen zu Finanzblasen und Wirtschaftskrisen

Dem Wachstumszwang steht ein Wachstumsdrang zur Seite. Dieser ergibt sich daraus, dass die Unternehmungen bzw. die Eigenkapitalgeber, also vor allem die Aktionäre der Aktiengesellschaften, wenn sie schon das Risiko der Investition eingehen, nicht nur einen minimalen, sondern einen möglichst großen Reingewinn erzielen wollen. Dieses Streben nach Gewinnmaximierung wird dadurch verstärkt, dass der Wert des Eigenkapitals bzw. der Aktien gleich dem Gegenwartswert der Summe der mit dem Zinssatz abdiskontierten *erwarteten* künftigen Reingewinne ist, und weil die Gewinnerwartung und damit auch die Dividendenerwartung umso höher ist, je größer die Investitionen sind, je größer also das Wachstum der Produktion ist.

Der Wachstumsdrang macht aber nicht bei der Forcierung des realen Wachstums halt. Vielmehr werden in der Dynamik der Geldvermehrung auch Bankkredite aufgenommen, die nicht der Finanzierung produktiver Investitionen dienen, sondern dazu, spekulative Vermögenswerte zu kaufen. Man kauft Vermögenswerte, von denen man annehmen darf, dass sie im Preis steigen werden, wenn sich die Nachfrage wegen der ständigen Geldausweitung weiter erhöht. Wenn man sie jetzt kauft, kann man daher sozusagen gratis einen Vermögensgewinn erzielen. Dies gilt insbesondere für Aktien, deren Wert sich wegen der Reinvestition eines Teils der Gewinne erwartungsgemäß ständig erhöht. Es lohnt sich daher, sich zu verschulden, also Kredite aufzunehmen und dafür Zinsen zu zahlen, solange die erwartete Kurssteigerung höher ist als der Zins. Diese Erwartung ist allerdings eine Spekulation. Wie jede Spekulation ist sie gefährdet, und zwar insbesondere dadurch, dass die Zinsen, die man für die spekulativen Kredite aufgenommen hat, steigen können. Dies ist dann der Fall, wenn die Zentralbank den Geschäftsbanken zur Ausweitung von deren Krediten nur noch gegen höhere Zinsen Kredit gewährt und die Banken ihrerseits entsprechend höhere Zinsen verlangen. Die Zentralbanken erhöhen die Zinsen, wenn sie – gerade wegen der spekulativen Geldvermehrung – eine inflationäre Entwicklung befürchten. Wenn die Zinssätze für Bankkredite die erwartete Steigerung der Vermögenswerte übersteigen, kommt es zum Zusammenbruch der Spekulation und damit der Finanzblase, woraus eine Wirtschaftskrise folgen kann.

## 6. Wachstumszwang, Wachstumsdrang und die Knappheit der Natur

Was wäre aber, wenn es keine Finanzkrisen geben würde? Wäre dann alles in Ordnung? Nein, weil sich Wachstumszwang und Wachstumsdrang nur durchsetzen lassen, wenn genügend natürliche Ressourcen vorhanden sind, aus denen die Rohstoffe und die Energie gewonnen werden, welche die Basis der Produktion bilden. Dabei gilt: Die Rohstoffe und Energieträger können der Natur entnommen werden, ohne dass der Eigentümer etwas dafür bezahlen muss. Der Verbrauch der Natur ist gratis. Dies kommt einer Verschuldung gegenüber der Natur gleich, die man nie begleichen muss. Das macht es lukrativ, sich möglichst viele Ressourcen der Natur anzueignen und diese produktiv zu verwerten, denn es entstehen selbstverständlich dort die größten Gewinne, wo man etwas verkaufen kann, das man nicht gekauft hat, weil man es einfach ohne Bezahlung in Besitz nehmen kann.

Mehr und mehr wird jedoch das Wirtschaftswachstum mit der langfristigen Knappheit der Natur konfrontiert, denn die Welt und damit die Natur ist nicht unendlich groß. Ihre Nutzung kann nicht beliebig ausgedehnt werden. Im Gegensatz zum Papier- und Bankgeld, das der



Mensch selber herzustellen vermag, ist die Welt – die Natur – dem Menschen vorgegeben und damit begrenzt.

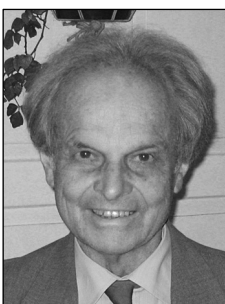
Er sollte haushälterisch damit umgehen, d.h. die Natur nachhaltig bewirtschaften. Diesem Imperativ stehen aber der Wachstumszwang und der Wachstumsdrang entgegen. Bei Licht betrachtet ist die Wachstumsspirale der Wirtschaft ein Schneeballsystem, das darauf beruht, dass die Gewinnauszahlungen an frühere Investoren aus den Einzahlungen neuer Investoren gespeist werden. Man zahlt alte Schulden mit neuen Schulden. Im Unterschied allerdings zu kriminellen Schneeballsystemen, wie sie immer wieder durch betrügerische Kettenbriefaktionen lanciert werden entstehen im gesamtwirtschaftlichen Schneeballsystem der Wachstumsspirale reale Gewinne und Einkommenszuwächse, weil die Natur gezwungen wird mitzuspielen. Die Schulden an die Natur müssen ja nicht beglichen werden. Wenn aber die Natur nicht mehr mitspielt, d.h., wenn sich die natürlichen Ressourcen und unser Lebensraum verknappen, weil wir die Natur bzw. die Naturleistungen nicht nachhaltig bewirtschaften, sondern vergeuden, dann macht sich dies schließlich auch wirtschaftlich bemerkbar. Die Ressourcenpreise steigen tendenziell an, wodurch entweder die Inflation weiter angeheizt wird oder die Gewinne der Unternehmungen bzw. die Einkommen der Haushalte sich schmälern. Gleichzeitig erhöhen sich die Kosten für den Umweltschutz, d.h. die Reparationskosten für die Natur, soweit Reparaturen überhaupt möglich sind. Oder wir gehen der direkten Naturleistungen verlustig, indem wir auf gute Luft, sauberes Wasser, schöne Landschaften, Artenvielfalt und ein menschenverträgliches Klima verzichten müssen. Damit drohen aber schließlich unsere Existenzgrundlagen zu schwinden.

Die Herausforderung, vor der wir stehen, ist es, das Schneeballsystem, d.h. die sich kumulierende ökonomische und ökologische Verschuldung, rechtzeitig zu bremsen. Wir müssen uns mehr der Qualifizierung des Reichtums als der Steigerung seiner Quantität widmen, um so, wenn auch in quantitativ bescheidenerer Weise als bisher, reich zu bleiben.

### Artikelherkunft

Auszug aus: Binswanger, H.C. (2010): Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Murmann-Verlag. 2.Auflage, Hamburg.

### Über den Autor



**Prof. Dr. em. Hans Christoph Binswanger**, Jahrgang 1929, studierte Volkswirtschaftslehre in Zürich und Kiel und lehrte von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1994 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Von 1967 bis 1992 war er Direktor der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie, seit 1980 geschäftsführend. Von 1992 bis 1995 wirkte er als Direktor des Instituts für Wirtschaft und Ökologie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Geldtheorie, Dogmengeschichte, Umwelt- und Ressourcenökonomie und allgemeine Volkswirtschaftslehre.



# „Expandiere oder stirb“

## Wachstumsziele, die OECD und die Steigerungslogik wirtschaftlicher Expansion

von Matthias Schmelzer\*

**Abstract:** When, how and why did the expectation of exponential economic growth emerge historically? This article explores this question through a transnational historical analysis of economic and policy-making expertise within the debates of the industrialized countries' think tank, the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) and its predecessor, the OEEC. It focuses in particular on the setting of growth targets in the years 1952, 1961, and 1970. These targets not only illustrate the escalatory logic of exponential growth but also highlight the changing concepts, justifications, and implications that mark the (re-)making of the economic growth paradigm at key junctures in postwar history.

1969 beschrieb ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf symptomatische Art und Weise den damals vorherrschenden Glauben, dass kontinuierliches und sich steigerndes Wirtschaftswachstum ein „quasi-automatischer oder spontaner“ Prozess sei, der „selbst-reproduzierend“ und „selbst-verstärkend“ funktioniere. „Von praktisch allen Regierungen“ werde, so stellte die Organisation zufrieden fest, das Streben nach, das Bekenntnis zu und der Einsatz für Wirtschaftswachstum geteilt. Diese können daher als selbstevidente Fakten „nicht länger als eine Politikentscheidung betrachtet werden: Es ist schwierig, sich Umstände vorzustellen, wo dies aufgegeben wird.“ Da alle vorliegenden Prognosen andeuteten, dass die schnellen Wachstumsraten der 1960er Jahre – im OECD-Durchschnitt lagen diese bei fast 5 Prozent pro Kopf Wachstum jährlich – sich weiter steigern würden und da das „potentielle BSP für die OECD Region sich zwischen jetzt und dem Ende des Jahrhunderts wohl verdrei- oder vervierfachen wird“, kam die OECD zu folgendem weitreichenden Schluss: „Das Risiko moderner Industrieländer ist nicht das, zu wenig Wachstum zu haben.“<sup>1</sup>

\* Für hilfreiche Kommentare und Diskussionen, die in diesen Artikel eingeflossen sind, danke ich Samuel Beroud, Ludovic Fulleringer, Hartmut Kaelble, Matthieu Leimgruber, Alexander Nützenadel, Laura Rischbieter, Adam Tooze, Heike Wieters sowie den Gutachterinnen und Gutachtern. Die Forschungen wurden durch den Schweizer Nationalfonds ermöglicht.

1 OECD Historisches Archiv in Paris [im Folgenden OECD-HA], CPE/WP2 (69) 17, The Growth of Output in OECD Countries, 1960 – 1980, Introduction: Retrospect, Prospects,

Wachstum galt Ende der 1960er Jahre weithin als primäres Politikziel und wurde, im Kontext allgemeiner Planungs- und Machbarkeitseuphorie, als quasi sichere Zukunft angenommen.<sup>2</sup> Ein Jahr später stellte der OECD-Generalsekretär Emile van Lennep offiziell fest: „Eine größere Rezession wäre [heute] nicht mehr ein *deus ex machina*, sondern könnte nur durch Misskalkulationen oder bewusstes Regierungshandeln herbeigeführt werden.“<sup>3</sup> Die OECD stand damit nicht alleine, im Gegenteil, diese Einstellung stand symptomatisch für Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik der Zeit. Die beiden Ökonomen und Träger des Nobelpreises Robert Solow und Paul Samuelson, die damals die neoklassische Synthese der Wachstumsökonomie verkörperten, riefen im gleichen Jahr das Ende kapitalistischer Instabilität und destruktiver Konjunkturzyklen aus.<sup>4</sup> Und der hochrangige Wirtschaftsberater der US-Regierung Arthur Okun argumentierte, dass dank der modernen Wachstumstheorie, die allen Regierungen zur Verfügung stehe, Rezessionen nun vermeidbar seien „wie Flugzeugabstürze“.<sup>5</sup> Folgerichtig entschied die OECD-Ministerratstagung im Mai 1970 nicht nur, das sehr ambitionierte Wachstumsziel der letzten Dekade noch einmal zu wiederholen, sondern dieses sogar noch zu steigern. Statt das gemeinsame Wirtschaftsprodukt wie in den 1960er Jahren um 50 Prozent zu erhöhen, setzten sich die kapitalistischen Industrieländer ein kollektives Wachstumsziel von 65 Prozent für die 1970er Jahre.

Diese allgemein durchgesetzte Zukunftserwartung exponentiellen Wirtschaftswachstums war nicht nur ein verhältnismäßig junges Phänomen, sondern hatte fundamentale Auswirkungen auf fast alle Gesellschaftsbereiche. Nicht zuletzt transformierte sie auch grundlegend das Verhältnis von Staat und Ökonomie: Einerseits führte die Hegemonie des Wachstumsparadigmas zu

and Policies, 16. 6. 1969; ebd., CPE/WP2 (69) 25, Growth of Output in OECD Countries 1960 – 1980, Chapter 5: Conclusion, 29.10.1969. Siehe auch OECD, The Growth of Output 1960 – 1980. Retrospect, Prospect and Problems of Policy. Report of Working Party No. 2 to the Economic Policy Committee, Paris 1970, S. 79. Alle im Original englischen Zitate aus Quellen und Literatur wurden durch den Autor übersetzt.

2 In diesem Beitrag verstehe ich unter „Wachstum“ oder „Wirtschaftswachstum“ das langfristige Ansteigen des inflationsbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder Bruttosozialprodukts (BSP) pro Kopf, wobei die Unterschiede zwischen beiden für das Argument unerheblich sind und daher vernachlässigt werden können. Zur Geschichte des BIP vgl. Daniel Speich Chassé, Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissensgeschichte der Ökonomie, Göttingen 2013; Philipp Lepenies, Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts, Frankfurt 2013.

3 OECD-HA, CPE (70) 8, The Present Problem of Inflation, Report by the Secretary-General, 30.10.1970; vgl. auch OECD, Inflation. The Present Problem. Report by the Secretary General, Paris 1970, S. 8.

4 Robert M. Solow, Review, in: Economic History Review 23. 1970, S. 409 f., hier S. 410.

5 Arthur M. Okun, The Political Economy of Prosperity, Washington 1970, S. 33.

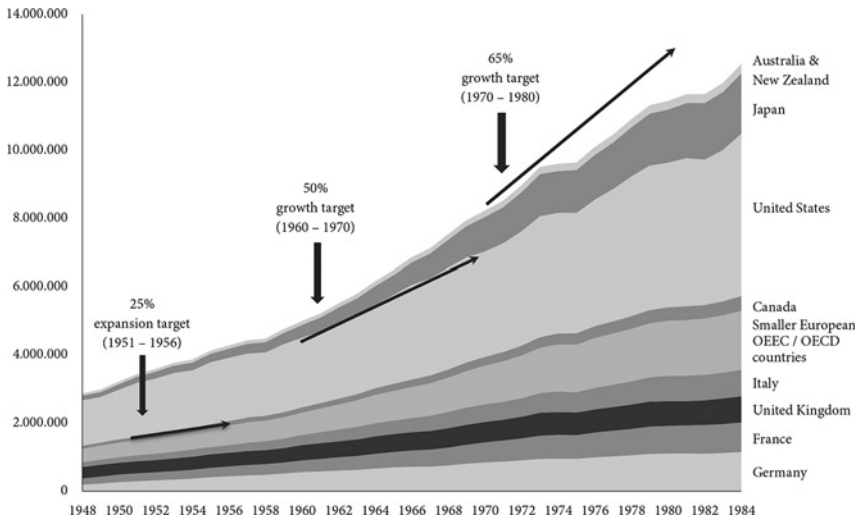
einer Ökonomisierung vormals nicht-ökonomischer Politikbereiche und beförderte den Aufstieg der Ökonomie zur gesellschaftlichen Leitwissenschaft und der Wirtschaftsexpertinnen und -experten in einflussreiche Regierungsämter. Andererseits vergrößerten die auf kontinuierlichem Wachstum basierenden steigenden Steuereinnahmen, teils noch durch defizitäres Wirtschaften und Staatsschulden gestärkt, grundlegend die politischen Gestaltungsspielräume und finanziellen Interventionsmöglichkeiten der Staatsapparate.<sup>6</sup> Die international dominierende Erwartung exponentiellen Wachstums war entscheidend für die nationalstaatliche Verschuldungspolitik nach 1945 und stellte den vorstellungsweltlichen Hintergrund staatlicher Akteure dar, vor dem der langsame, aber kontinuierliche Anstieg der öffentlichen Verschuldung der Industrieländer in der Zeit „nach dem Boom“ als Folge wert- und zweckrationalen Handelns verständlich wird.<sup>7</sup>

Aber wie, wann, und warum ist diese Erwartung exponentiellen Wirtschaftswachstums historisch entstanden? Dieser Fragestellung geht dieser Artikel durch eine Analyse der Produktion ökonomischer Expertise zu Wirtschaftswachstum innerhalb der OECD und ihrer Vorgängerorganisation, dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) nach. Dabei sind besonders die Aushandlungsprozesse und Debatten um drei Wachstumsziele aufschlussreich, die die OECD 1951, 1961 und 1970 verabschiedete (siehe Abbildung 1). Die drei Wachstumsziele veranschaulichen nicht nur die Steigerungslogik, die den Wachstumsdiskurs der Nachkriegszeit prägte: 1951 strebte die Staatengemeinschaft ein kollektives Wachstum von 25 Prozent in fünf Jahren an und erreichte es; 1961 waren es bereits 50 Prozent innerhalb zehn Jahren, ein damals ausgesprochen ambitioniertes Ziel, das die OECD trotz gegenteiliger Prognosen übertraf; und 1970 steigerte sich das Ziel sogar auf 65 Prozent in zehn Jahren, jedoch schossen diesmal die Erwartungen bei weitem über die Realität hinaus. Neben dieser Steigerungslogik verdeutlichen die teils sehr kontroversen Diskussionen um die drei Wachstumsziele vor allem auch die sich jeweils verändernden Konzepte, Begründungen und Implikationen des Wachstumsparadigmas an Schlüsselmomenten der Nachkriegsgeschichte.

Basierend auf Quellen aus dem OECD-Archiv in Paris sowie aus den Nationalarchiven der USA, Großbritanniens und Westdeutschlands argumentiere ich, dass vier Diskursstränge besonders wichtig dabei waren, die Hegemonie des Wachstumsparadigmas zu stärken und diese „unentbehrliche

6 Alexander Nützenadel, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Göttingen 2005; Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt 1989.

7 Anselm Doering-Manteuffel u. Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, Göttingen 2010. Für Daten zur Staatsverschuldung vgl. Carmen M. Reinhart u. Kenneth Rogoff, *This Time is Different. Eight Centuries of Financial Folly*, Princeton 2009.



**Abbildung 1:** BSP der OECD-Länder (in Millionen 1990 International Geary-Khamis Dollar) und drei Wachstumsziele der OECD

*Quelle:* Eigene Berechnungen basierend auf Angus Maddison (2007), *Historical Statistics for the World Economy, 1–2003 AD*, GGDC database, <http://www.ggdc.net/MADDISON/oriindex.htm>.

Staatsideologie“ hervorzubringen, zu legitimieren und zu rationalisieren.<sup>8</sup> Diese beinhalten die Sicht, dass das Bruttoinlandsprodukt mit all den in diesen statistischen Standard eingeschriebenen Annahmen, Reduktionen und Ausschlüssen adäquat wirtschaftliche Aktivität misst; dass Wachstum ein wichtiges Allheilmittel für eine Vielzahl von sich immer wieder wandelnden, gesellschaftlichen Herausforderungen ist; dass Wachstum praktisch unendlich ist, vorausgesetzt die richtigen (inter-)nationalen Politiken werden verfolgt; und dass Wachstum ein universeller Maßstab für einige der grundlegendsten gesellschaftlichen Ziele wie Fortschritt, Wohlfahrt und nationale Macht ist.<sup>9</sup> Eine Analyse der OECD-Wachstumsziele verdeutlicht, wie diese unterschiedlichen Stränge des Wachstumsparadigmas aufkamen, sich gegenseitig verstärkten und stützten, und gemeinsam die Idee naturali-

8 John Robert McNeill, *Something New Under the Sun. An Environmental History of the Twentieth-Century World*, New York 2000, S. 335; Terry Eagleton, *Ideology. An Introduction*, London 1991, S. 45.

9 Zu ähnlichen Charakterisierungen vgl. Gareth Dale, *The Growth Paradigm. A Critique*, in: *International Socialism* 134. 2012, <http://isj.org.uk/the-growth-paradigm-a-critique>; Stephen J. Purdey, *Economic Growth, the Environment and International Relations. The Growth Paradigm*, London 2009; vgl. auch Isabelle Cassiers (Hg.), *Redefining Prosperity*, New York 2015.

sierten, das Wachstum notwendig und wünschenswert sei. Dabei waren die entscheidenden gesellschaftlichen Kontexte nicht nur die außergewöhnlich hohen Wachstumsraten der zwei goldenen Nachkriegsjahrzehnte, sondern auch die bedrohlich erscheinende Systemkonkurrenz im Kalten Krieg und der Gewichtsverlust der Industrieländer in internationalen Gremien wie der UNO im Kontext der Dekolonisierung.

Der erste Abschnitt präsentiert allgemeine Überlegungen zur Geschichte des Wachstumsparadigmas und der OECD und bettet diese in die bestehende Forschungslandschaft ein. Darauf aufbauend diskutiere ich in den folgenden drei Abschnitten jeweils die zentralen Merkmale des Wachstumsparadigmas und wie sie sich in den Wachstumszielen 1951, 1961 und 1970 darstellen, wobei ich besonders auf die Diskussionen und Expertennetzwerke in der OECD eingehe.<sup>10</sup>

## I. Die Geschichte des Wachstumsparadigmas im Kontext

Angesichts der universellen Akzeptanz von Wachstum als Politikziel wird leicht vergessen, dass sowohl die Realität ökonomischer Expansion, als auch Wachstum als Schlüsselkategorie politischer und öffentlicher Diskurse verhältnismäßig neue Phänomene sind. Relevante Wachstumsraten gibt es erst seit der Industrialisierung im frühen 19. Jahrhundert und Wachstumsdiskurse setzten sich erst in der Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts durch (siehe Abbildung 2).<sup>11</sup> Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, unter ihnen renommierte Historikerinnen und Historiker, haben die Dominanz des Wachstumsstrebens immer wieder hervorgehoben und Wachstum als „Fetisch“ (John R. McNeill) oder „Besessenheit“ (Barry Eichengreen, Herman van der Wee), „Ideologie“ (Alan Milward, Charles Maier), als das „gesellschaftliche Imaginäre“ (Cornelius Castoriadis, Serge Latouche) oder als „axiomatische Notwendigkeit“ (Nicholas Georgescu-Roegen) beschrieben.<sup>12</sup> Der Historiker John R. McNeill argumentiert sogar,

10 Einige der Thesen des Artikels werden ausführlicher dargestellt in Matthias Schmelzer, *The Hegemony of Growth. The Making and Remaking of the Economic Growth Paradigm and the OECD, 1948–2010*, Cambridge [in Vorbereitung].

11 Der gleiche Trend ergibt sich auch mit Google's Ngram Viewer, auch für Französisch und Deutsch, vgl. <https://books.google.com/ngrams>.

12 McNeill, *Something New*; Clive Hamilton, *Growth Fetish*, Crows Nest 2003; Barry J. Eichengreen, *The European Economy Since 1945. Coordinated Capitalism and Beyond*, Princeton 2007, S. 59; Hermann Van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum und Strukturwandel der Weltwirtschaft seit 1945*, München 1984, S. 24; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951*, Berkeley 1987, S. 36; Charles S. Maier, *The World Economy and the Cold War in the Middle of the Twentieth Century*, in: Melvyn P. Leffler u. Arne Westad (Hg.), *The Cambridge History of the Cold*

die „umfassende Priorität des Wirtschaftswachstums war bei Weitem die wichtigste Idee des 20. Jahrhunderts.“<sup>13</sup> Aber während Arbeiten über Wirtschaftswachstum, die seine Ursachen und Wirkungen erklären, messen, bewerten und modellieren, den Kern sowohl der Volkswirtschaftslehre als auch der Wirtschaftsgeschichte ausmachen, gibt es bemerkenswert wenige Studien darüber, wie Wachstum in den Sozialwissenschaften, in der Politik und der generellen Öffentlichkeit zur Priorität geworden ist.<sup>14</sup>

Das Aufkommen des Wachstumsparadigmas muss in längerfristige Entwicklungen eingebettet werden, die bis zum Einsetzen kapitalistischer Industrialisierung im frühen 18. Jahrhundert zurückreichen und, grob vereinfacht, in drei Schritten verliefen. Damals kamen überhaupt erst moderne Zeitlichkeit, säkularisierte Konzeptionen wirtschaftlichen Fortschritts, und damit einhergehend eine erste Generation klassischer Wachstumstheorien auf, die aber mit dem Aufstieg der Ökonometrie und neoklassischer Theorien im späten 19. Jahrhundert in Vergessenheit gerieten. Aufbauend auf statistischen Entwicklungen im frühen 20. Jahrhunderts entstand erst wieder im Kontext der Großen Depression ein erneutes Interesse an makroökonomischen Fragestellungen, das die moderne Konzeption von „der Wirtschaft“ und staatsinterventionistische Wirtschaftspolitiken, die auf Stabilität und Vollbeschäftigung abzielten, hervorbrachte. Schließlich war es jedoch nicht vor den späten 1940er und frühen 1950er Jahren, dass sich im Kontext von Zweitem Weltkrieg, Wiederaufbau und wirtschaftlichem Wettbewerb im Kalten Krieg das moderne Wachstumsparadigma herausbildete.<sup>15</sup>

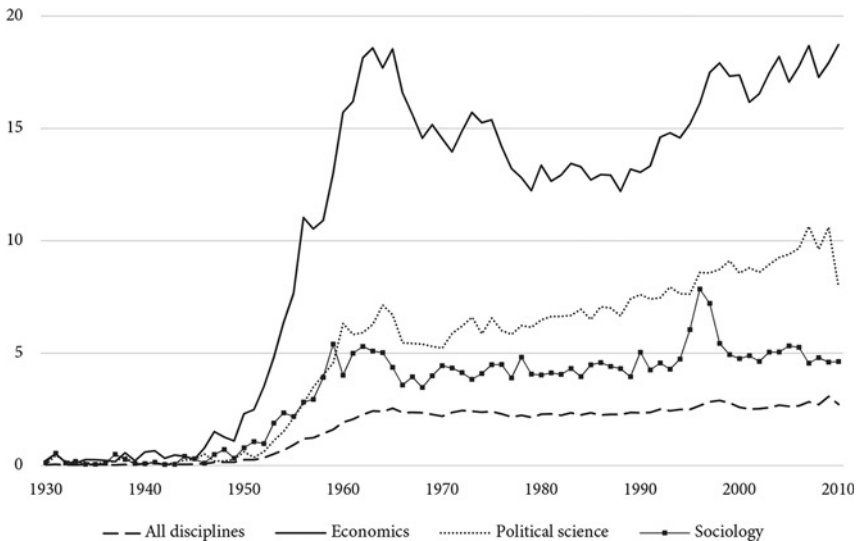
War, Cambridge 2010, S. 44–66, hier S. 48; Cornelius Castoriadis, *Philosophy, Politics, Autonomy. Essays in Political Philosophy*, New York 1991, S. 184; Serge Latouche, *Farewell to Growth*, Cambridge, 2010; Nicholas Georgescu-Roegen, *The Steady State and Ecological Salvation. A Thermodynamic Analysis*, in: *BioScience* 27. 1977, S. 266–270, hier S. 266.

13 McNeill, *Something New*, S. 236.

14 Bemerkenswerte Ausnahmen sind Heinz W. Arndt, *The Rise and Fall of Economic Growth. A Study in Contemporary Thought*, Melbourne 1978; Robert M. Collins, *More. The Politics of Economic Growth in Postwar America*, Oxford, 2000; Scott O'Bryan, *The Growth Idea. Purpose and Prosperity in Postwar Japan*, Honolulu 2009; Eva Friman, *No Limits. The 20th Century Discourse of Economic Growth*, Diss. Umeå University, 2002; Jürgen Bossmann, *Arrested Development, Obsessionen im Wachstumsdenken*, in: Michael Jeismann (Hg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt 1995, S. 26–77; André Steiner, *Wachstum als wirtschaftspolitisches Leitbild*, in: Jürgen Elvert u. Jürgen Sikora (Hg.), *Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit*, Stuttgart 2009, S. 244–255.

15 Vgl. dazu Anthony Brewer, *The Making of the Classical Theory of Economic Growth*, London 2010; Mark Blaug, *Economic Theory in Retrospect*, Cambridge 1996; Reinhart Koselleck u. Christian Meier, *Fortschritt*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. v. Otto Brunner u. a., Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 351–423; Philip Mirowski, *More Heat Than Light. Economics as Social*





**Abbildung 2:** Prozentsatz aller in den akademischen Journalen der JSTOR-Datenbank enthaltenen jährlich publizierten Artikel, die das Wort „economic growth“ enthalten, nach Disziplin, 1930–2010

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf der DFR (*Data For Research*)-Datenbank, <http://dfr.jstor.org>.

Es unterschied sich in dreifacher Hinsicht von früheren Vorstellungen: Erst die internationale Standardisierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermöglichte eine über Zeit und Raum vergleichbare und einheitliche Konzeption „der Wirtschaft“ und damit eine ökonomische Matrix, die messbar machte, was überhaupt wachsen sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Wachstum zu einem zentralen Ziel von Wirtschaftspolitik, einer Verantwortlichkeit von Regierungen und zum wichtigsten Indikator für nationalen Erfolg und soziale Wohlfahrt. Nicht vor Mitte der 1950er Jahre setzte sich die Idee durch, dass langfristiges, stabiles und unbegrenztes Wachstum überhaupt möglich ist, womit die ersten modernen Wachstumstheorien aufkamen und das Narrativ wirtschaftlichen Fortschritts aufs engste mit kontinuierlichem Wachstum des BSP verknüpft wurde.

Um zu analysieren, wie die Erwartung exponentiellen Wachstums als zentraler Bestandteil des Wachstumsparadigmas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgekommen ist, stellt die OECD eine exemplarische und besonders

Physics, *Physics as Nature's Economics*, Cambridge 1989; Timothy Mitchell, *Fixing the Economy*, in: *Cultural Studies* 12, 1998, S. 82–101; Adam Tooze, *Imagining National Economies. National and International Economics Statistics 1900–1950*, in: Geoffrey Cubitt (Hg.), *Imagining Nations*, Manchester 1998, S. 212–228.

aussagekräftige Beobachtungsplattform dar.<sup>16</sup> Einerseits wegen ihres Arbeitsschwerpunktes, denn sie ist die internationale Organisation, die am ehesten mit dem Wachstumsziel verknüpft ist und am intensivsten und umfassendsten dazu gearbeitet hat. Andererseits wegen ihrer spezifischen Rolle in der globalen *governance*: Da die OECD über keine legale Macht oder finanzielle Hebel verfügt, sondern ausschließlich über *soft-power*-Mechanismen, gilt sie weithin als das Forum, in dem die westlichen Industrieländer kollektiv ökonomische Expertise, Standards und Normen produzierten, aushandelten, und legitimierten. Sie ist die internationale Organisation, deren Aufgabe es ist, einen Konsens zu etablieren über *best practices*, gutes Regierungshandeln, und darüber, was es bedeutet, ein idealer kapitalistischer Staat zu sein. Und daher eignet sie sich besonders gut, um transnationale ökonomische Normen historisch zu analysieren. Die Untersuchung in diesem Aufsatz liegt damit an der Schnittstelle zwischen zwei historischen Forschungsfeldern, der Geschichte internationaler Organisationen, die durch transnationale historische Ansätze inspiriert ist, und der Wissensgeschichte, die auf Arbeiten der Kulturgeschichte, Ideengeschichte, und der Geschichte ökonomischer Expertise aufbaut.

## II. Vom Wiederaufbau zur Expansion: Das 25-Prozent-Wachstumsziel von 1951

In den politischen Diskussionen der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Idee des Wirtschaftswachstums, also die Vorstellung eines kontinuierlichen Anstiegs des Nationalprodukts, auffällig abwesend. Nicht nur war ihre statistische Grundlage erst im Entstehen: Die moderne volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde in den 1940er Jahren parallel in den für wirtschaftliche Kriegsproduktion verantwortlichen Ministerien in den USA und England entwickelt, direkt nach dem Krieg vereinheitlicht und über internationale Organisationen, vor allem die OEEC und die UN, international standardisiert und globalisiert.<sup>17</sup> Vielmehr dominierten andere politische Sorgen und Interessen wie Vollbeschäftigung, Stabilität, und Wiederaufbau die politischen Entscheidungsträger und Ökonomen. Symptomatischerweise heißt es in Artikel 1 der Gründungskonvention der OEEC, das zentrale wirtschaftspolitische Ziel sei es, „ein befriedigendes Niveau ökonomischer Aktivität ohne außergewöhnliche externe Hilfe zu erreichen.“<sup>18</sup> Die zu erreichende „Prospe-

16 Sandrine Kott, *International Organizations. A Field of Research for a Global History*, in: *Zeithistorische Forschungen* 8. 2011, S. 446 – 450.

17 Vgl. z. B. Lorenzo Fioramonti, *Gross Domestic Problem. The Politics Behind the World's Most Powerful Number*, London 2013; Schmelzer, *Hegemony*, Kap. 1; Chassé, *Erfindung*.

18 OECD-HA, FAC, Box 368, File 10, Agreement for OEEC, 26. 3. 1948.

rität“ wurde nicht als ein kontinuierlich expandierender Markt für mehr und mehr Güter und Dienstleistungen interpretiert, sondern als das Wiedererreichen und Erhalten des Vorkriegsniveaus an Produktion und die Verhinderung von Wirtschaftskrisen wie in der Zwischenkriegszeit. Die Hauptstoßrichtung, wie sie in Dutzenden nationalen Proklamationen und über fast das gesamte politische Spektrum hinweg verkündet wurde, war der Kampf für Vollbeschäftigung und soziale und ökonomische Stabilität.<sup>19</sup> Vor 1950 gab es, so fasst der Wirtschaftshistoriker Heinz W. Arndt die Situation treffend zusammen, „kaum eine Spur von Interesse an Wirtschaftswachstum als Politikziel in den politischen Erklärungen oder der Fachliteratur der westeuropäischen Länder“.<sup>20</sup>

Aber in den folgenden Jahren wurde Wachstum im Kontext von Wiederaufbau, Kaltem Krieg und dem, was Charles S. Maier als „politics of productivity“ beschrieben hat, an die Spitze der Politikziele katapultiert.<sup>21</sup> In der nicht-kommunistischen Welt wurde Wachstum erstmals 1949 vom Vorsitzenden des US-amerikanischen Council of Economic Advisers (CEA) zum Ziel nationaler Wirtschaftspolitik erklärt.<sup>22</sup> Und es dauerte nicht lange, bis spätestens ab Mitte der 1950er Jahre ökonomische Expansion nicht nur in den USA, Europa und Japan zum primären Politikziel wurde, sondern auch innerhalb der Länder des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie im globalen Süden.<sup>23</sup> Als der hochrangige französische Beamte und erste Generalsekretär der OEEC, Robert Marjolin, in seinen 1989 erschienenen Memoiren das damals vorherrschende Ziel einer „Wirtschaftspolitik für die Zukunft“ beschrieb, verkündete er bezogen auf die 1950er Jahre: „Nachhaltiges und so schnelles wie mögliches ‚Wachstum‘ war das höchste Ziel, dem [andere Politikziele] untergeordnet werden mussten.“<sup>24</sup> Die USA, die aus dem Zweiten Weltkrieg als die wirtschaftlich mächtigste Nation hervorging und einen zweimal höheren Lebensstandard hatte als Europa vor dem Krieg, wurde der allgemein

19 Ebd. Zu den Proklamationen gehören die zwei Beveridge Reports, das 1944 erscheinende „British White Paper on Employment Policy“, der „Employment Act“ der USA 1946 sowie ähnliche Äußerungen in Schweden, Kanada, Australien und Neuseeland sowie der Vollbeschäftigungsresolution der Vereinten Nationen. Vgl. Mark Blyth, *Great Transformations. Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century*, Cambridge 2002, S. 49–95.

20 Arndt, *Rise and Fall*, S. 30.

21 Charles S. Maier, *The Politics of Productivity. Foundations of American International Economic Policy after World War II*, in: *International Organization* 31. 1977, S. 607–633.

22 Charles S. Maier, *In Search of Stability. Explorations in Historical Political Economy*, Cambridge 1987, S. 177; Collins, *More*, S. 17–25.

23 Arndt, *Rise and Fall*; Collins, *More*; O’Byrne, *Growth Idea*.

24 Robert Marjolin, *Architect of European Unity. Memoirs 1911–1986*, London 1989, S. 155.

angestrebte Maßstab. Marjolin charakterisiert die Gemütsverfassung der jungen Ökonominen und Ökonomen, die in den europäischen Institutionen der Nachkriegszeit arbeiteten, folgendermaßen:

[We] tended to reduce human ambition to a set of objectives: namely to produce more and more, to invest more in order to produce still more, to modernize in order to give an additional boost to production. America hypnotized us, her material success was our ideal; we had almost no other aim but to bridge the gap between European industry and American industry.<sup>25</sup>

Die OEEC war 1948 gegründet worden, um die Marshallplanhilfe an Westeuropa zu koordinieren, die europäische Wirtschaftsintegration organisatorisch voranzubringen und die innereuropäischen Zahlungsverkehrskontrollen abzubauen. Wie Alan Milward argumentiert hat, war das Interesse amerikanischer und vieler westeuropäischer Politiker an europäischer Integration aufs engste verknüpft mit der Idee des Wirtschaftswachstums „als Instrument, um einen politischen Konsens zu formen“. Mit dem Schlagwort „ökonomische Integration“ brachte Paul Hoffmann, Vorsitzender der US-amerikanischen Economic Cooperation Administration (ECA) 1949 in einer Rede vor dem Rat der OEEC die Hoffnung auf den Punkt, dass ein innereuropäischer Handel die pro-Kopf-Einkommen steigern würde und sich so pluralistische Demokratien befördern und kommunistische Tendenzen unterwandern ließen. Zudem könne die Verständigung großer Bevölkerungssegmente auf ein gemeinsames Regierungsziel helfen, die bitteren Verteilungskämpfe, die die europäische Geschichte seit langem geprägt hatten, zu überwinden.<sup>26</sup>

Im Juni 1950 präsentierte Marjolin eine Rede vor dem Rat der OEEC, in der ein „Programm für weitere europäische Wirtschaftsexpansion“ als Leitvision für die Zeit nach dem Ende des Marshallplans präsentierte. Darin betonte er, dass die europäischen Wirtschaften das bereits erreichte Niveau nicht als das finale Ziel ansehen dürften, sondern eher als „Startpunkt für zukünftigen Fortschritt.“ Er hob immer wieder hervor, dass es „absolut essentiell [sei] nicht gleichbleibend (*stationary*) zu bleiben bei dem derzeitigen relativ niedrigen Level.“<sup>27</sup> Ähnlich wie viele US-Experten war Marjolin eindeutig besorgt um den Mangel an Dynamik unter europäischen Managern und Politikern.<sup>28</sup> 1950 war die OECD nicht der einzige Vertreter expansionistischer Politik. In den USA brachte der CEA unter Leon Keyserling die „Expansionsökonomie“ voran und veröffentlichte einen Bericht, der treffend als „growthmanship’s declara-

25 Ebd., S. 228. Vgl. auch das Zitat von Marjolin auf S. 241.

26 Milward, *Reconstruction*, S. 478, vgl. S. 59–61. Vgl. auch Maier, *Politics of Productivity*; Steiner, *Wachstum*, S. 244–255.

27 OECD-HA, C (50) 139, Statement by the Secretary-General to the Council, 1. 6. 1950.

28 OECD-HA, C/M (50) 15, Minutes of the Council, 2. 6. 1950; The National Archive Kew, Britain [im Folgenden TNA], FO 371/86974, Plowden, Note of a Conversation with Marjolin, 22. 5. 1950.

tion of principles“ beschrieben worden ist.<sup>29</sup> Die neue Betonung von Wachstum als primärem Politikziel, die gegen die ältere „Doktrin langfristiger Stagnation“ gerichtet war, sollte „den alten Konflikt zwischen sozialer Gleichheit und ökonomischen Anreizen“ verringern und grundlegende Fragen sozialer Beziehungen, der Balance zwischen Profiten, Löhnen, Investitionen und dem Staatshaushalt transformieren, die durch „wissenschaftliche Analyse“ lösbar seien und dadurch soziale Konflikte befrieden würden:

It then becomes possible, albeit not easy, for businessmen, workers, and farmers to seek that share of the total product which is most conducive to the progress of the whole economy and thus to their own best interests in the long run.<sup>30</sup>

Ähnliche Argumente wurden auch in der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) unter ihrem ersten Exekutivsekretär und keynesianischen Ökonomen, Gunnar Myrdal, sowie ihrem Forschungsdirektor und einem der ersten modernen Wachstumstheoretiker, Nicholas Kaldor, propagiert.<sup>31</sup>

Auf einer Ministerratstagung im August 1951 verkündeten die Mitgliedsländer der OEEC offiziell, dass „das umfassende Ziel ihrer politischen Strategien [...] die Expansion der Produktion Westeuropas um 25 Prozent innerhalb der nächsten fünf Jahre“ sei. Diese Erklärung, die der Wirtschaftshistoriker David W. Ellwood als „Kulmination [...] des gesamten Marshall-Plans“ charakterisierte, wurde als „Europäisches Manifest“ bekannt, da sie die grundlegenden Prinzipien europäischer Wirtschaftspolitik der 1950er Jahre absteckte.<sup>32</sup> Nach dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 wurden die Rüstungsanstrengungen in Westeuropa so schnell vorangetrieben, dass die Wirtschaften wie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren erneut mit dem Problem des Rohstoff- und Energiemangels und entsprechenden Einschränkungen des Konsums konfrontiert waren, das durch die Dollarlücke – es mangelte an US-Dollars, um die notwendigen Importe zu bezahlen – noch verstärkt wurde.<sup>33</sup> Diese Aufrüstungsanstrengungen und die damit einhergehenden ökonomischen Engpässe bilden den entscheidenden Kontext des ersten OEEC-Wachstumsziels. Obwohl die Erklärung, die seit Monaten in der OEEC, nationalen Ministerien und dem Europarat vorbereitet worden war, als eine europäische

29 Collins, More, S. 20. Vgl. auch Arndt, Rise and Fall, S. 35.

30 Council of Economic Advisers, Business and Government, Fourth Annual Report to the President, Washington 1949, S. 5–7.

31 United Nations Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe 1949, Geneva 1950, S. iii f. Vgl. auch Arndt, Rise and Fall, S. 35–38.

32 David W. Ellwood, Rebuilding Europe. Western Europe, America, and Postwar Reconstruction, London 1992, S. 181.

33 Eric J. Hobsbawm, Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914–1991, London 1995, S. 266–268; Eichengreen, European Economy, S. 86–130. Vgl. auch Marjolin, Architect, S. 163.

Initiative dargestellt wurde, war das Wachstumsziel Teil einer amerikanischen „Kampagne“ der ECA, die wachstumsorientierte Einstellungen in Europa verbreiten sollte.<sup>34</sup> Das Expansionsziel zielte darauf ab, eine hochpolitische Diskussion über die Verteilung ökonomischer Gewinne in eine Reihe von technischen Fragen über das richtige Management der Wirtschaft mit dem Ziel der Produktionssteigerung in bestimmten Sektoren zu transformieren: Die Hauptstoßrichtung war es, Rüstungsausgaben und -investitionen zu steigern und die westeuropäischen Zahlungsbilanzprobleme mit dem Dollarraum zu verringern. Und zwar durch sektorale Planung und den Aufschub gegenwärtigen Konsums, der aber, so das Ziel, zu einem späteren Zeitpunkt im Kontext umfassenderer Expansion anziehen würde. Das Manifest machte deutlich:

At first in many countries, the increase in production will have to be devoted largely to strengthening their defense as well as to expanding exports to meet the higher cost of imports.

Der britische Finanzminister und Labour-Politiker Hugh Gaitskell war deutlich expliziter und erklärte während der Ratssitzung, das Ziel der Initiative sei es, der Öffentlichkeit zu versichern, dass es „gegenwärtig keine Erhöhung des Lebensstandards geben kann und es vielleicht sogar zu einer Verringerung kommt, dies nur vorübergehend sei.“<sup>35</sup> Indem es eine zeitweise Verringerung des Lebensstandards als notwendige Begleiterscheinung ökonomischer und auf Wiederaufrüstung abzielender Expansion ansah, machte das Europäische Manifest deutlich, dass in den frühen 1950er Jahren der Lebensstandard nicht als kongruent, sondern teils unabhängig vom Level des BSP angesehen wurde, eine Binsenweisheit, die bald in Vergessenheit geraten sollte.

Das Expansionsziel der OEEC wurde sehr positiv aufgenommen, nicht nur von den Regierungen der Mitgliedsländer, sondern auch von vielen Industriellen und großen Teilen der Arbeiterbewegung. Die westeuropäischen, nicht-kommunistischen Gewerkschaften entwickelten sich zu mächtigen Verfechtern des aufkommenden Wachstumsparadigmas und befürworteten die OEEC-Initiative, weil diese es ermöglichte, „den dringenden Bedarf an Wiederaufrüstung zu erfüllen und gleichzeitig den Lebensstandard der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten.“ Und ein ECA-Beamter unterstützte das 25-Prozent-Ziel der OEEC als „ermutigende und stimulierende Entwicklung“, die zeige, dass die OEEC „genau die reale Antwort auf viele von Europas

34 U.S. National Archives and Records Administration [im Folgenden NARA], RG 469, Entry UD 379, Box 91, Folder OEEC General 1952–1953, ECA to Embassy Paris and London, 16. 8. 1951.

35 OECD-HA, C/M(51)35, 29. 8. 1951.

Schwierigkeiten identifiziert [habe] – die Produktion zu expandieren und die Produktivität zu erhöhen.“<sup>36</sup>

Das Herzstück der Erklärung war das Versprechen, innerhalb von fünf Jahren die kollektive Produktion um 25 Prozent zu steigern. Die Quantifizierung von politischen Maßnahmen entsprach dem Zeitgeist, aber die Techniken der wirtschaftlichen Prognostik steckten noch in den Kinderschuhen. Obwohl die OEEC wiederholt betonte, dass die Zahlen „nicht in einer zufälligen Weise festgelegt“ wurden, war das Expansionsziel, das auf den ersten gesammelten, harmonisierten BSP-Daten basierte, mutige Spekulation.<sup>37</sup> Die tatsächliche Arbeit der OEEC war noch weit von makroökonomischer Wachstumspolitik entfernt und konzentrierte sich weitgehend auf sektorspezifische Voraussagen für Kohle, Stahl, Elektrizität, Landwirtschaft, Wohnungsbau, und später auch Arbeitskräfte und Transport, die Expansion nicht in abstrakten Tauschwerten ausdrückten, sondern in Tonnen, Kilowatt oder Mengeneinheiten.<sup>38</sup> Es ist daher kaum verwunderlich, dass die reale Entwicklung in den jeweiligen Wirtschaftssektoren sehr stark von den Voraussagen abwich, als die OEEC die Wachstumserfahrungen nach fünf Jahren auswertete. Aber die durchschnittlichen Wachstumsraten für die Aggregate „industrielle Produktion“ sowie das BSP waren überraschend genau, eine Erfahrung, die später zum Aufkommen von besser fundierten langfristigen Wachstumsprognosen beitrug. Bis 1956 entsprach die Entwicklung im OEEC-Wirtschaftsraum mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4,5 Prozent dem 25-Prozent-Expansionsziel fast genau.<sup>39</sup>

Das übergreifende Ziel der wachstumsspezifischen Aktivitäten des europäischen Wirtschaftsrats in den frühen 1950er Jahren war es, das Wachstumsideal innerhalb der westeuropäischen nationalen Regierungen und der allgemeineren Öffentlichkeit zu stärken. Die öffentliche Akzeptanz von wirtschaftlicher Expansion als Politikziel sowie die Unterstützung einflussreicher gesellschaftlicher Gruppen wie Arbeitgebervereinigungen, Gewerkschaften oder der Presse musste aktiv hergestellt werden. Symptomatischerweise forderte der 1952 vom OEEC-Ministerrat verabschiedete Bericht, der das Expansionsziel konkret ausbuchstabierte, die Regierungen der Mitgliedsländer auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen

36 OECD-HA, C(52)148, Relations with the Trade Union Advisory Board of E.R.P., 27.5.1952; NARA, RG 469, Entry UD 346, Box 9, Folder Moody Amendment: 1951 – 1952, ECA Press Release, 31.8.1951.

37 OECD-HA, EC(52)9, Statement by the Chairman of WP-5 of the Council, 9.6.1952; C/WP5(52)2, Comments on EC(52)6, 31.5.1952.

38 OECD-HA, SNI/NI/51.25, Objectives for the Program of European Economic Expansion, 2.11.1951.

39 OECD-HA, EC/EWP/56.2, Memorandum du Secrétariat comparant les résultats acquis et les objectifs du Programme d'Expansion de 25 pour-cent, 20.4.1956; vgl. auch OEEC, A Decade of Co-Operation. Achievements and Perspectives, Paris 1958, S. 40.

to ensure the support and co-operation of all elements of the population in order to widen the general understanding of the vital importance of economic expansion and to enlist the active co-operation of industrial management, labor, agriculture, financial institutions, the press, and the general public, in steps designed to secure the success of this policy.<sup>40</sup>

Die OEEC-Arbeit, die auf das Europäische Manifest folgte, konzentrierte sich auf zwei Schlüsselkonzepte: „Selektive Expansion“ und „Produktivität“. Diese können als zwei konkurrierende politische Maßnahmen interpretiert werden, die beide auf wirtschaftliche Expansion abzielten, aber mit sehr unterschiedlichen zugrundeliegenden Rationalitäten. „Selektive Expansion“ war ein wenig erfolgreicher Zwischenschritt zum Wachstumsparadigma, der auf der Logik von Sektorplanungen, die die Norm des Wiederaufbaus in den unmittelbaren Nachkriegsjahren definiert hatte, basierte. Expansion war dabei nur ein Mittel, um die Dollarlücke zu schließen und Außenbilanzstabilität zu erreichen, und dieses Mittel war nicht allgemeine, sondern eine selektive Expansion in den Sektoren, die aus außenbilanzspezifischen oder rüstungspolitischen Gründen als besonders wichtig eingeschätzt wurden. Dieses Konzept wurde nur für zwei Jahre diskutiert und dann in einer hitzigen Kontroverse um wirtschaftliche Planungen und Rohstoffmangel in bestimmten Bereichen beendet.

Die Produktivitätskampagne der OEEC auf der anderen Seite war langlebiger und prägte die OEEC-Arbeit während der gesamten 1950er Jahre. Allgemeine Expansion war das Ziel, und die Steigerung der Produktivität sowie der Wettbewerbsfähigkeit das Mittel.<sup>41</sup> Die wachsende Sorge um die Wettbewerbsnachteile Westeuropas im Vergleich zu den USA, wo nach dem Krieg die Industrieproduktivität teils doppelt so hoch war, hatte zunehmend den Fokus auf Produktivität als Schlüssel gelenkt, um „die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produzenten zu steigern“.<sup>42</sup> Aber die Produktivitätskampagne ging über technische und organisatorische Innovationen auf der Betriebsebene hinaus und zielte darauf ab, das Gewebe westeuropäischer Gesellschaften zu verändern. Durch das Herausholen der „besten Resultate aus jedem der vielen Produktionsfaktoren – Kapital, Arbeit, Rohstoffe, Fabriken und Maschinen, Land, Arbeitskräfte etc.“, so eine Definition von 1953, war das Ziel die Erreichung eines höheren Lebensstandards „durch einen schnelleren Fluss an Gütern und Dienstleistungen mit einer korrespondierenden höheren Kaufkraft in den Händen der Konsumenten“.<sup>43</sup> Dadurch wurde eine Beschleunigung des Flusses von Gütern und Dienstleistungen in die höchste Riege der

40 OECD-HA, C(52) 59 (Final), Recommendation of the Council concerning Measures to be taken with Regard to the Increase in Overall Production, 31. 3. 1952.

41 Bent Boel, *The European Productivity Agency and Transatlantic Relations, 1953 – 1961*, Copenhagen 2003.

42 OEEC, *Twelfth Annual Report of the OEEC*, Paris 1961, S. 12.

43 OECD-HA, C(53) 311, *Annual Program of Action of the European Productivity Agency for 1953 – 1954*, 9. 12. 1954.



Politikziele erhoben, was innerhalb des Rahmens der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf eine Erhöhung des BSP hinauslief. Dieses Ziel wurde dezidiert von älteren statischen Vorstellungen abgegrenzt: „To achieve a dynamic atmosphere of expansion it is vital that the concept of some ‚normal‘ and static level of production, which is prevalent in the minds of many, should be discarded.“ Und Produktivität wurde konsequenterweise vor allem als ein Problem der „Veränderung von Einstellungen“ diskutiert.<sup>44</sup>

Interessanterweise resultierte das Aufkommen von Wachstum als Politikziel nicht aus Fortschritten in ökonomischem Wissen und die frühen politischen Maßnahmen basierten fast gar nicht auf wissenschaftlichen Theorien. Dies hatte eine Vielzahl an Gründen, wie die Tatsache, dass die meisten Bürokrattinnen, Bürokraten und Delegierten der Regierungen in internationalen Organisationen damals nicht als Ökonominen oder Ökonomen ausgebildet waren und viele aus der Praxis kamen, obwohl sich dies bald ändern sollte.<sup>45</sup> Vor allem aber war die Wachstumstheorie selbst noch kaum entwickelt. Als die American Economic Association (AEA) 1952 einen umfassenden „Survey of Contemporary Economics“ in Angriff nahm, beschrieb Moses Abramovitz, der selbst in diese Forschungen involviert war, die Wachstumstheorie als „rudimentär“ und „unterentwickelt“ und begann seinen Aufsatz mit folgender Aussage:

Unlike most of the topics treated in the Survey, the problem with economic growth [is that it] lacks any organized and genuinely known body of doctrine whose recent development might illuminate the subject of this essay.<sup>46</sup>

Und Paul Samuelson fügte seiner Ausgabe des klassischen Textbuchs für Volkswirtschaftslehre aus dem Jahr 1951 keine Diskussion über Wachstum oder Entwicklung bei.<sup>47</sup> Nichtsdestotrotz, angeschoben durch den Erfolg der Produktivitätspolitik im Rahmen des Marshallplans, das Aufkommen von „unterentwickelten“ Nationalstaaten, die darauf warteten modernisiert zu werden, und die Intensivierung des Kalten Krieges, in dem über militärische und wirtschaftliche Hegemonie gerungen wurde, erlebten die Jahre nach 1952

44 Ebd.; vgl. auch NARA, RG 469, Entry UD 346, Box 4, Folder EPA Documents, EPA / D / 11, First Quarterly Report of the Agency, 20.11.1953.

45 Zum Aufstieg der Ökonomie als internationaler Wissenschaft und deren Beziehungen zu Gesellschaften und Regierungen vgl. Marion Fourcade, *Economists and Societies. Discipline and Profession in the United States, Britain, and France 1890s to 1990s*, Princeton 2009.

46 Moses Abramovitz, *Economics of Growth*, in: Bernard Francis Haley (Hg.), *A Survey of Contemporary Economics*, Homewood 1952, S. 132 – 178, hier S. 132 f. u. S. 153.

47 Vgl. die Diskussion in Collins, More, S. 28; Arndt, *Rise and Fall*, S. 33 – 35.

einen Schub an Theoriebildung zu Wachstum, die zunehmend auch Einfluss auf die politische Sphäre nahm.<sup>48</sup>

### III. Wachstumskonkurrenz im Kalten Krieg: Das 50-Prozent-Wachstumsziel von 1961

Während der 1950er und frühen 1960er Jahre wurde Wirtschaftswachstum zu dem global akzeptierten Maßstab für Fortschritt, nicht nur in den kapitalistischen Industrieländern, sondern auch in der Sowjetunion, in China und in den Ländern des globalen Südens. Nationalstaaten und politische Systeme traten nicht in Bezug auf Gleichheit, Emanzipation oder Arbeitsplätze in einen Wettbewerb, sondern in Bezug auf die Quantität an Gütern und Dienstleistungen, die ein Land produzieren konnte. Symptomatisch für den politischen Fokus auf Wachstum in dieser Zeit war das, was Zeitgenossen als „competitive targetry“ beschrieben.<sup>49</sup> Angetrieben durch Planungseuphorie, technokratischen Optimismus, internationalen Wettbewerb und die Rivalitäten des Kalten Kriegs formulierten Regierungen und internationale Organisationen in der ganzen Welt mutige und in Zahlen ausgedrückte Politikziele, vor allem aber Wachstumsziele.

Die bekanntesten Wachstumsziele wurden in der Sowjetunion verabschiedet. Aufbauend auf den Planzielen, die seit den 1920er Jahren verabschiedet wurden, aber nicht gesamtökonomische Wachstumszahlen beinhalteten, erklärte Nikita Chruschtschow 1958: „Wachstum der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion ist der Rammbock, mit dem wir das kapitalistische System zerschlagen werden.“<sup>50</sup> Auf dem XXI. Parteitag der KPdSU 1959 präsentierte er einen Siebenjahresplan, in dem Wachstum zur Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik erklärt und proklamiert wurde, dass die Sowjetunion bis 1970 einen höheren Lebensstandard als die USA haben würde. Und auf dem XXII. Parteitag 1961 verabschiedete die Partei einen weitreichenden Wachstumsplan, der darauf abzielte, die Produktion innerhalb von zehn Jahren um 150 Prozent und innerhalb von zwanzig Jahren um 500 Pro-

48 Arndt, *Rise and Fall*, S. 33–54; Evsey D. Domar, *Essays in the Theory of Economic Growth*, New York 1957; William Arthur Lewis, *The Theory of Economic Growth*, Homewood 1955; Robert M. Solow, *The Last 50 Years in Growth Theory and the Next 10*, in: *Oxford Review of Economic Policy* 23. 2007, S. 3–14, hier S. 3.

49 Selwyn Lloyd nutzte den Ausdruck auf der ersten Ministerratstagung der OECD. Siehe OECD-HA, *OECD/C/M(61)7*, 16.–17. 11. 1961. Zur Bedeutung ökonomischer Ziele in dieser Zeit vgl. auch Collins, *More*, S. 51–67; Alan Budd, *The Politics of Economic Planning*, Manchester 1978, S. 84–86; O'Bryan, *Growth Idea*, S. 157–171.

50 Zit. n. Thomas Robertson, *Development*, in: Ruud van Dijk (Hg.), *Encyclopedia of the Cold War*, Bd. 1, London 2008, S. 255.

zent zu steigern.<sup>51</sup> In ähnlicher Weise erklärte der Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, im August 1959 mit seiner berühmten Formel „überholen ohne einzuholen“, dass die DDR innerhalb von wenigen Jahren Westdeutschland in Bezug auf alle essentiellen Konsumbereiche übertreffen würde.<sup>52</sup>

Aber nicht nur planwirtschaftliche Länder proklamierten ihre politischen Ziele als numerische Wachstumsziele. Auf dem ersten Ministerratstreffen der OECD im November 1961 verabschiedete die neu geschaffene, und um die USA und Kanada erweiterte, westliche Wirtschaftsorganisation das berühmteste westliche Wachstumsziel. Das Ziel, welches die vorherrschende Vision menschlichen Fortschritts der Zeit symbolisierte, war das ausgesprochen ambitionierte Versprechen, das BSP der OECD-Länder innerhalb der 1960er Jahre um 50 Prozent zu steigern. Die OECD, die von einem hochrangigen Direktor recht treffend als „Wachstumstempel der Industrieländer“ beschrieben wurde, in dem „Wachstum um des Wachstums willen das höchste und unhinterfragbare Ziel“ wurde, war keine Ausnahme.<sup>53</sup> In den frühen 1960er Jahren verabschiedeten Regierungen in so unterschiedlichen Ländern wie Jugoslawien, Japan, Indien, Schweden, Frankreich oder England Wachstumsziele.<sup>54</sup> Und Entwicklungsökonominnen und -ökonomern im Kontext der UN arbeiteten in einer ähnlichen Richtung: Im Dezember 1961, nur Monate nach dem das OECD-Wachstumsziel gesetzt worden war, proklamierte die Generalversammlung der UN die „Entwicklungsdekade“, setzte als Ziel für die dekolonisierenden Länder „Wachstum plus Wandel“ und forderte durchschnittliche Wachstumsraten von 5 Prozent für Entwicklungsländer.<sup>55</sup>

Wie kann dieser „Wettbewerb um Zielvorgaben“ erklärt werden?<sup>56</sup> Zuerst einmal waren die frühen 1960er Jahre der Höhepunkt von dem, was

51 K. C. Thalheim (Hg.), *Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften*, Berlin 1968, S. 4; Bundesarchiv Koblenz [im Folgenden BArch], B 102/77352, o. A., Westen antwortet auf die russische Herausforderung, in: *Deutsche Zeitung*, 16. 11. 1961. Vgl. auch Paul R. Gregory, *The Political Economy of Stalinism. Evidence from the Soviet Secret Archives*, Cambridge 2004; Pekka Sutela, *Economic Thought and Economic Reform in the Soviet Union*, Cambridge 1991.

52 André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 110–114; ders., *Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?*, Berlin 2006.

53 Zit. n. Robert Shannan Peckham, Alexander King, in: *The Independent*, 26. 3. 2007.

54 James Tobin, *Economic Growth as an Objective of Government Policy*, in: *The American Economic Review* 54. 1964, S. 1–20, hier S. 1.

55 Dietrich Rauschnig u. a. (Hg.), *Key Resolutions of the United Nations General Assembly 1946–1996*, New York 1997, S. 240 f.

56 OECD-HA, *OECD/C/M(61)7*, 16.–17. 11. 1961.

zeitgenössische Kritiker als „growthmanship“ beschrieben.<sup>57</sup> Unter Ökonomen und Ökonomen war Wachstumstheorie das heißeste Thema, Politiker in allen Ländern priesen die Vorteile wirtschaftlicher Expansion und auch in öffentlichen Debatten waren Wachstum, Technologie und Konsum zentrale Themen. Ein Beobachter schrieb später: „In den 1960er überstieg die Wachstumsrate der ‚Wachstumsliteratur‘ bei weitem das Phänomen, welches diese zu erklären versuchte.“<sup>58</sup> Noch wichtiger, unter westlichen Politikern wurden die sowjetischen Wachstumsraten als grundlegende Herausforderung für die kapitalistische Ordnung angesehen, als Ausdruck der Intensivierung der Rivalitäten an der wirtschaftlichen Front des Kalten Krieges. Während in den frühen 1950er Jahren die sowjetische Wirtschaft von westlichen Sowjetologen noch als rückständig beschrieben wurde, veränderte sich dies rasch, vor allem nach dem „Sputnikschock“. Die Frage, die unter westlichen Wissenschaftlern und Sicherheitsexperten viel diskutiert wurde, war nicht ob, sondern wann die Sowjetunion die USA einholen würde. Sogar vorsichtige Ökonomen wie Abram Bergson sagten in den frühen 1960er Jahren voraus, dass dies relativ bald geschehen würde.<sup>59</sup> Um nur ein Beispiel der weit verbreiteten Sorge unter westlichen Eliten zu nennen: Bundeskanzler Konrad Adenauer argumentierte 1960 in bilateralen deutsch-amerikanischen Gesprächen über die Machtbeziehungen des Kalten Krieges, dass seiner Einschätzung nach die UdSSR bis 1965 wirtschaftliche Parität mit den USA erreichen würde.<sup>60</sup> In diesem Kontext entwickelte sich die Devise „expandiere oder stirb“ (*expand or die*), die der OEEC-Generalsekretär 1953 ausgab, zur übergeordneten Vorgabe westlicher Wirtschaftspolitik.<sup>61</sup>

Internationale Organisationen und besonders die komparativen Daten über Wachstumsraten, die sie seit Ende der 1950er Jahre produzierten und publizierten, spielten eine Schlüsselrolle bei der Konstruktion einer kompetitiven, normativen Epistemologie der Wachstumsraten, die dem Wachstumsfokus zugrunde lag. Der Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

57 Colin Clark, *Growthmanship. A Study in the Mythology of Investment*, London 1961; John Kenneth Galbraith, *The Affluent Society*, Boston 1958.

58 Dennis Mueller, Introduction, in: ders., *The Political Economy of Growth*, New Haven 1983, S. 1.

59 David C. Engerman, *Know Your Enemy. The Rise and Fall of America's Soviet Experts*, Oxford 2009; Evanthis Hatzivassiliou, *Images of the Adversary. NATO Assessments of the Soviet Union, 1953 – 1964*, in: *Journal of Cold War Studies* 11. 2011, S. 89 – 116.

60 Department of State, Conference Files, LOT 64 D 559, CF 1610, Drafted by Merchant, Memorandum of Conversation, 16.3.1960, FRUS 1958 – 1960, Bd. IX: Berlin Crisis 1959 – 1960, Germany, Austria, S. 678 f., <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1958-60v09/d257>.

61 NARA, RG 56, Entry UD-UP 734-A1, Box 58, Folder OEEC/1/40, Treasury Participation in Economic Review, Vol. 1, Hauge to Stassen, 9.9.1953; Paris to MSA, 10.9.1953; Paris to MSA, 14.9.1953.

hatte einen universellen Raum konstruiert, in dem die Höhe des BSP oder BIP pro Person als indikativ für die wirtschaftliche oder soziale Position eines Landes konzeptualisiert werden konnte und in dem die Wachstumsrate dazu auserkoren wurde, den Fortschritt, das wirtschaftliche Potential und den politischen Erfolg eines Landes anzuzeigen.<sup>62</sup> Innerhalb der OECD-Debatten wurden vergleichende Daten der Wachstumsraten zunehmend als „Ranglisten“ (*league tables*) interpretiert, wobei die Länder mit den niedrigsten Wachstumsraten die „niedrigsten Plätze“ innerhalb dieser Hierarchie innehatten.<sup>63</sup> Besonders die reichsten Länder der Zeit, die USA und England, sahen damals ihre wirtschaftliche Performance, die in den 1950er Jahren deutlich niedrigere Wachstumsraten aufwies als die kontinentaleuropäischen Länder, als ungenügend und unterhalb der Norm an. So entwickelte sich beispielsweise im Rahmen des Nachkriegsnarrativs des *british decline* 1960 eine große Diskussion in der *Whitehall* über das schlechte Abschneiden der britischen Wirtschaft, die durch eine Veröffentlichung von Tabellen der OEEC ausgelöst wurde, welche die Wachstumsraten der Mitgliedsländer nebeneinander stellte.<sup>64</sup> Obwohl die USA viel wohlhabender war als die westeuropäischen Partnerländer, diagnostizierten Zeitgenossen einen „nationalen Minderwertigkeitskomplex über unsere Wirtschaft“, der durch die neu verfügbaren Vergleiche der Wachstumsraten ausgelöst worden war, die die OEEC und andere internationale Organisationen produzierten.<sup>65</sup> Und bei einem Treffen der Wirtschaftsexperten innerhalb der OECD 1961 beschwerte sich Louis Rasminsky, Deputy Governor der Bank of Canada, über den „exclusive Anglo-Saxon club of stunted growth.“<sup>66</sup> Während westeuropäische Länder, ganz zu schweigen von dem sowjetischen Block, in den 1950er Jahren relative hohe Wachstumsraten aufwiesen, mit der OEEC inklusive England im Durchschnitt bei 5 Prozent, lagen die USA mit 3,5 Prozent und England mit 2,6 Prozent deutlich abgeschlagen auf den hinteren Plätzen.<sup>67</sup>

62 Vgl. besonders Milton Gilbert u. a., *Comparative National Products and Price Levels. A Study of Western Europe and the United States*, Paris 1958.

63 TNA, T 230/604, Ross, OEEC Working Party on Growth, 16. 5. 1961; NARA, RG 56, Entry UD-UP 734-H, Box 1, Folder OECD/3/00 Ministerial Meetings, Vol. 1, Problems and Prospects for U.S. Economic Growth, 20. 11. 1962.

64 TNA, T 230/579, P. Vinter to R. W. B. Clarke, Elements of a Policy for Economic Growth, 27. 2. 1961. Vgl. auch Hugh Pemberton, *Relative Decline and British Economic Policy in the 1960s*, in: *The Historical Journal* 47. 2004, S. 989 – 1013; Jim Tomlinson, *The Politics of Decline. Understanding Post-War Britain*, Harlow 2000.

65 Allen Wallis, *A Philosophy of Economic Growth*, in: *Wall Street Journal*, 24. 10. 1960. Vgl. auch Arndt, *Rise and Fall*, S. 62.

66 TNA, FO 371/158091, M 511/29, Robert Hankey, Annex A to Economic Policy Committee, 26. 4. 1961.

67 NARA, RG 56, Entry UD-UP 734-H, Box 3, Folder OECD/5/00, Economic Policy Committee, Vol. 1, Annex to Walter W. Heller, Memorandum for the President, 5. 5. 1961.

Als John F. Kennedy im Januar 1961 US-Präsident wurde, war er besonders interessiert daran, „das ‚Rätsel‘ des Wachstums“ der europäischen Länder zu verstehen, um es „auf die langsam vorankommende US-Ökonomie anwenden“ zu können.<sup>68</sup> Die Kennedy-Administration schien wie besessen vom Wachstum: Im Commerce Department wurden an allen Büros und Schreibtischen Schilder aufgehängt, auf denen gefragt wurde „What have you done for Growth today?“<sup>69</sup> Das Wachstumsrätsel sollte innerhalb der 1961 als Folgeorganisation der OEEC gegründeten OECD gelöst werden, und die Organisation lancierte in den frühen 1960er Jahren eine Vielzahl an Aktivitäten, die darauf abzielten, Wachstumspolitiken in den Mitgliedsländern zu institutionalisieren und international zu harmonisieren. 1961 gründete die Organisation auf amerikanische Initiative hin eine neue Arbeitsgruppe des Economic Policy Committee (EPC), die so genannte „Working Party No. 2 on Policies for the Promotion of Economic Growth“ (WP-2), die damit beauftragt wurde, die Gründe für die unterschiedlichen Wachstumsraten zu erforschen und ein universell anwendbares Rezept für schnelles Wachstum zu erarbeiten.<sup>70</sup> Und die USA setzte sich mit allen diplomatischen Druckmitteln dafür ein, bei der ersten Ministerratstagung der OECD ein kollektives Wachstumsziel des Westens zu verabschieden, nicht nur als Antwort auf die Wachstumsproklamationen der Sowjetunion, sondern auch als internationale Unterstützung, um intern eine expansivere Wachstumspolitik zu rechtfertigen.

Der Vorschlag für das OECD-Wachstumsziel wurde zuerst von Roger Ockrent, dem belgischen Delegierten und Vorsitzenden des OECD-Exekutivkomitees und einem der langjährigsten Mitarbeiter der Organisation, auf einem Treffen des EPC im Oktober 1961 gemacht, um die erste Ministerratstagung der neuen Organisation „newsworthy“ zu machen und ihr „political oomph“ zu verleihen. Zunächst aber lehnten alle Delegationen den Vorschlag ab.<sup>71</sup> Nur die US-Ökonomen des CEA präsentierten die Idee ihrem neu gewählten US-Präsidenten Kennedy. Dieser war nach dem sowjetischen Parteitag 1961 „von der Idee, Wachstumsziele aufzugreifen, gefesselt worden“ und versuchte, den CEA zu überzeugen, „die gleiche Übung [...] für die Vereinigten Staaten“ zu machen.<sup>72</sup> Während die hochrangigen Ökonomen dies zuerst als eine „Kapripize“ des Präsidenten ansahen, entschieden sie auf das starke Insistieren Kennedys hin, die beiden Ideen zu kombinieren und darauf hinzuarbeiten, „ein Wachstumsratenziel auf der OECD Ministerratstagung zu platzieren“ und

68 O. A., OEEC to Study Economic Growth, in: Financial Times, 20. 4. 1961.

69 Zit. n. Collins, More, S. 2. Zu Kennedy's Wachstumspolitik vgl. ebd. S. 48–61.

70 TNA, T 230/508, Downie to Hall, 3. 3. 1961.

71 NARA, RG 59, Entry A1 5605, Box 1, Folder OECD Ministerial 1961, Position Paper, PMM D-II, 9. 11. 1961; TNA, T 299/178, Hankey to Foreign Office, 22. 10. 1961; Hankey to Jackling, 27. 10. 1961.

72 NARA, RG 59, Entry 5304, Box 22, Folder OECD Ministerial Meeting 1961, J. Robert Schaetzel to Mr. Fessenden, 2. 11. 1961.

gleichzeitig einen internen Wachstumsplan für die USA zu erarbeiten.<sup>73</sup> Trotz interner Kritik – ein Bericht des US-Finanzministeriums hinterfragte den Fokus auf das BSP als einen Maßstab für Fortschritt und den Propagandawert eines Ziels unterhalb der unrealistischen Wachstumsrate von 5 Prozent jährlich – forcierte der CEA diese Idee innerhalb der OECD.<sup>74</sup> Die US-Ökonomen erarbeiteten den Vorschlag, dass eine Expansion des kollektiven BSP, also des addierten BSP aller OECD-Mitgliedsländer, um 50 Prozent bis 1970 ein angemessenes „Versprechen“ sei, um von der neuen Organisation verkündet zu werden. Dieses Wachstumsziel von 50 Prozent innerhalb von neun Jahren oder einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 4,6 Prozent basierte auf recht oberflächlichen ökonometrischen Analysen und wurde vor allem gewählt, um eine aufmerksamkeitsregende und erinnerungswürdige Zahl zu erreichen. Der CEA schrieb sogar einen Entwurf für das Kommuniqué der OECD-Minister, dessen zentraler Teil von niemand anderem als Robert Solow geschrieben wurde, dem Paten modernen Wachstumsmodellierens am MIT, der damals für Kennedy CEA arbeitete.<sup>75</sup>

Zu Anfang waren jedoch alle anderen Mitgliedsländer sowie die Ökonomen im Sekretariat der Organisation gegen solch eine weitreichende Erklärung. Die erste Diskussion zeigte „ziemlich abschließend die Unmöglichkeit, dass solch ein Ziel als Teil des Kommuniqués durch die Delegationsführer angenommen wird.“<sup>76</sup> Die Diskussion verdeutlichte vor allem die Spannungen zwischen dem politischen Interesse der USA, eine internationale Organisation zu nutzen, um die eigene politische Agenda voranzubringen, und der Anspannung der technischen Bürokraten des neu etablierten Sekretariats, die darum besorgt waren, das Bild der OECD als eines objektiven und verlässlichen Think Tanks zu bewahren.<sup>77</sup> Der US-Repräsentant musste seinen Kollegen sogar versichern, dass der Vorschlag „nicht nur ein Stunt“ war, sondern auf fundiertem

73 NARA, RG 59, Entry 5304, Box 22, Folder OECD Ministerial Meeting 1961, Edward R. Murrow to McGeorge Bundy, 1. 11. 1961.

74 NARA, RG 56, Entry UD-UP 734-H, Box 4, Folder OECD/5/30 EPC Working Party 2, Vol. 6, Proposed Growth-Rate Target for OECD Countries, 2. 11. 1961.

75 NARA, RG 59, Entry 5304, Box 22, Folder OECD Ministerial Meeting 1961, Robert Solow, Portion of Draft Communiqué, 2. 11. 1961. Zu seinen wegweisenden Arbeiten vgl. Robert M. Solow, A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: *The Quarterly Journal of Economics* 70. 1956, S. 65 – 94; Robert M. Solow, Technical Change and the Aggregate Production Function, in: *The Review of Economics and Statistics* 39. 1957, S. 312 – 320.

76 NARA, RG 59, Entry 5304, Box 22, Folder OECD Ministerial Meeting 1961, J. Robert Schaezel to Mr. Fessenden, 2. 11. 1961.

77 Kristensens Kritik basierte auch auf seinen eigenen Analysen zu langfristigen Wachstumstrends in verschiedenen Weltregionen. Vgl. Thorkil Kristensen, *The Economic World Balance*, Copenhagen 1960.

ökonomischen Wissen basierte.<sup>78</sup> Auf der anderen Seite drückte OECD-Generalsekretär Kristensen „deutliche Besorgnis“ aus und warnte, dass das Wachstumsziel vollkommen unrealistisch sei und die OECD solle ihren „Standard nicht absenken, um eine Propagandaagentur“ zu werden. Man könne nicht gleichzeitig Chruschtschows Methoden „kritisieren und imitieren“. Als der US-amerikanische Vorschlag im OECD-Rat diskutiert wurde, war die Diskussion entsprechend kontrovers und die Idee wurde allgemein als „unreif“, „unrealistisch“ und basierend auf „oberflächlichen“ Analysen kritisiert.<sup>79</sup>

Dennoch setzte die US-Administration das Ziel von 50 Prozent auf die offizielle Agenda der Ministerratsstagung, indem sie einen Brief an alle Minister schickte, in welchem Kennedys dringende Forderung ausgedrückt wurde, das kollektive Wachstumsziel zu verabschieden.<sup>80</sup> Der durch Solow geschriebene Entwurf für das „Wachstumskommuniqué“ war angehängt. Dieser Text versprach, dass die OECD „die Erfolge der Fünfziger Jahre übertreffen“ würde, da die OECD-Länder ihr gemeinsames BSP nicht erst in zehn Jahren um 50 Prozent steigern würden, sondern in dieser „neuen Dekade wirtschaftlicher Expansion“ in nur neun Jahren. Durch dieses Wachstum von 1.000 Milliarden US-Dollar auf 1.500 Milliarden US-Dollar, so der US-Entwurf für die Abschlusserklärung, könne die OECD „zur Atlantischen Gemeinschaft das Äquivalent eines anderen Landes der Größe der Vereinigten Staaten hinzufügen.“<sup>81</sup> Die Botschaft im Kalten Krieg war deutlich: Die westliche Allianz würde enorm gestärkt.

Dieser Vorschlag, der erst weniger als zwei Wochen vor dem Treffen gemacht wurde, löste eine sehr intensive und kontroverse Diskussion in der OECD und den Mitgliedsländern aus, in der neben dem Sekretariat vor allem die Länder mit langsamen Wachstumsraten, wie England und Kanada, sowie die neutralen Länder, die die OECD nicht zu sehr im Kalten Krieg verwickelt sehen wollten, versuchten, den US-Vorschlag abzuwenden. Die gesamte Dynamik der Debatte änderte sich schlagartig, als die Delegierten auf der Ministerratsstagung feststellen mussten, dass der Vorschlag zur Presse durchgesickert war. Zuerst die *New York Times* und dann Zeitungen aus aller Welt analysierten *en détail*, wie realistisch das Ziel sei und spekulierten über die versteckten Motive. Die Presselandschaft war dabei ausgesprochen skeptisch, besonders in

78 NARA, RG 59, Entry A1 5605, Box 1, Folder OECD Ministerial 1961, Position Paper, PMM D-II, 9. 11. 1961.

79 TNA, T 236 / 6519, Hankey to Foreign Office, 7. 11. 1961; BArch, B 102 / 77352, Jentsch to Müller-Armack, 9. 11. 1961; OECD-HA, C / M (61) 3, Council Minutes, 27. 10. 1961.

80 BArch, B 102 / 77352, George W. Ball to Prof. Ludwig Erhard, 7. 11. 1961. Vgl. auch TNA, T 236 / 6519, Hankey to Foreign Office, 7. 11. 1961.

81 BArch, B 102 / 77352, Draft Communiqué on Economic Growth Target, November 1961, Anhang an einen Brief von George Ball an Ludwig Erhard, 7. 11. 1961.



Europa, und der Vorschlag wurde generell als unrealistisch eingestuft.<sup>82</sup> So argumentierte das westdeutsche *Handelsblatt* beispielsweise, dass eine Reihe von Mitgliedsländern „gar nicht über die notwendigen wirtschaftspolitischen Handhaben verfügt, um ihrer Industrie und Landwirtschaft eine gewisse Wachstumsrate aufzuzwingen“.<sup>83</sup> Angesichts der plötzlichen Öffentlichkeit für den Vorschlag sahen sich alle Mitgliedsländer quasi gezwungen, den Vorschlag anzunehmen. Besonders Großbritannien und das Sekretariat um Thorkil Kristensen erreichten zwar, dass der Vorschlag in einigen Punkten etwas aufgeweicht wurde: Es wurde explizit festgelegt, das Ziel gelte nur kollektiv und nicht für einzelne Mitgliedsländer, die Zeitperiode wurde von neun auf zehn Jahre verlängert und die aggressive Sprache des US-Entwurfs für das Kommuniqué wurde etwas abgeschwächt. Dennoch verkündete die OECD im November 1961 offiziell das Wachstumsziel von 50 Prozent.

Obwohl diese Erklärung auf den ersten Blick als eine mächtige Demonstration des Vertrauens in zukünftiges, sich beschleunigendes Wachstum, der Vorherrschaft ökonomischer Prognostik und das Selbstvertrauens der neuen „ökonomischen NATO“ erscheint, zeigen die internen Diskussionen vor allem substantielle Unsicherheiten und Zweifel. Das Wachstumsziel war nicht nur durch die Angst vor sowjetischen Wachstumsraten motiviert, sondern basierte auf unvollständigen Zahlenreihen und fragwürdiger Theorie. Wie Stephen Marris, einer der wichtigsten Ökonomen der OECD, knapp zwanzig Jahre später zusammenfasste:

It does seem a funny thought now, you know, that with a totally inadequate analytical base and not very many figures, we fixed ourselves a figure for the growth over the next ten years and we (over) achieved it within about 3 or 4 per cent!<sup>84</sup>

Vielmehr als das Resultat gründlicher wirtschaftlicher Analyse war die OECD-Erklärung vor allem das Ergebnis von diplomatischen Verhandlungen und öffentlichem und internen Druck. Und schließlich dokumentierte das Ziel nicht das Selbstvertrauen der OECD, sondern diente vielmehr dazu, eine neue, noch nicht etablierte und prekäre internationale Organisation mit Anerkennung und Bedeutung auszustatten. Ähnlich wie James Tobins Beobachtung, dass „ein Wachstumsziel eine Nation inspirieren, aufladen und vereinigen

82 TNA, T 299/178, Washington to Foreign Office, 14.11.1961; TNA, PREM 11/4228, Hankey to Foreign Office, 16.11.1961; O. A., Free World Goals for 1970, in: New York Times, 13.11.1961; O. A., British doubt on U.S. Growth Plan for OECD, in: Financial Times, 15.11.1961; O. A., Britain imperils U.S. goal in OECD, in: New York Times, 16.11.1961; O. A., Westen antwortet auf die russische Herausforderung, in: Deutsche Zeitung, 16.11.1961. Weitere Zeitungsberichte finden sich in BArch, B 102/77352.

83 BArch, B 102/77352, o. A., USA schlagen Wohlstandsplan vor, in: Handelsblatt, 17.11.1961,

84 Stephen Marris, My History of My Time at the OECD. Unpublished Record of Two Seminars given to the OECD Secretariat in June 1983.

kann“, war eine der zentralen Funktionen des Wachstumsziels die Schaffung einer imaginierten Gemeinschaft von Ländern sowie das Stiften von Sinn und Identität für die neue internationale Organisation und damit für „den Westen“. <sup>85</sup>

Die Fokusverschiebungen innerhalb der OECD in den frühen 1960er Jahren stehen symptomatisch für die meisten Industrieländer und andere internationale Organisationen. In Jahren nach dem Wachstumsziel wurde die gesamte Arbeit der OECD in allen Politikbereichen auf die Erreichung dieses Wachstumsziels ausgerichtet: Wissenschafts-, Arbeitsmarkt-, Außenhandels-, Währungs-, Landwirtschafts-, Industrie- und Bildungspolitik wurden so umgestaltet, dass der jeweilige Beitrag zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Mittelpunkt stand, und die Wirtschaftspolitik rückte noch mehr ins Zentrum der Organisation. Die vorherrschenden Wachstumsraten wurden generell als ungenügend angesehen. So fragte ein internes Papier 1961: „How undergrowthed do you consider your economy?“<sup>86</sup> Auch wenn die Arbeitsgruppe zur Wachstumsförderung aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen über wirtschaftliche Planung und Steuerung daran scheiterte, ein gemeinsames „Rezept“ für Wachstumssteigerung zu entwickeln, rückte Wachstum ins Zentrum allen politischen Denkens.<sup>87</sup> Einer der Vordenker und wichtigsten Protagonisten der Wachstumspolitik der OECD, Angus Maddison, führte die erfolgreichen Politiken der Zeit auf einen „Prozess des gegenseitigen Lernens innerhalb der OECD“ zurück, der eine spezifische Ausrichtung hatte:

Growth policy has three main components. In the first place governments must ensure that the total level of demand is adequate to keep existing resources fully employed. Secondly, government must deal with problems of external payments in a way which fosters growth. Thirdly, governments should nurture the supply potential of the economy by stimulating investment, technological innovation, and training of human skills.<sup>88</sup>

Defizitäres Wirtschaften stand im Zentrum der Wachstumspolitik. Wie der Generalsekretär der Organisation auf einem Treffen des EPC 1962 zusammenfasste, war „die Zeit [...] vorüber, in der man einen ausgeglichenen Haushalt als wichtig erachtete. Die dreißiger Jahre haben uns gezeigt und die Ökonominen und Ökonomen haben deutlich gemacht, dass eine Wirtschaft

85 Tobin, *Economic Growth*, S. 6. Zu vorgestellten Gemeinschaften vgl. Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1985.

86 TNA, T 230/604, OECD Secretariat to UK delegation, *Preliminary Proposals for a Questionnaire for Enquiry into Economic Growth*, 25. 5. 1961.

87 Vgl. dazu Kap. 5 u. 6 in Schmelzer, *Hegemony*.

88 Angus Maddison, *Economic Growth. The Role of Policy*, in: *The OECD Observer* 11. 1964, S. 36 f. Vgl. auch das damals sehr viel diskutierte Buch Angus Maddison, *Economic Growth in the West. Comparative Experience in Europe and North America*, New York 1964.

nicht automatisch im Gleichgewicht ist.“ Daher sei ein „richtig finanziertes Defizit“ zentraler Bestandteil einer guten Wirtschaftspolitik.<sup>89</sup>

#### **IV. Von der Wachstumseuphorie zur Wachstumskrise: Das 65-Prozent-Wachstumsziel von 1970**

Ende der 1960er Jahre wurde zunehmend deutlich, dass die OECD das 1961 gesetzte ambitionierte Wachstumsziel nicht nur erreichen, sondern übertreffen würde. Zwischen 1961 und 1970, der Zeit, die seitdem als Höhepunkt des „Goldenen Zeitalters“ erinnert wurde, erlebten die OECD-Länder phänomenale Wachstumsraten: Im Durchschnitt 4,8 Prozent, die das gemeinsame Wirtschaftsprodukt um 55 Prozent steigerten, und um 60 Prozent, wenn die neuen Mitgliedsländer Japan und Finnland eingerechnet werden.<sup>90</sup> Die jüngsten Voraussagen deuteten noch schnellere Expansion für das kommende Jahrzehnt an und prognostizierten durchschnittliche Wachstumsraten von 5,2 Prozent bis 1980, die das BSP der OECD um weitere 65 bis 70 Prozent steigern würden. Das Risiko moderner Gesellschaften, so die Schlussfolgerung eines OECD-Berichts basierend auf diesen optimistischen Prognosen, sei nicht mehr das, nicht genügend Wachstum zu haben.<sup>91</sup>

Doch erstaunlicherweise feierte niemand in der OECD diesen Erfolg. Nicht nur war das Wachstum der 1960er Jahre begleitet von Zahlungsbilanzkrisen, Wechselkursanpassungen und sich langsam beschleunigender Inflation, Phänomene, die die Politiker und Berater der Zeit viel mehr sorgten als dies später erinnert wurde.<sup>92</sup> Viel entscheidender war, dass die optimistische und technokratische Weltsicht, welche die 1960er Jahre geprägt hatte, zunehmend brüchig wurde. Der neue Generalsekretär der OECD, Emile van Lennep, fasste diesen Perspektivwechsel in einer Rede 1970 sehr treffend zusammen, indem er in seiner Reflektion der ursprünglichen OECD-Ziele argumentierte: „Zuerst waren wir erfolgreich bei unserem Wachstumsziel – nur um am Ende der Dekade festzustellen, dass dies kein Grund für Zufriedenheit sein sollte, da das Konzept des Wachstums selbst eine Neudefinition brauchte.“ In seiner Ausformulierung des Wandels stellte van Lennep fest, „das Ziel von 50 Prozent wurde als Ziel an sich selbst angesehen – und als sehr ambitioniertes noch

89 OECD-HA, C(62)119, Meeting of the Economic Policy Committee. Report by the Chairman, 26.6.1962.

90 Hobsbawm, *Age of Extremes*; OECD, *The Growth of Output*, S. 79.

91 OECD-HA, C(70)53, Documentation for Meeting of Council at Ministerial Level, Prospects for Economic Growth, 10.4.1970, Annex C, Table 3; OECD, *The Growth of Output*, S. 79.

92 Dies wird diskutiert in Alec Cairncross, Introduction. *The 1960s*, in: ders. u. Frances Cairncross (Hg.), *The Legacy of the Golden Age. The 1960s and Their Economic Consequences*, New York 1992, S. 1 – 13.

dazu.“ Seitdem habe die OECD jedoch gelernt „diese Annahme zu hinterfragen“ durch „weitreichendere Fragen“. Während die Schlüsselfragen der OECD-Länder in den frühen 1960er Jahren sich darum drehten, das „Rätsel des Wachstums“ zu lösen, „Politiken für noch schnelleres Wachstum“ zu entwickeln und zu untersuchen, wie „undergrowthed“ OECD-Wirtschaften waren, propagierte der Generalsekretär der OECD nur ein Jahrzehnt später ein grundlegendes Hinterfragen des Wachstumsparadigmas:

To what uses should this growth be put? If increased growth does not create improved conditions of life, will not growth become an illusion? What is the point of more unless more means also better?<sup>93</sup>

Diese Fragen, formuliert im Herzen der damals am stärksten auf Wachstum fokussierten Organisation weltweit, sind ausgesprochen aufschlussreich und fangen die Unsicherheit der wirtschaftspolitischen Experten in den frühen 1970er Jahren über die Ziele wirtschaftlicher Aktivität ein.

Was hatte sich seit der ambitionierten Erklärung des 50-Prozent-Wachstumsziels 1961 verändert? Sobald sich das Wachstumsparadigma in den frühen 1960er Jahren einmal etabliert hatte, wurde es auch schon aus unterschiedlichsten Richtungen attackiert und durch soziale und wirtschaftliche Entwicklungen unterminiert. Besonders einschneidend für die sich verändernden sozialen Paradigmen der Epoche waren die weltweiten Proteste und sozialen Unruhen im Kontext dessen, was als „Weltrevolution von 1968“ beschrieben worden ist: Einem wirklich transnationalen Phänomen, das grundlegend die Ungerechtigkeiten und Ausschlüsse von kapitalistischem Wachstum und Materialismus kritisierte.<sup>94</sup> Darüber hinaus kamen in den 1960er Jahren starke Umweltbewegungen auf, die das Bild eines verletzlichen Planeten verbreiteten, dessen prekäres Gleichgewicht durch scheinbar unkontrollierbare technologische und wirtschaftliche Entwicklungen gefährdet wurde.<sup>95</sup> Der Fokus auf Wirtschaftswachstum war auch in einer Vielzahl von viel gelesenen Büchern kritisiert worden, wie beispielsweise in John Kenneth Galbraiths früher „The Affluent Society“ (1958) oder Ezra J. Mishans „The Cost of Economic Growth“ (1967), und es gab eine Welle von Veröffentlichungen, die den mit den „Limits

93 OECD-HA, CES Divers 1970, Van Lennep at the Meeting of the Committee on Economic Affairs and Development of the Consultative Assembly of the Council of Europe, 3.7.1970.

94 Immanuel Wallerstein, 1968. *Revolution in the World-System, Theses and Queries*, in: *Theory and Society* 18. 1989, S. 431–449; Carole Fink u. a. (Hg.), 1968. *The World Transformed*, Cambridge 1998; Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung*. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2011.

95 Kai F. Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik 1950–1973*, Stuttgart 2004; John S. Dryzek, *The Politics of the Earth. Environmental Discourses*, Oxford 2005; Robert Poole, *Earthrise. How Man First Saw the Earth*, New Haven 2008.

to Growth“ assoziierten Alarmismus vorwegnahmen, wie Paul R. Ehrlichs „Population Bomb“ (1968) oder Alvin Tofflers „Future Shock“ (1970).<sup>96</sup> Ökonominen und Ökonomen, aber besonders Soziologinnen und Soziologen sowie Ökologinnen und Ökologen waren zunehmend skeptischer geworden gegenüber dem technokratischen Glauben an die uneingeschränkt positiven Auswirkungen quantitativen Wachstums, eine Diskussion, die durch die aufkommende wissenschaftliche Beschäftigung mit der langfristigen Zukunft noch verstärkt wurde.<sup>97</sup> Mehrere internationale Organisationen wie die UN nahmen Themen wie Umweltprobleme oder Bevölkerungswachstum auf, die aus diesen Diskussionen hervorgegangen waren.<sup>98</sup> In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gab es darüber hinaus eine Vielzahl verstörender wirtschaftlicher Entwicklungen, wie kleinere Konjunkturerinbrüche, beispielsweise die „Mini-Rezession“ in der Bundesrepublik 1966/1967, aber auch zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten, sinkende Profite für Privatunternehmen, eine Intensivierung der Zahlungsbilanzprobleme, und wachsende Inflations Sorgen, die trotz generell hoher Wachstumsraten auftraten.<sup>99</sup> Außerdem scheiterten die Versuche, den Kalten Krieg durch eine „Modernisierung“ der Dritten Welt zu gewinnen, nicht nur in dem vergeblichen Versuch, den Vietnamkrieg für sich zu entscheiden.<sup>100</sup> Und schließlich erlebten Industrieländer, wie zeitgenössische Sozialwissenschaftler beobachteten, die Anfänge

96 Galbraith, *Affluent Society*; Ezra J. Mishan, *The Costs of Economic Growth*, New York 1967; Paul R. Ehrlich, *The Population Bomb*, New York 1968; Alvin Toffler, *Future Shock*, New York 1970. Vgl. dazu auch Reinhard Steurer, *Der Wachstumsdiskurs in Wissenschaft und Politik. Von der Wachstumseuphorie über „Grenzen des Wachstums“ zur Nachhaltigkeit*, Berlin 2002; Sabine Höhler, „Carrying Capacity“. *The Moral Economy of the „Coming Spaceship Earth“*, in: *Atenea* 26. 2006, S. 59–74; Kai F. Hünemörder, *Kassandra im modernen Gewand. Die umweltapokalyptischen Mahnrufe der frühen 1970er Jahre*, in: Frank Uekötter u. Jens Hohensee (Hg.), *Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, Stuttgart 2004, S. 78–97.

97 Vgl. z. B. Jenny Andersson, *The Great Future Debate and the Struggle for the World*, in: *The American Historical Review* 117. 2012, S. 1411–1430. Symptomatisch dafür sind die Debatten des „colloque d’Arras“ im Juni 1965, in denen Pierre Bourdieu und Regierungsstatistiker und -ökonomInnen des INSEE unter Claude Gruson die makroökonomischen Auswirkungen des Wachstums auf Gleichheit diskutierten. Vgl. Frédéric Lebaron, Pierre Bourdieu, *Economic Models Against Economism*, in: *Theory and Society* 32. 2003, S. 551–565; Alain Desrosières, *Bourdieu et les statisticiens. Une rencontre improbable et ses deux héritages*, in: Pierre Encrevé u. Rose Mary Lagrave (Hg.), *Travailler avec Bourdieu*, Paris 2003, S. 209–218.

98 Richard Jolly u. a. (Hg.), *UN Ideas That Changed the World*, Bloomington 2009; Matthew J. Connelly, *Fatal Misconception. The Struggle to Control World Population*, Cambridge 2009.

99 Eichengreen, *European Economy*, S. 216–224.

100 Nils Gilman, *Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America*, Baltimore 2003, S. 203–277.

eines tiefgreifenden Wertewandels hin zu „post-materiellen“ oder „post-modernen“ Werten.<sup>101</sup>

Diese unterschiedlichen Entwicklungen, besonders die 1968er Proteste und die damit einhergehenden Kritikformen, kulminierten in einer ideologischen Krise des Wachstumsparadigmas. In fast allen OECD-Ländern wurden in den Jahren nach 1968 die Probleme, die durch kontinuierliches quantitatives Wachstum entstanden waren, sowie die Wünschbarkeit und langfristige Möglichkeit von Wirtschaftswachstum, hitzig diskutiert. Diese sehr breiten Diskussionen wurden von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, den Kirchen, in der Wissenschaft und innerhalb von Regierungsapparaten geführt, an ihnen waren große Bevölkerungsteile beteiligt und sie schufen neue Konfliktlinien sowohl innerhalb des konservativen, als auch des progressiven politischen Lagers. Diese überlagerten etablierte nationale und ideologische Teilungen, und zwar nicht nur in OECD-Ländern inklusive Japan, sondern auch in der Sowjetunion und vielen Ländern des globalen Südens.<sup>102</sup>

Seit einigen Jahren haben Historikerinnen und Historiker die grundlegenden Veränderungen in gesellschaftlichen Leitmotiven und Strukturen am Beginn der Ära „nach dem Boom“ diskutiert, die durch tiefe Strukturbrüche gekennzeichnet waren, von denen viele mit dem „Shock of the Global“ in Verbindung standen. Aus der Perspektive einer Analyse der historisch umstrittenen Hegemonie des Wachstumsparadigmas ist jedoch die Periode davor, also zwischen den zwei symbolischen Jahren 1968 und 1973/1974, besonders interessant.<sup>103</sup> Diese „Krise vor der Krise“ war besonders ausgeprägt innerhalb der OECD, in der sich unter dem Titel „Probleme moderner Gesellschaften“ eine ausgesprochen lebhafte Diskussion über die nicht-

101 Vgl. besonders die Studien von Ronald Inglehart, z. B. *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977. Vgl. auch die kritischen Bemerkungen der Nutzung sozialwissenschaftlicher Konzepte durch Zeit-historiker in Rüdiger Graf u. Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: *VfZ* 59. 2011, S. 479 – 508.

102 Collins, More, S. 98 – 125; Sutela, *Economic Thought*, S. 47. In den späten 1960er Jahren diskutierten Ökonominen und Ökonomen in vielen Ländern, auch in Japan, neue Möglichkeiten, soziale Wohlfahrt zu messen. In Japan skandierte die Umweltbewegung damals den Slogan „Kutabare GNP!“ (Zur Hölle mit dem BSP!); vgl. Shigeto Tsuru, *Japan's Capitalism. Creative Defeat and beyond*, Cambridge 1993, S. 146.

103 Vgl. z. B. Doering-Manteuffel u. Raphael, *Nach dem Boom*, S. 134 – 137; Niall Ferguson u. a. (Hg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge 2010; Konrad H. Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008. Öffentliche Diskussionen zu diesen Themen dauerten deutlich länger an und waren am stärksten in den Jahren nach der Veröffentlichung des ersten Berichts an den Club of Rome 1972.

intendierten Nebenwirkungen von Wirtschaftswachstum entwickelte.<sup>104</sup> Die OECD, die ihre Rolle als „Hüter der Schlüssel“ neoklassischer Wachstumsökonomie ausübte, reagierte auf diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen, wie auch andere internationale Organisationen und politische Akteure. Der generelle Rahmen, in dem die aufkommenden sozialen und ökologischen Probleme konzeptualisiert, operationalisiert und regierbar gemacht wurden, war das, was später als „planet management“ analysiert wurde.<sup>105</sup> In Bezug auf die Kritik am BSP-Wachstum und die Integration von Umweltproblemen in allgemeine ökonomische Analysen begannen die OECD-Diskussionen jedoch früher, beeinflussten Debatten in anderen Foren und waren in ihrer ursprünglichen Form weitreichender und grundlegender als in anderen internationalen Organisationen oder Regierungsinstitutionen. Die Debatte um die „Probleme moderner Gesellschaften“ wurde nicht durch nationale Delegationen oder hochrangige Regierungsvertreter der Mitgliedsländer angestoßen, wie das konventionell in der Theorie der Internationalen Beziehungen angenommen wird.<sup>106</sup> Vielmehr war die treibende Kraft hinter dieser neuen Perspektive eine Gruppe von Wissenschaftlern und Bürokraten um das wissenschaftspolitische Direktorat der Organisation und dessen Generaldirektor Alexander King, die entweder im OECD-Sekretariat arbeiteten oder Mitglieder im Committee for Science Policy (CSP) waren. Was bislang sowohl von der relativ breiten Forschung, als auch in der öffentlichen Erinnerung an den Club of Rome vernachlässigt wurde: Es war diese Gruppe internationaler Beamter, die aus ihrer geteilten Sorge um die negativen Wirkungen von Modernisierung und wirtschaftlicher Expansion heraus entscheidend zur Gründung des Club of Rome beitrugen und diesen in seiner Frühphase maßgeblich prägten. Sie etablierten eine transnationale Diskurskoalition, um neue Perspektiven auf Wirtschaftswachstum zu verbreiten, und zwar einerseits durch die OECD, deren Diskussionen auf zentrale Ökonominen und Ökonomen und Ministerialbeamte aus den Mitgliedsländern abzielten, und andererseits durch die Gründung des privaten Club of Rome, dessen

104 OECD-HA, PRESS/A(69)10, Problems of the Modern Society. Statement by the Secretary-General, Thorkil Kristensen, 14.2.1969; Matthias Schmelzer, The Crisis Before the Crisis. The „Problems of Modern Society“ and the OECD, 1968 – 1974, in: European Review of History 19. 2012, S. 999 – 1020.

105 Fernando Elichirigoity, Planet Management. Limits to Growth, Computer Simulation, and the Emergence of Global Spaces, Evanston 1999. Vgl. auch Sabine Höhler, „Spaceship Earth“. Envisioning Human Habitats in the Environmental Age, in: GHI Bulletin 42. 2008, S. 65 – 85.

106 Jarle Trondal u. a., Unpacking International Organisations. The Dynamics of Compound Bureaucracies, Manchester 2010. Vgl. auch Michael Barnett u. Martha Finnemore, Rules for the World. International Organizations in Global Politics, Ithaca 2004.

Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1972 die öffentlichen Diskussionen nachhaltig prägte.<sup>107</sup>

Das jährliche Ministerratstreffen der OECD, das im Mai 1970 stattfand, war bestimmt durch die grundlegende Ambivalenz der politischen Debatten der Zeit, die unsicher zwischen hyperbolischem Vertrauen in Wachstum und grundlegender Verunsicherung über die „blinde Anbetung von aggregiertem materiellen ‚Fortschritt‘“ manövrierten.<sup>108</sup> Auf der einen Seite verabschiedeten die Wirtschafts- und Finanzminister der westlichen Industrieländer in Paris ein neues Wachstumsziel von 65 Prozent für das nächste Jahrzehnt. Wie 1961 war dieses übergeordnete Organisationsziel in der quantitativen Sprache volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung ausgedrückt und, in der vorherrschenden Logik exponentiellen Wachstums, deutlich höher als neun Jahre davor.<sup>109</sup> Exponentielles quantitatives Wirtschaftswachstum war die Norm, Realität und Zukunft, die als gegeben angenommen wurde. Andererseits diskutierte das Treffen ein Diskussionspapier des neuen Generalsekretärs Emile van Lennep, dass das BSP als „konventionelles Konzept von begrenzter Reichweite“ kritisierte.<sup>110</sup> Und in ihrer Abschlusserklärung betonten die Minister, „Wirtschaftswachstum ist nicht ein Ziel an sich selbst, sondern vielmehr ein Mittel, um bessere Lebensbedingungen zu schaffen.“<sup>111</sup> In scharfem Kontrast zum uneingeschränkten Glauben an Wachstum in den frühen 1960er Jahren und in Anlehnung an Umweltökonomie und Wohlfahrtsökonomie argumentierte die Organisation in offiziellen Konferenzunterlagen, das BSP sei irreführend, da es nur Marktaktivitäten messe: Auf der einen Seite missachte das BSP zentrale Aspekte wie „die kostenlose Nutzung natürlicher Ressourcen, Verschmutzungen und andere ‚externe Wirtschaftlichkeitsverluste‘ (*external diseconomies*), die der Gesellschaft aufgezwungen werden“, und auf der anderen Seite schließe das BSP „eine Vielzahl an Dienstleistungen, die nicht durch Marktpreise gemessen werden“, aus der Produktion aus. Statt an quantitativem Wachstum sollte sich Wirtschaftspolitik an der Steigerung von menschlicher Wohlfahrt orientieren, so argumentierte die OECD:

Economic policy is meaningless unless it is related to a broad concept of well-being. This depends not only on the quantity of new goods and services which appear on the market, but also on a whole series of factors which are only imperfectly recorded by economic accounts:

107 Matthias Schmelzer, „Born in the Corridors of the OECD“. The Forgotten Origins of the Club of Rome and the Unraveling of the Postwar Confidence in Economic Growth, [in Vorbereitung].

108 William Nordhaus u. James Tobin, Is Growth Obsolete?, in: National Bureau of Economic Research (Hg.), Economic Research. Retrospect and Prospect, Bd. 5: Economic Growth, New York 1972, S. 1.

109 OECD-HA, C/M(70)4, Council Minutes, 11.2.1970.

110 OECD-HA, C(70)70, Documentation for Meeting of Council at Ministerial Level, Agenda Item 2, Economic Policies and Prospects in the OECD Area, 15.5.1970.

111 OECD-HA, C(70)94, Communiqué approved by the Council, 22.5.1970.



security of employment, fair distribution of income, working conditions and leisure, the existence of adequate public services, harmonious social relations, the level of health and culture, the quality of the environment and so forth.<sup>112</sup>

Ein OECD-Bericht des folgenden Jahres stellte fest, dass die Erklärung des Ministerratstreffens 1970 „gleichzeitig das Ende einer Ära und den zögerlichen Start einer anderen“ markiere.<sup>113</sup> Und auch wenn die Gruppe von Beamten um das Wissenschaftsdirektorat, die gleichzeitig den Club of Rome gründete, einen starken Einfluss auf diese kritische Perspektive ausübte, spiegelten die Diskussionen doch die Ambivalenz des Zeitgeistes wieder. In Regierungskreisen war diese unorthodoxe und kritische Perspektive auf quantitatives Wachstum jedoch von kurzer Dauer. Während die Ölkrise ab 1973 die Szenarien der OECD-Zukunftsstudien und des Club of Rome zu belegen schienen, vererbte die Infragestellung des Wirtschaftswachstums innerhalb regierungsnaher Institutionen wie der OECD mit dem Einsetzen der Stagflation. In nur wenigen Jahren und mit nur geringen Anpassungen gewann das Wachstumsparadigma seine hegemoniale Position unter den Regierungszielen zurück.

Auch wenn hier noch viel durch historische Forschungen aufgearbeitet werden muss, helfen drei Entwicklungen dabei, dieses Resultat zu erklären. Während kritische Strömungen der Wachstumsskepsis in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren für das politische Establishment teilweise akzeptabel waren, verschoben sich der politische Diskurs und die Interessen der Industrieländer nach der Veröffentlichung des ersten Berichts an den Club of Rome 1972 und dem Einsetzen der Öl- und Wirtschaftskrise 1973/1974 hin zur Wiederbelebung der Wachstums. Es gab keine ausgefeilte Begründung, aber der Aufmerksamkeitsfokus verschoben sich zu dem, was als die drängenderen kurzfristigen Probleme angesehen wurden, die mit der Wirtschaftskrise zusammenhingen: Energiekrise, Währungsturbulenzen und Stagflation. Symptomatischerweise verlor die Fraktion um Alexander King innerhalb der OECD zunehmend an Einfluss und wurde verdrängt von dem wachstumsorientierten Wirtschaftsdirektorat, dessen Argumente und Ausblick mehr auf der Linie der Interessen der mächtigen Mitgliedsländer lagen, und von einem Wechsel der Orientierung der Sekretariatsspitze. Schließlich war die OECD erfolgreich dabei, mit dem Konzept des „qualitativen Wachstums“ die soziale und ökologische Kritik teilweise zu integrieren, ohne den Kern des Wachstumsparadigmas aufzuweichen. Indem einige der Schlüsselthemen der kritischen Diskussionen in Spezialprojekte und separate Gremien zu Umweltpolitik und Sozialindikatoren transferiert wurden, blieb die Grundausrichtung weitgehend unverändert. Diese Verschiebungen vollzogen sich jedoch nicht

112 OECD-HA, C(70)70, Documentation for Meeting of Council at Ministerial Level, Agenda Item 2, Economic Policies and Prospects in the OECD Area, 15.5.1970.

113 OECD, Science, Growth and Society, Paris 1971, S. 25.

ohne Auseinandersetzungen. Bereits 1974 wurde im *OECD Observer* Kritik geäußert:

The energy crisis has recently diverted attention from the longer range objective governments have set themselves: to change the emphasis from the quantitative to the qualitative aspects of economic growth.<sup>114</sup>

Aber die offizielle Position der OECD war eindeutig. Ein Buch zu Umweltproblemen fasste das folgendermaßen zusammen:

Zero growth would mean zero progress in coping with the accumulated problems of the past, not to mention those of the future. Only an expanding economy can provide the resources to meet the higher expectations of man in his quest for a better quality of life, either through increasing income or through more adequate public services.<sup>115</sup>

Im Einklang mit den Mainstreamreaktionen der Zeit stellte die Organisation weiterhin fest, dass der gesamte Ansatz der Infragestellung quantitativen Wachstums verfehlt sei und dass die Aufgaben der Regierungen „bei der Aufrechterhaltung und Förderung einer akzeptablen menschlichen Umwelt nun im Rahmen von Wachstumspolitiken entwickelt werden müssen.“<sup>116</sup> Obwohl die Diskussion über Grenzen des Wachstums zentrale Themen auf die Tagesordnung gesetzt hatte, von denen man hätte erwarten können, dass sie durch die Öl- und Wirtschaftskrise an Bedeutung gewinnen würden, verschwand die Suche nach einem neuen Leitparadigma ökonomischer Entwicklung, als sich die wirtschaftliche Lage zuspitzte. Nichtsdestotrotz stellte diese internationale Diskussion die intellektuelle Folie zur Verfügung, vor der in den folgenden Jahren die Ereignisse der 1970er Jahre interpretiert wurden.<sup>117</sup>

In diesem Zusammenhang, und besonders ab Ende der 1970er Jahre, setzte sich zunehmend eine neoliberale Reartikulation des Wachstumsparadigmas durch, nicht zuletzt auch in der OECD, das die Vermarktlichung in allen Gesellschaftsbereichen vorantrieb.<sup>118</sup> Argumente, die die Vorteile des Wach-

114 OECD, *Towards a More Desirable Allocation of Resources. The Case of Pollution Control*, in: *The OECD Observer* 71. 1974, S. 34 f.

115 OECD, *OECD at Work for the Environment*, Paris 1973, S. 8.

116 Ebd. u. S. 15.

117 TNA, FCO 55/420, Roger to Arculus, 3.4.1970; Emile Van Lennep, *Working for the World Economy. A Personal History*, Amsterdam 1998, S. 226. Für mehr Details dazu siehe Schmelzer, *Crisis*.

118 Zum aufkommenden Neoliberalismus innerhalb der OECD vgl. Rawi Abdelal, *Capital Rules. The Construction of Global Finance*, Cambridge 2007; Samuel Beroud u. Matthieu Leimgruber, *A Pilot Fish Ahead of the Sharks? The Changing Fortunes of the OECD During the „Long 1970“*, Konferenzbeitrag zu „Crisis, Ideas and Policy Transformation. Experts and Expertise in European International Organizations, 1973–1987“, Maastricht University 2014. Zum größeren Kontext vgl. Wendy Brown, *Undoing the Demos*.

tums rechtfertigten, wurden angepasst, um *trickle-down*-Effekte hervorzuheben: Nicht staatliche Umverteilung sondern die uneingeschränkten Marktkräfte würden auch den am meisten Benachteiligten dienen. Und anstatt Regierungen in diversen Politikfeldern für die Steigerung von Wachstum in Verantwortung zu nehmen und es als zentrale Regierungsaufgabe zu sehen, durch wohlfahrtsstaatliche Politiken abzusichern, dass die Vorteile allen zugutekamen, interpretierte dieser „antistatist growthmanship“ Regierungsinterventionen, die nicht die Aktivitäten des freien Marktes förderten, als Hindernisse für Wachstum. Anstatt Nachfragesteuerung in den Mittelpunkt der Analyse zu rücken, wie bis in die 1970er Jahre, propagierte die Organisation in den frühen 1980er Jahren Strukturanpassungen, einen Rückbau des Sozialstaates, Arbeitsmarktflexibilität sowie die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs und internationaler Investitionsflüsse.<sup>119</sup>

Es ist faszinierend zu sehen, wie in den späten 1970er Jahren die Regierungen der OECD-Länder und das Sekretariat an dem festhielten, was bis dahin zur angenommenen Normalität geworden war, nämlich einem stabilen Wachstumspfad von durchschnittlich 4 oder 5 Prozent jährlich. Auf der Ministerstagung 1974 proklamierten die OECD-Minister die Doktrin einer „normalen nachhaltigen Wachstumsrate von ungefähr 5 Prozent“, obwohl zu dieser Zeit das Sekretariat nur ein Wachstum von 1,5 Prozent für das kommende Jahr voraussagte und die weiteren Aussichten aufgrund der prekären Energiesituation und steigender Inflation nicht besser waren. Zwei Jahre später einigten sich die Minister basierend auf OECD-Analysen erneut auf eine mittelfristige Wachstumsrate von mindestens 5 Prozent bis 1980. Und 1977 glaubte die OECD immer noch, dass das Wachstumsziel von mehr als 5 Prozent realistisch sei und van Lennep forderte die Mitgliedsländer dazu auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um „zurück auf den Zielkurs zu gelangen“. Erst 1978 erklärte das Sekretariat schließlich das „lange erwartete Postmortem auf OECD-Voraussagen“, was zu realistischeren und deutlich niedrigeren Wachstumsvoraussagen führte, die jedoch auf Jahre hinaus noch die realen Entwicklungen bei Weitem überstiegen.<sup>120</sup>

Neoliberalism's Stealth Revolution, New York 2015; David Harvey, A Brief History of Neoliberalism, Oxford 2007.

- 119 Peter Hill, Profits and Rates of Return, Paris 1979; Matthieu Leimgruber, The Embattled Standard-Bearer of Social Insurance and Its Challenger. The ILO, the OECD and the „Crisis of the Welfare State“ 1975–1985, in: Sandrine Kott u. Joëlle Droux (Hg.), Globalizing Social Rights. The International Labor Organization and Beyond, Basingsstoke 2013, S. 293–309; OECD, The Challenge of Unemployment. A Report to Labour Ministers, Paris 1982; Girolamo Ramunni u. Muriel Le Roux, L'OCDE et les politiques scientifiques. Entretien avec Jean-Jacques Salomon, in: La revue pour l'histoire du CNRS 3. 2000, <http://histoire-cnrs.revues.org/2952>; Abdelal, Capital Rules.
- 120 OECD-HA, C(74)80, Documentation for Meeting of Council at Ministerial Level, Agenda Item 1, 16.5.1974; ebd., CPE/WP2(76)5, A Growth Scenario to 1980,

## V. Schlussbetrachtung: Keine Verlierer, nur Gewinner?

Im Rahmen des Wachstumsparadigmas gibt es einen klar definierten linearen Siegerpfad: Gesellschaftlicher Fortschritt hängt von wirtschaftlichem Wachstum ab und geht sogar weitgehend in diesem auf. Während des „goldenen Zeitalters“ hat Wachstum tatsächlich zur Verbesserung des Lebensstandards von Millionen von Menschen beigetragen, wenn auch sozial und geographisch uneinheitlich, und es bleibt die Hoffnung von vielen weiteren.<sup>121</sup> Und wie der französische Ökonom Thomas Piketty in „Le capital au XXI<sup>e</sup> siècle“ gezeigt hat, scheint Wirtschaftswachstum essentiell zu sein, um die dem Kapitalismus inhärente Tendenz zu steigender Ungleichheit aufzufangen, da nur bei hohem Wachstum die Löhne nicht langsamer ansteigen als die Kapitalrenditen.<sup>122</sup>

Aber es gibt gute Gründe zu hinterfragen, ob in den nächsten Jahrzehnten quantitatives Wachstum in den frühindustrialisierten Ländern wünschenswert oder überhaupt möglich ist. Zum einen sind die universellen Vorteile von Wachstum zweifelhaft. Eine Vielzahl an Studien der Wohlfahrtsökonomie, Sozialgeschichte und der ökologischen Ökonomie zeigen nicht nur, dass der Fokus auf BIP-Wachstum „unser Leben falsch misst.“ Vielmehr haben sie stichhaltige Zweifel an dem fortdauernden positiven Zusammenhang zwischen weiterem BIP-Wachstum auf der einen und Wohlfahrt, Gleichheit, Verteilung, Glück oder Arbeitsplätzen auf der anderen Seite aufkommen lassen. Diese Studien zeigen, dass Wachstum nicht nur Gewinner hervorbringt, sondern auch viele Verlierer, dass ab einer gewissen Einkommenschwelle Gleichheit viel entscheidender ist für gesellschaftliche Wohlfahrt als steigende Pro-Kopf-Einkommen und dass in Industrieländern ungefähr seit den 1970er Jahren trotz weiteren Wachstums Wohlfahrt und Lebensqualität stagnieren oder sogar zurückgehen und Wachstum daher „unwirtschaftlich“ geworden ist.<sup>123</sup>

30. 4. 1976; TNA, T 387 / 109, Fitchew to Littler, 30. 5. 1977; NARA RG 56, Entry A1 803, Box 4, Folder OECD EPC 1978, American Embassy Paris to Secretary of State, 26. 7. 1978; OECD-HA, C(79) 103, Overcoming the Obstacles to Sustained Economic Growth. Note by the Secretary-General, 5. 6. 1979. Vgl. auch die Diskussion der OECD-Voraussagen und deren Scheitern in den 1970er Jahren in G. E. John Llewellyn u. a., Economic Forecasting and Policy. The International Dimension, London 1985.

121 Hobsbawm, Age of Extremes; Tony Judt, Postwar. A History of Europe Since 1945, New York 2005; Hartmut Kaelble, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007.

122 Thomas Piketty, Le capital au XXI<sup>e</sup> Siècle, Paris 2013.

123 Avner Offer, The Challenge of Affluence. Self-Control and Well-Being in the United States and Britain Since 1950, Oxford 2006; Joseph Stiglitz u. a., Mismeasuring Our Lives. Why GDP Doesn't Add Up, New York 2010; Marilyn Waring, Counting for Nothing. What Men Value and What Women Are Worth, Toronto 1999; Richard Wilkinson u. Kate Pickett, The Spirit Level. Why Greater Equality Makes Societies Stronger, New York 2011.

Zweitens sind die exponentiell anwachsenden sozialen und ökologischen Kosten des Wirtschaftswachstums nicht unerheblich, besonders im Kontext der ökologischen Krisen der Gegenwart und des Erreichens globaler Klimagerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis. Ökonomische Analysen legen nahe, dass das Erreichen gerechter Entwicklung im globalen Süden bei gleichzeitigem Einhalten der planetaren ökologischen Grenzen nur möglich ist, wenn die Länder des Nordens ihren ökologischen Fußabdruck drastisch reduzieren und dafür ihre wirtschaftliche Produktion nicht weiter steigern.<sup>124</sup> Drittens, aufgrund kontinuierlich sinkender Wachstumsraten seit den 1960er Jahren sind die zukünftigen Möglichkeiten zunehmend unsicher geworden, langfristig die Wachstumsraten zu erreichen, auf die die gegenwärtige Wirtschaftsweise und eine Vielzahl an gesellschaftlichen Herausforderungen wie Arbeitsplätze, Wohlstandssteigerung, ökonomische Stabilität und nicht zuletzt staatliche und private Verschuldung angewiesen ist. Im 21. Jahrhundert wird Wachstum aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich langsamer sein oder sogar ausbleiben, besonders in den Industrieländern (siehe Abbildung 3).<sup>125</sup>

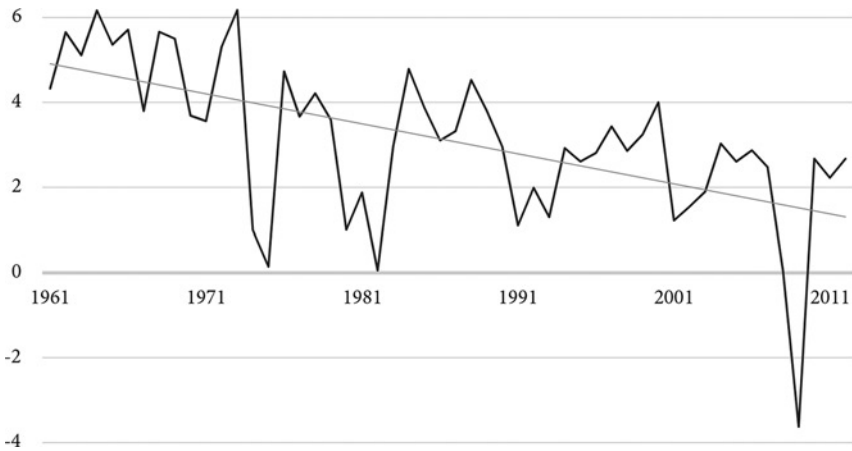
Diese drei Themenkomplexe, die das Festhalten am Streben nach Wachstum aus Wohlfahrtsperspektive fragwürdig, ökologisch problematisch und angesichts sinkender Wachstumsraten unrealistisch kritisieren, kamen bereits in der ideologischen Krise der Wachstumsidee in den 1970er Jahren auf und sind seitdem kontinuierlich diskutiert worden. Angesichts dieser Kritiken scheinen die Vorherrschaft des BIP als zentraler gesellschaftlicher Maßstab für Wohlstand und des Wachstums als Politikziel als ein „Puzzle“ oder „Paradox“, das erklärt werden muss.<sup>126</sup> In diesem Aufsatz habe ich versucht, dieses Puzzle historisch zu bearbeiten, und zwar durch eine Analyse der drei Wachstumsziele, die die OECD 1951, 1961 und 1970 verabschiedete, und der sich jeweils verändernden wirtschaftspolitischen Normen und damit einhergehenden Wachstumspolitiken (siehe Tabelle 1).

Die Wachstumsziele verdeutlichten nicht nur die Steigerungslogik der Vorstellung exponentiellen Wachstums, sondern auch, wie grundlegend Vorstellungen über die historische und geographische Position von Ländern sowie über gesellschaftliche Grundfragen danach, was Entwicklung, Wohlergehen oder nationales Prestige bedeuten, mit dem Wachstumsparadigma verknüpft

124 Ida Kubiszewski u. a., *Beyond GDP. Measuring and Achieving Global Genuine Progress*, in: *Ecological Economics* 93. 2013, S. 57–68; Herman E. Daly u. Joshua C. Farley, *Ecological Economics. Principles and Applications*, Washington 2011; Tim Jackson, *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*, London 2009.

125 Hans Christoph Binswanger, *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*, Marburg 2009; Richard Heinberg, *The End of Growth. Adopting to Our New Economic Reality*, Gabriola Island 2011; Piketty, *Le capital*; Jeff Rubin, *The End of Growth*, Toronto 2012.

126 Offer, *The Challenge of Affluence*, S. 17; Jeroen C. J. M. van den Bergh, *The GDP Paradox*, in: *Journal of Economic Psychology* 30. 2009, S. 117–135.



**Abbildung 3:** Wachstumsraten der OECD-Länder (PPP), 1961 – 2012 und Trendlinie

Quelle: OECD, OECD Economic Outlook No. 89, in: OECD Economic Outlook. Statistics and Projections (database), 2011, <http://www.oecd-ilibrary.org/statistics>; OECD-Mitgliedsländer, die vor 1990 beigetreten sind.

waren. Vielmehr zeigt diese Analyse auch die ausgesprochene Flexibilität der Wachstumsidee. Das Wachstumsparadigma war keine monolithische Diskursformation und sein Aufkommen war keine lineare und unumkehrbare Entwicklung, sondern wurde kontinuierlich neu ausgehandelt und angepasst in einem offenen und kontingenten Prozess, der durch historische Brüche, konkurrierende Theorien und Gegenströmungen gekennzeichnet war. Dabei bewies sich das Wachstumsparadigma als bemerkenswert flexibel, konnte immer wieder an sich wandelnde Umstände angepasst werden und dabei neu aufkommende Probleme integrieren, ohne seinen wesentlichen Gehalt aufzugeben.

In den Nachkriegsjahrzehnten hat das Wachstumsparadigma eine Schlüsselrolle dabei gespielt, den ausgesprochen wirkmächtigen gesellschaftlichen Diskurs über Verteilungsfragen und damit einhergehende Konflikte um Verlierer und Gewinner wirtschaftlicher Aktivität von einem Nullsummenspiel in ein scheinbares Positivsummenspiel zu transformieren, in dem alle vom wachsenden Wirtschaftsprodukt profitierten und daher auch ein gemeinsames Interesse daran hatten. Soziale Konflikte wurden in technische Probleme umgewandelt, die, so die Vorstellung, von Expertinnen und Experten zum Wohle der Allgemeinheit „gemanagt“ werden konnten. Wie Charles S. Maier das auf den Punkt brachte: „The true dialectic was not one of class against class, but waste versus abundance.“<sup>127</sup>

127 Maier, *Politics of Productivity*, S. 615.

Tabelle 1: Die Wachstumsziele der OECD im Überblick

	1948–1959	1960–1969	1969–1979	1979–heute
<b>Wachstumsziel</b>	1951: 25 Prozent innerhalb von fünf Jahren – <i>erreicht</i>	1961: 50 Prozent innerhalb von zehn Jahren – <i>übertroffen</i>	1970: 65 Prozent innerhalb von zehn Jahren – <i>nicht erreicht</i>	„Targetry“ in der Krise
<b>Wirtschaftliche Norm</b>	Wiederaufbau, „selektives Wachstum“, Produktivität	Quantitatives Wachstum, „Wachstum um des Wachstums willen“	Qualitatives Wachstum, „Probleme moderner Gesellschaften“	Neoliberales Wachstumsparadigma, „antistatist growthmanship“
<b>Wachstumspolitik</b>	Sektorplanungen, Produktivitäts-offensive, erste Anfänge langfristiger Planungen	Keynesianische Nachfragesteuerung, Planung, Humankapitalansatz	Staatliche Regulierung des Wachstums, Umweltpolitik, Sozialindikatoren	Liberalisierung, Deregulierung
<b>Initiatoren innerhalb der OECD</b>	Marjolin US-Administration, europäische Produktivitätsexperten	Kennedy-Administration CEA	OECD-Sekretariat, Committee for Science Policy, Club of Rome	McCracken-Report

In den späten 1960er Jahren wurde die Kritik an materieller Konsumsteigerung, Technikgläubigkeit und der zunehmenden Umweltzerstörung immer lauter. Als diese mit der Kritik an einer quantitativen Wachstumsfixierung verknüpft wurde und sich daher auch in den etablierten Institutionen wie der OECD niederschlug, wurde der Wachstumsfokus als „qualitatives“ Wachstum so reformuliert, dass er ökologische und soziale Belange integrierte. Auch in den folgenden Jahrzehnten hielten die Expertinnen und Experten in den Wirtschaftswissenschaften und internationalen Organisationen weiter am Wachstumsfokus fest, wobei sich das Wachstumsparadigma kontinuierlich und chamäleonartig vom „nachhaltigen“ zum „inkluisiven“ und zum „grünen Wachstum“ transformierte.<sup>128</sup>

128 Vgl. dazu Iris Borowy, *Defining Sustainable Development. The World Commission on Environment and Development (Brundtland Commission)*, London 2013; Stephen

Die Erwartung exponentiellen Wachstums, die sich in der Nachkriegszeit vor dem Hintergrund historisch einmalig hoher Wachstumsraten und der Konkurrenz des Kalten Kriegs herausbildete, stellte den erfahrungsgeschichtlichen Hintergrund dar, vor dem Ökonominnen und Ökonomen und Akteuren in staatlichen Institutionen defizitäres Wirtschaften notwendig und sinnvoll erschien. Während in der Zeit hoher Wachstumsraten und rapide steigender Steuereinnahmen von den 1950er Jahren bis zur Mitte der 1970er Jahre die staatliche Verschuldung im Durchschnitt der Industrieländer abnahm, veränderte sich diese Situation mit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise 1973/1974. Trotz aller öffentlich geäußerten Kritik an wachsender Staatsverschuldung und defizitärer Wirtschaftspolitik wirkte auch in den folgenden Jahrzehnten die Erwartung hohen zukünftigen Wachstums weiterhin als Rationalisierung staatlicher Schuldenpolitik.

Auch wenn das Aufkommen neoliberaler Denk- und Politikmuster seit den 1980er Jahren staatliche Steuerung und aktive Wachstumspolitik tendenziell in den Hintergrund gedrängt hat, bildete das Wachstumsdenken der Nachkriegszeit eine zentrale Grundlage für die Marktgläubigkeit der neoliberalen Ära. Wendy Brown hat kürzlich argumentiert, dass in den 1980er Jahren der Staat in einem dreifachen Sinne radikal ökonomisiert wurde:

The state secures, advances, and props the economy; the state's purpose is to facilitate the economy, and the state's legitimacy is linked to the growth of the economy – as an overt actor on behalf of the economy. State action, state purpose, and state legitimacy: each is economized by neoliberalism.<sup>129</sup>

Ein Fokus auf das Aufkommen des Wachstumsdenkens zeigt aber, das bereits seit den 1950er Jahren der Staat diese umfassende Verantwortung übernommen hatte, die im Kontext der Wachstumspolitik ganz grundlegend zur *raison d'état* wurde, wie beispielsweise die Diskussionen um das Wachstumsziel der OECD 1961 verdeutlichen. Ökonomische Wachstumszwänge, die Abhängigkeit des Wohlfahrtsstaates von ökonomischer Expansion und die Gleichsetzung von BIP-Wachstums mit Fortschritt, Entwicklung, und Wohlergehen, haben den modernen Staat zu einem Wachstumsstaat gemacht. Wenn gleichzeitig jedoch die realen Wachstumsraten, langfristig gesehen, kontinuierlich zurückgehen, erzeugt das grundlegende Probleme, wie sich an der aktuell in der Wirtschaftswissenschaft entbrannten Kontroverse über die sogenannte „secular stagnation hypothesis“ gut verfolgen lässt.<sup>130</sup> Die nächs-

Macekura, *Of Limits and Growth. The Rise of Global Sustainable Development in the Twentieth Century*, Cambridge 2015.

129 Brown, *Undoing the Demos*, S. 64.

130 Siehe Tyler Cowen, *The Great Stagnation. How America Ate all the Low-Hanging Fruit of Modern History, Got Sick, and Will (Eventually) Feel Better*, New York 2011; Robert J. Gordon, *The Demise of U. S. Economic Growth. Restatement, Rebuttal, and Reflections*, Working Paper of the National Bureau of Economic Research, February 2014, <http://>



ten Jahrzehnte werden zeigen, inwiefern es möglich sein wird, das Wachstumsparadigma und die Denkweise, die in den 1950er Jahren nach dem Motto „expandiere oder stirb“ aufgekommen ist, an die Gegebenheiten sehr langsam wachsender oder stagnierender Ökonomien anzupassen.

Matthias Schmelzer, Universität Zürich, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Rämistraße 64, 8001 Zürich, Schweiz  
E-Mail: matthias.schmelzer@uzh.ch

[www.nber.org/papers/w19895](http://www.nber.org/papers/w19895); Richard Baldwin u. Coen Teulings (Hg.), *Secular Stagnation. Facts, Causes and Cures*, London 2014.





Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom Verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien. Dieses Buch wurde auf 100 Prozent Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC®-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ14), gedruckt. Auch für den Karton des Umschlags wurde ein Papier aus 100 Prozent Recyclingmaterial, das FSC®-ausgezeichnet ist, gewählt. Alle durch diese Publikation verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert. Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter: <http://www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Titel der Originalausgabe

»Prosperity without Growth: Foundations for the Economy of Tomorrow«

© 2016 Tim Jackson, veröffentlicht bei Routledge

All Rights Reserved

Authorised translation from the English language edition published by Routledge, a member of the Taylor & Francis Group

Deutsche Erstausgabe

© 2017 oekom verlag, München

Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH

Wälderstraße 29, 80337 München

Über die Herausgeberin: Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine politische Stiftung für grüne Ideen und Projekte. Weitere Informationen unter: [www.boell.de](http://www.boell.de)

Lektorat: Laura Kohlrusch, oekom verlag; Linda Gäßner, kulturwerk

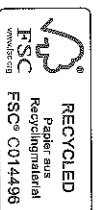
Korrektorat: Petra Kleinle

Satz: Markus Miller, München

Druck: GGP Media GmbH, Peßneck

Alle Rechte vorbehalten

978-3-96006-840-9



Tim Jackson

# Wohlstand ohne Wachstum – das Update

Grundlagen für eine  
zukunftsfähige Wirtschaft

Herausgegeben von der  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Aus dem Englischen  
von Eva Leiprand

## Inhalt

*Diese Ausgabe ist Zac, Tilly und Lissy gewidmet. weil  
Ihr wegen dieses Buches so oft auf mich verzichten  
musstet: in der Hoffnung, dass Ihr dafür eines Tages  
etwas aus diesem Buch zurückbekommt.*

*»Es ist jetzt eure Welt, nutzt die Zeit. Seid Teil von  
Gutem und lasst Gutes zurück«  
The Eagles (»Long Road out of Eden«, 2007)*

<i>Liste der Abbildungen</i>	6
<i>Dank</i>	7
<i>Vorwort der Herausgeber</i>	12
<b>Celebtwort zur Neuauflage</b>	15
<b>1 Die Grenzen des Wachstums</b>	33
<b>2 Der verlorene Wohlstand</b>	61
<b>3 Wohlstand neu definieren</b>	92
<b>4 Das Wachstumsdilemma</b>	115
<b>5 Der Mythos Entkopplung</b>	137
<b>6 Das »stahlharte Gehäuse« des Konsumismus</b>	160
<b>7 Gedeihen - in Grenzen</b>	179
<b>8 Grundlagen für die Wirtschaft von morgen</b>	205
<b>9 Auf dem Weg zu einer »Postwachstums«-Makroökonomie</b>	230
<b>10 Der progressive Staat</b>	262
<b>11 Bleibender Wohlstand</b>	294
<i>Anmerkungen</i>	317
<i>Literatur</i>	344

Investitionen, für die Arbeit, die Geldversorgung und für den öffentlichen Sektor. Und es ist mir besser als vorher gelungen, die Umrisse einer neuen makroökonomischen Synthese festzuschreiben (Kapitel 9): einer Synthese, die uns über unsere strukturelle Abhängigkeit von ständig steigendem Konsum hinausbringt und nachhaltigeren und gerechteren Wohlstand liefert.

Die Überarbeitungen kosteten mich mehr – viel mehr – Zeit als erwartet, aber das Buch ist dadurch besser geworden. Seine grundlegenden Erkenntnisse sind die gleichen geblieben: Beim guten Leben auf einem erdlichen Planeten kann es nicht nur um das Konsumieren von immer mehr Dingen gehen. Und genauso wenig um das Anhäufen von immer mehr Schulden.

Bei Wohlstand, wenn man ihn richtig versteht, geht es um die Qualität unseres Lebens und unserer Beziehungen, um die Widerstandsfähigkeit unserer Gemeinschaften und um unser Gefühl für individuelle und kollektive Sinngebung. Diese überarbeitete Fassung zeigt noch deutlicher, dass die Wirtschaftswissenschaft im Dienste einer solchen Vision eine konkrete, definierbare und sinnvolle Aufgabe darstellt.

Wie sich aus den lateinischen Wurzeln des englischen Wortes *prosperity* ergibt, geht es bei Wohlstand um Hoffnung. Hoffnung für die Zukunft, Hoffnung für unsere Kinder, Hoffnung für uns selbst. Eine Wirtschaftswissenschaft im Dienst der Hoffnung ist eine Aufgabe, für die sich weiterhin zu arbeiten lohnt.

Tim Jackson, im Juni 2016

## 1 Die Grenzen des Wachstums

»Wer glaubt, exponentielles Wachstum könnte in einer endlichen Welt unendlich weitergehen, ist entweder ein Wahnsinniger oder Wirtschaftswissenschaftler.«

Kenneth Boulding, 1973<sup>1</sup>

Wohlstand ist wichtig. Wohlstand bedeutet Erfolg und Wohlbefinden. Wohlstand bedeutet, dass es uns und den Menschen, die uns wichtig sind, gut geht. »Wie geht's?«, fragen wir unsere Freunde und Bekannten. »Wie steht's?« In solchen kleinen Alltagsgesprächen geht es um mehr als nur belanglose Grüße. Sie offenbaren ein wechselseitiges Interesse für das Wohlbefinden des anderen. Dass die Dinge gut laufen, ist ein allgemein menschliches Anliegen.

Was das für »Dinge« sind, die gut laufen sollen, wird im Einzelnen oft gar nicht erklärt. »Gut. Und wie geht es dir?« antworten wir instinktiv. Wir agieren nach einem bekannten Drehbuch. Wenn der andere nicht lockert, reden wir vielleicht über unsere Gesundheit, unsere Familie, unsere Arbeit. Oft gibt man mit Erfolgen an. Gelegentlich gesteht man auch Enttäuschungen ein. Gegenüber Freunden, denen wir vertrauen, lassen wir uns vielleicht verführen, unsere Träume und Zukunftshoffnungen offen zu legen.

Selbsterständlich gehört zu dem Gefühl, dass die Dinge gut laufen, auch die Erwartung dazu, dass das ebenso für die Zukunft gilt. Man wird wohl kaum sein Leben mit Zufriedenheit betrachten, wenn man weiß, dass morgen alles in die Brüche geht. »Ja, es geht mir gut, danke. Morgen melde ich Konkurs an.« Das würde keinen Sinn machen. Die Zukunft ist enorm relevant. Wir machen uns natürlich Gedanken darüber, was die Zukunft bringen wird.

Der Wohlstand des Einzelnen wird aber auch, wie wir wissen, durch gesellschaftliche Missstände beeinträchtigt. Dass es mir persönlich noch gut geht, ist ein geringerer Trost, wenn Familie, Freunde und Gesellschaft sich allesamt in ersten Notlagen befinden. Mein

eigenes Wohlergehen und das Wohlergehen der Menschen um mich herum sind miteinander verwoben, manchmal sogar unauf löslich.

Zugespielt formuliert lässt sich diese Sorge füreinander als eine Vision menschlichen Fortschritts verstehen. Wohlstand verspricht das Ausmerzen von Hunger und Obdachlosigkeit, das Ende von Armut und Ungerechtigkeit, die Hoffnung auf eine sichere und friedvolle Welt. Und diese Vision ist nicht nur aus altruistischen Gründen von Bedeutung; sie ist oft auch eine Bestätigung dafür, dass unser eigenes Leben einen Sinn hat.

Die Tatsache, dass gesellschaftlicher Fortschritt möglich ist, gibt uns das tröstliche Gefühl, dass alles immer besser wird – wenn nicht immer für uns selbst, dann doch wenigstens für die, die nach uns kommen. Eine bessere Gesellschaft für unsere Kinder. Eine gerechtere Welt. Eine Welt, in der auch die weniger vom Glück Begünstigten eines Tages aufblühen können. Wenn ich nicht an eine solche Perspektive glauben kann, woran soll ich dann glauben? Welchen Sinn kann ich dann in meinem Leben erkennen? In diesem Sinne ist Wohlstand eine Vision, die wir alle gemeinsam haben. Sie spiegelt sich in unseren täglichen Ritualen. Entsprechende Überlegungen beeinflussen auch die Welt der Politik und Gesellschaft. Die Hoffnung auf einen Wohlstand dieser Art liegt im Zentrum unseres Lebens.

So weit so gut. Wie aber kann Wohlstand erreicht werden? Wenn es keine gangbare Möglichkeit gibt, Hoffnung Wirklichkeit werden zu lassen, dann bleibt Wohlstand eine Illusion. Worauf es ankommt, sind überzeugende, belastbare Mechanismen, mit denen sich Wohlstand herstellen lässt. Und dabei geht es aber um mehr als eine reine Mechanik des Wohlergehens. Dass die Mittel, mit denen wir unser gutes Leben gestalten, vertretbar sind, ist Teil des Kitts, der die Gesellschaft zusammenhält. Geht die Hoffnung verloren, erlischt auch jede Art von Gemeinschaftsgefühl. Gute Sitten geraten in Gefahr. Hier den richtigen Mechanismus zu finden, ist essenziell.

Es gehört zu den wesentlichen Aussagen des Buches, dass wir bislang bei dieser Aufgabe scheitern. Unsere Technologien, unsere Wirtschaftsform und unsere sozialen Ziele sind allesamt schlecht auf eine sinnvolle Ausformung von Wohlstand abgestimmt.

Die Vorstellung von gesellschaftlichem Fortschritt, die uns antreibt – basierend auf der ständigen Ausweitung materieller Bedürfnisse – lässt sich ganz grundsätzlich nicht halten. Und das Scheitern bedeutet nicht nur, dass es uns nicht gelingt, unsere Utopien zu verwirklichen. Es geht viel tiefer: Während wir es uns heute gut gehen lassen, untergraben wir systematisch die Grundlage für das Wohlergehen morgen. Während wir uns um unser eigenes Wohlergehen kümmern, gefährden wir die Chancen für andere. Wir laufen tatsächlich Gefahr, jegliche Hoffnung auf dauerhaften Wohlstand für alle zu verspielen.

Dieses Buch soll aber keineswegs als Tirade wider das Versagen der Moderne verstanden werden. Und genauso wenig als Klage über die Hilflosigkeit der *conditio humana*. Zweifellos gibt es einige Rahmenbedingungen, die der Aussicht auf dauerhaften Wohlstand im Wege stehen. Dazu könnten die Existenz ökologischer Grenzen und die Einschränkungen in Bezug auf Ressourcen gehören, vielleicht auch bestimmte Aspekte der menschlichen Natur. Es ist ein zentrales Anliegen der vorliegenden Untersuchung, Bedingungen dieser Art Rechnung zu tragen.

Vorrangiges Ziel des Buches ist es, brauchbare Auswege aus der größten Zwickmühle unserer Zeit zu finden: wie wir nämlich die Hoffnung auf ein gutes Leben mit den Grenzen und Zwängen eines endlichen Planeten in Einklang bringen können. Die folgende Analyse konzentriert sich vor allem darauf, eine glaubwürdige Vorstellung davon zu entwickeln, was ein gutes Leben für die menschliche Gesellschaft in diesem Kontext bedeutet; und die Dimensionen einer belastbaren Wirtschaftswissenschaft zu etablieren, die sich diesem Ziel verschrieben hat.

## Wohlstand als Wachstum

Im Mittelpunkt dieses Buches steht eine sehr einfache Frage: Wie kann Wohlstand in einer endlichen Welt aussehen, deren Ressourcen begrenzt sind und deren Bevölkerung innerhalb weniger Jahr-

zehnte voraussichtlich zehn Milliarden Menschen überschreiten wird?<sup>3</sup> Haben wir eine angemessene Vorstellung von Wohlstand für eine solche Welt entwickelt? Ist diese Vorstellung glaubwürdig angesichts dessen, was wir bisher schon über ökologische Grenzen wissen? Was können wir tun, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen?

Die übliche Antwort auf diese Fragen besteht darin, Wohlstand in ökonomischen Begriffen zu definieren und ständig steigende Einkommen zu fordern, damit dieser Wohlstand erreicht wird. Höhere Einkommen bedeuten wachsende Möglichkeiten, reicheres Leben, eine verbesserte Lebensqualität für diejenigen, die davon profitieren. So jedenfalls hört man das überall.

Diese Formel setzt Wohlstand (fast buchstäblich) in eine Steigerung dessen um, was Ökonomen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nennen, also das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Person. Vereinfacht gesagt ist das BIP ein Maß für die gesamte »Wirtschaftstätigkeit« einer Volkswirtschaft; oder genauer, des Geldwerts der Güter und Dienstleistungen, die innerhalb einer bestimmten Nation oder Region produziert und konsumiert werden. Wirtschaftliches Wachstum findet dann statt, wenn das BIP im gesamten Wirtschaftsbereich steigt – normalerweise mit einer bestimmten »Wachstumsrate«.<sup>4</sup>

Man sollte anmerken, dass ein steigendes BIP nur dann zu steigendem Einkommen (also BIP pro Kopf) führen wird, wenn die Wirtschaft stärker als die Bevölkerung wächst. Wenn die Bevölkerung expandiert, jedoch das BIP konstant bleibt, wird das Einkommensniveau sinken. Umgekehrt werden die Einkommen, wenn das BIP steigt, aber die Bevölkerung gleich bleibt (oder sinkt), noch schneller steigen. Generell muss das BIP mindestens so schnell wie die Bevölkerung steigen, um nur das Durchschnittsniveau der Haushaltseinkommen zu halten.

Wie wir später sehen werden, gibt es gute Gründe, zu hinterfragen, ob ein solch grober Maßstab wie das BIP pro Kopf tatsächlich ausreicht, um wirklichen Wohlstand widerzuspiegeln. Zunächst einmal bildet es aber ganz gut ab, was man normalerweise darunter ver-

steht. Grob gesagt betrachtet man steigenden Wohlstand als mehr oder weniger gleichbedeutend mit steigenden Einkommen, die nach üblichen Vorstellungen durch anhaltendes Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Dies ist natürlich einer der Gründe, warum fast das ganze letzte Jahrhundert über Wirtschaftswachstum das mit Abstand wichtigste politische Ziel war, und zwar auf der ganzen Welt. Und für die armen Nationen der Welt ist dieses Rezept natürlich nach wie vor sehr attraktiv. Will man das Thema Wohlstand wirklich sinnvoll angehen, muss man auf jeden Fall die Not der weltweit mehr als drei Milliarden Menschen berücksichtigen, die immer noch von weniger als fünf Dollar am Tag leben.<sup>5</sup>

Greift aber dieselbe Logik auch bei den reicheren Nationen, dort, wo die Grundbedürfnisse im Wesentlichen gedeckt sind und der Überfluss der Konsumgüter den materiellen Wohlstand kaum noch steigert und möglicherweise sogar das gesellschaftliche Wohlergehen beeinträchtigt? Wie kommt es, dass wir, obwohl wir schon so viel haben, immer noch hungrig sind nach mehr? Wäre es nicht vielleicht besser, in den entwickelten Volkswirtschaften das rücksichtslose Wachstumsstreben zu stoppen und sich stattdessen darauf zu konzentrieren, die verfügbaren Ressourcen gerechter zu verteilen?

Sind in einer Welt mit endlichen Ressourcen und engen ökologischen Grenzen, in einer Welt, die immer noch gekennzeichnet ist durch »Inseln des Wohlstands« inmitten von »Ozeanen der Armut«, für die bereits reichen Länder stetig steigende Einnahmen wirklich nach wie vor legitime Ziele aller Hoffnungen und Erwartungen? Oder gibt es nicht vielleicht einen anderen Weg hin zu einer nachhaltigeren, gerechteren Form des Wohlstands?

Auf diese Frage werden wir immer wieder zurückkommen und sie dabei aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Es soll aber hier schon in aller Deutlichkeit festgestellt werden, wie das auch Bouldings Bemerkung zu Beginn des Kapitels andeutet, dass für die meisten Ökonomen schon allein die Vorstellung von Wohlstand ohne Wachstum ein rotes Tuch ist. Wachstum des BIP gilt als derart selbstverständlich, dass Ummengen von Papier vollgeschriebenen

worden ist über die Frage, worauf dieses Wachstum beruht, wer es am besten befördert und was zu tun ist, sollte es nicht mehr erfolgen.

Sehr viel weniger wurde darüber geschrieben, warum wir es überhaupt brauchen. Aber das unablässige Streben nach mehr, das hinter den traditionellen Vorstellungen von Wohlstand steckt, besitzt durchaus so etwas wie einen intellektuellen Unterbau.

Zusammengefasst geht die Argumentation etwa folgendermaßen: Das BIP beziffert den wirtschaftlichen Wert der auf dem Markt gehandelten Güter und Dienstleistungen. Wenn wir nun immer mehr Geld für immer mehr Waren ausgeben, dann deshalb, weil wir ihnen Wert beimessen. Wir würden ihnen keinen Wert beimessen, würden sie nicht gleichzeitig unsere Lebensqualität verbessern. Deshalb kann es gar nicht anders sein, als dass eine stetige Zunahme des Pro-Kopf-BIP die Lebensqualität verbessert und den Wohlstand steigert.

Diese Schlussfolgerung ist genau deshalb verkehrt, weil Wohlstand nicht von vornherein gleichbedeutend ist mit Einkommen und Reichtum. Steigender Wohlstand ist nicht automatisch das Gleiche wie wirtschaftliches Wachstum. Mehr muss nicht immer besser sein. Aber zumindest findet sich hier eine Erklärung dafür, warum wir derart hartnäckig an der »Kleinen großen Zahl« festhalten: dem BIP.<sup>7</sup>

Es klingt vielleicht seltsam, aber der Begriff Wohlstand (*prosperity*) wird noch gar nicht so lang primär über Geld definiert. In seiner ursprünglichen Bedeutung hatte er mehr damit zu tun, dass sich das Leben gut entwickle: in Übereinstimmung mit (lateinisch *pro-*) den Hoffnungen und Erwartungen (*speres*). Wohlstand bedeutete ganz einfach das Gegenteil von Not oder Elend.<sup>8</sup> Die Gleichsetzung von steigendem Wohlstand mit Wirtschaftswachstum ist ein Kurzschluss und eine vergleichsweise moderne Deutung, eine Deutung, die mittlerweile heftig unter Beschuss geraten ist.

Einer der Vorwürfe gegen das Wachstum lautet, dass es seine Wohlhären im besten Falle ungleich verteilt. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verdient weniger als sieben Prozent des Gesamteinkommens. Das eine Prozent an der Spitze verdient dagegen etwa 20 Prozent des Welteinkommens und besitzt fast die Hälfte des globalen Reichtums. Riesige Ungleichheiten – eine reale Wohlstandsdi-

ferenz, ganz gleich, welche Maßstäbe man anlegt – charakterisieren den Unterschied zwischen Arm und Reich. Ein solches Missverhältnis ist furchtbar, schon aus ganz grundsätzlich humanitärer Sicht. Es produziert überdies wachsende soziale Spannungen: reales Elend in den am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die sich auf die Gesellschaft als Ganzes negativ auswirken.<sup>9</sup>

Werkwürdigerweise scheint dieses Missverhältnis sich immer mehr zu verschärfen. Nach dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen ist die Ungleichheit bei den Einkommen heute größer als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Im Lauf von weniger als einem halben Jahrhundert hat das reichste eine Prozent der Bevölkerung seinen Teil am Einkommen mehr als verdoppelt. In den Entwicklungsländern wuchs die Einkommensungleichheit in den letzten zwei Jahrzehnten um elf Prozent. Selbst innerhalb der hochentwickelten Volkswirtschaften ist die Ungleichheit um neun Prozent höher als noch vor 20 Jahren.<sup>10</sup>

Während die Reichen immer reicher wurden, stagnierten die Realeinkommen der Mittelschicht in den westlichen Ländern bereits lange vor der Finanzkrise. Es ist auch durchaus schon die These vertreten worden, dass steigende Ungleichheit einer der Gründe für die Krise gewesen sei. Wachstum hat den Lebensstandard der besonders Bedürftigen keineswegs gehoben, ganz im Gegenteil; es hat in den letzten fünf Jahrzehnten einen großen Teil der Weltbevölkerung seinem Schicksal überlassen. Vor allem in den letzten Jahren ist der Reichtum zu den wenigen Glücklichen hinaufgesickert.<sup>11</sup>

Fairness (beziehungsweise das Fehlen von Fairness) ist nur einer der Gründe, warum man die herkömmliche Wohlstandsdefinition hinterfragen sollte. Ein anderer ist, dass – zumindest ab einem bestimmten Punkt – das ständige Streben nach wirtschaftlichem Wachstum das Glück der Menschen nicht mehr steigern kann und vielleicht sogar beeinträchtigt. So paradox diese Behauptung auch scheinen mag, so kann sie sich doch auf eine lange Ideengeschichte in Philosophie, Religion, Literatur und Kunst berufen. Und im letzten Jahrzehnt hat sie eine überraschende politische Wiedergeburt erlebt.



Selbst vor der Finanzkrise, als es noch so aussah, als trage uns die Wirtschaft alle zusammen in eine immer lichtere Zukunft, gab es verstörende Hinweise auf eine wachsende »soziale Rezession« in den hochentwickelten Volkswirtschaften. Eine neue Politik des Glücks oder Wohlbehagens begann konventionelle Ansichten von gesellschaftlichem Fortschritt in Frage zu stellen, in armen wie in reichen Ländern. In Ecuador hat sie im Konzept des *buen vivir* eine offizielle Form gefunden, verankert in der Verfassung des Landes. Die Wurzeln des *buen vivir* liegen in der indigenen Vorstellung des *sumak kawsay*, frei übersetzt »gutes Leben« oder »gut leben«. Es bezeichnet »ein System von Wissen und Leben, das auf der Gemeinschaft von Mensch und Natur gegründet ist«.<sup>12</sup>

Die Verfassung von Ecuador von 2008 war auch die erste, die die »Rechte der Natur« formell in ihr Gesetz aufnahm. Und dies weist uns auf die dritte und vielleicht wichtigste Herausforderung, der sich die herkömmliche Gleichung des ständigen wirtschaftlichen Wachstums gegenüberstellt: die endliche Natur des Planeten, auf dem wir leben. Jede Wohlstandsvision, die glaubwürdig sein will, muss zur Frage der Grenzen eine Position haben, die standhält. Dies gilt insbesondere für auf Wachstum gegründete Visionen. Wie – und für wie lange – ist fortgesetztes Wachstum möglich, ohne dass man bei Umwelt und Ressourcen an die Grenzen stößt?<sup>13</sup>

Schon mit simpler Logik kann man sich ausmalen, dass die Ausweitung industrieller Aktivitäten an einem bestimmten Punkt an ihre Grenzen kommen muss. Die globale Wirtschaftsleistung heute ist fast zehnmal so groß wie im Jahr 1950. Sollte sie weiterhin in dieser Geschwindigkeit zunehmen – eine Perspektive, auf die mehr oder weniger alle Ökonomen und Politiker hoffen –, wäre die Weltwirtschaft im Jahr 2100 über 20mal größer als heute: eine atemberaubende 200fache Zunahme in der Größenordnung der Wirtschaft innerhalb weniger Generationen.<sup>14</sup>

Der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass Ausdehnung in dieser Form nicht in alle Ewigkeit weitergehen kann. Wie Bouldings satirische Bemerkung vor dem US-Kongress 1973 feststellt (zitiert zu Beginn des Kapitels), wollen die meisten Ökonomen vom gesun-

den Menschenverstand aber nichts wissen. Manche lehnen jede Vorstellung von Grenzen kategorisch ab. Kompletter Wahnsinn ist diese Ablehnung nicht. Aber ihre Beweisführung, wie wir sehen werden, ist grundsätzlich auf Sand gebaut.

### Sich den Grenzen stellen

Die Frage der Grenzen ist uralte. Wie beim Wohlstand auch haben sich aber die Bedeutungen verschoben. Alte Weisheiten sahen im Wohlstand oft nicht das Hindernis, sondern das Fundament von Wohlstand. So werden Begrenzungen beispielsweise in dem chinesischen *Buch der Wandlungen* (das *I Ging*), dessen Ursprünge fast 1000 Jahre vor unsere Zeitrechnung zurückreichen, direkt mit Erfolg gleichgesetzt. Ein Leben ohne Respekt gegenüber Grenzen wurde dagegen als töricht und zerstörerisch angesehen.

»Beschränkungen sind mühsam. Aber sie sind effektiv«, schrieb Richard Wilhelm in seiner englischen Übersetzung des *I Ging* von 1923. »Durch Sparsamkeit im normalen Alltag ist man gerüstet für Zeiten der Not.« Die Metaphern, die die Rolle von Grenzen im Leben der Menschen beschreiben sollten, wurden sehr häufig aus der Natur selbst entlehnt. »Die Natur hat feste Schranken für Sommer und Winter, Tag und Nacht, und durch diese Schranken erhält das Jahr seine Bedeutung«, argumentierte Wilhelm.<sup>15</sup>

Zeitgenössische Sichtweisen tendieren viel eher dazu, Grenzen als unbequem oder sogar als Illusion zu betrachten. Der französische Archäologe (und Jesuitenpriester) Pierre Teilhard de Chardin bemerkte einmal, unsere Pflicht als menschliche Wesen sei es, »vorauszusprechen, als ob es keine Grenzen unserer Fähigkeiten gäbe.« Wir sind alle Kollaborateure der Schöpfung«, sagte er. Diese Vorstellung von einer grundsätzlich grenzenlosen Kreativität gewann an Kraft infolge der außerordentlichen technologischen Fortschritte, die seit Chardins Zeit gemacht wurden. Man bekam allmählich das Gefühl, dass fast alles möglich ist, jede Ressourcengrenze überwindbar, jede utopische Vision für die Menschheit erreichbar.<sup>16</sup>

Bei einem Seminar, das ich kurz nach der Veröffentlichung der ersten Ausgabe dieses Buches in einem Ministerium der Britischen Regierung gab, beharrte ein Regierungsökonom darauf, das gesamte Konzept der Grenzen sei »ökonomischer Alphabetismus«. Der frühere US-Präsident Ronald Reagan erklärte einmal – und appellierte damit an den gleichen Zeitgeist –, es gebe »keine nennenswerten Grenzen des Wachstums, da es keine Grenzen der menschlichen Möglichkeiten gibt, was Intelligenz, Vorstellungskraft und Staunen betrifft.«<sup>17</sup>

Es lohnt sich, diese Behauptung etwas näher zu betrachten, weil sie teilweise zutrifft. Die menschliche Existenz zeigt durchaus Elemente der Grenzenlosigkeit. Darunter sicher auch Erfindungsgabe, Kreativität und Staunen, und es ist auf jeden Fall sinnvoll, Fülle und Überfluss anzuerkennen, wo immer wir sie finden.

In der Behauptung steckt aber auch ein Trugschluss. Der US-Autor Wendell Berry schrieb einmal, dass »die Grenzen, die den Menschen und dem Planeten gesetzt sind, richtig verstanden nicht Einschränkungen sind, sondern eher Anreize ... zu Beziehungen und Sinngehalt in Fülle«. Das soll aber nicht heißen, mahnte er, dass wir aus dieser Fülle des Sinngehalts dann auch die These ableiten sollten, wir könnten alle materiellen Grenzen überwinden, ohne in Hybris zu verfallen.<sup>18</sup>

Wie ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Begrenzten und dem Grenzenlosen aussehen kann, erweist sich als ein weiterer zentraler Untersuchungsgegenstand dieses Buches. Damit werden wir uns in den Kapiteln 5 und 6 intensiver beschäftigen.

## Der Kampf ums Dasein

Reagans Bemerkungen waren eine unmittelbare Reaktion auf das einflussreichste Werk zum Thema Grenzen, das im 20. Jahrhundert entstanden ist, *Die Grenzen des Wachstums*, veröffentlicht im Jahr 1972. Der Bericht an den *Club of Rome* stand in einer langen Tradition der Sorge um materielle Grenzen, die bis ins späte

achtzehnte Jahrhundert zurückreicht, als Thomas Robert Malthus seinen enorm einflussreichen Aufsatz *Das Bevölkerungsprinzip* veröffentlichte.<sup>19</sup>

Zu der Zeit, als das Werk entstand, hatte Malthus gerade als Vikar eine Pfründe übernommen und lebte auf dem Landsitz seines Vaters in Albury, gar nicht weit von dem Ort, an dem ich jetzt sitze und schreibe. Eines Abends – es war das Jahr 1797 – saßen Vater und Sohn zusammen und diskutierten über das Werk des französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau, der ein Freund von Malthus Senior gewesen war. Im Zentrum ihrer Debatte standen Rousseaus Visionen für sozialen Fortschritt und die Vervollkommnungsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft.

Rousseau war der Meinung: »Der Mensch ist von Natur aus gut, und nur durch die Institutionen wird er böse gemacht« – eine Halbtung, die in scharfem Gegensatz zu der (jüdisch-christlichen) Lehre von der Erbsünde stand, von welcher Erlösung nur durch die Kirche erlangt werden konnte. Der Ursprung von Übel und Leid war, so meinte Rousseau, nicht in der menschlichen Natur selbst zu finden, sondern in den verderblichen Einflüssen einer Zivilisation, die auf der Vorstellung von Privateigentum gegründet war.<sup>20</sup>

Rousseau sollte später tiefgreifenden Einfluss auf Karl Marx haben, dessen Argumente gegen den Kapitalismus ebenfalls aus einer Kritik am Privateigentum entwickelt wurden. Nach Marx lag die Lösung im gemeinschaftlichen Eigentum oder Staatseigentum. Nach Rousseau bestand die Lösung darin, die Zivilisation zu verworfen und zum Naturzustand zurückzukehren, »denn der Wilde, wenn er gegessen hat, ist in Frieden mit der gesamten Natur und der Freund aller seiner Mitgeschöpfe«. Diese Sichtweise legte ihrerseits die Grundlage für die romantische Bewegung des neunzehnten Jahrhunderts, auf die sich viele zeitgenössische Umweltschützer immer noch beziehen.<sup>21</sup>

An jenem Abend im Jahr 1797 verteidigte der alte Malthus Rousseaus optimistische Ansichten über die menschliche Gesellschaft; der junge Malthus argumentierte dagegen. Im Nachklang des Streitgesprächs fühlte sich der junge Malthus dazu angeregt, seinen Ge-

dankegang schriftlich festzuhalten, und das Ergebnis war die erste Ausgabe des Aufsatzes *Das Bevölkerungsprinzip*.

Seine Argumentation ging (stark verkürzt) davon aus, dass das Wachstum der Bevölkerung immer schneller verläuft als das Wachstum der Ressourcen, die für die Ernährung der Menschen zur Verfügung stehen. Früher oder später wächst also die Bevölkerungszahl über die »Lebensgrundlagen« hinaus und ein Teil der Menschen – notgedrungen die Ärmsten – werden einen harten »Kampf ums Dasein« führen müssen, aus dem es letztendlich kein Entkommen gibt.<sup>22</sup>

Man sollte nicht vergessen, dass es Malthus beim Bevölkerungsprinzip genau darum ging, die romantische Sicht, dass nämlich der Zustand des Wilden frei von Leiden sei, zu widerlegen. Ganz im Gegenteil, meinte Malthus, das Leiden liegt in der Natur begründet und entsteht unmittelbar aus dem Bevölkerungsdruck auf die Lebensgrundlagen.

Indem er die Naturvorstellung der Romantiker zerstörte, schuf sich Pastor Malthus selbst ein theologisches Problem: Warum sollte ein liebender Gott unausweichliches Leiden zulassen? Warum sollte ein allmächtiger Gott eine Welt erschaffen haben, in deren Plan das Leiden integrierter Bestandteil war?

Diesen Fragen widmete Malthus zwei ganze Kapitel seines ersten Aufsatzes *Das Bevölkerungsprinzip*. Das Ergebnis war eine komplexe »Theodizee« mit dem Ziel: »die Wege Gottes vor dem Menschen zu rechtfertigen«. Die göttliche Schöpfungsabsicht, meinte Malthus, ist die »Bildung des Geistes«. Die Welt ist Naturgesetzen unterworfen, die so funktionieren, dass sie »Träger chaotische Materie in Geist verwandeln, den Staub der Erde zur Seele erheben, aus einem Erdklumpen einen himmlischen Funken schlagen«. Der Kampf ums Dasein ist Teil eines göttlichen Plans, die Menschen aus ihrer naturgegebenen Trägheit zu erheben und eine höhere Bestimmung zu erreichen.<sup>23</sup>

Das ist eine ziemlich düstere Theologie. Sie wurde aus späteren Ausgaben des Aufsatzes größtenteils getilgt und gerät mehr oder weniger in Vergessenheit innerhalb jener Hinterlassenschaft in

Malthus' Werk, die mit Umweltfragen zu tun hat. Sie stellt trotzdem einen wichtigen Meilenstein in der komplexen Ideengeschichte dar, aus der sich unsere modernen Debatten zu den Grenzen herleiten. Wie wir später sehen werden (siehe Kapitel 6 und 9), haben diese eher philosophischen Aspekte nach wie vor unerwartete Relevanz in heutigen Debatten über Nachhaltigkeit.

Malthus selbst wird oft mit Haut und Haar verdammt, aus allen möglichen Gründen. Teilweise ist das vollaufberechtigt, wie etwa in der Kritik an seiner zynischen Sicht auf die Armut und dem wüsten Widerstand gegen die Armenetze. Schließlich war es Malthus, der der Ökonomik den Ruf einbrachte, eine »düstere Wissenschaft« zu sein. Am besten räumt man also gleich ein, dass Malthus falsch lag – zumindest, was die Details seiner Lehre betrifft.<sup>24</sup>

Dass er die strukturellen Ungleichheiten, die die Menschen in Armut gefangen hielten, nicht erkannte (sondern sogar verteidigte), ist einer von Malthus' Irrtümern. Er hat aber auch falsch gerechnet. Heute ist die Weltbevölkerung sieben Mal so hoch wie zu Malthus' Zeiten. Und dies liegt auch daran, dass die Existenzgrundlagen viel schneller wuchsen als die Bevölkerung – ganz im Gegensatz zu Malthus' Prämisse: Die Weltwirtschaft ist heute 80 Mal größer als im Jahr 1800.<sup>25</sup>

Was Malthus vollkommen übersehen hatte, sind die langfristigen Auswirkungen des gewaltigen technologischen Wandels, der sich damals bereits um ihn herum vollzog. Auch hatte er nicht voraussehen können, dass die Entwicklung (am Ende) die Wachstumsrate der Bevölkerung verlangsamten würde. In den folgenden zwei Jahrhunderten konnten die Existenzgrundlagen mit der Tendenz des Menschen, sich zu reproduzieren, mehr als Schritt halten, vor allem, weil billige fossile Energie leicht zu haben war.

Und doch hätte der gewaltige Anstieg des Ressourcenverbrauchs, in Verbindung mit einer enorm ausgeweiteten Weltwirtschaft, selbst einen optimistischen Beobachter von Grenzen durchaus ins Grübeln bringen können. Wie konnte ein solches Wachstum auf die Dauer möglich sein?

## Eine Wette auf unsere Zukunft

Genau diese Frage stellen mehr als eineinhalb Jahrhunderte später der italienische Industrielle Aurelio Pececi und der schottische Wissenschaftler Alexander King. Im April 1968 baten die beiden Männer eine kleine Gruppe von Diplomaten, Industriellen, Akademikern und Führungspersönlichkeiten der Zivilgesellschaft zu sich nach Rom in eine ruhige Villa, um über das, was sie das »Dilemma der Menschheit« nannten, zu diskutieren: die Frage, wie erfolgreich kurzfristiges Regierungshandeln vor dem Hintergrund möglicher langfristiger Krisen aussehen könnte.

Der damals gegründete *Club of Rome* beschäftigte sich insbesondere mit den Krisen, die sich aus den exponentiellen Zuwächsen des Konsums in einer endlichen Welt ergaben. Im Juni 1970 luden sie Jay Forrester, einen Professor am Institut für Technologie Massachusetts (MIT), zu einem Treffen in Bern ein, um zu diskutieren, ob seine bahnbrechenden Arbeiten in System Dynamics vielleicht den Rahmen für das, was sie »strukturierte Antworten« auf diese »Problematik« nannten, liefern könnten.<sup>26</sup>

Auf der Rückfahrt von Bern skizzierte Forrester die Umrisse dessen, was das erste systemdynamische Modell zur Ressourcenabhängigkeit in der Weltwirtschaft werden sollte. In den Händen von vier intelligenten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am MIT – Donella und Dennis Meadows, Jørgen Randers und Bill Behrens – entwickelte sich aus dieser Skizze die analytische Grundlage für den weltberühmten ersten Bericht an den *Club of Rome*. Von dem im Jahr 1972 veröffentlichten Buch *Grenzen des Wachstums* waren am Ende weltweit mehr als zwölf Millionen Exemplare in 30 verschiedenen Sprachen verkauft, und die leidenschaftliche Debatte, die der Bericht anstieß, hält bis heute unvermindert an.<sup>27</sup>

Im Zentrum von *Grenzen des Wachstums* steht eine bemerkenswert robuste Analyse der Beziehungen zwischen Bevölkerung, Technologie, Industriekapital, Landwirtschaft und Umweltqualität. Obwohl diese Interdependenzen komplex sind, ist die Dynamik vergleichsweise leicht zu vermitteln. Üblicherweise, so die Argumenta-

tion des MIT-Teams, verläuft das Muster der industriellen Entwicklung entlang vorhersehbarer Linien.

Während immer mehr Menschen ein immer höheres Wohlstandsniveau erreichen, verbrauchen sie einen immer größeren Anteil der Weltressourcen. Materielles Wachstum kann nicht unendlich weitergehen, folgte das MIT-Team, da der Planet Erde physische Grenzen hat. Am Ende übersteigt das Ausmaß der Aktivität die Aufnahmefähigkeit der Umwelt, was einen plötzlichen Rückgang zur Folge hat – kontrolliert oder unkontrolliert. Zuerst gehen die Ressourcen zurück, von denen die Menschheit lebt – Nahrung, Mineralien, Industrieproduktion. Darauf folgt ein Einbruch bei den Bevölkerungszahlen.

Es ist wichtig, festzustellen, dass der Einbruch im Modell nicht deshalb geschieht, weil die die Menschheit ernährenden Ressourcen komplett verschwinden. Er kommt zustande, weil sich die Qualität der jeweiligen Ressource verschlechtert, je mehr davon entnommen wird: Immer mehr Investitionen (sowohl physisch als auch finanziell) werden benötigt, um verwertbare Ressourcen hoher Qualität aus Rohmaterial zu gewinnen. Irgendwann ist dann der Prozess nicht mehr nachhaltig und die gewonnene Menge nimmt allmählich ab.

Angewandt auf Energie hat der US-Ökologe Charles Hall diese Dynamik durch den Energieertragsfaktor (*Energy Return on Energy Invested* EROI) operationalisiert. EROI bestimmt einen Wert für die aus Brennstoffen wie etwa Kohle oder Öl gewonnene Energiemenge, verglichen mit der Menge an Energie, die aufgewandt werden muss, um sie überhaupt erst zu gewinnen. Fällt dieser Wert zu tief, wird die Gewinnung sowohl finanziell als auch energetisch unrentabel.

Der entscheidende Punkt dabei: Während die Qualität der Ressourcen abnimmt, müssen immer mehr Ressourcen aus der Produktion abgezweigt werden, weil man sie braucht, um den für die Produktion benötigten Ressourcenfluss aufrechtzuerhalten. Diese Dynamik erzeugt nicht nur Druck auf die Produktionsleistung, sie steigert auch die Umweltbelastung, wobei sie die Ressourcenbasis selbst beschädigt und grundlegende Aspekte der Gesellschaft in Gefahr bringt, wie Lebensmittel, Nahrungsmittel und Gesundheit.

Kaum jemand begriff diese differenzierte Argumentation. Man wart dem Team Angstmacherei vor, wissenschaftlichen Anaphabetismus, Unfähigkeit, das Wesen des Fortschritts zu verstehen. Die Optimisten verwiesen auf die ungeheuren technologischen Fortschritte, die überall gemacht wurden, sowie die Entdeckung neuer Ressourcen gleich hinter dem Horizont. Nichts von alledem jedoch konnte die Hypothese der Grenzen des Wachstums mit Berechtigung widerlegen. An keiner Stelle behauptete das MIT-Team, dass die Ressourcen bereits zu Ende gingen. Sie haben auch nicht vorgegeben, dass der Zusammenbruch unmittelbar bevorstünde, obwohl das immer noch viele Leute glauben.

Eine berühmte Wette zwischen dem Populationsökologen Paul Ehrlich und dem Ökonomen Julian Simon veranschaulicht, worum es bei diesem Missverständnis ging. Als Ökonom wusste Simon, dass, wenn Rohstoffe knapper werden, die Preise normalerweise steigen. Also forderte er Ehrlich (der seit langem mit der Hypothese der Grenzen sympathisierte) auf, fünf Rohstoffe zu benennen, deren Preise zwischen 1980 und 1990 steigen würden. Ehrlich wählte fünf Metalle aus: Kupfer, Chrom, Nickel, Zinn und Wolfram. Bei allen fünf Metallen fielen die Preise im betreffenden Zeitraum, und Ehrlich verlor die Wette.<sup>28</sup>

Später stellte sich heraus, dass es bei der Mehrzahl der Zehnjahresperioden im Lauf des letzten Jahrhunderts wohl ein ganz anderes Ergebnis gegeben hätte. Außerdem wäre Ehrlich am Ende wohl um einiges reicher gewesen, hätte er gewisse andere wichtige Rohstoffe ausgewählt. Er hätte auf jeden Fall gewonnen, hätte man die Periode bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ausgedehnt. Zwischen 2000 und 2014 stiegen die durchschnittlichen Rohstoffpreise um mehr als das Dreifache (siehe Abbildung 11), wodurch optimistische Beobachter sich verleiten ließen, von einem »Superzyklus« beim Rohstoffpreis zu sprechen und eine dringend gewordene »Ressourcenrevolution« zu fordern.<sup>29</sup>

Ein prägender Zug dieser neuen ökonomischen Landschaft scheint eine signifikant größere Preisvolatilität zu sein. In den beiden Jahrzehnten vor 2003 schwankte der Ölpreis zwischen rund 10

Dollar und 30 Dollar pro Barrel. Nach 2003 stieg er dramatisch – bis zu 147 Dollar pro Barrel im Juli 2008. Seit der Finanzkrise halten die Schwankungen an. Im Lauf des Jahres 2015 brachen die Ölpreise bis auf den niedrigen Stand von 30 Dollar pro Barrel zum Jahresbeginn 2016 ein, erstmals seit 2003. In der Folge sind sie allmählich aber wieder angestiegen.<sup>30</sup>

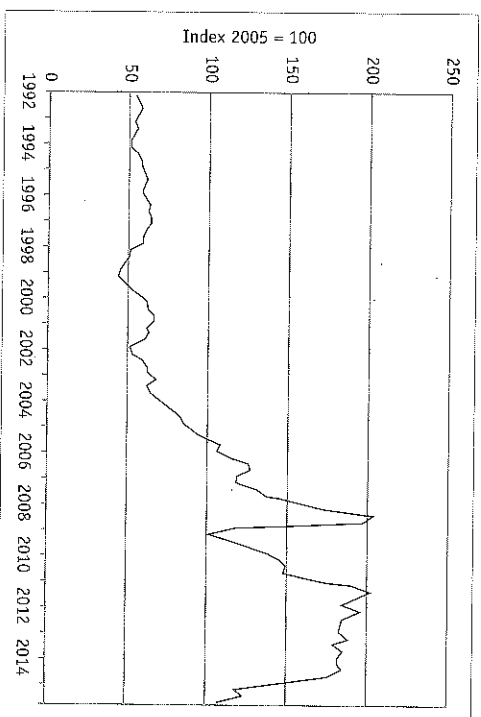


Abbildung 11 Globaler Warenpreisindex, 1992-2015  
Quelle: Daten aus der US-Notenbank (vgl. Anmerkung 29)

Die Gründe für diese Volatilität sind komplex. Die Spitze im Jahr 2008 fiel mit einer Reihe von Umständen zusammen, unter anderem mit Lieferengpässen, Sorgen um den Klimawandel und mit Landnutzungskonflikten. Der Einbruch während des Jahres 2015 wurde teilweise durch neue »unkonventionelle« Angebote angetrieben: vor allem durch Fracking und insbesondere in den USA. Der Verfall wurde aber verschärft durch die Reaktion der Produzenten auf dieses plötzliche Überangebot: eine Vereinbarung, konventionelles Öl sogar noch schneller zu fördern, um die Preise nach unten zu treiben und die unkonventionellen Anbieter aus dem Geschäft zu drängen. Geopolitische Spannungen erhöhten die Komplexität zusätzlich.<sup>31</sup>

So gut wie nichts von alledem hatte etwas mit der zugrunde liegenden Knappheit von Öl als Ressource zu tun. Das ist Wasser auf die Mühen der Optimisten, die jede Andeutung von Ressourcenknappheit herunterspielen wollen. Eine solche Behauptung ist jedoch problematisch. Rohstoffpreise sind einfach zu volatil, um zuverlässige Information zu liefern. Schon die Gefahr einer Knappheit reichte aus, um sie in schwindelnde Höhen zu treiben. Oligarchisches Verhalten der Ölkartelle entfaltete genug Kraft, um einen Einbruch zu erzwingen. Die ganze Zeit, durch Höchst- und Tiefststand hindurch, bewegte sich die zugrunde liegende physische Ressourcenbasis unerbittlich Richtung Erschöpfung. Der Markt war jedoch zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um das zu messen.

Unter diesen Umständen ist es schwer, den zeitlichen Rahmen, in dem Ressourcenknappheit beginnen wird, die Welt zu verändern, wirklich in den Griff zu bekommen. Würden die Fehlinterpretationen über die Argumente in *Grenzen des Wachstums* zutreffen, müsste der Einbruch eigentlich schon deutlich erkennbar sein. Aber so war es nie in dem Buch zu lesen. Das Team stelle lediglich fest, solche Veränderungen könnten »innerhalb des nächsten Jahrhunderts« offensichtlich werden.<sup>32</sup>

Wir sind noch immer nicht in der Lage, diese Prognose zu bewerten (oder zu verifizieren). Es stimmt, dass manche behauptet haben: »Peak Everrhing« sei bereits in Sichtweite. Angesehene Beobachter – darunter die Internationale Energieagentur (*International Energy Agency* IEA) – hatten bereits vor der Krise festgestellt, das Fördermaximum beim Öl werde schon im Jahr 2020 eintreten. Bewertungen wie diese unterschätzen eindeutig das Steigerungspotenzial bei den unkonventionellen Ölangeboten. Nach wie vor ist aber nicht klar, wie groß diese Fehleinschätzung ist.<sup>33</sup>

Die Optimisten verweisen auf die riesigen Reserven, die immer noch in Teersand und Ölschiefer liegen. Das Öl zu fördern, mag teuer und umweltschädlich sein, sagen sie, aber bis zu einer absoluten Knappheit sei es noch weit. Detaillierte Analysen aus jüngster Zeit deuten allerdings darauf hin, dass das unkonventionelle Öl das Fördermaximum bestenfalls um ein paar Jahrzehnte verzögern

wird. Einige Schätzungen bestätigen sogar ein Maximum vor 2025 und meinen, durch Fracking werde einfach nur der Rückgang nach dem Maximum verlangsamt.<sup>34</sup>

Kurzum, wir sind weder in der Position, die Szenarien der *Grenzen des Wachstums* gänzlich zu verwerfen, noch, sie zweifelhaft zu bestätigen. Einige neuere Untersuchungen geben allerdings schon ernsthaft Anlass zur Besorgnis. Eine davon analysiert das Ausmaß, in dem aktuell vorliegende Daten zu Bevölkerungsentwicklung, Produktion, Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung die Prognosen von den Meadows und ihrem Team widerspiegeln. Die Befunde sind klar: Die Welt entwickelt sich zurzeit in hohem Maße in die Richtung, die von dem in *Grenzen des Wachstums* geschilderten »standardisierten Ablauf« gewiesen wird. Der technologische Wandel, den wir seit 1972 erleben, hat den Fortschritt in keinem Punkt von der Bahn des Business-as-usual-Szenarios abgebracht.<sup>35</sup>

Eine weitere jüngere Studie führte eine Reihe konkreter Analysen zur Ressourcenknappheit durch und verwendete dabei eine aktualisierte und erweiterte Version des ursprünglichen MIT-Modells. Bei ihrer Untersuchung von Produktion und Angebot bei mehr als 40 Rohstoffen kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die meisten das Produktionsmaximum entweder bereits erreicht haben oder es vor 2050 erreichen werden. Das heißt nicht, dass wir in nächster Zukunft absolute Angebotsknappheit erleben werden. Es bedeutet aber sehr wohl, dass ein immer größerer Teil unseres Vermögens auf Ressourcen von immer schlechterer Qualität verwandt werden muss. Das Wohlstandsmaximum wird laut dieser zweiten Studie um 2017 bis 2022 eintreten, und von diesem Zeitpunkt an »werden wir ein durch natürliche Ressourcen angetriebenes globales BIP-Wachstum nicht mehr als selbstverständlich voraussetzen können.«<sup>36</sup>

Ganz gleich, ob diese Prognosen nun richtig oder falsch sind, so sind doch zwei zentrale Aspekte der *Grenzen des Wachstums* kaum zu bestreiten. Der erste: dass die verschwendende Ausbeutung und der Verbrauch von materiellen Ressourcen an irgendeinem Punkt ein Ende haben muss. Der zweite ist subtiler. Dann,

wenn sich absolute Knappheit schmerzhaft bemerkbar macht, wird es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu spät sein, um die Veränderungen vorzunehmen, die nötig sind, um sowohl die Ressourcenabhängigkeit des Systems als auch seine institutionelle Grundlage zu transformieren. Der Zeithorizont für eine Transformation weg von der Ressourcenintensität muss einige Jahrzehnte vor dem Erreichen möglicher Grenzen ansetzen.

Das MIT-Team schenkte diesem zweiten Punkt besondere Aufmerksamkeit. Die dynamische Natur der Knappheit ist entscheidend bei der Frage, wie wir damit zurechtkommen können. *Grenzen des Wachstums* lenkte die Aufmerksamkeit auf einen wesentlichen Unterschied zwischen positiven und negativen Rückkopplungsschleifen bei den dynamischen Beziehungen zwischen Technologie, Ressourcen, Verbrauch und Auswirkungen.

Positive Rückkopplung führt tendenziell entweder zu schnellem Wachstum oder schnellem Zusammenbruch. Negative Rückkopplung neigt dazu, solche Veränderungen zu unterdrücken oder auszubalancieren und die Richtung des Wandels festzulegen. Stabilität ist in hohem Maße von der relativen Stärke der positiven und negativen Rückkopplungsschleifen in einem dynamischen System abhängig.

Es besteht ein besonders kritisches Verhältnis zwischen dem Tempo der Veränderung in einem System und der Leichtigkeit, mit der die Veränderung organisiert werden kann. In einem rasch expandierenden System, das von positiven Rückkopplungsschleifen dominiert wird, fällt es schwerer, Erschütterungen, die aus anwachsendem Druck auf Ressourcen oder Ökosysteme entstehen, vorherzusagen oder sich dagegen zu schützen. Zu dem Zeitpunkt, wenn die Erschütterungen auftreten, ist es bereits zu spät, um noch viel dagegen zu unternehmen.

Das ist ungefähr so, wie wenn man Auto fährt oder auf Skiern einen Hang hinuntergleitet. Die Fähigkeit, angesichts unerwarteter Vorkommnisse sicher zu steuern, hängt von dynamischen Kontrollsystemen ab. Zwischen der Wahrnehmung eines Problems auf der Straße oder am Hang und der Reaktion darauf gibt es zwangsläufig eine Verzögerung. Die Größenordnung der Verzögerung hängt von

einer Mischung von Faktoren ab, die im Bereich des Verhaltens, der Ökologie oder der Technologie angesiedelt sind.

Zu diesen Faktoren gehören natürlich Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit, die Geschwindigkeit der Muskelreaktion, ebenso die Fahrbedingungen zum entsprechenden Zeitpunkt, Sichtverhältnisse, Verkehrslage, Straßenzustand. Und dann sorgt natürlich auch die Technologie selber für Verzögerungen, beispielsweise die Reaktionsfähigkeit der Bremsen und der Steuerung.

Davon lässt sich manches im Lauf der Zeit verbessern. Man kann immer an der eigenen Fahrächtigkeit arbeiten und dafür sorgen, dass man eine gute Sicht hat. Verbesserungen am Bremssystem haben beispielsweise in Sachen Fahricherheit Wunder gewirkt. Mit der besten Technologie der Welt und den Reaktionszeiten eines Rennfahrers kann man bei hoher Geschwindigkeit wahrscheinlich durch unzählige plötzlich auftretende Zwischenfälle steuern. Normalerweise aber ist es viel, viel leichter, alles sicher unter Kontrolle zu haben, wenn die Situation sich langsamer verändert.

Systeme mit starken positiven Rückkopplungen haben das inhärente Problem, dass sich Veränderungen nicht langsam vollziehen. Wenn es keine geeigneten Rückkopplungen zum Ausbalancieren gibt, kommen Veränderungen immer schneller und schneller und machen die Kontrolle immer schwieriger.

Aus dieser Analyse ergeben sich zwei wichtige Lektionen. Erstens, dass es, je schneller wir unsere Volkswirtschaften vorantreiben, umso schwieriger sein wird, zu reagieren, wenn Knappheit entsteht. Zweitens, dass die Erfolgchancen am besten sind, wenn man früh mit den Planungen beginnt, lange bevor die Knappheit eintritt. Die Frage, die wir uns zum jetzigen Zeitpunkt stellen sollten, lautet nicht, ob es bereits Knappheit gibt; sondern vielmehr, ob überhaupt Gefahr besteht, dass sie in absehbarer Zukunft eintritt. Ist dies der Fall, sollten wir längst tätig geworden sein. Und wie es scheint, ist Knappheit in der einen oder anderen Form bereits da.



## Uns geht der Planet aus

Im Jahr 2015 veröffentlichte das *Stockholm Resilience Centre* seinen zweiten Bericht zu den »planetaren Grenzen«. Der erste Bericht kam im Jahr 2009 heraus. Zum ersten Mal in der Geschichte führte eine Gruppe von erfahrenen Physikern (unter der Leitung von Johan Rockström) eine umfangreiche Überprüfung durch, wie nahe wir neun »kritischen biophysikalischen Grenzen« bereits gekommen sind. Diese Grenzen zu überschreiten, so stellte das Team fest, würde nicht himmelhohere Umweltveränderungen mit »ernsthaften, potentiell katastrophalen Konsequenzen« für die Gesellschaft bedeuten.<sup>37</sup>

Das waren heilsame Lektionen. Das Team fand bei vier dieser kritischen Grenzen heraus, dass die gegenwärtigen Niveaus der Wirtschaftsaktivität bereits jenseits des »sicheren Handlungsraums« des Planeten liegen. Exzessive Nährstoffbelastung, Rückgang der Artenvielfalt, Ozeanversauerung und Klimawandel stellen bereits heute eine gravierende Bedrohung für die Intaktheit der Ökosysteme dar. Damit drohen sie auch die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft zu untergraben.

Von diesen Bedrohungen ist der Klimawandel wohl die bekannteste. Seit das Thema von dem Klimawissenschaftler James Hansen und anderen in den späten 1980er-Jahren in den Brennpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt wurde, ist der Klimawandel im Lauf der letzten zwanzig Jahre auf der Skala der politischen Agenda unaußersichtbar nach oben gewandert. In der öffentlichen Wahrnehmung hat er durch den einflussreichen Stern-Report noch einmal einen massiven Schub erlebt. Als ehemaliger Ökonom der Weltbank war Nicholas Stern damals gebeten worden, für das britische Finanzministerium die Erstellung eines Berichts zur Ökonomie des Klimawandels zu leiten.

Es spricht Bände, dass man einen vom Finanzministerium der Regierung beauftragten Ökonomen brauchte, um die Welt auf Dinge aufmerksam zu machen, von denen die Klimaforscher – allen voran der Zwischenstaatliche Ausschuss über Klimaveränderung (*Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC*) schon seit vielen Jah-

ren regelmäßig berichten. Darin kann man auch einen Beleg für die Macht der Ökonomen in der Welt der Politik sehen. Die Wirkung des Stern-Reports ist allerdings auch dem verführerischen Charakter seiner Botschaft geschuldet.

Der Bericht kam zu dem Schluss, dass ein kleiner frühzeitiger Verlust beim BIP (vielleicht nicht mehr als ein Prozent) es uns gestatten würde, einen viel größeren Verlust (vielleicht sogar bis zu 20 Prozent des BIP) in späterer Zeit zu vermeiden. Man kann das Problem Klimawandel lösen, so die Zusammenfassung des Stern-Reports, und wir werden den Unterschied kaum merken. Das Wirtschaftswachstum kann mehr oder weniger so weitergehen wie bisher.<sup>38</sup>

Die Vorstellung, man könne den Klimawandel (und vermutlich auch alle anderen ökologischen Herausforderungen) reparieren, ohne das konventionelle Wirtschaftsmodell wesentlich zu ändern, erlangte in den Jahren nach dem Stern-Report eine geradezu perverse Dynamik. Im Jahr 2011 erklärte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Environment Programme UNEP*), Grünes Wachstum (sein Begriff für wirtschaftliches Wachstum mit geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß) könne sogar schneller sein als »Braunes« Wachstum. Der *New Climate Economy Report* mit dem Titel *Better growth, better climate* hatte 2014 für die Politiker eine ähnliche Botschaft parat.<sup>39</sup>

Wir werden später (in Kapitel 5 und 6) Gelegenheit haben, diese Behauptung etwas näher zu betrachten. Wer die Geschichte der Klimapolitik kennt, wird allerdings dem Glauben, das ließe sich alles so einfach machen, eher zurückhaltend gegenüberstehen.

Das im Jahr 1992 unterzeichnete Kyoto-Protokoll verpflichtete die hochentwickeltesten Volkswirtschaften dazu, die jährlichen Treibhausgasemissionen vor dem Jahr 2012 gegenüber dem Niveau von 1990 um fünf Prozent zu reduzieren. Das sollte ein erster Schritt beim Kampf gegen die Gefahren des Klimawandels sein. Die Dinge haben sich dann aber nicht ganz so entwickelt wie im Kyoto-Protokoll vorgesehen. 2015 lagen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um mehr als 60 Prozent höher als im Jahr 1990 und wurden infolge menschlicher Aktivitäten in einem Ausmaß in die Atmosphäre entlassen, »wie es das in den letzten 66 Millionen Jahren noch nie gegeben hat«.<sup>40</sup>



Der im Jahr 2009 erzielte *Copenhagen Accord* stellte ein ehrgeiziges Ziel auf, nämlich die globale Erwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius über dem Niveau der vorindustriellen Durchschnittstemperatur zu beschränken. Sechs Jahre später bewegte sich die globale Durchschnittstemperatur nach wie vor unerbitlich auf diese Zahl zu. 2015 lagen die Temperaturen höher als in irgendeinem Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1850 und die Durchschnittstemperatur betrug erstmals mehr als 1 Grad Celsius über dem vorindustriellen Durchschnitt.<sup>41</sup>

Trotz der Dringlichkeit der Gefahr ist es nicht gelungen, im *Copenhagen Accord* irgendetwas in Richtung Reduktionsziele bei den Emissionen zu vereinbaren; stattdessen hat man es vorgezogen, einzelne Staaten zu ermutigen, in Absichtserklärungen ihre eigenen »nationalen Selbstverpflichtungen« (*intended nationally determined commitments* INDCs) abzugeben. Im Vorfeld zur Klimakonferenz (CoP21) in Paris sechs Jahre später wurde deutlich, dass die Gesamtsumme dieser Selbstverpflichtungen beträchtlich hinter der Erfüllung des in Kopenhagen festgelegten 2-Grad-Ziels zurückblieb.<sup>42</sup>

Nichtsdestotrotz war das Pariser Klimaabkommen erstaunlich schwach, was substanzelle Verpflichtungen betraf. Es wurden keine Emissionsziele gesetzt und es wurde kein klarer Zeitplan festgelegt, um sie zu erreichen. Das heikle Thema der Finanzierung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft wurde kaum berührt. Hätte es nicht die eine außerordentliche Verpflichtung gegeben, könnte man den Eindruck haben, die Welt stünde dem Klimawandel wie gelähmt gegenüber:

Es gab ein erstaunliches Ergebnis des Pariser Abkommens – eine signifikante Stärkung des Ziels von Kopenhagen. Das im Dezember 2015 unterzeichnete Abkommen verpflichtete seine 200 Unterzeichner ausdrücklich, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur »deutlich unter 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter« zu halten und »Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen«.<sup>43</sup>

Dieses Ziel war der Kulminationspunkt eines Vierteljahrhunderts intensiver internationaler Politik sowie einer Reihe von Mam-

mutverhandlungsrunden in Paris, welche sich tagelang am Stück und auch die Nächte durch hinzogen, bis der Vertrag unterzeichnet war. Und doch hat die eigentliche harte Arbeit noch kaum begonnen: Emissionsreduktionen im Einklang mit dem Bestreben zu erreichen, die globale Erwärmung auf weniger als 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Das IPCC hat ausgerechnet, dass die gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen, die seit 1870 in die Atmosphäre entlassen wurden, unter 2.350 Milliarden metrischer Tonnen gehalten werden müssen, will man eine gute Chance (über 50%) haben, dieses strengere Ziel zu erreichen. Bislang wurden mehr als 2.000 Milliarden Tonnen emittiert. Das höchste verfügbare »Kohlenstoffbudget« für die Zeit von heute bis zum Ende des Jahrhunderts beträgt also lediglich 350 Milliarden Tonnen.<sup>44</sup>

Bei der aktuellen Emissionsrate wäre dieses Budget innerhalb von zehn Jahren erschöpft. Danach müssten wir uns zur Erreichung des Ziels auf weitestgehend unspezifische Technologie für negative Emissionen verlassen: Technologien, die der Erdatmosphäre dauerhaft CO<sub>2</sub> entziehen.<sup>45</sup>

Die Botschaft aus all dem ist eine zutiefst unbequeme: Die globalen Durchschnittstemperaturen steigen unerbitlich. Das gefährliche Stadium des Klimawandels ist nur noch Jahrzehnte entfernt. Und wir verbrauchen den »Puffer« zu schnell. Es kann Jahrzehnte dauern, bis wir unsere Energiesysteme umgebaut haben. Und dabei haben wir mit dieser Aufgabe noch gar nicht richtig angefangen.

Wir wissen inzwischen sehr genau, dass der »nicht verbrannte« Kohlenstoff, der in den fossilen Brennstoffreserven eingeschlossen ist, mindestens dreimal so groß ist wie die Kohlenstoffmenge, die wir ohne Risiko verbrennen dürfen. Lange bevor uns Öl, Kohle und Gas ausgehen, müssen wir also damit aufhören, sie aus der Erde zu holen und zu verbrennen, wenn ein gefährlicher Klimawandel abgewendet werden soll. »Noch bevor uns das Öl ausgeht«, meint der Klimawandelaktivist Bill McKibben, »geht uns der Planet aus.«<sup>46</sup>

## Jenseits der Grenzen

Das vorherrschende Wirtschaftsmodell beruht auf einer stetigen exponentiellen Ausdehnung des Umfangs der Wirtschaft. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist die globale Wirtschaft um durchschnittlich etwa 3,65 Prozent pro Jahr expandiert. Sollte sie bis zum Ende des 21. Jahrhunderts in denselben Geschwindigkeit weiter expandieren, wäre sie 200mal größer als im Jahr 1950.<sup>47</sup>

Eine Welt, in der alles so weitergeht wie bisher, kann man sich eigentlich schon gar nicht mehr vorstellen. Wie aber würde erst eine Welt aussehen, in der alle das Einkommen erreichen könnten, das man sich im reichen Westen erwartet? In einer gerechteren und beträchtlich reicheren Welt müsste die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2100 am Ende 30mal größer sein als heute und über 326mal größer als um 1950.<sup>48</sup> Wie in aller Welt sieht so eine Wirtschaft aus? Auf welcher Grundlage arbeitet sie? Bietet sie wirklich eine tragfähige Vision für einen bleibenden Wohlstand für alle?

Diese außerordentliche Steigerung globaler Wirtschaftsaktivität ist ohne historisches Beispiel. Sie steht in vollkommenem Widerspruch zu der endlichen Ressourcenbasis und der fragilen Ökologie, von der unser Überleben abhängt. Und sie geht schon jetzt einher mit einer Verschlechterung von geschätzten 60 Prozent der weltweiten Ökosysteme.<sup>49</sup>

Meistens gehen wir der harten Realität solcher Zahlen aus dem Weg. Von den Finanzkrisen einmal abgesehen wird allgemein angenommen, dass sich Wachstum ewig fortsetzt. Und das nicht nur in den ärmsten Ländern, wo die Lebensqualität zweifellos verbessert werden muss, nein, auch in den reichsten Ländern, wo der Überfluss an materiellen Gütern kaum noch zusätzliches Glück beschert und allmählich die Grundlagen unseres Wohlergehens bedroht.

Die Gründe für diese kollektive Blindheit sind leicht auszumachen (wie wir später noch im Einzelnen sehen werden). Die moderne Wirtschaft ist, wenn sie stabil bleiben will, strukturell auf Wachstum angewiesen. Wenn das Wachstum schwächelt – wie während der Finanzkrise auf dramatische Weise geschehen –, dann gera-

ten Politiker in Panik. Unternehmen kämpfen ums Überleben. Menschen verlieren ihre Arbeit, manchmal auch ihr Zuhause. Es droht eine Rezessionsspirale. Wachstum in Frage zu stellen, gilt als Akt von Wahnsinnigen, Idealisten und Umstürzern.

Und trotzdem müssen wir es hinterfragen. Die Vorstellung einer nicht wachsenden Wirtschaft mag für einen Ökonomen ein Gräueltat sein. Den Ökologen jedoch graut es bei der Vorstellung einer ständig wachsenden Wirtschaft. Rein physisch kann kein Subsystem eines endlichen Systems unendlich wachsen. Die Ökonomen müssen in der Lage sein, die Frage zu beantworten, wie eine ständig wachsende Wirtschaft in ein endliches Ökosystem hineinpassen soll.

Die einzige verfügbare Antwort lautet bisher, dass das Wachstum in Dollars vom Wachstum des Materialverbrauchs und der Umweltfolgen »entkoppelt« werden muss. Wie wir jedoch noch deutlich sehen werden, hat dies bisher noch nicht den nötigen Effekt erzielt. Und es hat nicht den Anschein, als würde sich daran in näherer Zukunft etwas ändern. Allein das Ausmaß der Entkopplung, das nötig wäre, um die hier dargestellten Grenzen einzuhalten (und dann auch dauerhaft innerhalb dieser Grenzen zu bleiben, während die Wirtschaft immer weiterwächst), ist schlicht nicht vorstellbar.

Kurz: Wir haben gar keine andere Wahl, als das Wachstum zu hinterfragen. Der Mythos Wachstum hat uns im Stich gelassen. Er hat versagt gegenüber den drei Milliarden Menschen, die immer noch wenig mehr zum täglichen Leben haben, als ein dünner Milchkaffee aus der Bar nebenan kostet. Er hat gegenüber den empfindlichen Ökosystemen versagt, von denen unser Überleben abhängt. Selbst nach seinen eigenen Regeln ist er bei der Aufgabe, wirtschaftliche Stabilität und gesichertes Auskommen für die Menschen zu gewährleisten, auf spektakuläre Weise gescheitert.

Und so sieht die unbequeme Realität aus: Wir sind konfrontiert mit dem baldigen Ende der Ära des billigen Öls, mit höchst volatilen Rohstoffpreisen, mit einer Verschlechterung von Luft, Wasser und Boden, mit Konflikten über die Nutzung von Land, Ressourcen, Wasser, Wald und Fischereirechten, und obendrein mit der gewaltigen Herausforderung, das Weltklima zu stabilisieren. Und wir müs-

sen diese Aufgaben mit einem Wirtschaftssystem angehen, das von Grund auf kaputt ist und dringend erneuert werden muss.

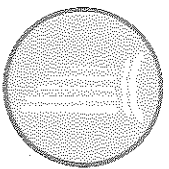
Unter diesen Umständen kann man nicht einfach weitermachen wie bisher. Wohlstand für einige wenige, der auf Umweltzerstörung und anhaltende soziale Ungerechtigkeit gegründet ist, ist kein Fundament für eine zivilisierte Gesellschaft. Wirtschaftliche Stabilität ist wichtig. Es ist dringend notwendig, Arbeitsplätze zu erhalten – und neue zu schaffen. Wir brauchen aber ebenso dringend ein neues Bewusstsein dafür, dass Wohlstand uns allen gemeinsam gehört. Ein stärkeres Engagement für Gerechtigkeit in einer endlichen Welt.

Auf solche Ziele hinzuwirken, mag in unserer modernen Zeit wie eine ungewohnte, ja unpassende Aufgabe für die Politik erscheinen. Die Rolle der Regierungen ist inzwischen ganz eng durch materielle Ziele definiert und durch falsche Vorstellungen von der unbegrenzten Freiheit des Verbrauchers entleert worden. Was Regierungsführung überhaupt bedeutet, muss völlig neu überdacht werden.

Trotz allem bleibt doch die einmalige Gelegenheit, in den Wandel zu investieren – das kurzfristige Denken, das die Gesellschaft über Jahrzehnte besetzt gehalten hat, wegzufegen. Dieses Denken zu ersetzen durch eine wohlüberlegte Politik, die der enormen Herausforderung, bleibenden Wohlstand zu sichern, tatsächlich gewachsen ist. Denn am Ende des Tages ist Wohlstand mehr als materieller Genuss. Er geht über materielle Interessen weit hinaus. Wohlstand ist tief in der Lebensqualität, der Gesundheit und dem Glück der Familien verankert. Er zeigt sich in der Stärke der Beziehungen und im Vertrauen in die Gemeinschaft. Er äußert sich in der Zufriedenheit bei der Arbeit und in dem Bewusstsein, dass wir Werte und Ziele teilen. Er beruht auf der Möglichkeit, voll und ganz am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Wohlstand bedeutet, dass wir fähig sind, uns als menschliche Wesen zu entwickeln und ein gutes Leben zu führen – und dies alles innerhalb der ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten. Die Herausforderung für unsere Gesellschaft besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die dies möglich machen. Das ist die vorrangigste Aufgabe unserer Zeit.





**FORUM FÜR  
VERANTWORTUNG**  
STIFTUNG

Wir danken der Stiftung »Forum für Verantwortung«  
für die großzügige Förderung dieser Publikation.



Verlag ID: 128-5000-1010-1082

CO<sub>2</sub>-Emissionen vermeiden, reduzieren, kompensieren –  
nach diesem Grundsatz handelt der oekom verlag.  
Unvermeidbare Emissionen werden durch Emissions-  
minderungszertifikate mit Goldstandard ausgeglichen.  
Mehr Informationen finden Sie unter: [www.oekom.de](http://www.oekom.de).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe »Degrowth. A vocabulary for a new era«

© 2015; Giacomo D’Alisa, Federico Demaria und Giorgos Kallis  
(Editorische Texte); Autoren (Einzelkapitel/Handbuch-Einträge)

Einführung (»Degrowth«); Nachwort sowie

die Kapitel 11 & 37 stehen unter der CC-Vereinbarung:

Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0),

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Original erstmals veröffentlicht 2015 durch Routledge, Abingdon, Oxon

Deutsche Erstausgabe © 2016 oekom verlag München

Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH

Waltherstraße 29, 80337 München

Übersetzungslektorat: Christoph Hirsch, Laura Kohlrausch, beide oekom verlag

Umsetzungsleitung: Büro Jorge Schmidt, München

Innenlayout und Satz: Reins Satzstudio, Lohmar

Korrektorat: Maike Specht

Druck: GCP Media GmbH, Pöfneck

Dieses Buch wurde auf FSC®-zertifiziertem Recyclingpapier  
(Circleofter Premium White) und auf Papier aus anderen  
kontrollierten Quellen gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten

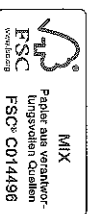
978-3-86581-767-9

Giacomo D’Alisa, Federico Demaria  
und Giorgos Kallis (Hrsg.)

# DE GROWTH

HANDBUCH  
FÜR EINE NEUE ÄRA

Aus dem Englischen von Gabriele Cockerl,  
Gerlinde Schermer-Rauwolf, Sonja Schuhmacher  
und Barbara Steckhan (Kollektiv Druck-Reif)



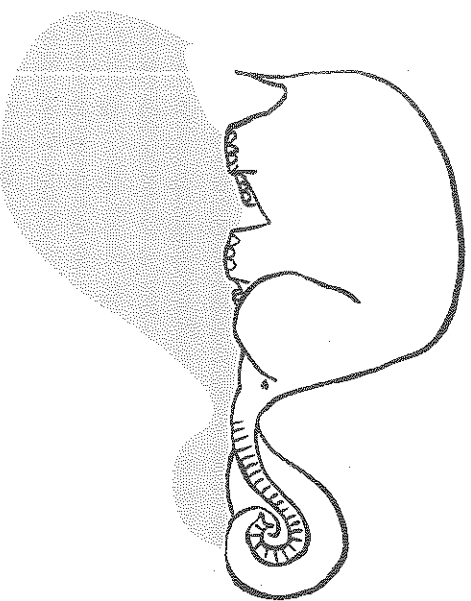
# INHALT

<b>Vorwort zur deutschen Ausgabe</b> . . . . .	8
<i>Niko Paech</i>	
<b>Geleitwort zur englischen Ausgabe</b> . . . . .	13
<i>Giorgos Kallis, Federico Demaria und Giacomo D'Alisa</i>	17
<b>DEGROWTH</b> . . . . .	17
<b>TEIL 1 – GRUNDLAGEN</b>	
<b>1 Antuitilitarismus</b> . . . . .	40
<i>Onofrio Romano</i>	
<b>2 Bioökonomie</b> . . . . .	45
<i>Mauro Bonaiuti</i>	
<b>3 Entwicklung, Kritik der</b> . . . . .	49
<i>Arturo Escobar</i>	
<b>4 Metabolismus, Gesellschaftlicher</b> . . . . .	54
<i>Alejo José G. Sison</i>	
<b>5 Politische Ökologie</b> . . . . .	59
<i>Susan Paulson</i>	
<b>6 Steady-State-Ökonomie</b> . . . . .	64
<i>Joshua Farley</i>	
<b>7 Umweltbewegungen, Strömungen der</b> . . . . .	69
<i>Joan Martínez-Alier</i>	
<b>8 Umwelgerechtigkeit</b> . . . . .	74
<i>Isabelle Anguelovski</i>	
<b>TEIL 2 – DER KERN</b>	
<b>9 Autonomie</b> . . . . .	80
<i>Marco Derru</i>	
<b>10 Bruttoinlandsprodukt</b> . . . . .	85
<i>Dan O'Neill</i>	
<b>11 Commons</b> . . . . .	90
<i>Silke Helfrich und David Bollier</i>	
<b>12 Dekolonialisierung des Vorstellungsrums</b> . . . . .	95
<i>Serge Latouche</i>	
<b>13 Dematerialisierung</b> . . . . .	100
<i>Sylvia Lorek</i>	
<b>14 Demokratie, Direkte</b> . . . . .	104
<i>Christos Zografos</i>	
<b>15 Dépense (Aufwendung)</b> . . . . .	109
<i>Onofrio Romano</i>	
<b>16 Energie, Graue (Emergie)</b> . . . . .	114
<i>Sergio Ulgiati</i>	
<b>17 Entpolitisierung («das Politische»)</b> . . . . .	118
<i>Erik Suyngedouw</i>	
<b>18 Entropie</b> . . . . .	123
<i>Sergio Ulgiati</i>	
<b>19 Fürsorge (Care-Ökonomie)</b> . . . . .	127
<i>Giacomo D'Alisa, Marco Derru und Federico Demaria</i>	
<b>20 Glück</b> . . . . .	132
<i>Filka Sekulova</i>	
<b>21 Grenzen des Wachstums, Soziale</b> . . . . .	137
<i>Giorgos Kallis</i>	
<b>22 Jevons' Paradoxon (Reboundeffekt)</b> . . . . .	142
<i>Blake Alcott</i>	
<b>23 Kapitalismus</b> . . . . .	147
<i>Diego Andreucci und Terrence McDonough</i>	
<b>24 Kommerzialisierung</b> . . . . .	152
<i>Erik Gómez-Baggethun</i>	
<b>25 Konvivialität</b> . . . . .	157
<i>Marco Derru</i>	
<b>26 Minimalismus</b> . . . . .	162
<i>Samuel Alexander</i>	
<b>27 Neomalthusianer</b> . . . . .	166
<i>Joan Martínez-Alier</i>	
<b>28 Pädagogik der Angst</b> . . . . .	171
<i>Serge Latouche</i>	

jenen danken, ohne die dieses Buch nicht hätte erscheinen können. Jacques Grinewald, der seine Kenntnisse zur Geschichte des Degrowth-Gedankens großzügig mit uns geteilt hat. Unser Dank gilt auch unserer Grafikerin Barbara Castro Urío (labarbara.net), die die Illustrationen in diesem Buch gestaltet hat. Für die deutsche Ausgabe danken wir Niko Paech für sein wunderbares Vorwort, den Übersetzerinnen für ihre hervorragende Arbeit, dem oekom Verlag für die Aufnahme der Publikation in sein Verlagsprogramm sowie Corinna Burkhardt, Steffen Lange, Jonathan Rentsch und Andrea Vetter für die fachliche Durchsicht des Textes.

Dieses Buch hat zahlreiche Kapitel und Autoren. Wir sind nicht die Einzigen, die dazu beigetragen haben, aber wir haben eine Menge Arbeit investiert. Wir möchten dieses Werk den Menschen widmen, die uns am meisten bedeuten: Giacomo D'Alisa seiner Frau Stefania und seinen Kindern Claudia Pilar und Nicolas Mayo, seiner Gegenwart und Zukunft; Federico Demaria seiner Partnerin Veronica, seinen Eltern Maria und Mario und seinem Bruder Daniele; Giorgos Kallis seiner Frau Amalia, seinen Eltern Yassili und Maria und seiner Schwester Iris.

Giacomo D'Alisa, Federico Demaria, Giorgos Kallis  
Barcelona, April 2014  
vocabulary.degrowth.org



Der Elefant und die Schnecke (Barbara Castro Urío, labarbara.net 2014)

## DEGROWTH

Giorgos Kallis, Federico Demaria und Giacomo D'Alisa

### Die Drehungen und Wendungen des Begriffs

Der Begriff *décroissance* (französisch für Degrowth) wurde 1972 erstmals von dem französischen Intellektuellen André Gorz verwendet. Gorz stellte dabei eine Frage, die auch im Zentrum der heutigen Degrowth-Debatte steht: »Ist das Gleichgewicht der Erde für das Null-Wachstum – oder sogar *décroissance* – der materiellen Produktion notwendige Bedingung ist, vereinbar mit dem Überleben des kapitalistischen Systems?« (Gorz 1972, S. IV) Andere frankophone Autoren gebrauchten den Begriff dann im Anschluss an den Bericht *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972). Zum Beispiel schrieb der Philosoph André Amar 1973 in einer Ausgabe zu »*Les objecteurs du croissance*« (»Die Wachstumsgegner«) der Zeitschrift *NEF Cahier* über *La croissance et le problème moral* (»Wachstum und moralisches Problem«).<sup>1</sup>

Ein paar Jahre später setzte sich André Gorz in seinem Buch *Ökologie und Politik* explizit für Degrowth ein. Er schrieb:

Nur ein Wirtschaftswissenschaftler, Nicholas Georgescu-Roegen, besaß den gesunden Menschenverstand, darauf hinzuweisen, dass selbst bei Null-Wachstum der forgesetzte Verbrauch knapper Ressourcen unweigerlich zu ihrer völligen Erschöpfung führen wird. Es geht nicht darum, darauf zu verzichten, immer mehr zu konsumieren, sondern darum, immer weniger zu konsumieren – einen anderen Weg, die verfügbaren Reserven für künftige Generationen zu bewahren, gibt es nicht. Das ist ökologischer Realismus ... Radikale, die sich weigern, sich mit der Frage der Gleichheit ohne Wachstum zu beschäftigen, beweisen nur, dass für sie der »Sozialismus« nichts anderes ist als die Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen Mitteln – eine Verlängerung der Werte, des Lebensstils und der sozialen Denkmuster der Mittelschicht ... Heute zeigt sich Realitätsferne nicht mehr darin, für wachsendes Wohlfinden durch Degrowth<sup>2</sup> und den Umsturz des vorherrschenden Lebensstils einzutreten. Realitätsferne besteht in der Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum immer noch zum Wohlergehen der Menschen beitragen kann und dass es überhaupt physikalisch möglich ist.

(Gorz 1977, S. 13)

Goetz war ein Vordenker der politischen Ökologie. Für ihn strahlte Ökologie einen festen Bestandteil eines radikalen politischen Wandels dar. Nicholas Georgescu-Roegen, der Goetz beeinflusste, war der intellektuelle Pionier der Umweltökologie und der Bioökonomie. 1971 erschien sein Opus magnum *The Entropy Law and the Economic Process*. 1979 gaben Jacques Grinevald und Ivo Rens, Professoren an der Universität Genf, unter dem Titel *Demain la décroissance* eine Aufsatzsammlung von Georgescu-Roegen heraus (interessanterweise ohne zu wissen, dass auch Goetz den Begriff verwendete). Grinevald wählte den Titel mit Georgescu-Roegens Einverständnis; *décroissance* war seine Übersetzung für den Begriff *descent* aus Georgescu-Roegens Aufsatz über ein »Minimal Bio-economic Programme« (Grinevald 1974).

Mit dem Ende der Ölkrise und dem Aufkommen des Neoliberalismus in den 1980er und 1990er Jahren schwand das Interesse an den Grenzen des Wachstums und an den Degrowth-Überlegungen; allerdings blühte die Debatte in Frankreich in den 1990er Jahren wieder auf. 1993 setzte sich der in Lyon lebende und sich für Umwelt und Gewaltfreiheit einsetzende Michel Bernard mit Grinevald in Verbindung und bat ihn, für seine Zeitschrift *Silence* einen Artikel über »Georgescu-Roegen: Bioeconomics and Biosphere« zu schreiben. Der Beitrag erwähnte explizit den Degrowth-Begriff. Später, im Juli 2001, brachten Bruno Clémentin und Vincent Cheynet, beide ebenfalls in Lyon ansässig, den Begriff *sustainable degrowth* in Umlauf (Vincent Cheynet war ehemaliger Werbetexter und hatte gemeinsam mit Randall Ghent die Zeitschrift *Casus du pub* gegründet).

Clémentin und Cheynet ließen den Begriff als geistiges Eigentum schützen, um den Zeitpunkt seiner Erfindung festzuhalten, und warnten scherzhaft vor künftigen Missbrauch und Konventionalisierung. Nach Erscheinen einer Sonderausgabe von *Silence* zum Gedenken an Georgescu-Roegen im Jahr 2002 nahm in Frankreich die öffentliche Degrowth-Debatte Fahrt auf. Das von Clémentin und Cheynet herausgegebene Heft verkaufte sich 5000-mal und erlebte zwei weitere Auflagen. Wahrscheinlich war dies der Zeitpunkt, an dem die heutige Degrowth-Bewegung ihren Anfang nahm.

In der ersten Phase der Degrowth-Debatte in den 1970er Jahren lag der Schwerpunkt auf den begrenzten Ressourcen. In der zweiten Phase – die im Jahr 2001 begann – war die treibende Kraft die Kritik an der vorherrschenden Idee der »nachhaltigen Entwicklung«. Für den Wirtschaftsanthropologen Serge Larouche war nachhaltige Entwicklung ein Oxymoron, wie er in seinem Aufsatz »A bas le développement durable! Vive la décroissance conviviale!« darlegte. Im Jahr 2002 fand in den Räumlichkeiten der UNESCO in Paris die Konferenz »Défaire le développement, refaire le monde« mit 800 Teilnehmern statt. Die Konferenz besiegelte ein Bündnis zwischen Umweltaktivisten aus Lyon wie Bernard, Clémentin und Cheynet und der akademischen Ak-

teure des Post-Development, denen Larouche angehörte (siehe *Entwicklung*). 2002 wurde in Lyon das Institut d'études économiques et sociales pour la décroissance soutenable (Institut zur Wirtschafts- und Sozialforschung für nachhaltiges Degrowth) gegründet. Ein Jahr später organisierte das Institut in der Stadt das erste internationale Kolloquium zu dem Thema *sustainable degrowth* mit über 300 Teilnehmern aus Frankreich, der Schweiz und Italien. Zu den Sprechern gehörten Serge Larouche, Mauro Bonaiuti, Paul Aries, Jacques Grinevald, François Schneider und Pierre Rabhi, die später zu den profiliertesten Autoren zum Thema Degrowth werden sollten. Im selben Jahr gaben Bernard, Clémentin und Cheynet das Buch *Objectif décroissance* heraus, das 8000-mal verkauft und ins Italienische, Spanische und Katalanische übersetzt wurde.

Die *Décroissance*-Bewegung erlebte in Lyon Anfang der 2000er Jahre in der Folge von Demonstrationen für autofreie Städte, gemeinsame Mahlzzeiten auf der Straße, Lebensmittelkooperativen und Kampagnen gegen Werbung eine Blütezeit. Von Frankreich ausgehend, wurde *décroissance* ein Slogan, den grüne Aktivistinnen und Globalisierungsgegner 2004 in Italien (als *decriscia*) und 2006 in Katalonien und Spanien (als *decrecimiento* und *decremento*) aufgriffen. Ein größeres Publikum erreichte die Degrowth-Bewegung in Frankreich 2004 durch Konferenzen, direkte Aktionen und Initiativen wie die Zeitschrift *La Décroissance, le journal de la joie de vivre*, die heute eine Monatsaufgabe von 30.000 Exemplaren hat. Im selben Jahr trat der Wissenschaftler und Aktivist François Schneider mit einem Esel eine einjährige Wanderschaft durch Frankreich an, um den Degrowth-Gedanken zu verbreiten, und erregte damit bei den Medien große Aufmerksamkeit. 2007 gründete Schneider gemeinsam mit Denis Bayon in Frankreich das akademische Kollektiv Research & Degrowth, später gesellte sich Fabrice Filipo hinzu und setzte sich für mehrere internationale Konferenzen ein. Die erste wurde 2008 in Paris abgehalten, die zweite 2010 in Barcelona.

Der englische Begriff *degrowth* wurde auf der Pariser Konferenz zum ersten Mal »offiziell« gebraucht, die damit zur Geburtsstunde einer internationalen Forschungsgemeinde wurde. Als sich die Gruppe des Institute of Environmental Science and Technology der Autonomen Universität Barcelona (ICTA) der Bewegung anschloss und die zweite Konferenz ausrichtete, wuchs die Degrowth-Forschungsgemeinschaft über ihre Hochburgen in Frankreich und Italien hinaus. Das ICTA stellte Verbindungen zu Wissenschaftlern aus dem Bereich der ökologischen Ökonomie und zu lateinamerikanischen Netzwerken für Politische Ökologie und Umweltgerechtigkeit her. Nach dem Erfolg der Konferenzen in Paris und Barcelona fanden weitere Konferenzen in Montreal (2011), Venedig (2012) und Leipzig (2014) statt, Budapest wird 2016 folgen. Das Thema Degrowth wurde von Gruppen und Aktivitäten in Plan-



dern, der Schweiz, Finnland, Polen, Griechenland, Deutschland, Portugal, Norwegen, Dänemark, Tschechien, Mexiko, Brasilien, Puerto Rico, Kanada, Bulgarien, Rumänien und anderswo aufgegriffen.

Seit 2008 hat der englische Begriff in wissenschaftliche Zeitschriften Eingang gefunden; zu dem Thema erschienen über 100 Artikel und mindestens sieben Sonderausgaben in wissenschaftlichen Zeitschriften (Kallis et al. 2010; Caraneo et al. 2012; Saeed 2012; Kallis et al. 2012; Sekulova et al. 2013; Whitehead 2013; Kosoy 2013). Der Degrrowth-Gedanke ist Gegenstand der Lehre an Universitäten in aller Welt geworden, darunter auch an prestigeträchtigen Einrichtungen wie *SciencePo* in Paris. Der Begriff wurde von französischen und italienischen Politikern gebraucht und missbraucht; viele namhafte Zeitungen, darunter *Le Monde*, *Le Monde Diplomatique*, *El País*, *The Guardian*, *The Wall Street Journal* und die *Financial Times* brachten Artikel zu dem Thema. Aber was bedeutet Degrrowth eigentlich genau?

## Degrrowth heute

Degrrowth bedeutet zuallererst Wachstumskritik. Degrrowth-Anhänger fordern die Dekolonialisierung der öffentlichen Debatte von der Sprache des Ökonomismus und die Abschaffung des Wirtschaftswachstums als gesellschaftliches Ziel. Darüber hinaus zeigt Degrrowth auch eine erwünschte Richtung auf, eine Richtung, in der Gesellschaften weniger natürliche Ressourcen verbrauchen, sich anders organisieren und anders leben werden als heute. Begriffe wie »Teilen«, »Einfachheit«, »Konvivialität«, »Fürsorge« und »Commons/Allmende« geben wichtige Hinweise darauf, wie diese Gesellschaft aussehen könnte.

In der Regel bringt man Degrrowth mit der Idee in Zusammenhang, dass »kleiner« schön sein kann. UmweltökonomInnen definieren Degrrowth als eine gerechte und notwendige Absenkung von Produktion und Konsum, die den gesellschaftlichen Durchsatz an Energie und Rohmaterial reduziert (Schneider et al. 2010).

Unser Schwerpunkt liegt hier jedoch auf dem *Anders* und nicht nur auf dem *Weniger*. Degrrowth steht für eine Gesellschaft mit einem geringeren Metabolismus oder Stoffwechsel, aber noch wichtiger, für eine Gesellschaft mit einem Metabolismus, der eine *andere* Struktur hat und *neue* Aufgaben erfüllt. Degrrowth verlangt nicht, dasselbe in einem kleineren Rahmen zu tun. Das Ziel ist nicht, den Elfenrösten schlanker zu machen, sondern es geht darum, ihn in eine Schnecke zu verwandeln. In einer Degrrowth-Gesellschaft wird alles anders sein: andere Aktivitäten, andere Energieformen, die anders eingesetzt werden, andere Beziehungen, andere Geschlechterrollen, eine andere Aufteilung der Zeit zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, andere Beziehungen zur nichtmenschlichen Welt.

Degrrowth bietet einen Rahmen, der vielfältige Ideen, Konzepte und Vorschläge verbindet (Demaria et al. 2013). Innerhalb dieses Rahmens gibt es jedoch einige Schwerpunkte (siehe die nachfolgende Abbildung). Das erste ist die Kritik am Wachstum. Das zweite die Kritik am Kapitalismus, einer Gesellschaftsordnung, die Wachstum verlangt und aufrechterhält. Zwei weitere starke Strömungen in der Degrrowth-Literatur sind erstens die Kritik am BIP und zweitens die Kritik an der Kommerzialisierung, also dem Prozess der Umwandlung sozialer Produkte und soziökologischer Dienstleistungen und Beziehungen in Waren mit einem Geldwert. Degrrowth beschränkt sich jedoch nicht auf Kritik. Auf der konstruktiven Seite zentrieren sich die Vorstellungen bezüglich einer Degrrowth-Gesellschaft auf die reproduktive Ökonomie der Fürsorge sowie die Wiedereroberung der alten – und die Schaffung neuer – Commons oder Allmenden. Gemeinschaftliche Fürsorge kommt in neuen Formen des Lebens und Produzierens zum Ausdruck, wie etwa in Ökonomiegemeinschaften und Kooperativen. Durch neue staatliche Institutionen wie Arbeitsumverteilung sowie ein Grund- und Höchstlohnkommen, also Strukturen, die die Last der Lohnarbeit verringern, kann Zeit für ehrenamtliche und fürsorgliche Tätigkeiten freigegeben werden.

Degrrowth ist nicht zu verwechseln mit negativem BIP-Wachstum. Dennoch wird als Folge der im Namen von Degrrowth geforderten Tätigkeiten wahrscheinlich eine Reduzierung des BIP, wie es heute berechnet wird, eintreten. Eine grüne, soziale und gemeinschaftliche Ökonomie wird voraussichtlich das gute Leben ermöglichen, aber wohl kaum das Bruttoinlandsprodukt um zwei bis drei Prozent pro Jahr wachsen lassen. Degrrowth-Befürworter beschäftigen sich damit, wie das unvermeidliche und wünschenswerte Absinken des BIP sozial tragfähig gemacht werden kann, da unter der Herrschaft



Die Stichwörter der englischen Fassung des Degrrowth-Handbuchs (die jeweilige Größe zeigt, wie oft in diesem Buch ein Stichwort in den Einträgen genannt wird).

des Kapitalismus Volkswirtschaften in der Regel entweder wachsen oder zusammenbrechen.

Im Denken der meisten Menschen ist Wachstum (Growth) immer noch mit Fortschritt oder Wohlstand verbunden. Deshalb wehren sich manche fortschrittlichen Intellektuellen gegen die Verwendung des Terminus Wachstumsrücknahme, -abkehr oder Degrowth. Es sei nicht sinnvoll, wenden sie ein, für erwünschte Veränderungen einen »negativen Begriff« zu benutzen. Doch der Gebrauch einer Negation für ein positives Projekt zielt darauf ab, das »Imaginäre« zu kolonialisieren, das in die Einbahnstraße einer nur vom Wachstum beherrschten Zukunft führt. Das Wort »Degrowth« soll gerade diese autornatische Verknüpfung von Wachstum und »besser« aufbrechen. Degrowth-Verfechter müssen die scheinbar unumstößliche Erwartung von Wachstum im gesellschaftlichen Denken hinterfragen, wenn eine Debatte um eine andere Zukunft in Gang gesetzt werden soll (Latouche 2009). »Degrowth« ist also ein gewollt subversiver Begriff.

Natürlich ist es unumgänglich, dass manche Sektoren wie etwa die Bildung, die Gesundheitsversorgung oder erneuerbare Energien in Zukunft blühen, während andere wie schmutzige Industrien oder der Finanzsektor schrumpfen müssen. Insgesamt wird dies zu Degrowth führen. Außerdem ziehen wir es vor, Wörter wie »blühen« statt »wachsen« oder »entwickeln« zu verwenden, wenn wir über die Gesundheitsversorgung oder den Bildungssektor sprechen. Der gewünschte Wandel ist ein qualitativer wie bei der Blüte der Kunst und kein quantitativer wie beim Wachsen der Industrieproduktion.

Das Wort »Entwicklung« ist, selbst wenn es von seiner belastenden historischen Bedeutung befreit werden könnte oder mit Attributen wie ausgeglichen, lokal oder nachhaltig schöngeläufig wird, ein problematischer Begriff, weil er ein vorbestimmtes Ende suggeriert: Ein Embryo »entwickelt« sich zu einem Erwachsenen, der dann altert und stirbt. In modernen liberalen Gesellschaften wird jedoch grundsätzlich geleugnet, dass es ein letztes gemeinsames Ziel gibt, und man tut so, als gäbe es nichts anderes als Aufstieg. Entwicklung wird so zum Selbstzweck: Entwicklung um der Entwicklung willen, darstellbar als unanfechtbarer Richtungspfeil des Fortschritts, ohne dass ein Ende in Sicht wäre (Castoriadis 1985).

Eine häufig vorgebrachte Kritik an Degrowth lautet, dass es nur auf die überentwickeltesten Ökonomien des Globalen Nordens anwendbar sei. Die Wirtschaft in den ärmeren Ländern des Südens müsse erst noch wachsen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen. Tatsächlich wird eine Wachstumsabkehr im Norden ökologischen Raum für Wachstum im Süden schaffen. Die Armut im Süden ist die Folge der Ausbeutung seiner natürlichen und menschlichen Ressourcen zu geringen Kosten durch den Norden. Degrowth im Norden wird die Nachfrage nach und Preise von natürlichen

Ressourcen und Industriegütern senken, was sie für den sich entwickelnden Süden erschwinglicher macht. Doch eine Wachstumsabkehr im Norden sollte nicht darauf abzielen, dem Süden die Möglichkeit zu geben, dem früheren Weg des Nordens zu folgen. Vielmehr geht es in erster Linie darum, den Ländern des Südens Spielraum zu verschaffen, ihren eigenen Weg zu finden hin zu dem, was sie unter einem guten Leben verstehen. In den Ländern des Südens gibt es eine reiche Vielfalt alternativer Weltanschauungen und politischer Projekte wie Buen Vivir in Lateinamerika (oder Sumak Kawsay in Ecuador): Ubinu in Südafrika oder die an Gandhis Philosophie anknüpfende *Economy of Permanence* in Indien. Bei all diesen Konzepten handelt es sich um Alternativen zur Entwicklung, die einem anderen sozioökonomischen Weg folgen. Häufig ist mit ihnen der Ruf nach globaler Umweltgerechtigkeit verbunden. Sie können nur gedeihen, wenn sich die Wachstumsfantasien in den Ländern des Nordens, die sie auch dem Rest der Welt aufdrängen, wenn nicht sogar aufzwingen, zurückziehen.

### Das Degrowth-Panorama

Im Folgenden gliedern wir die (alte und neue) Degrowth-Literatur in fünf Themen: die Grenzen des Wachstums; Degrowth und Autonomie; Degrowth als Replizierung; Degrowth und Kapitalismus; sowie Vorschläge für den Übergang in eine Degrowth-Gesellschaft.

#### Die Grenzen des Wachstums

Die Grundthesen des Degrowth-Denkens sind, dass Wachstum unwirtschaftlich, ungerecht und ökologisch nicht nachhaltig ist und niemals genügt. Und wahrscheinlich wird das Wachstum spätestens dann aufhören, wenn es an äußere und innere Grenzen stößt.

Wachstum ist unwirtschaftlich, weil der Schaden durch negative externe Effekte schneller zunimmt als der Wohlstand – zumindest in den entwickelten Ländern (Daly 1996). Zu den Kosten des Wachstums gehören psychische Erkrankungen, lange Arbeitszeiten, Verkehrsbelastungen und Umweltschmutzung (Mishan 1967). Im BIP werden Kosten wie etwa die für den Bau eines Gefängnisses oder die Reinigung eines Flusses als Positiva ausgewiesen.<sup>3</sup> Folglich mag das BIP vielleicht weiterhin wachsen, doch Wohlstandsfaktoren, wie sie im Genuine Progress Index (Echter Fortschrittsindex) oder im Index of Sustainable Economic Welfare (Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand) genannt werden, stagnieren in den meisten entwickelten Ökonomien seit den 1970er Jahren. Oberhalb eines bestimmten Nationalinkommens erhöht Gleichheit und nicht Wachstum das soziale Wohlergehen (Willkinson und Pickett 2009).

Wachstum ist erstens ungerecht, weil es durch unsichtbare reproduktive Arbeit im Privathaushalt subventioniert und aufrechterhalten wird (siehe Fürsorge). Die Feministische Ökonomie zeigt, dass diese Arbeit genderspezifisch ist und größtenteils von Frauen erledigt wird. Wachstum ist zweitens ungerecht, weil es auf einem ungleichen Ressourcentransfer zwischen den Ländern im Zentrum und denen an der Peripherie sowie Zentrum und Peripherie innerhalb der Länder beruht. Die Energie und die Materialien, die das Wachstum nähren, werden an den Rohstoffgürteln gefördert, und zwar häufig in den Territorien indigener Völker oder in unterentwickelten Regionen, die unter den Folgen des Raubbaus leiden. Abfälle und Schadstoffe werden in marginalisierten Gebieten, Gemeinden oder Stadtvierteln entsorgt, in denen die unteren Schichten der Gesellschaft und Menschen mit einer anderen Hautfarbe oder Ethnie als die Mehrheit der Bevölkerung leben (siehe Umweltgerechtigkeit). Doch obwohl Wachstum unwirtschaftlich und ungerecht ist, kann es gerade deshalb erhalten bleiben, weil die Gewinne denen zufließen, die Macht ausüben, während die Kosten den Marginalisierten zugeschoben werden.

Die Kommerzialisierung als integraler Bestandteil des Wachstums lässt Gemeinschaftsgefühl sowie Sitten und Gebräuche erodieren. Fürsorge (oder »Sorgearbeit«), Gasfreundschaft, Liebe, Bürgerpflichten, Naturschutz, spirituelle Kontemplation – all das gehorchte früher nicht der Logik des persönlichen Profits (siehe Antimilitarismus). Heute aber werden sie in der formellen BIP-Ökonomie zunehmend als Objekte des Markts bewertet und mit Geld bezahlt. Profitmotive verdrängen moralische oder altruistische Verhaltensweisen mit der Folge, dass das soziale Wohlergehen leidet (Hirsch 1976).

Über ein bestimmtes Niveau hinaus steigert Wachstum nicht das Glück, denn sobald die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt sind, wird zusätzliches Einkommen nur für immer mehr Statusgüter ausgegeben (z. B. ein Haus, das größer ist als das des Nachbarn). Relativer, nicht absoluter Wohlstand bestimmt, welchen Zugang man zu Statusgütern hat. Jeder strebt nach Wachstum, um seinen Status zu erhöhen, weil aber alle zusammen aufsteigen, schneidet niemand besser ab. Es ist ein Nullsummenspiel. Schlimmer noch, Wachstum verneuert die Statusgüter. Das sind die sozialen Grenzen des Wachstums: Das Wachstum kann das Ringen um Status niemals beenden, sondern nur schlimmer machen. Wachstum wird daher niemals »genug« für alle herbringen (Skidelsky und Skidelsky 2012).

Zudem ist Wachstum ökologisch nicht nachhaltig. Bei einem anhaltenden globalen Wachstum werden die meisten Ökosysteme der Erde ihre Belastungsgrenzen überschreiten. Es gibt einen engen, direkten Zusammenhang zwischen dem BIP und den Kohlenstoffemissionen, die zum Klimawandel führen (Anderson und Bows 2001). Theoretisch könnte die Wirtschaft durch die Weiterentwicklung sauberer und effizienterer Technologien oder durch eine Um-

strukturierung hin zum Dienstleistungssektor dekarbonisiert werden. Doch bei einem jährlichen weltweiten Wachstum von zwei bis drei Prozent ist der erforderliche Grad der Dekarbonisierung praktisch nicht zu schaffen. Die globale Kohlenstoffintensität (C/\$) müsste bis 2050 um das 20- bis 130-Fache gegenüber heute gesenkt werden, doch zwischen 1980 und 2007 ging sie nur um 23 Prozent zurück (Jackson 2008). Bislang gibt es kaum Länder, die von sich behaupten können, sie hätten bei gleichzeitigem Wachstum ihren Materialverbrauch oder ihre Kohlenstoffemissionen reduziert. Und wenn doch, dann deshalb, weil sie schmutzige Industrien in Entwicklungsländer verlagert haben. Absolute Verminderungen des Energie- und Materialverbrauchs (siehe Dematerialisierung) werden höchstwahrscheinlich nicht durch technischen Fortschritt erreicht: Je größer der technische Fortschritt und die Effizienz einer Wirtschaft ist, desto mehr Ressourcen verschlingt sie, weil diese billiger werden (siehe Jevons' Paradoxon). Dienstleistungsökonomien sind in materieller Hinsicht ebenfalls keine Leichtgewichte. Sie haben einen hohen Anteil an Emergie (graue Energie). Computer oder das Internet benötigen große Mengen Seltener Erden und Energie sowie Wissen und Arbeit, die ebenfalls mit Energie und Material »produziert« wurden (Odum und Odum 2001).

In den entwickelten Volkswirtschaften könnte das Wachstum an ein Ende kommen, und zwar aufgrund abnehmender Grenzerträge (Bonatti 2014): weil die technologischen Neuerungen keine Effizienzsteigerung mehr bewirken können (Gordon 2012) oder weil bei der Schaffung effektiver Nachfrage und Investitionsmöglichkeiten die Grenzen erreicht sind und sich demzufolge kein Kapital mehr durch Zinsseszins akkumulieren kann (Harvey 2010). Natürliche Ressourcen setzen dem Wachstum ebenfalls Grenzen: Wirtschaftswachstum vermindert die Energievorräte hoher Ordnung (niedrige Entropie) und verwandelt sie in Wärme und Emissionen niedriger Ordnung (hohe Entropie).

**Peak Oil.** das Fördermaximum bei den wichtigen Rohstoffgütern, wie etwa Phosphor, sowie der Klimawandel durch Kohlenstoffemissionen schränken bereits jetzt das Wachstum ein, und neue Rohstoffe, die das Öl ersetzen, wie beispielsweise Schiefergas, sind ebenfalls nicht unerschöpflich und, im Fall von Kohle oder Teersand, häufig noch schmutziger, sodass sie den Klimawandel weiter beschleunigen. Erneuerbare Energie durch Sonneneinstrahlung und Wind ist sauberer, aber die Anlagen bringen im Vergleich zu fossilen Brennstoffen mit der gegenwärtigen Technologie weniger Mehrwert an Energie (EROI, Energieertrag im Verhältnis zum Energie-Input). Für den Übergang zu den Erneuerbaren muss sehr viel konventionelle Energie aufgewendet werden. Angesichts des geringen EROI im Vergleich zu fossilen Brennstoffen kann eine Solarkultur nur kleine Ökonomien tragen. Der Übergang zu den Erneuerbaren führt unausweichlich in eine Degrowth-Gesellschaft.

Unter dem Aspekt des Degrowth-Gedankens ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise das Ergebnis systemischer Wachstumsgrenzen. Es handelt sich dabei nicht um eine zyklische Krise oder einen Fehler im Kreditssystem. Erstens wurde die Krise in den USA durch die Erhöhung der Ölpreise ausgelöst; der Binnenhandel litt darunter, und die Beschäftigten konnten sich das Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz nicht mehr leisten. Dies wiederum führte zu Zwangsverkäufen von Eigenheimen und schließlich zur Subprime-Hypothekenkrise. Zweitens wuchs die Scheinwelt der Finanzwirtschaft (Blase) und mit ihr die Zahl der Privatkredite, weil es keine andere Wachstumsquelle und keine andere Möglichkeit gab, einen Nachfragerückgang zu verhindern. Private und öffentliche Schulden stützten eine Wachstumsrate, die sonst nicht hätte erreicht werden können (Kallis et al. 2009). Dadurch wurde die Stagnation zwar hinausgeschoben, aber nur vorübergehend.

### *Degrowth und Autonomie*

Dass das Wachstum Grenzen und irgendwann ein Ende hat, ist nicht unbedingt schlecht. Für viele Degrowth-Anhänger bedeutet die Wachstumsabkehr nicht die Anpassung an unausweichliche Grenzen, vielmehr ist es für sie ein erstrebenswerteres Projekt auf dem Weg zur Autonomie. Autonomie war für Denker wie Illich, Gorz und Castoriadis ein zentraler Begriff, wenngleich ihn jeder von ihnen ein wenig anders interpretierte. Illich (1973) verstand darunter das Freisein von großen, von der Technik beherrschten Infrastrukturen und zentralisierten bürokratischen Institutionen, seien sie öffentlich oder privat, die diese Infrastruktur verwalten. Für Gorz (1982) ist Autonomie das Freisein von Lohnarbeit. Autonom ist die Sphäre nichtbezahlter Arbeit, wo der Einzelne und kollektive Gemeinschaften Mühe haben und für den eigenen Gebrauch und nicht für Geld produzieren. Für Castoriadis (1987) hingegen bedeutet Autonomie die Möglichkeit eines Kollektivs, gemeinsam über seine Zukunft zu entscheiden, frei von äußeren (<sup>9</sup>heteronomen<sup>10</sup>) Imperativen und Gegebenheiten wie etwa vom Gesetz Gottes (Religion): oder den Gesetzen der Wirtschaft (Ökonomie).

Illich-Anhänger unter den Degrowth-Bewegten erheben daher nicht nur wegen Peak Oil oder wegen des Klimawandels Einwände gegen fossile Brennstoffe, sondern auch, weil ein hoher Energieverbrauch komplexe technologische Systeme stützt. Komplexe Systeme verlangen spezialisierte Fachleute und Bürokratien zu ihrer Verwaltung und führen unweigerlich zu nichtregulierten und undemokratischen Strukturen, das heißt zu Hierarchien. Autonomie hingegen erfordert konviviale Mittel, das heißt Mittel, die von den Nutzern verstanden, gelenkt und kontrolliert werden können. Ein urbaner Garten, ein Fahrrad oder ein selbstgebautes Lehmziegelhaus sind konviviale und autonome Produkte. Ein unkrautresistentes Feld mit gentechnisch veränderten

Pflanzen, ein Hochgeschwindigkeitsszug oder ein energieeffizientes »intelligentes Gebäude« sind es nicht. Degrowth-Anhänger kritisieren solche High-tech-projekte ökologischer Modernisierung und des Green Growth nicht nur, weil sie sich am Ende als nicht nachhaltig erweisen könnten, sondern weil sie die Autonomie einschränken. Projekte, die von Degrowth-Visionen zeugen – Bepflanzung leerer Parzellen in Städten oder Fahrradselbsthilfefwerkstätten – sind konvivial, beruhen auf freiwilliger Arbeit und werden von den Beteiligten selbst gesteuert und gestaltet (siehe Nowtopia).

Start die Grenzen des Wachstums zu beklagen, liegt in der Literatur über Autonomie der Schwerpunkt auf der kollektiven Selbstbeschränkung. Grenzen, oder besser Selbstbeschränkung, werden nicht der Natur zuliebe oder zur Vermeidung einer bevorstehenden Katastrophe beschworen, sondern weil ein einfaches Leben und die Minimierung unseres Fußabdrucks in der nicht-menschlichen Welt, in die wir hineingeboren sind, die Grundpfeiler eines guten Lebens sind. Nicht zuletzt befreit uns solche Selbstbeschränkung von der Lähmung durch ein schier unbegrenztes Warenangebot. Und nur Systeme von überschaubarer Größe können wirklich egalitär und demokratisch sein, da nur sie von ihren Nutzern direkt gelenkt werden können. Die Selbstbeschränkung ist deshalb »eine soziale Entscheidung ... und nicht ... ein äußerer Imperativ aus Umwelt- oder anderen Gründen« (Schneider et al. 2010, S. 513). Ökologische oder soziale Schäden und Risiken – Klimawandel, Peak Oil oder unwirtschaftliches Wachstum – untermauern nur die Notwendigkeit kollektiver Selbstbeschränkung.

Es ist kein Zufall, dass sich Degrowth-Vertreter auf die Neomalthusianer und Anarcho-Feministen auf Emma Goldman berufen und nicht auf Malthus selbst. Goldman und ihre Mitstreiter traten für die Geburtenkontrolle nicht wegen einer drohenden Bevölkerungsexplosion ein, sondern im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung des weiblichen Körpers als Gebärmaschine für Soldaten und billige Arbeitskräfte. Zwischen beiden Motiven besteht ein feiner, aber entscheidender Unterschied. Die Neomalthusianer unterschieden sich bewusst für Geburtenkontrolle als Teil eines Projekts sozialer und politischer Veränderung. Sie hatten keine moralischen Motive und praktizierten Empfängnisverhütung weder, weil sie »mussten«, noch, um eine Katastrophe (siehe Katastrophepädagogik) zu verhindern. Ihr Handeln war politisch. Sie stellten sich die Welt vor, die sie schaffen und in der sie leben wollten.

### *Degrowth als Repolitisierung*

Der Begriff Degrowth wurde ausdrücklich als provokantes »Schlagwort« gewählt, um die Umweltbewegung zu repolitisieren und den entpolitisierten Konsens nachhaltiger Entwicklung aufzubrechen (Ariès 2005). Denn der Begriff der nachhaltigen Entwicklung entpolitisiert die eigentlichen politischen

Gegensätze im Sprechen über die Zukunft, in der man leben möchte; er macht aus Umweltproblemen technische Fragen, verspricht Win-win-Lösungen und setzt auf das (nicht erreichbare) Ziel, Entwicklung weiter anzutreiben, ohne die Umwelt zu schädigen. Die durch nachhaltige Entwicklung verheißene ökologische Modernisierung weicht dem größten Dilemma der Gegenwart aus, das nach Bruno Latour (1998) darin besteht, ob »modernisiert oder ökologisiert« werden soll. Die Degrowth-Bewegung ergreift in dieser Frage Partei: Ökologisierung der Gesellschaft, so ihre Vertreter, heißt nicht, eine alternative, bessere oder grünere Entwicklung in Gang zu setzen. Es geht vielmehr darum, Alternativen zur modernen Entwicklung zu entwerfen und umzusetzen.

Entsprechend fördert die Degrowth-Bewegung die Politisierung von Wissenschaft und Technik gegen die zunehmende Technokratisierung der Politik. Eine saubere Trennung zwischen Wissenschaft und Politik ist nicht aufrechtzuerhalten, wenn es um Fragen der globalen Wirtschaft oder den Klimawandel geht, ein Bereich, in dem »Kriege um die Wahrheit« geführt werden und Werte hinter den Erkenntnissen stehen, die verschiedene Akteure ins Feld führen. Neue Modelle der demokratisierten Wissensgewinnung sind notwendig. Die Postnormale Wissenschaft schlägt die Ausweitung der Peer-review-Gemeinschaft vor, um die Qualität des wissenschaftlichen Inputs bei der Entscheidungsfindung zu gewährleisten. Dieser Peer-review-Gemeinde sollen alle angehören, für die etwas auf dem Spiel steht, nicht zuletzt auch Laien. Die Postnormale Wissenschaft fordert dazu auf, Entscheidungen nicht mehr durch »Expertengruppen« wie Wissenschaftsausschüsse und Beratungsgremien fällen zu lassen, sondern von »Expertengemeinschaften« (D'Alisa et al. 2010).

Der apolitische, technokratische Diskurs um nachhaltige Entwicklung ist Ergebnis eines umfassenderen Prozesses der Entpolitisierung der öffentlichen Debatte in liberalen Demokratien mit der Folge, dass Politik auf die Suche nach technischen Lösungen vorformulierter Probleme reduziert wurde und kein echter Streit zwischen alternativen Visionen mehr geführt wird. Die Politische Ökologie schreibt diese Entpolitisierung dem Aufstieg des Neoliberalismus und dem Washington Consensus zu. Durch sie wurden ursprünglich souveräne politische Entscheidungen den Bedürfnissen des unregulierten Kapitals und der liberalisierten Märkte unterworfen. Degrowth-Wissenschaftler stimmen Letzterem zwar zu, datieren die Ursprünge der Entpolitisierung aber auf eine frühere Zeit.

Neoliberaler Reformen werden bis heute im Namen des Wachstums und dieses im Namen der Entwicklung gerechtfertigt. Dieser Konsens in der Frage der Entwicklung, der sich quer durch das gesamte politische Spektrum zieht und sogar jenseits des Eisernen Vorhangs galt, entleerte das Politische bereits vor dem Aufkommen des Neoliberalismus: Sozialistische Volkswirtschaften

waren am Ende nichts anderes als Staatskapitalismus, weil auch sie im Streben nach Wachstum und Entwicklung gefangen blieben.

Ein Kennzeichen der modernen kapitalistischen wie sozialistischen Volkswirtschaften ist die (institutionalisierte) Investition eines beträchtlichen Teils des gesellschaftlichen Überschusses in neue Produktion. Dadurch wird verlagert, was in den früheren Zivilisationen ein Akt politischer Souveränität schlechthin war: die Entscheidung über die Verwendung des Überschusses (siehe *Dépense – Verausgabung*). In früheren Zivilisationen wurde der Überschuss oft für »verschwenderrische« Ausgaben verwendet, die keinem utilitaristischen Zweck dienten (siehe *Antimilitarismus*). Ausgaben für Pyramiden, Kirchen, Feste, Ritualfeuer oder – bei den Ureinwohnern Amerikas – *Pohlanche* (ein Fest von Bewohnern der nordwestlichen Pazifikküste) waren für diese Gesellschaften Ausdruck des »guten Lebens« und wurden nicht getätigt, um zur Produktion oder zum Wachstum beizutragen. In der modernen industriellen Zivilisation werden solche Akte verschwenderrischer Verausgabung kommerzialisiert und individualisiert. In der Moderne muss jeder Einzelne den Sinn des Lebens für sich finden. Dies geschieht unter der Prämisse, jedes Individuum habe das Recht, alle dafür notwendigen Ressourcen zu mobilisieren. Auf die gesellschaftliche Ebene übertragen, wird daraus die nicht verhandelbare Forderung nach Wachstum: Nur durch Wachstum können die Forderungen aller sich nicht einschränkenden Individuen befriedigt werden. Während die Individuen jedoch vergeblich nach Sinn suchen, wird die genuin »politische« Sphäre, wo Sinn durch kollektive Akte der Verausgabung oder *Dépense* gesellschaftlich konstruiert werden könnte, entleert und dem Imperativ des Wachstums untergeordnet.

### *Degrowth und Kapitalismus*

Eric Hobsbawm (2011, S. 12) sagte sehr spät in seinem langen Leben einmal, es gebe »einen offensichtlichen Konflikt zwischen der Notwendigkeit, die Auswirkungen unserer Ökonomie auf die Biosphäre rückgängig zu machen oder zumindest zu begrenzen, und den Imperativen des kapitalistischen Marktes: größtmögliches Wachstum um des Profits willen«. Dieser Aussage liegen zwei Prämissen zugrunde. Die erste wurde bereits weiter oben dargelegt: Wirtschaftswachstum erhöht unvermeidlich den Materialdurchsatz und wirkt sich negativ auf die Biosphäre aus (entgegen der Behauptung von Vertretern des grünen Wachstums oder eines grünen Kapitalismus, dass es möglich sei, zu wachsen und gleichzeitig die Folgen für die Umwelt zu mildern). Die zweite Prämisse lautet, dass Wachstum im Kapitalismus ein Imperativ ist.

*Theoretisch* könnte der Kapitalismus auch ohne Wachstum fortbestehen. Kapitalistische Ökonomien durchlaufen sogar ungewollt Perioden des geringen, des Null- oder negativen Wachstums. Doch diese dürfen nur vorüber-



gehend sein. Im Kapitalismus führt fehlendes Wachstum zu einer erhöhten Ausbeutung der Arbeitskräfte, wenn die Gewinnmarge erhalten bleiben soll (Blauwhof 2012; Harvey 2010). Doch eine Intensivierung der Ausbeutung ist ohne Gewalt und Gegengewalt nicht allzu lange möglich. Mangelndes oder fehlendes Wachstum destabilisiert daher den Kapitalismus und die liberale Demokratie. Historische Beispiele hierfür sind der Aufstieg des Faschismus nach der Weltwirtschaftskrise oder des Kommunismus in Russland davor, bei- des politische Projekte, die den Kapitalismus verändern oder beenden wollten. Wachstum verhindert Konflikte um eine Umverteilung und stützt den Kapitalismus politisch. In diesem konkreten, nicht im abstrakten Sinne ist Wachstum im Kapitalismus ein Imperativ.

Die Geschichte legt nahe, dass eine freiwillige Entscheidung von kapitalistischen Ländern, nicht mehr zu wachsen, höchst unwahrscheinlich ist. Theoretisch aber könnte man sich ein Szenario vorstellen, bei dem politische Kräfte auf demokratischem Weg an die Macht kommen, die Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch sowie soziale Mindeststandards durchsetzen (z. B. eine Beschäftigungsgarantie für Arbeitslose) und damit den kapitalistischen Betrieb sozial und ökologisch in die Schranken weisen (Lawn 2005). Doch damit dies realisiert werden kann, wäre eine radikale Umverteilung der politischen Macht notwendig: Obergrenzen, ein neues Steuersystem oder Einkommens- und Arbeitsplatzgarantien schaden aber den wirtschaftlichen Interessen mächtiger Unternehmen mit privilegiertem Zugang zu Regierungen. Blauwhof (2012) legt dar, dass diese institutionellen Reformen nur durch eine Revolution herbeigeführt werden können. Wäre ein System nach derart dramatischen politischen und institutionellen Veränderungen überhaupt noch kapitalistisch? Jackson (2009) hält einen Kapitalismus unter diesen Bedingungen zwar für möglich, aber er wäre ein völlig anderer; außerdem seien für ihn begriffliche Debatten über die Bezeichnung des Systems in einer blühenden Zukunft ohne Wachstum uninteressant. Skidelsky und Skidelsky (2013) hingegen argumentieren, das Ende des Wachstums stelle uns vor die Aufgabe, »uns auszumalen, wie ein Leben nach dem Kapitalismus aussehen könnte; denn ein Wirtschaftssystem, in dem kein Kapital mehr akkumuliert wird, ist kein Kapitalismus mehr, egal, wie man es nennen möchte«.

Eine Degrowth-Wirtschaft bedeutet natürlich nicht nur die Verminderung des Materialdurchsatzes. Es geht darüber hinaus vor allem um das Denken und den Aufbau einer anderen Gesellschaft – einer Gesellschaft, die erkennt, dass sie genug hat und nicht mehr akkumulieren muss. Der Kapitalismus ist eine Ansammlung von Institutionen wie Privateigentum, Unternehmen und Aktiengesellschaften, Lohnarbeit, Privatkredit und Zinsen, die eine Dynamik von Profit auf der Suche nach mehr Profit (»Akkumulation«) erzeugen. Die Alternativen – Projekte und eine Politik, die die Vorstellung von Degrowth

verkörpern, sind im Wesentlichen nichtkapitalistisch. Durch sie verlieren zentrale kapitalistische Institutionen wie Eigentum, Geld und so weiter an Bedeutung, und an ihre Stelle treten Institutionen, die von anderen Werten und einer anderen Logik geprägt sind. Degrowth ist daher gleichbedeutend mit einem Wandel, der den Kapitalismus hinter sich lässt.

### *Die Wende zu einer Degrowth-Gesellschaft*

Die Wende zur Degrowth-Gesellschaft ist keine kontinuierliche Abwärtsbewegung, sondern ein Wandel hin zu konvivialen Gesellschaften, die ein einfaches, gemeinschaftliches Leben führen und mit weniger auskommen. Es gibt verschiedenste Ideen, wie ein solcher Wandel in der Praxis erleichtert werden kann, welche Institutionen dabei hilfreich wären und welche Prozesse die Bemühungen bündeln und zur Blüte bringen könnten.

### *Die Wirtschaftspraxis der Graswurzelbewegung*

Ökodörfer, Online-Communities (siehe *Digitale Commons*), die Zurück-auf-Land-Bewegung, Kooperative, urbane Gärten, Regionalgeld, Zeitbanken, Tauschbörsen, Kindergärten- und Gesundheitsversorgungsvereine: Vor dem Hintergrund der Krise und angesichts des Versagens der konventionellen Institutionen bei der Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Menschen entstehen in Ländern und Provinzen wie Argentinien, Griechenland oder Katalonien spontan zahlreiche neue nichtkapitalistische Projekte und Institutionen (Conill et al. 2012).

Die Praxis der Graswurzelbewegungen zeichnet sich durch fünf Charakteristika aus: erstens durch den Wechsel von der Produktion für den Handel zur Produktion für den (eigenen) Gebrauch. Zweitens treten an die Stelle der Lohnarbeit freiwillige Aktivitäten, das heißt, es finden eine Entkommerzialisierung und Enprofessionalisierung der Arbeit statt. Drittens folgt die Praxis einer Logik, durch die anstelle der Güterzirkulation zumindest teilweise ein Austausch gegenseitiger »Geschenke« in Gang gesetzt wird, der nicht dem Profit dient (siehe *Antikapitalismus*). Viertens ist diese Praxis im Gegensatz zum kapitalistischen Unternehmen nicht von der Dynamik der Akkumulation und Expansion bestimmt. Fünftens ist sie das Ergebnis von Commonsing, das heißt Vergemeinschaftungsprozessen; Verbindungen und Beziehungen zwischen den Beteiligten haben einen Wert an und für sich. Diese Praxisformen sind nichtkapitalistisch: Sie weisen dem Privateigentum und der Lohnarbeit eine geringe Rolle zu. Es handelt sich um neue *Commons-* oder *Allmendeformen*.

Und auch in einem engeren Sinne sind dies Beispiele für Degrowth. Im Vergleich zu den staatlichen oder marktwirtschaftlichen Systemen verbleiben sie weniger Kohlenstoff und haben einen geringeren materiellen Durchsatz, obwohl

sie dieselben Leistungen erbringen. Sicher, bezogen auf eine Produktreinheit sind sie aufgrund geringerer Spezialisierung und Arbeitsteilung vielleicht weniger effektiv. Ein alternatives Netzwerk für biologische Lebensmittel beispielsweise benötigt womöglich mehr Beschäftigte pro Produktreinheit als ein Agrobusiness-Unternehmen (allerdings auch weniger Düngemittel, Pestizide und fossile Brennstoffe). Doch das ist nicht unbedingt ein Nachteil, wenn man die Arbeitslosigkeit berücksichtigt. Dezentralisierte kooperative Systeme der Wasser- oder Energieproduktion liefern vielleicht weniger Wasser beziehungsweise Energie pro eingesetzter Arbeits- und Ressourceneinheit. Doch sie sind wahrscheinlich genau deshalb ökologisch unschädlicher, weil ihre geringe Produktivität ihre Größe einschränkt (ein umgekehrter Jevons-Effekt): weniger Effizienz pro Einheit, insgesamt kleiner.

Alternative Commoning-Praktiken liefern Anregungen für die Erneuerung öffentlicher Dienstleistungen und können deren Privatisierung abwenden. Kooperative Gesundheits- oder Bildungssysteme müssen nicht unbedingt an die Stelle öffentlicher Gesundheitsversorgung und Bildung treten. Aber deren steigende Kosten können vermindert werden, indem beispielsweise Eltern in die Bildung der Kinder einbezogen oder Nachbarschaftsnetzwerke von Ärzten und Patienten aufgebaut werden, die präventive Gesundheitschecks und eine ärztliche Grundversorgung bieten. Prävention auf der Grundlage einer genauen Kenntnis des Patienten ist weitaus billiger als hochtechnische Diagnosen und Behandlungen (diese können speziellen Fällen vorbehalten bleiben). Die Einbeziehung der Verbraucher ist generell billiger und demokratischer als die teure Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen an private, gewinnorientierte Versorger. Degrowth kann daher zu einer Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen statt zu deren Qualitätsminderung führen.

#### *Sozialsystem ohne Wachstum*

Wenn es kein Wachstum gibt, steigt die Arbeitslosigkeit. Im Übergang zu einer Degrowth-Gesellschaft werden neue Sozialeinrichtungen benötigt, um bezahlte Beschäftigung vom Wachstum beziehungsweise das Wohlergehen von bezahlter Beschäftigung zu entkoppeln. Eine solche Struktur ist die der *Beschäftigungsgarantie*, der zufolge der Staat in letzter Instanz als Arbeitgeber fungieren soll, um die faktische Arbeitslosigkeit auf null zu senken. Ein weiteres Beispiel ist der Vorschlag eines bedingungslosen *Grund Einkommens* für alle Bürger, das durch eine progressive Einkommens- und Gewinnsteuer sowie eine Konsumsteuer finanziert wird (während durch Besteuerung gleichzeitig ein Höchst Einkommen festgelegt wird). Damit würden für alle, die keinen Zugang zu entlohnter Arbeit haben, ein Existenzminimum und soziale Sicherheit gewährleistet. *Arbeitsumverteilung* zwischen den Beschäftigten und Arbeitslosen durch eine Verminderung der Arbeitszeit im bezahlten Sektor kann

ebenfalls die Arbeitslosigkeit senken und zu einer Umverteilung des Wohlstands führen, sofern die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich gekürzt wird.

Die autonome Sphäre freiwilliger, konvivaler Aktivitäten kann sich ausweiten, wenn ein *Grund Einkommen* die Befriedigung elementarer Bedürfnisse gewährleistet oder *Arbeitsumverteilung* dafür sorgt, dass die bezahlte Arbeit weniger Zeit verschlingt. Durch *Beschäftigungsgarantie* können Aktivitäten in der autonomen Sphäre finanziert werden, etwa in den Bereichen *Sorgearbeit* und Bildung, in urbanen Obst- und Gemüsegärten, in *Kooperativen* oder in der Produktion kostenloser Software. Auf diese Weise würden neue soziale Institutionen und die Wirtschaftspraxis von Graswurzelbewegungen einander ergänzen.

*Sorgearbeit*, Bildung, medizinische Dienstleistungen und Programme zur Sanierung von Umweltschäden haben einen hohen sozialen Wert und bieten sinnvolle Beschäftigung; sie können zum Rückgrat einer *neuen Wirtschaftsordnung* werden, die ohne Wachstum blüht. Und weil es sich um eine arbeitsintensive Wirtschaft handeln wird, dürfte Arbeitslosigkeit kaum noch vorkommen.

#### *Geld- und Kreditinstitutionen*

*Alternativwährungen* bzw. *Regionalgeld*, *Zeitbanken* und *lokale Tauschmärkte* können zur Verminderung und Relokalisierung wirtschaftlicher Tätigkeit beitragen und die Zirkulation auf eine Gemeinschaft beschränken. *Alternativwährungen* dienen in Krisenzeiten als Ergänzung zum offiziellen Geldsystem und ermöglichen Menschen, die sonst ganz vom Markt ausgeschlossen wären, Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen. Vom Staat ausgegebenes Geld aber bleibt auch beim Übergang zu einer Degrowth-Gesellschaft der zentrale Ort der Intervention; erstens weil Steuern, ein Großteil der Gesamtzirkulation, in dieser Währung bezahlt werden; und zweitens weil *Alternativwährungen* den Erfordernissen des interkommunalen und internationalen Handels nicht gerecht werden, auf den man in komplexen Ökonomien wie der unseren nicht verzichten kann.

Ein Vorschlag für den Übergang zu einer Degrowth-Ökonomie lautet, dass der Staat den privaten Banken die Kontrolle über die Erzeugung von neuem Geld wieder entzieht (*Bürgergeld*). Privatbanken erzeugen praktisch neues Geld auf dem Markt, indem sie verzinsliche Kredite vergeben. Während Privatbanken nur durch solche *Kreditschulden* Geld erzeugen können, kann der Staat auch zinsfreies Geld zur Verfügung stellen, um öffentliche Bedürfnisse zu befriedigen. Beispielsweise könnte ein Staat Geld zur Finanzierung eines *Grund Einkommens*, für die *Beschäftigungsgarantie* oder zur *Subventionierung von Kooperativen*, für *Fürsorgedienste*, für den *Umweltschutz* oder erneuerbare Energien ausgeben. *Bürgergeld* würde die Lage der öffentlichen

Haushalte verbessern, weil der Staat die Seigniorage (die Differenz zwischen dem Nominalwert des Geldes und den Kosten für seine Produktion) für sich beanspruchen und keine Schulden mehr bei Privatbanken machen würde, um öffentliche Ausgaben zu finanzieren.

Geld, das in Form von Krediten in Umlauf gebracht wird, führt zu einer Wachstumsdynamik. Schulden werden mit Zinsen zurückbezahlt, und Zinsen erfordern Wachstum. Es ist nicht zu erwarten, dass Volkswirtschaften weiterhin in dem Maße wachsen, wie es notwendig wäre, um Schulden zu bezahlen, die angehäuft wurden, um ein fiktives Wachstum aufrechtzuerhalten (Kallis et al. 2009). Schulden sind nichts anderes als soziale Beziehungen. In der Geschichte finden wir etliche Beispiele für Gesellschaften, die einen Schulden-schnitt gemacht und wieder bei null angefangen haben. Westliche Gesellschaften erhalten sich ihren materiellen Wohlstand, indem sie die Rückzahlung von Schulden in die Zukunft verlegen. Ein genereller Schuldenschnitt wird unausweichlich zu einer Absenkung des Lebensstandards kleiner Gläubiger und Spärer führen. Unter dem Degrowth-Aspekt besteht das Ziel nicht darin, das Wachstum wieder anzukurbeln und Schulden zurückzuzahlen, sondern darin, die Kosten eines Schuldenschnitts gerecht zu verteilen. Von Bürgern durchgeführte Schuldenaudits sind von entscheidender Bedeutung, will man bestimmen, ob die Begleichung einer Geldschuld gerechtfertigt ist oder nicht. Es könnte zum Beispiel gerechtfertigt sein, die Schulden derer nachzulassen, deren Existenzminimum bedroht ist, und Schulden an Gläubiger nicht zurückzuzahlen, die mit hohen Gewinnen Geld verleihen.

#### *Politik des Übergangs zur Degrowth-Gesellschaft*

In der Degrowth-Literatur herrscht keine Einigkeit über die Politik und die politischen Strategien, mit denen erreicht werden kann, dass alternative, von Werten des Degrowth-Gedankens geprägte Institutionen die gegenwärtigen Institutionen des Kapitalismus ersetzen. Die bevorzugten Strategien reichen von denen der Nowtopianer, die gegen Lohnarbeit einreten und ein klassenähnliches autonomes Leben führen und autonom produzieren, bis zu den gegenwärtigen sozialen Bewegungen, politischen Parteien und sogar Gewerkschaften. Wenn es einen Konsens in der Degrowth-Gemeinde gibt, dann ist es der, dass ein Wandel nur durch vielfältige Strategien und verschiedenste Akteure zustande kommen kann – durch eine Bewegung der Bewegungen, die die Alltagspraxis und zugleich die staatlichen Institutionen verändern (Demaria et al. 2013).

D'Alisa et al. (2013) unterteilen die Degrowth-Strategien und Akteure in zivilisierte und »unzivilisierte«, wobei unter Letzteren diejenigen verstanden werden, die sich nicht »reglementieren« lassen wollen. Organisierter Ungehorsam gehört zum Repertoire von Degrowth-Aktivist:innen. Das Spektrum des Un-

gehorsams reicht von der Besetzung verlassener Häuser (Hausbesetzungen) bis zu Sit-ins gegen Megaprojekte und Kohlekraftwerke. Hinzufügen könnte man auch die Landbesetzungen durch arbeitslose, landlose oder arme Bauern. Eine Form finanziellen zivilen Ungehorsams praktizierte Enric Duran, ein prominenter Degrowth-Aktivist in Barcelona, der 492.000 Euro »enteignete«, indem er kurz vor der Finanzkrise im Jahr 2008 bei 39 Banken Kredite aufnahm, um das spekulative Kreditssystem anzuprangern, und das Geld alternativen Projekten zur Verfügung stellte.

Larouche (2009) dagegen glaubt, dass sich der Wandel vor allem durch parlamentarische Prozesse und Aktionen an der Basis vollziehen wird. Er fordert von den linken Parteien, Degrowth auf ihre Tagesordnung zu setzen, ist aber gegen eine »Degrowth-Partei« im strengen Sinne. Andere setzen eher auf soziale Bewegungen wie die *Indignados* (Occupy): um das parlamentarische System durch eine direktere Form der Demokratie zu ersetzen, wie sie etwa in den Versammlungen der *Indignados*- und Occupy-Bewegung auf den besetzten Plätzen vorgeführt wird. Wieder andere stellen das transformative Potenzial einer nichtkapitalistischen Wirtschaftspraxis an der Basis in den Mittelpunkt, wie etwa in der Bildung, bei der *Sorgearbeit*, der Nahrungsmittelversorgung, in der Lebensführung und Produktionsweise, die alle als politisch verstanden werden, obwohl sie nicht in der traditionellen Arena stattfinden, die gemeinhin mit Politik verbunden wird: in politischen Parteien, durch Wahlen oder in Parlamenten. Sie sind politisch, weil sie konkretere Alternativen zu den dominierenden Institutionen des Kapitalismus entwickeln, die dann allgemeine Verbreitung finden können. Interessanterweise bringen die Methoden der *Indignados* (Occupy) – Sit-ins, urbane Gärten auf besetzten Grundstücken, Volksküchen, Tauschmärkte – prototypisch die Werte der alternativen Projekte zum Ausdruck.

Eine Hypothese lautet, dass ein systemischer Wandel in Richtung Degrowth derselben Dynamik folgen wird wie die systemischen Veränderungen in der Vergangenheit. Der Kapitalismus ging aus dem Feudalismus hervor, als zunächst Verbindungen zwischen neuen Wirtschaftsinstitutionen (Unternehmen, Aktiengesellschaften, Handelsverträge, Banken, Investitionen) hergestellt wurden und dann zwischen Institutionen, die durch soziale Kämpfe zur Stärkung dieser Neuerungen entstanden (Abschaffung der Monarchien und der feudalen Privilegien, Einhegung der Allmenden, liberale Demokratie, Gesetze zum Schutz des Privateigentums). Die praktische Arbeit von Graswurzelbewegungen, die in diesem Abschnitt erwähnten neuen Wahrungseinrichtungen sowie Institutionen, die das Wohlergehen fördern, könnten die Saat legen für einen grundlegenden Wandel, der aus dem System selbst, aus der jüngsten Krise des Kapitalismus hervorgeht, während die Ära des Wachstums und der Expansion endet.



## Die Zukunft des Degrowth-Gedankens

Die Zukunft der Degrowth-Bewegung ist offen. Weitere Forschung ist notwendig, um die zentralen Thesen zu untermauern, die in der Degrowth-Gemeinde fest verankert sind und gemeinsame Prämissen darstellen, obwohl sie von der Wissenschaft und der Gesellschaft insgesamt noch längst nicht anerkannt werden. Zu diesen Thesen gehören: Eine Dematerialisierung durch technologischen Fortschritt ist nicht möglich, und ein katastrophaler Klimawandel ist unausweichlich, wenn am Wachstum festgehalten wird; die entwickelten Volkswirtschaften werden, zum Teil durch die Knappheit der Ressourcen, in eine Periode systemischer Stagnation eintreten; eine Abkehr vom Wachstum wird die Politik eher wiederbeleben und die Demokratie fördern als zur Zerstörung beider zu animieren. Weitere wissenschaftliche Forschung kann zeigen, wie sich Menschen und Länder fehlendem Wachstum anpassen, warum manche der Graswurzelbewegungen beschrittenen Wege erfolgreich sind, während andere scheitern oder in den Mainstream eingebunden werden, oder wie und unter welchen Bedingungen neue soziale Institutionen die Resultate bringen, die ihre Verfechter prophezeien.

Die politische Frage dreht sich um die soziale Dynamik, die Akteure, die Bündnisse und die Prozesse, die zu einem Wandel in Richtung Degrowth führen werden. Es ist keine rein intellektuelle Frage. Sozialer Wandel ist ein Schöpfungsprozess, dessen Verlauf man nicht voraussagen kann. Allerdings können wissenschaftliche Studien Argumente und Narrative liefern, die die Politik des Übergangs anregen. Die in diesem Beitrag vorgelegten Überlegungen tun das bereits. Wenn jedoch Degrowth ein lebendiges Konzept bleibt und seine Frische nicht verliert, gibt es keinen Grund, warum es bei diesen Narrativen bleiben sollte. Wir können das »Rohmaterial« des Degrowth-Vokabulars nutzen und ständig Vorstellungen und Argumente kreieren, die nicht in die Falle falscher Gegensätze geraten wie »Austerität versus Investitionen«. Das versuchen wir im Nachwort dieses Buchs, in dem wir eine neue These formulieren, die Degrowth im Konzept der *Dépense* verankert.

### ANMERKUNGEN

- 1 In diesem Beitrag haben wir die Originaltitel in französischer Sprache meist belassen, nicht nur aus Gründen des sprachlichen Pluralismus oder der Praktikabilität, sondern auch, weil viele der verwendeten Begriffe auf Französisch schlicht anregender klingen.
- 2 In der ursprünglichen Übertragung des Texts *Ecologie et liberté* (1977) ins Englische (1980) wurde *décroissance* mit dem irreführenden Begriff »Wachstumsumkehr/inversion of growth« übersetzt. Wir verwenden hier stattdessen den Begriff »Degrowth«.

- 3 Wo in diesem Kapitel keine Literaturverweise angegeben sind, werden die jeweiligen Thesen oder Behauptungen durch die entsprechenden Einträge (fett gedruckt) untermauert.

### LITERATUR

- Amar, A. (1973): »La croissance et le problème moral«, *Cahiers de la Nef*, »Les objectifs de croissance«, 52, S. 133.
- Andrioso, K. & Bows, A. (2011): »Beyond dangerous climate change: Emission scenarios for a new world«, *Philosophical Transactions of the Royal Society*, 369, S. 2–44.
- Ariès, P. (2005): *Décroissance ou Barbarie*, Lyon.
- Blaughof, F. B. (2012): »Overcoming Accumulation: Is a Capitalist Steady-State Economy Possible?« *Ecological Economics*, 84, S. 254–261.
- Bornauti, M. (2014): *The Great Transition*, London.
- Castoriadis, C. (1985): »Reflections on Rationality and Development«, *Thesis*, 10/11, S. 18–35.
- Castoriadis, C. (1975): *L'institution imaginaire de la société*, Paris [dt. *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie*, Frankfurt a. M., 1990].
- Caraneo, C. et al. (Hrsg.) (2012): »Degrowth Futures and Democracy«, Sonderausgabe, *Futures*, 44 (6), S. 515–523.
- Conill, J. et al. (2012): *Otra vida es posible: prácticas alternativas durante la crisis*, Barcelona.
- D'Alisa, G. et al. (2010): »Conflict in Campania: Waste Emergency or Crisis of Democracy?«, *Ecological Economics*, 70, S. 239–249.
- D'Alisa, G., Demaria, F. & Caraneo, C. (2013): »Civil and Uncivil Actors for a Degrowth Society«, *Journal of Civil Society*, 9 (2), S. 212–224.
- Daly, H. (1996): *Beyond Growth: The Economics of Sustainable Development*, Boston.
- Demaria, F. et al. (2013): »What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement«, *Environmental Values*, 22 (2), S. 191–215.
- Georgescu-Roegen, N. (1971): *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge.
- Gordon, R. J. (2012): »Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Comes the Six Headwinds«, *The National Bureau of Economic Research Working Paper No. 18315*.
- Gorz, A. (1978): *Écologie et politique*, Paris [dt. *Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise*, Reinbek bei Hamburg 1977].
- Gorz, A. (1980): *Adieux au prolétariat*, Paris [dt. *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt a. M. 1982].
- Gorz, A. (M. Bosquet) (1972): *Nonvel Observateur*, Paris, 397, 19 Juni, Protokoll einer öffentlichen Diskussion, organisiert in Paris durch den *Club du Nonvel Observateur*.
- Grinevald, J. (1974): *Économiste Georges-Roegen: intégrier l'économie dans la problématique énergétique et écologique*, Genf.
- Grinevald, J. & Rens, I. (1979): *Demain la décroissance: entropie-écologie-économie*, Lausanne.
- Harvey, D. (2010): *The Enigma of Capital*, London [dt. *Das Rätsel des Kapitals entscheidend. Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden*, Hamburg 2014].
- Hirsch, F. (1976): *Social Limits to Growth*, Cambridge.
- Hobsbawm, E., *How To Change The World: Tales of Marx and Marxism*, London [dt. *Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus*, München 2012].
- Illich, I. (1973): *Tools for Conviviality*, New York [dt. *Selbstbegrenzung – eine politische Kritik der Technik*, Reinbek b. Hamburg 1977].

- Jackson, T. (2009): *Prosperity without Growth*. London [dt. *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München 2011].
- Kallis, G., Martínez-Alier, J. & Norgaard, R. B. (2009): »Paper Assets, Real Debts: An Ecological-Economic Exploration of the Global Economic Crisis«, *Critical Perspectives on International Business*, 5 (1/2), S. 14–25.
- Kallis, G., Schneider, F. & Martínez-Alier, J. (Hrsg.) (2010): »Growth, Recession or Degrowth for Sustainability and Equity?«, Sonderausgabe, *Journal of Cleaner Production*, 6 (18), S. 511–606.
- Kallis, G., Kerschner, C. & Martínez-Alier, J. (Hrsg.) (2012): »The Economics of Degrowth«, *Ecological Economics*, 84, S. 172–180.
- Kallis, G. et al. (2013): »Friday off: Reducing Working Hours in Europe«, *Sustainability*, 5 (4), S. 1, 545–567.
- Kosoy, N. (Hrsg.) (2013): »Degrowth: The Economic Alternative for the Anthropocene«, Sonderausgabe, *Sustainability*, 5. [www.mdpi.com/journal/sustainability/special\\_issues/degrowth](http://www.mdpi.com/journal/sustainability/special_issues/degrowth) (aufgerufen am 29. 9. 2015).
- Larouche, S., »A bas le développement durable! Vive la décroissance conviviale!«, <http://www.decroissance.org/textes/larouche.htm> (aufgerufen am 18. 9. 2015).
- Larouche, S. (2007): *Petit traité de la décroissance sereine*, Paris [dt. *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*, München 2015].
- Larouche, S. (2011): *Vers une société d'abondance frugale: Contre-sens et contre-sens de la décroissance*, Paris.
- Latour, B. (1998): »To Modernize or to Ecologize? That's the Question«, in: Castree, N. & Williams-Braun, B. (Hrsg.): *Reinventing Reality: Nature at the Millennium*, London.
- Lawn, P. (2005): »Is a democratic-capitalist system compatible with a low-growth or steady-state economy?«, *Socio-economic Review*, 3 (2), S. 209–232.
- Martínez-Alier, J. et al. (2010): »Social Metabolism, Ecological Distribution Conflicts, and Valuation Languages«, *Ecological Economics*, 70 (2): S. 153–158.
- Meadows, D. H., Meadows, D. L. & Randers, J. (1972): *Limits to growth*. New York [dt. *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1972].
- Mishan, E. J. (1967): *The costs of economic growth*, London.
- Odum, H. T. & Odum, E. C. (2001): *A prosperous way down*, Boulder.
- Saed (2012): »Introduction to the Degrowth Symposium«, *Capitalism Nature Socialism* 23 (1), S. 26–29.
- Schneider, F., Kallis, G. & Martínez-Alier, J. (2010): »Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability«, Sonderausgabe, *Journal of Cleaner Production*, 18(6), S. 511–518.
- Sekulova, F. et al. (2013): »Degrowth: From theory to practice«, *Journal of Cleaner Production*, 28, S. 1–6.
- Skidelsky, R. & Skidelsky, E. (2012): *How Much is Enough?* New York [dt. *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*, München 2013].
- Whitehead, M. (2013): »Degrowth or regrowth?«, *Environmental Values*, 22 (2), S. 141–145.
- Willkinson, R. & Pickett, K. (2009): *The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger*, New York, Berlin, London.



Harald Welzer

## **Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt**

Das Sein bestimme das Bewusstsein, hat Karl Marx gesagt, aber das ist nicht einmal die ganze Wahrheit. Inzwischen wissen wir aus so unterschiedlichen Disziplinen wie der Ethnologie, der Entwicklungspsychologie, der Neurobiologie und der Sozialpsychologie, dass sich die äußeren Lebensverhältnisse nicht nur in das übersetzen, was wir denken, sondern schon die Organisation unserer Innenwelten strukturieren. Wir alle haben ein »cultural brain« (Shore 1996), da die Verschaltungsarchitektur eines sich entwickelnden menschlichen Gehirns von den Interaktions- und Verhaltensformen der Kultur abhängt, in der es sich entwickelt. Das reicht so tief, dass Menschen in unterschiedlichen Kulturen unterschiedliche Gedächtnisfunktionen entwickeln (Markowitsch/Welzer 2005), dass als »natürlich« empfundene Wach- und Schlafrythmen sich stark unterscheiden, je nachdem, ob man es mit einer Industrie- oder einer Agrargesellschaft zu tun hat (Gleichmann 1980), oder dass sich neuronale Verschaltungsarchitekturen in kurzer Zeit technikabhängig verändern (Turkle 2012).

Das Sein bestimmt also nicht nur das Bewusstsein, sondern schon die Voraussetzungen des Bewusstseins, weshalb zum Beispiel auch bestimmte Selbstvorstellungen oder Annahmen darüber, was Antriebskräfte und Funktionen des menschlichen

Daseins sind, von den jeweiligen wirtschaftlichen Lebens- und Überlebensverhältnissen geprägt sind. Deshalb verwundert es kaum, dass auch die Idee vom Wachstum nicht nur in der Parawissenschaft der heutigen Mainstream-Ökonomik hingebungsvoll gepflegt wird, sondern sein Korrelat in den Innenwelten moderner Menschen hat.

1. Lebenswelten sind nicht nur durch materielle und institutionelle Infrastrukturen bestimmt, sondern auch durch mentale.<sup>1</sup> Vorstellungen über Freiheit, Mobilität, Glück etc. sind ebenso durch historisch spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsformationen geprägt wie etwa Lebenslaufkonzepte und Biographiemuster. Die Außenwelt übersetzt sich bei Menschen deshalb immer auch in ihre Innenwelt, weil sie über ein plastisches Gehirn verfügen, das Umwelterfahrungen im Verlauf der Ontogenese in die neuronale Verschaltungsarchitektur des sich entwickelnden Gehirns einbaut. Diese in der Biosphäre einzigartige Neuroplastizität sorgt dafür, dass man das menschliche Gehirn als ein biokulturelles Organ (Shore 1996; Markowitsch/Welzer 2005; Hühner 2001; Tomasello 2002) verstehen muss, dessen Entwicklungsbedingungen nicht allein biologische, sondern immer auch kulturelle sind. Diese prominent gewordene neurowissenschaftliche Perspektive hat einen sozialwissenschaftlichen Vorläufer in der Zivilisationstheorie von Norbert Elias, der die Parallelität von Psycho- und Soziogenese anhand der Untersuchung von Zivilisierungsschritten und Persönlichkeitsformationen aufgewiesen hat (Elias 1969). Und schon Marx hatte in der Figur des doppelt freien Lohnarbeiters den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaftsform und Subjektformation dargelegt – wie später dann Max Weber in der »Protestantischen Ethik« oder Georg Simmel in der »Philosophie des Geldes.«

<sup>1</sup> Die folgenden Abschnitte sind überarbeitete Übernahmen aus meinem Essay »Mentale Infrastrukturen«, der 2011 als Broschüre der Heinrich-Böll-Stiftung erschienen ist.

In der gegenwärtigen Wachstumsdebatte fehlen solche Erwägungen und theoretischen Bezugnahmen weitgehend – ebenso wie in den Vorstellungen über eine dritte industrielle Revolution (BMU 2008) bzw. über eine »große Transformation« (WBGU 2011). Wege aus dem Wachstum und Strategien hin zur postcarbonen Gesellschaft werden vorwiegend auf technologischer und ordnungs- sowie anreizpolitischer Ebene gesucht; Lebenswelt und Mentalitäten tauchen als Variablen in den technoïden Szenarien der »Dritten Industriellen Revolution« nicht auf; in den Politikströmen der Gegenwart schon gar nicht. Deshalb scheint ein Blick auf die Genese der mentalen Infrastrukturen in den frühindustrialisierten Ländern überfällig, weil er Hinweise auf die soziologischen und psychologischen Hürden und *locked-in*-Strukturen geben kann, die den Umbau von der Wachstums- zur Postwachstumsgesellschaft so außerordentlich schwierig machen.

2. Es mag für den Zweck des vorliegenden Textes ausreichend sein, in Anlehnung an Sachs (2010), Miegel (2010), Seidl/Zahmt (2010), Jackson (2011), Loske (2011, 2012) und andere darauf hinzuweisen, dass die ökonomische Wachstumsdynamik direkt an das fossile Zeitalter, also an die Industrialisierung gebunden ist: Erst die Nutzung fossiler Energien – Kohle, Erdöl, Erdgas – erlaubte jene ungeheuren Produktivitätssteigerungen, die ein rasantes Wirtschaftswachstum ermöglichten. Während das vormoderne Wirtschaftswachstum auf etwa 0,05 Prozent per Annum taxiert und selber diese geringe Rate vor allem auf das Bevölkerungswachstum zurückgeführt wird, verzeichneten die frühindustrialisierten Gesellschaften jene enormen Wachstumsraten, die auch heute noch für viele Ökonomen und Wirtschaftspolitiker das Idealbild einer funktionierenden Wirtschaft abgeben. Man würde freilich, wie Jürgen Osterhammel in seiner monumentalen Studie zum 19. Jahrhundert gezeigt hat, die »Verwandlung der Welt« zu eindimensional deuten, wenn man sie allein

auf den Einsatz fossiler Energien zurückführen würde: Die Durchschlagskraft dieser Verwandlung speist sich auch aus den interdependenten Entwicklungsprozessen im Handel, im Wissen, in der Technologie und nicht zuletzt in der Nationenbildung; anderfalls wäre die Beschränkung der Industrialisierung auf zunächst England, Deutschland und Nordamerika nicht zur erklären. Promotoren von Wachstumsvorstellungen liegen mithin auch im Markt, in der Wissenschaft, im Kolonialismus und nicht nur in der Energieerzeugung, so dass man von einer soziotechnischen Figuration sprechen kann, in der sich die Welt zu verwandeln beginnt. Und damit auch die Vorstellungen darüber, was Entwicklung, Fortschritt, Wachstum, Bildung etc. eigentlich sind.

Bei alledem ist durchaus erstaunlich, dass das Wachstumskonzept in die ökonomische Theorie erst vergleichsweise spät eingewandert ist. Als Zeitkern wird hier die Zeit der »Great Depression« genannt, vor allem aber die Systemkonkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten und der (sowjet)kommunistischen Hemisphäre, deren Wettbewerb in kommensurablen Wachstumsraten ein probates Maß fand. Den entscheidenden Schub erfährt das Wachstumskonzept aber erst in der Nachkriegszeit, als man in den westeuropäischen Gesellschaften auf stetiges Wirtschaftswachstum setzte, um soziale Ungleichheiten relativ zu reduzieren und eine möglichst breite Teilhabe am wachsenden Wohlstand zu gewährleisten. Zum Wachstumsparadigma in der Wirtschaft trat Wachstum als Staatsaufgabe. Die enge Kopplung der normativen Vorstellung vom sozialen Frieden an das kontinuierliche Wirtschaftswachstum ist wohl am stärksten für die heutige Tiefenprägung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch die Leitvorstellung des unendlichen Wachstums verantwortlich.

3.

Die institutionellen Infrastrukturen regulieren das Wachstum, die materiellen manifestieren es, die mentalen übersetzen es in die lebensweltliche Praxis. Sie statten die Bewohner der Wachs-

tumsgesellschaften mit den dazugehörigen Selbstkonzepten und Biographien aus.

Jede Wachstumsvorstellung setzt grundsätzlich voraus, dass sich ein künftiger Zustand durch irgendein »mehr« gegenüber der Gegenwart auszeichnet. Die Vorstellung vom Wachstum setzt also eine Vorstellung von Zukunft voraus, und das ist eine Kategorie, die – so seltsam das heute erscheinen mag – bis in das 17. Jahrhundert hinein weitgehend inexistent war. Wenn von Zukunft die Rede war, dann im Sinne von *adventum*, der Wiederkehr Christi am Ende der Zeiten, nicht als zu erreichender anderer Zustand im Horizont der irdischen Existenz (Hölscher 2010: 25). Belegen lässt sich diese Zukunftslosigkeit klassischer Kosmologien auch damit, dass die meisten Grammatiken früher gar keine Zeitform »Futur« vorsahen; die heutige Form des Futurs ist eine späte Hilfskonstruktion des ausgehenden Mittelalters (ebd.). Mit anderen Worten: Die Vorstellung einer zukünftigen Extension oder Expansion irgendeines Aspektes des Lebens ist historisch recht jung. Dasselbe gilt für ihr subjektives Korrelat, nämlich die auf einen individuellen Lebenslauf bezogene Zukunft, die Autobiographie.

Biographie und Lebenslauf im heutigen Sinn sind selbst ein Produkt der Moderne: unter gesellschaftlichen Verhältnissen, die von einem statischen Machtgefüge und einer unumstößlich scheinenden Ordnung geprägt sind, ist die Autobiographisierung ebenso wie die Individualität geringer ausgeprägt oder gar nicht vorhanden. Das liegt daran, dass es weniger an den Aspirationen und Leistungen der Einzelnen liegt, wo sie ihren gesellschaftlichen Platz einnehmen; dieser Platz hängt ganz einfach davon ab, in welche Situation und gesellschaftliche Lage sie hineingeboren werden. Von Biographie und Lebenslauf im modernen Sinn kann erst ab jenem Individualisierungsschub die Rede sein, der durch den massenhaften Arbeitskräftebedarf der neu entstehenden Industrien und die damit verbundene Entwertung der Arbeitskraft aus traditionellen Verhältnissen möglich wird.

Während die Einzelnen unter vormodernern Bedingungen fest in ständische, lokale und häusliche Zusammenhänge eingebunden sind und ihre soziale Position nicht oder nur ausnahmsweise durch eigene Anstrengung verändern können (Imhof 1984; Brose/Hildenbrand 1988; Kohli 1988), werden die Menschen parallel zur fortschreitenden Freisetzung aus traditionellen Bindungen zu Verantwortlichen für ihre eigenen Biographien. Diese Verflüssigung der sozialen Positionen betrifft die entstehende Arbeitserschaft, in noch höherem Maße aber Handwerker, Kaufleute, Fabrikanten, und es ist kein Zufall, dass die großen Entwicklungs- und Bildungsromane von Goethes »Wilhelm Meister« bis Moritz' »Anton Reiser« in dieser Formationsperiode entstehen. Die sich entwickelnde Pädagogik entwirft ein Biographiemodell, das von der Vorstellung bestimmt ist, dass die »Anlagen« der Individuen unter bestimmten Bedingungen besser oder schlechter »entwickelt« werden können. Hier tritt nun deutlich der Gedanke ins zeitgenössische Bewusstsein, dass Menschen nicht durch eine göttlich vorgegebene Positionalität fixiert und mit einer unveränderlichen Persönlichkeit ausgestattet sind, sondern sich »bilden«, »entwickeln«, »entfalten« können, michin »etwas aus sich machen«, »wachsen«, »etwas erreichen« müssen. Sprichworte wie das, dass jeder seines Glückes Schmied sei, geben diesem Biographiemodell griffigen Ausdruck; so etwas ist vormodern gar nicht denkbar.

Eine Biographie, die starken Selbstgestaltungserwartungen unterliegt und ein hohes Maß an Zukunftsorientierung voraussetzt, entsteht als mentale Formation also erst im Zuge der Etablierung moderner Gesellschaften, obwohl wir sie heute für »natürlich« halten. Soziologische Theorien, besonders die Zivilisationstheorie von Norbert Elias (1969), können zeigen, wie sich historische Veränderungsprozesse in Modifikationen auf der individuellen Verhaltensweise niederschlagen – wie also Veränderungen im Großen, in der Herrschaftsorganisation, der Ökonomie, der Mobilität, der Kommunikation etc., mit Veränderungen in der Innenwelt des Einzelnen, in seinem Habitus, seiner Subjek-

tivität zusammenhängen. Elias' Theorie geht, in kurzen Worten, davon aus, dass im Zuge der Gesellschaftsentwicklung die Handlungsketten durch Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung von Funktionen immer länger werden, was bedeutet, dass die Interdependenzen zwischen den Menschen sowohl qualitativ als auch quantitativ immer weiter anwachsen. Dies macht eine Voraussetzung auf die wahrscheinlichsten Handlungen der anderen ebenso wichtig wie eine genaue Antizipation des eigenen künftigen Handelns. Es entstehen Biographien im Vorausentwurf, die Vorstellung, dass das gegenwärtige Leben im Modus eines »noch nicht« gelebt wird.

Natürlich ist ein solcher Vorgang dem Einzelnen, der an ihm teilhat, nicht bewusst – Regulierungen dieser Art finden in der Praxis, nicht im Bewusstsein statt, sind aber gerade deshalb desto wirkungsmächtiger. Sie äußern sich langfristig in Habitusveränderungen, die auch einen Umbau der inneren Verfassung, der Psychologie der Menschen im Zuge des Zivilisierungsprozesses anzeigen. Elias' Theorie beschreibt eine fortschreitende Veränderung des Verhältnisses, in dem Selbst- und Fremdzwänge zueinander stehen. Wird etwa unter feudalen Verhältnissen gesellschaftliche Macht durch Androhung und Ausübung direkter Gewalt sichergestellt, zeichnen sich moderne Gesellschaften durch ein beständiges Absinken des direkten Gewaltniveaus aus, also durch ein Schwinden von Fremdzwängen. Im selben Zug wachsen aber die Selbstzwänge an, also die Regulierungen, denen jemand folgt, ohne dass er einer direkten Macht unterworfen wäre. Das kann man zum Beispiel mit der Durchsetzung des industriellen Arbeitstags illustrieren: Während, wie von Edward P. Thompson (1987) klassisch beschrieben, die Arbeiter in der Frühphase der Industrialisierung, mit Gewalt, also mit Knebel und Peitsche, dazu angehalten wurden, ihre zwölf Stunden in der Fabrik zu verbringen, insbesondere montags nicht zur Arbeit erschienen und nicht selten regelrecht dahin geprügelt wurden, wird später der industrielle Arbeitstag in seiner langsam erkämpften Acht-Stunden-Rhythmisierung zur scheinbar natür-

lichen und selbstverständlichen Norm, in deren Synchronakt die Wach-, Schlaf- und Reaktionsrhythmen aller Gesellschaftsmglieder, vom Kleinkind bis zur Rentnerin, eingebunden sind. Heute ist nicht mehr die Verkürzung der Arbeitszeit, sondern der Besitz von Arbeit der selbstverständliche Zweck aller Anstrengung – einem Arbeiter des 19. Jahrhunderts wäre diese libidinöse Dimension der Arbeit ziemlich pervers vorgekommen. Der Blue Monday ist faktisch wie mental eine ferne Vergangenheit: Aus Fremdzwang ist Selbstzwang geworden.

Insgesamt gab es keine Epoche in der Menschheitsgeschichte, die ein vergleichbares Ausmaß an zeitlicher Synchronisierung hervorbrachte wie das 19. Jahrhundert. Am Ende einer Entwicklung, die nicht nur die Zeitrakte des industriellen Arbeitstages, sondern vor allem auch die Vereinheitlichung der international zunächst völlig unterschiedlichen Eisenbahnzeiten und die Ordnung der Welt in unterschiedliche Zeitzonen hervorbrachte, stand ein weltweit einheitliches Zeitregime (Osterhammel 2009: 119), gleichfalls ein historisch junges Phänomen, das eine so erstaunliche Verinnerlichung durchlaufen hat, dass kaum mehr bewusstseinsfähig ist, dass die Moderne so etwas wie »natürliche Zeitrhythmen« gar nicht kennt.<sup>2</sup>

Die gesellschaftliche Bedeutung von Kategorien wie Pünktlichkeit, Selbstdisziplin, Rechenschaft, »gute Arbeit« (Lüttke 2002) etc. zeigt die Entwicklung von Biographien an, deren Träger sich in hohem Maße dessen bewusst sind, dass ihr eigenes Wohlergehen und ihr Erfolg nicht von fremden oder göttlichen Mächten abhängig sind, sondern vor allem von ihnen selbst und ihrer gelingenden Einpassung in sich bewegende Sozialgefüge. Phänomene wie dieses zeigen, dass Soziogenese und Psychogenese zwei Seiten desselben Vorgangs sind. Deshalb ist die Wach-

<sup>2</sup> Man betrachte nur mal niederländische Malerei aus dem 15. und 16. Jahrhundert, um erstaunt festzustellen, dass die dargestellten Personen, etwa in den Brueghelschen Jahreszeitenbildern, zeitlich desynchronisiert sind: immer findet man beispielsweise inmitten der handelnden, schlittschuhlaufenden oder werkenden Personen auch solche, die einfach schlafen.

tumsidee nicht nur in Wirtschaft und Politik verankert, sondern auch im psychischen Aufbau der Menschen, die in den entsprechenden Gesellschaften »aufwachsen«.

#### 4.

Es ist die historische Konstellierung aus früher Industrialisierung, Aufklärung, protestantischer Rechenschaftskultur, Berufsförmigkeit und Kreditwirtschaft, in der jene Mentalitäten und Identitätsformationen sich ausgebildet haben, die unsere Selbst- und Weltwahrnehmung, unsere Deutungsmuster und Lebensziele auch heute in der Tiefe prägen. Die Verinnerlichung dessen, was man sein kann und sollte, ist nun freilich nicht nur eine Befreiung aus den äußeren Zwängen der Positionalität gewesen, sondern sie ging einher mit ganz neuen, zuvor unbekanntem Orientierungsnotwendigkeiten und Lasten: Kategorien wie Selbstverantwortung, Disziplin, Wille werden in dem Augenblick für heranwachsende Individuen bedeutsam, wo man nicht nur »etwas aus sich machen« kann, sondern eben auch muss. Denn wie der Lohnarbeiter frei ist, sich jenseits feudaler Zwänge dort zu verdingen, wo es für ihn am günstigsten ist, so ist er, wie es bei Marx heißt, zugleich frei, »seine Haut zu Markte zu tragen« – also auch den Orientierungs- und Versorgungssicherheiten der unfreien Existenz entbunden. »Der historische Prozess der Individualisierung bedeutet in dieser Perspektive, dass die Person sich nicht mehr über die Zugehörigkeit zu einer sozialen Position bzw. die Mitgliedschaft in einem sozialen Aggregat konstituiert, sondern über ein eigenständiges Lebensprogramm.« (Kohli 1988: 35)

War vormodern der Lebensweg eine weitgehend variationslose Zeitspanne vor dem Tod, nach dem immerhin die tröstliche Perspektive auf ein jenseitiges Glück wartete, ergab sich mit der Freiheit der Gestaltung des eigenen Lebenswegs eben auch der Zwang, »ein Lebenswerk auf Erden« vorweisen zu müssen (Brose/Hildenbrand 1988: 13). Und mit diesem Zwang entsteht ein permanenter Bedarf nach Orientierung und Selbstvergewisse-



nung. Die faktische und gefühlte Notwendigkeit, »in sich selbst soviel Welt als möglich zu ergreifen«, wie Wilhelm von Humboldt formuliert, erzeugt einen wachsenden Druck, ökonomisch auch mit sich selbst und seinem Leben umzugehen. Nimmehr kann auch dies mehr oder weniger erfolgreich »geführt« werden, und solche Lebensführung erfordert Kontrolle, Maß und Beobachtung, kurz: ein hohes Selbstzwangsniveau.

»So viel Welt als möglich« – in dieser emphatischen Formulierung scheint der bürgerlich-kapitalistische Werchhorizont des unendlichen »besser, weiter, mehr« nach innen gewendet auf: Auch das Selbst wird zu einer kontinuierlichen Entwicklungsaufgabe mit festgelegten Stufen und Zielen – der biographische Erfolg wird messbar. Der »ökonomische Mensch«<sup>3</sup> (Joseph Vogl) zeichnet sich, wie wir alle, dadurch aus, dass er in einem genau und immer fester gefügten Universum von Prüfungen, Bilanzierungen und Rechenschaften seine eigenen Entwicklungsfortschritte zu dokumentieren und nach innen wie nach außen zu rechtfertigen hat. Der ökonomische Mensch und seine Selbstbeobachtungsstrategie bildet sich zunächst – wie schon Max Weber in seiner berühmten Studie »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« dargelegt hat – am Typus des bürgerlichen Unternehmers und »Berufsmenschen« heraus, der jede Bewegung in seinen Geschäftsgängen akribisch erfasst und beständig auf der Suche nach Optimierungen seiner Abläufe und Verfahren ist: »Mit den Geschäftsbüchern wird ein geschäftliches Tagebuch geführt, das den Geschäftsverkehr am Leitfaden

<sup>3</sup> Der ökonomische Mensch ist nicht mit der wirtschaftswissenschaftlichen Fiktion des »homo oeconomicus« zu verwechseln, jenem Reaktionsbündel, das auf Reize reagiert, wenn sie ihm einen Vorteil versprechen. Es ist erstaunlich, wie lange sich dieses Menschenbild in der Vorstellungswelt der Ökonomen gehalten hat, obwohl der Behaviorismus in anderen Disziplinen schon vor vielen Jahrzehnten abgedankt hatte. Darin kann man einen weiteren Indikator für die inhaltliche Sklerose der Wirtschaftswissenschaften sehen und hoffen, dass der Vitalisierungsschub, der seit einigen Jahren durch die *behavioral economics* angestoßen wird, nachhaltig sein wird.

aller eintreffenden Begebenheiten kontrolliert und sehr bald als schriftliche Disziplin der kontinuierlichen Selbstüberprüfung fortgesetzt wird – nicht von ungefähr hat man im Rechnungswesen eine der Quellen des modernen Tagebuchführens erkennen wollen. Jeder Tag ist gewissermaßen Bilanz- und Gerichtstag und wird gemustert nach seinem Ertrag.« (Vogl 2009)

Für den Kaufmann bedeutet die Einführung der Buchhaltung, dass er gewissermaßen schlaflos wird, stets unruhig und wachsam, »ein Subjekt der kontinuierlichen Selbstkontrolle und der Jahresabrechnungen, ein Subjekt, das sich damit einen innerweltlichen Lebenslauf verpasst« (ebd. 2009). Keine Zeitinheit darf vergeudet und keine Handlung unergiebig sein, und da der geschäftliche Erfolg identisch mit dem biographischen ist, gelten dieselben protokollierbaren Erfolgsmaße für das Geschäft wie für das Leben. Buchhalten erlaubt eine ständige Beobachtung und Kontrolle der wechselnden Ereignisse, indem sie diese in verschiedenen Registern aufschreibt und nach Gewinn und Verlust sortiert. Aufgezeichnet werden die Ereignisse innerhalb von bestimmten, für alle Ereignisse gleichermaßen gültigen Zeiteinheiten. Das erst bildet die Voraussetzung einer Wachstumsfahrt.

Interessant dabei ist, dass sich mit der Herausbildung solcher »innerweltlicher Askese« zugunsten der Kontrolle und Werthaltigkeit jeder Lebenseinheit zugleich der Stellenwert der Produkte wie auch die Qualität der für ihre Herstellung erforderlichen Arbeit verändert: Dem vorindustriellen Handwerker wie dem Künstler ging es ebenso wie ihrem Auftraggeber um die Erstellung eines spezifischen Gegenstands oder Werkes. Die Arbeit war mit der Fertigstellung beendet und wurde auch exakt dafür entgolten – fand also ihren Zweck im finalen Produkt, das vom Auftraggeber konsumiert wurde wie der Lohn vom Auftragnehmer. In der industriellen Produktion geht es dagegen keineswegs mehr um die Herstellung des einzelnen Produkts als eines Zweckes an sich und um die Arbeit als Mittel zur Erreichung dieses Zwecks, sondern um ein System, in dem unablässig

gearbeitet wird, um eine prinzipiell unendliche Reihe von Produkten zur Gewinnung von Mehrwert zu generieren – also von investivem Kapital, das sofort wieder in die Verbesserung der Produktion oder Erweiterung der Produktpalette gesteckt wird, um den Unendlichkeitshorizont noch weiter hinauszuschieben. Nichts ist jemals fertig, die Arbeit hört niemals auf.

In diesem Modell liegt nicht nur eine Verkehrung der Mittel und Zwecke – Arbeit und Geld werden zum Zweck, die Produkte und ihre Herstellung bloße Mittel –, sondern auch die prinzipielle »Unabschließbarkeit des Tuns« und eine grundsätzliche »Vergeblichkeit von Produktion« (Vogl 2008: 336). Hier liegt, wie man sieht, nicht nur die Wurzel der Vorstellung vom grenzenlosen Wachstum, das zur Ausstattung des grenzenlosen Universums der konsumierbaren Dinge nötig ist, sondern auch der Ugrund für die Mentalität eines niemals fertigen, eines immer wachsenden Menschen.

## 5.

Parallel zu dieser Entwicklung der Unabschließbarkeit des Tuns und zum niemals abgeschlossenen Wachstum vollziehen sich Veränderungen der Zeitwahrnehmung: nicht nur die bereits erwähnte der industriellen Arbeitszeit, sondern auch eine ungeheure Beschleunigung der Bewegung im Raum, wie sie mit dampf- und später benzingetriebenen Fortbewegungsmitteln im 19. Jahrhundert einsetzt – die Industrialisierung von Raum und Zeit, wie Wolfgang Schivelbusch das in seiner »Geschichte der Eisenbahnreise« (1977) genannt hat. Diese Industrialisierung der Zeit- und Raumwahrnehmungen hat zu einer sich beständig steigenden Form von Mobilität geführt, in der Minutengewinne auf Strecken von Hunderten von Kilometern gigantische Investitionen wert scheinen. Die damit gewonnene Vorstellung an »Zeitgewinn« korrespondiert mit dem häufig übersehenen Aspekt, dass die Moderne auch noch einen anderen eklatanten Gewinn an Zeit verzeichnet: nämlich die gestiegene Lebenserwartung. Lag die durchschnittliche Lebenserwartung der Weltbevölkerung um

1800 bei 30 Jahren, betrug sie im Jahr 2000 bereits 67 Jahre, mit deutlichen Ausschlägen nach oben in den Industriegesellschaften (Osterhammel 2009: 258).

Zugleich unterstützt der nicht nur wohlfahrtsrational, sondern auch medizinisch immer weiter hinausgeschobene Horizont der Lebenszeit die Vorstellung, auch diese bestehe in einem Prozess beständigen Anwachsens. Und noch etwas: Der ökonomische Mensch, der über einen individuellen Lebenslauf verfügt und seiner Lebenszeit das Maximale abgewinnen muss, sieht sich nicht mehr in einen übertemporalen Generationszusammenhang eingebunden, in dem die eigene Lebenszeit nur eine Episode in aufeinander folgenden und aneinander gebundenen Leben ist, sondern eben nur auf das eigene Leben und dessen zeitlichen Horizont verwiesen (Ullrich 2006: 26). Auch darum gilt es, möglichst viel aus der verfügbaren Lebenszeit zu machen, möglichst viel Zeit zu sparen, zu nutzen, zu akkumulieren.

Interessanterweise hat nicht nur die Überwindung zeitlicher und räumlicher Begrenztheiten ihr mentales Korrelat, sondern mehr noch die Kategorie der Energie, wie sie im 19. Jahrhundert – eben insbesondere mit der Nutzung fossiler Rohstoffe – prominent wird: Der Wechsel des Energieregimes in den frühindustrialisierten Ländern von Biomasse auf Kohle und Öl prägte nicht nur eine tiefe Unterschiedlichkeit zwischen den westlichen und allen übrigen Ländern der Erde aus (Osterhammel 2009: 936), sondern führte auch zu einer systematischen Aufwertung der Kategorie des »Energetischen«, wie sie in anderen Weltteilen nicht anzutreffen war: »Der energiereiche und sich selbst als »energisches« entwerfende Westen trat der übrigen Welt auch so entgegen. Die Kulturheroen der Epoche waren nicht kontemplative Müßiggänger, religiöse Asketen oder stille Gelehrte, sondern Praktiker einer energiegeladenen *vita activa*: nimmermüde Eroberer, unerschrockene Reisende, ruhelose Forscher, imperialistische Wirtschaftskapitäne. Überall, wo sie hinkamen, beeindruckten, erschreckten oder blühten okzidentale Kraftnaturen mit ihrer persönlichen Dynamik, in der sich der Energieüber-

schluss ihrer Heimatgesellschaften widerspiegeln sollte.« (Osterhammel 2009: 937) Ein besonders bemerkenswerter Zug dieses Sozialtypus ist die mit der Energiekultur verknüpfte Überlegenheitsvorstellung des westlichen (weißen) Menschen, denn die zeitlich parallel aufkommende Rassenlehre ordnete die »Rassen« ja keineswegs nur nach körperlichen Merkmalen, sondern auch nach ihrer vermeintlichen Leistungsfähigkeit und Energie.

Auch die entstehende Psychologie ist durchsetzt mit den Energiebegriffen des Industriezeitalters: Fast vergessen ist heute, dass eine historische Leistung der Psychologie des 19. Jahrhunderts darin lag, dass Nervenaktivität gemessen werden konnte, weil man entdeckte, dass sie auf *elektrischer Energie* beruht; Helmholtz konnte nachweisen, dass ihre Leitung eine bestimmte Zeit erforderte. Die frühe experimentelle Psychologie beschäftigte sich mit der Messung von Reizintensitäten und dafür aufwendeter Energie; die aufkommende Psychophysik erwarb sich große Verdienste bei der optimalen Anpassung des Bedienpersonals an die Anforderungen technischer Apparaturen. Aber es wäre völlig verkehrt, die energetische Vorstellung vom Mentalen allein auf der naturwissenschaftlichen Seite der Psychologie zu verorten. Das komplette Werk Sigmund Freuds etwa ist durchzogen von den Metaphern des Industriezeitalters aus der Mechanik, Hydraulik und Energetik: Der Begriff der (freien und gebundenen) »Energie« spielt in der Psychoanalyse eine genauso große Rolle wie der »Trieb« und seine »Dynamik«; andere prominente Begriffe sind die »Verdrängung«, die »Stauung«, die »Verdichtung«, übrigens auch die »Ökonomie« des Seelenlebens. Noch im berühmten »Vokabular der Psychoanalyse« (Laplanche/Pontalis 1973) heißt es ganz ingenieurhaft, »dass die psychischen Vorgänge im Umlauf und in der Verteilung einer messbaren Energie (Triebenergie) bestehen, die erhöht oder verringert werden und anderen Energien äquivalent sein kann« (ebd.: 357).

Die damit verbundenen Subjektvorstellungen prägen ein Bildungskonzept, das nicht nur davon ausgeht, dass menschliche Subjekte sich *entwickeln* – also in physiologischer und psycho-

logischer Hinsicht wachsen –, sondern in vielfältiger Weise in dieser Entwicklung gefördert bzw. gestört werden können. Die Erfindung der Schule als Erziehungs- und Bildungsinstitution für *alle* Mitglieder einer Gesellschaft ist ebenfalls an die Entwicklung der frühindustrialisierten Länder gebunden, wobei neben der Vermittlung von Wissen vor allem ihre erzieherische und disziplinierende Funktion im Vordergrund stand. Im schulischen Regime wurden jene Tugenden eingeübt, die – wie Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Sorgfalt, Ordnung etc. – einen Sozialcharakter prägten, der innerhalb der Synchronisierungserfordernisse hoch arbeitsteiliger Gesellschaft funktionstüchtig ist. Ein nicht gering zu veranschlagender Effekt der Verschulung der frühindustrialisierten Länder ist auch die Einübung von Konkurrenz und Wettbewerb sowie die Messung der individuellen Leistungen über Notensysteme. Dieser Prozess der Verschulung hält noch heute an: Nicht nur, dass die Einschulungsquoten und Alphabetisierungsraten als zentrale Kennzeichen von »Entwicklung« gelten (Osterhammel 2009: 1131), auch die Durchstrukturierung aller Aspekte von Lernen und Bildung durch messbare Leistungskriterien hält, seit »Bologna« und »G8« mehr denn je, unvermindert an.

## 6.

Ganz unabhängig davon, was die ausschlaggebenden Faktoren bei der Genese der beschriebenen prinzipiellen Grenzenlosigkeit von Selbst, Arbeit, Produktion und Ressourcennutzung waren – »die industrielle Revolution, der Einsatz von Dampfmaschinen, die Organisierung der Arbeitsteilung, eine Industrie-Pädagogik, physiologische Modelle« (Vogl 2008: 336), die Individualisierung und Biographisierung, die Übertragung biologischer und evolutionärer Prinzipien in den Bereich der Ökonomie sowie das protestantische Modell der innerweltlichen Askese und Rechenhaft –, ihr Ergebnis jedenfalls ist die erstaufländige Verwandlung von Substantiellem in bloße Durchlaufzustände: Jeder Herstellungsvorgang ist nur der Vorläufer des nächsten, jedes

Produkt der Vorgänger des folgenden, jeder Arbeitsgang nur der vorläufige Akt in einer unendlichen Kette von Wiederholungen. Kein Zweck wird je erreicht, aber das Geld ist unendlich vermehrbar und die Produktivität grenzenlos zu steigern: »Produktiv diesem neuen Verständnis nach ist ein Reichtum, der die Bedürfnisse aller übersteigt und produktiv ist eine Arbeit, die nicht mit der Stillung eines Bedürfnisses endet.« (Ibid.: 338) Und genau in dieser Gestalt geht Arbeit in die nationalökonomische Theoriebildung ein: als eine in sich unbegrenzte endlose Tätigkeit, die kein spezifisches, abgegrenztes, im Produkt aufgehobenes Ziel hat, sondern der unablässigen Schöpfung von Wert dient – mithin der nie endenden Produktion von »Wachstum«. Diesen Vorgang hat Marx mit dem Verschwinden der konkreten Arbeit im Tauschwert bezeichnet. So wie die Arbeit damit unaufröhrlich wird, so wird jeder Augenblick im Leben, jede Stufe im Lebenslauf, jeder Euro auf dem Konto lediglich zur Vorstufe jedes nächsten Abschnitts, jedes weiteren Euros. Und das Selbst ist in jeder Biographie immer nur Vorstufe eines Selbst, das noch Weiteres zu erreichen hat.

Diese Form der Güterproduktion und Mehrwertzeugung erzeugt eine permanente Selbsttranszendenz in Wirtschaft und Persönlichkeit: Beide sind prinzipiell auf Selbstüberschreitung, Unabschließbarkeit, also Unendlichkeit gestellt und damit systematisch auf pausenloses Wachstum. Eine stationäre Wirtschaft ist das exakte Gegenteil davon, daher gänzlich undenkbar – sie wird sofort mit Stillstand in der Wohlstands- wie in der Persönlichkeitsentwicklung assoziiert. Der Affekt, der immer dann auftritt, wenn man in den einschlägigen Debatten vorschlägt, man könne einfach mal aufhören zu wachsen, spricht Bände über die Rolle, die das Wachstum in den emotionalen Haushalten eingenommen hat.

Das sich selbst überschreitende Wachstum spiegelt sich in jedem einzelnen modernen Lebenslauf: Das Prinzip der Unendlichkeit herrscht nicht nur draußen, sondern eben auch in einem selbst. Schon Hegel hatte den skizzierten Typ von Arbeit als

beständig aufgeschobenes Genießen und gehemmte Begierde (vgl. Vogl 2008: 339) charakterisiert und Max Weber den zugehörigen Sozialcharakter als »Fachmenschen ohne Geist, Genussmenschen ohne Herz« bezeichnet und bitter resümiert: »dies Nichts bildet sich ein, eine nie vorher erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben« (Weber 2006: 201).

Der »Berufsmensch« tritt mit dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell erstmals auf den Plan, und mit ihm die Kategorie des unendlichen Wachstums, in der Außenwelt wie in der Innenwelt. Die Formierung dieses Sozialcharakters startet vor 200 Jahren, seitdem erfährt er eine beständige Fortentwicklung. Die mentale Infrastruktur des sich immer nur als Vorstufe des nächsten Entwicklungsschritts begreifenden Subjekts lässt sich in den Figuren des »lebenslangen Lernens«, des »produktiven Alterns« ebenso wiederfinden wie in den esoterischen Selbstfindungssuchen nach dem »wahren Ich«, dem »positiven Leben«, die systematisch genauso wenig jemals an ein Ende kommen können wie die Selbstausbeutungsfetischismen der Laptopmänner und Kosütmfrauen, die alle Züge, Flugzeuge und Wartelounges dieser Welt bevölkern: Alle werden niemals fertig.

## 7.

Das Projekt der säkularen Moderne besteht in der Überwindung von Endlichkeiten, das Prinzip der Wachstumswirtschaft basiert entsprechend auf der Vorstellung, dass Ressourcen unendlich verfügbar sind. Diese Vorstellung speiste sich einerseits aus der beeindruckenden Steigerung der Produktivität durch die Nutzung fossiler Energien, die dramatische Wachstumsmöglichkeiten an Mehrwert, Gütermengen und Wohlstand erlaubte. Andererseits schien ein kompletter Planet für die Bedürfnisse eines kleinen Teils seiner Bewohner verfügbar. Kein Mensch in der westlichen Hemisphäre konnte sich ernsthaft vorstellen, dass diese riesige Erde nicht genug Rohmaterial für die Veredelungstechniken eines kleinen Teils der Menschheit und nicht genug Deponien für ihren Abfall vorhalten könnte.

Die Sache wurde etwas brisanter, als man in den 1960er Jahren zu bemerken begann, dass selbst in dieser Größenrelation Umweltschäden anzurichten waren, die hinsichtlich ihrer Langfristwirkungen gar nicht so leicht zu korrigieren waren – da befand sich die frühindustrialisierte Welt schon in der steilen Kurve der Exponentialfunktion des allumfassenden Wachstums. Die erwachende Umweltbewegung in den Industrienationen ab den 1960er Jahren richtete sich zunächst gegen die unabsehbaren Folgen der chemischen Verschmutzung von Flüssen und Böden einerseits und die sichtbare Zerstörung von scheinbar unberührter Natur andererseits. Das Konkurrenzsystem, der stalinistische Ostblock, war in seinem Umgang mit den Naturressourcen noch weniger skrupulös als der Westen, zumal es dort nicht einmal das Moment der öffentlichen Kontrolle gab und man von vielen wirklich radikalen Zerstörungen allenfalls gerücheltweise hörte (vgl. Radkau 2011: 130).<sup>4</sup>

Gerade die Systemkonkurrenz war aber ein Wachstumstreiber *par excellence*, mussten sich die beiden Systeme doch gegenseitig in ihren Leistungen übertreffen, um ihre historische Überlegenheit unter Beweis zu stellen. Gemessen an der Unendlichkeit der ansonsten noch verfügbaren Welt schienen die industrielle Zerstörungswut gleichwohl keine irreversiblen Schäden anrichten zu können. Ein Gefühl dafür entstand erst durch Bilder vom »blauen Planeten«, wie sie von Raumschiffen aus geschossen wurden. Sie zeigten die unaufhebbare Begrenztheit des Lebensraums Erde an, ein verletzlicher Planet in der Weite des Raumes.

Aber die Ästhetik der Verletzlichkeit erwies sich als schwacher Gegner des konsumistischen Freiheitsbegriffs: Als der Ostblock zusammengebrochen war, startete die Globalisierung in Form der Universalisierung der kapitalistischen Wachstumswirtschaft richtig durch – und bis heute bringt sie eine so heillose Übernutzung der verfügbaren Überlebensressourcen mit sich,

<sup>4</sup> Die DDR hatte seit 1971 ein Umweltministerium, aber es ist bis heute ziemlich unklar geblieben, was dort eigentlich gemacht wurde.

dass absehbar ist, dass sie in zwei, drei Jahrzehnten ihre eigenen Funktionsvoraussetzungen zerstört haben wird.

Eine solche Wirtschaft ist zutiefst unökonomisch, denn um sich am Leben zu erhalten, verbraucht sie immer mehr Material für die Herstellung von immer mehr und immer aufwendigeren Gütern für immer mehr Menschen mit immer mehr Ansprüchen. Um das absehbare Ende dieses Prozesses ignorieren zu können, muss man, einem bekannten Aperçu zufolge, entweder verrückt oder Ökonom sein. Aber wahrscheinlich ist exakt damit das Problem beschrieben: Heute sind ja nicht mehr nur Hans-Werner Sinn und seine kongenialen Kollegen aus den Wirtschaftswissenschaften souveräne Verächter der Realität, sondern so ziemlich alle Bewohnerinnen und Bewohner der konsumistisch eingeregten Welt. Nur Verrückte können ja glauben, dass es in einer physikalisch begrenzten Entität von allem immer mehr geben könnte.

Aber die Geschichte lehrt, dass Wahrheit eine Funktion sozialer Übereinstimmung ist und Menschen auch noch die absurdesten Dinge glauben, vorausgesetzt, dass alle sie glauben. Robert Solow, Nobelpreisträger für Wirtschaft 1974, verrät allen Ernstes die Theorie, dass die Menschheit ohne natürliche Ressourcen auskommen könne. Sein volkswirtschaftlicher Kollege Julian Simon teilte 1984 mit, dass man von weiteren sieben Milliarden Jahren Wirtschaftswachstum ausgehen könne (McNeill 2004: 355). William Thomas hat zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts ein berühmtes Diktum formuliert: Wenn Menschen etwas für wirklich halten, dann ist es in seinen Folgen wirklich. Eine Überzeugung kann also völlig haltlos oder phantastisch sein – wenn man auf der Grundlage dieser Überzeugung handelt, schafft diese Handlung gleichwohl Wirklichkeit. *Quod erat demonstrandum*: Bis heute ignorieren die meisten ökonomischen Theorien sowohl die Limitierungen als auch die Eigenlogik der Naturverhältnisse. Sie kommen in ihrer Welt lediglich als Rohstofflager vor.

Die Folge des zeitgenössischen Aberglaubens, unbegrenztes

Wachstum sei möglich, weil es nötig ist, damit die Wirtschaft floriert, lässt sich im Bild des Earth-Overhoot-Day veranschaulichen. Diesem liegt die Überlegung zugrunde, dass man dann nachhaltig wirtschaftet, wenn man den Ressourcenverbrauch pro Jahr so einteilt, dass die rechnerisch verfügbare Menge nach 365 Tagen verbraucht ist, man am 1. Januar des Folgejahres also wieder dieselbe Menge zur Verfügung hat: die Formel ist

$$\text{Biokapazität/Ökologischer Fußabdruck} \times 365 \\ = \text{Overhoot Day.}$$

Seit so gemessen wird, fällt der Tag, an dem die Ressourcen verbraucht sind, immer früher ins Jahr: 2011 war es der 27. September, 2012 ist es der 21. August. Auf diese anschauliche Weise wird nicht nur klar, dass die Übernutzungsrate wächst, sondern auch die Geschwindigkeit der Steigerung der Übernutzung: Der Tag wandert von Jahr zu Jahr schneller weiter nach vorn, so dass die Verdoppelung des jährlichen Verbrauchs in einer viel kürzeren Zeitspanne erreicht sein wird als zum Beispiel die Marke einer 150-prozentigen Übernutzung. Übernutzung ist kein von einem Moment auf den anderen geschehendes Ereignis, sondern ein schleicher Prozess.

8.

Ein zwei Jahrhunderte lang extrem erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell kommt an sein Ende, ironischerweise genau in dem Augenblick, in dem es von sich selbst glaubt, endgültig den globalen Siegeszug angetreten und damit den finalen Sieg über die Geschichte errungen zu haben. Denn der globalisierten Welt, die dem Prinzip der grenzenlosen Ressourcennutzung folgt, schwindet das Außen, aus dem sie den nötigen Treibstoff für ihren rastlosen Betrieb beziehen könnte. Je mehr Gesellschaften der kapitalistischen Wirtschaftskultur und den mit ihr verbundenen *Leitbildern des Verbrauchs* folgen, desto kleiner werden die Räume zur problemlosen Ressourcennutzung.

me. Deshalb wächst die internationale Konkurrenz um die Rohstoffe und ihre Transportwege, deshalb wird tiefer und gefährlicher nach Öl gebohrt. Aber immer noch sind nur Teile der Welt »globalisiert«, ein erheblicher Rest lebt in vormoderner Armut und dient den »globalisierenderen« Ländern als »Außen«. Aber die Gegenwart der Globalisierten konsumiert nicht mehr nur die Gegenwart der Marginalisierten (Sachs/Santarius 2007) – die Ausbeutung des Planeten verlagert sich zunehmend vom Raum in die Zeit. Es ist die Zukunft derjenigen, die heute Kinder oder Jugendliche oder noch gar nicht geboren sind, an der Raubbau betrieben wird (Koschorke 2008). Die Gegenwart konsumiert die Zukunft: hier kommt das Prinzip des sich selbst überschreitenden Wachstums final zu sich selbst. Das wird an der Staatsverschuldung ebenso deutlich wie an der Verwahrlosung vieler Schulen und Universitäten und an der unablässigen Kreditaufnahme bei der Umwelt. Zu der zählt die Überfischung der Meere genauso wie die Überladung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> oder die Überdüngung der Böden: für alle diese Kredite haben nicht wir heute geradzustehen, sondern die, denen morgen die Reste übrig bleiben.

Die Herrschaft der Gegenwart über die Zukunft ist der kapitalistischen Wirtschaftsform inhärent. Die Entstehung jener mentalen Infrastrukturen, die die Gegenwart prägen, hat gezeigt, dass die erste industrielle Revolution sich nicht im Modus des Technologischen oder des Ökonomischen allein vollzogen hat. Sie ging einher mit der Entstehung eines ganz neuen Typs von Individuum, mit einem zuvor gänzlich unbekanntem Sozialtypus des Gestalters seiner eigenen Biographie. Und sie ging deshalb einher mit gänzlich neuen individuellen und politischen Assoziationsformen, mit neuen Zeitregimen, mit neuen Waren, neuen Kommunikationsformen, neuen Denkformen.

Damit wird deutlich, was ein Totalumbau von der Wachstums- zur Postwachstumsgesellschaft bedeutet: ein Projekt, das von seiner Eindringtiefe in die Lebenswelten und kulturellen Praktiken her gigantisch ist. Die an der industriellen Moderne

gebildeten Konzepte von Wachstum, Mobilität, Fortschritt etc. haben sich in die kleinsten Nischen unserer Lebenswelt eingemischt und stellen einen festen Bestandteil unseres mentalen und emotionalen Haushalts dar. Sie sind es, die im Zuge der norwendigen gesellschaftlichen Transformation hin zur Postwachstumsgesellschaft mit transformiert werden müssen. Das dauert.

Und dies ist exakt der Punkt, an dem Aufklärung an ihre Grenze stößt und immer gestoßen ist: Sie erreicht nämlich lediglich den kognitiven Teil unseres Orientierungsapparats; der weit aus größere Teil unserer Orientierungen, der wie gesagt über Routinen, Deutungsmuster und unbewusste Referenzen – kurz: über den Habitus – organisiert ist, bleibt davon völlig unbeschadet.

Vor diesem Hintergrund möge bitte niemand so naiv sein zu glauben, so etwas wie eine »Dritte industrielle Revolution« käme damit hin, hier ein bisschen Technologie und dort ein bisschen Steueranreize zu verändern. Der Habitus, die Gefühle und die Denkformen des ökonomischen Menschen haben sich nicht durch kognitive Operationen verändert, die Aufklärer entworfen und gefordert haben, sondern durch die ökonomische, industrielle und politische Praxis der sich entwickelnden bürgertlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wollte man also etwas an den mentalen Infrastrukturen verändern, müsste man die Praxis selbst verändern.

9.

Das bedeutet: Wir brauchen Produkte, die uns in anderen Formaten erzählen, Praktiken anderen Wirtschaftens, anderer Ernährung, anderer Mobilität. Aber wir brauchen auch eine neue Geschichte, die wir über uns selbst erzählen können – und zwar aus der Perspektive einer möglichen Zukunft: Wer möchte ich einmal gewesen sein? Wie möchte ich die Welt eingerichtet und hinterlassen haben?

Diejenigen, die heute besorgt um die Zukunft sind und sich über eine Postwachstumsgesellschaft, eine zukunftsfähige, eine

nachhaltige Gesellschaft Gedanken machen, erzählen nur eine negative Geschichte: Wenn wir nicht sofort – so fängt sie immer an – dies oder jenes tun, dann geht die Welt unter, dann kommt die Katastrophe. Immer und seit 40 Jahren schon steht die Uhr auf »5 vor 12«, und niemandem fällt auf, dass dieser Typ Kommunikation keine identitäre Geschichte erzählen kann, sondern sich nur einspielt in eine Medienkultur, der die Katastrophe ohnehin das tägliche Geschäft ist. Das *business as usual*, seine materiellen, institutionellen und mentalen Infrastrukturen haben eine ungeheure Trägheit; und gegen die Attraktionen und Verlockungen der Konsumgesellschaft kann man mit negativen Geschichten nicht anerkennen. Und auch nicht mit technologischen Hilfskonstruktionen wie »carbon footprint«, »virtuellem Wasser«, »ökologischem Rucksack« – all das ist lebensweltlich nicht anschlussfähig, sondern bleibt viel zu abstrakt, um die mentalen Infrastrukturen auch nur zu tangieren.

Woran es fehlt, ist eine Vision, die emotional und identitäts-trächtig ist, eine Formulierung der Frage, wie man im Jahr 2025 eigentlich leben möchte. Wohlgenutzt: schon allein das Stellen dieser Frage würde den Horizont gegenüber der politischen Kultur der vorgeblichen »Alternativlosigkeit« und der Wachstumsreligion erheblich weiten: denn schnell würde ja klarwerden, dass Wachstum nicht die Antwort auf diese Frage sein kann.

Die Suchbewegung zur Beantwortung dieser Frage müsste vielmehr ganz andere, scheinbar antiquierte Kategorien als Orientierungsmarken nehmen: Kategorien wie Verantwortung, Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit, Sparsamkeit, gutes Leben. Solche Kategorien haben nämlich Entsprechungen in der Lebenswelt der Menschen: dass man Verantwortung trägt für andere ist eine basale Erfahrung jener, die innerhalb von sozialen Beziehungen groß geworden sind und leben – und das sind alle Menschen. Dass es ein fundamentales Gefühl für Fairness und Gerechtigkeit gibt, belegen die *behavioral economics* genauso wie die Sozialpsychologie. Menschen, die Kinder haben, kennen auch ein gelebtes Gefühl von Generationengerechtigkeit. Zu-

kunfts-fähigkeit ist etwas, nach dem wir alle streben: Bedingungen herzustellen, mit denen es sich auch in einer offenen Zukunft erwartbar gut leben lässt. Sparsamkeit war und ist eine Alltags-technik, die in vielen privaten Haushalten, im Unterschied zu öffentlichen, erfolgreich praktiziert wird. Und das gute Leben öffnet exakt den Fragehorizont für die Suchbewegung der nächsten ein, zwei Jahrzehnte: denn das gute Leben offeriert die globalisierte Wachstumswirtschaft nicht. Sie zerstört es.

Die Transformation zur Postwachstumsgesellschaft ist kein Projekt, das Ökonomie und Technologie bewältigen könnten: beide sind nur so klug oder dumm wie die politische Figurati-on, in der sie wirksam werden. Der notwendigen Transformation fehlt es ein-stweilen an Leitvorstellungen, wie sie die frühindus-trialisierten Gesellschaften in den Kategorien Fortschritt, Freiheit, Wohlstand und eben im Wachstum hatten. Die Etablierung neuer mentaler Infrastrukturen kommt nicht ohne neue Leitvorstellungen aus, aber wenn diese sich eben nicht quasinatürlich in die Alltagsvollzüge und Lebensstile, in die Selbstkonzepte und Zukunftshorizonte einschreiben, bleiben sie nur das: Vorstellungen.

Daher geht es heute um das Experimentieren praktischer Exit-Strategien aus dem Wachstum, nicht um illusionistische Operationen wie »green growth«, die mit der Steigerung von Effizienz eine Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch verspricht. Das ist magisches Denken – nicht nur, weil eine absolute Entkoppelung eine physikalische Unmöglichkeit darstellt, sondern auch deswegen, weil Ressourceneffizienz ja immer schon der entscheidende Treiber der kapitalistischen Wachstumswirtschaft war und alles das angerichtet hat, was nun die künftigen Überlebensbedingungen unterminiert. Tatsächlich geht es um nicht weniger als die Entwicklung eines neuen zivilisatorischen Modells, das die Errungenschaften der kapitalistischen Moderne – Freiheit, Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit, Gesundheits- und Bildungsversorgung – bewahrt, aber seinen Ressourcenverbrauch mindestens um den Faktor fünf reduziert.

Deshalb ist der Abschied vom Wachstum nicht nur eine ökonomische Aufgabe, sondern eine, die keinen Lebensbereich unverändert lassen wird.





Mathias Binswanger

## Die Tretmühlen des Glücks

Warum Wachstum die allgemeine Lebenszufriedenheit nicht erhöht:

Was ist Glück, und wie kann man es messen?

Wenn man etwas über den Zusammenhang zwischen Einkommen und Glücksempfinden der Menschen aussagen will, dann sollte man erstens eine Vorstellung davon haben, was mit dem Begriff Glück gemeint ist, und zweitens sollte man dieses Glück auch noch irgendwie messen können.

Der erste Punkt soll hier nur kurz diskutiert werden. Die moderne Psychologie hat Glück mittlerweile in zwei Komponenten zerlegt. Einerseits gibt es die langfristig angelegte, allgemeine Zufriedenheit mit dem eigenen Dasein (baseline happiness, life satisfaction), die mit der generellen Einschätzung des Lebens zusammenhängt. Die zweite Komponente bezeichnet das momentan empfundene Glück oder Unglück, welches von den gerade gegebenen Umständen abhängt (affective states, hedonic states).<sup>1</sup> Wenn man Hunger hat und dann etwas zu essen bekommt, macht das momentan glücklich, doch wirkt es sich kaum auf die langfristige Lebenszufriedenheit aus. Bei der Analyse des Zusammenhangs zwischen Glück und Einkommen spielen letztlich beide dieser Glückskomponenten eine Rolle, auch wenn bei Surveys im Allge-

<sup>1</sup> Siehe z. B. Diener and Oishi (2000), Kahneman und Ris (2005) machen noch eine andere Unterscheidung, und zwar zwischen erlebtem Wohlbefinden (experienced well-being) und evaluiertem Wohlbefinden (evaluated well-being).

meinen nach der längerfristigen Lebenszufriedenheit gefragt wird. Mehr Einkommen sollte sowohl zu mehr Lebenszufriedenheit als auch zu vermehrten Glücksmomenten führen. Sprechen wir deshalb im Folgenden von Glück, dann schließt dies immer beide Komponenten mit ein.

Bleibt jedoch die Frage, wie denn das Glück überhaupt gemessen werden kann. Am einfachsten wäre das mit einem technischen Messgerät, welches den Glückszustand eines Menschen objektiv feststellt, so wie etwa ein Thermometer die Temperatur misst. Ein solches Messgerät würde dann zum Beispiel die elektrische Hirnaktivität, die Konzentration gewisser Substanzen im Gehirn, den Pulsschlag des Herzens und die Hautfeuchtigkeit messen und daraus mittels eines Computerprogramms einen objektiven Glückswert berechnen. Der britische Ökonom Francis Ysidoro Edgeworth träumte bereits im Jahre 1881 von einem solchen Gerät und nannte es Hedonometer. Leider hat uns der technische Fortschritt in dieser Hinsicht im Stich gelassen – bis heute gibt es keine Hedonometer. Also bleibt den Glücksforschern nichts anderes übrig, als die Menschen nach ihrem jeweiligen Glückszustand zu befragen, wobei die Antwort dann zwangsläufig von der subjektiven Selbsteinschätzung der Befragten abhängt.

Eine Einschätzung des eigenen Glückszustandes ist aber gar nicht so einfach. Stellen Sie sich vor, Sie werden plötzlich von jemandem auf der Straße angesprochen, der Ihnen folgende Frage stellt: »Alles in allem, wie würden Sie Ihren Zustand in letzter Zeit beschreiben – Würden Sie sagen, dass Sie a) sehr glücklich, b) ziemlich glücklich oder c) nicht so glücklich sind?«

Diese Frage wird den Menschen im General Social Survey<sup>2</sup> gestellt, welches das durchschnittliche Glücksempfinden der Menschen in mehreren Ländern über die Jahre hinweg erfasst. Oder nehmen Sie an, Sie werden mit folgender Frage belästigt: »Wie zufrieden sind Sie zur Zeit insgesamt mit Ihrem Leben auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden)?«

<sup>2</sup> Davis et al. (2001).

Das ist die Frage, die im World Values Survey<sup>3</sup> gestellt wird, welcher das Glücksempfinden der Menschen in verschiedenen Ländern vergleicht. Ehrlich gesagt, wenn man mich das fragen würde, wäre ich ziemlich überfordert.

Häufig wissen wir selbst nicht, ob wir eigentlich glücklich sind oder nicht. Kommt jemand gerade vom Arzt und hat dieser festgestellt, dass sich der Verdacht auf Krebs nicht bestätigt hat, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass sich dieser Mensch glücklich fühlt. Ist das Resultat aber umgekehrt und wurde der Verdacht auf Krebs bestätigt, dann wird er seinen Zustand hingegen kaum als glücklich bezeichnen. Obwohl es sich um dieselbe Person handelt, wird ihre Antwort je nach Situation unterschiedlich ausfallen. Solche Antworten sind immer durch die gegenwärtigen Umstände bestimmt und deshalb durch diese geprägt (statistisch verzerrt). Es gibt keine Möglichkeit, den Glückszustand eines einzelnen Menschen mittels Befragung objektiv festzustellen.

Allerdings ist die Unmöglichkeit, das Glück eines einzelnen Menschen objektiv festzustellen, für die Glücksforschung weniger schlimm, als man zunächst annehmen könnte. Zwar muss man die Antworten einzelner Menschen in Bezug auf ihren Glückszustand mit Vorsicht genießen. Befragt man aber eine ausreichend große Menge von Personen, dann erhält man trotzdem ein adäquates Bild ihres durchschnittlichen Glücksempfindens.<sup>4</sup> Der Grund liegt darin, dass die meisten »Fehler« bei der Angabe des eigenen Glückszustandes bei der Befragung einer genügend großen Menge von Menschen wieder aufgehoben werden. In Bezug auf unser Beispiel hieße dies, dass sich die Zahl derjenigen mit einem positiven Untersuchungsergebnis und derjenigen mit einem negativen Untersuchungsergebnis nach einem Arztbesuch in etwa die Waage halten. Und damit haben die Untersuchungsergebnisse auf das mittels Befragung ermittelte durchschnittliche Glücksempfinden keinen Einfluss mehr.

<sup>3</sup> Inglehart (2000).

<sup>4</sup> Siehe Frey and Stutzer (2002a); Easterlin (2001); Clark and Oswald (2002).

Etwas gilt es bei Glücksbefragungen allerdings zu beachten. Menschen neigen dazu, ihren Glückszustand höher anzugeben, als er tatsächlich ist. »People err on the bright side«, wie es der Psychologe David Myers formulierte. Dafür sind im Wesentlichen zwei Gründe verantwortlich. Erstens sagen Menschen, dass sie glücklich sind, weil man das von ihnen erwartet und weil sie es auch selbst von sich erwarten. Schließlich hat man ja häufig alles, was es zu einem glücklichen Leben braucht: einen guten Job, ein ansprechendes Einfamilienhaus oder eine Wohnung, ein Auto der oberen Mittelklasse, Kinder ohne Lernschwierigkeiten in der Schule, und sogar die Ehe funktioniert einigermassen. Da kann man doch nicht angeben, dass man nur mäßig oder gar nicht zufrieden ist. Schon gar nicht in einer Gesellschaft, die zunehmend nur noch aus erfolgreichen, souveränen, selbstbestimmten und demzufolge natürlich auch glücklichen Männern und Frauen zu bestehen scheint.

Der zweite Grund für die Überschätzung liegt an der Art der Befragung selbst. Wenn man wählen kann, ob man »sehr glücklich«, »ziemlich glücklich«, oder »nicht so glücklich« ist, dann wählen die meisten den Zustand »ziemlich glücklich«. Und kann man die Zufriedenheit in einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 4 (sehr zufrieden) einordnen, dann wählen die meisten Menschen den Wert 3. Die Menschen besitzen die Tendenz, immer einen Wert etwas unterhalb des höchstmöglichen Wertes anzugeben. Man möchte im positiven Bereich (glücklich, zufrieden) sein, aber dabei nicht übertreiben und gleich den höchsten Wert wählen. Diese Wahl treffen die Befragten oftmals ziemlich unabhängig von ihrem tatsächlichen Befinden, da sie den gewählten Wert als den richtigen Sollwert (und nicht Istwert) betrachten.<sup>5</sup>

Allerdings stellt auch die generelle Überschätzung des eigenen Glückszustandes kein Problem dar, wenn wir durchschnittliche Glückswerte eines Landes in verschiedenen Jahren miteinander

<sup>5</sup> Ausführlich beschrieben ist diese Tatsache in Blanchflower and Oswald (2004).

vergleichen. Solange nämlich die Menschen den Glückszustand immer gleichviel überschätzen, können wir trotzdem erkennen, ob die Menschen insgesamt glücklicher oder unglücklicher geworden sind. Vorsicht ist aber geboten, wenn wir die Glückszustände der Bevölkerung zwischen verschiedenen Ländern vergleichen.<sup>6</sup>

Folgendes lässt sich festhalten: In Bezug auf einen einzelnen Menschen sagen in Umfragen ermittelte Glückswerte nur wenig aus. Befragt man jedoch eine größere Menge an Personen, dann erhält man trotzdem ein einigermaßen adäquates Bild des Glücksempfindens der Bevölkerung, auch wenn dieses insgesamt nach oben verzerrt ist. Das ist allerdings nicht weiter tragisch, wenn wir an der Veränderung des Glücks im Zeitablauf interessiert sind. In diesem Fall geht es nicht um den absoluten Wert des Glückszustandes in einem bestimmten Jahr, sondern um dessen relative Veränderung über die Jahre hinweg.

Glück und Einkommen: Ergebnisse empirischer Untersuchungen

Wie glücklich sind die Menschen in verschiedenen Ländern?

Die am besten bekannten empirischen Untersuchungen zum Glück stammen von Befragungen, die das durchschnittliche Glücksempfinden der Menschen in verschiedenen Ländern miteinander vergleichen. Eine führende Rolle spielt dabei der so genannte World Values Survey<sup>7</sup>, der Daten zu mittlerweile 82 Ländern enthält. Abbildung 1 zeigt die Beziehung zwischen dem durchschnittlichen Jahreseinkommen pro Kopf in den einzelnen Ländern (unter Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten) und dem Glücksempfinden der Menschen dieser Länder. Dieses ist hier gemessen als die Prozentzahl der Menschen, die mit ihrem Leben glücklich oder zufrieden sind.

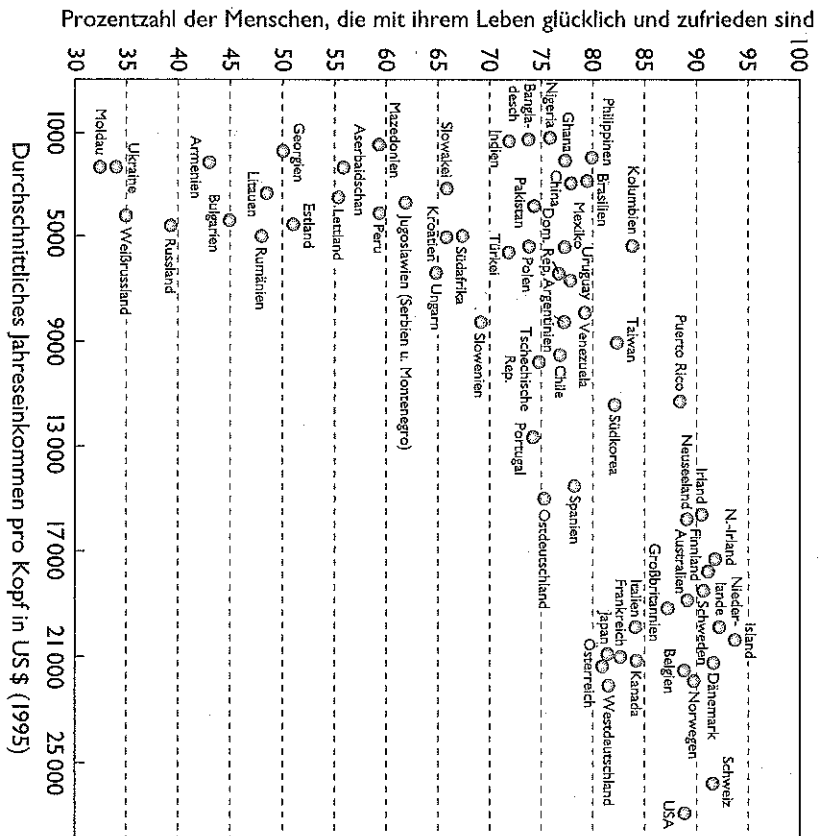


Abb. 1: Glück und Einkommen im Ländervergleich<sup>8</sup>

Auf den ersten Blick spricht Abbildung 1 eine deutliche Sprache. Solange ein Land arm ist, steigt das durchschnittliche Glücksempfinden bei einer Erhöhung des Einkommens sehr schnell an. Ist aber einmal der Schwellenwert von etwa 15 000 Dollar pro Kopf erreicht, dann führt eine weitere Zunahme des Einkommens zu keinem weiteren Anstieg des Glücksempfindens mehr. So sind die Menschen in den USA mit einem durchschnittlichen Einkommen von 30 000 Dollar viel glücklicher als die Menschen in der Ukraine oder in Peru, wo das Durchschnittseinkommen unter

6 Siehe dazu Diener et al. (2000).

7 Im Internet zu finden unter [www.worldvaluessurvey.com](http://www.worldvaluessurvey.com). Siehe dazu auch

Griffith (2005)

8 Quelle: Inglehart (2000)

5000 Dollar liegt. Aber sie sind nicht glücklicher als die Menschen in Taiwan oder Südkorea, wo das Einkommen 15 000 Dollar beträgt.

Aus den Daten des World Values Survey können wir grob folgende Schlussfolgerung ziehen: Einkommen macht glücklich, solange die Menschen eines Landes arm sind. Wenn aber der Schwellenwert von 15 000 Dollar bis 20 000 Dollar Durchschnittseinkommen pro Kopf erreicht ist, gilt das nicht mehr. Mehr Einkommen trägt also nicht mehr zum durchschnittlichen Glücksempfinden bei. Der Soziologe Ronald Inglehart, der den World Values Survey betreut, stützt diese Interpretation und liefert auch eine Erklärung. In armen Ländern geht es zunächst einmal um die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse. Solange man nicht genug zu essen hat und in einer armseligen Hütte dahingeht, trägt mehr Einkommen entscheidend zum Lebensglück bei. Ist aber der Schwellenwert erreicht, bei dem die Grundbedürfnisse gedeckt sind, dann geht es um andere Dinge, die Inglehart mit »Lifestyle Issues« umschreibt. Nicht »satt werden« ist jetzt gefragt, sondern Nouvelle Cuisine oder Reformkost. Und mit dem Erreichen des Schwellenwertes machen sich auch die Trennhilfenefekte bemerkbar, die hier weiter unten beschrieben sind.

Allerdings gilt es weitere Aspekte zu beachten. Erstens lassen sich deutliche geographische Einflüsse feststellen. Die Menschen in lateinamerikanischen Ländern sind bei gleichem Einkommen viel glücklicher als Menschen in Ländern des ehemaligen Ostblocks. Es gibt also so etwas wie einen Latino-Glücksfaktor und einen Ostblock-Melancholiefaktor. Für die Menschen, die schon einmal in Lateinamerika oder in der Karibik waren, sind die relativ hohen Glückswerte in diesen Ländern kaum überraschend. So sind etwa Kolumbianer im Durchschnitt glücklicher als die Menschen in Deutschland oder Österreich, obwohl ihr durchschnittliches Einkommen viel geringer ist. Heißes Klima, Salsa, Samba und eine lockere Lebenseinstellung haben hier sicher einen positiven Einfluss. Und bei den besonders tiefen Wer-

ten der Länder des ehemaligen Ostblocks spielen wohl das kalte Klima, jahrzehntelange Frustration durch Kommunismus und vielleicht auch übermäßiger Wodka Konsum eine Rolle. Mit anderen Worten: Die Menschen in den ehemaligen Ostblockländern werden selbst bei stark steigendem Einkommen Mühe haben, sich so glücklich zu fühlen wie die Latinos. Einkommen erklärt nur einen Teil der Variation des Glücksempfindens zwischen verschiedenen Ländern. Zweitens ist Glück nicht zwingend gleich Glück in allen Ländern. Verschiedene Kulturen haben unterschiedliche Vorstellungen vom Glück entwickelt, und es ist nicht klar, ob Glück in Zimbabwe genau dasselbe bedeutet wie in den USA.<sup>9</sup>

### *Sind die Menschen mit dem Wirtschaftswachstum glücklicher geworden?*

Neben Ländervergleichen gibt es eine ganze Reihe von Untersuchungen, die das durchschnittliche Glücksempfinden der Menschen in den einzelnen Ländern im Zeitablauf erfassen.<sup>10</sup> Die längsten Datenreihen liegen für die USA und Japan vor, wo Glücksbefragungen bereits seit dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt wurden. Und das Ergebnis ist in beiden Ländern genau dasselbe: In den USA hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf seit dem Zweiten Weltkrieg mehr als verdreifacht, aber das Glücksempfinden der Bevölkerung, der Menschen, ist genau gleich geblieben. Seit 1946 bezeichnen sich 30 Prozent der amerikanischen Bevölkerung als sehr glücklich (siehe Abbildung 2), und in einer Zufriedenheitsskala von 1 bis 10 liegt der Wert konstant bei etwas über 7.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Siehe Veenhooven (2000, in Diener and Suh) zu diesem Thema. Der Autor kommt allerdings zum Schluss, dass das unterschiedliche Glücksverständnis zwischen den Kulturen keine große Rolle spielt.

<sup>10</sup> Beschrieben sind diese Ergebnisse in Blanchflower and Oswald (2004); Diener and Suh (1997); Diener and Oishi (2000); Diener and Biswas-Diener (2002); Easterlin (1995); Easterlin and Angelescu (2009); Kenny (1999).

<sup>11</sup> Siehe Layard (2005).

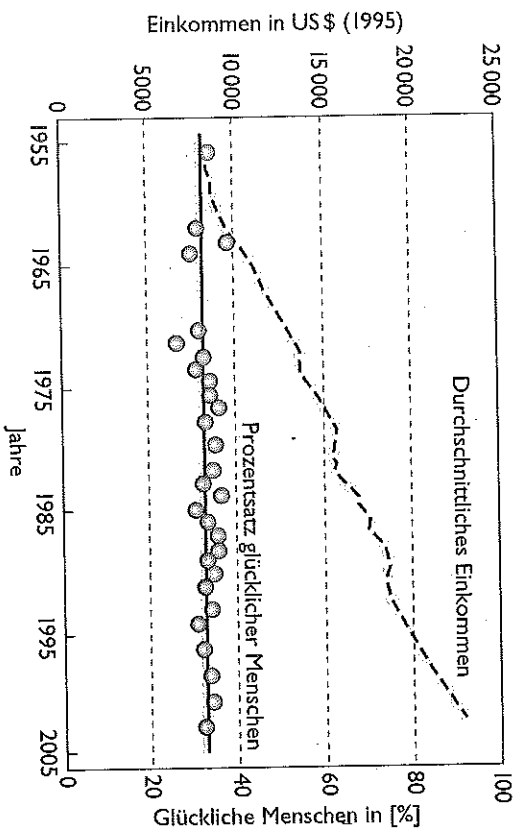


Abb. 2: Glück und Wohlstand in den USA

Noch extremer ist der Fall in Japan, wo sich das Bruttoinlandprodukt seit dem Zweiten Weltkrieg sogar sechsfacht hat, aber das Glücksempfinden ebenfalls konstant geblieben ist. Und in den europäischen Ländern, wo man auf Daten seit Beginn der 70er Jahre zurückgreifen kann, zeigt sich dasselbe Bild: steigende durchschnittliche Einkommen, konstantes Glück. Obwohl der materielle Wohlstand seit dem Zweiten Weltkrieg enorm angestiegen ist.

Der britische Ökonom Richard Easterlin<sup>12</sup>, einer der Pioniere der ökonomischen Glücksforschung, kann sogar noch mehr zeigen. Seine Untersuchungen zu den USA deuten an, dass nicht nur das durchschnittliche Glücksempfinden, sondern auch das Glücksempfinden der verschiedenen Generationen über ihren Lebenszyklus stagniert. Obwohl die Menschen insbesondere in den 50er und 60er Jahren viel reicher wurden, wurden die gleichen Menschen, die etwa zu Beginn der 50er Jahre noch arm waren, durch den erworbenen Reichtum in den 50er- und 60er Jahren nicht

glücklicher, sondern traten, was ihr Glücksempfinden betraf, an Ort und Stelle.

Die Stagnation des Glücksempfindens lässt sich auch bei sämtlichen Schichten der Gesellschaft beobachten. Die Daten zu den USA zeigen, dass es sowohl für Männer wie Frauen, Schwarze und Weiße und auch für hohe und niedrige Bildungsschichten gilt.<sup>13</sup> Das durchschnittliche Glücksempfinden lässt sich in Industrieländern durch Wirtschaftswachstum nicht erhöhen. Weder Auto noch Einfamilienhaus, weder Fernsehen noch Kühlschrank, weder Ferien in der Karibik noch Internet haben daran etwas geändert.

#### *Sind reiche Menschen glücklicher als arme Menschen?*

Aufgrund dieser Resultate könnte man jetzt vorschnell die Schlussfolgerung ziehen, dass Geld tatsächlich nicht glücklich macht. Doch so allgemein kann man das nicht sagen. Es gibt nämlich empirische Forschungen, die nicht das durchschnittliche Glücksempfinden der Bevölkerung untersuchen, sondern der Frage nachgehen, ob denn zu einem bestimmten Zeitpunkt die Reichen eines Landes glücklicher sind als die Armen.<sup>14</sup> Und, siehe da, sie sind es tatsächlich!

Tabelle 1 zeigt die Situation in den USA im Jahre 1994. Um eine Aussage über den Zusammenhang zwischen Glück und Einkommen machen zu können, wurde die Bevölkerung in verschiedene Einkommensklassen unterteilt. Für jede dieser Einkommensklassen wurde dann wiederum das aufgrund von Umfragen ermittelte durchschnittliche Glücksempfinden aus dem General Social Survey ermittelt. Tabelle 1 zeigt die Resultate für die verschiedenen Einkommensklassen.

Die in Tabelle 1 wiedergegebenen Werte zeigen deutlich, dass die Menschen aus reichen Haushalten in den USA glücklicher sind als die aus armen Haushalten. Der Prozentsatz der Menschen, die

12 Easterlin (2001).

13 Blanchflower and Oswald (2004).

14 Siehe etwa Ahuvia and Friedman (1998); Easterlin (1995, 2001); Diener and Biswas-Diener (2002); Frey and Stutzer (2002b).

Gesamtes Haushalts- einkommen	Sehr glücklich (in Prozent)	Ziemlich glücklich (in Prozent)	Nicht so glücklich (in Prozent)	Durchschnitt- liches Glücks- rating
Durchschnitt für alle Einkommensklassen	28	60	12	2,4
weniger als 10 000	16	62	23	1,8
10 000 bis 20 000	21	64	15	2,1
20 000 bis 30 000	27	61	12	2,3
30 000 bis 40 000	31	61	8	2,5
40 000 bis 50 000	31	59	10	2,4
50 000 bis 75 000	36	58	7	2,6
über 75 000	44	49	6	2,8

Das durchschnittliche Glücksempfinden wurde auf Grund einer willkürlich gewählten Skala berechnet, bei welcher »sehr glücklich« mit 4, »ziemlich glücklich« mit 2 und »nicht so glücklich« mit 0 bewertet wurde.<sup>15</sup>

**Tab. 1:** Glück und Einkommen bei verschiedenen Einkommensklassen in den USA im Jahre 1994

sich als »sehr glücklich« bezeichnen, steigt von Einkommensklasse zu Einkommensklasse kontinuierlich an und erhöht sich von 16 Prozent bei der tiefsten Einkommensklasse auf 44 Prozent in der der höchsten Einkommensklasse. Umgekehrt sinkt der Prozentsatz der Menschen, die sich als »nicht so glücklich« bezeichnen, von 23 auf 6 Prozent. Und betrachtet man den in der Tabelle ebenfalls angegebenen numerischen Wert in der Kolonne Glücksrating, dann nimmt dessen Wert von der ärmsten bis zur reichsten Einkommensklasse deutlich zu. Allerdings sind die Unterschiede in den mittleren Einkommensklassen nicht gerade groß, und Mit-

<sup>15</sup> Diese Zuweisung von numerischen Werten zu den einzelnen Zuständen ist allerdings methodisch nicht ganz sauber, denn in Wirklichkeit wandelt man damit eine ordinale Größe (die verschiedenen Glückszustände) in eine kardinale Größe (die numerischen Werte) um. Man kann nicht sagen, dass jemand, der sehr glücklich ist, genau doppelt so glücklich ist, wie jemand, der einigermaßen glücklich ist, doch das wird mit den numerischen Werten suggeriert.

glieder von Haushalten mit einem Einkommen von 25 000 Dollar sind etwa gleich glücklich wie Mitglieder von Haushalten mit einem Einkommen von 45 000 Dollar.<sup>16</sup>

Die USA sind nun keineswegs ein Sonderfall. Zusammengefasste Daten aus den Eurobarometer Surveys, wo die Haushalte der EU-Länder in vier Einkommenskategorien unterteilt werden, zeigen, dass sich 88 Prozent der höchsten Einkommensklasse als »sehr zufrieden« oder »einigermaßen zufrieden« bezeichnen. In der untersten Einkommenskategorie liegt deren Anteil jedoch lediglich bei 66 Prozent.<sup>17</sup> Und selbst in der an sich schon reichen Schweiz nimmt die Prozentzahl derjenigen, die mit dem Leben nicht zufrieden sind, mit der Höhe des Einkommens ab.<sup>18</sup> Macht Geld also doch glücklich?

Vergleichen wir die verschiedenen Forschungsergebnisse, dann scheint hier zunächst ein Widerspruch vorzuliegen. Auf der einen Seite stagniert das durchschnittliche Glücksempfinden der gesamten Bevölkerung bei steigendem Einkommen. Doch auf der anderen Seite sind die Reichen glücklicher als die Armen: Dieser Widerspruch lässt sich aber auflösen, da es in Wirklichkeit um zwei unterschiedliche Sachverhalte geht. Was für den Einzelnen bzw. eine einzelne Einkommensgruppe gut ist, muss noch lange nicht gut für alle sein. Wenn der Einzelne mit steigendem Einkommen glücklicher wird, dann heißt dies nicht, dass die Gesamtheit der Bevölkerung bei steigendem Einkommen ebenfalls glücklicher wird. Das ist der Trugschluss der Verallgemeinerung, vor dem man sich auch in der Glücksforschung hüten muss.

Ein einfaches Beispiel möge diesen Trugschluss illustrieren. Stellen Sie sich ein Fußballspiel vor, bei dem alle Zuschauer auf der Tribüne sitzen und aufmerksam das Spiel verfolgen. Nun spielt sich eine spannende Szene vor dem Tor einer Mannschaft ab, das jedoch etwas weiter von der Tribüne entfernt ist. Unter

<sup>16</sup> Ausführlich untersucht wurden diese Daten in Easterlin (2001).

<sup>17</sup> Siehe Di Tella et al. (1999).

<sup>18</sup> Siehe Bundesamt für Statistik (2002).



diesen Umständen kann es leicht geschehen, dass ein Einzelner sich erhebt, um das Geschehen besser verfolgen zu können, was ihm einen persönlichen Vorteil in Bezug auf seine Sicht verschafft. Allerdings nicht für lange. Entweder wird er von den hinter ihm sitzenden Zuschauern lautstark daran erinnert, sich wieder hinzusetzen, oder diese stehen ebenfalls auf. Im zweiten Fall wird es nicht lange dauern, bis alle Zuschauer aufgestanden sind mit dem Resultat, dass niemand mehr einen Vorteil in dieser neuen Situation von stehenden Zuschauern hat. Alle sehen wieder genau gleich gut oder schlecht wie in sitzendem Zustand. Was für den Einzelnen, der zuerst aufgestanden ist, kurzfristig ein Vorteil war, bringt für die Gesamtheit der Zuschauer überhaupt nichts. Ganz im Gegenteil: Stehen ist auf die Dauer unbequemer als sitzen, und dieser Nachteil wird sich nach einiger Zeit in den Beinen bemerkbar machen.

Ganz ähnlich wie beim Fußballspiel verhält es sich auch mit dem Zusammenhang zwischen Einkommen und Glück. Wenn ein Einzelner versucht, mehr Geld als die anderen zu verdienen, dann verbessert er damit seine Position in der Gesellschaft, da er andere mit seinem Einkommen übertrifft und im Vergleich zu diesen relativ reicher wird. Aber wie bei den Zuschauern beim Fußballspiel verschlechtert dies die Situation der übrigen Mitglieder der Gesellschaft, da sie jetzt relativ ärmer geworden sind. Deshalb werden einige von ihnen zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um ebenfalls mehr Geld zu verdienen. Doch leider können nicht alle reicher werden als alle andern. Das ist eine traurige Tatsache des Lebens. Selbst wenn das Einkommen absolut ansteigt, bleibt immer ein Prozentsatz der Bevölkerung relativ arm (unter dem Durchschnitt), so sehr sich dieser auch Mühe gibt und dafür abrackert, reicher zu werden.

Wenn deshalb das Glück der Menschen entscheidend von ihrem relativen Einkommen im Vergleich zu andern abhängt, dann ergibt sich aus den unterschiedlichen empirischen Forschungsergebnissen kein Widerspruch. Werden alle Bürger eines Landes reicher, dann bleibt trotzdem immer ein bestimmter Prozentsatz

der Bevölkerung relativ arm und damit unglücklich. Die gesamte Bevölkerung wird also durch Geld nicht glücklicher. Wird aber ein Einzelner reich, dann verbessert er damit seine relative Position in der Gesellschaft, was zu seinem persönlichen Glück beiträgt. Den Einzelnen kann Geld deshalb durchaus glücklich machen, solange die anderen relativ arm bleiben.

#### Die Trennmühlen des Glücks<sup>19</sup>

Offenbar leben Menschen nicht so, wie es für sie selbst am besten wäre. Es ginge ihnen insgesamt besser, wenn sie mehr Zeit hätten und dafür auf zusätzliches Einkommen verzichten würden. So zeigt etwa eine Untersuchung, dass Menschen, die Überstunden machen und deshalb mehr verdienen, dadurch nicht glücklicher werden. Trotzdem machen aber viele Menschen freiwillig Überstunden und streben generell nach einem noch höheren Einkommen. Die Frage lautet deshalb: Wenn die Menschen ein anderes Verhalten glücklicher machen würde, warum ändern sie es dann nicht?

Der Grund liegt in den sogenannten Trennmühleneffekten. Auf einer Trennmühle kann man immer schneller laufen und diese immer schneller bewegen, doch man bleibt stets am selben Ort. Genau gleich verhält es sich mit dem menschlichen Streben, durch mehr Einkommen glücklicher zu werden. Die Menschen werden dadurch zwar reicher, aber was ihr Glücksempfinden betrifft, treten sie auf der Stelle. Die Hoffnung auf mehr Glück wird ständig enttäuscht, dennoch wird an diesem irrationalen Glauben festgehalten.

Was sind aber genau die Trennmühlen des Glücks? Im Wesentlichen lassen sich vier solcher Trennmühlen unterscheiden. Als Erstes haben wir die sogenannte Statustrennmühle. Auf der ganzen Welt empfinden die Menschen tiefe Befriedigung darin, mehr zu ver-

<sup>19</sup> Siehe dazu Binswanger (2006a, 2006b), wo diese Trennmühlen ausführlich beschrieben sind.



dienen oder zu besitzen als ihre Kollegen, Nachbarn oder Familienmitglieder, das bringt sozialen Status. Allerdings gibt es das folgende Problem: Nicht alle können mehr als der Durchschnitt verdienen. Deshalb wird das Streben nach mehr Einkommen von allen für die Wirtschaft als Ganzes zu einem Nullsummenspiel. Auch wenn das allgemeine Einkommensniveau in einem Land absolut ständig ansteigt, bleibt doch eine Mehrheit der Bevölkerung unter dem Durchschnittseinkommen und blickt neidvoll auf die oberen Zehntausend.

Die starke Bedeutung des relativen Einkommens für das Glück und die Zufriedenheit der Menschen ist somit eine erste Erklärung für die zu beobachtende Stagnation des subjektiven Wohlbedingens im Westen. Solange ein Land arm ist, zählen erst einmal die absoluten Bedürfnisse wie Essen und ein Dach über dem Kopf. Doch kaum sind die Grundbedürfnisse abgedeckt, gewinnen soziales Prestige und Status mehr an Bedeutung. Die Menschen fangen an, sich mit den übrigen Bürgerinnen und Bürgern ihres Landes zu vergleichen, und verhindern damit einen weiteren Anstieg ihres eigenen Glücksempfindens.

Ein weiterer Tretnühleneffekt kommt dadurch zustande, dass die Menschen sich relativ rasch an ein höheres Einkommensniveau gewöhnen und dieses nach kurzer Zeit als selbstverständlich betrachten. Dies ist die sogenannte Anspruchstretnühle (he-donic treadmill), ein aus der Psychologie importierter Begriff. So weiß man, dass ein Lotterogewinn den Empfänger für kurze Zeit sehr glücklich macht, aber bald danach pendelt sich das Glücksempfinden wieder auf seinen Normalzustand ein, und der Lotterogewinner ist so glücklich oder unglücklich wie vor dem Gewinn. Dieses Beispiel ist typisch für die Freude an materiellen Dingen, die meist nur von kurzer Dauer ist. Egal ob ein neues Auto oder ein neues Mobiltelefon. Die anfängliche Freude verpufft nach kurzer Dauer.

Auch die Entwicklung zur Multioptionengesellschaft führt zu einem Tretnühleneffekt, der sich als Multioptionenstretnühle beschreiben lässt. Mit dem Wirtschaftswachstum ist eine immer

größere Vielfalt an Gütern und Dienstleistungen verbunden. Gleichzeitig sind religiöse Tabus weggefallen, welche dem menschlichen Handeln früher Grenzen setzten. Die Optionen für Arbeit, Freizeit und Konsum nehmen ständig zu, »anything goes«. Aber der Entscheid für die richtige Option wird dadurch schwieriger, da die stets steigende Zahl an Optionen auf ein konstantes Zeitbudget trifft. Die Auswahl wird so von einem Dürfen zu einem Müssen und damit zu einer Tyrannei. Ein gutes Beispiel dafür ist die Entwicklung des Fernsehens. Zu Beginn der fünfziger Jahre, als der Fernseher die Wohnstuben eroberte, hatten die meisten Menschen in Europa noch keine Programmauswahl und mussten sich mit einem nationalen Programm begnügen. Was für eine Freude war es da, als endlich auch ausländische Sender empfangen werden konnten und zweite oder sogar dritte Programme entstanden. Die neue Auswahlmöglichkeit emanzipierte die Menschen von der Diktatur des nationalen Monopolprogramms. Bald wurde aus dem Segen ein Fluch. Mit der Entwicklung von Kabel- und Satellitenfernsehen stieg die Zahl der empfangbaren Fernsehprogramme rasch auf über hundert, und heute kann man zwischen tausend Fernsehprogrammen wählen. Nur leider ist unter solchen Bedingungen eine vernünftige Auswahl nicht mehr möglich. Entweder man verbringt den Rest des Lebens damit, alle Fernsehprogramme zu studieren, oder man zappt sich wahllos durch das Angebot. Und häufig beschränken sich die Menschen einfach auf ein paar wenige Programme und ignorieren den Rest, womit sie de facto wieder auf der gleichen Stufe wie in den sechziger Jahren sind.

Schließlich gibt es eine Zeitspartretnühle, die uns ebenfalls zu schaffen macht. Technischer Fortschritt führt dazu, dass wir bestimmte Aktivitäten immer schneller und in kürzerer Zeit durchführen können. Trotzdem gelingt es uns im Allgemeinen nicht, Zeit zu sparen, denn es kommt zu einem sogenannten Rebound-Effekt. Je schneller eine Aktivität durchgeführt werden kann, umso mehr und umso häufiger wird sie durchgeführt. Das beste Beispiel dafür ist der Verkehr. Je schneller die Transportmittel werden, umso weiter und häufiger fahren wir. Die für Transport aufgewendete

Zeit bleibt ungefähr konstant, ganz egal mit welchen Transportmitteln wir uns fortbewegen. Das ist die sogenannte Constant-Travel-Time-Hypothese, die praktisch weltweit Gültigkeit besitzt. Sowohl in Tansania als auch in den USA wenden die Menschen pro Tag etwa siebzig Minuten für Mobilität auf. Nur tun sie dies in Tansania zu Fuß, während die Fortbewegung in den USA fast nur mit dem Auto stattfindet. Mit anderen Worten: Wann immer wir das Straßennetz ausbauen, fangen die Menschen sofort an, größere Distanzen zurückzulegen. Zeitsparen wird zur Illusion.

### Ökonomische Schlussfolgerungen

Aus den eben dargestellten empirischen Ergebnissen zum Zusammenhang zwischen Glück und Einkommen ergibt sich eine eindeutige Schlussfolgerung: Wir sollten uns wieder auf den eigentlichen Daseinszweck der Wirtschaft besinnen, den der britische Schriftsteller George Bernard Shaw folgendermaßen beschrieben hat: »Ökonomie ist die Kunst, das Beste aus unserem Leben zu machen.« Mit anderen Worten: Es geht nicht um Einkommensmaximierung, sondern darum, dass die Menschen eines Landes ein möglichst glückliches Leben führen können. Aus ökonomischer Sicht geht es dabei um einen zweistufigen Prozess. Erstens müssen wir ein Einkommen erzielen, damit wir uns die Dinge leisten können, die wir für ein glückliches Leben brauchen. In dieser Hinsicht sind wir in den Industrieländern im Allgemeinen Profis. Von klein auf lernen wir die Fähigkeiten, die es braucht, um in der Arbeitswelt Karriere zu machen. Leider reicht das aber nicht aus, wie viele Menschen in ihrem späteren Leben schmerzlich erfahren müssen. Man muss auch in der Lage sein, das verdiente Einkommen so zu verwenden, dass es glücklich macht. Das ist die zweite, noch schwierigere Stufe bei der Verwirklichung eines glücklichen Lebens. Und in dieser Beziehung sind wir oft grauenhafte Amateure. So gut wir beim Geldverdienen sein mögen, so schlecht sind wir bei der Umsetzung des Einkommens in Glück. Die dafür erforderlichen Fähigkeiten, die sich mit dem französi-

schen Begriff »Savoir-vivre« oder dem deutschen Wort »Lebenskunst« umschreiben lassen, werden uns in der Schule nicht beigebracht.

Ein Mensch, der nur ans Geldverdienen denkt, handelt unökonomisch, weil er damit sein Glück nicht maximiert. Er verhält sich ineffizient, und zwar in dem Sinn, dass er seine ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht optimal nutzt. Die wesentlichen Ressourcen für den einzelnen Menschen sind Zeit und Geld. Das Ziel muss sein, den optimalen Mix von Zeit und Geld zu finden, der zu einem möglichst glücklichen Leben führt. Bei der Frage nach dem Glück des Einzelnen trifft sich somit die ökonomische Betrachtungsweise mit der Psychologie und der Philosophie. Es geht um eine Rückbesinnung auf den eigentlichen Zweck des Wirtschaftens, der nicht in der Einkommensmaximierung, sondern, wenn schon, in der Glücksmaximierung besteht. Eine ausschließlich auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik ist aus diesem Grund ökonomisch ebenfalls verfehlt, denn das macht ökonomisch nur dann Sinn, wenn die Menschen dadurch auch glücklicher oder zufriedener werden.

Jede Zeit produziert ihre eigenen Verrücktheiten. Schon heute fragen wir uns, wie es möglich war, dass sich die Menschen in Russland ihr Leben über fast hundert Jahre mit dem Kommunismus vermiesen ließen. Und unser Verständnis hört ganz auf, wenn es um Inquisition oder Hexenverbrennungen geht, womit Kirche und staatliche Justiz über lange Zeit Angst und Schrecken verbreiteten. Doch wir sollten vorsichtig sein. Spätere Generationen werden sich auch einmal fragen, warum sich die Menschen in der heutigen Gesellschaft, trotz eines zuvor nie dagewesenen Wohlstands, ständig noch mehr stressen ließen, statt diesen Wohlstand zu genießen. Vor fast zweitausend Jahren degenerierte das damals reiche Rom, weil sich seine Bürger buchstäblich zu Tode amüsierten. Im Vomitorium steckten sie sich einen Finger in den Mund, um die eben genossenen Leckerbissen wieder herauszukorzen, um noch mehr Köstlichkeiten zu sich nehmen zu können. So erfanden die alten Römer ständig noch perversere Methoden, um ihren

Wohlstand zu verprassen. Dieser Degenerationsprozess jedoch war immerhin unterhaltsam und mit einem – wenn auch fragwürdigen – Genuss verbunden. In den Industrieländern laufen wir heute Gefahr, auf eine viel unattraktivere Art zu degenerieren. Es lohnt sich, dagegen etwas zu unternehmen.

#### Hinweise zur Literatur

- Ahuvia, A. C., and Friedman, D. (1998). Income, Consumption, and Subjective Well-Being: Toward a Composite Macromarketing Model, in: *Journal of Macromarketing*, 18, 153–168.
- Binswanger, Mathias (2006a). Die Trennmühlen des Glücks. Herder, Freiburg.
- Binswanger, Mathias (2006b). Die Trennmühlen des Glücks. Herder, Freiburg.
- Monetäre Wachstumsdynamik in modernen Wirtschaftssystemen, in: R. Riedl, M. Delpo (Hrsg.): *Die Ursachen des Wachstums*, Wien, S. 282–296.
- Binswanger, Mathias (2006b). Why Does Income Growth Fail to Make Us Happier? – Searching for the Treadmills Behind The Paradox of Happiness, in: *Journal of Socio-Economics* 36: S. 119–132.
- Björnskov, Christian (2003). The Happy Few: Cross-Country Evidence on Social Capital and Life Satisfaction, in: *Kyklos* 56: 3–16.
- Blanchflower, Daniel G., and Andrew J. Oswald (2004). Well-Being Over Time in Britain and the USA, in: *Journal of Public Economics* 88: 1359–1386.
- Bundesamt für Statistik (2002). *Sozialberichterstattung Schweiz. Wohlstand und Wohlbefinden, Lebensstandard und soziale Benachteiligung in der Schweiz*. BFS, Neuchâtel.
- Clark, Andrew E., and Andrew J. Oswald (2002). A Simple Statistical Method for Measuring How Life Events affect Happiness, with Andrew Clark, in: *International Journal of Epidemiology*, 2002, 31(6), 1139–1144.
- Davis, D. D., & Polonko, K. A. (2001). Telework America 2001 summary. Retrieved June 4, 2003, from Web site: <http://www.workingfromanywhere.org/telework/twa2001.htm>.
- Di Tella, Rafael/Robert J. MacCulloch/Andrew J. Oswald (1999). *The Macroeconomics of Happiness*. ZEI Working Paper B99–03, Center for European Integration Studies, Bonn.
- Diener, Ed. and Robert Biswas-Diener (2002). Will Money Increase Subjective Well-Being?, in: *Social Indicators Research* 57: 119–169.
- Diener, Ed. and Shigehiro Oishi (2000). Money and Happiness: Income and Subjective Well-Being Across Nations. In: Ed Diener and Eunkook M. Suh (eds). *Culture and Subjective Well-Being*. Cambridge, MA: MIT Press: 185–218.
- Diener, E., & Suh, E. (1997). Measuring quality of life: economic, social, and subjective indicators, in: *Social Indicators Research*, 40, 189–216.
- Easterlin, Richard A. (1995). Will Raising the Incomes of All Increase the Happiness of All, in: *Journal of Economic Behavior and Organization* 27: 35–47.
- Easterlin, Richard A. (2001). Income and Happiness: Towards a Unified Theory, in: *The Economic Journal* 111: 465–484.
- Easterlin, R., and Angelescu, L. (2009). Happiness and Growth the World Over: Time Series Evidence on the Happiness-Income Paradox, in: *IZA Discussion Paper No. 4060*.
- Frey, Bruno S., and Alois Stutzer (2002a). What Can Economists Learn from Happiness Research?, in: *Journal of Economic Literature* 40: 402–435.
- Frey, Bruno S., and Alois Stutzer (2002b). *Happiness and Economics: How the Economy and Institutions Affect Human Well-Being*. Princeton: Princeton University Press.
- Griffith, Thomas D. (2005). *Progressive Taxation and Happiness*. Reading, *Colloquium on Tax Policy and Public Finance*. University of Southern California Law School.
- Inglehart, R. (2000). Changing Values in the New Millennium: Challenges to Representative Democracy: The Future of Representative Democracy, Seminar at Umeå University. Hedemora: Gidlund.
- Kahneman, Daniel, and Jason Riis (2005). Living, and thinking about it: two perspectives on life. In: Huppert, Felicia, Baylis, Nick, and Barry Kevene (eds.): *The Science of Well-Being*. Oxford University Press: 285–304.
- Layard, Richard (2005). *Happiness: Lessons from a new science*. London: Penguin books.
- Veenhoven, Ruut (1993). *Happiness in Nations: Subjective Appreciation of Life in 56 Nations 1946–1992*. Rotterdam: Erasmus University Press.
- Veenhoven, Ruut (2000). Freedom and Happiness: A Comparative Study in Forty-four Nations in the Early 1990s. In: Ed Diener und Eunkook M. Suh (Hrsg.): *Culture and Subjective Well-Being*. Cambridge, MA: MIT Press: 257–288.



Klaus Wiegandt

## Hindernisse auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung

### Einführung

In diesem Beitrag möchte ich das Thema »Wege aus der Wachstumsgesellschaft« – genauer: »Wege aus der Wirtschaftswachstumsgesellschaft« – aus der Sicht eines ehemaligen Managers beleuchten, der sich seit mehr als zehn Jahren eingehend mit dem Forschungsstand und den Handlungsoptionen der Nachhaltigkeit beschäftigt hat. Neben meiner Erfahrung als Manager beruhen meine Überlegungen auf dem Wissen der im Anhang aufgeführten Literatur und auf zahlreichen Diskussionen mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit denen ich im Laufe dieser zehn Jahre 18 Bücher zum Thema Nachhaltigkeit herausgegeben habe.

Der Schwerpunkt meiner Ausführungen wird auf den Ursachen und Folgen des Wirtschaftswachstums im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung liegen. Mögliche konkrete Wege in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft werden anschaulich in dem Beitrag von Niko Paech in diesem Buch aufgezeigt. Bevor ich die Ausgangslage skizziere, erlaube ich mir den persönlichen Hinweis, dass Nachhaltigkeit in meiner aktiven Zeit als Manager kein ernsthaftes Thema in den Kreisen der Wirtschaft war; es fand höchstens als Nischen Thema bei einigen wenigen Beachtung. Der Gipfel von Rio 1992 wurde überwiegend nur am Rande zur Kenntnis genommen. Selbst in der Wissenschaft war die

Dringlichkeit von Maßnahmen, etwa im Klimaschutz, nicht hinreichend deutlich, wie Hans Joachim Schellnhuber feststellt hat: »Das liegt ganz einfach daran, dass man sich vor 20 Jahren noch gar nicht vorstellen konnte, dass man so tief in das System eingreifen könnte. Über die globale Erderwärmung wurde damals nachgedacht. Aber es schien immer ein Umweltproblem unter vielen zu sein.« (Schellnhuber 2009: 1) Besuche in China in der Mitte der 1990er Jahre haben mir zum ersten Mal vor Augen geführt, welche Auswirkungen auf die Weltrohstoff- und Energiemärkte zu erwarten sein werden, wenn Schwellenländer, übrigens völlig legitim, im Rahmen der Globalisierung ihre Wirtschaftsprozesse dynamisieren, um endlich mehr Wohlstand für die eigenen Menschen zu schaffen.

Aber selbst mit meinem heutigen Wissen über Nachhaltigkeit hätte ich aus Wertewerbegründen bei den damals gegebenen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kaum mehr als 30 Prozent dessen umsetzen können, was für eine nachhaltige Entwicklung in der Unternehmensführung notwendig gewesen wäre. Das mildert nicht meine Mitverantwortung daran, als Wirtschaftsführer jahrzehntlang an der Ausbeutung der Natur und der Dritten Welt beteiligt gewesen zu sein, und zwar nicht um qualitativ bessere Produkte und Dienstleistungen bereitzustellen, sondern um Umsätze und Profite zu sichern und zu steigern.

Erst die intensive Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Literatur zur Nachhaltigkeit hat in mir nach meiner aktiven Zeit in der Wirtschaft den Entschluss reifen lassen, mich voll und ganz und auch zeitlich uneingeschränkt auf diesem Gebiet zu engagieren. Aus einem entsprechenden Kolloquium (Fischer / Wiegandt 2005) hat sich die Initiative »Mut zur Nachhaltigkeit«<sup>1</sup> entwickelt, in deren Mittelpunkt inzwischen Bildungsprogramme für eine nachhaltige Entwicklung an der Europäischen Akademie Otzenhausen im Saarland stehen.

Die heutige Verwendung des Begriffs in der Wissenschaft ba-

<sup>1</sup> <http://www.mut-zur-nachhaltigkeit.de>

siert allgemein auf der Formulierung des Berichts der Brundland-Kommission (UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung), der 1987 »Unsere gemeinsame Zukunft« erörterte. Nachhaltige Entwicklung bedeutete darin, »die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation zu befriedigen, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen« (Hauff 1987). Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung werden meist synonym verwendet, und die zitierte Formulierung ist sehr allgemein gehalten. Einer der Ersten, die auf die Hauptschwäche dieser Definition hinwiesen, war Dennis Meadows: »Dass alle das bekommen, was sie sich wünschen, heute und für immer und ewig, ist eine wunderbar anziehende Vorstellung, weil sie die Politik davon befreit, sich ganz konkret mit Problemen zu befassen, die mit Umverteilungsprozessen über den Raum und die Zeit hinweg verbunden sind.« (Meadows 2000: 126)

Die seit Rio 1992 wohl geläufigste Definition basiert auf der Drei-Säulen-Theorie: Nachhaltigkeit umfasst danach eine Entwicklung, die gleichgewichtig ökonomische, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt – was aber nicht möglich ist. Schließlich sind Naturgesetze nicht verhandelbar, und die Ökologie stellt das Fundament dar, auf dem ökonomische und soziale Entwicklungen basieren (Porritt 2005). Selbstverständlich heißt das nicht, dass die Sicherung der Ökosphäre ohne Rücksicht auf ökonomische und soziale Aspekte durchgesetzt werden muss, aber ökologischen Fragen kommt ein privilegiierter Status zu.

Vor diesem Hintergrund erscheint mir eine von vielen Wissenschaftlern und Umwelaktivisten gebrauchte Definition zielführend, die Nachhaltigkeit als ein Ziel mit zwei wesentlichen Komponenten sieht: Zum einen müssen sich die wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen innerhalb der biophysikalischen Grenzen des Systems Erde bewegen. Folglich dürfen wir nicht die Dienstleistungen beeinträchtigen oder gar zerstören, die uns die Natur kostenlos zur Verfügung stellt und ohne die wir auf Dauer nicht existieren können. Zum anderen muss allen heute

lebenden Menschen und allen zukünftigen Generationen ein Leben in Würde, Gerechtigkeit und Frieden gesichert werden. In diesem Sinne ist der Begriff nachhaltige Entwicklung als ein Prozess zu verstehen, der sich in Richtung Nachhaltigkeit bewegt. Und erst so wird deutlich, dass Nachhaltigkeit weit mehr umfasst als die Bewältigung von Klimawandelfolgen und Ressourcen- und Energieknappheit oder sonstigen Umweltfragen. Einen umfassenden Überblick zum Begriff Nachhaltigkeit gibt Ulrich Grober (2010).

Die kürzeste, aber für mich dennoch treffende Definition soll nach Charles Hopkins (UNESCO Chair) von einem afrikanischen Stammesältesten kommen. Sie steckt voller Weisheit: »Geehung, für alle, für immer.« Der Sprengstoff liegt natürlich in dem Wort »genug«, aber ohne Mäßigung und etwas mehr Genügsamkeit werden 9 bis 10 Milliarden Menschen, so viele werden es in absehbarer Zukunft sein, nicht lange friedvoll neben- und miteinander leben können.

#### Die Ausgangslage

Zwischen 1950 und 1990 hat es die größte Steigerung materiellen Wohlstandes in der Geschichte der Menschheit gegeben, allerdings profitierten davon nur etwa eine Milliarde Menschen, überwiegend in den Industrienationen. Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von der großen Beschleunigung. In Deutschland war diese Steigerung besonders ausgeprägt, und sie begünstigte auch in anderen Bereichen unserer Gesellschaft überaus positive Entwicklungen wie demokratische Stabilisierung, Rechtsstaatlichkeit, sozialen Frieden, das Aufbrechen verkrusteter Gesellschaftsstrukturen oder soziale Mobilität. Der über Jahrhundert gehegte Traum, den Kindern solle es in Zukunft einmal besser gehen als den Eltern, war Wirklichkeit geworden.

Allerdings warnten Wissenschaftler schon früh vor den Folgen dieses ungestümen Wirtschaftswachstums, und sie bezogen sich dabei auf Ressourcenverknappung und die Belastung der

Ökosysteme, allen voran Dennis Meadows mit seinem Team in dem Bericht des Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums« (1972). Politik und Wirtschaft schlugen aber nach kurzem Erschrecken alle Mahnungen in den Wind, ließ sich doch die Tragfähigkeit der Erde scheinbar durch immer neue technologische Innovationen unbegrenzt erweitern. Auch die Preise an den Weltrohstoff- und Energiemärkten signalisierten unbegrenztes Wachstum: Ein Barrel Rohöl kostete 1970 2,90 US-Dollar und eine Tonne Kupfer 1000 US-Dollar.

Obwohl die von Meadows vorhergesagten Peaks bei der Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen bisher nicht erreicht worden sind, besteht kein Zweifel an der Endlichkeit der Vorräte, und die Preisentwicklungen an den Weltrohstoff- und -energiemärkten unterstreichen dies: So stiegen die Preise für ein Barrel Rohöl bis zum Jahr 1990 auf 20 US-Dollar und bis 2010 auf 90 US-Dollar. Ähnlich verlief die Entwicklung bei einem der wichtigsten Metalle, dem Kupfer: Im Jahr 1990 kostete eine Tonne 2000 US-Dollar und 2010 viermal so viel.

Die bezüglich der Ressourcen bestehenden Grenzen des Wachstums wurden umgangen, indem nicht erneuerbare Ressourcen rücksichtslos zu Lasten der Dritten Welt sowie zunehmend zu Lasten künftiger Generationen ausgebeutet wurden. Die Folgen dieses verschwenderischen und schier unersättlichen Ressourcen- und Energieverbrauchs traten zunächst wenig bemerkt im Bereich der Senken auf, womit die großen ökologischen Systeme der Erde gemeint sind. Die Grenzen des Erdsystems wurden in wesentlichen Bereichen zum Teil massiv überschritten, so in der Biodiversität, beim Stickstoffkreislauf und beim Klimawandel (Petrischak 2012).

Die frühen Warnungen der Wissenschaftler haben in den letzten Jahrzehnten in den Zivilgesellschaften weltweit zahlreiche Aktivitäten in Richtung Nachhaltigkeit ausgelöst, zu denen vier Weltipitel der UNO gehörten. Dabei gab es durchaus Erfolge, zum Beispiel bei der Bekämpfung des sogenannten Ozonlochs. Insbesondere in den letzten vier bis fünf Jahren haben die Me-

den immer häufiger über die Folgen unseres Umgangs mit den Ökosystemen und den nicht erneuerbaren Ressourcen berichtet. Der Klimawandel ist in aller Munde, und die Botschaft scheint angekommen zu sein. Unternehmen verkleiden Dächer und Fassaden mit Sonnenkollektoren, trimmen ihre Betriebe auf Energie-, Wasser- und Ressourceneffizienz, bauen Corporate-Social-Responsibility-Abteilungen aus und veröffentlichen umfangreiche Nachhaltigkeitsberichte. Auch die Finanzwelt hat das Thema entdeckt: Es gibt inzwischen den Dow Jones Sustainability Index, den Sustainability Award, Nachhaltigkeits- und Klimafonds.

Dies alles vermittelt den Menschen das Gefühl, sie seien auf dem richtigen Weg, und das beruhigt ihr ökologisches Gewissen. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die vielen Aktivitäten gehen zwar in die richtige Richtung, aber sie bleiben an der Oberfläche und bewirken nicht die dringend notwendige Kurskorrektur.

Schonungslos deutlich wird dies im »Millennium Ecosystem Assessment«<sup>2</sup> der UNO von 2005. Für diesen Bericht haben 1360 Wissenschaftler fünf Jahre lang die Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf das System Erde untersucht – mit deprimierenden Ergebnissen. Wir entfernen uns beständig vom Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, und dieser Trend hat sich bis in die Gegenwart fortgesetzt:

- Im Kioto-Protokoll von 1997 wurde als Ziel für 2012 eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 5 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 festgelegt, der bei circa 22 Milliarden Tonnen lag. Ein Jahr vor Ablauf dieser Frist betrug der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß aber mehr als 31 Milliarden Tonnen.
- Trotz aller Effizienzgewinne steigen global die Ressourcen- und Energieverbräuche weiter an. Es kommt zum sogenannten Rebound-Effekt, d. h., Einsparungen, die zum Beispiel durch effizientere Technologien entstehen, werden durch ver-

<sup>2</sup> <http://www.maweb.org>



- mehrte Nutzung und höheren Konsum mehr als kompensiert, so dass letztendlich gestiegene Verbräuche vorliegen.
- Regenwälder werden weiter abgeholzt und abgebrannt, um Flächen für Futtermittel oder Palmöl zu gewinnen.
- Wasser wird in vielen Regionen knapp, sowohl das Trinkwasser als auch das sogenannte grüne Wasser, das zur künstlichen Bewässerung genutzt wird.
- Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, trotz eines weltweiten Wirtschaftswachstums von 5 Prozent in den letzten zehn Jahren.
- Der Verlust von Biodiversität setzt sich unvermindert fort.
- Die Weltbevölkerung wächst pro Jahr um 80 Millionen Menschen und wird nach Schätzungen der UNO bis zum Jahr 2050 auf 9 bis 10 Milliarden Menschen steigen.

Im Rahmen der Globalisierung hat nun seit etwa 1990 eine zweite große Beschleunigung der Weltwirtschaft eingesetzt, weil Schwellen- und Entwicklungsländer völlig legitim versuchen, bei Wohlstand und Wachstum aufzuholen. In den nächsten 30 Jahren werden daher weitere 4 Milliarden Menschen alle Anstrengungen unternehmen, um in den sogenannten Mittelstand der Verbraucher aufzusteigen und endlich zu Wohlstand zu gelangen. In diesem Zusammenhang weist Dirk Messner (2012) vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik darauf hin, dass die Bevölkerung Asiens in den nächsten 20 Jahren um weitere 1,3 Milliarden Menschen wachsen wird. Im gleichen Zeitraum werden die Investitionen in die Infrastruktur Asiens eine Größenordnung erreichen, die dem Zweieinhalbfachen aller Infrastrukturinvestitionen Europas seit dem Beginn der industriellen Revolution entspricht. Schon die erste große Beschleunigung der Weltwirtschaft von 1950 bis zum Jahre 1990 mit ihrem Wohlstandszuwachs für etwa 1 Milliarde Menschen führte dazu, dass in vielen Bereichen die Grenzen des Systems Erde überschritten und künftige Generationen belastet wurden. Es bedarf keines großen Sachverständigen, um sich auszumalen, was die zweite gro-

ße Akzeleration bei *business as usual* für die großen Ökosysteme der Erde, die nicht erneuerbaren Ressourcen und zukünftige Generationen bedeuten würde.

**Das Grundübel: ein nicht nachhaltiger Produktions- und Konsumstil sowie das Fehlen notwendiger Rahmenbedingungen**

Seit Jahrzehnten warnen Wissenschaftler vor einem Kollisionskurs unserer wirtschaftlichen Aktivitäten mit dem System Erde, eine Warnung, die vor dem Hintergrund der zweiten Beschleunigungswelle der Weltwirtschaft an Dringlichkeit zunimmt. Was sind dies für Aktivitäten, und was an ihnen ist nicht nachhaltig?

Grundsätzlich hat alles Wirtschaften – ob in der Agrarwirtschaft, der Industrie oder dem Dienstleistungsbereich – nur ein Ziel: die Produktion von Gütern und Dienstleistungen für den Endverbraucher. Nicht nachhaltig daran ist einerseits der vornehmlich in den Industrieländern verschwenderische und unaufhaltsam steigende Ressourcen- und Energieverbrauch, der fördert wird durch die Abhängigkeit der Gesellschaft von einem exponentiellen Wirtschaftswachstum, mit gravierenden Folgen für die Ökosysteme der Erde. Andererseits zwingen in der Realwirtschaft die gegenwärtigen Rahmenbedingungen Unternehmer und Manager dazu, sich aus Wettbewerbsgründen nicht nachhaltig zu verhalten. Nahezu alle Probleme der Nachhaltigkeit lassen sich auf den Konsum, die Art und Weise, wie Güter und Dienstleistungen für diesen Konsum produziert werden, sowie auf fehlende Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung zurückführen.

#### *Der private Konsum – tragende Säule der Wirtschaft*

Die Bedeutung des privaten Konsums als tragender Säule der Wirtschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Wurzeln des nicht enden wollenden Konsumrausches in den Industrieländern und den urbanen Regionen der Schwellenländer



reichen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zurück, als in den USA die Angst aufkam, mit dem Abebben der Rüstungsauftragsdrohe wieder Massenarbeitslosigkeit. Findige Ökonomen machten daher den Vorschlag, den privaten Konsum anzukurbeln und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Idee war unglücklich erfolgreich. Schon im Jahr 1955 formulierte Victor Lebow, ein amerikanischer Marketingfachmann, ein neues Konsumleitbild: »[...] unsere ungeheuer produktive Wirtschaft verlangt, dass wir den Konsum zu unserem Lebensstil und den Kauf und die Nutzung von Gütern zu einem Ritual machen, dass wir unsere spirituelle Befriedigung und die Erfüllung unseres Selbst im Konsum suchen.« (Worldwatch Institute 2010: 49) Dieses Leitbild hat im Laufe der Jahrzehnte seinen Siegeszug um die Welt angetreten und ist heute dabei, auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern Fuß zu fassen.

Um den privaten Konsum zur tragenden Säule des Wirtschaftswachstums zu machen, bedurfte es aber einer Reihe flankierender Maßnahmen, allen voran das Hervorrufen ständig neuer Bedürfnisse beim Verbraucher. Fanden die neuen Produkte in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit relativ geringem Werbeaufwand ihren Absatz, änderte sich dies, als die Unternehmen zunehmend auf gesättigte Märkte stießen – mehr als ein Radio, eine Waschmaschine, eine Geschirrspülmaschine etc. in einem Haushalt waren zunächst nicht abzusetzen. Die kreativen Möglichkeiten in der Schöpfung neuer oder vermeintlich neuer Bedürfnisse, für die seitens der Verbraucher bisher keine Nachfrage bestanden hatte und deren Befriedigung in der Regel auch keinen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität leistet, wurden daher perfektioniert.

Das hat in den letzten Jahrzehnten zu einer ungeheuren Verschwendung und unglaublichen Aufblähung der Sortimente in die Breite und Tiefe geführt. So umfasst zum Beispiel das Lebensmittel Sortiment in Deutschland inzwischen etwa 150 000 Artikel. Im sogenannten Non-Food-Bereich geht die Artikelauswahl ins Astronomische. »Bei Starbucks lässt sich aus 87 000 ver-

schiedenen Kaffeeangeboten wählen. BMW bietet 1031 verschiedene maßgeschneiderte Autos an, das entspricht der Masse der Sonne in Kilogramm«, ist im »Handbuch für eine nachhaltige Welt« nachzulesen (Blaufelder et al. 2010: 137).

Mit zunehmender Sättigung der Märkte musste die Werbung verfeinert und intensiviert werden. Heute herrscht sie uns allumfassend – bis in den privatesen Bereich hinein. So verwendet es nicht, dass die weltweiten Werbeaufwendungen der Wirtschaft inzwischen jährlich etwa 640 Milliarden US-Dollar erreicht haben. Die Ironie für den Verbraucher: Diese Aufwendungen werden über die Preise auf ihn abgewälzt.

Ein bezeichnendes Licht auf die Wirksamkeit der heutigen Werbung wirft eine Studie aus den USA, die Ende der 1990er Jahre erschienen ist. Die CEOs großer amerikanischer Unternehmen wurden darin nach ihrer Einstellung zur Werbung befragt. 90 Prozent von ihnen gaben an, dass sie kein einziges neues Produkt ohne Werbung verkaufen könnten, 85 Prozent meinten, ihre Werbung sei so gut, dass sie Produkte verkaufen, die die Verbraucher gar nicht benötigten, und immerhin noch 51 Prozent waren der Auffassung, dass sie dank ihrer Werbung Produkte verkaufen, die die Konsumenten gar nicht wollten (Latouche 2009: 17). Um die Kauflust der Konsumenten weiter anzukizen, wurde der leicht zugängliche Konsumentenkredit entwickelt, der seinen vorläufigen Höhepunkt in der Plastikkreditkarte gefunden hat. Wie sehr die Verbraucher im erhofften Sinne reagieren, zeigt die Statistik in den USA: Die gesamten Konsumentenkredite belaufen sich dort inzwischen auf ungefähr 2,5 Billionen US-Dollar.

Eine weitere flankierende Maßnahme zur Umsatzsteigerung, die im krassen Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung steht, ist der Bereich der geplanten Obsoleszenz. Der Begriff meint die fest eingeplannte »Verschleißzeit« einzelner Komponenten schon beim Design von Produkten. Nachweislich begann diese Praxis bereits in den 1920er Jahren bei den Glühbirnen, als die Oligopolisten in den USA und in Europa beschlossen,

die durchschnittliche Brenndauer der Glühfäden von 2500 auf 1000 Stunden zu reduzieren. Es wurden entsprechende Verträge abgeschlossen und hohe Geldstrafen bei Nichteinhaltung vereinbart. Zwar flog das Karrell auf, aber an der Praxis hat sich vermutlich bis heute nichts geändert. Ein sehr schönes Beispiel brachte der TV-Sender ARTE im April 2011 in einer Sendung zum Thema Obsoleszenz. Ein französischer Student hatte sich einen neuen Drucker gekauft, der viel zu früh »seinen Geist aufgab«. Alle Reklamationen beim Händler und Hersteller mündeten in der Aufforderung, einen neuen zu kaufen, eine Reparatur sei nicht möglich und würde im Übrigen auch höhere Kosten verursachen als ein Neukauf. Der Student fand dann im Internet einen russischen Ingenieur, der herausgefunden hatte, dass in dem besagten Drucker ein Chip eingebaut ist, der nach einer bestimmten Anzahl von Druckvorgängen dafür sorgt, dass sich der Drucker »aufhängt«. Der Ingenieur bot kostenlos eine Software an, mit deren Hilfe der eingebaute Chip wieder auf null gesetzt werden und der geplante Defekt des Druckers rückgängig gemacht werden konnte.

Dieser Form, ohne Rücksicht auf Ressourcen- und Energieverbrauch zusätzliche Umsätze zu generieren, begegnen wir allerorts, meist allerdings nur schwer nachweisbar. Eine Variante ist in diesem Zusammenhang der Zwang, bei defekten Produkten nur ganze Baugruppen auszuwechseln zu können, sofern Reparaturen überhaupt möglich sind. Die Preise hierfür sind wegen angeblich hoher Lagerkosten aber in der Regel so hoch, dass ein Neukauf angesichts des Alters des Produktes dann oft sinnvoller erscheint. Im Automobilbereich scheint es notwendig zu sein, dass sich Zulieferer aufgrund des enormen Preisdrucks der Autokonzerne gezwungen sehen, Qualitätsstandards abzusensen. Dies wird toleriert, solange während der Garantiezeit keine Probleme auftreten. Angesichts des Wachstumszwangs, unter dem Unternehmen stehen, ist ihr Verhalten betriebswirtschaftlich nachvollziehbar. Wer möchte ein Produkt herstellen, das nach 20 Jahren noch immer gute Dienste leistet und nicht

ersetzt werden muss? Unter dem Gesichtspunkt globaler Ressourcen- und Energieknappheit sind diese »Sollbruchstellen« weltweit eine ungeheure Verschwendung und völlig inkompatibel mit den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung. Neben dem beschriebenen Verzicht auf Reparierbarkeit, der vor allem bei Elektroartikeln gang und gäbe ist, müssen auch immer häufigere Modellwechsel sowie der »psychologische« Verschleiß im Bereich der Mode in diesen Zusammenhang eingeordnet werden.

Wir betreiben also in vielen Bereichen unserer Lebens- und Konsumwelt eine gedankenlose, manchmal auch rücksichtslose Verschwendung von Ressourcen und Energien und haben uns unter dem Einfluss sich wandelnder Werte zu einer Wegwerfgesellschaft entwickelt. In den Industrienationen landet ein Drittel der Nahrungsmittel auf dem Müll, während gleichzeitig eine Milliarde Menschen Hunger leiden. Im Nichtnahrungsmittelbereich ist die Lage nicht besser: 80 Prozent der Verbrauchsgüter werden nach ein- bis zweimaligem Gebrauch weggeworfen. Das Ausmaß dieser Wegwerfmentalität lässt sich sehr anschaulich an dem stetig wachsenden Plastikreppich im Pazifik zwischen Hawaii und Kalifornien zeigen. Diese gigantische Müllkippe hat inzwischen die Größe Mitteleuropas erreicht. Insgesamt – schätzen Wissenschaftler – schwimmen in den Weltmeeren etwa 100 Millionen Tonnen Plastik, die nie mehr entsorgt werden können und auf lange Jahrzehnte unter Abgabe auch giftiger Substanzen von Sonne und Salzwasser allmählich aufgelöst werden. Wie viele Meeresebewohner daran elend zugrunde gehen werden und was davon einmal in die Nahrungskette gelangen kann oder wird, wird noch Generationen beschäftigen.

Der Aufblähung der Sortimente entspricht die Unüberlegtheit unserer täglichen Kaufentscheidungen. Erst sie machen das ganze Ausmaß der Verschwendung von Ressourcen und Energien, aber auch das Potential von Einsparungen deutlich. Die größte Verschwendung erfolgt durch den Kauf von Produkten, die nichts mit Lebensqualität zu tun haben. Ich behaupte, dass

in den Industrienationen mindestens 20 Prozent des Konsums Ramschware betrifft. Diese nicht zu kaufen bedeutete keinen Verzicht auf Lebensqualität, sondern spart Kaufkraft und kann zu »Zeitwohlstand« beitragen. Von allen größeren Industrienationen scheinen wir in Deutschland das Land zu sein, das im Lebensmittelbereich am wenigsten Wert auf Qualität legt. Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am verfügbaren Einkommen ist in Deutschland von rund 40 Prozent 1960 auf 11 Prozent im Jahr 2010 gesunken. Das spiegelt sich auch bei der Entwicklung der unterschiedlichen Handelsformen wider. So haben die Lebensmitteldiscounters mit ihrem begrenzten Sortiment von 1000 bis 1500 Artikeln inzwischen einen Marktanteil von über 50 Prozent. Ihr Erfolg beruht in erster Linie auf der Preisführerschaft quer durch die Sortimente. Nur kann eine 100-Gramm-Tafel Vollmilchschokolade zu einem Preis von 35 Cent kaum etwas mit Qualität zu tun haben: Die Kosten des Einkaufs von Milch, Zucker, Kakao von der Elfenbeinküste, die Kosten der Herstellung, der Verpackung und des Transports bis in den Supermarkt begrenzen bei diesem Verkaufspreis drastisch das Potential für Qualität, zumal ja noch alle – vom Zulieferer über den Hersteller bis zum Einzelhändler – an der Schokolade Geld verdienen wollen.

Die Beispiele lassen sich unbegrenzt fortführen. Der deutsche Verbraucher erwartet auch beim Kauf von Fleisch- und Wurstwaren erste Qualität, aber zum Discountpreis. Es ist daher völlig logisch, dass in Deutschland 96 Prozent des gesamten Fleisch- und Geflügelmisatzes aus der Massentierhaltung stammen, nur so lassen sich Discountpreise betriebswirtschaftlich rechtfertigen. Das Argument, Produkte aus artgerechter Tierhaltung können sich Verbraucher nicht leisten, kann wohl nicht auf 96 Prozent unserer Bevölkerung zutreffen. In diesem Zusammenhang muss auch berücksichtigt werden, dass die deutsche Markenartikelindustrie das Problem hat, den Preisabstand zu den Billigprodukten nicht zu groß werden zu lassen, weil sonst der eigene Absatz gefährdet ist. Natürlich werden so anderer-

seits Preisgrenzen für die eigene Qualität gesetzt. Gerade im Bereich der Ernährung muss beim deutschen Verbraucher die Einsicht zunehmen, dass Qualität ihren Preis hat. Nur über diesen Weg könnten wir u. a. zu einem signifikanten Ausbau der ökologischen Landwirtschaft kommen, deren Anteil bei uns noch immer bei 5 Prozent dümpelt.

Darüber hinaus beeinflussen wir mit unseren Kaufentscheidungen den Klimawandel, indem wir Produkte mit langen Transportwegen (CO<sub>2</sub>-Emissionen) kaufen, obwohl es regionale Alternativen gibt: Lammfleisch aus Neuseeland, Flaschenbier aus China, Japan oder der Türkei, Schnittblumen aus Kenia und Brasilien oder im Winter Erdbeeren aus Israel und Florida. Sowohl für den Klimaschutz, für den Erhalt des Regenwaldes, für die Welternährung wie für die eigene Gesundheit könnte jeder Einzelne einen nennenswerten Beitrag leisten, indem er seinen Fleischkonsum reduziert: Zwei- bis dreimal Fleisch pro Woche erfordert keine große Umstellung der Ernährungsgewohnheiten.

Auch verschärften wir mit unseren Kaufentscheidungen die Wasserknappheit in bestimmten Regionen der Welt. Deutschland importiert jährlich 80 000 Tonnen Schnittblumen aus Kenia, weltweit exportiert das afrikanische Land sogar 52 Millionen Tonnen. Für die Aufzucht einer Rose werden dort 5 Liter Wasser verbraucht, während 3 Millionen Kenianer keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

In einer Jeans stecken ungefähr 8000 Liter sogenanntes virtuelles Wasser, in einem T-Shirt etwa 1200 Liter. Durch den Anbau von Baumwolle am Aralsee kommt es in dieser Region zu Wüstenbildung und Versalzung. Aber auch im Dienstleistungsreich verschwenden wir CO<sub>2</sub>-Emissionen. So verursacht ein Flug auf die Malediven pro Kopf 5 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen, im Frühjahr und Herbst schießen die Heizpilze vor Restaurants und Cafés im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Boden und werden überwiegend dankbar von den Kunden angenommen. Noch gravierender sind sommerliche Besuche von Skihallen.

Diese oft gedankenlose Verschwendung der Konsumenten

wird durch die Tatsache begünstigt, dass »unsere Kaufentscheidungen [...] vollständig von der Produktion entkoppelt sind. Per Mausklick setzen wir eine weltumspannende Maschinerie hoch-effizienter Warenströme in Gang, bis schließlich – wie durch ein Wunder – das gewünschte Produkt im Briefkasten liegt. Und auch beim Griff ins Supermarktregal stellt sich kaum jemand die Frage, wie viele und welche Ressourcen, Energie und Arbeit in die Produktion des Artikels geflossen sind. Die suggerierte Einfachheit des Konsums spiegelt noch nicht einmal im Ansatz die Komplexität und die teils gravierenden Folgen der globalen Warenwirtschaft wider.« (Blaufelder et al.: 136)

Eine andere weitverbreitete Form der Verschwendung von Ressourcen und Energien betrifft die Herstellung eines Produktes und wird im sogenannten »ökologischen Rucksack« (Schmidt-Bleek 2007) gemessen. Das Gewicht eines Produktes ist um ein Vielfaches kleiner als die Gesamtmenge der natürlichen Ressourcen, die zur Erzeugung notwendig war. So wurden »im Deutschland der neunziger Jahre bei der Autoherstellung pro Tonne Auto rund 29 Tonnen Abfall produziert« (McNeill 2005: 328). Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat den ökologischen Rucksack für viele Produkte und Dienstleistungen berechnet.<sup>3</sup> Jedes Kilogramm Industrieprodukt hat einen ökologischen Rucksack von durchschnittlich 30 Kilogramm, eine Reihe von Produkten liegt deutlich darüber: Ein 9 Gramm schwerer Computerchip hat einen ökologischen Rucksack von 20 Kilogramm, ein 2,8 Kilogramm schwerer Laptop einen von 434 Kilogramm, 1 Tonne Kupfer einen von 600 Tonnen, 1 Tonne Gold einen von 500 000 Tonnen. Da die Zeit der leicht abbaubaren Rohstoffe im Wesentlichen hinter uns liegt, müssen wir deren Abbau mit immer größerem Aufwand und größeren Gefahren für die Umwelt betreiben. Umso dringlicher ist die Forderung nach Dematerialisierung unserer Lebens- und Konsumwelt.

3 <http://www.mips-online.info>

#### *Der Wachstumsimperativ*

Dem Wirtschaftswachstum haben sich weltweit alle anderen gesellschaftlichen Ziele unterzuordnen: Es beherrscht als Leitgedanke Politik, Unternehmer und Manager ebenso wie den Mann auf der Straße, der um seinen Arbeitsplatz bangt. Die letzte Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat dies überdeutlich gemacht. Was steckt hinter dieser geballten Erwartungshaltung an das Wachstum?

Werden wir zunächst einen Blick auf die Industrieländer. Für Politik und Gewerkschaften stehen die Schaffung neuer oder zumindest die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze, das Eröffnen immer neuer Verteilungsspielräume, die Sicherung der Sozialsysteme sowie volle Staatskassen im Vordergrund. Für Unternehmer und Manager hingegen soll Wachstum in erster Linie die Marktmacht stärken und damit die Voraussetzung höherer Gewinne schaffen. Dieses *jobless growth* wird vom Markt gewünscht und honoriert.

Obwohl die Weltwirtschaft in den letzten zehn Jahren um jährlich durchschnittlich 5 Prozent gewachsen ist, konnten weder Vollbeschäftigung noch nennenswerte Lohnsteigerungen und noch viel weniger volle Staatskassen in den Industrieländern erzielt werden. Lediglich die Unternehmensgewinne und die höheren Einkommen haben in diesem Zeitraum kräftig zugelegt. Anders in den Schwellenländern: Dort ist durch das Wachstum für 300 bis 400 Millionen Menschen erstmals materieller Wohlstand geschaffen worden.

Es besteht daher breiter Konsens, dass in den Entwicklungs- und Schwellenländern Wirtschaftswachstum weiterhin unabdingbar ist, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Kontrovers wird die Entwicklung in den Industrienationen diskutiert. Eine Minderheit in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft fordert eine drastische Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs, um Wachstumsspielräume für die Entwicklung in der Dritten Welt zu schaffen. Es sei nicht vertretbar, in gesättigten Märkten ohne Rücksicht auf die Folgen weiteres

Wachstum durchzusetzen. Eine Mehrheit in Politik, Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften vertritt dagegen die Auffassung, dass auch in den Industrienationen Wirtschaftswachstum zur Stabilität der Gesellschaft unabdingbar sei. Um es zu rechtfertigen, wird auf die Bestrebungen der globalen Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- und Energieverbrauch verwiesen. Alle Hinweise auf den aufgestauten Bedarf in den Schwellen- und Entwicklungsländern, der eine Entkopplung auf Jahrzehnte unwahrscheinlich macht, sowie die Tatsache, dass schon die Höhe des heutigen Ressourcenverbrauchs eine längerfristige nicht zu verantwortende Belastung des Systems Erde sowie ein Raubbau an den Bedürfnissen zukünftiger Generationen ist, werden von dieser Mehrheit ignoriert.

Jeder Zweifel an der Notwendigkeit unablässigen Wirtschaftswachstums war daher bis vor wenigen Jahren in Politik und Wirtschaft, bei den Gewerkschaften<sup>4</sup> und auch ganz überwiegend in den Wirtschaftswissenschaften tabu. Seit Mitte der 1990er Jahre ist der international renommierte Ökonom Herman E. Daly, lange Jahre Chefvolkswirt der Weltbank, einer der bekanntesten Kritiker des exponentiellen Wirtschaftswachstums. Er hat den Ausdruck *uneconomic growth* (Daly 2007: 17) geprägt. In Frankreich setzt sich insbesondere Serge Latouche seit Jahren kritisch mit dem Wirtschaftswachstum auseinander. In Deutschland wagten es nur einige wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unter ihnen Angelika Zahrt, Gerhard Scherhorn, Niko Paech und Dirk Löhr, dieses Tabu zu brechen. In Großbritannien war es vor allem Tim Jackson, der sich in seinem Buch »Wohlstand ohne Wachstum?« erstmals kritisch mit diesen Fragen auseinandersetzt. Bisher blieben diese Positionen aber ohne großen Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften.

<sup>4</sup> Die von der IG Metall vor 40 Jahren gestartete Initiative »Qualität des Lebens« mit einer Reihe produktiver Anregungen zu diesem Thema fand in der Wirtschaft damals keinen Anklang.

### Steigende Gewinnerwartungen

In diesem Zusammenhang muss ein Sachverhalt beleuchtet werden, der so gut wie nie thematisiert wird, der meines Erachtens aber eine mindestens so große Bedeutung als Treiber des Wachstums hat wie die Politik: die seit dem Ende des Kalten Krieges ständig gestiegenen Gewinnerwartungen im Weltfinanzsystem und, mit etwas Zeitverzögerung, die entsprechenden Ansprüche der Anteilseigner börsennotierter Unternehmen.

Die Hedgefonds, die Jahr um Jahr ihre Kapitalantelsieger mit Renditen jenseits von 20 Prozent verwöhnen, haben die Messlatte für Profitabilität für alle Wirtschaftsbereiche drastisch höher gelegt. So sind auch im Unternehmensbereich die Erwartungen an die Eigenkapitalverzinsung drastisch gestiegen. In der Finanzwelt sind derartige Renditeergebnisse nur durch hochspekulative Geschäfte und nie gekannte Hebel für kurzfristige Kredite möglich geworden. Heute wissen wir, dass diese Entwicklung in ein Weltfinanzspielkasino mündete, zu dessen Eigenschaften es gehört, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Man darf aber die Schuld nicht nur den SpekulantInnen dieser Welt geben. In den OECD-Ländern sind rund 30.000 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung der Alterssicherung angelegt, und auch die Manager dieser Fonds erwarten mittlerweile extrem hohe Renditen. Selbst Eliteuniversitäten wie Harvard, Yale oder Stanford verkünden stolze Renditen des Stiftungskapitals von jährlich 18 bis 20 Prozent. So hat Harvard sein Kapital von 2002 bis 2006 von 18 auf 38 Milliarden Dollar in diesem Weltspielkasino aufstocken können, verlor jedoch kurz darauf in der Weltfinanzkrise wieder 10 Milliarden.

Da in der Realwirtschaft diese Art von »Wertschöpfung« nicht möglich ist, müssen Unternehmensmanager mit anderen Methoden die gestiegenen Gewinnerwartungen erfüllen. Dies hat u. a. zu einem Verlust längerfristiger Perspektiven im Unternehmen geführt.

Ein kurzer Blick auf das gegenwärtige Umfeld der Großunternehmen und ihrer Manager lässt erkennen, von welchen Kriterien

en ihre Entscheidungen beeinflusst werden. Der wohl erfolgreichste und angesehenste Kapitalinvestor der letzten 40 Jahre, Warren Buffett, sprach im Frühjahr 2011 öffentlich über seine Unternehmensphilosophie. Für ihn sei bei Unternehmen, in die er investiere, vor allem ihre Preissetzungsmacht entscheidend, äußerte er freimütig. Das Management schaue er dabei manchmal überhaupt nicht an. »Wer die Macht hat, die Preise anzuhoben, ohne Umsatz an die Konkurrenz zu verlieren, hat ein hervorragendes Geschäft. Und wer vor einer Preiserhöhung um 10 Prozent erst einmal ein Stoßgebirgen Himmel schicken muss, hat ein fürchtbares Geschäft.« (Buffett 2011) In seinem Portfolio befinden sich unter anderem Aktien von Eisenbahnbetreibern und Stromerzeugern, deren Preissetzungsmacht auf dem Mangel an Alternativen für die Kunden beruht. Kürzlich hat er auch ein größeres Aktienpaket bei der Münchner Rück erworben. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, dass Buffett bei einem Börsengang der Deutschen Bahn AG einer der ersten Großinvestoren geworden wäre.

Es lässt sich also nachvollziehen, wie die Spitzenmanager der 500 großen transnationalen Konzerne, die im Jahr 2005 rund 53 Prozent des Weltsocialproduktes kontrollierten, reagieren, wenn alle drei Monate Finanzanalysten im indirekten Auftrag der Anteilseigner immer wieder die gleichen Fragen stellen: Wie war die Umsatz- und Gewinnentwicklung der letzten drei Monate, und wie ist der Ausblick für den Rest des Jahres? Dabei erwarten die Analysten inzwischen bei den Quartalsergebnissen Steigerungen sowohl beim Umsatz als auch beim Gewinn von 5 bis 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine jährliche exponentielle Steigerung von 5 Prozent bedeutet eine Verdopplung von Umsatz und Gewinn alle 14 Jahre, bei 10 Prozent entsprechend alle sieben Jahre.

Werden die Erwartungen der Finanzwelt nicht erfüllt, wird das jeweilige Unternehmen an der Börse abgestraft, das heißt, der Aktienkurs fällt, und damit sinkt der Unternehmenswert. Das können sich auch Spitzenmanager nicht häufig oder auf

längere Sicht leisten, sonst werden sie – allerdings oft mit fürstlicher Abfindung – gefeuert, und »draußen« warten schon begierig neue Aspiranten auf diesen Spitzenjob. Beispiele dafür gab es in den letzten zehn Jahren im Bereich der Großunternehmen weltweit zu Dutzenden.

Folglich werden die Manager versuchen, die Erwartungen der Eigentümer zu erfüllen. Die probatesten Mittel einer kurzfristigen Gewinnmaximierung sind das Ausschöpfen aller Kostententative, insbesondere eine massive Absenkung der Arbeitskosten durch Lohnsenkung und Flexibilisierung, durch den ein volkswirtschaftlich schädlicher Niedriglohnsektor mit allen Gefahren der Altersarmut entstanden ist, Verzicht auf Rationalisierungsinvestitionen, deren Return länger als drei bis vier Jahre beträgt, Optimierung des internen Wachstums in der Regel durch Verdrängungswettbewerb mit Hilfe verstärkter Werbung, und falls das nicht ausreicht, freundliche oder feindliche Übernahmen von Konkurrenten – zur Hebung sogenannter Synergien, das bedeutet in der Regel: Personalkostenabbau durch Zusammenlegung von Verwaltung, Vertrieb und Logistik, Konzentration der Einkaufsmacht etc. Weil die zunehmende Größe von Unternehmen also mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden ist, fördern steigende Gewinnerwartungen Übernahmen und Fusionen in allen Wirtschaftssektoren. So wird betriebswirtschaftlich verständlich, dass beispielsweise der Vorstand der Deutschen Börse AG erklärt, dass Unternehmen müsse mit der New York Stock Exchange (NYSE) fusionieren, um konkurrenzfähig und entsprechend profitabel zu bleiben. Dasselbe würde jedoch über kurz oder lang auch für das fusionierte Unternehmen gelten. Wieder wäre eine Fusion oder Übernahme notwendig, und die Spirale dreht sich weiter. Dies gilt für alle Branchen. Daraus folgt, was Jürgen Randers so charakterisiert: »Ich muss also den Stimmen beifolichten, die vortringen, dass ein innerhalb der brutalen Zwänge des reinen Kapitalismus agierendes Unternehmen wenig bis keine Möglichkeit hat, sich an der Bewältigung der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu beteiligen« (Randers 2012: 253).

Darüber hinaus versuchen Manager transnationaler Unternehmen, die Besteuerung von Gewinnen im Rahmen gesetzlicher Möglichkeiten in Steuerländern zu verlagern, zum Beispiel durch Erhebung von Lizenzgebühren oder Belastung mit innerbetrieblichen Darlehenszinsen. Die großen Konzerne unterhalten dafür oft ganze Stäbe. Auch das ist ein Beitrag, die Rendite nach Steuern signifikant zu Lasten der Allgemeinheit zu erhöhen.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Konzentration in der Wirtschaft immer weiter zunimmt und länger sinnvolle Größenordnungen überschritten hat. Diese schmerzliche Erkenntnis muss die Weltöffentlichkeit gegenwärtig zum Beispiel im Bankensektor verdauen. Einzelne Banken sind so groß geworden, dass deren Zusammenbruch erheblichen gesamtwirtschaftlichen Schaden verursachen könnte – dies nennt man dann »systemrelevant«. Billionen von US-Dollar mussten bisher zur Rettung des Weltfinanzsystems aufgewendet werden, ohne dass Vorkahrungen getroffen worden sind, damit sich solche Vorgänge nicht wiederholen können. Auch aus diesem Blickwinkel nähern wir uns den Grenzen des Wachstums.

Dies alles macht deutlich, dass die großen Treiber des Wirtschaftswachstums die Politik und die ständig steigenden Umsatz- und Gewinnerwartungen der Kapitalanleiher und potentieller Kapitalgeber sind. So muss dem Resümee von Dirk Löhr zugestimmt werden: Das ursprüngliche Ziel des Wirtschaftens war »[...] die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen. [Heute] verkehren sich Zweck und Mittel: Die Bedürfnisse werden gestaltet, um die Renditeinteressen der Anteilseigner zufriedenzustellen.« (Löhr 2008: 273)

#### *Externalisierung von Kosten*

Ein besonders gravierender Faktor nicht nachhaltigen Wirtschaftens ist die Möglichkeit der Externalisierung von Kosten. In diesem Zusammenhang sind Unternehmer und Manager in vielen Bereichen ihrer Aktivitäten aus Wettbewerbsgründen gezwungen, sich nicht nachhaltig zu verhalten (Problem der *free*

*riders*). Dies führt dazu, dass nahezu alle Preise im Weltwirtschaftssystem »falsch« sind (Bernad Meyer), weil die Folgekosten der Gewinnung und des Verbrauchs von fossilen Energieträgern und Natursourcen nicht verursachungsgerecht einzelnen Produzenten und Dienstleistungen zugerechnet werden können, sondern von der Allgemeinheit heute, morgen oder in fernerer Zukunft getragen werden müssen. Ein klassisches Beispiel sind die »ewigen Kosten« des Steinkohlebergbaus: Das Abpumpen des Wassers aus ehemaligen Gruben verursacht jährlich Kosten in Höhe von 200 Millionen Euro, die durch eine Stiftung, die sich aus den ursprünglichen Erlösen speist, aufgebracht werden müssen.

Diese ökologisch nicht wahren Preise haben nicht nur bizarre Strukturen der Arbeitsleistung in der Weltwirtschaft verursacht, sondern auch auf Unternehmensebene die Rationalisierungsinvestitionen auf den Faktor Arbeit konzentriert. So konnte sich im Rahmen der Globalisierung die internationale Arbeitsteilung allein an den Kriterien der Profitmaximierung ausrichten, ohne ökologische und soziale Fragen zu berücksichtigen. Folgerichtig kam es sehr schnell zu drastischen Verlängerungen von Wertschöpfungsketten in sehr vielen Unternehmen der Industrieländer.

Ein Beispiel aus der Schuhbranche: Ein italienischer Schuhfabrikant kauft Tierhäute in Brasilien und lässt sie dort gerben. Das lohnintensiv Zuzuschneiden des Oberleders wird in China, das einfachere Anfertigen der Schuhsohlen in Marokko erledigt. Oberleder und Sohlen werden dann nach Italien transportiert, dort zusammengeklebt und als italienischer Schuh unter anderem per LKW über den Brenner nach Deutschland befördert. Noch drastischer ist ein Beispiel aus der Textilindustrie: »Für ein T-Shirt [...] verläuft zum Beispiel die Wertschöpfungskette vom Baumwollanbau im Punjab und der Spinnerei in Lahore zur Färberei in Vietnam und zur Näherei in Südhina, die wiederum einem schwedischen Markenhersteller zuliefert, der seinerseits nach den Vorgaben eines Designbüros in Mailand und



einer Marketingfirma in der Schweiz die Hemden über eine Einzelhandelskette in deutschen Städten absetzt. « (Wuppertal Institut 2005: 149)

Schottische Langusten werden nach Thailand geflogen, dort gepult und per Luftfracht zurücktransportiert. Ähnliches kennen wir von den Bismar Krabben, die zu diesem Zweck nach Marokko gebracht werden.

Wenngleich man über die Höhe der verlässlichen Zuordnung externalisierter Kosten beim Big Mac von *McDonald's* trefflich streiten kann, zeigt ein Bericht des Zentrums für Wissenschaft und Umwelt in Indien, dass eines der erfolgreichsten Geschäftsmodelle (Fast Food) der letzten 50 Jahre ohne die Möglichkeit der Externalisierung von Kosten wohl nie die Welt erobert hätte. Würden nämlich alle ökologischen, sozialen und ernährungsbedingten Folgekosten zum Beispiel einem Big Mac zugerechnet, müsste dieser statt 4 insgesamt 200 US-Dollar kosten (Patel 2010: 62). Das Problem ist, diese Kosten fallen in der Tat an, entweder heute, morgen oder in der Zukunft, nur werden sie nicht vom Verursacher, sondern vom Steuerzahler beglichen.

Bedeutung ist das Fehlen der ökologisch wahren Preise auch bei den unglaublich erfolgreichen Rationalisierungsinvestitionen in den Unternehmen in den letzten 60 Jahren. Da der Faktor Arbeit durch das ständige Steigen der Lohnnebenkosten künstlich verteuert wurde und da Ressourcen und fossile Energien staatlich subventioniert wurden, ergab und ergibt betriebswirtschaftlich Sinn, diesen Faktor wo immer möglich durch technologische Investitionen wegzurationalisieren. So ist in den vergangenen Jahrzehnten zunächst sinnvollerweise Schwerarbeit vom Menschen auf Maschinen verlagert worden. Denken wir nur an die Landwirtschaft. In Deutschland waren im Jahr 1950 etwa 25 Prozent der Erwerbstätigen in diesem Sektor beschäftigt, heute sind es noch rund 3 Prozent. Allerdings sind inzwischen viele Arbeiten aus rein betriebswirtschaftlichen Kostengründen auf Maschinen und Roboter verlagert worden. Viele dieser Verlagerungen würden sich bei Einführung ökologisch

wahrer Preise nicht rechnen, der Prozess verliefte eher umgekehrt. Eine moderne Rübenentermaschine mit einem Fahrer ersetzt etwa 30 Landarbeiter. Unbeachtet bleiben dabei die ökologischen Schäden, die die tonnenschwere Erntemaschine den Böden zufügt.

Zwei weitere Beispiele: In den letzten fünf Jahren sind in der EU etwa 400 000 Bankautomaten von der Finanzwirtschaft installiert worden. Wenn ein Bankautomat nur ein Viertel einer Arbeitskraft am Bankschalter einspart, sind damit 100 000 Arbeitskräfte freigesetzt worden. Ein anderes Beispiel aus unseren Kommunen: Eine Arbeitskraft mit einem sogenannten Laubbläser zu »bewaffnen« ersetzt zwei bis drei Arbeitnehmer, die bisher Straßen und Parks gefegt oder geharkt haben. Betriebswirtschaftlich ist das alles sinnvoll, volkswirtschaftlich sieht die Rechnung anders aus. Würden heute die Folgekosten des Klimawandels verursachungsgerecht den entsprechenden Produkten und Dienstleistungen zugerechnet, hätten wir dramatische Veränderungen in den Strukturen der Weltwirtschaft.

#### *Beschleunigung*

Inbesondere von den Klimaskenariokern kommt das Argument, steigende durchschnittliche Temperaturen der Erde und als Folge ein sich veränderndes Klima seien erdgeschichtlich nichts Neues, daher sei die gegenwärtige Erderwärmung nur Teil einer natürlichen Entwicklung. Übersehen werden bei dieser Argumentation die jahrtausendelangen Zeiträume dieser Veränderungen. Nach Auffassung der überwältigenden Mehrheit der Klimatologen wird ohne wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz die durchschnittliche Erderwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts bei 4 bis 6 Grad Celsius gegenüber dem Beginn der industriellen Revolution liegen, was einem Anstieg um 4 bis 6 Grad in nur 350 Jahren gleichkommt: Das hat es in den letzten 500 000 Jahren unserer Erdgeschichte noch nicht gegeben.

Es ist die durch Menschen in diesem Zeitraum verursachte Beschleunigung aller Prozesse, die das System Erde überfordert.



So hat sich die Zahl der Menschen zwischen 1750 und 2000 mehr als versechsfacht, aber noch viel wichtiger ist die Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivitäten dieser Menschen im gleichen Zeitraum: » Die industrielle Arbeitsproduktivität steigerte sich zwischen 1750 und 1990 um das 200fache, so dass Arbeiter heute in einer Woche so viel produzieren wie ihre Vorgänger im 18. Jahrhundert in vier Jahren. Allein im 20. Jahrhundert stieg die weltweite industrielle Warenproduktion um das 40fache.« (McNeill: 333 f.) Damit einher gingen drastisch gestiegene Ressourcen- und Energieverbräuche mit allen Folgewirkungen für das System Erde. Die moderne Gesellschaft löst nahezu alle Allokationsprobleme nach der Konkurrenzlogik. Hartmut Rosa sieht hierin die treibende Kraft für die Beschleunigung: »Fast alles, was wir zu verteilen haben, verteilen wir über die Wettbewerbslogik. Und was ist der Maßstab im Wettbewerb? Es ist die Leistung. Und wie ist Leistung definiert? Als Arbeit pro Zeiteinheit. Und deshalb meine ich, dass in der Wettbewerbslogik das Beschleunigungsprinzip so tief verankert ist, dass es nahezu unmöglich wird, genuin zu entschleunigen.« (Rosa 2012: 54) Rosa unterscheidet drei Arten von Beschleunigung: die technische, die des sozialen Wandels und die Beschleunigung des Lebensstemplos. Alle drei spielen, bezogen auf Nachhaltigkeit, eine wesentliche Rolle. An dieser Stelle möchte ich nur die technische kurz kommentieren.

Dank technologischer Innovationen im Transportwesen, in der Kommunikation und im IT-Bereich haben sich die Produktionsprozesse insbesondere in den letzten 40 Jahren noch einmal drastisch beschleunigt, und die rasante Entwicklung in diesem Sektor wird die Prozesse noch weiter beschleunigen. Im Rahmen des kulturellen Diskurses muss die Gesellschaft vor dem Hintergrund einer neuen Vision von Lebensqualität entscheiden, welche Formen der Beschleunigung zum Wohle der Gesellschaft angebracht und welche kritisch hinterfragt werden müssen. Dazu einige Beispiele:

- Die Erhöhung der Zuggeschwindigkeit von 160 Kilometer pro Stunde (km/h) auf 300 km/h führt zu einer Verdopplung des Energieverbrauchs.
- Die Anlieferung von Waren *just in time* durch Zulieferer hat vermehrte Transporte und die Verwandlung von Industrieanlagen in LKWs, die auf Autobahnen und Landstraßen unterwegs sind, zur Folge.
- Es werden immer größere und schnellere Flugzeuge gebaut, um immer mehr Menschen schneller und weiter zu transportieren. Die Zahl der Billigfluglinien ist weltweit auf inzwischen 120 gestiegen. Der Flugtourismus gehört zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftsbranchen. Als Folge werden weltweit Milliarden Dollar in den Bau neuer und die Modernisierung und Erweiterung bestehender Flughäfen investiert. – Im Hochfrequenzhandel der Börsen werden in Hundertsteln von Sekunden täglich Geschäfte in der Größenordnung von Hunderten von Milliarden abgewickelt, die keinen Bezug zur realen Wirtschaftswelt haben.
- Auch in Bereichen, in denen es um unsere Gesundheit und um unsere Lebensqualität geht, machen die Beschleunigungsprozesse dank Kraftfutter, Chemie, Antibiotika und Hormonen nicht halt. Während ohne diese Hilfsmittel früher ein Ferkel 12 bis 18 Monate bis zur Schlachtreife gefüttert wurde, ist es heute nach fünf Monaten schlachtreif, ein Masthähnchen schon nach sechs Wochen. Ein Legehuhn »durfte« früher bis zu 20 Jahre Eier legen, heute ist es im Durchschnitt nach 15 Monaten verbraucht, weil das Eierlegen in dieser Zeit rund um die Uhr akribisch geplant wird – eine Maus erlebt so ein Huhn nicht mehr. Auch bei Kälbern und Rindern läuft der Prozess ähnlich: Kraftfutter, Antibiotika und Wachstumshormone pervertieren die Funktion der Wiederkäuer. Etwa 70 Prozent der gesamten Agrarfläche der Erde bestehen aus Grünland, und nur Wiederkäuer sind in der Lage, aus Gräsern und Kräutern hochwertiges Eiweiß zu bilden (Idel 2010).

Ausblick: Was ist zu tun?

*Wie weiter mit dem Wirtschaftswachstum?*

Wir werden uns in Zukunft von dem weltweit gültigen Wirtschaftswachstumsimperativ alter Ordnung verabschieden müssen. Stattdessen werden wir unterscheiden müssen zwischen einem völlig legitimen Wirtschaftswachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern, das die Voraussetzung dafür ist, dass die Menschen in diesen Ländern ihre Grundbedürfnisse befriedigen können, und einem künstlich gepushten Wachstum in den gesättigten Märkten der Industrieländer, das trotzdem die Lebensbedingungen und -qualität nicht verbessert, sondern für einen großen Personenkreis deutlich verschlechtert hat. Ersteres wird in den nächsten 30 Jahren etwa 4 Milliarden Menschen die Möglichkeit zu bescheidenem Wohlstand eröffnen sowie die essentiell notwendige Infrastruktur in diesen Ländern auf- bzw. ausbauen. Dieses Wachstum dürfen und können wir nicht verhindern. Wir sollten jedoch auch in diesen Ländern eine Entwicklung fördern, die sich nicht unseren verschwenderischen Lebens- und Konsumstil zum Vorbild nimmt und die sich nicht unserer ressourcenschweren und energieintensiven industriellen Blaupausen bedient.

Das aber setzt bei den Industrienationen unabdingbar voraus, endlich den verschwenderischen Lebens-, Konsum- und Produktionsstil auf eine zukunftsfähige Größenordnung zu reduzieren und vorzuleben. Dies können wir in Demokratien nur durch Bildung für nachhaltige Entwicklung erreichen, ein mühsamer, aber langfristig erfolgversprechender Prozess. Wirtschaftswachstum darf in gesättigten heimischen Märkten nicht länger zum Imperativ erhoben werden. Freilich ist die überwältigende Mehrheit der Politiker in den Industrienationen noch davon überzeugt, nur bei genügend großem Wachstum die Aufgaben des Staates angemessen erfüllen zu können. Ich möchte am Beispiel der USA dieses scheinbar unwiderlegbare Argument in Frage stellen: Dieses Land wird immer noch als die große Wach-

tumslokomotive dargestellt, was in der Tat auch durch die relativ hohen Wachstumsraten der letzten Jahrzehnte untermauert wird. Die Ergebnisse dieser »Erfolgsgeschichte« sind jedoch bestränzend: Die USA hat sich zu einem der am höchsten verschuldeten Länder unter den großen Industrienationen entwickelt. Auch die US-Konsumenten haben inzwischen Schulden in Höhe von 2,5 Billionen Dollar angehäuft, und sogar die Schulden des Staates sind überwiegend in den Konsum geflossen. Amerikas Infrastruktur ist in einem desolaten Zustand. Straßen, Brücken, Schulen, Hochschulen (Ausnahme: die wenigen Eliteuniversitäten), öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitswesen, Altersvorsorge – alles ist erneuerungsbedürftig. Die *American Society of Civil Engineers* kommt im Jahr 2009 zu dem Ergebnis, dass für die US-Infrastruktur ein dringender Investitionsbedarf von etwa 2,2 Billionen Dollar besteht (Sachs 2011: 19). Es ist auch bezeichnend, dass Milliardäre in den USA öffentlich beklagen, dass sie ebenso wie die Großunternehmen weniger als 20 Prozent Steuern entrichten müssen, was sie als krass ungerecht empfinden. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst so immer weiter, der Mittelstand der USA rutscht nach unten ab, kurzum: Der so oft beschworene *trickle-down-effect* einer Wachstumsgesellschaft ist gänzlich ausgeblieben. Und dennoch: Im Falle eines Wahlsieges ihres Präsidentschaftskandidaten haben die Republikaner die Sanierung der Staatsfinanzen zum obersten Ziel erklärt, und zwar durch Ausgabenkürzungen, im Wesentlichen im Sozialbereich, sowie durch höhere Steuereinnahmen aus einem stärkeren Wirtschaftswachstum. Dieses Wachstum soll durch weitere Senkungen der Steuersätze erzielt werden. »Too many of America's elites – among the super-rich, the CEOs, and many of my colleagues in academia – have abandoned a commitment to social responsibility. They chase wealth and power, the rest of society be damned.« (Ebd.: 4f.)

Auch an zwei Beispielen aus Deutschland möchte ich aufzeigen, wie dringend notwendig es ist, das Wachstumsdogma zu hinterfragen. Gegenwärtig haben wir offiziell im Durchschnitt

des Jahres etwa 3 Millionen Arbeitslose, knapp 3 Millionen davon sind ungelernete Arbeitskräfte. Sie sind arbeitslos geworden, weil die Wirtschaft ihre Arbeitsplätze durch den Einsatz kostengünstigerer Maschinen wegrationalisieren konnte. Selbst ein hohes Wirtschaftswachstum würde diesen Arbeitnehmern keine Möglichkeit bieten, wieder in den Wirtschaftsprozess zurückzukehren. Das zweite Beispiel betrifft unsere allgemeinbildenden Schulen. Jährlich verlassen etwa 20 Prozent der Schüler ohne Abschluss die Schule. Hier ist Arbeitslosigkeit ebenfalls vorgeplant. Statt in Wirtschaftswachstum müssen wir massiv in Bildung und v.a. in Bildung für nachhaltige Entwicklung investieren, und zwar, wie sich hier zeigt, über alle Stufen unserer Gesellschaft.

Statt Wachstum durch ungebremsten Konsum benötigen die Industriestaaten politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Transformation in eine nachhaltige Entwicklung. Teil dieser Rahmenbedingungen muss die Sicherung eines angemessenen Einkommens für alle Arbeitnehmer und Renner so wie ein hinreichendes Steueraufkommen für die Aufgaben des Staates sein, etwa für Bildung, Infrastrukturinvestitionen, Umweltpolitik, Entwicklungshilfe etc. Dies bedingt eine gerechte Verteilung der Steuerlast nach Leistungsvermögen. Die Folge davon wären insbesondere in den angelsächsischen Ländern erhebliche Anhebungen der Steuersätze für Wohlhabende und Unternehmen. Insbesondere bei Letzteren muss darüber hinaus sichergestellt werden, dass Steuerbasen geschlossen und Gewinne dort versteuert werden, wo die Wertschöpfung anfällt. Die Möglichkeit pauschaler Steuerabkommen mit Unternehmen im Kanton Zug in der Schweiz haben beispielsweise dazu geführt, dass mehr als 2000 US-amerikanische Unternehmen ihren Sitz dorthin verlegt haben. Ihre Gewinne werden dann in der Regel mit nur 8 bis 9 Prozent versteuert. Beschäftigt werden in diesen Unternehmen wenige Mitarbeiter, vor allem Buchhalter sowie Rechts- und Steueranwälte. Diese Art der (legalen) Steuerumgehung könnte man verhindern, indem man, wie Finanzwissen-

schafter seit Jahren fordern, die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Gewinnen in den »Wertschöpfungsländern« entsprechend anpasst.

Ferner müssen veränderte politische Rahmenbedingungen sicherstellen, dass Unternehmen nicht wie bisher aus Gründen kurzfristiger Gewinnmaximierung zu exponentiellem Wachstum gezwungen und zu nicht nachhaltigem Verhalten geradezu eingeladen werden. Eine wesentliche Reform wäre hier die Verankerung des Stakeholders statt des Shareholders, die Abschaffung des »quarterly reporting« sowie die Pflicht zur Internalisierung von Kosten, soweit dies im internationalen Wettbewerb zunächst möglich ist.

Wir sollten uns in diesem Zusammenhang vergegenwärtigen, dass die Europäische Union immer noch das größte Bruttoinlandsprodukt aller Volkswirtschaften aufweist und in der Welt eine Vorreiterrolle im Bereich der Nachhaltigkeit nicht nur bei den erneuerbaren Energien übernehmen sollte.



**Christoph Sanders**

## **Degrowth-Politik, Resonanz und mentale Infrastrukturen**

### **Abstract**

Auf der Basis einer theoretischen Verfeinerung des Konzepts der mentalen Infrastrukturen des Wachstums werden konkrete Politiken diskutiert, wie dominante sozial-psychologische Prägungen der Moderne im Sinne von Degrowth transformiert werden können. Diese Infrastrukturen werden als zentrale Hürde für eine Überwindung der Wachstums- und Steigerungszwänge spätmoderner Gesellschaften identifiziert. Als Orientierungsrahmen für ihre Transformation werden Hartmut Rosas Resonanzkonzept sowie Marcel Huneckes Arbeit zu psychischen Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften verwendet. Die vorgeschlagenen Politikmaßnahmen setzen vor allem auf die Stärkung sozial-ökologischer Nischen und entsprechender Akteure, da hier einerseits alternative Denk- und Handlungsweisen eingeübt werden können. Dadurch kann andererseits der starke Zusammenhang zwischen Macht- und Produktionsverhältnissen sowie mentalen Infrastrukturen des Wachstums, der bislang eine umfassende sozial-ökologische Transformation blockiert, angegangen werden.

### **1 Einleitung**

Warum teilen Menschen sozial-ökologische Überzeugungen, aber konsumieren ressourcenintensive Produkte und Dienstleistungen? Warum lieben sie ihre Haustiere, essen aber industriell produziertes Fleisch? Wieso erkennt die Politik den Klimawandel an, steuert aber nicht angemessen um? Wieso klafft diese Lücke zwischen unseren Einsichten und Lebensweisen, die weiterhin die Ausbeutung der Natur und anderer Menschen (vor allem im globalen Süden) antreiben?

Hierfür sind zunächst etablierte Machtverhältnisse und Organisationsstrukturen verantwortlich, die Lebensrealitäten prägen und Alternativen erschweren. Allerdings streben moderne Menschen besagte Lebensweisen auch selbst an. Dabei werden sie von tief verinnerlichten und meist unhinterfragten Vorstellungen von

Glück und gutem Leben geleitet, aus denen alltägliche Routinen resultieren. Diese Vorstellungen, diese kulturellen und sozial-psychologischen Muster können »mentale Infrastrukturen« (Welzer 2011) genannt werden. Ihre Transformation ist eine drängende Aufgabe, die bislang weder im gesellschaftlichen Diskurs noch in der politischen Praxis (ausreichend) berücksichtigt wird. Genau hier setzt dieser Artikel an.

Im ersten Teil wird eine knappe Erweiterung des Konzepts der mentalen Infrastrukturen vorgenommen. Hierfür werden drei dominante Prägungen vorgeschlagen, die unsere Weltbeziehungen (alle Beziehungen zu Menschen, Lebewesen, Dingen) beeinflussen: das Streben nach Beschleunigung, das unternehmerische Selbst und Naturbeherrschung. Hinsichtlich möglicher Alternativen wird im zweiten Teil Hartmut Rosas Resonanzkonzept als Orientierungsrahmen eingeführt. Resonanz ist ein Beziehungsmodus, in dem sich »Subjekt und Welt gegenseitig berühren und zugleich transformieren« (Rosa 2016, S. 298). Damit er erreicht werden kann, müssen unsere mentalen Infrastrukturen resonanzfähig werden. Dies läuft im Wesentlichen auf das Einüben von mehr Altruismus, Mitgefühl, Wohlwollen und Kooperation sowie den dazu notwendigen (kommunikativen) Fähigkeiten hinaus. Weiterhin spielt der Umgang mit Ängsten eine wichtige Rolle. Um Resonanzfähigkeit herzustellen ist die politisch gestützte Förderung psychischer Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften (Hunecke 2013) sinnvoll. Resonanz bedarf aber auch eines Umfeldes, das sie ermöglicht und auf das Politik Einfluss nehmen kann. Zu Beginn des dritten Teils werden daher vier staatliche Gestaltungsfelder identifiziert – (1) Arbeits- und Sozialpolitik, (2) Bildungspolitik, (3) Umweltpolitik und (4) demokratische Teilhabe – anhand derer diskutiert wird, wie Degrowth-Politik<sup>1</sup> Anreize und Strukturen bereitstellen kann, um alternative mentale Infrastrukturen zu fördern, sowie darüber, welche Akteure dafür aussichtsreich sind.

## 2 Mentale Infrastrukturen des Wachstums und Ressourcenfixierung

Für Rosa ist die Ressourcenfixierung eine Folge des modernen Selbstbestimmungsanspruchs, das eigene Leben (gut) zu gestalten. Es gibt in der Moderne eine Vielfalt an Lebensentwürfen. Diese Offenheit ist ihr ethisches Fundament. Sich frei für einen Lebensentwurf entscheiden zu können, ist ihre anspruchsvolle Verheißung. Vor diesem Hintergrund scheint es generell ratsam, sich zunächst auf die eigene Ressourcenausstattung zu konzentrieren, um sich viele (Wahl-)Möglichkeiten zu

---

<sup>1</sup> Für eine Unterscheidung zwischen »Degrowth«, »Postwachstum« und anderen Positionen zu sozial-ökologischen Transformationen siehe: Schmelzer 2014.

bewahren und zu schaffen: »Sich Rechte und Positionen zu sichern, mittels Geld, Wissen und Beziehungen buchstäblich die physische, soziale und technische ›Weltreichweite‹ zu vergrößern, [...] Fähigkeiten zu erweitern, [...] Netzwerke auszudehnen etc. erweist sich als eine, nein: als die geeignete Lebensstrategie« (Rosa 2016, S. 45). Obwohl letztere nicht per se gelingendes Leben und Sicherheit garantiert, wird die Ressourcenfixierung nicht nur als Voraussetzung, sondern im Laufe der Moderne zunehmend als das gute Leben selbst wahrgenommen (ebd., S. 46). Dies ist eine Erklärung für die noch immer klaffende Lücke zwischen unserem Wissen über sozial-ökologische Krisen und unserem tatsächlichen Handeln. Meines Erachtens dienen die folgenden drei dominanten psycho-sozialen Prägungen in der Wettbewerbsgesellschaft der Ressourcensicherung.

### **Streben nach Beschleunigung**

Derzeit bindet die Ressourcenfixierung sehr viel individuelle Lebensenergie, weil im Kontext der von Konkurrenz getriebenen sozialen Beschleunigung Stillstand mit Zurückfallen verbunden ist: Menschen müssen tendenziell schneller werden, um ihre Position zu halten (Rosa 2012). Es geht um ein »Mehr« in derselben knappen und teuren Zeit. Dieser Zwang erzeugt psycho-soziale Probleme und dennoch ist der Wunsch nach Beschleunigung tief in uns eingeschrieben, weil sie verheißt: Beschleunige dein Leben, um deine Ressourcenausstattung zu vergrößern, möglichst viele Lebenswünsche zu realisieren, nicht abgehängt zu werden und dadurch selbstbestimmt und glücklich zu sein. Getrieben von Angst und Verheißung streben wir nach mehr Geld, Rechten, Ressourcen, Gütern, Kontakten, Status, Reisen, Erlebnissen und Bildung.

### **Unternehmerisches Selbst**

Das unternehmerische Selbst (Bröckling 2007) ist ein weit verbreitetes Leitbild für die Steuerung des eigenen Lebens (Selbstführung) in Wettbewerbsgesellschaften, das Bröckling aus verschiedenen Wirtschaftstheorien ableitet. Dabei besteht das Rollenangebot zum Einen aus dem eigennützigen *Homo Oeconomicus*. Dieser muss entsprechend seiner Modellierung in jeder Situation nach dem eigenen (Wettbewerbs-)Vorteil fragen und urteilen. Er ist stets auf (Selbst-)Optimierung im Sinne einer alle Lebensbereiche umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse bedacht. Auch der zweite Bestandteil des Leitbilds, das des »Unternehmers«, zielt auf Erfolg im sozialen und ökonomischen Wettbewerb ab und läuft auf rastloses Aktivsein und sich stetiges Verändern hinaus (ebd., S. 108-125).<sup>2</sup> Diese beiden (durchaus wider-

<sup>2</sup> Insofern ist die Bezeichnung des »unternehmerischen Selbst« irreführend, da nicht jede ökonomische Handlung eine unternehmerische Handlung ist (Bröckling 2007, S. 108): Die ökonomischen Handlungen des *Homo Oeconomicus* sind nicht auf rastloses Aktivsein ausgerichtet und daher im Prinzip nicht unternehmerisch im hier gemeinten Sinne. Meines Erachtens wäre es daher treffender, wenn das Leitbild »ökonomisches Selbst« und nicht »unternehmerisches Selbst« hieße.

sprüchlichen) Rollenangebote werden mittels vielfältiger Anrufungen, etwa in Erfolgsratgebern, Wirtschaftslehrbüchern, Werbung, aber auch in öffentlichen Diskursen von Subjekten verinnerlicht, so dass Selbst- und Fremdführung miteinander verschmelzen: Menschenstreben im Sinne des unternehmerischen Selbst nach Handlungen, weil sie dessen Rollenangebot zum Teil ihrer Persönlichkeit gemacht haben – sie müssen nicht mehr zu einem hohen Maß an Produktivität, Aktivität und Selbstausbeutung gezwungen werden (Fremdführung).

### **Naturbeherrschung**

Naturbeherrschung ist eine Weltbeziehungsform, die aus einer spezifisch modernen Wahrnehmung resultiert. Wir tendieren dazu, uns getrennt von der Natur zu sehen: Hier Geist, dort Materie; hier Kultur, dort Natur. Diese Trennung wurde ab dem 17. Jahrhundert maßgeblich von modernen Wissenschaftlern vorangetrieben. Sie nahmen an, dass Natur berechenbar ist: Wenn Natur geistlos ist, kann sie nicht absichtsvoll handeln und muss regelmäßigen, vorhersehbaren Gesetzen folgen. Für Descola stellen sie daher die »Welt nach dem Bild einer Maschine dar [...], deren Räderwerk von den Gelehrten auseinandergenommen werden kann« (Descola 2013, S. 105). Aus der wahrgenommenen Trennung resultieren Ausbeutung und Herrschaft (Naturbeherrschung), wenn diese nicht durch respektvolle Vermittlungen zwischen den Polen Kultur und Natur oder gar durch eine Aufhebung der Trennung verhindert wird.<sup>3</sup> Der Versuch der umfassenden Beherrschung äußerer und innerer Natur ist eng mit dem modernen Fortschrittsverständnis verbunden, das den Menschen verheißt, unabhängiger von natürlichen Zwängen zu werden. Dies ist (in gewissen Grenzen) sicherlich legitim und hat einige Jahrhunderte ganz gut funktioniert – nicht zuletzt, weil das radikale »Zum-Ding-Machen« der belebten und unbelebten Natur (Nicht-Menschen) Wachstumsprozesse ermöglichte, die die Lebensqualität der Menschen (vor allem im globalen Norden) massiv steigerte. In der Tat kann es kein fortwährendes Wachstum ohne die Wahrnehmung der Natur als auszubeutenden Ressourcenpool geben. Doch spätestens seit den 1990er Jahren wird die moderne Fortschrittsvorstellung vom existentiell bedrohlichen Klimawandel in Frage gestellt. Heute lässt sich nicht mehr pauschal argumentieren, dass zunehmende Naturbeherrschung Menschen unabhängiger von der Natur macht.

---

<sup>3</sup> Die Debatte, ob die Trennung vollständig aufhebbar ist und sein sollte, ist sehr komplex und kann hier nicht geführt werden.



### 3 Mentale Infrastrukturen für Degrowth-Gesellschaften

Rosa vertritt die These, dass die Krise der Moderne letztlich eine Krise der grundsätzlichen Modi ist, wie sich moderne Menschen auf andere Menschen, auf Lebewesen und auf Dinge beziehen (Rosa 2016, S. 707). Mit Krise ist gemeint, dass unsere auf Wachstum ausgerichtete Lebensweise an psychische, planetare und politische Grenzen stößt. Zudem verursacht diese Ausrichtung eine zunehmende Beziehungslosigkeit und Unverbundenheit. Zur Überwindung dieser Krisen aktualisiert Rosa den Resonanzbegriff, den er als Verkörperung einer anderen Bezugnahme auf Welt versteht, als inhaltlich und emotional offene Beziehungsform der Bezogenheit: »Resonanz können wir [...] bestimmen als ein spezifisches kognitives, affektives und leibliches Weltverhältnis, bei dem Subjekte [...] durch einen bestimmten Weltausschnitt berührt [...] werden, bei dem sie aber [...] auch selbst ›antwortend‹, handelnd und einwirkend auf Welt bezogen sind und sich als wirksam erfahren – dies ist die Natur des Antwortverhältnisses oder des ›vibrierenden Drahtes zwischen Subjekt und Welt« (ebd., S. 279). Resonanz ist dabei nicht gleichzusetzen mit Harmonie und Einklang. Durch den Fokus auf Beziehung schließt das Resonanzkonzept an die Überzeugung an, dass Transformation nicht über rationale Aufklärung allein funktioniert. Der Trägheit der Lebenswelt muss ganzheitlich begegnet werden. Um Resonanz eingehen zu können, müssen Subjekte und Welt entsprechend Rosas Definition mit jeweils eigener Stimme sprechen und doch füreinander erreichbar bleiben, um sich aufeinander »einschwingen« und gegenseitig durchdringen zu können. Es braucht also die Fähigkeit, auf die Welt zuzugehen, die Erwartung, dass dies nicht abgelehnt wird, die Eigenständigkeit des Gegenübers sowie die Freiheit für eine wechselseitige Bewegung. Beschleunigungs- und Wachstumszwänge, Konkurrenzdruck und der Versuch, die Welt umfassend instrumentell verfügbar zu machen (Naturbeherrschung, totalitäre Systeme), erweisen sich als Resonanzblockaden.<sup>4</sup>

Es lässt sich also auch aus resonanztheoretischer Perspektive analog zur Degrowth-Perspektive schlussfolgern: Ökologische, soziale, psychische und kulturelle Krisen können nur gemeinsam gelöst und müssen zusammengedacht werden. Zudem wird klar, dass die Transformation mentaler Infrastrukturen im Sinne resonanter Weltbeziehungen wesentlicher Bestandteil für den Aufbau von Degrowth-Gesellschaften ist. Sie wird jedoch nicht ohne entsprechende strukturelle und institutionelle Veränderungen gelingen. Für Politiken bieten sich somit zwei Zugangsmöglichkeiten, die in der Praxis untrennbar sind: Sie können versuchen, Menschen direkt individuell zu befähigen, resonante Beziehungen zuzulassen (in-

<sup>4</sup> Jedoch sind verdinglichende instrumentelle Weltbeziehungen nicht grundsätzlich problematisch. Rosa hält sie sogar für Resonanzbedingungen. Es geht um eine Kritik an der Störung der Balance zwischen stummen und resonanten Weltbeziehungen (ebd., S. 733).

dividuelle Ebene) und den sozioökonomischen Rahmen so zu gestalten, dass Subjekte und Welt in Resonanz treten können (kollektive Ebene).

### Individuelle Ebene

Um Resonanz zuzulassen ist die Einübung »psychischer Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften« hilfreich. Es handelt sich dabei um: Sinnkonstruktion, Genuss, Achtsamkeit, Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit und Solidarität (Hunecke 2013). Wenn das ganze Ressourcenset berücksichtigt wird, können sie folgendermaßen im Sinne von Resonanz und alternativer mentaler Infrastrukturen wirksam werden.<sup>5</sup>

- 1) Genussfähigkeit erlaubt es, Sinneserfahrungen leiblich positiv zu erleben. Dies umfasst auch Ruhe und Muße, die zentral sind, um Genussfähigkeit über die Intensität und nicht die Quantität von Erfahrungen herzustellen. Damit gelangen Aspekte wie Zeitwohlstand in den Fokus. Stress ist ein Resonanzkiller (Rosa 2016, S. 729).
- 2) Selbstakzeptanz stärkt die individuelle Widerstandskraft gegen Formen des Konsums, die auf die Steigerung sozialen Status abzielen, denn: »Je unsicherer [...] eine Person ist, desto anfälliger ist sie für identitätsprothetische [...] Formen des materiellen Konsums. [...] Der Wettlauf in Richtung auf immer mehr [...] wird durch soziale Vergleichsprozesse verursacht« (Hunecke 2013, S. 42). Deshalb wirkt Selbstakzeptanz sozialen Vergleichsprozessen und den mit ihnen verbunden Ängsten entgegen, die mentale Infrastrukturen des Wachstums befeuern. Angst ist ein Resonanzkiller (Rosa 2016, S. 729).
- 3) Selbstwirksamkeit ist »die subjektive Gewissheit, Anforderungssituationen aufgrund eigener Kompetenz bewältigen zu können« (Hunecke 2013, S. 63). Dies betrifft auch die Überzeugung, die gesellschaftlichen (Natur-)Verhältnisse verändern zu können, wodurch Selbstwirksamkeit letztlich für einen sozial-ökologischen Wandel und die Qualität der Weltbeziehungen entscheidend ist (Rosa 2016, S. 271). Wer sich selbstwirksam fühlt, hat weniger Angst und ist potentiell weniger anfällig, durch mentale Infrastrukturen des Wachstums geprägt zu werden. Wesentlich ist allerdings, dass Selbstwirksamkeit nicht instrumentell für die Beherrschung von (Nicht-)Menschen eingesetzt wird. In diesem Sinne muss die zweite Hälfte des Ressourcensets verstanden werden, die altruistische Werte stärken und für die Eigenständigkeit anderer (Nicht-)Menschen sensibilisieren soll.
- 4) Achtsamkeit ist eine mentale Strategie zur Einnahme einer bewussten nicht wertenden Haltung mit dem Ziel, durch Beobachtung den »inneren Autopiloten« abzuschalten und sowohl eigene als auch fremde Bedürfnis-

<sup>5</sup> Für Gefahren bei isolierter Förderung der Ressourcen siehe: Hunecke 2013, S. 120.

se wahrzunehmen. Sie ermöglicht, Genuss von Quantität auf Intensität umzustellen und erleichtert aufgrund ihrer nicht-wertenden Eigenschaft Selbstakzeptanz. Sie ermöglicht die Verringerung von Egoismus: »Über den Fokus auf das unmittelbare Erleben [...] erweitert die Achtsamkeit das Bewusstsein für Sinnfragen [...] über das subjektive Wohlbefinden der eigenen Person hinaus zum Wohlergehen anderer Personen« (Hunecke 2013, S. 69). Sie macht also die Eigenarten anderer (Nicht-)Menschen erfahrbar und verändert dadurch die Beziehung zwischen Menschen (und Nicht-Menschen). Achtsamkeit schlägt Brücken zur Welt und sich selbst und ermöglicht somit Resonanz.

- 5) Sinnkonstruktion verleiht der eigenen Existenz durch eine ergebnisoffene Suche nach umfassenden Erklärungen eine überindividuelle Bedeutung, erlaubt das eigene Leben positiv in Bezug zur Welt zu setzen und kann sich damit auf das subjektive Wohlbefinden auswirken (ebd., S. 71f.).
- 6) Solidarität orientiert das eigene Handeln an der Idee sozialer Gerechtigkeit und der Überzeugung, dass diese Idee sich gemeinsam umsetzen lässt. Sie ist also eine Kombination aus sozialer Verantwortung und politischem Empowerment. Solidarität schafft Verbindung und damit Resonanz.

### **Kollektive Ebene**

Rosa beschäftigt sich mit »Konturen einer Postwachstumsgesellschaft« (Rosa 2016, S. 722-737), weil eine Transformation unserer Weltverhältnisse und Resonanz nur möglich sind, wenn die Steigerungszwänge von Wachstum und Beschleunigung überwunden werden (ebd., S. 56). Dies gilt insbesondere für gesellschaftliche Bereiche, die in der Moderne resonante Weltbeziehungen ermöglichen und die nun anhand von vier politischen Gestaltungsfeldern diskutiert werden: (1) Arbeits- und Sozialpolitik, (2) Kulturpolitik, (3) Umweltpolitik und (4) demokratische Teilhabe.<sup>6</sup>

## **4 Degrowth-Politiken zur Transformation mentaler Infrastrukturen**

Die im Folgenden vorgeschlagenen Politikmaßnahmen zur Transformation mentaler Infrastrukturen müssen stets zusammengedacht werden, da sie, insbesondere in ihrer Wirkung, auf vielfältige Weise miteinander verknüpft sind.

---

<sup>6</sup> Aus Platzgründen wird nur eine Auswahl der von Rosa identifizierten »Resonanzachsen« diskutiert.

## Arbeits- und Sozialpolitik

Eine auf Konkurrenz basierte Welt schürt Ängste und erschwert daher Resonanzerfahrungen. Dies gilt auch für die Arbeitssphäre, die zugleich ein enormes Resonanzpotential hat, dass sich etwa über die Erfahrung der Selbstwirksamkeit realisieren lässt: Arbeit erlaubt, die Welt zu berühren, zu bewegen, zu verändern und zu gestalten; zugleich lässt sich die Welt ihrerseits niemals vollkommen beherrschen. Das Problem ist indes, dass über die Einpassung der Arbeit in die kapitalistische Verwertungslogik (Verkauf der Arbeitskraft) und aufgrund von Konkurrenzverhältnissen ein instrumentelles Verhältnis entsteht und der Resonanzdraht zu verstummen droht; »der Arbeitende kann die Stimme der Welt beziehungsweise des Materials in der Tätigkeit nicht mehr hören und seine eigene [...] nicht mehr geltend machen« (ebd., S. 397). Die mentalen Infrastrukturen der Beschleunigung, das unternehmerische Selbst und Naturbeherrschung werden unter diesen Vorzeichen in der Arbeitswelt befeuert. Zugleich wächst die Angst, durch neoliberale Flexibilisierung und Prekarisierung erwerbslos zu werden und neben dem Einkommen eine wichtige materielle und soziale Resonanzsphäre zu verlieren.

Es gibt gute Gründe davon auszugehen, dass ein umfassender gesellschaftlicher Wandel von sozial-ökologischen Nischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgehen wird. Ein direktes Einwirken auf etablierte Institutionen kann unter gewissen Umständen hingegen sogar die bestehenden Kultur- und Machtverhältnisse stärken (Narberhaus 2013), was diese Ansatzebene jedoch nicht ausschließt. So sollten Degrowth-Politiken, unabhängig von ihrem Ansatzpunkt, die Stärkung von Nischenakteuren stets berücksichtigen. Im Bereich Arbeit gilt dies auch. Hier existiert eine Vielzahl prominent diskutierter Reformansätze, die institutionelle Strukturen positiv verändern, mentale Infrastrukturen transformieren und zugleich sozial-ökologische Nischenakteure erheblich stärken würden; etwa das bedingungslose Grundeinkommen und Arbeitszeitverkürzung. Vor allem ein Grundeinkommen würde es erlauben, den Grundmodus des In-der-Welt-Seins von Kampf auf Sicherheit umzustellen und somit existentielle Ängste zu reduzieren sowie resonante Arbeitsbeziehungen wiederzuentdecken (Rosa 2016, S. 730). Es würde die Stärkung der psychischen Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften im Bereich Arbeit erleichtern (siehe etwa Schachtschneider 2014, S. 49-60). Viele positive Effekte (etwa auf Achtsamkeit, Solidarität und Sinnkonstruktion) stellen sich nicht nur über Sicherheit, sondern auch über die Ressource Zeit ein. Gutes Leben braucht Zeitwohlstand (Konzeptwerk 2014a). Entsprechend lassen sich auch Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung für eine Transformation mentaler Infrastrukturen interpretieren – besonders in Verbindung mit Bestrebungen, Sorgearbeit gesellschaftlich aufzuwerten: Dies beinhaltet das Potential, die Trennungsstruktur der kapitalistischen Ökonomie hinsichtlich der Beherrschung der Natur und des Weiblichen im Sinne des guten Lebens aufzubrechen (Biesecker et al. 2012).

Alle diese Reformprojekte stoßen aufgrund etablierter Machtverhältnisse (u.a. Kapitalinteressen; Sorge vor den sozialen und emanzipativen Transformationsfolgen; Erwerbsarbeit vs. Sorgearbeit) und Pfadabhängigkeiten (z.B. Gewerk-

schaftsbestrebungen zur Arbeitsplatzsicherung in klimaschädlichen Sektoren) auf erheblichen Widerstand. Hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung sind die Gewerkschaften dennoch ein unverzichtbarer Akteur, weshalb Interessenkonflikte mit der Degrowth-Bewegung unbedingt bearbeitet werden müssen. Wie die Gewerkschaften gewonnen werden können, Arbeitszeitverkürzung auf ihrer Agenda zu stärken, ist eine offene Frage. Aktuell scheinen Kreis- und Jugendverbände zugänglicher für diese Thematik, als die Vorstände. Eine kurzfristig realisierbare Möglichkeit wäre eine Stärkung der Kampagne »Arbeitszeitverkürzung-jetzt!«. Die Arbeitszeit betrifft immer auch direkt die Unternehmen – nicht nur deshalb haben sie grundsätzlich großen Einfluss auf mentale Infrastrukturen. Hunecke verweist darauf, dass Unternehmensstrukturen sich so gestalten lassen, dass sie den Aufbau psychischer Ressourcen unterstützen (Hunecke 2013, S. 94). Für ihre umfassende sozial-ökologische Transformation mangelt es jedoch an Anreizen. Diesbezüglich können kommunale und städtische Programme adressiert werden, um soziale, demokratische und ökologische Unternehmen zu fördern (Konzeptwerk 2014b). Schließlich kann die individuelle und gesamtgesellschaftliche Wirkung des Grundeinkommens (verstärkt) in wissenschaftlich begleiteten Modellgruppen erforscht werden. Als Kooperationspartner für Degrowth-Politiken bietet sich das Netzwerk Grundeinkommen an.

### **Bildungspolitik**

»Die Weltbeziehungen eines Menschen werden ganz wesentlich in der und durch die Schule geformt« (Rosa 2016, S. 402). Grundsätzlich haben alle Lebens- und Handlungssphären, die im Bildungsprozess ex- oder implizit berührt werden, Resonanzpotential. Dabei spielen Selbstwirksamkeit und Akzeptanz (oder Indifferenz und Ablehnung) entscheidende Rollen für die Ausbildung der Weltbeziehungen. Diesbezüglich hat die Tendenz zur Verengung von Bildung auf Ausbildung negative Auswirkungen. Vor dem Hintergrund der von der OECD propagierten Vorstellung von Bildung als Humankapital (unternehmerisches Selbst) wurden in Deutschland Schul- und Studienzeiten verkürzt (Beschleunigung) und durch die Kultusministerkonferenz Bildungsstandards eingeführt, die im Kern eine Leistungs- und Outputorientierung im Dienste der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen. Dies ist nur konsequent, da die moderne (Hoch-)Schule bislang immer auch darauf ausgerichtet sein muss, einen Sozialcharakter zu prägen, der in der Steigerungsgesellschaft funktionsfähig bleibt und diese Gesellschaft bestenfalls affirmiert (Welzer 2011, S. 23). Entsprechend trägt sie auch zu Wahrnehmungsweisen einer Trennung zwischen Mensch und Natur bei: Die Verdinglichung der Nicht-Menschen wird vor allem »im mathematisch-naturwissenschaftlichen Schulunterricht systematisch vorgeführt, begründet und eingeübt [...], bis sie als gleichsam »natürliche« Welthaltung erscheint« (Rosa 2016, S. 382). In einer solchen Bildungslandschaft lässt sich eine »Resonanzpädagogik« kaum realisieren, die vor allem die Begeisterung der Lehrkraft sowie intrinsisches Interesse und Angstfreiheit der Schüler(inn)en als Bedingung für Selbstwirksamkeitserfahrungen braucht

(ebd., S. 412f.). Das Hochschulwesen lässt sich sehr ähnlich analysieren: Beschleunigung und ökonomisches Denken sowie daraus resultierende Pathologien sind erkennbar (Jacobs & Sanders 2014). Die Macht von Bildung auf unsere Weltbeziehung ist also kaum zu überschätzen. Hinsichtlich ökonomischer Bildung gilt dies in besonderem Maße, weshalb sie für gezielte Weltbildmanipulation verwendet wird (siehe Arbeiten von Silja Graupe).<sup>7</sup>

Wie sieht eine Bildungspolitik aus, die resonante Weltbeziehungen über die Transformation mentaler Infrastrukturen ermöglicht? Sie stellt Räume, in denen die multiplen Krisen unseres Kulturmodells integral erfahrbar werden, individueller Wandel »erspürt« sowie andere Haltungen und Routinen eingeübt werden können. In diesen öffentlichen Räumen gibt es Zeit für Scheitern und Umwege sowie für die Förderung psychischer Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften. Sie sind möglichst frei von Verwertungszwängen. Es werden kritisches Denken und nützliche Fertigkeiten gelernt. Lehrende und Lernende begegnen sich weitestgehend auf Augenhöhe und mit einem intrinsischen Interesse an Weltaspekten – auch, weil sie ihre Lebenswelten betreffen. Wie können Degrowth-Politiken so eine Bildung befördern? Mittelfristig ist nicht zu erwarten, dass etablierte Bildungsakteure (BMBF, Kultusministerien) entsprechende Maßnahmen treffen, nicht zuletzt, da der Einfluss von Lobbyisten (z.B. Bertelsmann Stiftung, Arbeitgeberverbände) enorm ist. Daher sollten auch in dieser Sphäre Akteure gefördert werden, die die genannten Räume (teilweise) schon bereitstellen oder Potential haben dies zu tun: Außerschulische Anbieter politischer Bildungsarbeit, Freiwilligendienste, Angebote des globalen Lernens, der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, der Erlebnis-, Umwelt-, Natur-, Wildnis- und Theaterpädagogik. Im schulischen Bereich ist bei der Bereitstellung alternativer Lehrbücher – dies gilt auch für den Hochschulbereich – und bei der Schulung der Lehrer(innen) anzusetzen. Beides ist mühselig, aber ohne etablierte Akteure möglich. Schließlich schlägt Hunecke die Einführung des Schulfachs »Glück« vor, da die positive Psychologie an Modellschulen erproben konnte, dass sich hierdurch Veränderungen im Sinne der psychischen Ressourcen realisieren lassen (Hunecke 2013, S. 87-91). Im Hochschulbereich ist erstens die Selbstorganisation von Studierenden zu fördern, um Einfluss auf Curricula und die Hochschulorganisation zu nehmen – ein hoffnungsvoll wirksames Beispiel ist das Netzwerk Plurale Ökonomik. Zweitens ist die Gründung neuer Studiengänge und Universitäten (wie die der Cusanus-Hochschule) zu erwägen. Drittens sind Dialogräume zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Studierenden und Lehrpersonal von großer Relevanz.

<sup>7</sup> So äußerte sich der Bestseller-Lehrbuchautor Paul Samuelson folgendermaßen: »I don't care who writes a nation's laws – or crafts its advanced treaties – if I can write its economic textbooks« (Graupe 2013, S. 85).

## Umweltpolitik

Die Sehnsucht nach Verbindung kann es nicht geben, wenn der Zustand der Trennung nicht bekannt ist. Demzufolge ermöglichte paradoxerweise erst die rationale Aufteilung der Welt und die damit verbundene Trennung in Mensch und Natur die Konstruktion einer romantischen »Stimme der Natur«, so dass die Natur schließlich »als die zentrale Resonanzsphäre des Menschen konzipiert wird« (Rosa 2016, S. 457). Viele kennen die Erfahrung einer geradezu körperlichen Resonanz beim Blick in die Berge oder beim Schwimmen im Meer. Das Problem ist aber, dass dieses Berührtwerden von Natur vor dem Hintergrund der ideologischen Dominanz der Naturbeherrschung – das Berührtwerden kann rational nicht legitimiert werden – keine Entsprechung auf der Handlungsebene findet. Unser Zugriff auf Natur ist vom Beherrschungsstreben geprägt. Da es also für das selbstbewusste und doch respektvolle »Berühren« von Nicht-Menschen in der Moderne kein kognitives und deshalb auch kein kulturelles Repertoire gibt, bleibt die Resonanzbeziehung einseitig und unvollständig. Dies »führt nicht selten dazu, dass Selbstwirksamkeit [...] in Naturräumen in der stummen Form der Selbst- und Naturbeherrschung gesucht wird: Berge bezwingen, Meere durchschwimmen [...] sind Aktivitätsformen, die [...] den instrumentellen, verdinglichten Beziehungsmodus des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Naturverhältnisses replizieren« (ebd., S. 468). Gemäß derselben Logik spiegelt die Sorge vor Umweltzerstörung und Klimawandel nicht nur Angst, sondern auch die Sehnsucht nach Naturresonanz wider. Dies drückt sich aber wiederum nicht in unserem Umwelthandeln aus – auch nicht bei Aktivitäten, die auf direkte Naturresonanz abzielen. Hier werden Widersprüche (ebenfalls) problemlos gelebt (z.B. Flug ins Tauchdomizil oder Skiurlaub). Was für eine vollständige und respektvolle Resonanzbeziehung »fehlt ist die aktive Anverwandlung von Natur, wie sie sich bei Kindern, aber auch im Naturbezug außereuropäischer Kulturen beobachten lässt« (ebd., S. 471).

Diesbezüglich sind die Studien von Descola aufschlussreich – etwa hinsichtlich des Volks der Achuar, die große Teile der Nicht-Menschen als Personen identifizieren, die das Denken und Handeln von Menschen beeinflussen können und mit denen Kommunikation möglich ist (Descola 2013, S. 21-26). Diese Wahrnehmung hat nachhaltige Weltbeziehungen zur Folge. Ohne hier auf direkte Anverwandlungstechniken der Achuar eingehen zu können und ohne in einen naiven und romantischen Gestus zu verfallen, ist festzustellen, dass sich aus den dominanteren Spielarten der Kosmologie der Achuar, der Kultur der Quichua und Aymara sprechenden Indigenen der südamerikanischen Großregion, das Konzept des »Buen Vivir« entwickelte. Dieses kritisiert entschieden das moderne Wachstumsstreben und Entwicklungsverständnis und hat das Wohlergehen aller (Nicht-)Menschen im Blick (Gudynas 2012).

Das Buen Vivir ist ein erster Hinweis darauf, wie Politik versuchen sollte, durch neue Vermittlungsformen die Trennung zwischen Menschen und Nicht-Menschen zu reduzieren. Mögliche Politikmaßnahmen sollten entsprechend anstreben, dass sich alternative Beziehungen auf der Alltagsebene etablieren und kulturell veran-

kern (Rosa 2016, S. 389) – etwa durch das Festschreiben von Naturrechten, wie es auf Grundlage des Buen Vivir in Ecuador und Bolivien formal geschehen ist. Es ist zudem sinnvoll über Möglichkeiten einer demokratischen Repräsentation der Nicht-Menschen nachzudenken, um ihre Stimmen hörbar zu machen (Latour 2016). Davon sind wir weit entfernt, denn bis heute wird Naturbeherrschung fortlaufend über Institutionen, Wertvorstellungen, Subjektivierungsprozesse und normalisierte Praxen neu hergestellt (Brand & Wissen 2011). Degrowth-Politiken können hier über eine sozial-ökologische Steuerreform ansetzen. Sie würde die Maschinisierung eindämmen, den Naturverbrauch verteuern sowie die Beschäftigung von Menschen attraktiver machen – alles Voraussetzungen für Tätigkeiten, die ein respektvolleres Naturverhältnis ermöglichen. Andererseits können Nischenakteure unterstützt werden, die bereits andere Beziehungsformen nahelegen – etwa Initiativen für Solidarische Landwirtschaft. Schließlich gilt es, umweltschädliche Subventionen in verschiedensten Sektoren abzubauen.

Was bislang gänzlich vernachlässigt wird, ist, ein Bewusstsein für die Trennungsstruktur, ihre Wirkmacht und ihre Auswirkungen in verschiedenen Lebensbereichen zu schaffen. Hierfür ist eine Verzahnung mit Anstrengungen in den Bereichen Bildung und Arbeit unerlässlich. Wird dies realisiert, können über die Verbindungen, die die Arbeitssphäre zur Welt herstellt, in unzähligen Gesellschaftsbereichen gesellschaftliche Naturverhältnisse erforscht und mit Alternativen experimentiert werden.

### **Demokratische Teilhabe**

Die Wachstums- und Steigerungstendenzen der Moderne setzen die Politik unter Zeitdruck und bedingen, dass sie zunehmend autoritär wird und reagiert statt zu gestalten (Rosa 2012). Machtkonzentration in undemokratischen Institutionen befördert auf Seite der Bürger(innen) das Gefühl, politische Wirksamkeit zu verlieren, insbesondere, wenn Maßnahmen als Sachzwang kommuniziert werden. Für Rosa bedeutet dies einen umfassenden Resonanzverlust, da Bürger(innen) weder den Eindruck haben, Politik mitzugestalten, noch von ihr »berührt« zu werden (Rosa 2016, S. 377). Die Reaktion ist Verdruss und Apathie, wie hinsichtlich der Haltung vieler Menschen zur EU, oder aber Hass und Wut, wie im Falle von PEGIDA.<sup>8</sup> Wut und Hass erlauben durchaus die eigene Stimme hörbar zu machen, laufen aber Gefahr, die erfahrene Ablehnung zu reproduzieren und damit in der Entfremdung zu verhaften. Resonanz entsteht für Rosa in innovativen demokratischen Institutionen, wo neue Formen des Zusammenhandelns und des gemeinschaftlichen Gestaltens entstehen (ebd., 379f.).

In der Nische können Degrowth-Politiken diesbezüglich all jene Akteure adressieren, die an der Schnittstelle zwischen Öffentlichem und Privatem mit emanzipa-

<sup>8</sup> Verdruss und Apathie haben sicherlich zur Entstehung von PEGIDA beigetragen. Dies soll jedoch nicht verschleiern, dass ihr Fundament rassistisch ist.



tivem und solidarischem Anspruch politische Räume öffnen – etwa Projekte der Solidarischen Ökonomie, der Care Economy, Ökodörfer, der Transition Town oder Urban-Gardening-Bewegung. Besonders plastisch werden die Möglichkeiten zur Einübung psychischer Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften bei der gemeinsamen Herstellung, Pflege und Nutzung von Produkten und Ressourcen (Commons). Jenseits der Nische sind vereinzelte Erfolge bewegungsbasierter sozial-ökologischer Politikformen festzuhalten – im europäischen Kontext insbesondere der Wahlsieg der Wahlplattform Barcelona en Comú im Jahr 2015, die aus der Indignados-Bewegung hervorging (Asara 2016). Hieraus sollten unbedingt Lehren gezogen und Möglichkeiten zur Übertragungen in andere Kontexte ausgelotet werden. Bei aller Komplexität stechen einige Dinge besonders hervor: Degrowth-Politik wird nur erfolgreich sein, wenn sie auf der Grundlage basis-demokratischer Selbstorganisationsstrukturen für eine Selbstbestimmung und Autonomie streitet, die sich auf die Freiheit der anderen (Nicht-)Menschen rücksichtsvoll bezieht. Eine solche Politik braucht zur grundsätzlichen Veränderung der Produktions-, Macht- und Naturverhältnisse neben dem Mut zur öffentlichen Anerkennung der eigenen Grenzen und zum Konflikt auch die Fähigkeit zum vorsichtigen Vorantasten, um die Freiheit des Gegenübers zu gewährleisten. Die Eindämmung sozialer Ungleichheit ist für eine solche Politik zentral. Sofern es für sie nicht bereits Unterstützung gibt, muss der Fokus auf ihrer Herstellung liegen. Dies ist ein kleinteiliger, langwieriger und diffiziler Prozess, der wiederum auf die Arbeit in der Nische verweist. Jenseits dessen bietet es sich an, großflächig Dialog- und Austauschforen einzurichten, in denen gesellschaftliche Konflikte, Nöte, Ängste und Bedürfnisse auf kommunaler Ebene mit Hilfe intelligenter Moderationstechniken verhandelt werden. Dies impliziert die Vermittlung kommunikativer Fähigkeiten.

## Literatur

- Asara, V. (2016): The Indignados as a Socio-Environmental Movement, in: *Environmental Policy and Governance* 2016. [Available online: DOI:10.1002/eet.1721].
- Biesecker, A.; Wichterich, C., von Winterfeld, U. (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier der Enquete-Kommission, [<http://bit.ly/2c9KK1m>; 29.07.2016].
- Brand, U. (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft – Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik, in: *Prokla* 44 (175), S. 289-306.
- Brand, U.; Wissen, M. (2011): Die Regulation der ökologischen Krise, Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: *ÖZS* 36 (2), S. 12-34.

Bröckling, U. (2007): Das unternehmerische Selbst – Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.

Descola, P. (2013): Jenseits von Kultur and Natur, Frankfurt a.M.

Graupe, S. (2013): Die Macht ökonomischer Bildung; in: Frost, U.; Rieger-Ladich, M. (Hrsg.): Demokratie setzt aus. Vierteljahresschrift zur wissenschaftlichen Pädagogik. Sonderheft 2013, S. 85-112.

Gudynas, E. (2012): Buen Vivir – Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, Berlin.

Hunecke, M.(2013): Psychologie der Nachhaltigkeit – Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften, München.

Jacobs, J.; Sanders, C. (2014): Bildung in Ruhe, in: Tremmel, J. (Hrsg.): Generationengerechte und nachhaltige Bildungspolitik, Wiesbaden, S. 293-325.

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2014a): Zeitwohlstand – Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben, München.

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2014b): Sinn fürs Geschäft – Soziale, ökologische & demokratische Unternehmen in Leipzig [<http://bit.ly/2cwL1wq>, 28.07.2016].

Latour, B. (2016): Die Natur muss ins Parlament, in: Philosophie Magazin, 2, S. 35-39.

Narberhaus, M. (2013): How to break of the system trap? A model for a more strategic activism; Smart CSOs Lab, Berlin, [<http://www.smart-csos.org/publications>]

Rosa, H. (2012): Beschleunigung - Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt a.M.

Rosa, H. (2016): Resonanz – Eine Soziologie der Weltbeziehungen, Berlin.

Schachtschneider, U. (2014): Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit – Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle, München.

Schmelzer, M. (2014): Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz [<http://bit.ly/2cDrco7>, 28.07.2016].

Welzer, H. (2011): Mentale Infrastrukturen, Berlin.



<b>Teil 3 – Tätigkeit konkret: Bereiche</b>	
<i>Jonas Hagedorn</i>	
Formelle und informelle Sorgearbeit .....	141
<i>Franz-Theo Gottwald, Irmi Seidl, Angelika Zahrm</i>	
Tätigsein in der Landwirtschaft. Agrarkultur als Leitkonzept .....	161
<i>Linda Nierling, Bettina-Johanna Krings</i>	
Digitalisierung und erweiterte Arbeit .....	175
<b>Teil 4 – Sozio-ökonomischer Kontext</b>	
<i>Gisela Kubon-Gilke</i>	
Soziale Sicherung in der Postwachstumsgesellschaft .....	193
<i>Angela Köppl, Margit Schratzenstaller</i>	
Ein Abgabensystem, das (Erwerbs-)Arbeit fördert .....	207
<i>Georg Stoll</i>	
Arbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern .....	227
<b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....	255

## Erwerbsarbeit, Tätigkeit und Postwachstum

*Irmi Seidl, Angelika Zahrm*

**Zusammenfassung:** Das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist paradox: Wachstum soll Erwerbsarbeitsplätze schaffen. Dazu beitragen soll die Steigerung der Arbeitsproduktivität, doch damit gehen gleichzeitig Arbeitsplätze verloren. Entsprechend muss Wachstum zusätzlich die weg-rationalisierten Arbeitsplätze kompensieren. Verstärkt wird diese Paradoxie durch das Sozial- und Abgabensystem mit seiner zentralen Finanzierunggrundlage Erwerbsarbeit: es treibt die Steigerung der Arbeitsproduktivität voran. Doch Wirtschafts- und Produktivitätswachstum können nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. Es ist deshalb wichtig, die große Bedeutung der Erwerbsarbeit – für die Sozialversicherung, als Basis für öffentliche Abgaben sowie für die gesellschaftliche Anerkennung und Integration – zu relativieren. Zugleich ist ein Verständnis von Tätigkeit zu entwickeln und seine Umsetzung institutionell zu fördern, das neben der Erwerbsarbeit auch Eigen-, Freiwilligen-, Care-, Gemeinschaftsarbeit und andere Arbeitsformen einschließt.

### *1. Enge Verknüpfung von Arbeit und Wachstum*

In den letzten zehn Jahren hat die kritische Auseinandersetzung mit dem ständigen und zum Teil starken Wirtschaftswachstum seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich zugenommen. Auch die zugrunde liegende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und die Mechanismen, die zu Wachstum führen, kamen in den Blick.<sup>1</sup> Diese Kritik ist in erster Linie

<sup>1</sup> Petschow et al. (2019) haben eine umfangreiche Analyse zur jüngeren wachstums-kritischen Literatur gemacht.

ökologisch motiviert: Wirtschaftswachstum geht mit einem hohen Ressourcenverbrauch und umfassender Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen einher. Diese Wirtschaftsweise hat die planetaren Grenzen teilweise erreicht oder überschritten. Gleichzeitig verhindert die Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum eine wirksame Umweltpolitik, denn diese könnte Wirtschaftswachstum bremsen oder unterbinden, so die geläufige Argumentation von Wachstumsbegrüßern.

Ein wichtiger Aspekt in der kritischen Auseinandersetzung mit Wirtschaftswachstum sind dessen Treiber. In ihrem Buch „Postwachstums-gesellschaft. Konzepte für die Zukunft“ benannten und analysierten Seidl und Zahmt (2010) verschiedene Bereiche, die Wirtschaftswachstum antreiben und die umgebaut werden müssen, soll die Wachstumsabhängigkeit unserer Ökonomen und Gesellschaften beendet werden und ein Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft stattfinden.<sup>2</sup> Das vorliegende Buch thematisiert nun (Erwerbs-)Arbeit, weil Arbeit – genauer: Erwerbsarbeit – das Wirtschaftswachstum stark antreibt.

Politik zugunsten von Wirtschaftswachstum wird sehr häufig damit begründet, es entstünden dadurch (Erwerbs-)Arbeitsplätze oder es blieben solche erhalten.<sup>3</sup> Zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltpolitik wird ein Konflikt gesehen, weil letztere Wachstum bremse und so Arbeitsplätze koste. In jüngerer Zeit wird teilweise argumentiert, grünes Wachstum hebe einen solchen Konflikt auf und entkople Wachstum und Ressourcenverbrauch (kritisch dazu siehe Parrique et al. 2019). Leitlinie für Wachstumspolitik ist in Deutschland das Stabilitäts- und Wachstums-gesetz, welches das Ziel der Vollbeschäftigung verankert. Kritisch hinterfragt wird diese Politik kaum, geht es doch um das Sicherstellen materi-

eller Existenz. Seit Beginn dieses Jahrzehnts wird verstärkt mit „grünem Wachstum“ argumentiert, das positive Beschäftigungseffekte haben und zugleich ökologische Probleme reduzieren soll (zum Beispiel OECD 2011). Zusätzlich zur Anknüpfung des Wachstums wird politisch das Ziel verfolgt, mittels Förderung des technischen Fortschritts und Qualifizierung der Erwerbstätigen die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. In der Folge wird pro Arbeitsstunde mehr produziert oder für eine bestimmte Produktionsmenge wird weniger Arbeit eingesetzt. Somit entsteht Wachstum, und zusätzlich – so die Argumentation – steige die Wettbewerbsfähigkeit, weil die Preise sinken könnten. Dies führe zu einer erhöhten Nachfrage und mithin wiederum zu Wachstum.<sup>4</sup>

Interesse an möglichst vielen Erwerbsarbeitsplätzen mit hohen Löhnen haben Erwerbstätige wie der Staat: Die Erwerbstätigen sichern so ihre Existenz und die ihrer Familien und können sich sozial absichern, der Staat erhebt auf Basis von Erwerbseinkommen Steuern und Sozialabgaben. Die Einkommensteuern machen in Deutschland 27 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus, in Österreich sind es 22 Prozent, in der Schweiz 31 Prozent (zu Abgabebesätzen für verschiedene Einkommenshöhen vgl. Köppel/Schratzenstaller in diesem Buch).<sup>5</sup> Die Sozialabgaben auf Arbeit (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) belaufen sich in Deutschland auf 38 Prozent des gesamten Abgabenaufkommens,<sup>6</sup> in Österreich auf 35 Prozent und in der Schweiz auf 24 Prozent.<sup>7</sup> Damit ist ein beträchtlicher Anteil des Abgabenaufkommens von Erwerbseinkommen abhängig (in Deutschland 65%, in Österreich 57% und in der Schweiz 55%).<sup>8</sup> Es ist nachvollziehbar, dass angesichts dieses Abgabensystems ein breites Interesse an einer hohen Erwerbsbeteiligung und an hohen Löhnen besteht.

<sup>2</sup> Gemäß Seidl/Zahmt (2010, 34) ist eine Postwachstumsgesellschaft nicht existentiell auf Wirtschaftswachstum angewiesen; sie ist gekennzeichnet durch folgende Kriterien: 1. Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt; 2. Wachstumsabhängige und -treibende Bereiche, Institutionen und Strukturen werden umgebaut, so dass sie von Wirtschaftswachstum unabhängig sind; 3. Energie- und Ressourcenverbrauch werden auf ein nachhaltiges Niveau reduziert und der Verlust der Biodiversität gestoppt.

<sup>3</sup> Peteschow et al. (2019, 105) bestätigen den positiven Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung, argumentieren allerdings aus ökonomischer Mainstream-Perspektive, es gebe keine unidirektionale Kausalität. Erwerbsarbeit und schließlich Wachstum könnten auch entstehen, wenn die Charakteristika des Arbeitsangebotes wie Qualifikation, Flexibilität oder Preis zur Arbeitsnachfrage passen.

<sup>4</sup> Für eine Diskussion der Zusammenhänge zwischen Arbeit und Wachstum in verschiedenen ökonomischen Theorien siehe Peteschow et al. (2018).

<sup>5</sup> Hinzu kommen Steuereinnahmen aufgrund von Haushaltsausgaben, die größtenteils auf Löhnen basieren, wie die Mehrwertsteuer. Ihr Anteil am Abgabenaufkommen beträgt in Deutschland 26%, Österreich 28% und der Schweiz 22%.

<sup>6</sup> Abgabe ist der Oberbegriff für Steuern, Gebühren und Beiträge.

<sup>7</sup> Die Sozialabgaben in der Schweiz können nur bedingt mit denen anderer Länder verglichen werden, denn die soziale, obligatorische Absicherung erfolgt dort zum Teil über nicht staatliche Organisationen, so dass diese Zahlungen nicht in der Abgaberechnung erscheinen.

<sup>8</sup> OECD-Zahlen, data.oecd.org/tax/social-security-contributions.htm

Interesse an einer zunehmenden Arbeitsproduktivität haben Erwerbstätige, ArbeitgeberInnen und der Staat. Erstere haben Aussicht darauf, einen Teil des Produktivitätsfortschrittes als Lohnerhöhung zu erhalten (vgl. Reuter in diesem Buch). Die ArbeitgeberInnen schöpfen einen Teil des Produktivitätsfortschrittes als Gewinn ab und verbessern allenfalls ihre Marktposition. Der Staat profitiert von höheren Steuereinnahmen. Führt die erhöhte Arbeitsproduktivität dazu, dass Arbeit wegrationalisiert wird, so muss für diese Menschen neue Arbeit entstehen – im herkömmlichen Denken idealerweise durch Wirtschaftswachstum.

Das Abgabensystems mit seiner hohen Belastung von Erwerbseinkommen führt dazu, dass ArbeitgeberInnen einen permanenten Anreiz haben, die Arbeitsproduktivität zu steigern, um „teure“ Arbeit zu ersetzen.<sup>9</sup> KonsumentInnen meiden Produkte und Dienstleistungen, die hohe Arbeitskosten beinhalten (lieber neue Schuhe kaufen, als alte reparieren zu lassen oder lieber billige Produkte aus konventioneller Landwirtschaft kaufen als teurere, weil arbeitsintensivere Bioprodukte). Hohe Arbeitskosten verleiten dazu, den Anteil menschlicher Arbeit zu reduzieren; gleichzeitig aber streben Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nach hoher Beschäftigung. Kurz: Anreize des Abgabensystems, Wachstumspolitiken und steigende Arbeitsproduktivität führen dazu, dass Erwerbsarbeit (weg)rationalisiert wird, um dann Wachstum zu fördern und zu fördern, damit neue Erwerbsarbeitsplätze entstehen, die wiederum rationalisiert werden. So dreht sich die Spirale weiter.

Die wissenschaftliche und politische Diskussion zu (Erwerbs-)Arbeit und Wirtschaftswachstum sowie zur Bedeutung der Arbeit für Existenzsicherung, Sozialsystem und Steuersystem steht am Anfang. Es gibt aber durchaus Reformdebatten, an die angeknüpft werden kann. Zu nennen ist vor allem die lange Debatte und umfangreiche Konzeptentwicklung zu einer öko-sozialen Steuerreform (vgl. unter anderem Köppl/Schatzenstaller in diesem Buch), zu neuen Konzepten von Arbeit (vgl. unter anderem Gerold, von Jorck/Schrader, Wehner, Gottwald et al. in diesem Buch) sowie zu Möglichkeiten, das Sozialsystem weiterzuentwickeln (vgl. unter anderem Hagedorn und Kubon-Gilke in diesem Buch).

<sup>9</sup> Hohe Abgaben auf Erwerbseinkommen machen Arbeit deshalb „teuer“, weil die ArbeitnehmerInnen beziehungsweise Gewerkschaften versuchen, einen Teil der Abgabenlast mit höheren Löhnen wertzumachen, und weil bei den Sozialabgaben ein Arbeitgeberanteil anfällt.

Vor diesem Hintergrund leitet folgende These dieses Buch: Soll sich unsere Gesellschaft aus der Fixierung auf Wirtschaftswachstum und Erwerbsarbeitsplätze lösen, muss das Erwerbsarbeitsystem umgebaut werden. Erwerbsarbeit darf nicht weiter ein so großes Gewicht haben, dass es die beschriebenen nachteiligen Dynamiken verursacht. Daraus folgt, dass die starke Abhängigkeit des Sozialsystems von Erwerbsarbeit – ein Resultat der wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Entwicklung vor allem seit Mitte des 20. Jahrhunderts – verringert werden muss. Zugleich brauchen wir ein breiteres Verständnis von Arbeit, das neben der Erwerbsarbeit auch Sorgearbeit, Selbstversorgung, Freiwilligenarbeit und andere Formen der Nicht-Erwerbsarbeit einschließt, und wir brauchen Strukturen, die es ermöglichen, Arbeit in ihren verschiedenen Formen nachzugehen.

## 2. Aktuelle Herausforderungen im Bereich der Erwerbsarbeit

Technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen führen zu einem ständigen Wandel der Arbeit. Aktuell finden verschiedene Entwicklungen statt, die Arbeit verändern und im Hinblick auf eine Neubewertung von Arbeit und Erweiterung des Arbeitsverständnisses relevant sind.

– *Digitalisierung und Robotisierung* reduzieren Erwerbsarbeit und den Anteil gesicherter Normalarbeitsverhältnisse. International sind unsichere, flexible Arbeitsverhältnisse die Regel, inzwischen nehmen sie auch in Europa zu (vgl. Stoll in diesem Buch). In welchem Ausmaß diese technologischen Entwicklungen Erwerbsarbeit ersetzen, wird kontrovers diskutiert; erkennbar ist jedoch ein gravierender Strukturwandel, in dessen Verlauf viele Erwerbsarbeitsplätze frei werden dürften (vgl. Nierling/Krings in diesem Buch). Relevant ist diese Entwicklung für die Neubewertung von Arbeit und für die Erweiterung des Arbeitsverständnisses, weil sie zu Einnahmeausfällen im Sozial- und Steuersystem führt und weil die Zahl prekär lebender Menschen steigt. Diese technologischen Entwicklungen üben also einen großen Druck auf das gewachsene System der Erwerbsarbeit, der sozialen Absicherung und Steuerbasis aus.

– Parallel dazu findet ein *Wertewandel* bezüglich Erwerbsarbeit statt: Vor allem die jüngere Generation stellt den hohen Stellenwert von

Erwerbsarbeit und -einkommen als Lebensziel und Statussymbol in Frage; sie erwartet und lebt eine größere Flexibilität, Selbstbestimmtheit und eine zufriedener stellende Work-Life-Balance. Sie bewertet (Erwerbs-)Arbeit daraufhin, ob sie sinnvoll ist; fehlende Sinnhaftigkeit wird thematisiert und kritisiert und Arbeitgeber kommen unter Druck, Sinn zu ermöglichen (vgl. Gerold in diesem Buch). Relevant für die Neubewertung von Arbeit und die Erweiterung des Arbeitsverständnisses ist diese Entwicklung, weil in der Gesellschaft dadurch die Bedeutung der Erwerbsarbeit relativiert wird und sich eine größere Vielfalt von Tätigkeiten entfalten kann.

– Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass *Arbeitskräfte in Bereichen fehlen*, die arbeitsintensiv und traditionell eher unterbezahlt sind und sich nur begrenzt automatisieren lassen, nämlich in den sozialen Dienstleistungen (vor allem Gesundheit, Pflege, Erziehung; vgl. Hagedorn in diesem Buch), in der Landwirtschaft (vgl. Gottwald et al. in diesem Buch) und in vielen Handwerksbereichen.<sup>10</sup> Diese Entwicklungen sind für eine Neugewichtung von Arbeit und Erweiterung des Arbeitsverständnisses relevant, weil sie steuerliche und abgabenpolitische Anreize und eine Gestaltung von Arbeit nötig machen, die diese Berufe attraktiver machen.

– Schließlich stehen wir am Anfang eines *Strukturwandels aus ökologischen Gründen*, der vor allem energie- und ressourcenintensive Branchen (z.B. Automobil- und Verkehrssektor, Energiesektor, Ressourcen-sektor) betrifft und ressourcenreiche Branchen (z.B. öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energie, Re- und Upcycling) begünstigt und von politischen Entscheidungen sowie ökologischem Konsumentenverhalten

<sup>10</sup> Prognosen zum künftigen Arbeitskräftemangel müssen kritisch auf die zugrunde gelegten Wachstumszahlen hin geprüft werden. Eine Studie (VBW/Prognos 2019) zur Fachkräftesicherung rechnet beispielsweise mit einer Wachstumsrate des BIP von 1,6 % pro Jahr von 2016 bis 2025 und 1,2 % pro Jahr ab 2026. In den letzten 10 Jahren lag die Wachstumsrate des deutschen BIP bei durchschnittlich rund 1,3 % pro Jahr. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität lag im gleichen Zeitraum bei etwa 0,7 % pro Jahr (Elstner/Schmidt 2017) mit seit Jahrzehnten sinkender Tendenz. Das heißt, die Differenz zwischen Wachstums des BIP und der Arbeitsproduktivität basiert auf der Erhöhung des geleisteten Arbeitsumfanges und/oder der Ausdehnung des Kapitals. Mindestens der Anteil des Wachstums, der auf die Ausweitung des Produktionsfaktors Arbeit zurückzuführen war, sollte aber bei Prognosen ignoriert werden, wenn es um die künftige Knappheit des Faktors Arbeit geht.

ausgehen dürfte (zu letzterem vgl. Walz et al. 2019). Es ist mit größeren Entlassungen und gleichzeitig dem Entstehen neuer Erwerbsarbeitsplätze zu rechnen. Relevant ist diese Entwicklung, weil möglicherweise arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie zum Beispiel Arbeitszeitreduktion und Qualifizierungsmaßnahmen nötig werden und neue Strukturen zu schaffen sind, die Menschen ermöglichen, in Bereichen mit Arbeitsnachfrage sowie außerhalb der Erwerbsarbeit tätig zu werden.

### 3. Verständnis von Arbeit und Tätigsein

Unter dem Begriff der Arbeit wird üblicherweise bezahlte Erwerbstätigkeit in einem Normalarbeitsverhältnis mit sozialer Absicherung verstanden. Dieses Verständnis entstand im Übergang von der vorindustriellen häuslichen Familienwirtschaft zur arbeitsteiligen Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert, in der nur mehr außerhäusliche bezahlte (männliche) Arbeit als solche galt (vgl. Komlosy in diesem Buch). Damit einher ging die Entwertung anderer (meist weiblich konnotierter) Tätigkeiten wie der Haus- und Familienarbeit sowie der Selbstversorgung – und damit auch der Frauen, die diese Arbeit hauptsächlich leisteten. Die unterschiedliche Wertigkeit der Arbeit von Frauen und Männern ist immer noch verbreitet, trotz der hohen Erwerbsarbeitsbeteiligung von Frauen und der Professionalisierung der Care-Arbeiten und obwohl sich Familienrollen und Erwerbsbiografien stark verändert haben.

Die heutige zentrale Rolle der Erwerbsarbeit beruht gemäß Senghaas-Knoblösch (1998, 11ff.) auf vier Funktionen: Erwerbsarbeit sichert das individuelle Einkommen; sie verleiht soziale Anerkennung und kann die psychische Gesundheit stärken;<sup>11</sup> sie bildet eine wesentliche Anspruchsgrundlage für die Sozialversicherungssysteme; und bürgerschaftliche Integration – das heißt die gleichberechtigte Einbeziehung der Menschen in das Gemeinwesen – ist an sie gebunden.

<sup>11</sup> Daraus folgt, dass jemandem, der keiner Erwerbsarbeit nachgeht, etwa wegen Arbeitslosigkeit oder langer Krankheit, nicht nur die materiellen Möglichkeiten fehlen, sondern auch Anerkennung im beruflichen und sozialen Umfeld, was auch gesundheitliche Folgen haben kann.

Die traditionelle Volks- und Betriebswirtschaftslehre versteht Arbeit vor allem als einen Produktionsfaktor neben Boden und Kapital.<sup>12</sup> Er beeinflusst als Kostenfaktor die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und von Volkswirtschaften. Dieses Verständnis ist traditionellerweise mit einem Menschenbild verbunden, das den Menschen als rational handelndes Wesen versteht, das seinen Nutzen maximieren will (*homo oeconomicus*). Zur Arbeit motiviert der Lohn, der eine hohe Bedürfnisbefriedigung ermöglichen soll, wobei die Bedürfnisse in diesem Menschenbild als unbegrenzt gelten. Zwar finden inzwischen andere Menschenbilder Eingang in die Ökonomik der Arbeit, doch durchzieht das Menschenbild des *Homo oeconomicus* weiter die ökonomischen und politischen Debatten und beeinflusst Entscheidungen in dem Sinne, dass ein ständiges Mehr an Erwerbsarbeit, Gütern und Dienstleistungen (v.a. ausgedrückt im BIP) das Wohlergehen der Menschen erhöhe.

Auch wenn heute das ökonomische Verständnis von Arbeit dominiert, so gibt es in den Sozial- und Geisteswissenschaften, vor allem in der Geschichtswissenschaft, Philosophie, Soziologie, Anthropologie und Theologie eine zum Teil lange und intensive Auseinandersetzung mit dem Begriff Arbeit. Einen allgemeingültigen Arbeitsbegriff gibt es aber nicht. Vielmehr hängt das Verständnis von Arbeit vom Erkenntnisinteresse, von (geistes-)geschichtlichen Epochen, vom Wirtschaftsleben und existentiellen Notwendigkeiten, technischen Möglichkeiten und Entwicklungen, Hierarchien und Machtstrukturen ab. Komlosy (2014, 11) bezeichnet Arbeit als ein „Chamäleon“: „Jeder versteht etwas anderes darunter, die Definitionen und Begriffe sind in ständiger Veränderung.“

Das dominierende enge Verständnis von Arbeit als Erwerbsarbeit wird der Vielfalt von Arbeit, die immer schon im täglichen und gesellschaftlichen Leben erbracht wurde und wird und die das individuelle und gesellschaftliche Leben und Überleben sicherstellt, nicht gerecht. Hannah Arendt (1967/1958) sprach von „*Vita activa* oder Vom tätigen Leben“ und formulierte damit einen Gegenentwurf zur Eindimensionalität der modernen (Erwerbs-)Arbeit. Diese Vielfalt von Arbeit fassen wir unter den Begriff des Tätigseins.

Die Frauenbewegung hat große Verdienste dabei, die unbezahlte Arbeit in Haus und Familie, die zumeist von Frauen geleistet wird, zu thematisieren und zu politisieren. Vor diesem Hintergrund entstanden Konzepte der erweiterten Arbeit, der Mischarbeit, des „Ganzes der Arbeit“ (Biesecker 2000), der regenerativen Arbeit und andere, die über den engen Begriff der Erwerbsarbeit hinausgehen (für eine Übersicht vgl. Gerold in diesem Buch).

– für die Vielfalt möglicher Arbeiten inklusive Erwerbsarbeit (a);

– dafür, dass Menschen verschiedene Formen von Arbeit nach- oder nebeneinander realisieren (b);

– für Arbeit, die den Anspruch hat, für den tätigen Menschen und die Gesellschaft sinnvoll zu sein (c).<sup>13</sup>

*Tätigsein* verstehen wir hier als einen Oberbegriff

- für die Vielfalt möglicher Arbeiten inklusive Erwerbsarbeit (a);
- dafür, dass Menschen verschiedene Formen von Arbeit nach- oder nebeneinander realisieren (b);
- für Arbeit, die den Anspruch hat, für den tätigen Menschen und die Gesellschaft sinnvoll zu sein (c).<sup>13</sup>

(a) Tätigsein kann bezahlt oder unbezahlt sein. Gerade die unbezahlte Arbeit ist äußerst vielfältig: sie kann existentiell sein (Sorge um Kinder, Kranke, Hausarbeit, Eigen- und Subsistenzarbeit), immaterielle Bedürfnisse (nach sozialer Einbindung, Kultur, Kunst etc.) befriedigen und Tätigkeiten umfassen, für die niemand etwas bezahlen will oder kann (Freiwilligenarbeit). Unbezahlte Arbeit dürfte meist eine andere Qualität haben als bezahlte Arbeit, weil der Tauschakt mit Geld („man ist nachher quitt“, Znoj 2011) der Arbeit eine andere Qualität verleiht. Der Koordinationseffekt der unbezahlten Arbeit ist Reziprozität (oder Uneigennützigkeit); bei bezahlter Arbeit ist es der Markt (zu den ökonomischen Koordinationsmechanismen vgl. Kubon-Gilke in diesem Buch).

(b) Tätigsein entspricht dem Konzept der *Mischarbeit* (Brandl/Hildebrandt 2002). Mischarbeit integriert Erwerbs-, Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit und „bezeichnet die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Arbeiten der oder des Einzelnen, die Vielfalt der

<sup>12</sup> Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Arbeitsverständnis in der Ökonomik siehe Diefenbacher et al. (2017, 38ff.).

<sup>13</sup> Verschiedentlich findet sich in der Literatur auch der Begriff der „Tätigkeitengesellschaft“ (etwa Sengehaas-Knohloch 1998). Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) hat Anforderungen an eine Tätigkeitsgesellschaft formuliert. Darunter versteht sie ein Zukunftsmodell für ein gelingendes Zusammenleben der Menschen, für neue Formen der Arbeit und für eine Ökonomie der Gerechtigkeit im Rahmen einer sozialen und ökologischen Transformation der Gesellschaft. „Arbeit muss (...) befreiende Arbeit, muss ‚Tätigkeit‘ werden“ (KAB 2017). Insgesamt aber scheint es kein konsistentes Konzept einer Tätigkeitsgesellschaft zu geben. Rosswog (2018), ein Post-work-Vertreter, versteht „Arbeit“ als extrinsisch motiviert, als sinnlos, entfremdet; „Tätigsein“ hingegen sei intrinsisch motiviert, selbstbestimmt.



alltäglichen individuellen Kombinationen dieser Arbeiten und die Veränderung der Kombinationen in biographischer Perspektive“ (ebenda 105). Damit einher gehen „Mischqualifikationen, Mischbelastung und Mischkommen“. Solches Tätigsein erlaubt ein integriertes Arbeiten und Leben und überwindet die funktionale Arbeitsteilung (Allmendinger 2016).

(c) Tätigsein findet schließlich in einem Kontext statt, in dem Menschen ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen verwirklichen können, in der sie eigene Bedeutung erfahren und in der soziale Beziehungen gelebt werden. Im Tätigsein können Werte realisiert und Sinn erfahren werden und über das Tätigsein entsteht Bezug zur Lebenswelt und zur Gesellschaft (Weber 2005).

So zentral das Tätigsein für Menschen ist, so braucht es auch Zeit sein fürs Nichts-Tun, Muße, Nachdenken und Kontemplation.

#### 4. Ansatzpunkte für ein Tätigsein in einer Postwachstumsgesellschaft

Während es in Politik und Wirtschaft zaghafte Ansätze gibt, ein Ende der Wachstumsgesellschaft in Betracht zu ziehen (etwa Teilings/Baldwin 2014, Lichtblau et al. 2015, Petschow 2018), gibt es bisher unseres Wissens keine Überlegungen und keine Forschung zur Frage, wie das Erwerbsarbeits- und Sozialsystem umgebaut werden könnten, sollte die Wirtschaftsleistung – ungewollt oder gewollt – nicht mehr wachsen. Angesichts der existentiellen Bedeutung des Erwerbsarbeits- und Sozialsystems für die Mehrheit der Menschen unserer Gesellschaften besteht offensichtlicher Bedarf an gesellschaftlicher Debatte und Forschung zu diesem Thema. Dieses Buch soll einen Beitrag dazu leisten. Im Folgenden werden einige zentrale Punkte für die Debatte, Forschung und Transformation genannt.

##### 4.1 Erwerbsarbeit relativieren und Erwerbsarbeitsystem umbauen

Die Besteuerung von Arbeit und anderen Produktionsfaktoren prägt ganz wesentlich Preisrelationen und damit den Faktoreinsatz. Arbeit ist heute zu hoch mit Abgaben belastet. Die historisch gewachsenen Steuer- und Sozialsysteme sind den heutigen sozialen, arbeitsmarktpolitischen, öko-

logischen und finanziellen Herausforderungen nicht mehr angemessen (vgl. Köppl/Schrauzenstaller in diesem Buch). Es liegen zahlreiche Vorschläge vor, das Steuersystem weiterzuentwickeln; Politik und Gesellschaft müssen endlich die Notwendigkeit einer umfassenden Reform erkennen. Wie allerdings das Sozialsystem weiterentwickelt werden könnte, wenn Erwerbsarbeit und Wachstum zurückgehen, dafür fehlen Vorschläge.

Eine insgesamt reduzierte Erwerbsarbeitszeit ist aus verschiedenen Gründen vorteilhaft: Der Umweltverbrauch geht zurück (Knight et al. 2013), es entstehen Freiräume für Tätigsein und verringerte Erwerbsarbeitszeit passt zum gesellschaftlichen Wertewandel. Die zentrale Frage in diesem Zusammenhang lautet: Wie kann die Erwerbsarbeitszeit reduziert werden, wie wird diese Reduktion sozialversicherungstechnisch abgedeckt und ist ein Lohnausgleich – und in welchem Ausmaß – nötig? (siehe dazu auch Reuter in diesem Buch). Parallel steht die Aufgabe an, Strukturen und förderliche Bedingungen für andere Arbeitsformen als Erwerbsarbeit (weiter) zu entwickeln (beispielsweise für Freiwilligen- und Eigenarbeit), Qualifikationen dafür zu fördern und Vorteile bei Steuern und Sozialabsicherung zu gewähren. Freiwilligenarbeit ist für viele Menschen bereichernd, unter anderem, weil sie Sinn schafft und Autonomie verleiht. Zahlreiche gesellschaftliche Aufgaben können von Freiwilligen übernommen werden (vgl. Wehner in diesem Buch), idealerweise von einem breiteren Kreis der Gesellschaft als bisher. Parallel sind Strukturen für Eigen- und Subsistenzarbeit zu fördern, so dass Menschen einen größeren Teil ihrer alltäglichen Versorgung als bisher selbst übernehmen können.

##### 4.2 Sozialsystem weiterentwickeln

Weit entwickelte Sozialsysteme sind äußerst komplexe Gebilde mit großem ökonomischem Gewicht. Die öffentlichen sozialen Ausgaben beliefen sich 2018 in Deutschland auf 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und liegen damit im oberen Bereich der OECD-Länder (OECD 2019).<sup>14</sup> Das deutsche Sozialsystem finanziert sich zu zwei rund Dritteln aus Beiträgen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen und zu einem Drittel

<sup>14</sup> In Österreich sind es 26%. Die Zahl für die Schweiz (16%) ist wegen der umfangreichen privat-obligatorischen Absicherung nicht vergleichbar.

aus allgemeinen Steuermitteln.<sup>15</sup> Wie oben und im Beitrag von Köppl/Schatzenstaller in diesem Buch deutlich wird, muss die starke Abhängigkeit der fiskalischen Einnahmen von Erwerbsarbeit verringert und die Finanzierung durch andere Steuerquellen ausgebaut werden. Angesichts des demographischen Wandels sowie der Unterversorgung und den teilweise niedrigen Löhnen im Gesundheits- und Pflegebereich wird der Mittelbedarf des Sozialsystems weiter steigen (vgl. Hagedorn in diesem Buch). Das Sozialsystem kann aber mit Elementen weiterentwickelt werden, die es finanziell entlasten und die Qualität der Leistungen erhöhen: durch eine präventive Sozialpolitik sowie eine Stärkung des Reziprozitätsprinzips bei der Leistungserbringung (vgl. Kubon-Gilke in diesem Buch), durch Ausbau der Vorsorge und personenbezogener Dienstleistungen in Gesundheit und Pflege sowie durch verstärkte soziale Einbettung der Leistungen in Nachbarschaften und Netzwerke.

Es gibt im Bereich der Sozialversicherung Reformdebatten, die an der Qualität verschiedener Leistungen und ihrer Finanzierung ansetzen, doch bisher gibt es keine Debatte und Forschung, wohin sich das System entwickeln könnte, wenn es weniger Erwerbsarbeit gibt, die erwerbsarbeitsbezogene Finanzierung zurückgeht und die Wirtschaft nicht mehr wächst.

#### 4.3 *Förderlicher Kontext für die Transformation des Sozial- und Erwerbsarbeitsystems*

Der Umbau des Sozial- und Erwerbsarbeitsystems betrifft verschiedenste Interessen, Besitzstände und Errungenschaften. Solche Prozesse lassen sich leichter durchführen, wenn sie sozial gerecht sind. Dazu beitragen können ein Umbau des Steuersystems hin zu größerer sozialer Gerechtigkeit, finanzielle Absicherungen wie Grundrente und Mindesteinkommen (sowie Maximaleinkommen, das Ungleichheit reduziert) sowie eine soziale Infrastruktur und soziale Praktiken, die den Alltag erleichtern und

es ermöglichen, einen Teil der eigenen Versorgung selbst zu erbringen. Elemente dafür sind Gemeingüter (beispielsweise allgemein nutzbare Räume und Einrichtungen wie Werkstätten und Gärten), enge soziale (Unterstützungs-)Netze (wie Nachbarschaften, Selbsthilfestrukturen oder Sozialdienste) sowie Strukturen, in denen man suffiziente und subistente Lebensweisen praktizieren kann (Repair-Cafés, Häuser der Eigenarbeit). Es gibt verschiedene Beispiele solcher Infrastrukturen und Praktiken, die inzwischen teilweise Eingang in die Mitte der Gesellschaft finden (vgl. Schneidewind/Zahmt 2013, Baier et al. 2016, futurzwei.org).

Wie der aktuelle Transformationsdiskurs betont, entstehen neue Lösungen meist in der Nische (z.B. Kristof 2010, WBGU 2011, Schneidewind 2018). Dies gilt auch für das Fiskal- und Sozialsystem.<sup>16</sup> Deshalb ist es zentral, Experimentierräume für neue Lösungen im Bereich der Arbeit und des Sozialsystems zu schaffen und zu fördern sowie Erfahrungen zu gewinnen, wie das Verbreiten in die Mitte der Gesellschaft hinein vereinfacht und begleitet werden kann. In Experimentierräumen können neue Werte entstehen und gelebt werden und sich mit dem Übergang in den Mainsream verbreiten (vgl. Fritz-Schubert in diesem Buch). Solche Experimentierräume gedeihen leichter bei unterstützenden öffentlichen Rahmenbedingungen: vor allem für die Verbreitung braucht es das finanzielle Engagement der öffentlichen Hand, relevanter Institutionen und Stiftungen. Deshalb sollte es in öffentlichen Budgets feste Kategorien geben, um förderliche Bedingungen für Transformationen zu schaffen.

#### 5. *Schluss*

Im Transformationsdiskurs kommt bisher das (Erwerbs-)Arbeits- und Sozialsystem kaum vor. Dies ist ein gewichtiges Defizit, denn ökologisch notwendige Transformation in den meist fokussierten Bereichen wie Mobilität, Energie, Industrie oder Ernährung wird gebremst durch Wachstumsinteressen, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen sowie die soziale Absicherung sicherzustellen. Die Dominanz von Erwerbsarbeit ist deshalb zu relativieren und neue Möglichkeiten des Tätigseins sind zu

<sup>15</sup> Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (sozialpolitik-aktuell.de/1/files/sozialpolitik-aktuell/\_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/tab1116.pdf). 50 Prozent des deutschen Bundeshaushaltes gehen in die soziale Sicherung (Monatsbericht des BMF, [www.bundesfinanzministerium.de/Dateien/2018/08/Inhalte/Kapitel-3-Analysen-3-1-Sollbericht-2018-Ausgaben-Einnahmen-Bundeshaushalt.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Dateien/2018/08/Inhalte/Kapitel-3-Analysen-3-1-Sollbericht-2018-Ausgaben-Einnahmen-Bundeshaushalt.html)).

<sup>16</sup> Beispiel für eine fiskalische Neuerung, die in einer Nische entwickelt wurde, ist die Lenkungsabgabe der Stadt Basel auf Stromverbrauch (ab 1999). Für Beispiele im Sozialbereich vgl. unter anderem Lang/Wintergerst 2011.

fördern und zu entwickeln. Dazu braucht es, frei nach Herzog (2019), die pragmatische Auseinandersetzung mit konkreten institutionellen Verbesserungsmöglichkeiten einerseits sowie die großen Visionen einer besseren, aber ferneren Zukunft andererseits, wobei sich beides bedingt und ergänzt. Die folgenden Kapitel werden beide Perspektiven einnehmen.

### Literatur

- Allmendinger, J. (2016): Gute Arbeit. Ein analytischer Diskussionsrahmen. Diskussionspapier aus der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Düsseldorf
- Baier, A., Hansing, T., Müller, C., Werner, K. (Hg.) (2016): Die Welt reparieren. Open Source und Selbmachen als postkapitalistische Praxis, Bielefeld
- Biesecker, A. (2000): Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit: Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, WZB Discussion Paper, P 00-504, Berlin
- Brandl, S., Hildebrandt, E. (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte, Opladen
- Dietschbacher, H., Foltn, O., Held, B., Rodenhäuser, D., Schweizer, R., Teichert, V. (2017): Zwischen den Arbeitswelten: Der Übergang in die Postwachstumsgesellschaft, Bonn
- Elkner, S., Schmidt, C.M. (2017): Die Verlangsamung des deutschen Produktivitätswachstums überwinden – Handlungsfelder für die Wirtschaftspolitik. in: Wirtschaftsdienst, 2, 87-92
- Herzog, L. (2019): Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf, Berlin
- KAB (2017): Arbeit. Macht. Sinn. Beschluss der 16. Bundesverbands taggedung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands, 26. bis 28. Mai 2017, [www.kab.de/fileadmin/user\\_upload/kab\\_de/Downloads\\_pdfs/leit-antrag/Beschluss\\_Leitantrag\\_01\\_09\\_2017.pdf](http://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdfs/leit-antrag/Beschluss_Leitantrag_01_09_2017.pdf)
- Knight, K.W., Rosa, E.A., Schor, J.B. (2013): Could working less reduce pressures on the environment? A cross-national panel analysis of OECD countries, 1970-2007, in: *Global Environmental Change*, 23, 691-700
- Komlosy, A. (2014): Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert, Wien
- Kristof, K. (2010): Wege zum Wandel. Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreicher gestalten können, München
- Lang, E., Wintergerst, T. (2011): Am Puls des langen Lebens. Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft, München
- Lichtblau, K., Bähr, C., Millack, A., van Baal, S., Aus dem Moore, N., Korfhage, T. (2015): Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft unter Minimalwachstumsbedingungen: Begründungsmuster, Folgen, Handlungsoptionen, RWI Projektberichte, Essen u. a.
- OECD (2017): Towards Green Growth, Paris
- OECD (2019): Social Expenditure Update 2019, January, [www.oecd.org/social/soc/OECD2019-Social-Expenditure-Update.pdf](http://www.oecd.org/social/soc/OECD2019-Social-Expenditure-Update.pdf)
- Parrique, T., Barth, J., Briens, F., Kerschner, C., Kraus-Polk, A., Kuokkanen, A., Spangenberg, J.H. (2019): Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability, European Environmental Bureau
- Petschow, U., Aus dem Moore, N., Pissarskoi, E., Korfhage, T., Lange, S., Schoofs, A., Hofmann, D. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition, UBA TEXTE 89/2018, Dessau-Roßlau, [www.umwelbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-post-wachstumsposition](http://www.umwelbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-post-wachstumsposition), abgerufen am 31. Juli 2019
- Rosswog, T. (2018): After Work. Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit: Sinnvoll tätig sein statt sinnlos schaffen, München
- Schneidewind, U. (2018): Die Große Transformation: Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt a. M.
- Schneidewind, U., Zahmt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik, München
- Seidl, I., Zahmt, A. (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg
- Senghaas-Knobloch, E. (1998): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft. Politikoptionen und Kriterien zu ihrer Abschätzung, in: *Feministische Studien*, 2, 9-30
- Teulings, C., Baldwin, R. (Hg.) (2014): Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures, Centre for Economic Policy Research (CEPR), London
- VBW (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.), Prognos (2019): Arbeitslandschaft 2025, [www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de), abgerufen am 31. Juli 2019
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin
- Walz, R., Oldenburger, C., Pfaff, M., Schuler, J., Gotsch, M., Marscheider-Weidmann, F. (im Erscheinen): Wider economic and social implications of sustainable economy approaches. Some insights from a scenario exercise, in: *GAIA* 28/S1

- Weber, P. (2005): Tätigsein – außerhalb der Erwerbsarbeit, in: Weber, P. (Hg.): Tätigsein. Jenseits der Erwerbsarbeit, Bonn, 168-174
- Znoj, H. (2011): Kaufen, zahlen und geben – wie wir mit Geld unsere soziale Umwelt konstruieren, in: Brändle, T., Riedo, D. (Hg.): Über Geld schreibt man doch!, Basel, 49-58

---

## Teil 1

### Grundlegendes



## CDE POLICY BRIEF



Foto: TJ Blackwell

## Free Days for Future?

Die gängigen Arbeits- und Konsummodelle in wohlhabenden Ländern untergraben unsere sozialen und ökologischen Grundlagen. Befürwortende einer kürzeren Erwerbsarbeitszeit verweisen auf eine mögliche *dreifache Dividende* durch weniger Arbeit. Dieser Policy Brief fasst zusammen, wie reduzierte Wochenarbeitszeiten unserem Wohlbefinden, der Wirtschaft und der Natur zugutekommen könnten – und mit welchen Massnahmen sich eine solche Vision verwirklichen liesse. Gestützt auf internationale Erkenntnisse und Erfahrungen empfiehlt ein Forschungsteam des CDE mögliche Wege weg von der derzeit in der Schweiz üblichen Wochenarbeitszeit hin zu einem neuen, besseren Status quo, der unseren Bedürfnissen sowie denen anderer – und des Planeten – besser gerecht werden könnte.

Wenn die gegenwärtige pandemiebedingte Krise einmal unter Kontrolle ist, wird es zweifellos erheblichen Druck geben, zu etwas wie «business as usual» zurückzukehren. Für die meisten Arbeitnehmenden in wohlhabenden Ländern hiesse das die Rückkehr zu einem Leben geprägt von Überarbeitung, hohem Stress und langen Pendelfahrten – und zum damit verbundenen übermässigen materiellen Konsum. Doch diese Option können wir uns nicht leisten. Sollen unsere Gesellschaften noch in diesem Jahrhundert gesünder, glücklicher und gerechter werden, müssen

wir unsere Prioritäten überdenken, unseren Lebensstil ändern und herkömmliche Systeme neu gestalten. Dazu gehören nicht zuletzt unsere Vorstellungen von Arbeit, Entlohnung und Erholung.

**Eine Erfindung der Industriegesellschaft: die Wochenarbeitszeit**

Die Wochenarbeitszeit von vierzig oder mehr Stunden gibt es schon so lange, dass leicht vergessen geht, dass sie eine menschliche Erfindung ist – und jederzeit verändert werden könnte. Im Jahr 1926 führte Henry Ford nach langjährigem

**KERNBOTSCHAFTEN**

- Um unsere Gesellschaften ökologischer, glücklicher und gerechter zu machen, braucht es zahlreiche Strategien. Ein vielversprechender Ansatz für wohlhabende Industrieländer ist – neben anderen Reformen – die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit.
- Weniger zu arbeiten kann unser Wohlbefinden steigern, Stress reduzieren und das Risiko eines Burnouts senken. Die neu gewonnene Zeit bietet Raum für Reflexion, soziale Beziehungen und bereichernde Aktivitäten – und sie kann einen umweltfreundlicheren Lebensstil mit einem kleineren ökologischen Fussabdruck unterstützen.
- Kürzere Wochenarbeitszeiten können zudem helfen, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu stärken und die Erwerbsarbeit besser auf die Arbeitenden zu verteilen, wodurch die Zahl der Arbeitslosen sinkt.
- Die Menschen sollten ihre bezahlte Arbeitszeit möglichst flexibel und im Einklang mit den eigenen Bedürfnissen einteilen können. Dazu braucht es Massnahmen, die es allen ermöglichen, weniger zu arbeiten, wenn dies ihre Lebensqualität verbessert.



Die hier präsentierte Forschung fokussiert auf die Schweiz.



### Box 1. Studienergebnisse zu Erwerbsarbeitszeitreduktionen in der Schweiz

Ein Forschungsteam des CDE hat mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Mercator Schweiz die Umstände untersucht, unter denen eine Erwerbsarbeitszeitreduktion einen nachhaltigeren Lebensstil ermöglichen kann (Bader, Hanbury, Neubert, Moser 2020). Über einen Zeitraum von 10 Monaten beobachteten die Forschenden 800 Teilnehmende. Diese waren in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine Gruppe reduzierte ihre Wochenarbeitszeit, die andere Gruppe behielt sie bei. Die Auswertung führte zu den folgenden Ergebnissen:

- Personen, die ihre Arbeitszeit reduzierten, zeigten kurzfristig ein höheres Wohlbefinden und längerfristig ein geringeres Burnout-Risiko.
- Jene mit längeren Arbeitszeiten wiesen ein höheres Mass an umweltschädlichem Verhalten auf, insbesondere mehr Pendeln, allgemein mehr Auto- und Flugreisen sowie einen höheren Kleidungskonsum.
- Nach der Reduktion ihrer Erwerbsarbeitszeit zeigten die Teilnehmenden ein höheres Mass an umweltbewusstem Verhalten und weniger Pendeln. Andere Verhaltensweisen mit hohen Umweltauswirkungen (Wohnen, allgemeine Mobilität) waren resistenter gegenüber Veränderungen.

Anstrengungen seitens der Gewerkschaften in seinen amerikanischen Automobilwerken erstmals eine Fünftagewoche ein. Ein paar Jahre später folgte der Getreideflockerhersteller Kellogg's mit dem Sechsstundentag.<sup>1</sup> Diese Reformen, damals noch Kürzungen der Erwerbsarbeitszeit, wurden von den Arbeitnehmenden weitgehend unterstützt und begrüsst – insbesondere weil die Durchschnittslöhne und -gehälter hoch genug blieben.

Insgesamt zeigen die globalen Zahlen einen starken Rückgang der Erwerbsarbeitszeiten von 1870 bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts. In Frankreich beispielsweise sank die jährlich pro Kopf geleistete Erwerbsarbeitszeit in diesem Zeitraum von 2'945 auf 1'848 Stunden. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg – im so genannten goldenen Zeitalter des Kapitalismus – ging die durchschnittliche Arbeitszeit weiter zurück, wenn auch weniger stark: Von 1950 bis 1980 sank die durchschnittliche Zahl der geleisteten Stunden pro Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer in der OECD um weitere 18 Prozent.<sup>2</sup> Die Schweiz reduzierte ihre Standardarbeitswoche zwischen 1950 und 1990 nach und nach von 50 auf 42 Stunden.<sup>3</sup>

In den meisten Ländern kam diese schrittweise Bewegung hin zu mehr Freizeit und einer besseren Work-Life-Balance jedoch gegen Ende des 20. Jahrhunderts zum Stillstand. Seither hat eine Kombination aus wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen dazu geführt, dass die gesellschaftliche Norm von acht Stunden pro Tag und fünf

Tagen pro Woche unverrückbar scheint, selbst wenn sie den Bedürfnissen vieler Menschen nicht gerecht wird – und unter dem Strich nicht einmal unbedingt der Wirtschaft nützt.

### Fortschritt unterbrochen

Technologische Fortschritte und besser qualifizierte Arbeitskräfte haben nicht den grossen Freizeitgewinn gebracht, den John Maynard Keynes und andere Ökonomen des 20. Jahrhunderts für unsere Zeit vorausgesagt haben.<sup>4</sup> Keynes hatte erwartet, dass heute nur noch fünfzehn Stunden pro Woche gearbeitet würde. Doch stattdessen ist das heutige Wirtschaftssystem so ausgerichtet, dass Produktivitätsgewinne in immer mehr materiellen Ausstoss und grössere Gewinne umgewandelt werden, einschliesslich der Kapitalgewinne für die bereits Reichen. Diese einseitige Ausrichtung verhindert eine Reduktion der Standardarbeitszeit für durchschnittliche Arbeitnehmende. Eine aktuelle OECD-Studie in 24 Ländern zeigt, dass sich das Wachstum der mittleren Real-löhne zwischen 1995 und 2015 effektiv vom Wachstum der Arbeitsproduktivität *entkoppelt* hat.<sup>5</sup>

**Ein neues Feudalsystem.** Vor 1980 waren die Früchte von Produktivitätssteigerungen relativ gleichmässig über die Gesellschaft verteilt, wobei die Einkommen stiegen und die durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten für grosse Teile der Bevölkerung sanken. In jüngerer Zeit jedoch werden die Gewinne aus Produktivitätssteigerungen zunehmend von einigen Wenigen abgeschöpft, während immer mehr Menschen gezwungen sind, prekäre Arbeitsbedingungen, stagnierende Löhne, längere Arbeitszeiten oder mehrere Jobs sowie mehr Stress und Burnouts zu ertragen.<sup>6</sup> Das Gefühl der Arbeitnehmenden, «rennen zu müssen, um an Ort zu bleiben» widerspiegelt die Tatsache, dass der Anteil der Erwerbsarbeit am Volkseinkommen seit den 1990er Jahren erwiesenermassen stetig sinkt.<sup>7</sup> Die Schweiz ist von diesen Trends der zunehmenden Ungleichheit und der extremen Vermögenskonzentration<sup>8</sup> nicht ausgenommen. Jüngste Zahlen zeigen, dass die reichsten 10 Prozent des Landes 75 Prozent des gesamten Vermögens besitzen.<sup>9</sup>

**Süchtig nach Wachstum.** Doch trotz dieser kontinuierlichen Umverteilung von Wohlstand von unten nach oben hat sich bei den etablierten Wirtschaftspolitikerinnen und Wirtschaftspolitikern wenig geändert: Das Streben nach einem immer grösseren Bruttoinlandsprodukt (BIP) gilt nach wie vor als oberstes Gebot. Seit Jahrzehnten dominiert die Vorstellung, dass ein kontinuierliches Wachstum des BIP nicht nur das Wohlergehen einer Mehrheit der Menschen verbessert, sondern auch – und das ist entscheidend – die mit diesem Wachstum verbundenen *Schäden ausreichend kompensiert*. Diese Ideologie hat sich weltweit besonders in ökologischer Hinsicht als gravierend erwiesen: Aktuelle Daten zeigen, dass das globale Wirtschaftswachstum die natürlichen Ressourcen weitaus schneller verbraucht und die Umwelt schneller mit

Schadstoffen – einschliesslich Treibhausgasen – belastet, als dass neue Technologien dies wettmachen könnten.<sup>10</sup> Auch auf der persönlichen Ebene ist der Zusammenhang zwischen Einkommenswachstum und Wohlbefinden nicht eindeutig. Eine Studie mit Daten von über 1,7 Millionen Menschen weltweit hat gezeigt: Mehr Geld jenseits eines bestimmten *Einkommensniveaus* – in Westeuropa z. B. jenseits eines jährlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens von 100'000 USD – macht die Menschen nicht glücklicher.<sup>11</sup>

**Schaden durch Überarbeitung.** In ähnlicher Weise können ab einem bestimmten *Beschäftigungsniveau* die echten Vorteile der Arbeit als Tätigkeit an sich – etwa ein Gefühl von Selbstwirksamkeit und Identität<sup>12</sup> – durch Stress, Mangel an Zeit für soziale Beziehungen und andere sinnvolle Aktivitäten sowie die damit verbundenen Krankheiten zunichte gemacht werden. In der Schweiz betrug der Produktivitätsverlust aufgrund stressbedingter Erkrankungen wie Depressionen und Burnouts 2018 insgesamt 6,5 Milliarden Franken.<sup>13</sup> Und laut Forschungsumfragen wünschen sich etwa 30 Prozent der Arbeitnehmenden in europäischen Ländern (einschliesslich der Schweiz), weniger zu arbeiten – auch um ihr Stressniveau zu senken.<sup>14</sup>

**Dogma der Lohnarbeit.** Bezahlte Arbeit ist ein Grundpfeiler der heutigen Marktwirtschaft – und gleichzeitig eine Achillesferse. Insbesondere in reichen Ländern wurden fremdversorgte, konsumbasierte Systeme aufgebaut, in denen bezahlte Arbeit – als einzige oder wichtigste Einkommensquelle der meisten Menschen – der wesentliche bestimmende Faktor ist für den Lebensunterhalt und die soziale Sicherheit,<sup>15</sup> aber auch für die soziale Akzeptanz und die Erfüllung anderer essenzieller psychologischer Bedürfnisse.<sup>16</sup> Unter diesem Paradigma wird die Abhängigkeit von der Schaffung und Aufrechterhaltung *bezahlter Arbeitsplätze* routinemässig dazu benutzt, unaufhörliches, umweltzerstörendes Wirtschaftswachstum zu rechtfertigen.

Angesichts dieser Tatsachen wird deutlich, dass Nachhaltigkeit in wohlhabenden Ländern nur zu erreichen ist, wenn die Menschen ihr Verhältnis zur Erwerbsarbeit grundlegend verändern.

### Die dreifache Dividende einer kürzeren Wochenarbeitszeit

*«Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann; in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen»* – Antonio Gramsci

Krisen bieten oft die Gelegenheit, verbreitete Überzeugungen<sup>17</sup> zu hinterfragen, welche die gesellschaftliche Weiterentwicklung behindern – oder die Menschen gar krank machen. Schon lange vor der Pandemie wiesen viele vorausschauende Beobachterinnen und Beobachter auf die Notwendigkeit

systemischer Veränderungen bei Produktion und Konsum hin.<sup>18</sup> Doch um zu einer ökologischeren, gerechteren und glücklicheren Gesellschaft zu werden, braucht es eine ganze Reihe von Strategien. Eine kürzere Wochenarbeitszeit ist eine solche Strategie, die sich transformativ auswirken könnte. Studien weisen darauf hin, dass die Gesellschaften der Industrieländer in den Genuss einer *dreifachen Dividende* kommen könnten – also eines gleichzeitigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzens – wenn die Menschen weniger Zeit mit Erwerbsarbeit verbringen.

### Soziale Dividende: Weniger arbeiten für ein gesünderes und glücklicheres Leben.

Von 2015 bis 2017 testeten Pflegefachkräfte in Göteborg, Schweden, eine Dreissigstundenwoche. Die Ergebnisse waren grösstenteils positiv: Die Pflegenden meldeten weniger Krankheitsstunden und berichteten über ein besseres körperliches und mentales Wohlbefinden. Nachdem die wöchentliche Standardarbeitszeit zwischen 1996 und 2002 in Portugal von 44 auf 40 Stunden und in Frankreich von 39 auf 35 Stunden reduziert worden war, wurde bei Arbeitnehmenden ein Anstieg der Arbeitszufriedenheit und des Freizeitgenusses beobachtet.<sup>19</sup> Wenn Arbeitnehmende ihre neu gewonnene Freizeit auf eine Weise verbringen, die positive Emotionen und Wohlbefinden hervorruft, ohne der Umwelt zu schaden – beispielsweise mit Sport, Gartenarbeit, der Pflege von sozialen Kontakten oder gemeinschaftlichem Engagement – kann die Verbesserung des Wohlbefindens und der Gesundheit nach einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung besonders ausgeprägt ausfallen.<sup>20</sup>

**Wirtschaftliche Dividende: breit geteilte, stabile, ökologischere Beschäftigung.** Eine stets steigende Arbeitsproduktivität bedeutet, dass von Jahr zu Jahr weniger Menschen benötigt werden, um die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen zu produzieren. Im derzeitigen profit- und wachstumsorientierten System führt diese Dynamik typischerweise zu einem Verlust von Arbeitsplätzen, es sei denn, unsere Volkswirtschaften expandieren insgesamt weiter. Anders sähe es aus, wenn man sich dafür entscheiden würde, statt der Arbeitsproduktivität die *Ressourcenproduktivität* (z. B. saubere Energieinfrastruktur) stärker zu gewichten und gleichzeitig die Beschäftigung in menschenzentrierten, ressourcenleichten Sektoren (z. B. «Care»-Arbeit, Bildung oder Kunst) auszuweiten: So liesse sich gesellschaftlich nützliche bezahlte Arbeit breiter und fairer verteilen und gleichzeitig die Standardarbeitszeit insgesamt reduzieren. Dies würde mit grosser Wahrscheinlichkeit auch die *wirtschaftlich vorteilhafte* Gleichstellung der Geschlechter verbessern, da Frauen derzeit den grössten Teil der Last unbezahlter Arbeit (z. B. Kinderbetreuung) und unfreiwilliger Unterbeschäftigung tragen.<sup>21</sup>

### Ökologische Dividende: Weniger arbeiten, um unseren Planeten zu schützen.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen *längeren Arbeitszeiten und höheren Einkommen sowie grösseren, schädlicheren ökologischen Fussabdrücken* – sowohl beim Vergleich von Ländern als auch beim Vergleich von Einzelpersonen innerhalb eines Landes.<sup>22</sup> Besonders deutlich wird dies am Beispiel des Jetsets: Viele der Superreichen haben einen ökologischen Fussabdruck, der hundert- oder tausendmal grösser ist als der eines Durchschnittsmenschen.<sup>23</sup> Tatsächlich



*führen Personen, die weniger verdienen, oft ein ökologisch nachhaltigeres Leben* – auch wenn sie sich selbst nicht als besonders umweltbewusst einschätzen.<sup>24</sup> Sie fliegen weniger,<sup>25</sup> fahren weniger Auto, leben in kleineren Wohnungen<sup>26</sup> und konsumieren generell weniger.<sup>27</sup> Und bei einer Arbeitszeitreduktion liesse sich die freigewordene Zeit nutzen, um das eigene Konsumverhalten zu ändern – etwa, indem Gegenstände (z. B. Handys) repariert statt ersetzt, bestimmte Konsumgüter (z. B. Haushaltsgeräte) geteilt statt allein besessen, oder Mahlzeiten selbst gekocht statt fertig gekauft würden.<sup>28</sup>

### Eine kürzere Wochenarbeitszeit für die Schweiz

Unsere Gesellschaft ist möglicherweise noch nicht so weit, dass sich Keynes' Vision einer Fünfzehnstundenwoche erfüllen liesse, aber die Zeit ist reif für einen weiteren grösseren Schritt in diese Richtung. Verkürzte Erwerbsarbeitszeiten – z. B. die Viertagewoche – wurden in Ländern wie Schweden, Deutschland und Neuseeland erfolgreich getestet. Frankreich, die Niederlande und Belgien verabschiedeten unlängst Gesetze zur Erwerbsarbeitszeitverkürzung. Deutschlands grösste Gewerkschaft und Europas grösste Industriegewerkschaft, die IG Metall, hat 2018 eine Option für eine 28-Stunden-Woche ausgehandelt. Angesichts dieser Erfahrungen sowie der Nachweise, dass mehr Geld ab einem bestimmten Niveau die Menschen nicht glücklicher, sondern ihre Lebensstile umweltschädlicher macht, empfiehlt sich, die Standardarbeitswoche in der Schweiz nach und nach beispielsweise um bis zu einen Tag zu verkürzen. Wichtig ist, dass dies mit einer Formel für einen Einkommensausgleich kombiniert wird (siehe Abbildung 1), der allen Arbeitnehmenden trotz reduzierter Erwerbsarbeit ein würdiges, zufriedenstellendes Leben sichert. Schrittweise politische Massnahmen könnten helfen, dieses Ziel zu verwirklichen (siehe «Anregungen zur Umsetzung der Erkenntnisse» auf der nächsten Seite).

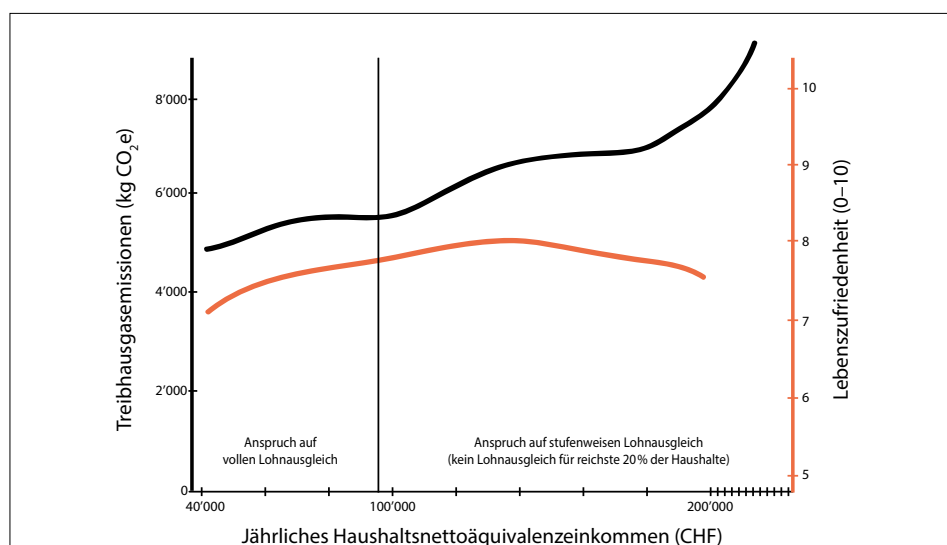


Abbildung 1. Schweizer Haushaltsdaten zeigen: Besserverdienende – und insbesondere die Reichsten unter ihnen – verursachen mehr Treibhausgasemissionen (schwarze Linie), während der Besitz von mehr Geld die Menschen ab einem bestimmten Schwellenwert nicht signifikant glücklicher macht (orange Linie). Aufgrund dieser empirischen Befunde empfiehlt sich die Einführung eines abgestuften Einkommensausgleichs für reduzierte Arbeitszeiten, wobei Personen mit einem Verdienst unterhalb des Medianlohns ihre Arbeitszeit ohne Lohneinbusse reduzieren könnten (voller Lohnausgleich), während Personen mit einem Verdienst oberhalb des Medians weniger Lohn erhielten, wenn sie weniger Stunden arbeiteten (Bader, Hanbury, Neubert, Moser 2020).<sup>29</sup> Grafik: Christoph Bader



**Dr. Christoph Bader**  
Mitglied der Geschäftsleitung  
und Leiter Transformative Education  
and Science Impact Area  
Centre for Development and Environment (CDE)  
christoph.bader@unibe.ch



**Dr. Stephanie Moser**  
Mitglied der Geschäftsleitung  
und Leiterin Just Economies and  
Human Well-Being Impact Area  
Centre for Development and Environment (CDE)  
stephanie.moser@unibe.ch



**Sebastian Neubert, MSc**  
Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Centre for Development and Environment (CDE)  
sebastian.neubert@unibe.ch



**Hugo Hanbury, MA**  
Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Centre for Development and Environment (CDE)  
hugo.hanbury@unibe.ch



**Anu Lannen, MA**  
Redaktor der CDE Policy Briefs  
Centre for Development and Environment (CDE)  
anu.lannen@unibe.ch



## Anregungen zur Umsetzung der Erkenntnisse

### Günstige Voraussetzungen für kürzere Erwerbsarbeitszeiten schaffen

Unabhängige Initiativen von Einzelpersonen, Gruppen, Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden können aufzeigen, was alles möglich ist, und andere dazu motivieren, ebenfalls kürzere Erwerbsarbeitszeiten zu testen.<sup>30</sup> Gleichzeitig muss aber auch eine breitere gesellschaftliche Diskussion darüber stattfinden, was wir als Gesellschaft punkto Verhältnis von Erwerbsarbeitszeit zu verfügbarer Zeit für andere lebenswichtige und bereichernde Aktivitäten als «normal» oder wünschenswert erachten. Diese Diskussion sollte eine kritische Auseinandersetzung mit arbeitsbezogenen Geschlechterstereotypen beinhalten. Neue, fortschrittliche staatliche Massnahmen sollten die Rahmenbedingungen für eine Erwerbsarbeitszeitreduktion verbessern – und insbesondere Benachteiligungen aufgrund von Teilzeitarbeit beseitigen (z. B. reduzierte Rentenleistungen, geringere Chancen auf beruflichen Aufstieg). Und schliesslich braucht es mehr Forschung dazu, wie man Erwerbsarbeitszeitreduktionen fördern und unterstützen kann, die gleichermassen das Wohlbefinden verbessern und umweltfreundliches Verhalten begünstigen.

### Rahmenbedingungen fördern, die es den Menschen ermöglichen, weniger zu arbeiten

Die Umstellung auf eine kürzere Standardarbeitswoche wird wahrscheinlich schrittweise Veränderungen erfordern.<sup>31</sup> Zu diesem Zweck müssen die damit verbundenen Rahmenbedingungen gestärkt und erweitert werden:

- *Teilzeitorientierte Strukturen implementieren*, beispielsweise flache Hierarchien, Rechte auf Teilzeitarbeit und/oder Jobsharing – auch in Führungspositionen – und flexible Arbeitsmodelle zugunsten der Mitarbeitenden. Eine Anpassung des Steuersystems hin zu einer Individualbesteuerung könnte Hemmnisse für Teilzeitarbeit beseitigen.<sup>32</sup>
- *Einen variablen «Lebensverlaufs-Ansatz» mit individuellen Zeitrechten einführen*, mit denen die Menschen ihre Arbeitsstunden pro Woche und Arbeitstage pro Jahr – sowie Karrierepausen und das Renteneintrittsalter – nach ihren Lebensbedürfnissen und -wünschen flexibel anpassen können.<sup>33</sup> Innerhalb dieses Ansatzes sollte der bezahlte Eltern- und Pflegeurlaub ausgeweitet werden – zum Beispiel in Anlehnung an Schwedens 16-monatiges Elternurlaubsgesetz oder die Regelung der Niederlande, wonach Arbeitnehmenden mindestens 70 Prozent ihres üblichen Gehalts erhalten, wenn sie eine Auszeit nehmen, um kranke Familienmitglieder zu pflegen.
- *Die Option anbieten, weniger zu arbeiten, statt mehr Lohn zu erhalten*, wie dies bereits in verschiedenen Industriezweigen in Deutschland und Österreich möglich ist.<sup>34</sup>
- *Die Möglichkeiten erweitern, Auszeiten zu nehmen* für sozial und ökologisch relevante Tätigkeiten, wie etwa in der Schweiz, wo Menschen unter 30 einen einwöchigen (unbezahlten) Urlaub nehmen können, um sich in der Jugendarbeit zu engagieren.

### Eine kürzere Wochenarbeitszeit für alle anstreben – mit Garantien für Arbeit und ein existenzsicherndes Einkommen

Der öffentliche Sektor könnte als Vorreiter für kürzere Wochenarbeitszeiten fungieren. Ein auftragsorientierter, explorativer Ansatz würde es ermöglichen, die Bedingungen (z. B. das Einkommensniveau) zu ermitteln, unter denen die Vorteile von weniger Erwerbsarbeit mögliche Nachteile (z. B. Rebound-Effekte) überwiegen. Entsprechende Ansätze sollten in einen Rahmen eingebettet sein, der einen *abgestuften Einkommensausgleich für reduzierte Erwerbsarbeitszeiten* vorsieht, um ein würdiges, zufriedenstellendes Leben für alle innerhalb der ökologischen Grenzen zu gewährleisten. Bemerkenswert: Erste Analysen deuten darauf hin, dass sich Massnahmen zur Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit letztlich durch die Reduktion gesundheitlicher und sozialer Kosten infolge von Überarbeitung selbst finanzieren könnten.<sup>35</sup>

### Weiterführende Literatur

Bader C, Hanbury H, Neubert S, Moser S. 2020. *Weniger ist mehr: Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit*. CDE Working Paper 6. [https://www.cde.unibe.ch/unibe/portal/fak\\_naturwis/g\\_dept\\_kzen/b\\_cde/content/e65013/e681581/e968300/e968311/e969224/CDE\\_Working\\_Paper\\_6\\_eng.pdf](https://www.cde.unibe.ch/unibe/portal/fak_naturwis/g_dept_kzen/b_cde/content/e65013/e681581/e968300/e968311/e969224/CDE_Working_Paper_6_eng.pdf)

Hanbury H, Bader C, Moser S. 2019. Reducing working hours as a means to foster low(er)-carbon lifestyles? An exploratory study on Swiss employees. *Sustainability* 11(7):2024. <https://doi.org/10.3390/su11072024>

Hanbury H, Bader C, Neubert S, Moser S. 2020. Reduktion der Erwerbsarbeitszeit – aber wie umsetzen? *Ökologisches Wirtschaften* 4. [https://boris.unibe.ch/151544/1/Hanbury\\_et\\_al\\_2020\\_-\\_kologisches\\_Wirtschaften.pdf](https://boris.unibe.ch/151544/1/Hanbury_et_al_2020_-_kologisches_Wirtschaften.pdf)

Bader C, Allheilig G. 2020. Wir brauchen grundsätzlich eine andere Art des Wirtschaftens. Interview von Gaby Allheilig mit Christoph Bader. *CDE Spotlight*. [https://www.cde.unibe.ch/forschung/cde\\_reihen/wir\\_brauchen\\_grundsatzlich\\_eine\\_andere\\_art\\_des\\_wirtschaftens/index\\_ger.html](https://www.cde.unibe.ch/forschung/cde_reihen/wir_brauchen_grundsatzlich_eine_andere_art_des_wirtschaftens/index_ger.html)

**CDE Policy Briefs** informieren regelmässig über die neuesten Erkenntnisse unserer Forschung zu nachhaltiger Entwicklung. Sie bieten politik- und umsetzungsrelevante Informationen zu den Forschungsgebieten globaler Wandel, Innovationen, Nutzung von Land- und Wasserressourcen, Ökosystemdienstleistungen, Ressourcengouvernanz, Ungleichheiten und Armut. Die Reihe erscheint auf Englisch, einzelne Nummern auch in deutscher Übersetzung. CDE Policy Briefs und andere Ressourcen des CDE sind öffentlich zugänglich unter: [www.cde.unibe.ch](http://www.cde.unibe.ch)

Centre for Development and Environment (CDE)  
Universität Bern  
Mittelstrasse 43  
3012 Bern  
Schweiz  
[www.cde.unibe.ch](http://www.cde.unibe.ch)

### Diese Ausgabe

Redaktion der Reihe: Anu Lannen  
Redaktion: Anu Lannen  
Design: Simone Kummer  
Übersetzung: Marlène Thibault

ISSN 2296-8687



Dieser Policy Brief ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz. Die Lizenz kann unter <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> eingesehen werden.

Die in diesem Policy Brief geäusserten Ansichten sind die der Autorinnen und Autoren und entsprechen nicht zwingend den offiziellen Ansichten des CDE, der Universität Bern oder anderer beteiligter Einzelpersonen und Institutionen.

**Zitiervorschlag:** Bader C, Moser S, Neubert S, Hanbury H, Lannen A. 2021. *Free Days for Future?* CDE Policy Brief Nr. 18. Bern, Schweiz: CDE.

**Schlüsselwörter:** Erwerbsarbeitszeitreduktion, Work-Life-Balance, BIP-Wachstum, ökologischer Fussabdruck, Glück, Nachhaltigkeit

## Anmerkungen und bibliografische Angaben

- <sup>1</sup> Hunnicutt BK. 1992. Kellogg's six-hour day: A capitalist vision of liberation through managed work reduction. *The Business History Review* 66(3):475–522. <https://doi.org/10.2307/3116979>
- <sup>2</sup> Schor JB. 2005. Sustainable consumption and worktime reduction. *Journal of Industrial Ecology* 9(1–2):37–50. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1162/1088198054084581>
- <sup>3</sup> Siegenthaler M. 2015. Has Switzerland really been marked by low productivity growth? Hours worked and labour productivity in Switzerland in a long-run perspective. *Review of Income and Wealth* 61(2):353–372. <https://doi.org/10.1111/roiw.12120>
- <sup>4</sup> Keynes JM. 2010. Economic possibilities for our grandchildren. In: Keynes JM, Hrsg. *Essays in Persuasion*. London: Palgrave Macmillan, S. 321–332. [https://doi.org/10.1007/978-1-349-59072-8\\_25](https://doi.org/10.1007/978-1-349-59072-8_25)
- <sup>5</sup> OECD. 2018. Decoupling of wages from productivity: What implications for public policies? *OECD Economic Outlook* 2018(2):51–65. [https://doi.org/10.1787/eco\\_outlook-v2018-2-3-en](https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-3-en)
- <sup>6</sup> Mäder U, Schmassmann H. 2013. Zur Dynamik der Erwerbsarbeit. In: Gurny R, Tecklenburg U, Hrsg. *Arbeit ohne Knechtschaft: Bestandesaufnahmen und Forderungen rund um das Thema Arbeit*. Zürich: Edition 8, S. 236–248. [https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/maeder\\_strassmann.pdf](https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/maeder_strassmann.pdf)
- Standing G. 2011. *The Precariat: The New Dangerous Class*. London: Bloomsbury Academic. <https://eprints.soas.ac.uk/15711/1/Policy%20Network%20article,%2024.5.11.pdf>
- <sup>7</sup> ILO, OECD. 2015. *The Labour Share in G20 Economies*. Antalya: ILO and OECD. <https://www.oecd.org/g20/topics/employment-and-social-policy/The-Labour-Share-in-G20-Economies.pdf>
- Atkinson AB. 2009. Factor shares: The principal problem of political economy? *Oxford Review of Economic Policy* 25(1):3–16. <https://doi.org/10.1093/oxrep/grp007>
- <sup>8</sup> Economists are rethinking the numbers on inequality. 2019. *The Economist*, 28. November 2019. <https://www.economist.com/briefing/2019/11/28/economists-are-rethinking-the-numbers-on-inequality>
- <sup>9</sup> Lampart D, Schüpbach K. 2020. *Verteilungsbericht 2020*. Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) Verteilungsbericht Nr. 140. <https://vpod.ch/downloads/sgb/sgb-dossier-verteilungsbericht-2020.pdf>
- <sup>10</sup> Wiedmann T, Lenzen M, Keyßer LT, Steinberger JK. 2020. Scientists' warning on affluence. *Nature Communications* 11(1):3107. <https://doi.org/10.1038/s41467-020-16941-y>
- Watts J. 2019. Vaclav Smil: 'Growth must end. Our economist friends don't seem to realise that.' *The Guardian*, 21. September 2019. <http://www.theguardian.com/books/2019/sep/21/vaclav-smil-interview-growth-must-end-economists>
- <sup>11</sup> Jebb AT, Tay L, Diener E, Oishi S. 2018. Happiness, income satiation and turning points around the world. *Nature Human Behaviour* 2(1):33–38. <https://doi.org/10.1038/s41562-017-0277-0>
- <sup>12</sup> Komlosy A. 2019. Zur geschichtlichen Entwicklung von Arbeit. In: Seidl I, Zahrnt A, Hrsg. *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft*. Marburg: Metropolis, S. 27–43. <https://www.postwachstum.de/mehr-zum-thema/taetigsein-in-der-postwachstumsgesellschaft>
- <sup>13</sup> Gesundheitsförderung Schweiz. 2018. *Job-Stress-Index 2018: Jede vierte erwerbstätige Person hat Stress*. <https://gesundheitsfoerderung.ch/ueber-uns/medien/medienmitteilungen/artikel/job-stress-index-2018-jede-vierte-erwerbstaetige-person-hat-stress.html>
- <sup>14</sup> Eurofound. 2017. *Sixth European Working Conditions Survey: Overview Report. 2017 Update*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. [https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef\\_publication/field\\_ef\\_document/ef1634en.pdf](https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef1634en.pdf)
- Hanbury H, Bader C, Moser S. 2019. Reducing working hours as a means to foster low(er)-carbon lifestyles? An exploratory study on Swiss employees. *Sustainability* 11(7):2024. <https://doi.org/10.3390/su11072024>
- <sup>15</sup> Biesecker A, Winterfeld U von. 2013. Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten: Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte. *GAI A* 22(3):160–165. <https://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/5041>
- Paech N. 2012. *Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom-Verlag. <https://www.oekom.de/buch/befreiung-vom-ueberfluss-9783865811813>
- <sup>16</sup> Komlosy A. 2019. *Op. cit.*
- <sup>17</sup> Harvey D. 2005. *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University. <https://bit.ly/3eCMC2i>
- <sup>18</sup> WBGU. 2011. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Grosse Transformation*. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltänderungen. [https://www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu\\_jg2011.pdf](https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf)
- <sup>19</sup> Lepinteur A. 2019. The shorter workweek and worker wellbeing: Evidence from Portugal and France. *Labour Economics* 58:204–220. <https://doi.org/10.1016/j.labeco.2018.05.010>
- <sup>20</sup> Isham A, Gatersleben B, Jackson T. 2019. Flow activities as a route to living well with less. *Environment and Behavior* 51(4):431–461. <https://doi.org/10.1177/0013916518799826>

- <sup>21</sup> Bundesamt für Statistik. 2017. *Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit und Frewilligenarbeit 2016*. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.html>
- <sup>22</sup> King LC, van den Bergh JCJM. 2017. Worktime Reduction as a solution to climate change: Five scenarios compared for the UK. *Ecological Economics* 132:124–134. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2016.10.011>
- Antal M, Plank B, Mokos J, Wiedenhofer D. 2020. Is working less really good for the environment? A systematic review of the empirical evidence for resource use, greenhouse gas emissions and the ecological footprint. *Environmental Research Letters* 16(1):013002. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/abceec>
- Fitzgerald JB, Schor JB, Jorgenson AK. 2018. Working hours and carbon dioxide emissions in the United States, 2007–2013. *Social Forces* 96(4):1851–1874. <https://doi.org/10.1093/sf/soy014>
- <sup>23</sup> Barros B, Wilk R. 2021. Private planes, mansions and superyachts: What gives billionaires like Musk and Abramovich such a massive carbon footprint. *The Conversation*. <http://theconversation.com/private-planes-mansions-and-superyachts-what-gives-billionaires-like-musk-and-abramovich-such-a-massive-carbon-footprint-152514>
- <sup>24</sup> Moser S, Kleinhüchelkotten S. 2018. Good intents, but low impacts: Diverging importance of motivational and socioeconomic determinants explaining pro-environmental behavior, energy use, and carbon footprint. *Environment and Behavior* 50(6):626–656. <https://doi.org/10.1177/0013916517710685>
- <sup>25</sup> Bruderer Enzler H. 2017. Air travel for private purposes: An analysis of airport access, income and environmental concern in Switzerland. *Journal of Transport Geography* 61:1–8. <https://doi.org/10.1016/j.jtrangeo.2017.03.014>
- <sup>26</sup> Bruderer Enzler H, Diekmann A. 2019. All talk and no action? An analysis of environmental concern, income and greenhouse gas emissions in Switzerland. *Energy Research & Social Science* 51:12–19. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2019.01.001>
- <sup>27</sup> Nässén J, Andersson D, Larsson J, Holmberg J. 2015. Explaining the variation in greenhouse gas emissions between households: Socioeconomic, motivational, and physical factors. *Journal of Industrial Ecology* 19(3):480–489. <https://doi.org/10.1111/jiec.12168>
- <sup>28</sup> Isham A, Gatersleben B, Jackson T. 2019. Flow activities as a route to living well with less. *Environment and Behavior* 51(4):431–461. <https://doi.org/10.1177/0013916518799826>
- Otto IM, Kim KM, Dubrovsky N, Lucht W. 2019. Shift the focus from the super-poor to the super-rich. *Nature Climate Change* 9(2):82–84. <https://doi.org/10.1038/s41558-019-0402-3>
- Bader C, Hanbury H, Neubert S, Moser S. 2020. Weniger ist mehr: *Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit*. CDE Working Paper 6. [https://www.cde.unibe.ch/unibe/portal/fak\\_naturwis/g\\_dept\\_kzen/b\\_cde/content/e65013/e681581/e968300/e968311/e969224/CDE\\_Working\\_Paper\\_6\\_eng.pdf](https://www.cde.unibe.ch/unibe/portal/fak_naturwis/g_dept_kzen/b_cde/content/e65013/e681581/e968300/e968311/e969224/CDE_Working_Paper_6_eng.pdf)
- <sup>29</sup> Bader C, Hanbury H, Neubert S, Moser S. 2020. *Weniger ist mehr: Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit*. CDE Working Paper 6. [https://www.cde.unibe.ch/unibe/portal/fak\\_naturwis/g\\_dept\\_kzen/b\\_cde/content/e65013/e681581/e968300/e968311/e969224/CDE\\_Working\\_Paper\\_6\\_eng.pdf](https://www.cde.unibe.ch/unibe/portal/fak_naturwis/g_dept_kzen/b_cde/content/e65013/e681581/e968300/e968311/e969224/CDE_Working_Paper_6_eng.pdf)
- <sup>30</sup> Bärschneider N. 2021. Bei diesen Firmen gilt die Vier-Tage-Woche – und es funktioniert. *Handelszeitung*, 2. Januar 2021. <https://www.handelszeitung.ch/beruf/bei-diesen-firmen-gilt-die-vier-tage-woche-und-es-funktioniert>
- Terfurth A-K. 2016. Vier-Tage-Woche: Wenn Donnerstag schon Freitag ist. *Die Zeit*, 1. Oktober 2016. <https://www.zeit.de/karriere/beruf/2016-09/vier-tage-woche-test-unternehmen-bericht-flexibilitaet/komplettansicht>
- <sup>31</sup> Hanbury H, Bader C, Neubert S, Moser S. 2020. Reduktion der Erwerbsarbeitszeit – aber wie umsetzen? *Ökologisches Wirtschaften* 4:24–26. [https://boris.unibe.ch/151544/1/Hanbury\\_et\\_al\\_2020\\_-\\_kologisches\\_Wirtschaften.pdf](https://boris.unibe.ch/151544/1/Hanbury_et_al_2020_-_kologisches_Wirtschaften.pdf)
- <sup>32</sup> Ecoplan. 2019. *Auswirkungen einer Individualbesteuerung*. Bern: Ecoplan. [https://www.profamilia.ch/images/Downloads/PublikationenSchweiz/P-Deutsch/Auswirkungen\\_einer\\_Individualbesteuerung.pdf](https://www.profamilia.ch/images/Downloads/PublikationenSchweiz/P-Deutsch/Auswirkungen_einer_Individualbesteuerung.pdf)
- Salvi M. 2019. *Gleichstellung erfordert Individualbesteuerung*. Lausanne: Avenir Suisse. <https://www.avenir-suisse.ch/gleichstellung-erfordert-individualbesteuerung/>
- <sup>33</sup> Delsen L. 2008. Ins and outs of the Dutch life-course savings scheme. In: D’Addio AC, Whiteford A, Hrsg. *Modernising Social Policy for the New Life Course*. Paris: OECD Publishing, S. 133–148. <https://doi.org/10.1787/9789264041271-6-en>
- Vandeweyer J, Glorieux I. 2010. The Belgian Career Break System. *Newsletter of the Observatory for Sociopolitical Developments in Europe* 2010(2):2. [http://www.sociopolitical-observatory.eu/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Bulletin\\_Europaeische\\_Seniorenpolitiken/Gastkommentar\\_Bulletin\\_Europ\\_Seniorenpolitiken\\_Mai\\_2011.pdf](http://www.sociopolitical-observatory.eu/fileadmin/user_upload/Dateien/Bulletin_Europaeische_Seniorenpolitiken/Gastkommentar_Bulletin_Europ_Seniorenpolitiken_Mai_2011.pdf)
- Jurczyk K, Mückenberger U. 2020. *Selbstbestimmte Optionszeiten im Erwerbsverlauf. Forschungsprojekt im Rahmen des „Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS). Abschlussbericht*. München: Deutsches Jugendinstitut. [https://www.fis-netzwerk.de/fileadmin/fis-netzwerk/Optionszeiten\\_Abschlussbericht\\_DJIBroschuere\\_Endg.pdf](https://www.fis-netzwerk.de/fileadmin/fis-netzwerk/Optionszeiten_Abschlussbericht_DJIBroschuere_Endg.pdf)
- <sup>34</sup> Eichmann H. 2018. Die Freizeitoption – Arbeitsverkürzung light? In: Schönauer A, Eichmann H, Saupe B, Hrsg. *Arbeitszeitlandschaften in Österreich. Praxis und Regulierung in heterogenen Erwerbsfeldern*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 205–222.
- <sup>35</sup> Bader C. 2020. *Wir brauchen grundsätzlich eine andere Art des Wirtschaftens*. CDE Spotlight. [https://www.cde.unibe.ch/research/cde\\_series/wir\\_brauchen\\_grundsatzlich\\_eine\\_andere\\_art\\_des\\_wirtschaftens/index\\_eng.html](https://www.cde.unibe.ch/research/cde_series/wir_brauchen_grundsatzlich_eine_andere_art_des_wirtschaftens/index_eng.html)



#6 : CDE Working Paper



## Weniger ist mehr – Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit

WENIGER ARBEITEN ALS TRANSFORMATIONSSTRATEGIE FÜR EINE ÖKOLOGISCHERE, GERECHTERE UND ZUFRIEDENERE GESELLSCHAFT – IMPLIKATIONEN FÜR DIE SCHWEIZ

**Christoph Bader, Hugo Hanbury, Sebastian Neubert, Stephanie Moser**

**Zitierweise**

Bader C, Hanbury H, Neubert S, Moser S. 2020. *Weniger ist mehr–Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Weniger arbeiten als Transformationsstrategie für eine ökologischere, gerechtere und zufriedenerere Gesellschaft–Implikationen für die Schweiz.* CDE Working Paper 6. Bern, Schweiz: Centre for Development and Environment (CDE), with Bern Open Publishing (BOP).

**Herausgeberin der Serie**

Anne B. Zimmermann (CDE)

**Lektorat und Layout**

Marion Leng und Kirstin Schild (CDE), Simone Kummer (CDE)

**Titelseite**

Quelle: Photo by Ray Hennessy on Unsplash

**Erhältlich**

Die PDF Version dieser Serie ist als Download hier zu finden:  
<http://www.cde.unibe.ch/Pages/Publications.aspx>

**Kontakt**

[christoph.bader@cde.unibe.ch](mailto:christoph.bader@cde.unibe.ch)

**ISBN**

e-print: 978-3-03917-010-4

print: 978-3-03917-011-1

**DOI:** <https://doi.org/10.7892/boris.144160>

© 2020, die AutorInnen und CDE

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung-Nicht kommerziell 4.0 International Lizenz. Siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/> um eine Kopie der Lizenz einzusehen. CDE empfiehlt NutzerInnen, direkt mit den AutorInnen dieses Werkes Kontakt aufzunehmen, falls sie es in irgendeiner Form vervielfältigen möchten.

Für den Inhalt des Berichts ist alleine die Forschungseinrichtung verantwortlich.

Das vorliegende Working Paper entstand im Rahmen des Projekts «Zeit als neuer Wohlstand - Reduktion der Erwerbsarbeitszeit zur Förderung suffizienter Lebensstile?» (2017-2020) ([www.zeitwohlstand.unibe.ch](http://www.zeitwohlstand.unibe.ch)). In diesem Projekt untersuchten Forschende des Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern, unter welchen Bedingungen sich eine freiwillig gewählte Erwerbsarbeitszeitreduktion förderlich aufs individuelle Wohlbefinden und den ökologischen Fussabdruck auswirkt und wie diese Effekte unterstützt werden könnten. Dies geschah anhand qualitativer Interviews und quantitativer Längsschnittbefragungen von Arbeitnehmenden, sowie einem Expert\*innen-Dialog. Das vorliegende Working Paper entstand mit dem Ziel, die grösseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge einer Erwerbsarbeitsreduktion zu beleuchten, um die empirischen Projektergebnisse in diesen erweiterten Kontext einbetten zu können.

Das Projekt und damit das Entstehen des vorliegenden Working Papers wurde durch folgende Institutionen unterstützt:

Centre for Development and Environment (CDE)  
University of Bern, Switzerland

Stiftung Mercator Schweiz

**u<sup>b</sup>**

**UNIVERSITÄT  
BERN**

**CDE  
CENTRE FOR DEVELOPMENT  
AND ENVIRONMENT**

**STIFTUNG  
MERCATOR  
SCHWEIZ**

# Contents

<b>Für Entscheidungsträger*innen – Das Wichtigste in Kürze</b>	<b>5</b>
<b>1 Weniger Arbeiten als zentraler Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation</b>	<b>13</b>
<b>2 Arbeiten in der Schweiz – aktuelle Herausforderungen</b>	<b>15</b>
2.1 Bezahlte Arbeit	15
2.2 Unbezahlte Arbeit	15
2.3 Wie entwickelt sich die Schweizer Arbeitssituation - Mögliche Trends	16
Die Einstellung zu Arbeit verändert sich	16
Das postfordistische Arbeitsmodell – Zwischen Flexibilisierung und Prekarität	16
Eine von Erwerbsarbeit abhängige Finanzierung der Sozialsysteme	17
Erwerbsarbeit und ökonomische Unabhängigkeit – die Entwicklung der Lohnquote	17
<b>3 Erwerbsarbeitszeitreduktion als Transformationsstrategie – Drei Perspektiven</b>	<b>19</b>
3.1 Die ökologische Dividende – weniger Arbeiten als Lösung für die Klimakrise?	20
Einkommen und Treibhausgasemissionen	20
Zeitnutzung und Treibhausgasemissionen	21
3.2 Die soziale Dividende – weniger Arbeiten für eine höhere Lebensqualität?	22
Wohlbefinden und (Erwerbs)Einkommen	23
Wohlbefinden und Erwerbsarbeit(szeit)	24
Wohlbefinden und Aktivitäten (Zeitnutzung)	25
3.3 Die ökonomische Dividende – weniger Arbeiten für eine funktionierende Wirtschaft?	26
<b>4 Erwerbsarbeitszeitreduktion als Transformationsstrategie – Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Arbeitszeitpolitik in der Schweiz</b>	<b>29</b>
4.1 Kurze Vollzeit für Alle als Leitbild	29
Abgestufter Lohnausgleich bei Erwerbsarbeitszeitreduktion	30
4.2 Unterstützende Instrumente einer kurzen Vollzeit für Alle	31
Freistellung für Ehrenamt	32
Fokus auf Win-Win Situationen	32
Neue Indikatoren: Lebensqualität und Zeitwohlstand	33
Sozialversicherungen und Steuersystem	33
Reale Utopien	34
<b>5 Schlussfolgerungen</b>	<b>35</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>37</b>
<b>Über die Autorenschaft</b>	<b>43</b>



## Für Entscheidungsträger\*innen – Das Wichtigste in Kürze

### Einleitung

Unser ungebremsster Bedarf an Rohstoffen und Energie, eine steigende soziale Ungleichheit, eine sich selbstständigende Finanzwirtschaft sowie die zunehmende Beschleunigung in unserem Alltag bringen unsere Gesellschaft an den Rand von Belastbarkeitsgrenzen: ökologische, soziale und wirtschaftliche. Auch wenn sich beim Erscheinen dieses Working Papers die öffentliche Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie richtet, darf nicht vergessen werden, dass diese vielfältigen Krisenphänomene sich bereits seit längerem ankündigten und miteinander in Zusammenhang stehen. Die Bewältigung dieser multidimensionalen Probleme erfordert einen grundlegenden Wandel unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Wir Autor\*innen dieses Berichts sind überzeugt, dass eine Neugestaltung der Arbeitswelt sowie eine Neugewichtung von Erwerbsarbeit zentrale Bestandteile einer solchen sozial-ökologischen Transformation sind. Bisherige Bemühungen, den ökologischen Folgen unseres Wirtschaftens zu begegnen, setzten insbesondere auf isolierte technische Lösungen der Effizienzsteigerung und den Ausbau erneuerbarer Energien. Diese Bemühungen werden jedoch nicht ausreichen, um adäquate Lösungen im Hinblick auf die Mehrdimensionalität der aktuellen Krisen zu finden. Vielmehr ist eine suffizienz-orientierte Transformation notwendig. Dies bedeutet nicht nur eine relative Verringerung, sondern eine absolute Entkopplung unseres materiellen Wohlstands vom Verbrauch natürlicher Ressourcen, indem der Ressourcenverbrauch gesamthaft gesenkt wird und neue, immaterielle Auffassungen von Wohlstand hervorgehoben werden.

Dabei wird die Rolle der Erwerbsarbeit aktuell auf verschiedene Weise diskutiert. Einerseits wird Erwerbsarbeit als Problemtreiberin identifiziert und die daraus entstehenden Probleme analysiert. Andererseits wird insbesondere die Reduktion von Erwerbsarbeitszeit als möglicher Lösungsweg von verschiedenen Autor\*innen aufgegriffen und untersucht. Wir nehmen diese Debatte auf und streben in diesem Bericht an, mögliche Implikationen daraus für die Schweiz abzuleiten. Wir wurden dabei von der Frage geleitet, inwiefern eine Erwerbsarbeitszeitreduktion für die Schweiz einen Beitrag zu einer suffizienz-orientierten Transformationsstrategie im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung darstellen könnte. Wir untersuchten dazu, basierend auf einer umfassenden Literaturrecherche, in einem ersten Schritt die aus unserer Sicht zentralen Herausforderungen und Trends der Erwerbsarbeitssituation in der Schweiz (Kapitel 2). In einem zweiten Schritt stellen wir den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Debatte zu möglichen Vorteilen verkürzter Erwerbsarbeitszeiten aus ökologischer, sozialer und ökonomischer Perspektive dar (Kapitel 3). Darauf basierend formulieren wir Vorschläge, wie eine mögliche sozial-ökologische Arbeitszeitpolitik für die Schweiz aussehen könnte (Kapitel 4).

### Erwerbsarbeit in der Schweiz – aktuelle Herausforderungen

Folgende Merkmale der aktuellen Situation sowie möglicher Trends sind aus unserer Sicht in Hinblick auf eine sozial-ökologische Transformation besonders relevant:

**Ungleichverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern:** Die Schweiz verfügt mit knapp 42 Stunden wöchentlicher Normalarbeitszeit über eine der höchsten in Europa. Auch der Anteil von 35% Teilzeitarbeitenden ist eine der höchsten Quoten in Europa. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch eine Spitzenreiterposition der Schweiz in der äusserst starken Ungleichverteilung von Vollzeit und Teilzeitarbeit sowie bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern: Frauen arbeiten mehrheitlich Teilzeit und leisten den Hauptteil der unbezahlten Sorgearbeit (Haushalt, Betreuung). Diese Diskrepanz widerspiegelt sich nicht nur in geringerer Wertschätzung, sondern auch in niedrigerer sozialer Absicherung. Die Schweiz ist von einer sogenannten Geschlechtergerechtigkeit bei der Verteilung von Arbeit noch weit entfernt.

**Eine sich verändernde Einstellung zu Erwerbsarbeit:** Gerade bei jüngeren Arbeitnehmenden gewinnen das eigene Wohlbefinden, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und die Sinnhaftigkeit der eigenen Tätigkeit an Bedeutung, was sich im zunehmenden Bedürfnis nach Flexibilität und Autonomie in der Erwerbsarbeitszeitgestaltung, wie auch im Wunsch nach Teilzeitarbeit manifestiert.

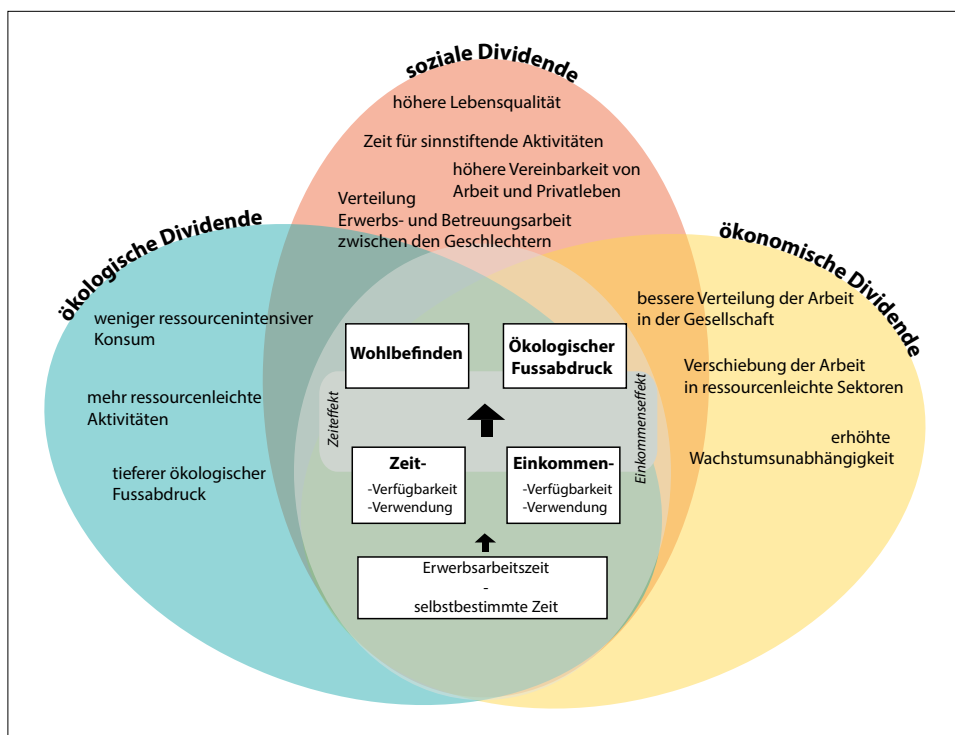


## Neue Arbeitszeitmodelle – Zwischen Flexibilisierung und Autonomieverlust

Auf der Seite des Erwerbsarbeitsangebots zeigen die Trends in die Richtung einer Flexibilisierung. Jedoch muss hier differenziert werden, ob die verschiedenen Formen der Flexibilisierung der Erwerbsarbeit (wie Einteilung der Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Gestaltungsfreiheit vs. Verantwortung, Arbeitsort) eher zu Gunsten der Arbeitgebenden, oder der Arbeitnehmenden gestaltet werden. Gehen Sie eher von den Bedürfnissen der Arbeitgebenden aus, können Sie die finanzielle Sicherheit der Arbeitnehmenden negativ beeinträchtigen und zu Stress führen. Aber auch Formen der Flexibilisierung, die von den Arbeitnehmenden bestimmt werden, können problematisch sein. Die Verantwortungsübertragung auf die Arbeitnehmenden kann zur Aufhebung der Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Privatleben beitragen und führt oftmals zu Überstunden.

**Eine sinkende Lohnquote:** Die Lohnquote, das heisst der Anteil des Volkseinkommens, welcher via Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Arbeitnehmenden gezahlt wird, sinkt in der Schweiz seit mehreren Jahren. Es erfolgt also eine stetige Verschiebung der Arbeitsproduktionsgewinne von den Arbeitnehmenden hin zu den Unternehmens- und Vermögenseigner\*innen in Form von erhöhtem Kapitaleinkommen. Eine sinkende Lohnquote muss also als Hinweis auf eine sich verschärfende Einkommens- und Vermögensungleichheit gewertet werden. In Bezug auf die Existenzsicherung der Arbeitnehmenden ist dies von zentraler Bedeutung. Bei Forderungen nach einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit muss die Entwicklung der Lohnquote und damit die Verteilung der Arbeitsproduktivitätsgewinne daher zwingend mitberücksichtigt werden.

**Die Abhängigkeit der Sozialsysteme von Erwerbsarbeit:** Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) zeigen, dass rund die Hälfte des Steueraufkommens der öffentlichen Hand auf der Besteuerung von Arbeit basiert, entweder direkt (Einkommenssteuern), oder indirekt (Lohnbeiträge an die Sozialversicherungen). Eine absolute Reduktion der Erwerbsarbeitszeit hätte bei der jetzigen Ausgestaltung der Finanzierung der Sozialsysteme also negative Auswirkungen auf deren Sicherheit. Eine soziale-ökologische Transformation der Erwerbsarbeit muss daher auch zu einer zumindest teilweisen Entkopplung der Erwerbsarbeit von der Existenzsicherung, im Sinne der Abhängigkeit von den Sozialsystemen, führen.



**Abbildung 1:** Wirkungsmechanismen einer Erwerbsarbeitszeitreduktion und mögliche Effekte (Quelle: Eigene Darstellung)

## Erwerbsarbeitszeitreduktion als Transformationsstrategie – drei Perspektiven

Die Debatte um die Erwerbsarbeitszeitreduktion unter Akteur\*innen der Transformations- und Nachhaltigkeitswissenschaften erfolgt vielfach aus drei verschiedenen Perspektiven, nämlich in Bezug auf deren ökologischen, sozialen und ökonomischen Beitrag. Im Zusammenspiel dieser drei Argumentationsstränge wird meist von einer «dreifachen Dividende» gesprochen, also möglichen positiven Effekten sowohl für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Veränderungen in diesen drei Bereichen haben ihren Ursprung in Veränderungen auf der individuellen Ebene der Arbeitnehmenden und Konsument\*innen. Auf dieser individuellen Ebene sind aus unserer Sicht zwei mögliche Effekte einer Erwerbsarbeitszeitreduktion zentral: Einerseits kann eine Veränderung der Einkommenssituation der Arbeitnehmenden erwartet werden (Einkommenseffekt), andererseits verändert sich für sie die Verfügbarkeit von Zeit (Zeiteffekt). Wir starten unsere Betrachtung deshalb mit Annahmen über Veränderungen auf der individuellen Erlebens- und Verhaltensebene aufgrund einer veränderten Erwerbseinkommenssituation (Einkommenseffekt) und einer veränderten Verfügbarkeit von Zeit (vgl. Abbildung 1).

**Reduktion des ökologischen Fussabdrucks (ökologische Dividende):** Verschiedene Forschungsgruppen haben Studien vorgelegt, welche zeigen, dass Volkswirtschaften mit geringeren Erwerbsarbeitszeiten auch tiefere ökologische Belastungen aufweisen. Eine verkürzte Regelarbeitszeit verringert gemäss diesen Studien den Stoffdurchfluss der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit deren ökologischen Auswirkungen. Relevant für eine Reduktion des ökologischen Fussabdrucks ist jedoch nicht nur die absolute Erwerbsarbeitszeit, sondern vielmehr das Zusammenspiel des Arbeitszeit- und Einkommensniveaus, sowie die Art und Weise, wie Menschen die freiwerdende, nicht durch Erwerbsarbeit gebundene Zeit, nutzen. So zeigen Studien, welche die Umweltbelastung individueller Lebensstile in Zusammenhang mit Einkommen und Zeitzunutzung untersucht haben, einerseits, dass Menschen mit tieferem Einkommen auch einen kleineren Konsumbedingungen ökologischen Fussabdruck aufweisen. Andererseits kann mehr Zeit, die nicht für Erwerbsarbeit aufgewendet wird, dazu führen, dass darin ressourcenintensivere Aktivitäten ausgeführt werden und somit zumindest ein Teil des positiven Einkommenseffekts kompensiert wird. Ein ökologischer Effekt auf der individuellen Ebene wird sich vor allem dann einstellen, wenn die freiwerdende Zeit für ressourcenleichte Aktivitäten (soziale Beziehungen, Weiterbildung, freiwilliges Engagement) und nicht für ressourcenintensive Freizeitaktivitäten genutzt wird.

**Erhöhung der Lebensqualität (soziale Dividende):** Auch verstärkt hinterfragt wurde in letzter Zeit, in welchem Ausmass Erwerbsarbeit und das damit verbundene Einkommen wirklich die Hauptquelle individuellen Wohlbefindens und damit subjektiv empfundener Lebensqualität ist. Studien zeigen, dass ab einem bestimmten Einkommensniveau zusätzliches Einkommen nur bedingt zu einer Steigerung des individuellen Wohlbefindens führt. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine leichte Einkommenseinbusse bei mittleren und oberen Lohnklassen durch eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit kaum zu Zufriedenheitsverlusten führen würde, solange eine grundlegende Bedürfnisbefriedigung gewährleistet ist. Arbeitslosigkeit, wie auch sehr lange Arbeitszeiten können einen negativen Einfluss auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Betroffenen haben. Jenseits dieser beiden Extreme finden Studien jedoch keinen unmittelbaren Einfluss der Höhe der Erwerbsarbeitszeit auf die Zufriedenheit. Wichtiger sind hier Faktoren wie die Selbstbestimmung über Höhe und Ausgestaltung der Arbeitspensum durch die Arbeitnehmenden, um eine bessere Übereinstimmung von Beruf und Privatleben herzustellen. Die würde zudem eine ausgeglichene Verteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern ermöglichen. Nicht zuletzt ist für das Wohlbefinden zentral, für welche Aktivitäten die Zeit jenseits der Erwerbsarbeit genutzt wird. Insbesondere das Pflegen romantischer und sozialer Beziehungen, Entspannung und aktive Freizeitgestaltung sind hier zentral. Zeit, welche für den Arbeitsweg aufgewendet werden muss, ist der Zufriedenheit hingegen abträglich. Hier besteht somit eine Wechselwirkung mit der ökologischen Dividende. Während viele zufriedenheitsstiftende Aktivitäten gleichzeitig auch eine geringe ökologische Intensität aufweisen können, ist Pendeln ein Beispiel für eine Aktivität, welche weder der Umwelt noch dem Wohlbefinden zuträglich ist.

**Abschwächung des Wachstumsdrucks (ökonomische Dividende):** Auch wenn das Ausbleiben von Wachstum aus einer ökologischen Perspektive als positiv bewertet werden kann, stellt es für unser aktuelles Wirtschaftssystem, welches strukturell auf ein ständiges Wachstum ausgerichtet ist, ein Problem dar. Unabhängig von der ökologischen Frage zeigen die letzten Jahre, dass zumindest in den westlichen Ländern nicht mehr mit hohen Wachstumsraten zu rechnen ist und sich die Ära des Wachstums daher dem Ende zuneigen könnte. Das Ausbleiben von Wachstum ist aus heutiger Sicht insbesondere problematisch, da aktuell und zukünftig bei gleichzeitig stetiger Steigerung der Arbeitsproduktivität aufgrund technologischer Weiterent-

wicklung Arbeitsplätze überflüssig werden. Diese werden durch eine stetige Nachfragesteigerung – d.h. Wachstum – erhalten, oder aber durch eine zunehmende staatliche und private Verschuldung. Eine Abkehr von der Wachstumsorientierung und damit einhergehend der Vollbeschäftigung hätte ihrerseits Implikationen für die Finanzierung der Sozialsysteme in ihrer aktuellen Form, wie wir bereits weiter oben dargestellt haben. Vor diesem Hintergrund argumentieren verschiedene Autor\*innen, dass eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung einen möglichen Beitrag zur Lösung des drohenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit aufgrund ausbleibender Wachstumsraten darstellen könnte. Denn eine solche würde eine bessere Verteilung der verbleibenden Arbeit in der Gesellschaft ermöglichen und somit nicht zuletzt den Druck auf die ökologischen Ressourcen verringern. Simulationsmodelle mit kürzeren Arbeitszeiten und strukturellen Anpassungen der Wirtschaft zeigen, dass bei einer Kombination von Treibhausgasreduktionsmassnahmen mit einer Erwerbsarbeitszeitreduktion eine Volkswirtschaft selbst bei tiefem Wirtschaftswachstum funktionieren kann und zugleich innerhalb der planetaren Grenzen verbleibt. In Kombination mit einer aufgrund der Klimaziele notwendigen drastischen Abkehr von fossilen Energieträgern und einer veränderten Besteuerung von Arbeit könnte sich Erwerbsarbeit wieder vermehrt in sogenannte arbeitsintensive jedoch ressourcenleichte Sektoren verlagern, wie die «Service- und Careökonomie», Bildung, Handwerk, biologische Landwirtschaft oder Kultur.

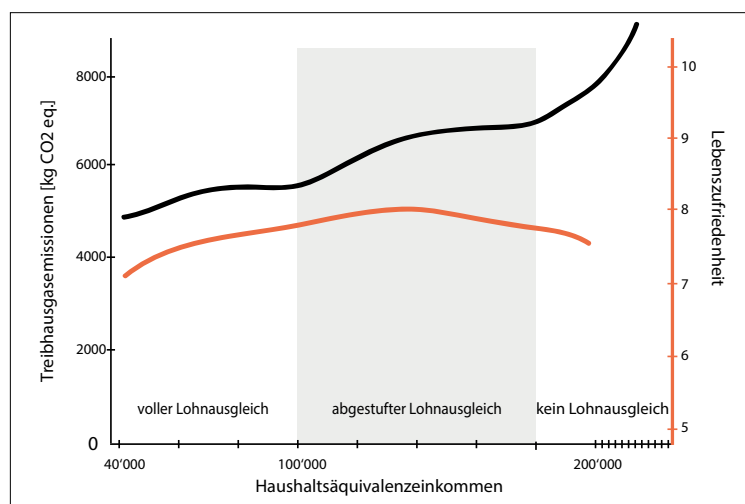
## Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Arbeitszeitpolitik in der Schweiz

Es bleibt die Frage, wie wir als Gesellschaft eine derartige Transformation gestalten könnten. Wir skizzieren im Folgenden mögliche Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Arbeitspolitik der Schweiz, welche die dreifache Dividende einer Erwerbsarbeitszeitreduktion nutzen könnte:

**Kurze Vollzeit für Alle mit abgestuftem Lohnausgleich als Leitbild:** Die postulierten positiven Effekte einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung basieren grossmehrheitlich auf der Annahme, dass diese Reduktion in Form einer generellen Verkürzung der Regelarbeitszeit für alle umgesetzt wird. Denn nur so könnten sich die dreifachen positiven Effekte nicht nur auf individueller, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene vollumfänglich auswirken. Die Forderung nach einer solchen kurzen Vollzeit für alle ist nicht neu, hat aber beispielsweise durch die Umsetzung der IG Metall im Jahr 2019 in Deutschland neuen Aufwind erhalten. Eine breitere Umsetzung in weiteren Branchen scheiterte bisher jedoch zumeist an unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wie eine solche finanziert werden könnte.

Wir Autor\*innen möchten hier den Kompromiss einer Erwerbsarbeitszeitreduktion mit abgestuftem Lohnausgleich vorschlagen. Gemäss unseren Analysen nimmt ab dem Medianeinkommen<sup>11</sup> die Zufriedenheit mit zusätzlichem Einkommen nicht weiter zu. Gleichzeitig steigt ab dem Medianeinkommen der ökologische Fussabdruck markant an. Basierend auf diesen Erkenntnissen argumentieren wir für eine Arbeitszeitverkürzung mit abgestuftem Lohnausgleich (vgl. Abbildung 2). Arbeitnehmende, die jetzt Vollzeit arbeiten und dabei weniger als den Medianlohn verdienen, könnten einen vollen Lohnausgleich bei geringerer Arbeitszeit erhalten. Sie hätten so zwar das gleiche Einkommen wie zuvor, gleichzeitig jedoch mehr Zeit zur Verfügung, die sie für zeitintensive aber ressourcenleichte Tätigkeiten einsetzen könnten. Arbeitnehmende, deren Einkommen leicht über dem Medianlohn liegt, erhielten einen abgestuften Lohnausgleich, während diejenigen mit den höchsten Einkommen keinen Lohnausgleich erhielten. Auch letztere hätten somit mehr Zeit, gleichzeitig jedoch weniger Geld zur Verfügung, was die ökologischen Kosten ihres Lebensstils beschränken könnte. Ein mögliches Instrument zur Umsetzung und Finanzierung eines abgestuften Lohnausgleichs wäre eine negative Einkommenssteuer, bei welcher Haushalte mit tiefem Einkommen eine Transferzahlung erhielten (negative Steuer). Mit steigendem Einkommen nehmen die Transferleistungen bis zu einem zu bestimmenden Schwellenwert ab. Wer darüber liegt, muss Einkommenssteuern zahlen. Dies funktioniert allerdings nur, wenn genügend bezahlte und existenzsichernde Arbeitsstellen verfügbar sind.

1 Das Medianeinkommen bezeichnet das Einkommen, bei welchem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Würde die Bevölkerung nach der Höhe ihres Einkommens sortiert und dann zwei gleich grosse Gruppen gebildet, würde die Person, die genau in der Mitte dieser Verteilung steht das Medianeinkommen beziehen.



**Abbildung 1:** Partieller Lohnausgleich (Quelle: Eigene Darstellung basierend aus Daten aus Bruderer Enzler & Diekmann, 2019, sowie SHP, 2020)

Unterstützende Massnahmen auf dem Weg zu einer kurzen Vollzeit: Wir Autor\*innen sehen eine kurze Vollzeit, das heisst eine generelle Reduktion der Erwerbsarbeitszeit für alle, als langfristig sinnvolles Ziel einer sozial-ökologischen Arbeitszeitpolitik. Für deren Umsetzung werden gesetzliche und gewerkschaftliche Regelungen unumgänglich sein, da heute die einzelnen Arbeitnehmenden den Arbeitgeber\*innen in ihrer Verhandlungsmacht strukturell unterlegen sind. Der Weg hin zu einer kurzen Vollzeit muss gut vorbereitet werden und alle beteiligten Akteure einbeziehen. Verschiedene Massnahmen, welche wir im Folgenden skizzieren, könnten die aktuell vorherrschenden Arbeitszeitregimes in eine solche Richtung umgestalten und die Bereitschaft für eine kurze Vollzeit erhöhen:

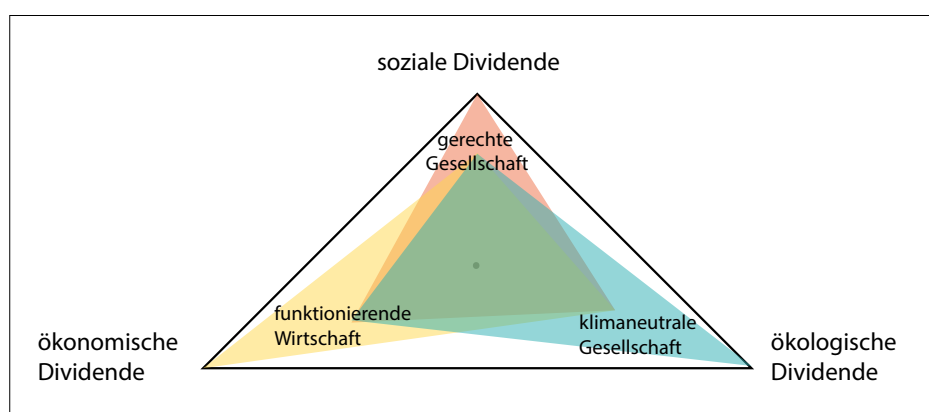
- **Elternzeit:** Der Ausbau des aktuellen Mutterschaftsurlaubs zu einer längeren Elternzeit in Anlehnung an Modelle, wie sie die skandinavischen Länder kennen, stellt eine Form einer bedingungsvollen, befristeten Erwerbsarbeitszeitreduktion bei anteiligem Lohnausgleich dar. Vor dem Hintergrund der Geschlechtergerechtigkeit empfiehlt sich eine gleichwertige Verteilung auf beide Elternteile.
- **Freistellung für Ehrenamt:** Eine andere Variante einer bedingungsvollen Erwerbsarbeitszeitreduktion stellt die Weiterentwicklung von unbezahlten Urlaubstagen, Volunteer-Programmen und Sabbaticals dar, welche an einen bestimmten gemeinwohlorientierten Zweck gekoppelt sind (in Anlehnung an die bereits bestehenden J+S Jugendurlaube). Die Zweckgebundenheit würde die Wahrscheinlichkeit verringern, dass freiwerdende Zeit für unökologische Konsum- und Freizeitaktivitäten genutzt wird. Gemeinwohlorientierte Aktivitäten bergen zudem ein grosses zufriedenheitsstiftendes Potential.
- **Fokus auf Win-Win Situationen:** Mit Win-Win Situationen bezeichnen wir Ansätze, welche sowohl dem persönlichen Wohlbefinden als auch der Umwelt dienen. Hier drängen sich insbesondere Massnahmen der Reduktion der Zeit für Arbeitswege auf, welche meist der Umwelt und dem Wohlbefinden abträglich sind. D.h., Teilzeitregime sollten insbesondere auch zu weniger Arbeitswegen führen. Ähnliche positive Effekte sind von einer Flexibilität zugunsten der Arbeitnehmenden zu erwarten, so dass Arbeitnehmende berufliche und private Anforderungen besser vereinen und koordinieren können.
- **Lebensqualität und Zeitwohlstand als leitende Indikatoren:** Verschiedene Länder verwenden bereits Wohlstandsindizes, welche nicht mehr den rein materiellen Wohlstand, wie er durch das Bruttoinlandsprodukt BIP gemessen wird, sondern immaterielle Aspekte der Lebensqualität in den Vordergrund rücken. Ansätze wie in Bhutan und Ecuador verwendet<sup>2</sup>, berücksichtigen explizit auch die Verfügbarkeit von Zeit. Die Einführung der Betrachtung von Zeitpraktiken, also des alltäglichen Umgangs mit der Zeit, in einen Wohlstandsindex kann die Stellung von Teilzeitarbeit in einer Gesellschaft neu beleuchten und den Diskurs über die Bewertung verschiedener Formen von Arbeit befruchten.

<sup>2</sup> Bhutan misst seinen Wohlstand anhand von 33 Indikatoren als sogenanntes „Bruttonationalglück“ (<http://www.grossnationalhappiness.com/>). Ecuador hat, ebenso wie Bolivien, das „Gute Leben“ als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen (Wikipedia: „Buen Vivir“).

- Sozialversicherungen und Steuersystem:** Auch wenn durch eine kurze Vollzeit Arbeit gerechter in der Gesellschaft verteilt werden kann und somit theoretisch mehr Personen am Arbeitsmarkt teilnehmen, muss davon ausgegangen werden, dass das Gesamtarbeitsvolumen sinkt und damit die Besteuerung von Arbeit weniger Steuereinnahmen für den öffentlichen Sektor erbringt. Ein zukünftiges Steuersystem sollte sich deshalb weg von der Besteuerung von Arbeit hin zu der von Kapital und Ressourcen orientieren. Insbesondere treibhausgasemissionsintensive Luxusgüter und Dienstleistungen sowie bspw. Nitrateinträge müssten höher besteuert werden, um so den Ausfall bei der Besteuerung von Arbeit zu kompensieren. Dadurch würden nicht zuletzt arbeitsintensive aber ressourcenleichte Tätigkeiten (bspw. biologische Landwirtschaft und Reparaturarbeiten) konkurrenzfähiger.
- Reale Utopien:** Innovative Unternehmen, Organisationen und Branchen experimentieren bereits heute mit zukunftsfähigen Arbeitszeitmodellen. Mit dem Experiment von 6-Stunden Tagen im städtischen Altersheim in Göteborg oder der kollektivvertraglich vereinbarten Freizeitoption in verschiedenen Branchen in Österreich seien hier nur zwei erwähnt. Aus unserer Sicht sind solche Versuche zentral auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Arbeitszeitpolitik. Ihr Potential kann dann optimal genutzt werden, wenn die Erfahrungen evaluiert, reflektiert und zur Verfügung gestellt werden, so dass andere die Ideen aufgreifen und auf ihre Bedürfnisse angepasst adaptieren können.

## Schlussfolgerungen

Angesichts der erwähnten zunehmenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme erscheint es immer wahrscheinlicher, dass eine Reduktion der gesamtgesellschaftlichen und individuellen Erwerbsarbeitszeit nicht nur einen optionalen, sondern einen notwendigen Teil einer suffizienz-orientierten Transformationsstrategie hin zu einer Nachhaltigen Entwicklung darstellen wird. Die Argumente bezüglich möglicher positiver Effekte einer Erwerbsarbeitszeitreduktion, wie bspw. die Verringerung der Umweltbelastung, die Steigerung des Wohlbefindens, die gleichmäßigere Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern sowie die Reduzierung des Wachstumsdruckes in der Wirtschaft, liegen vor. Doch während diese positiven Effekte immer besser empirisch belegt werden, besteht ein Forschungs- und Erfahrungsbedarf, wie diese Effekte mittels gesamtgesellschaftlicher Massnahmen umgesetzt werden können. Verschiedenste Formen der Umsetzung einer Erwerbsarbeitszeitreduktion sind denkbar, und in vielen gesellschaftlichen Bereichen würde damit Neuland betreten werden. Vor allem hinsichtlich des Zusammenspiels der angenommenen positiven Effekte besteht Erkenntnis- und Erfahrungsbedarf, um Trade-Offs zwischen den angenommenen positiven Effekten abzuschwächen oder einen konstruktiven Umgang zu finden (siehe Abbildung 3).



**Abbildung 1:** Gestaltungsrahmen einer sozial-ökologischen Arbeitszeitpolitik im Spannungsfeld ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele (Quelle: Eigene Darstellung)

So müssen die Sozialverträglichkeit einerseits und die Reichweite des ökologischen Effekts einer Erwerbsarbeitszeitreduktion andererseits aufeinander abgestimmt werden, damit der eine positive Effekt nicht auf Kosten des anderen geht. Die oben aufgelisteten begleitenden Massnahmen einer Erwerbsarbeitszeitreduktion sind vor diesem Hintergrund essenziell, um zu gewährleisten, dass ein solches Unterfangen sowohl ökologisch, sozial, als auch ökonomisch positive Wirkungen entfaltet. Ob eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit tatsächlich den erwünschten Effekt erzielt und gesellschaftlich akzeptiert wird, hängt also massgeblich von

der konkreten Ausgestaltung ab. Die Erkenntnis, welche Umsetzungsformen die Richtigen sind, bedingt jedoch nicht nur einen wissenschaftlichen, sondern vor allem einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess.

Bei aller Tragik verdeutlicht die gegenwärtige Corona Pandemie aber auch in eindrücklicher Weise, dass wir als Gesellschaft die Fähigkeit besitzen, in umfassender Weise auf Krisen zu reagieren und radikale Veränderungen in kurzer Zeit umzusetzen. Die Corona Krise könnte ein Gelegenheitsfenster für eine tiefgehende sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bieten. Wir hoffen mit dem vorliegenden Arbeitspapier, einen Beitrag zur Debatte eines Alternativentwurfs einer funktionierenden Wirtschaft in einer gerechten und klimaneutralen zu leisten.

# 1 Weniger Arbeiten als zentraler Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation

Unser aktuelles Wirtschafts- und Gesellschaftssystem steht vor der grossen Herausforderung eines tiefgreifenden und grundlegenden Wandels. Auch wenn sich aktuell die öffentliche Aufmerksamkeit auf die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie richtet, darf nicht vergessen gehen, dass sich bereits zuvor vielfältige Krisenphänomene ankündigten– insbesondere das Überschreiten der ökologischen Grenzen der Tragfähigkeit des Planeten (u.a. Rockström 2009; Steffen 2018), die steigende Ungleichheit (Wilkinson and Pickett 2010; Atkinson 2015; Hickel 2017), die sich verselbständigte Finanzwirtschaft (Deutschmann 2008; Jackson 2017) sowie das zunehmend beobachtbare Überschreiten von psychischen Grenzen, u.a. durch die Beschleunigung der individuellen Lebenswelt (Rosa 2016), um nur die Wichtigsten zu nennen. Beim Übergang von der vorindustriellen Gesellschaft zur Industriegesellschaft hat sich die Rolle und Bedeutung der Arbeit grundlegend verändert. Wir Autor\*innen sind davon überzeugt, dass auch im Übergang von der heutigen nicht-nachhaltigen in eine nachhaltige Gesellschaft eine Neugestaltung der Arbeitswelt und Neugewichtung der Erwerbsarbeit nötig sein wird (Seidl and Zahrnt 2019). Arbeit ist in verschiedenen Hinsichten zentraler Bestandteil menschlichen Lebens. Ein zukünftiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem muss auf der Anerkennung dieser Vielfalt relevanter Funktionen von Arbeit sowie einer besser ausbalancierten Gewichtung von bezahlter und unbezahlter Arbeit aufbauen.

Heutzutage wird der Begriff Arbeit üblicherweise immer noch mit bezahlter Erwerbstätigkeit in einem Normalarbeitsverhältnis mit sozialer Absicherung assoziiert. Dieses Verständnis entstand im Übergang von der vorindustriellen häuslichen Familienwirtschaft zur arbeitsteiligen Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert, in der fortan nur ausserhäusliche bezahlte (meist männliche) Arbeit als solche galt (Komlosy 2019). Als Folge wurden andere (meist weiblich ausgeübte) Tätigkeiten wie Eigenarbeit und Sorgetätigkeiten entwertet. Die heutige zentrale Rolle von Erwerbsarbeit beruht auf vier Funktionen: (1) Erwerbsarbeit sichert das individuelle Einkommen, (2) sie verleiht soziale Anerkennung, (3) bildet eine wesentliche Anspruchsgrundlage für Sozialversicherungssysteme und (4) die gleichberechtigte Einbeziehung der Menschen in das Gemeinwesen ist an sie gebunden (Senghass-Knobloch 1998: 11ff.). Inwiefern diese vier Funktionen durch die heutigen Formen bezahlter Erwerbstätigkeit noch sinnvoll erfüllt werden, lässt sich streiten. So plädieren verschiedene Autor\*innen dafür, die Beziehung zwischen Arbeit und Privatleben neu zu denken und zu gestalten. Juliet Schor (2016) schlägt beispielsweise einen neuen Rhythmus zwischen Arbeit, Konsum und Alltagsleben vor und plädiert für maximal vier Tage Erwerbsarbeit. Frigga Haug (2011) macht sich für eine «Vier-in-Einem»-Perspektive stark und fordert Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen. Dabei argumentiert Haug, dass wir nicht zu wenig Arbeit haben, sondern darin geradezu ersticken. Die meisten notwendigen Tätigkeiten der Gesellschaft würden nicht oder nur zu wenig wahrgenommen, da sie keinen Profit brächten.

Um unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in einen nachhaltigen “safe and just space» für alle zu lenken (Raworth, 2017, S.11), werden international wie auch national verschiedene Lösungswege diskutiert, wobei das Hauptaugenmerk bisher mehrheitlich auf Effizienz- und Konsistenzstrategien lag. **Effizienz** beschreibt eine ergiebigere Nutzung von Materie und Energie beispielsweise durch verbesserte Technologie, durch Organisation oder durch Wiederverwendung. **Konsistenz** richtet sich aktuell auf naturverträgliche Technologien, die die Stoffe und die Leistungen der Ökosysteme nutzen, ohne sie zu zerstören beispielsweise durch eine nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen sowie geschlossene Ressourcenkreisläufe. Immer mehr kritische Stimmen bezweifeln jedoch, dass diese beiden Strategien ausreichen werden, um unser Konsumieren und Wirtschaften in nachhaltige Bahnen zu lenken. Nicht zuletzt verhindern Rebound-Effekte, dass das Einsparpotenzial technischer Effizienzsteigerungen vollständig erreicht wird. So gibt es inzwischen fast alle Haushaltsgeräte in energiesparenden A+++ Varianten. Unsere Forschung hat jedoch gezeigt, dass jene Haushalte, die Energiespargeräte besitzen, über eine höhere Anzahl Haushaltsgeräte verfügen und damit das Einsparpotenzial der energiesparenden Geräte durch den Mehrkonsum verpufft (Moser and Kleinhückelkotten 2018).

Zudem ist es aufgrund des strukturellen Wachstumszwangs unserer aktuellen Gesellschaft (Binswanger 2019) fragwürdig, ob wir es jemals schaffen, mit Effizienz- und Konsistenzstrategien unsere Wirtschaft aufrecht zu erhalten, während wir gleichzeitig die Belastung der Umwelt senken. Daher ist eines der dringlichsten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung eine umfassendere Umgestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, so dass diese innerhalb der planetaren Grenzen funktionieren (Frischknecht et al. 2018;

O'Neill et al. 2018; Steffen et al. 2018). Da dies bedeutet, deutlich weniger Ressourcen zu verbrauchen und Treibhausgase zu emittieren als bisher, müssen Suffizienzstrategien auf individueller und gesellschaftlicher Ebene dabei eine zentrale Rolle spielen. So argumentiert bspw. Schneidewind (2018), dass eine relative Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch durch die Umsetzung der Effizienz- und Konsistenzstrategien, alleine nicht reichen wird, und wir stattdessen auch eine absolute Entkoppelung getragen von einer Suffizienzstrategie benötigen. **Suffizienz** richtet sich demnach auf einen geringeren Verbrauch von Ressourcen. Dies soll u.a. durch eine Verringerung der Nachfrage nach ressourcenintensiven Gütern und Dienstleistungen und einem sparsamen Umgang mit Ressourcen erfolgen.

Als eine solche mögliche suffizienz-orientierte gesellschaftliche Transformationsstrategie ist in letzter Zeit die Reduktion der Erwerbsarbeitszeit in den Fokus des Interesses gerückt (Reisch and Bietz 2014). So stellt beispielsweise Pullinger (2014) die Frage, ob eine breit angelegte Verringerung der bezahlten Erwerbsarbeitszeit den Energieverbrauch und die Übernutzung natürlicher Ressourcen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene senken kann. Verschiedene internationale Studien, welche einen wirtschaftlichen Fokus haben, nutzen Vergleiche zwischen verschiedenen Volkswirtschaften und weisen auf mögliche entlastende Umwelteffekte einer Arbeitszeitverkürzung hin (Hayden 1999; Rosnick and Weisbrot 2007; Druckman et al. 2012; Kallis et al. 2013; Knight et al. 2013; Reisch and Bietz 2014; King and van den Bergh 2017; Fitzgerald et al. 2018; Jackson and Victor 2019). Andere Autor\*innen untersuchen die Zusammenhänge zwischen menschlichem Wohlbefinden, Erwerbsarbeit, Einkommen und ökologischem Fussabdruck und analysieren die Erwerbsarbeitszeitreduktion somit eher aus einer individuellen Suffizienzperspektive. So kommen beispielsweise Jebb et al. (2018) zu dem Schluss, dass ab einem bestimmten Einkommensniveau das Wohlbefinden mit zusätzlichem Einkommen nicht mehr ansteigt. Auch wurde argumentiert, dass der sogenannte Arbeiten-und-Ausgeben-Kreislauf (Schor 1993) aufgebrochen werden könnte, indem Produktivitätsfortschritte vermehrt in kürzere Arbeitszeiten statt höheren Einkommen investiert würden. Dieser Kreislauf beschreibt eine Situation, in welcher Beschäftigte zur Aufrechterhaltung ihres Konsumniveaus auf lange Arbeitszeiten angewiesen sind, welche wiederum neue Konsumbedürfnisse in Form von Kompensationskonsum wecken. Nicht zuletzt erhoffen verschiedene Autor\*innen positive ökologische Effekte einer Erwerbsarbeitszeitreduktion aufgrund der Annahme, dass ein nachhaltiger Lebensstil ein gewisses Mass an frei verfügbarer Zeit voraussetzt z.B. für umweltfreundliche (langsamere) Mobilität, Reparaturarbeiten, kollaborativen Konsum oder stärkere Selbstversorgung (Paech 2010; Knight et al. 2013; Buhl et al. 2017).

Mit dem vorliegenden Bericht beleuchten wir die Frage, inwiefern Anstrengungen zur Reduktion der Erwerbsarbeitszeit für die Schweiz eine mögliche, suffizienz-orientierte Transformationsstrategie im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung darstellen könnte. Mittels eines umfassenden Literaturreviews erörtern wir, welche ökologischen, individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Effekte in Zusammenhang mit Erwerbsarbeitszeit diskutiert werden und welche Implikationen sich daraus für unterschiedliche Handlungsebenen in der Schweiz ergeben. Im folgenden Kapitel (Kapitel 2) stellen wir die aktuelle Situation der Erwerbsarbeit in der Schweiz dar. Insbesondere zeigen wir hier das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf, stellen Trends hinsichtlich der Wichtigkeit von Erwerbsarbeit für die Bevölkerung dar und gehen auf das Problem ein, dass die Schweiz auf die Einkommen aus Erwerbsarbeit als Steueraufkommen angewiesen ist. In Kapitel 3 untersuchen wir die sogenannte «dreifache Dividende», die Überlegung, dass eine Erwerbsarbeitszeit-Reduktion als Transformationsstrategie ökologische, soziale und ökonomische Probleme lösen könnte: Sie könnte dazu führen, dass die Treibhausgas-Emissionen der Wirtschaft sinken, während gleichzeitig das Wohlbefinden der Bevölkerung steigt und ein Problem gelöst wird, das durch die Stagnation des Wirtschaftswachstums entsteht - die steigende Arbeitslosigkeit. In Kapitel 4 skizzieren wir Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen Arbeitszeitpolitik für die Schweiz. Abschliessend weisen wir in Kapitel 5 darauf hin, dass die Transformation hin zu einer gerechten und klimaneutralen Gesellschaft sowie zu einer funktionierenden Wirtschaft ein Aushandlungsprozess ist, bei welchem sich je nach Umsetzungsform Trade-Offs zwischen den angenommenen positiven Effekten ergeben.



## 2 Arbeiten in der Schweiz – aktuelle Herausforderungen

In der Schweiz werden jährlich rund 8 Milliarden Erwerbsarbeitsstunden geleistet. Die wöchentliche Normalarbeitszeit in der Schweiz ist seit 2003 stabil bei knapp 42 Stunden. Damit führt die Schweiz zusammen mit Island die europäische Rangliste für die höchsten Erwerbsarbeitszeiten an. Anders sieht es aus, wenn die wöchentliche Arbeitszeit von allen Erwerbstätigen betrachtet wird (35,5 Stunden), denn der Anteil von Teilzeiterwerbstätigen ist im Vergleich mit anderen Ländern hoch. Eine detaillierte Analyse dieser Erwerbstätigen zeigt auch grosse Unterschiede zwischen den Geschlechtern, Bildungs- und Einkommensklassen. Der bezahlten Arbeit steht die unbezahlte Arbeit (Hausarbeit, Betreuungsarbeit und Freiwilligenarbeit) gegenüber, welche, gemessen in Anzahl geleisteter Stunden, die geleistete Erwerbsarbeit übertrifft. Eine genauere Analyse zeigt, dass die unbezahlte Arbeit mehrheitlich von Frauen geleistet wird. Der folgende Abschnitt präsentiert die aktuelle (Erwerbs)Arbeitssituation und versucht, mögliche Trends zu beschreiben, unter anderem der steigende Wunsch nach weniger Arbeit und mögliche Auswirkungen davon. Beispielsweise sind die Schweizer Sozialwerke aktuell mehrheitlich durch Lohnbeiträge finanziert, was bedeutet daher eine Erwerbsarbeitsreduktion für die Schweizer Sozialwerke?

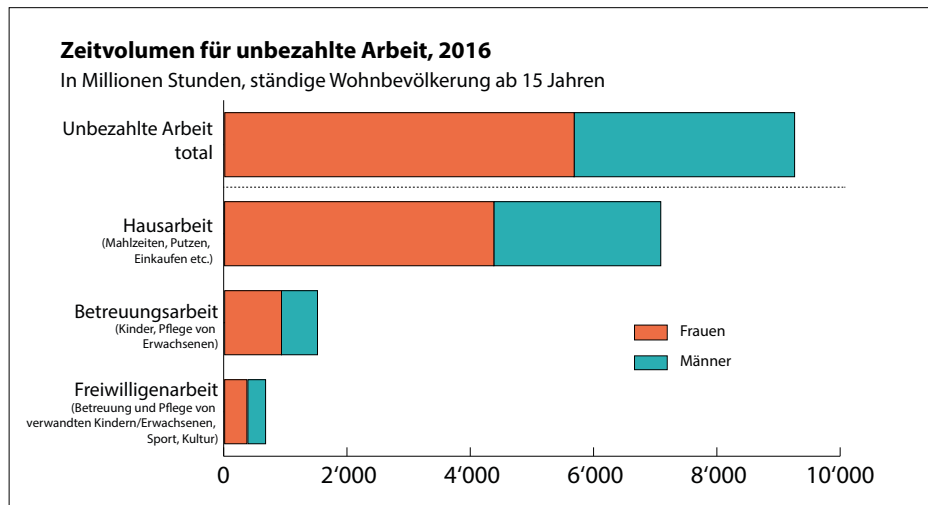
### 2.1 Bezahlte Arbeit

In der Schweiz waren im dritten Quartal 2019 etwas mehr als 5 Millionen Personen erwerbstätig. Insgesamt waren 35% der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit beschäftigt. Lediglich die Niederlande weisen eine höhere Teilzeitquote auf (50,1%). Der Durchschnitt der EU28 ist mit 19,2% wesentlich tiefer. Auffällig sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich Teilzeitarbeit. Während der Anteil bei beiden Geschlechtern in den 26 Jahren zwischen 1991 und 2018 ähnlich gestiegen ist, nämlich um neun bis zehn Prozentpunkte, lassen sich stark ausgeprägte Niveauunterschiede erkennen, denn 2018 waren 60% der Frauen in Teilzeit beschäftigt, während bei den erwerbstätigen Männern nur 15% einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen (BFS 2019). In Europa sind nur in den Niederlanden anteilmässig mehr Frauen in Teilzeit beschäftigt als in der Schweiz (76%). Die Diskrepanz zwischen Männern und Frauen bei der Teilzeitarbeit ist eine der grössten weltweit. Eine Studie der Forschungsstelle Sotomo zum Thema «Wunsch und Wirklichkeit» (2019) ergab zudem, dass die Zahl der Teilzeit arbeitenden Männer bei der Geburt eines Kindes zurückgeht. Dementsprechend wurde die Geschlechterungleichheit in der Schweiz vom britischen Magazin The Economist als eine der grössten Europas eingestuft (The Economist 2018).

### 2.2 Unbezahlte Arbeit

Mit unbezahlter Arbeit sind Tätigkeiten gemeint, die nicht entlohnt werden, theoretisch jedoch durch eine Drittperson gegen Bezahlung ausgeführt werden könnten. Das Bundesamt für Statistik (BFS) erfasst mit dem Satellitenkonto Haushaltsproduktion (SHHP) die volkswirtschaftliche Bedeutung der unbezahlten Arbeit. So wurden 2016 in der Schweiz 9,2 Milliarden Stunden unbezahlt gearbeitet (vgl. Abbildung 2. 1). Im Vergleich dazu wurden 7,9 Milliarden Stunden von der Gesamtbevölkerung bezahlt gearbeitet. Die Haus- und Familienarbeit (ohne Betreuungsaufgaben) machten 7,1 Milliarden Stunden aus (77%). Der fiktive Geldwert der unbezahlten Arbeit, gerechnet mit durchschnittlichen Arbeitskosten nach Berufsgruppen, wird für das Jahr 2016 auf 408 Milliarden Franken geschätzt.

Alternative Arbeitskonzepte, oft auf der feministisch orientierten Arbeitsforschung basierend (Littig 2016), kritisieren die geschlechtshierarchische Trennung von produktiver und reproduktiver Sphäre. Während bezahlte Arbeit als produktiv gilt, erfahren unbezahlte Tätigkeiten oft nur wenig Beachtung und Wertschätzung, obwohl diese bezahlte Arbeit in der ökonomischen Sphäre mehrheitlich erst möglich machen. Basierend auf dieser Kritik fordern verschiedene Ansätze, den Arbeitsbegriff so auszuweiten, dass er sich am Erhalt natürlicher Reproduktionsprozesse und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse orientiert. Für die Schweiz lässt sich somit insgesamt festhalten, dass die Arbeitslosigkeit geringer ist als im europäischen Vergleich, die Normalarbeitszeit verhältnismässig zu den höchsten Europas gehört, aber gleichzeitig ein grosser Anteil insbesondere von Frauen Teilzeit arbeitet, um die hohe Anzahl unbezahlter Arbeitsstunden zu leisten, die im Haushalt sowie in der Betreuung von Kindern und Älteren anfällt. Eine kürzere Normalarbeitszeit könnte somit möglicherweise dazu beitragen, die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu mildern und so zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen.



**Abbildung 2.1:** Zeitvolumen für unbezahlte Arbeit (Quelle: Eigene Darstellungen basierend auf Daten aus BFS, 2020)

### 2.3 Wie entwickelt sich die Schweizer Arbeitssituation - Mögliche Trends

Die Erwartungen der Arbeitnehmer\*innen an die Arbeitgeber\*innen sind im Wandel. Wanger (2017) untersuchte beispielsweise die Zufriedenheit von Beschäftigten in Deutschland mit ihrer Arbeitszeit sowie die Bestimmungsfaktoren, welche die Zufriedenheit erhöhen bzw. senken. Die Ergebnisse zeigen, dass das Zufriedenheitslevel deutlich höher liegt, wenn Beschäftigte über eine hohe individuelle Zeitsouveränität verfügen und die Höhe ihrer Arbeitszeit beeinflussen und mitgestalten können. Arbeitgeber\*innen haben erkannt, dass sich die Einstellung zur Arbeit verändert. Bereits heute testen viele Arbeitgeber\*innen flexible, individuelle und mobile Arbeitszeitmodelle, nicht zuletzt auch, um auf dem heutigen Arbeitsmarkt gute Fach- und Führungskräfte zu rekrutieren. Mögliche Trends, wie sich bezahlte und unbezahlte Arbeiten in der Schweiz entwickeln, stellen wir nachfolgend dar.

#### Die Einstellung zu Arbeit verändert sich

Eine Studie zur Generation Y für die Schweiz zeigt, dass sich viele Angehörige dieser Generation, also der heute 20- bis 40-jährigen, für weniger Arbeit entscheiden, um so mit dem steigenden Leistungsdruck und drohender Überlastung (inkl. Burnout) umzugehen (Mack et al. 2019). Dies wird als Versuch beschrieben, sich auf individueller Ebene persönliche Ressourcen nachhaltiger einzuteilen, um sich nicht «kaputt» zu arbeiten. Die Stärkung des Wohlbefindens durch bewusste gemeinsame Zeit mit Familie und/oder Freunden sowie Erlebnisreichtum spielen dabei genauso eine Rolle wie ein Arbeitsalltag mit einer möglichst sinnstiftenden Tätigkeit. Auch andere Studien deuten auf den Wunsch nach mehr Selbstbestimmung bei der Gestaltung der Höhe der Arbeitszeit hin (Sousa-Poza and Henneberger 2000; Fagan and Warren 2001; Albert 2011; Wanger 2017; Weber and Zimmert 2018). Zudem zeigen Analysen basierend auf der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Jahres 2014, dass 20% der Vollzeitbeschäftigten eine Teilzeitstelle bevorzugen würden. Eine kürzere Erwerbsarbeitszeit könnte somit den Wünschen vieler Arbeitnehmer\*innen nach weniger Arbeit und mehr Selbstbestimmung entsprechen.

#### Das postfordistische Arbeitsmodell – Zwischen Flexibilisierung und Prekarität

Wie Dörre (2003) darstellte, können neue Arbeitsformen je nachdem, welche Tendenzen des Strukturwandels in der Erwerbsarbeit betont werden, sowohl als Medium der Befreiung (Trentin 1999; Schumann 2003) als auch als Ursache einer nahezu vollständigen Unterwerfung der Kapitalverwertung gesehen werden. Vor diesem Hintergrund sollten die Entwicklungen der Flexibilisierung, der individualisierten Arbeitsmodelle und der Erwerbsarbeitszeitseduktion stets aus beiden Perspektiven betrachtet werden. Wo Bürokratieaufwand sinkt, kommunikativer Austausch und ganzheitliche Arbeitsaufgaben gefördert werden und so Autonomiezonen für Arbeitnehmer\*innen entstehen, sind postfordistische Arbeitsmodelle<sup>3</sup> eine Quelle

<sup>3</sup> Postfordistische Arbeitsmodelle erlauben Arbeitnehmenden ihre Arbeitsstunden autonomer und damit flexibler einzuteilen. Sie tragen damit jedoch eine höhere Selbstverantwortung und werden weniger nach ihren Arbeitsstunden und mehr nach der Erfüllung von Aufgaben bewertet.

eines potentiellen Freiheitsgewinns (Dörre 2003). Wenn aber Arbeitnehmer\*innen früher einfache, repetitive Produktionsarbeit leisteten und heute als Teammitglieder nun zu Prozessverantwortlichen werden, die nicht nur einen möglichst störungsfreien Ablauf, sondern auch optimale Produktqualität garantieren sollen, können postfordistische Arbeitsmodelle auch zu einer verstärkten Prekarisierung führen bspw. durch Arbeit auf Abruf. So muss genau analysiert werden, welche ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung und Minijobs haben. Eine Studie zu guter Arbeit in der Schweiz für die Jahre 2015-2018 zeigt erste Tendenzen einer Abnahme der Einflussnahme für Arbeitnehmende auf ihre Arbeitszeiten sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Oesch and Fritschi 2018), ein Trend, der genau entgegen dem Wunsch der Arbeitnehmenden wirkt, mehr Selbstbestimmung bei der Höhe ihrer Arbeitszeit zu haben.

### **Eine von Erwerbsarbeit abhängige Finanzierung der Sozialsysteme**

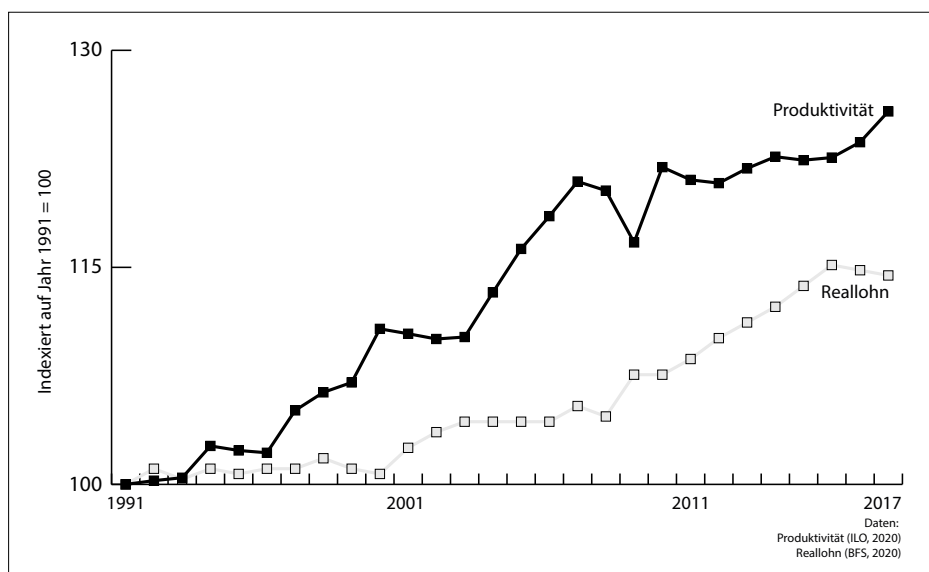
Das Steueraufkommen, welches direkt oder indirekt mit der Erwerbsarbeit verbunden ist, bildet eine der wichtigsten Einnahmequellen für Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen wie zum Beispiel die AHV. Bei Gesamtsteuereinnahmen von rund 70 Milliarden im Jahr 2016 stammten beinahe 30 Prozent aus den Einkommenssteuern der natürlichen Personen (Schnyder 2019). Zählt man die Lohnbeiträge an die Sozialversicherungen dazu (rund ein Viertel der Steuereinnahmen), entfallen schätzungsweise rund die Hälfte der Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors auf die Besteuerung von Arbeit. Werden weitere obligatorische Lohnbeiträge wie die berufliche Vorsorge, die Unfallversicherung und Familienzulagen dazugezählt, erreicht der Anteil der Einnahmen aus der Besteuerung von Erwerbsarbeit rund 63 Prozent. Im Vergleich dazu stammen rund ein Viertel aus der Besteuerung von Kapitalerträgen (Bundesrat 2017; Schnyder 2019). Somit stellt sich bei einer Erwerbsarbeitszeitreduktion als mögliche Transformationsstrategie die Frage, wie die sinkenden Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors ersetzt werden könnten, beziehungsweise, ob es solche überhaupt geben würde. Dieser Frage gehen wir in Kapitel 4 nach.

### **Erwerbsarbeit und ökonomische Unabhängigkeit – die Entwicklung der Lohnquote**

Die Trennung von Arbeit und Kapital in unserem kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystem bringt es mit sich, dass wir jene Dinge, die wir zum Überleben benötigen, mehrheitlich käuflich erwerben. Dafür benötigen wir Geld. Dieses Geld kommt für die Mehrheit der Menschen in der Schweiz aus der Erwerbsarbeit, beziehungsweise aus den mit Erwerbsarbeit verbundenen Renten und Sozialleistungen. Somit ist die Erwerbsarbeit eine Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Aus diesem Grund ist die Entwicklung der Lohnquote, der Anteil der Löhne am gesamtwirtschaftlich erzielten Einkommen, eine wichtige Kennzahl. Die bereinigte Lohnquote<sup>4</sup> der Schweiz im Jahr 2018 betrug 53,1% und ist demnach in den letzten zehn Jahren um beinahe 3 Prozentpunkte gesunken (Baumann 2019). Die Berechnung der schweizerischen Lohnquote birgt Diskussionspotential, da alle Personalkostenkomponenten und damit auch die stark gestiegenen Saläre und Boni der Manager\*innen enthalten sind. Die Auswirkungen des Einbezugs der 1%- höchsten Einkommen auf die Lohnquote untersuchte der Schweizerische Gewerkschaftsbund im Verteilungsbericht 2011 für den Zeitraum 1997 und 2008. Resultat: Die Lohnquote aller Arbeitnehmenden war 2008 wieder auf dem Ausgangswert von 1997 bei 61%. Im selben Zeitraum sank die Lohnquote der Arbeitnehmenden ohne die 1%-Topverdiener\*innen von 58% auf 55%. Da der Einkommenszuwachs der Spitzenverdiener\*innen in der Schweiz auch im Zeitraum von 2008 bis 2018 überproportional war, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Lohnquote ohne 1%-Topverdiener\*innen in dieser Zeit um mehr als die ausgewiesenen 3%-Punkte reduziert hat. Sinkende Lohnquoten sind weltweit beobachtbar und aufgrund vom technischen Fortschritt sowie der stets intensiveren internationalen Arbeitsteilung dürften die Lohnquoten auch weiterhin tendenziell sinken (IMF 2017: 121ff).

Was bedeutet diese Reduzierung der Lohnquote für die Arbeitnehmenden? Sinkt die Lohnquote, werden die Arbeitsproduktivitätsgewinne vermehrt in Unternehmens- und Vermögenseinkommen transferiert, anstelle den Arbeitnehmenden in Form von höheren Löhnen oder mehr Freizeit bei gleichbleibendem Lohn zugute zu kommen. In Abbildung 2. 2 stellen wir die Entwicklung der Arbeitsproduktivität sowie des Reallohns in der Schweiz für den Zeitraum 1991-2018 dar. Dabei wird ersichtlich, dass sich die Verteilung des Wohlstands in der Schweiz deutlich von der Arbeit zum Kapital verschoben hat. Während zwischen 1991 und 2017 die Arbeitsproduktivität um 26% gestiegen ist, sind die Reallöhne lediglich um 14% gestiegen. Die Arbeitnehmenden haben somit zugunsten der Kapital-Eigner\*innen wenig von gesteigerter Produktivität profitiert, ein Umstand, der insbesondere bei einer möglichen Forderung nach einer kurzen Vollzeit (siehe Kapitel 4) in Betracht gezogen werden muss.

4 Lohnquote, bezogen auf das Brutto-Nationaleinkommen, bereinigt durch den Anteil der Arbeitnehmenden an allen Beschäftigten.



**Abbildung 2.1:** Entwicklung der Arbeitsproduktivität und dem Reallohn für die Schweiz zwischen 1991 und 2017 (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Daten aus (BFS 2020b; ILO 2020)

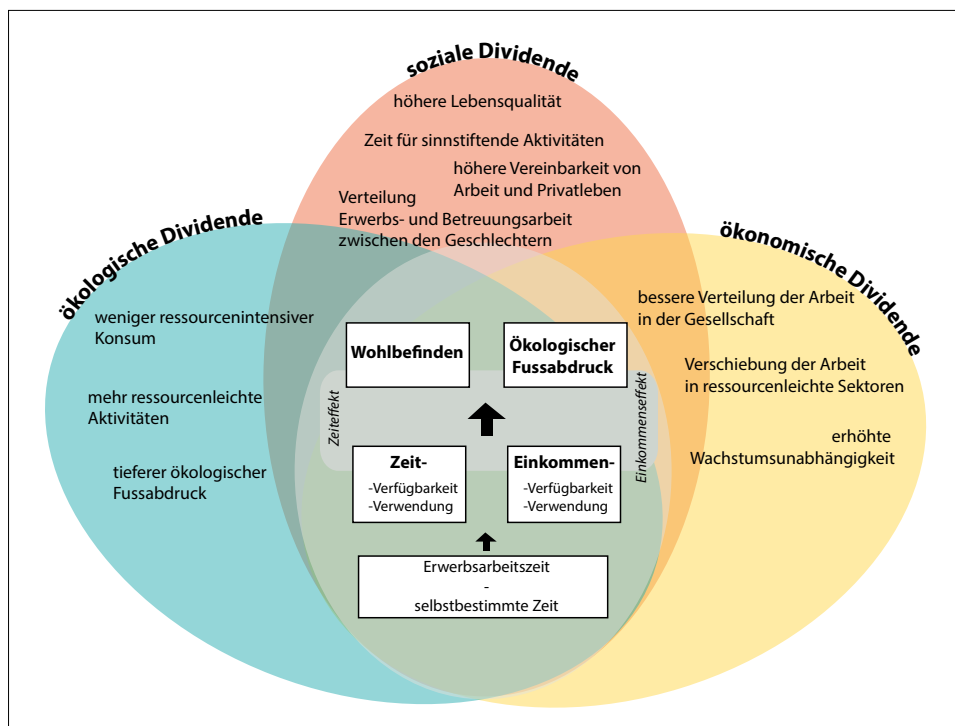
Zusammenfassend lässt sich für die Arbeitssituation in der Schweiz festhalten, dass die Arbeitszeit über die Jahre stetig abgenommen hat, seit 2003 für europäische Verhältnisse jedoch auf einem hohen Niveau von knapp 42 Stunden verweilt, bei gleichzeitig starker Ungleichverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich kaum abschätzen, in welche Richtung sich die Erwerbsarbeitszeit in der Schweiz entwickelt. Einerseits zeigen Studien, dass vor allem die heute 20- bis 40-jährigen in der Tendenz weniger arbeiten wollen, andererseits stehen diesen Wünschen eine zunehmende Prekarität im Zuge der Flexibilisierung der Erwerbsarbeit und aktuelle politische Debatten wie bspw. jene der 67-Stundenwochen oder der Erhöhung des Rentenalters entgegen (Ringger 2010; Brotschi 2020 Feb 12). Nicht zuletzt verweisen diese beiden Debatten auf die Verbindung von Erwerbsarbeit und Finanzierung des Sozialsystems hin. Diesem hohen Verknüpfungsgrad von Arbeit und Existenzsicherung muss in der Diskussion um Erwerbsarbeitszeitverkürzung zwingend Rechnung getragen werden. So werden u.a. anderem in Kapitel 4 mögliche Ansätze zur teilweisen Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung diskutiert.

### 3 Erwerbsarbeitszeitreduktion als Transformationsstrategie – Drei Perspektiven

Wie einleitend dargestellt, flammt die Diskussion um Erwerbsarbeitszeitreduktion immer wieder auf und wird von unterschiedlichen Akteuren geführt. Mehrheitlich kreisen die Diskussionen um die mögliche Bedeutung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (Flexibilisierung) und seltener für die Förderung der Vereinbarkeit von Privatleben/Familie und Beruf. Wir wollen im vorliegenden Bericht das Thema in einen grösseren Argumentationszusammenhang stellen und beleuchten, ob und wie eine Erwerbsarbeitszeitreduktion eine Transformationsstrategie hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft sein kann. Dazu müssen die konkreten Zusammenhänge und Wirkmechanismen zwischen den verschiedenen Formen von Arbeit und den wirtschaftlichen, sozialen (gesellschaftlich und politisch) und ökologischen Dimensionen einer sich verändernden Arbeitsgesellschaft in ihrer Komplexität betrachtet und besser verstanden werden. Aus unserer Sicht ist dabei die Analyse des Einflusses der Höhe der Erwerbsarbeitszeit auf die individuelle Zeitverfügbarkeit und -verwendung (Zeiteffekt) sowie auf die Höhe des Einkommens und dessen Verwendung (Einkommenseffekt) ein wichtiger Ausgangspunkt. Um die Effekte einer Erwerbsarbeitszeitreduktion auf Wohlbefinden und Umwelt auf der individuellen Ebene beschreiben zu können, muss einerseits beachtet werden, **wie** freiwerdende Zeit genutzt wird und **welche Faktoren** das Verhalten beeinflussen. Abbildung 3. 1 zeigt überblicksartig diese angenommenen Zusammenhänge und möglichen gesellschaftlichen Effekte einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Verschiedene Effekte einer Erwerbsarbeitszeitreduktion werden je nach eingenommener Perspektive stärker oder weniger stark beleuchtet. In der Gesamtbetrachtung dieser Effekte wird häufig von einer möglichen dreifachen Dividende einer Erwerbsarbeitszeitreduktion gesprochen («triple dividend»; z.B. Coote et al., 2010; de Graaf, 2010; Maniates, 2010; Stronge & Harper, 2019):

- (1) Beitrag zur Überwindung der ökologischen Krise (ökologische Dividende)
- (2) Positive soziale Effekte wie die Verringerung sozialer Ungleichheiten und die Erhöhung der Lebenszufriedenheit (soziale Dividende)
- (3) Abschwächung des Wachstumsdrucks durch Vollbeschäftigung aufgrund besserer Verteilung der Arbeit, sowie Verlagerung der Arbeit in arbeitsintensive und ressourcenleichte Bereiche (ökonomische Dividende)

Diese drei Dividenden werden im Folgenden genauer ausgeführt.



**Abbildung 3.1:** Wirkungsmechanismen einer Erwerbsarbeitszeitreduktion und mögliche Effekte (Quelle: Eigene Darstellung)

### 3.1 Die ökologische Dividende – weniger Arbeiten als Lösung für die Klimakrise?

«Free day for future» - das könnte eine Forderung sein, wenn wir Studien betrachten, welche den Zusammenhang zwischen Wirtschaftstätigkeit und ökologischem Fussabdruck analysieren. Bereits 2006 haben Rosnick & Weisbrot mit ihrer Studie «Are Shorter Work Hours Good for the Environment?» anhand von makroökonomischen Daten aus den USA und der EU gezeigt, dass längere Arbeitszeiten im Durchschnitt zu mehr Emissionen führen. Knight et al. (2013) kamen auf ein ähnliches Resultat für OECD Länder: Wenn wir unsere Arbeitszeit um zehn Prozent verringern würden, würde sich unser CO<sub>2</sub>-Fussabdruck im Durchschnitt um 14,6 Prozent reduzieren. Eine Verringerung um 25 Prozent entspräche sogar einem um 36,6 Prozent geringeren ökologischen Fussabdruck. Eine kürzlich erschienene Studie des britischen Thinktanks Autonomy (2019) führt diese Modellrechnung noch weiter und modelliert die maximalen Arbeitszeiten für Deutschland, Grossbritannien und Schweden, bei denen der Treibhausgas-Fussabdruck so gering ist, dass er der Einhaltung des 2-Grad-Ziels entspricht. Demnach dürften Arbeitnehmer\*innen in Deutschland lediglich sechs, in Grossbritannien neun und in Schweden 12 Stunden pro Woche arbeiten. Die Resultate dieser und weiterer Studien (Schor 2005; Rosnick and Weisbrot 2007; Hayden and Shandra 2009; Kallis et al. 2013; Knight et al. 2013; Nässén and Larsson 2015; King and van den Bergh 2017; Fitzgerald et al. 2018; Schumacher et al. 2019) zeigen, dass eine verkürzte Regelarbeitszeit den Stoffdurchsatz der Ökonomie im Durchschnitt verringert. Wie jedoch Shao & Shen (2017) für die EU-15 Staaten zwischen 1970 und 2010 zeigen, gilt dieser Zusammenhang nicht für alle Länder gleich, vielmehr kommt es auf das Zusammenspiel des Arbeitszeit- und Einkommensniveaus an sowie auf die Art und Weise, wie die freiwerdende Zeit genutzt wird. In diesem Zusammenhang kann zwischen Skaleneffekten und Kompositionseffekten unterschieden werden (Liebig 2019). Der Skaleneffekt umfasst Quantität und Addition und somit, dass längere Arbeitszeiten als Produktions- und Nachfragefaktor zur Steigerung des BIP und somit zu mehr Ressourcenverbrauch beitragen. Der Kompositionseffekt umfasst die qualitative Komponente unseres Konsums und geht der Frage nach, wie Arbeitnehmende die durch eine Erwerbsarbeitszeitreduktion zusätzlich gewonnene Freizeit gestalten würden. Würden wir öfter in die Ferien fliegen, mehr einkaufen und dadurch mehr klimaschädliche Emissionen verursachen? Oder würden wir stattdessen mehr Zeit mit Müsiggang, Kunst, Kultur, Sport und Zeit mit Familie und Freund\*innen verbringen? Und wären wir zufriedener oder könnten wir mit der frei gewordenen Zeit nicht sinnstiftend umgehen? Somit ist schlussendlich nicht nur entscheidend, wieviel weniger wir in der Erwerbsarbeit beschäftigt sind, sondern von Interesse, wie sich die Reduktion der Erwerbsarbeitszeit auf das verfügbare Einkommen auswirkt und was wir in unserer Freizeit machen. Diesen Kompositionseffekten gehen verschiedene Mikrolevel-Studien nach und analysieren, unter welchen Voraussetzungen sich die Lebens- und Arbeitsweise von Personen möglichst ökologisch und sozial vorteilhaft ändern. In den nächsten zwei Abschnitten fassen wir die Forschungsergebnisse zusammen, die sich auf die zwei wichtigsten Faktoren einer Erwerbsarbeitszeitreduktion beziehen: Das Einkommen und die Zeitnutzung.

#### **Einkommen und Treibhausgasemissionen**

Zahlreiche Studien zeigen einen Zusammenhang zwischen der Höhe des Erwerbseinkommens und der Intensität, mit welcher die natürlichen Ressourcen aufgrund des individuellen Lebensstils bzw. Konsums belastet werden<sup>5</sup>. Personen mit höherem Einkommen verbrauchen demnach mehr natürliche Ressourcen als Personen mit geringerem Einkommen (vgl. A. Druckman & Jackson, 2016). Dies gilt auch für die Schweiz: Personen mit höherem Einkommen weisen überproportional höhere Treibhausgasemissionen auf als Personen mit einem geringeren Einkommen (Notter et al. 2013; Bruderer Enzler and Diekmann 2019). Abbildung 3.2 zeigt anhand von Daten aus dem Umweltsurvey 2007, dass insbesondere für höhere Einkommensklassen die Treibhausgasemissionen in den Bereichen Mobilität und Wohnen stark ansteigen (Bruder Enzler and Diekmann, 2019). Wie in Abbildung 3.2 dargestellt, ist der ökologische Fussabdruck von Personen mit hohem Einkommen nicht nur grösser ist, auch setzt er sich proportional aus anderen Konsumbereichen zusammen als derjenige von Personen mit geringerem Einkommen. Während bei geringverdienenden Haushalten der grössere Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Notwendigkeiten wie Heizen und Nahrungszubereitung resultiert, stammen die CO<sub>2</sub>-Emissionen der gutverdienenden Bevölkerungssegmente zunehmend auch aus Erholung und Freizeitaktivitäten beziehungsweise aus Alltagsfahrten und Ferienreisen (Moser et al. 2016; Jones et al. 2016 Oct 25).

5 Sei dies als jährlicher Pro-Kopf Gesamtenergieverbrauch, individueller ökologischer Fussabdruck oder Carbon Footprint gemessen.

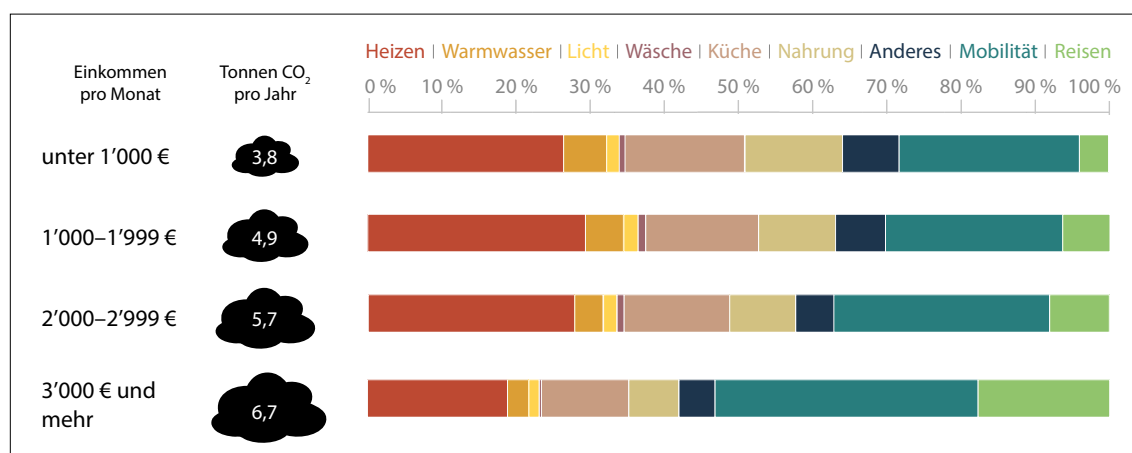


Abbildung 3.2: Zusammenhang Einkommen und Umweltbelastung für Deutschland (Quelle: Moser, et al., 2016)

Zudem zeigen sich auch Unterschiede in der Umweltbelastung durch Haushaltspraktiken; Personen mit hohem Einkommen betreiben energieintensive Tätigkeiten häufiger (z.B. waschen sie deutlich häufiger), während sich Personen mit niedrigem Einkommen beschränken (Cayla et al. 2011). Bei der Frage, ob ein ökologisches Bewusstsein diesem Einkommenseffekt entgegenwirkt, sind die Befunde unterschiedlich. Während Bruderer Enzler & Diekmann (2019) sowie auch Kennedy et al. (2013) aufzeigen, dass unter Kontrolle des Einkommens ein erhöhtes Umweltbewusstsein zu einem (wenn auch nur leicht) geringeren ökologischen Fussabdruck führt, fanden Moser and Kleinhückelkotten (2018) dass Personen, welche sich selbst als umweltfreundlich sehen, einen leicht *höheren* Gesamtenergieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoss aufweisen als Personen, die sich selber weniger als umweltfreundlich sehen. Die ökologisch bewussten Personen besitzen gemäss dieser Studie, kontrolliert für Einkommen, zwar häufiger energieeffiziente Haushaltsgeräte, kaufen häufiger lokale, saisonale und bio-zertifizierte Lebensmittel und Kleidung und essen weniger Fleisch. Sie verbrauchen jedoch mehr Strom, wohnen nicht in kleineren Wohnungen, legen leicht grössere Distanzen mit motorisiertem Individualverkehr zurück und verzichten auch nicht auf lange Ferienreisen. Das heisst, sie verfolgen eher eine Effizienz- und Konsistenzstrategie, nicht jedoch eine Suffizienzstrategie, zumindest nicht, wenn sie zu den höheren Einkommensegmenten gehören.

Diese Studien zeigen, dass eine Erwerbsarbeitszeitreduktion einen positiven Einfluss auf die Umweltbelastung haben könnte, wenn sie mit einem geringeren Einkommen verbunden ist. Gemeinsam ist diesen Studien jedoch, dass sie den beschriebenen Einkommenseffekt jeweils auf einem Quervergleich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem Einkommen untersuchen.

### Zeitnutzung und Treibhausgasemissionen

Neben dem Einkommen gibt es einen zweiten Faktor, der sich durch eine Erwerbsarbeitszeitreduktion verändert - die Menge selbstbestimmter Zeit (der sogenannte Zeiteffekt). Auch diese wirkt sich auf die Konsumaktivitäten und damit auf den individuellen ökologischen Fussabdruck aus. Unter selbstbestimmter Zeit verstehen wir in Anlehnung an das Zeitwohlstandsverständnis von Reisch & Bietz (2014) diejenige Zeit (pro Tag, Woche, Monat oder Jahr), über welche eine Person bezüglich der zeitlichen Lebensgestaltung frei entscheiden kann.

In den theoretisch-konzeptuellen Zugängen der Erwerbsarbeitszeitreduktion aus dem Postwachstumsdiskurs (vgl. Kapitel 1) wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass mehr selbstbestimmte Zeit dazu führen kann, dass diese sinnstiftender und ressourcenleichter genutzt werde. So wird argumentiert, dass eine solche dazu führen könne, Dinge entschleunigter und bewusster selber zu machen (z.B. de Graaf, 2010; Paech, 2010) und so ein Gegenstück zur dominierenden Verwertungslogik darstelle (Schor 2016). In diesen Argumentationen umfasst selbstbestimmte Zeit zumeist all jene Zeit, welche nicht durch einkommensgenerierende Erwerbsarbeitszeit gebunden ist. Empirische Untersuchungen, welche den Zeiteffekt einer Erwerbsarbeitszeitreduktion untersuchen, zeichnen ein weniger optimistisches Bild der Auswirkungen auf ressourcenleichten Konsum als dies in den theoretischen Konzeptionen angenommen wird. Jalas (2002) kombinierte als einer der ersten Zeitverwendungsdaten (aus Finnland) mit Energieverbrauchsdaten, um die Energieintensität (d.h. den Energieverbrauch pro Zeiteinheit einer Tätigkeit) verschiedener Zeitverwendungsmöglichkeiten zu berechnen (eine Übersicht bietet Tabelle 1 auf S. 115 in Jalas, 2002). Er argumen-

tiert, dass bei der Berechnung des Umweltnutzens einer energieeffizienten Massnahme (die gleichzeitig Zeit spart) immer auch betrachtet werden müsse, welche Tätigkeiten stattdessen ausgeführt werden. Wenn die Energieintensität dieser alternativen Tätigkeit hoch ist (z.B. wenn die durch E-Shopping gewonnene Zeit für Freizeitwege mit dem Auto genutzt wird), muss diese neue Umweltbelastung in den tatsächlichen Umweltnutzen eingerechnet werden. Nach dieser Argumentation würde eine Arbeitszeitreduktion höchstens durch das Wegfallen der Pendlerwege eine positive Nettobilanz im Zeiteffekt aufweisen, da fast jegliche Tätigkeit, welche an die Stelle der Erwerbsarbeit treten könnte, energieintensiver wäre als Erwerbsarbeitszeit selber.<sup>6</sup> Dieser sogenannte Zeitspareffekt wurde seither in verschiedenen Studien untersucht und beschrieben (z.B. Jalas & Juntunen, 2015). Studien, welche den ökologischen Gewinn eines Einkommenseffekts mit den möglichen negativen Folgen des Zeitspareffekts vergleichen, gehen davon aus, dass letzterer den Einkommenseffekt um 10% gemäss einer Studie aus Schweden (Nässén and Larsson 2015) bis 60% gemäss einer Studie aus Deutschland (Buhl and Acosta 2016; Buhl et al. 2017) schmälern könnte. Eine Studie aus Frankreich postuliert hingegen umweltschonende Effekte dank mehr Zeit (Devetter and Rousseau 2011).

Vereinzelt wurde untersucht, ob die Zeitnutzung, und damit die Höhe eines allfälligen Zeitspareffekts, personenspezifisch sind. So zeigen Chai et al. (2015) in einer australischen Studie, dass ein ökologisches Bewusstsein dazu führt, dass freie Zeit ressourcenleicht genutzt wird (ein Befund, welcher allerdings in einer Studie von Melo et al. (2018) aus Grossbritannien nicht bestätigt werden konnte). In unseren eigenen Untersuchungen zeigte sich, dass die Zeitnutzung nach einer selbstgewählten Reduktion der Erwerbsarbeitszeit sehr stark mit dem Auslöser für den Reduktionsentscheid zusammenhängt. Während Personen, welche aufgrund von Elternschaft, Weiterbildung oder Freiwilligenengagement ihre freigewordene Zeit nicht für ressourcenintensiven Konsum nutzen, besteht bei Personen, welche aufgrund von Überbelastung und Stress reduzieren eher die Tendenz, ressourcenintensivere Freizeitaktivitäten auszuführen (Hanbury et al. 2019).

Somit können wir aufgrund der Makrolevelstudien festhalten, dass je weniger Zeit wir für Erwerbsarbeit aufwenden, desto tiefer sind im Durchschnitt die Treibhausgasemissionen. Nichtsdestotrotz ist in der ökologischen Endabrechnung entscheidend, wie eine Erwerbsarbeitszeitreduktion die qualitative Zusammensetzung unseres Konsums verändert und in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich die Reduktion der Erwerbsarbeitszeit auf das verfügbare Einkommen auswirkt und was wir in unserer Freizeit machen. An dieser Stelle ist es jedoch sinnvoll, nicht lediglich die Umweltbilanz verschiedener Tätigkeiten zu betrachten, sondern auch, welchen Mehrwert diese Tätigkeiten für das individuelle Wohlbefinden generieren. Wünschenswert ist, dass eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit insbesondere zu einer Steigerung derjenigen Tätigkeiten führt, die bei relativ geringer Energieintensität hohe positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden haben. Diese Perspektive wird im nächsten Abschnitt aufgegriffen.

### 3.2 Die soziale Dividende – weniger Arbeiten für eine höhere Lebensqualität?

Wie bereits in Kapitel 2 ausgeführt, ist die Erwerbsarbeit in der Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Während es zum einen Menschen gibt, die keine Arbeit haben, arbeiten andere Menschen in der Schweiz sehr viel. Zum anderen arbeiten vor allem Frauen in Teilzeit, um nebenbei unbezahlter Arbeit nachgehen zu können. Eine Erwerbsarbeitszeit-Reduktion ist somit auch ein Beitrag zu grösserer Gerechtigkeit und bietet damit einen gesellschaftlichen Mehrwert. In diesem Abschnitt soll jedoch die individuelle Auswirkung von weniger Erwerbsarbeit auf die Lebensqualität als soziale Dividende betrachtet werden.

Lebensqualität wird zumeist als mehrdimensionales Konstrukt verstanden, welches sowohl objektive als auch subjektive Komponenten umfasst. So beinhaltet beispielsweise der «Better Life Index» der OECD, welcher inzwischen in vielen Ländern zur Anwendung kommt, elf Dimensionen, von welchen acht immaterieller Natur (z.B. Gesundheitszustand, Work-Life-Balance, Umweltqualität und subjektives Wohlbefinden) und nur drei materieller Natur sind (Einkommen, Beschäftigungssituation und Wohnverhältnisse; OECD, (2017a)). Das subjektive Wohlbefinden - oder auch Begriffe wie «(Lebens)Zufriedenheit» oder «Glück» - bezeichnen die durch eine Person empfundene eigene Lebensqualität (Veenhoven 2012). Werden Menschen gefragt, was ihnen im Leben wichtig ist, oder was sie sich für ihr Leben erhoffen, nennen sie meist eher immaterielle Aspekte von Lebensqualität. So zeigt zum Beispiel das Hoffnungsbarometer der Schweiz 2019, dass sich die Befragten insbesondere persönliche Gesundheit, glückliche Familie und Partnerschaft,

<sup>6</sup> Jalas Beitrag entstand aber im Rahmen der Debatte um ökonomische Rebound-Effekte energieeffizienter Investitionen und muss in diesem Sinne verstanden werden.



Harmonie im Leben, persönliche Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sowie gute und vertrauensvolle Beziehungen erhoffen (Ränge 1-6). Ein sicherer Arbeitsplatz folgt auf Rang 8, Erfolg bei der Arbeit auf Platz 14. Mehr Geld zu haben bildet das Schlusslicht auf Rang 16 und wird somit als weniger relevant betrachtet als mehr Zeit für Entspannung (Platz 10) oder mehr Freizeit zu haben (Platz 11) (Krafft 2019).

Psychologische Erkenntnisse aus der Glücksforschung legen nahe, dass Unterschiede in der Höhe des individuell empfundenen Wohlbefindens nur teilweise veränderbar sind und sich häufig um einen individuellen Mittelwert bewegen (Lyubomirsky et al. 2005): Ca. 50% der Unterschiede lassen sich durch vererbte Faktoren und Persönlichkeitsmerkmale erklären und sind somit nur schwer veränderbar. Ungefähr 10% der Unterschiede lassen sich durch die Lebensumstände der Personen erklären, wie zum Beispiel ihre nationale, geographische und kulturelle Situation, demographische Faktoren wie Alter, aber auch Gesundheit, Familienverhältnisse und Beschäftigungsstatus. Diesen eher geringen Effekt der Lebensumstände erklären Forschende mit einem Gewöhnungseffekt, d.h. dass sich Personen sehr schnell an neue Lebensumstände gewöhnen und diese bald als normal empfinden (sogenannter Tretmühleneffekt). Die restlichen ungefähr 40% der Unterschiede können durch bewusst gewählte Aktivitäten einer Person erklärt werden. Diese Aktivitäten sind somit bezüglich der Veränderung von Wohlbefinden am vielversprechendsten. Um die Effekte einer Erwerbsarbeitszeit-Reduktion auf das Wohlbefinden zu verstehen, müssen wir also ebenfalls untersuchen, welche Aktivitäten statt der Erwerbsarbeit unternommen werden. Ausserdem ist abermals das Einkommen ein wichtiger Faktor, den wir im Folgenden als erstes betrachten wollen.

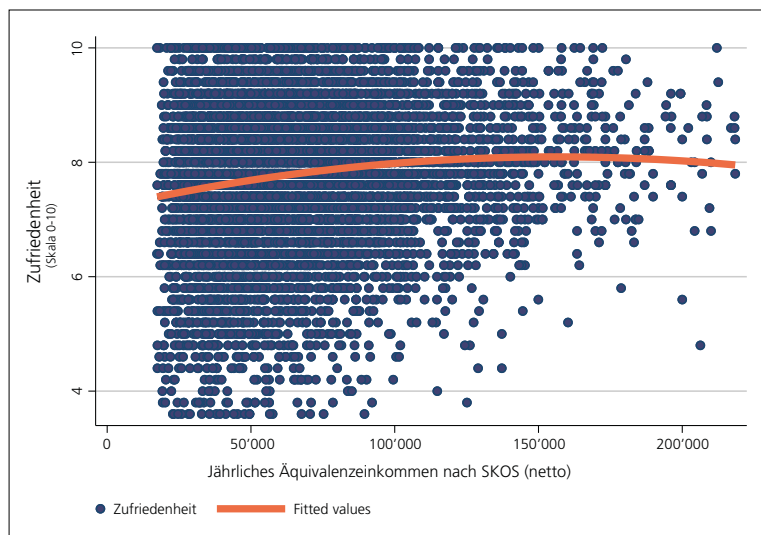
### **Wohlbefinden und (Erwerbs)Einkommen**

Wie einleitend zu diesem Bericht geschildert wurde, ist die Sicherung von individuellem Einkommen, welches letztendlich zu einem wesentlichen Teil soziale Teilhabe ermöglicht, eine der wichtigsten Funktionen von Erwerbsarbeit (zumindest aktuell, Alternativen dazu, wie beispielsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen, werden immer wieder diskutiert). Nicht überraschend findet sich daher in Umfragedaten auch häufig ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe des Erwerbseinkommens und dem individuellen Wohlbefinden der Befragten. Studien, welche diesen Zusammenhang im Detail betrachten, zeigen jedoch auch, dass dieser Zusammenhang abnimmt und ab einer bestimmten Einkommenshöhe eine Sättigung eintritt. Dies bedeutet, dass bei höherem Einkommen ein weiterer Zuwachs an Einkommen nur noch wenig oder nicht mehr zufriedenheitssteigernd wirkt. Eine Studie auf der Basis der Gallup World Poll Daten liefert hierzu ein relativ umfassendes Bild (Jebb et al. 2018): Weltweit liegt dieser Sättigungspunkt bei ca. 94'000 US-\$ (entspricht rund 90'000 CHF) des jährlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens<sup>7</sup> für die erfragte Zufriedenheit (eine eher kognitive Bewertung), sowie zwischen 60'000 und 75'000 US-\$ für das emotionale Wohlbefinden, wobei in einigen Weltregionen das emotionale Wohlbefinden mit zusätzlicher Steigerung des Einkommens sogar wieder abnimmt. Studien für die Schweiz (z.B. Dorn et al., 2008; Fleche et al., 2012; Frey & Stutzer, 2000; Lipps & Oesch, 2018) erkennen positive Zusammenhänge zwischen der Höhe des Einkommens und der Zufriedenheit, überprüften jedoch nicht explizit mögliche Sättigungspunkte. Eine Auswertung des Schweizerischen Haushaltspanels durch die Autor\*innen dieses Working Papers zeigt, dass auch in der Schweiz der Zusammenhang von Zufriedenheit und Einkommen einen Sättigungspunkt hat. Ab etwa 100'000 CHF jährlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens steigt das Wohlbefinden nur noch sehr leicht, bei etwa 150'000 CHF jährlich ist ein Sättigungspunkt zu finden (siehe auch Abbildung 3. 3).

Forscher\*innen vermuten, dass dieser abnehmende zufriedenheitsstiftende Effekt von zusätzlichem Einkommen darauf zurück zu führen ist, dass zusätzliches Einkommen nur so lange einen zusätzlichen Effekt auf das Wohlbefinden hat, wie es eine bessere Befriedigung von Bedürfnissen erlaubt (z.B. Diener et al., 2018; Kahneman and Deaton, 2010). Für viele unserer Bedürfnisse (z.B. Pflegen von sozialen Beziehungen, soziale Zugehörigkeit, sich sinnstiftend betätigen etc.) ist aber nicht (nur) Geld, sondern auch Zeit erforderlich (Diener and Seligman 2004). Gerade wohlhabende Menschen nutzten ihre (knappe) Zeit aber nicht unbedingt für Tätigkeiten, die sich in der Forschung als glücksstiftend erwiesen haben (Kahneman et al. 2006). Auch vermutet wird, dass ab einer bestimmten Einkommenshöhe nicht mehr das absolute Einkommen wichtig ist, sondern der relative Vergleich mit anderen sowie das Besitzniveau (Clark et al. 2008; Brulé and

<sup>7</sup> Das Haushaltsäquivalenzeinkommen vergleicht die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Grösse und Zusammensetzung. Es berechnet sich aus der Summe der steuerbaren Einkommen aller Haushaltsmitglieder dividiert durch deren gewichtete Personenanzahl. Eine gängige Äquivalenzskala für die Gewichtung der Haushaltsmitglieder ist jene der OECD, welche der Person mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltseinkommen ein Gewicht von 1.0 zuordnet. Weiteren Erwachsenen sowie Jugendlichen ab 14 Jahren ein Gewicht von 0.5 und jedem Kind unter 14 Jahren ein Gewicht von 0.3.

Suter 2019). Nicht zuletzt zeigen Untersuchungen, dass eine Fokussierung auf materielle Ziele wie Reichtum und Erfolg unglücklich machen kann (Kasser 2017; Gatersleben et al. 2018). Der Stellenwert von Geld für das eigene Glück wird demnach möglicherweise überbewertet; sobald gewisse Grundbedürfnisse befriedigt sind, werden andere Ressourcen, wie zum Beispiel das Vorhandensein von selbstbestimmter Zeit, wichtiger, um das eigene Wohlbefinden zu steigern. Diese Argumentation weist darauf hin, dass eine Erwerbsarbeitszeitreduktion für Menschen mit geringem Einkommen einen negativen Effekt auf das Wohlbefinden haben könnte, wenn sie mit Einkommenseinbußen verbunden ist. Für Menschen mit hohem Einkommen wäre ein sinkendes Einkommen möglicherweise weniger schädlich für das Wohlbefinden.



**Abbildung 3.3:** Zusammenhang zwischen Einkommen und Zufriedenheit

(Quelle: Eigene Darstellung basierend auf eigenen Berechnungen der Daten aus dem Schweizerischen Haushaltspanel (SHP 2020))

### Wohlbefinden und Erwerbsarbeit(zeit)

Eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit führt, unabhängig von Veränderungen im Einkommen, nicht per se zu einem höheren oder geringeren Wohlbefinden. Arbeitslosigkeit, aber auch erzwungene Teilzeitarbeit beeinträchtigen das Wohlbefinden der betroffenen Personen stark (z.B. Pedersen and Schmidt, 2011). Auch sehr lange Arbeitszeiten bringen Unzufriedenheit, Stress und gesundheitliche Probleme mit sich, insbesondere in Kombination mit prekären und flexiblen Arbeitszeiten (z.B. Hsu et al., 2019; Van Aerden et al., 2016; Virtanen et al., 2012). Zwischen diesen Extremen scheinen Veränderungen in der Dauer der Arbeitszeit jedoch keinen nennenswerten Zusammenhang mit der Zufriedenheit oder mentalen Gesundheit aufzuweisen; bereits sehr geringe Arbeitszeiten von 8-10 Wochenstunden erweisen sich als zufriedenheitsstiftend (Kameräde et al. 2019 Jun 18). Wichtiger als das absolute Erwerbsarbeitspensum für das subjektive Wohlbefinden sind scheinbar andere Faktoren, wie z.B. die Möglichkeit einer autonomen Selbstbestimmung über Höhe und Ausgestaltung durch die Arbeitnehmenden und die Übereinstimmung von Zielen und Bedürfnissen zwischen Arbeit und Privatleben (Work-Life-Balance, z.B. Haar et al., 2014; Lott, 2014; Matilla-Santander et al., 2019). Wie eine solche optimale Übereinstimmung aussieht, variiert je nach Geschlecht und Lebensphase, also z.B. ob kleine Kinder zu betreuen sind und ob entsprechende Arrangements freiwillig gewählt werden können (Lott 2015; Wepfer et al. 2015; Beham et al. 2018; Kuhn 2018). Eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben durch die flexible Ausgestaltung von Teilzeitarbeit durch die Arbeitnehmenden führt zu höherer Arbeitsproduktivität und Arbeitszufriedenheit sowie zu einer höheren Lebenszufriedenheit der Arbeitnehmenden (Weber, 2017). Folgt die Ausgestaltung von Teilzeitarbeit hingegen ausschliesslich den Bedürfnissen der Arbeitgebenden, einhergehend mit einer höheren Arbeitsintensität, hat dies negative Effekte, sowohl für die Arbeits- als auch Lebenszufriedenheit (Lott 2014; Lott 2015; Lott 2018).

Insbesondere in den nordischen Ländern Europas wurden in den letzten Jahren Experimente mit Erwerbsarbeitszeitreduktionen durchgeführt und auch hinsichtlich des Wohlbefindens und Gesundheitsaspekten der betroffenen Arbeitnehmenden evaluiert. Die neuesten Ergebnisse stammen aus einem Versuch in einem Altersheim in Schweden, in welchem das Betreuungspersonal über 23 Monate 6 statt 8 Stunden pro Tag (d.h. eine 30-Stunden-Woche) arbeitete, bei vollem Lohnausgleich. Verglichen mit dem Betreuungspersonal in

Vergleichsheimen berichteten die Mitarbeitenden längere Schlafdauer und bessere Gesundheitswerte (tieferer Blutdruck, weniger Stress, bessere Gesundheit, aktiverer Lebensstil und höhere Aufmerksamkeit), was sich sowohl in weniger Krankheitstagen als auch höherer Arbeitsqualität niederschlug (Lorentzon 2017).

Auch wenn die Generalisierbarkeit der Ergebnisse dieser Einzelstudie aus dem Pflegebereich hinterfragt werden muss, fügen sich die Ergebnisse doch in ein Gesamtbild ein, welches positive Effekte einer Erwerbsarbeitszeit-Reduktion für Gesundheit und Wohlbefinden aufzeigt. So fanden Akerstedt et al. (2001) aufgrund der Reduktion von 9- auf 6-Stunden-Tage (auch bei vollem Lohnausgleich) beim betroffenen Pflegepersonal bessere Schlafqualität, weniger mentale Erschöpfung, weniger Herz/Atemprobleme, eine positivere Arbeitseinstellung sowie auch eine bessere Zeit mit Familie und Freunden. Barck-Holst et al. (2017; 2019) berichten eine bessere Schlafqualität, weniger Stress, weniger negative Emotionen, bessere Gedächtnisleistungen, geringere Erschöpfung und bessere Work-Life-Balance bei Schwedischen Sozialarbeiter\*innen, 18 Monate nach einer Reduktion ihres ehemaligen Vollzeitpensums um 25%. Von Thiele et al. (2011) zeigten verringerte Krankheitsabwesenheit und höhere Arbeitsproduktivität unter Dentalassistent\*innen aufgrund einer Reduktion von 40 auf 37.5 Wochenarbeitsstunden auf. Insgesamt weisen diese Erkenntnisse somit darauf hin, dass eine geringere Erwerbsarbeitszeit, unabhängig vom Einkommen, einen positiven Effekt auf Wohlbefinden und Gesundheit haben könnte, insbesondere für Arbeitnehmende mit sehr langen und/oder flexiblen Arbeitszeiten und unter der Voraussetzung, dass Arbeitnehmende ihre Erwerbsarbeitszeit so wählen können, dass sie zu ihren aktuellen Lebenssituationen passen.

### **Wohlbefinden und Aktivitäten (Zeitnutzung)**

Wie in Kapitel 3.2 vorgestellt, wird unser Wohlbefinden auch dadurch beeinflusst, mit welchen Aktivitäten wir unsere Zeit verbringen. Menschen mit geringerer Erwerbsarbeitszeit können unter Umständen, wie in den Experimenten in Schweden, mehr Zeit einem aktiven Bewegungsstil mit Sport und aktiver Mobilität oder der Pflege sozialer Beziehungen widmen. Aus der Forschung ist bekannt, dass verschiedene Tätigkeiten unterschiedlich stark mit Wohlbefinden verbunden sind. So legt beispielsweise eine Übersicht über den zufriedenheitsstiftenden Effekt verschiedener Zeitverwendungen in Robinson und Martin (2012) nahe, dass Erwerbsarbeit nicht per se als unbefriedigender als z.B. Hausarbeit empfunden wird, jedoch schlechter abschneidet als beispielsweise Kinderbetreuung, Hobbies, TV schauen, Lesen, Essen, Pflegen sozialer Kontakte oder Sport treiben. Basierend auf Daten des European Quality of Life Survey aus 34 Ländern zeigen Lahat und Sened (2019), dass Arbeitszeit einen negativen Effekt auf Wohlbefinden hat, während Zeit für Erholung und persönliche Aktivitäten sowie Hausarbeit und (unbezahlte) Carearbeit (letzteres nur bei Frauen) einen positiven Effekt aufs Wohlbefinden ausüben. Auch frühere Studien haben gezeigt, dass die Pflege sozialer Beziehungen, Entspannung und Fitnessübungen positiver erlebt werden als z.B. Fernsehen, Shopping, Hausarbeit, Erwerbsarbeit und Pendeln (Kahneman, Alan B. Krueger, et al. 2004; Kahneman, Alan B. Krueger, et al. 2004). Pendeln, d.h. Zeit, welche für den Arbeitsweg aufgewendet werden muss, schneidet hinsichtlich ihres wohlbefindenstiftenden Werts besonders schlecht ab (Stutzer and Frey 2008), insbesondere, wenn diese im Auto oder in öffentlichen Verkehrsmitteln verbracht wird (Ettema et al. 2016) und wenn dadurch Zeit für Familie und Freizeit verloren geht (Lorenz 2018).

Für dieses Working Paper ist dabei von besonderem Interesse, welche Tätigkeiten sowohl einen positiven Effekt auf das Wohlbefinden haben als auch eine verhältnismässig geringe Energieintensität aufweisen. Das sind diejenigen Tätigkeiten, die bei einer Erwerbsarbeitszeitreduktion vermehrt ausgeübt werden sollten. Wie bereits aufgeführt wurde, hat Erwerbsarbeit selber eine sehr geringe Energieintensität. Die mit Erwerbsarbeit verbundenen Reisetätigkeiten, wie beispielsweise Pendelzeiten, haben jedoch eine sehr hohe Energieintensität. Somit ist Pendeln eine Tätigkeit mit einem lose-lose-Effekt: Es ist schädlich für die Umwelt und gleichzeitig schlecht für das Wohlbefinden.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass viele der Tätigkeiten, die als angenehm empfunden werden, eine relativ geringe Energieintensität aufweisen. Nach einer Studie aus Grossbritannien sind dies vor allem Tätigkeiten in den Bereichen romantischer Beziehungen, sozialer Eingebundenheit (z.B. Unterhaltungen oder Spielen), Kreativität (Kunst, Musik, Tanz), Sport sowie Religiosität beziehungsweise Spiritualität (z. B. Yoga, Meditation, Gebet; Isham et al., 2019). Diese Tätigkeiten werden als sehr positiv erlebt und haben im Schnitt geringe Umweltauswirkungen. Wenn eine Erwerbsarbeitszeit-Reduktion zu einer vermehrten Aufnahme dieser Tätigkeiten führt, sollte sie zu einem höheren Wohlbefinden beitragen und in Relation zu anderen Tätigkeiten geringere negative Konsequenzen für die Umwelt haben.

In diesem Abschnitt haben wir aufgezeigt, dass die Erwerbsarbeit eine zentrale Funktion als Einkommensquelle erfüllt, welche ihrerseits die Befriedigung von Bedürfnissen und sozialer Teilhabe ermöglicht. Ab einem bestimmten Einkommensniveau führt zusätzliches Einkommen jedoch nicht zu einer höheren Zufriedenheit. Somit kann davon ausgegangen werden, dass eine leichte Einkommenseinbusse bei mittleren und oberen Lohnklassen durch eine (selbstbestimmte) Reduktion der Erwerbsarbeitszeit kaum zu Zufriedenheitseinbussen führen würde, solange eine grundlegende Bedürfnisbefriedigung gewährleistet ist. Arbeitslosigkeit, wie auch sehr lange Arbeitszeiten können einen negativen Einfluss auf das Wohlbefinden der Betroffenen haben. Jenseits dieser beiden Extreme hat die Dauer der Erwerbsarbeitszeit jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf die Zufriedenheit. Wichtiger sind hier Faktoren wie die Selbstbestimmung der Höhe und die Ausgestaltung der Arbeitspensen seitens der Arbeitnehmenden, um eine bessere Übereinstimmung von Zielen und Bedürfnissen zwischen Privatleben und Erwerbsarbeit herzustellen. Somit kann eine Erwerbsarbeitszeitreduktion zu einer verbesserten Work-Life-Balance, und damit einer gesteigerten Zufriedenheit führen, was zudem eine ausgeglichene Verteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern ermöglichen würde. Zudem ist für das Wohlbefinden der einzelnen Menschen zentral, für welche Aktivitäten sie ihre Zeit jenseits der Erwerbsarbeit nutzen. Insbesondere das Pflegen romantischer und sozialer Beziehungen, Entspannung und aktive Freizeitgestaltung wirken positiv. Zeit, welche fürs Pendeln verwendet werden muss, ist der Zufriedenheit hingegen abträglich. Bei der Zeitgestaltung jenseits der Erwerbsarbeit besteht eine Wechselwirkung zur ökologischen Dividende. Während viele zufriedenheitsstiftende Aktivitäten gleichzeitig auch eine geringe ökologische Intensität aufweisen, ist Pendeln ein Beispiel für eine Aktivität, welche weder der Umwelt noch dem Wohlbefinden zuträglich ist.

### 3.3 Die ökonomische Dividende – weniger Arbeiten für eine funktionierende Wirtschaft?

Wie einleitend aufgezeigt, stösst unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht nur an soziale und ökologische Grenzen, sondern zunehmend auch an ökonomische. Die Volkswirtschaften der OECD wachsen seit Jahrzehnten nur noch schwach. Lange et al. (2018) kommen in ihrer Studie zum Schluss, dass sich die Zeiten des Wirtschaftswachstums für westliche Länder dem Ende zuneigen. Die These, dass der Wirtschaft das Wachstum ausgeht, unterstützen selbst Vertretende der traditionellen ökonomischen Schule, wie beispielsweise der einflussreiche Harvard-Ökonom Larry Summers. Anlässlich seiner Rede an der Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2013 sprach Summers von einer «säkularen Stagnation», welche den USA und Europa drohe. Wie im Abschnitt 3.1 zur ökologischen Dividende dargestellt, kann ein tieferes Wirtschaftswachstum und das damit einhergehende tiefere Produktionsniveau aus ökologischer Sicht begrüssenswert sein. Was aber sind die sozioökonomischen Folgen von tiefem oder ausbleibendem Wirtschaftswachstum? Folgt man der Argumentation von Mathias Binswanger in seinem Buch «Der Wachstumszwang» (2019), stellt ausbleibendes Wachstum ein Problem für das kapitalistische System dar, da dieses strukturell auf Wachstum angewiesen ist. Binswanger (2019) argumentiert, dass die Wirtschaft ohne Wachstum in eine Abwärtsspirale gerät. Wenn Unternehmen keine Gewinne mehr erzielen, wird weniger in neue Produkte und Dienstleistungen investiert und die Unternehmen sind nicht mehr konkurrenzfähig. Schliesslich verschwinden sie vom Markt und Arbeitsplätze gehen verloren. Der Verlust des Erwerbseinkommens führt zu geringerem Konsum, was wiederum Unternehmen vom Markt verschwinden lässt. Bereits Joseph Schumpeter beschrieb die Wachstumsdynamik des Kapitalismus und sah den fundamentalen Antrieb, welcher «die kapitalistische Maschinerie in Bewegung» setzt und hält, in den «immer neuen Konsumgütern, neuen Produktions- und Transportmethoden, neuen Märkten und Formen der industriellen Organisation, welche die kapitalistische Unternehmung schafft» (Schumpeter 1975: 137). Nun zeigen die empirischen Daten, dass sich das Wirtschaftswachstum in den hochentwickelten Volkswirtschaften verlangsamt hat oder stagniert. Dies führt dazu, dass die Wirtschaft nicht mehr genügend neue Arbeitsplätze schafft, um die Arbeitsplätze, welche durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität wegfallen, zu kompensieren. Unsere Wirtschaft steckt demnach in einer Produktivitätsfalle (Abbildung 3. 4). Als Folge sehen sich immer mehr Volkswirtschaften mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Nachfrage konfrontiert, wobei letzteres zurzeit noch schuldenfinanziert kompensiert werden kann, durch erhöhte Staatsverschuldung oder private Verschuldungen (u.a. Konsumkredite). In der Schweiz waren im Jahr 2018 gemäss der Zentralstelle für Kreditinformationen (ZEK), der die meisten Kreditanbieter\*innen angehören, Konsumkredite in Höhe von mehr als 7.6 Milliarden ausstehend (ZEK 2019). Doch wie kann der Produktivitätsfalle und der damit verbundenen steigenden Arbeitslosigkeit begegnet werden?

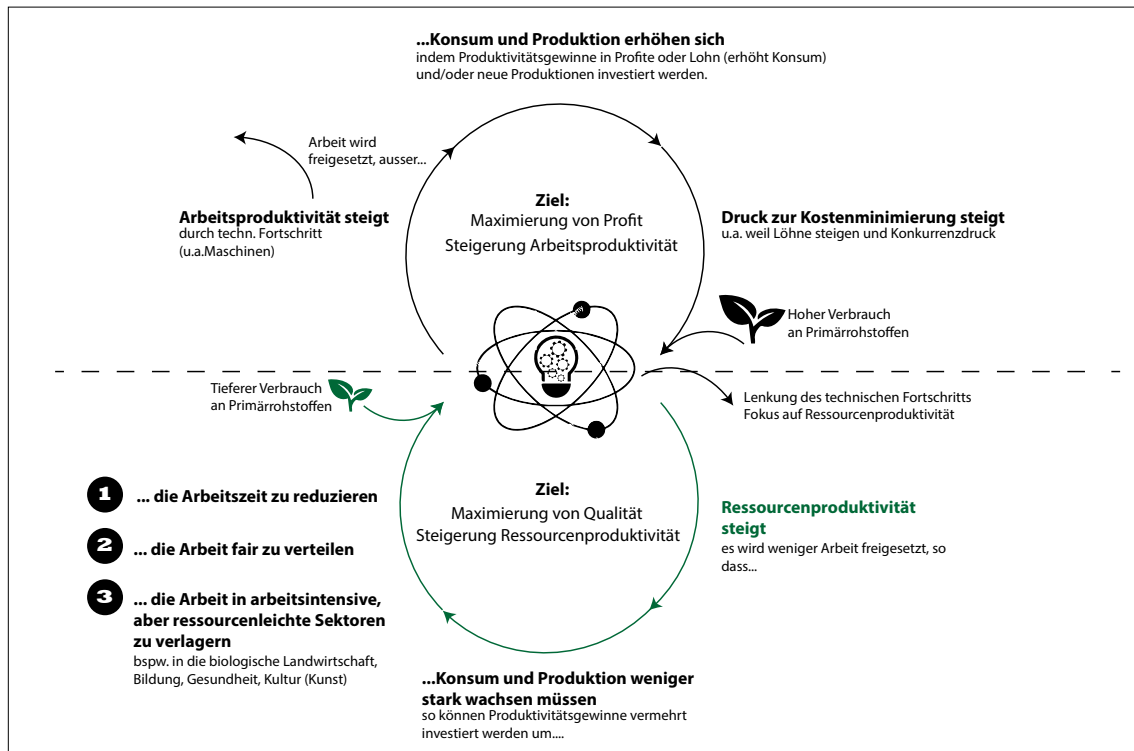


Abbildung 3.4: Die Produktionsfalle und mögliche Auswege (Quelle: Eigene Darstellung)

Verschiedene Autor\*innen sehen in der Erwerbsarbeitszeitverkürzung einen möglichen Beitrag zur Lösung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und argumentieren, dass die derzeitige Sparpolitik u.a. mit längeren Arbeitszeiten und höherem Rentenalter genau in die falsche Richtung zielt. Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund von schwächerem Wirtschaftswachstum könne verhindert werden, indem insgesamt weniger statt mehr gearbeitet und die verbleibende Arbeit gerechter in der Gesellschaft verteilt werde (Jackson and Victor 2011; Victor 2012; Antal 2014; Pullinger 2014; Zwickl et al. 2016). Jackson und Victor (2019) simulieren in ihrer Studie drei Szenarien für Kanada und stellen die Entwicklung von Wachstumsraten, Treibhausgasemissionen und Erwerbsquoten dar: (1) Ein Basisszenario (Base Case), welches den aktuellen Trends entspricht. (2) Ein Treibhausgasreduktionsszenario (*Carbon Reduction*), in dem verschiedene politische Massnahmen simuliert werden, welche auf Treibhausgasemissionen fokussieren und schliesslich (3) ein Szenario für nachhaltigen Wohlstand (*Sustainable Prosperity*), welches alle Politikmassnahmen aus dem zweiten Szenario enthält sowie weitere Massnahmen zur Reduktion von Umweltschäden und Politikmassnahmen, welche die Lebenszufriedenheit steigern sollen. Zudem wird im dritten Szenario eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit simuliert. Die Simulation der drei Szenarien zeigt markante Unterschiede. Während das Bruttoinlandprodukt (BIP) des Basisszenarios und des Treibhausgasemissionsszenarios durchschnittlich 1.3% respektive 1.1% pro Jahr wächst, stabilisiert sich das BIP im dritten Szenario «Sustainable Prosperity» und wächst durchschnittlich um 0.4%. Interessant sind die Simulationsresultate für den Sustainable Prosperity Index (SPI). Der SPI wird aus sieben Indikatoren gebildet. Unter anderem fliessen die gesellschaftliche Ungleichheit, die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit oder der Verbrauch von natürlichen Ressourcen mit ein (Victor 2019). Die Resultate zeigen, dass einzig das Szenario «Sustainable Prosperity», welches mit reduzierten Erwerbsarbeitszeiten simuliert wird, einen Anstieg des Index um 35% verzeichnet. Im Basisszenario reduziert sich der SPI um mehr als 50%, und für das Treibhausgasreduktionsszenario simuliert das Modell eine Reduktion um 11%. Jackson und Victor (2011) haben ein ähnliches Simulationsmodell auch für Grossbritannien gerechnet, welches zu ähnlichen Ergebnissen kommt.

Die Simulationsmodelle von Jackson und Victor (2011; 2019) zeigen somit, dass bei einer Kombination von Treibhausgasreduktionsmassnahmen mit einer Erwerbsarbeitszeitreduktion eine Volkswirtschaft selbst bei tiefem Wirtschaftswachstum funktionieren kann und zugleich innerhalb der planetaren Grenzen verbleibt. Abbildung 3.4 stellt den sich selbst verstärkenden negativen Mechanismus der Produktivitätsfalle im aktuellen Wirtschaftssystem (im oberen Teil der Abbildung) dem postulierten ausbalancierten Mechanismus einer «Sustainable Prosperity» nach Jackson und Victor (2019) (im unteren Teil) gegenüber. Eine solche

Volkswirtschaft (gemäss «Sustainable Prosperity») verlagert Arbeit in Sektoren, in denen die Arbeitsproduktivität nicht weiter steigt. Beispiele für solche (arbeitsintensiven) Sektoren sind die «Service- und Care-ökonomie», Bildung, Handwerk, biologische Landwirtschaft und Kultur. Diese Sektoren zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie relativ ressourcenleicht sind. Eine Verlagerung der Arbeit in diese Sektoren kann u.a. mit einer Besteuerung von Kapital und Energie anstelle von Arbeit gefördert werden. Wird Arbeit weniger hoch besteuert, wird einerseits der Produktionsfaktor Arbeit billiger, was die Kosten in den arbeitsintensiven Sektoren wie bspw. der biologischen Landwirtschaft, Bildung oder Gesundheit senkt. Andererseits, indem Kapital und Energie höher besteuert werden, verlagert sich der technische Fortschritt eher in Richtung Ressourcen- statt Arbeitsproduktivität, da Unternehmen nun die teureren Produktionsfaktoren (Kapital und Energie) zu minimieren suchen (vgl. z.B. OECD 2011: 3). Bereits Hans Christoph Binswanger und Kollegen argumentierten in ihrem Buch *Arbeit ohne Umweltzerstörung* (1988), dass im Rahmen eines «Ökobonus» die Einnahmen aus der ökologischen Steuer dafür verwendet werden sollen, die Sozialkosten der Arbeit zu reduzieren. Eine solche veränderte Besteuerung könnte somit, in Kombination mit einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung, Arbeitsplätze erhalten und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei stagnierendem Wirtschaftswachstum verhindern.

In diesem Abschnitt haben wir die Bedeutung einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung für eine funktionierende Wirtschaft dargestellt. Produktivitätssteigerungen führen über kurz oder lang zur Abnahme der Arbeitszeit, sei es in Form von kürzeren Arbeitszeiten für alle oder in Form anhaltender Erwerbsarbeitslosigkeit für einige. Bisher hat unsere Gesellschaft die durch Produktivitätssteigerung theoretisch verursachte Arbeitslosigkeit stets durch erhöhtes Wirtschaftswachstum verhindert. Seit einigen Jahren hat sich jedoch das Wirtschaftswachstum verlangsamt oder stagniert sogar, so dass es zunehmend schwieriger wird, jene Arbeitsplatzverluste zu kompensieren, welche durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität wegfallen. Dieser Mechanismus wird nicht überall in erhöhten Arbeitslosenquoten abgebildet, da einerseits die Nachfrage und damit das Wirtschaftswachstum schuldenfinanziert stimuliert wird und andererseits vermehrt Arbeitsplätze in Niedriglohnbereichen geschaffen werden, welche oftmals nicht existenzsichernd sind (Stengel 2016: 83ff). Mit Blick auf die Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) wird ersichtlich, dass zudem auch die Zahl der Unterbeschäftigten in Teilzeitarbeit, also jener, die gerne mehr arbeiten wollen aber keine passende Stelle finden, in den letzten Jahren angestiegen ist<sup>8</sup>.

Deshalb argumentieren Befürworter\*innen einer Erwerbsarbeitszeitreduktion für eine allgemeine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit und eine bessere Verteilung der verbleibenden Arbeit in der Gesellschaft. Simulationsmodelle mit kürzeren Arbeitszeiten und strukturellen Anpassungen der Wirtschaft zeigen, dass bei einer Kombination von Treibhausgasreduktionsmassnahmen mit einer Erwerbsarbeitszeitreduktion eine Volkswirtschaft selbst bei tiefem Wirtschaftswachstum funktionieren kann und zugleich innerhalb der planetaren Grenzen verbleibt. Der Frage, wie wir als Gesellschaft eine derartige Transformation gestalten sollten, gehen wir im nächsten Kapitel nach und skizzieren verschiedene Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Arbeitspolitik der Schweiz, welche von der dreifachen Dividende einer Erwerbsarbeitszeitreduktion profitieren könnte.

8 Im Zeitraum von 2004-2019 hat sich die Zahl der Unterbeschäftigten in der Schweiz verdoppelt. Im dritten Quartal 2019 verzeichnete die Schweiz 374'000 Unterbeschäftigte in Teilzeitarbeit (BFS 2020c).

## 4 Erwerbsarbeitszeitreduktion als Transformationsstrategie – Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Arbeitszeitpolitik in der Schweiz

*„Die neue Art und Weise zu arbeiten ist nicht loszulösen von einer bestimmten Art zu leben, zu denken, das Leben zu erfahren (und es zu „produzieren“); es lassen sich keine Erfolge auf einem Gebiet erreichen ohne greifbare Ergebnisse auf einem anderen.“*

(Gramsci 1990: 2164, zitiert nach; Bechtle and Sauer: 50)

Im vorangehenden Kapitel haben wir aufgezeigt, dass eine Erwerbsarbeitszeitreduktion theoretisch zu einer dreifachen Dividende führen kann: Weniger arbeiten wirkt sich positiv auf die Umwelt aus, kann die Lebenszufriedenheit erhöhen und senkt die Arbeitslosigkeit. Wie Antonio Gramsci im obenstehenden Zitat beschreibt, sind Arbeitsformen und die Formen des gesellschaftlichen Lebens eng miteinander verbunden, so dass bei der Diskussion der Erwerbsarbeit immer auch die kulturelle Dimension betrachtet werden muss. So fordern Verfechter\*innen einer Neubewertung des Arbeitsbegriffs einen kulturellen Wandel, bei welchem unter anderem die Sorgearbeit aufgewertet oder generell von «Tätigsein» gesprochen wird (vgl. Seidl and Zahrnt 2019). Andere Akteure fordern konkrete Massnahmen, um die Rolle der Arbeit neu zu definieren, wie beispielsweise kurze Vollzeit, Abbau von Benachteiligungen für Teilzeitarbeitende in der beruflichen Vorsorge oder die Förderung von Jobsharing. Somit können abhängig vom Ziel, welches mit einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit verfolgt wird, die Ansatzpunkte und konkreten Umsetzungsmassnahmen stark divergieren. In diesem Kapitel wollen wir daher verschiedene Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Arbeitspolitik der Schweiz skizzieren, damit sich die dreifache Dividende einer Erwerbsarbeitszeitreduktion auch möglichst manifestiert.

Um eine sozial-ökologische Arbeitszeitpolitik in der Schweiz zu fördern, gibt es verschiedene Instrumente. Massnahmen können mittels direkt wirkender Instrumente schweizweit (d.h. im Arbeitsrecht oder in den Gesamtarbeitsverträgen) oder mittels indirekt wirkender Instrumente freiwillig auf Unternehmensebene eingeführt werden. Zudem können sich marktwirtschaftliche Instrumente wie Steuern, Abgaben, Subventionen oder Zertifikate auf die Kosten-Nutzen-Rechnung der Unternehmen auswirken, was wiederum deren Handeln indirekt beeinflussen kann. Wir Autor\*innen sehen eine kurze Vollzeit, das heisst eine generelle Reduktion der Erwerbsarbeitszeit für Alle, als Ziel, welches es zu verfolgen gilt. Einerseits werden dazu gesetzliche und gewerkschaftliche Regelungen nötig sein, da heute die einzelnen Arbeitnehmenden den Arbeitgeber\*innen in ihrer Verhandlungsmacht strukturell unterlegen sind. Da sich eine kurze Vollzeit nicht einfach verordnen lässt, benötigt es andererseits indirekt wirkende Instrumente. Die einzelnen Unternehmen sollten genügend Freiraum erhalten, um eine kurze Vollzeit umsetzen zu können. Die Bereitschaft dazu kann mittels indirekt wirkender Instrumente, die versuchen mit Hilfe von Anreizen und Informationen Handeln für bestimmte Akteur\*innen attraktiver zu machen, gefördert werden. Beispiele für indirekte Instrumente sind Zielvorgaben, Selbstverpflichtungen, Förderprogramme oder Labeling/Zertifizierung. Nicht zuletzt sehen wir einen wirkungsvollen Weg darin, das Wissen und den Erfahrungsaustausch über konkrete Umsetzungsbeispiele verschiedener Varianten von Teilzeitarbeit zu unterstützen, so dass für Unternehmen soziales Lernen aus guten Beispielen möglich wird.

### 4.1 Kurze Vollzeit für Alle als Leitbild

Verfechter\*innen der Idee einer kurzen Vollzeit greifen die dreifache Dividende einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf und beschreiben die kurze Vollzeit als einen Weg zur Überwindung der Erwerbslosigkeit, zur Schaffung von Geschlechter- und Verteilungsgerechtigkeit sowie für Klima- und Ressourcenschutz. Der Begriff der kurzen Vollzeit wurde vom Ökonomen Helmut Spitzley (2006) geprägt und beschreibt heute eine 30-Stunden-Woche, mit welcher sich zumindest rechnerisch am Beispiel Deutschland die Arbeitslosigkeit abschaffen liesse (Holtrup and Spitzley 2008). Die Idee ist somit nicht neu und wurde in der Vergangenheit auch immer wieder thematisiert. Durch die Ankündigung einer kurzen Vollzeit der IG-Metall in Deutschland im Jahr 2017 und deren späterer Umsetzung gelangte das Thema wieder auf die politische Agenda. Meist stand die Forderung einer kurzen Vollzeit in Verbindung mit einem vollen Lohnausgleich. Genau diese Koppelung ist möglicherweise der Grund, warum die Umsetzung bisher erfolglos blieb – denn wer soll die Kosten einer kurzen Vollzeit tragen?

Grundsätzlich gibt es vier Möglichkeiten der Finanzierung. Die erste Möglichkeit belastet die Arbeitnehmenden, indem der Lohn proportional zur Reduktion der Erwerbsarbeitszeit zurückgeht (**kein Lohnausgleich**). Stattdessen kann aber in einer zweiten Variante die kurze Vollzeit auch von den Arbeitgebenden getragen werden, dies, indem die Löhne gleichbleiben, aber die Arbeitszeit sinkt (**voller Lohnausgleich**). Dadurch steigen die Produktionskosten und die Gewinne sinken. Diese Variante würde dem bisherigen Trend entgegenwirken, dass Produktivitätsfortschritte eher die Kapitaleigner\*innen als die Arbeitnehmenden begünstigen (siehe die Ausführungen zur Lohnquote in Kapitel 2). Reagierten die Arbeitgeber\*innen jedoch mit höheren Preisen auf ihre Produkte, würden die Kosten der kurzen Vollzeit zumindest teilweise wieder auf die Arbeitnehmenden (in dem Fall als Konsument\*innen) zurückfallen. Weiter könnte ein voller Lohnausgleich dazu führen, dass menschliche Arbeitskraft noch schneller durch Maschinen ersetzt wird, da sie so teurer wird. Eine dritte Möglichkeit besteht darin, dass der Staat, und damit die Steuerzahlenden, die Kosten einer kurzen Vollzeit übernimmt, beispielsweise indem eine Verlagerung der Besteuerung weg von der Arbeit hinzu einer vermehrten Besteuerung von Kapital und/oder Umweltauswirkungen stattfindet (**Quersubvention durch alternative Einnahmequellen**). Bei Diskussionen rund um die Verlagerung der Besteuerung weg von Arbeit und hin zu Kapital und/oder Umweltauswirkungen muss stets mit einbezogen werden, dass die heutigen Sozialsysteme grösstenteils durch die Besteuerung von Arbeit finanziert werden. Die vierte und gleichzeitig die attraktivste Möglichkeit besteht darin, dass niemand Kosten übernehmen muss, da diese gar nicht anfallen oder mit Einsparungen verrechnet werden können (**Sektorübergreifende Kostenvollrechnung**). Eine Möglichkeit, warum dies geschehen könnte ist, dass arbeitsbezogene Krankheiten wie Stress, Burnout und Boreout zurückgehen und so die Gesundheitsausgaben sinken könnten und weniger Arbeitslosen- und Sozialhilfeausgaben nötig wären, weil die Arbeit gleichmässiger verteilt würde. Dass dies keine unrealistische Möglichkeit ist, argumentierte kürzlich der Luzerner Gesundheitspolitiker und Präsident der Gesundheitsförderung Schweiz Guido Graf (Blumer 2020). Einerseits ist der sogenannte Job-Stress-Index, welcher den Anteil der von ihren Anforderungen Überforderten zeigt, auf knapp über 27 Prozent im Jahr 2019 gestiegen. Andererseits verweist Graf auf die gestiegenen Gesundheitskosten in Zusammenhang mit der Belastung am Arbeitsplatz. So stiegen beispielsweise im Kanton Luzern die Kosten in der Psychiatrie von 2012 bis 2019 um 63 Prozent und damit mehr als doppelt so stark wie jene für nicht psychiatrische Spitalbehandlungen. Schliesslich zeigt der Job-Stress-Index auch den Anteil von emotional erschöpften Menschen in der Schweiz. Auch dieser Anteil zeigt einen ansteigenden Trend: Heutzutage sind rund ein Drittel der 5 Millionen Erwerbstätigen in der Schweiz emotional erschöpft. Die Möglichkeit, dass eine Erwerbsarbeitszeitreduktion in der Schweiz keine Netto-Kosten verursachen, da sie Gesundheitskosten und Kosten der Arbeitslosenversicherung senken könnte, müsste eingehender untersucht und ein (wahrscheinlich staatlich organisierter) Transfermechanismus zwischen Gesundheits- und Lohnkosten eingerichtet werden.

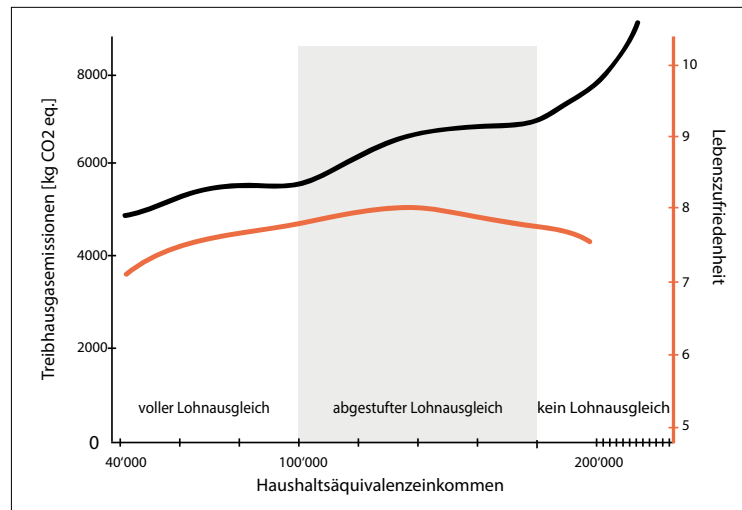
### Abgestufter Lohnausgleich bei Erwerbsarbeitszeitreduktion

Auf der Grundlage von den empirischen Erkenntnissen zu den Zusammenhängen zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit (vgl. Abschnitt 3.2 Soziale Dividende) und den Zusammenhängen zwischen Einkommen und ökologischer Belastung (vgl. Abschnitt 3.1 ökologische Dividende) sowie den oben dargestellten Möglichkeiten zur Finanzierung einer kurzen Vollzeit möchten wir Autor\*innen in Abbildung 4.1 einen möglichen Mittelweg zwischen einer Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und ohne Lohnausgleich skizzieren.

Die schwarze Kurve in Abbildung 4.1 zeigt den Zusammenhang zwischen Einkommen und Treibhausgasemissionen, basierend auf der Studie von Bruderer-Enzler und Diekmann (2019). Gemäss diesen Daten zeigt sich, dass Umweltkosten in Form von Treibhausgasemissionen bei steigendem Einkommen ab dem 5. Dezil, d.h. dem Medianeinkommen, deutlich zunehmen. Die grüne Kurve in Abbildung 4.1 stellt den Zusammenhang zwischen Einkommen und Zufriedenheit dar (nach eigenen Berechnungen, basierend auf Daten des Jahres 2015, SHP 2020). Die grüne Kurve zeigt, dass der Nutzen von steigendem Einkommen für das Wohlbefinden ab dem 5. Dezil nur noch marginal zunimmt und für die höchsten Einkommen sogar sinkt. Wir können somit festhalten, dass hohe Einkommen schädlich für die Umwelt sind und für die Zufriedenheit nur einen begrenzten Mehrwert bringen. Basierend auf diesen Erkenntnissen argumentieren wir für eine Arbeitszeitverkürzung mit abgestuftem Lohnausgleich. Arbeitnehmende, die jetzt Vollzeit arbeiten und dabei weniger als den Medianlohn verdienen, könnten einen vollen Lohnausgleich bei geringerer Arbeitszeit erhalten. Ihnen stünde so das gleiche Einkommen wie zuvor zur Verfügung, sie hätten jedoch mehr Zeit, die sie zufriedenheitsstiftend einsetzen könnten. Arbeitnehmende mit Einkommen über dem Medianlohn erhielten nur einen abgestuften Lohnausgleich, während jene mit den höchsten Einkommen keinen Lohnausgleich mehr erhielten. Auch letztere hätten somit mehr Zeit, gleichzeitig jedoch weniger Geld zur



Verfügung. Eine Erwerbsarbeitszeitreduktion mit abgestuftem Lohnausgleich wird auch von Schumacher et al. (2019) vorgeschlagen und für Deutschland modelliert. Aus heutiger Sicht würde sich eine negative Einkommenssteuer, bei welcher Haushalte mit tiefem Einkommen eine Transferzahlung erhielten (negative Steuer), als Instrument zur Umsetzung und Finanzierung anbieten. Mit steigendem Einkommen nehmen die Transferleistungen bis zu einem zu bestimmenden Schwellenwert ab. Oberhalb des Schwellenwerts müssten Einkommenssteuern an den Staat gezahlt werden.



**Abbildung 4.1:** Partieller Lohnausgleich (Quelle: Eigene Darstellung basierend aus Daten aus Bruderer Enzler and Diekmann, 2019, sowie SHP, 2020)

Das Instrument einer negativen Einkommenssteuer setzt jedoch immer noch eine Erwerbsarbeitsstelle voraus, um in der Gesellschaft würdig teilhaben zu können. Falls sich in Zukunft die Anzahl hinreichend bezahlter Berufe erheblich verknappen sollte, würde eine negative Einkommenssteuer nur noch bedingt funktionieren und müsste durch eine Besteuerung anderer Produktionsfaktoren ergänzt werden. Deshalb bevorzugen wir Instrumente, welche eine zumindest teilweise Entkoppelung von Arbeit und Existenzsicherung vorschlagen (Seidl and Zahrt 2012; Jaeggi and Mäder 2015), beispielsweise durch eine Verlagerung der Besteuerung hin zu Kapital, Finanzflüssen und Ressourcen. Solche Instrumente würden zudem die heutige Abhängigkeit der Sozialsysteme vom Vorhandensein von immer mehr Arbeit, was heutzutage mehr Wachstum in Form von Konsum und Produktion bedingt (vgl. Abbildung 4. 1), abschwächen.

## 4.2 Unterstützende Instrumente einer kurzen Vollzeit für Alle

Gegenwärtig stellt der Vorschlag einer kurzen Vollzeit für alle noch eine Utopie dar, welche sich in einer zu führenden gesellschaftlichen Debatte hinsichtlich von Machbarkeit und Akzeptanz bewähren muss. Es ist weder sinnvoll noch politisch machbar, aktuell eine kurze Vollzeit mittels gesetzlicher oder gewerkschaftlicher Regulierungen durchzusetzen. Wir diskutieren im Folgenden indirekt wirkende Instrumente, welche die Debatte und den Weg zu einer kurzen Vollzeit ebnen könnten. Diese können von Unternehmen freiwillig umgesetzt werden, um die Arbeits- und Lebenszufriedenheit der Arbeitnehmenden zu erhöhen.

### Elternzeit

Gekoppelt an Elternschaft garantieren alle OECD Länder Reduktionen der Erwerbsarbeitszeit, dies jedoch mit grossen Unterschieden in der jeweiligen Ausprägung für Mütter und Väter, und meist verbunden mit einem zumindest anteiligen Lohnausgleich (OECD 2017b). Während die Schweiz eine 14-wöchige Auszeit für die Mütter kennt, bietet Schweden beispielsweise 16 Monate bezahlte Elternzeit, wobei je 90 Tage als Minimum für beide Eltern gelten und die restlichen 150 Tage im gegenseitigen Einverständnis zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden können. Eine neue Studie zeigt, dass dieser flexible Teil meist von den Müttern in Anspruch genommen wird (Lindahl, 2018). Gemäss der Studie gibt es dafür zwei Gründe: traditionelle Genderdynamiken bei den Paaren sowie Erwartungen der Arbeitgebenden, dass die Väter nur die Pflichtanteile der Elternzeit beanspruchen.

Die Einführung einer Elternzeit in der Schweiz könnte eine Massnahme auf dem Weg zu einer kurzen Vollzeit sein. Mit Anspruch an Geschlechter- und Verteilungsgerechtigkeit müsste jedoch gewährleistet werden, dass beide Elternteile die Elternzeit zu gleichen Teilen beziehen. Die Möglichkeit eines Transfers (wie ihn das schwedische Modell kennt) sollte gemäss Anne Lise Ellingsaeter, Professorin für Soziologie und Geschlechtergerechtigkeit, abgeschafft oder stark eingeschränkt werden (Gnewski 2019). Die Kehrseite eines solchen Elternzeitmodells wäre die Einschränkung der Flexibilität durch Wahlmöglichkeit und damit der optimalen Anpassung an die individuelle Situation.

### **Freistellung für Ehrenamt**

In der Schweiz gibt es die Möglichkeit, für ehrenamtliche Tätigkeiten von der Erwerbsarbeit freigestellt zu werden. Namentlich können Arbeitnehmende bis zum 30. Altersjahr jährlich bis zu 5 Tagen unbezahlten Urlaub (sogenannten Jugendurlaub<sup>9</sup>) in kulturellen und sozialen Institutionen der Jugendarbeit beziehen. Darunter fallen vielfältige Aktivitäten wie das Leiten von Lagern, Animationsarbeit in Jugendtreffs sowie die eigene Aus- und Weiterbildung zum «Jugend und Sport»- Leitenden. Die Einsätze sind unentgeltlich, für entsprechende Kaderkurse kann jedoch eine Erwerbsausfallentschädigung von 80% des Lohnes geltend gemacht werden, welche via AHV-Ausgleichskasse ausbezahlt wird.

Auch viele grössere und kleinere Betriebe in der Schweiz kennen kürzere und längere «Corporate Volunteering»-Programme auf betrieblicher Ebene. Dies teilweise in selbstgewählten Projekten, teilweise in durch den Betrieb eingegangenen Kooperationen mit Einsatzprogrammen, welche, je nach Einsatzdauer, bei vollem Lohnausgleich oder aber unentgeltlich geleistet werden können (Lorenz et al. 2016). Ein nicht zuletzt interessantes, wenn auch bisher auf die Zeit nach dem Erwerbsleben beschränktes Projekt hat die Stadt St.Gallen ins Leben gerufen. Freiwillige Rentner\*innen können Arbeitseinsätze in der Betreuung und Begleitung von Senior\*innen leisten, welche dann ihrem «Zeitkonto» gutgeschrieben werden. Die Stadt St.Gallen garantiert für die Einlösbarkeit der angesparten «Zeitstunden» (Trageser et al. 2017). Dies ist ein Versuch, mit ehrenamtlicher Tätigkeit zur eigenen Altersvorsorge beizutragen und gleichzeitig das Vorsorgesystem zu entlasten.

Diese Ansätze liessen sich im Sinne einer sozial-ökologischen Arbeitszeitpolitik weiterentwickeln. Eine an entsprechende Bedingungen gekoppelte Bewilligung zur Reduktion der Erwerbsarbeit könnte dazu führen, dass die neue erwerbsarbeitsfreie Zeit in soziale und ökologische Aktivitäten fliesst, welche «ressourcenleichter» sind als allfällige Freizeitaktivitäten und somit einem möglichen Zeit-Rebound-Effekt entgegen gewirkt wird (Hanbury et al., 2019). Neben der Erwerbsarbeit geleistete Freiwilligenarbeit hat zudem positive Effekte auf Burnout- und Stresssymptome, die mentale Gesundheit sowie die Work-Life-Balance (Ramos et al. 2015). Nicht zuletzt würden Formen der «Freistellung für Ehrenamt» ein Signal der Anerkennung solch sozialen und ökologischen Engagements aussenden und damit auch die gesellschaftliche Wertschätzung von Teilzeitarbeit erhöhen.

Auf betrieblicher Ebene liessen sich Volunteer-Programme, bedingungsvolle unbezahlte Urlaube und Sabbaticals in diese Richtung weiterentwickeln, bis hin zu einer Kombination von Zeitvorsorgeeinsätzen die in sogenannten Zeitkonten über die gesamte Lebenszeit hinweg festgehalten werden. Auf nationaler Ebene könnten Programme, ähnlich dem oben geschilderten Jugend und Sport Programm, auf weitere Altersgruppen und sozial-ökologische Aktivitäten ausgedehnt werden, wie z.B. auf durch NGOs vermittelte Umwelteinsätze oder Freiwilligeneinsätze von BENEVOL. (Abgestufte) Entschädigung könnten wie beim Jugendurlaub über die Erwerbsersatzordnung festgelegt werden.

### **Fokus auf Win-Win Situationen**

Wie in Kapitel 3 dargestellt, haben verschiedene Aktivitäten sowohl in Bezug auf das individuelle Wohlbefinden als auch für die Umwelt unterschiedliche Effekte. Das Pflegen romantischer und sozialer Beziehungen sowie kreative, spirituelle und sportliche Tätigkeiten stellen (wenn nicht mit motorisierten Anfahrtswegen verbunden) sogenannte Win-Win Situationen dar (Isham et al. 2019); sie fördern das Wohlbefinden und sind gleichzeitig ressourcenleicht. Eine Lose-Lose Situation stellt hingegen die Zeit dar, welche für den Arbeitsweg aufgewendet wird. Insbesondere, wenn diese im Auto oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt wird, wirkt sie sowohl fürs Wohlbefinden als auch für die Umwelt nachteilhaft (Ettema et al. 2016). Teilzeitarbeitsmodelle sollten also so ausgerichtet werden, dass sie auch weniger Pendlerwege generieren. Aus dieser Sicht wären also Modelle, welche die Anzahl der Wochenarbeitsstage verkürzen,

<sup>9</sup> Der Jugendurlaub ist im Obligationenrecht in Artikel 329e gesetzlich geregelt.

solchen, welche die Anzahl der Arbeitsstunden pro Tag verkürzen, vorzuziehen, wie eine Simulationsstudie unterschiedlicher Arbeitszeitmodelle aus Grossbritannien berechnete (King and van den Bergh 2017). Nicht zuletzt liesse sich das Potential der Vermeidung von Lose-Lose-Situationen natürlich auch unabhängig von einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit ausschöpfen, etwa durch die Förderung von Home Office.

Win-Win Situationen zu schaffen liegt hauptsächlich in der Eigenverantwortung der Arbeitnehmenden. Arbeitszeitregime können hier unterstützend gestaltet werden, indem sie eine Flexibilisierung zugunsten der Arbeitnehmenden und damit eine bessere Work-Life-Balance erlauben, welche neben Sorgearbeit auch noch zeitliche Freiräume für persönliche Interessen (selbstbestimmt gestaltete Zeit) ermöglichen. Ein möglicher Beitrag liegt in höherer Arbeits(zeit)autonomie, ohne dass diese mit zunehmender Arbeitsintensität einhergeht (von Jorck and Schrader 2019). Dies mit dem Ziel, dass Menschen die Erwerbsarbeitszeit besser mit den Zeiten des öffentlichen Lebens (wie Öffnungszeiten von Geschäften und Verwaltung, Stundenpläne der Schulen), sowie der Mitmenschen (Partner\*in, Kinder) koordinieren können. In diese Richtung gehen auch Ideen für eine verbesserte Synchronisierung der Zeiten (z.B. in einer Stadt), d.h. eine Zeitpolitik, welche durch die öffentliche Hand koordiniert werden könnte (Reisch and Bietz 2014).

### **Neue Indikatoren: Lebensqualität und Zeitwohlstand**

Seit 250 Jahren und dem berühmten Werk von Adam Smith - *The Wealth of Nations* (1776) - beschränkt sich insbesondere in westlich geprägten Gesellschaften das Verständnis von Wohlstand im Wesentlichen auf das Wachstum von Gütern und Dienstleistungen, welches mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen wird. Dieser Fokus hat unter anderem dazu geführt, dass unsere moderne Gesellschaft zwar über eine historisch einmalige Gütermenge verfügt, jedoch über wenig Zeit. So legt beispielsweise der Soziologe Hartmut Rosa dar, dass das Übermass an Produkten, Konsum und Ereignissen uns daran hindert, genügend Zeit für Dinge einzusetzen, welche wir für ein gutes Leben als wichtig erachten, bspw. für entspannende und kreative Musse, freie Persönlichkeitsentfaltung oder Freundschaften (Rosa 2016). Diese Überlegungen nimmt auch die Debatte rund um Zeitwohlstand auf und hinterfragt den Begriff Wohlstand im Hinblick auf seine Adäquatheit bezüglich unserer Vorstellungen von einem guten Leben bzw. Lebensqualität. Zeitwohlstand weist verschiedene Facetten auf, welche sich in vier Komponenten unterscheiden lassen: 1.) rein quantitativ über mehr Zeit verfügen, 2.) bei Bedarf ausreichend gemeinsame Zeit miteinander verbringen, 3.) in möglichst hohem Ausmass selbstbestimmte Zeit realisieren können sowie 4.) nach Bedarf über genügend entschleunigte<sup>10</sup>, entdichtete Zeit verfügen (Rinderspacher 2012: 21).

Doch wie lassen sich solche Gedanken zu Lebensqualität in die Realpolitik übersetzen? Einst sagte Joseph Stiglitz im Nachgang der Präsentation des Berichtes «Measurement of Economic Performance and Social Progress» (Fitoussi et al. 2011): «What we measure, is what we do». Demzufolge könnten neue Messmethoden zur Bestimmung von Wohlstand und Lebensqualität als Brückenschlag zwischen Forderungen nach mehr Zeitwohlstand und der Realpolitik dienen. Verschiedene Länder kennen teilweise bereits seit Längerem alternative Wohlstandsindikatoren, welche den nichtmateriellen Wohlstand ins Zentrum rücken. Besonders interessant sind dabei die Ansätze von Bhutan und Ecuador, welche auch die Verfügbarkeit von Zeit berücksichtigen. In dem von Ecuador erstellten Index des *Vida Saludable y Bien Vivir* (IVSBN) wurde nicht Geld, sondern Zeit als zentraler Wohlstandsindikator eingeführt (Burchardt 2017). Die Einführung der Integration von Zeitpraktiken, also des alltäglichen Umgangs mit der Zeit, in einen Wohlstandsindex kann die aktuellen Debatten um eine Neubewertung und -definition des Wohlstandsbegriffes anregen und gleichzeitig die Stellung von Teilzeitarbeit in einer Gesellschaft neu beleuchten. Des Weiteren können Diskurse über die Frage wie Wert geschaffen wird, wer diesen schöpft und wer diesen abschöpft (siehe bspw. Mazzucato 2019) möglicherweise entscheidend für die in Abschnitt 3.3 (ökonomische Dividende) dargestellte Notwendigkeit einer Verschiebung der Wirtschaftsleistung hin zu arbeitsintensiven und gleichzeitig ressourcenschonenden Sektoren sein.

### **Sozialversicherungen und Steuersystem**

Wie in Kapitel 2 dargelegt, entfällt schätzungsweise rund die Hälfte der Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors auf die Besteuerung von Arbeit. Werden weitere obligatorische Lohnbeiträge wie die berufliche Vorsorge, die Unfallversicherung und Familienzulagen dazugezählt, erreicht der Anteil der Einnahmen aus der Besteuerung von Erwerbsarbeit rund 63 Prozent. Soll eine kurze Vollzeit für alle umgesetzt werden, drängt sich somit eine Umstrukturierung des Sozial- und Steuersystems auf und insbesondere die Frage nach einer

<sup>10</sup> Der Soziologe Hartmut Rosa beschreibt in seinem Buch *Beschleunigung* (2016) die Entschleunigung als Gegenkonzept zu einem auf Wachstum getrimmten Kapitalismus. Dabei beschreibt er einen entschleunigten Alltag als Möglichkeit, um zur Besinnung zu kommen, in Resonanz zu unserer Mit- und Umwelt zu treten und zu bemerken, was wirklich wichtig ist im Leben; etwa soziale Beziehungen und sinnvolle Tätigkeiten.

zumindest teilweisen Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung (Jaeggi and Mäder 2015). Auch wenn mithilfe einer kurzen Vollzeit für alle die Arbeit gerechter in der Gesellschaft verteilt werden kann und somit theoretisch mehr Personen am Arbeitsmarkt teilnehmen können, muss davon ausgegangen werden, dass die Besteuerung von Arbeit weniger Steuereinnahmen für den öffentlichen Sektor generieren wird. Deshalb sollte sich ein zukünftiges Steuersystem weg von der Besteuerung von Arbeit hin zu der von Kapital und Ressourcen orientieren.

Insbesondere treibhausgasemissionsintensive Luxusgüter und Dienstleistungen sowie beispielsweise Nitratreinträge müssten höher besteuert werden, um so den Ausfall bei der Besteuerung von Arbeit zu kompensieren. Dies würde unter anderem dazu führen, dass Güter und Dienstleistungen konkurrenzfähiger werden, zu deren Produktion viel Zeit bei gleichzeitig verhältnismässig geringem Einsatz nichterneuerbarer Ressourcen benötigt werden (bspw. biologische Landwirtschaft und Reparaturarbeiten). So könnte, was heute bereits in Nischen wie solidarischer Vertragslandwirtschaft oder Repair Cafés stattfindet, auch in der Gesellschaft als Ganzes eine ökonomisch tragfähige Option werden.

Zudem müssten für die Umsetzung einer kurzen Vollzeit für alle die bestehenden Hürden abgebaut und die Teilzeitarbeit als Ganzes gestärkt werden, so dass sich Teilzeitarbeitende weder in prekären Arbeitsverhältnissen wiederfinden, noch die Teilzeitarbeit sich mehrheitlich auf Frauen konzentriert. Für Letzteres müssten also auch die Hürden für Teilzeitarbeit bei Männern abgeschafft werden.

Eine weitere Hürde für Teilzeitarbeit ist die Altersvorsorge, wobei insbesondere das Vorsorgereglement der Pensionskassen teilweise problematisch ist. Der Koordinationsabzug gilt meistens bei Vollzeit und Teilzeit. Das ist ein Grund, warum die berufliche Vorsorge vieler Teilzeitarbeitenden ungenügend ist. Löhne von Teilzeitarbeitenden sollten gleichermaßen wie jene der Vollzeitbeschäftigten versichert sein, indem der Koordinationsabzug dem Beschäftigungsabzug angepasst wird. Heute ist diese Anpassung den Pensionskassen selbst überlassen.

### Reale Utopien

Was wäre, wenn wir infolge einer Verringerung der Erwerbsarbeitszeit mehr freie Zeit zur Verfügung hätten? Es gab schon immer Unternehmen, welche innovative Arbeitszeitmodelle umgesetzt haben und sich von den damaligen praktizierten Arbeitszeitmodellen unterschieden. Eine aus heutiger Sicht sehr progressive Massnahme wurde bereits 1931 beim US-amerikanischen Lebensmittelproduzenten Kellogg's als Reaktion auf die grosse Rezession umgesetzt. W. K. Kellogg reduzierte die tägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden und bezahlte dabei denselben Lohn wie vorher für acht Stunden. Dieses Modell galt für Teile der Belegschaft bis in die 1970er Jahre (Hunnicuttt 1992; Bregman 2017).

Toyota hat seit 2002 in den schwedischen Betriebsstätten den 6-Stunden Tag eingeführt (Bhattacharya 2015). Und Göteborgs Stadtregierung hat im Februar 2015 einem 18-monatigen Experiment eines 6-Stunden Tages im städtischen Altersheim zugestimmt. Die ersten Evaluationsberichte zeigen positive Effekte auf mehreren Ebenen. So empfanden die Mitarbeitenden unter anderem, dass mit einem 6-Stunden Tag eine bessere Balance zwischen Arbeit und Privatleben und auch eine bessere Betreuung möglich seien, mehr Energie für die Arbeit zur Verfügung stehe sowie allgemein ein besseres Arbeitsklima herrsche (Gyllensten et al. 2017; Lorentzon 2019).

Seit 2014 gibt es für vier Branchen (Elektro-, Fahrzeug-, Stahl- und Papierindustrie) in Österreich eine kollektivvertraglich vereinbarte Freizeioption. Diese eröffnet den Arbeitnehmenden die Möglichkeit, anstelle einer Lohnerhöhung zusätzliche Freizeit zu erhalten. Den Arbeitnehmenden stehen verschiedene Wahlmöglichkeiten für den Verbrauch zur Verfügung: Sie können damit ihre wöchentliche Arbeitszeit reduzieren, ihren Urlaub verlängern oder aber die zusätzliche freie Zeit für längere Freizeitphasen ansparen. Wissenschaftliche Studien (Gerold et al. 2017; Gerold and Nocker 2018 forthcoming) sowie Untersuchungen der Arbeiterkammer zeigen, dass die Freizeioption positive Effekte auf die Beschäftigung hat: Neben den beschäftigungspolitischen Chancen hat sie auch positive gesellschaftliche und gesundheitliche Auswirkungen, etwa auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auf eine Umverteilung der Lebensarbeitszeit.

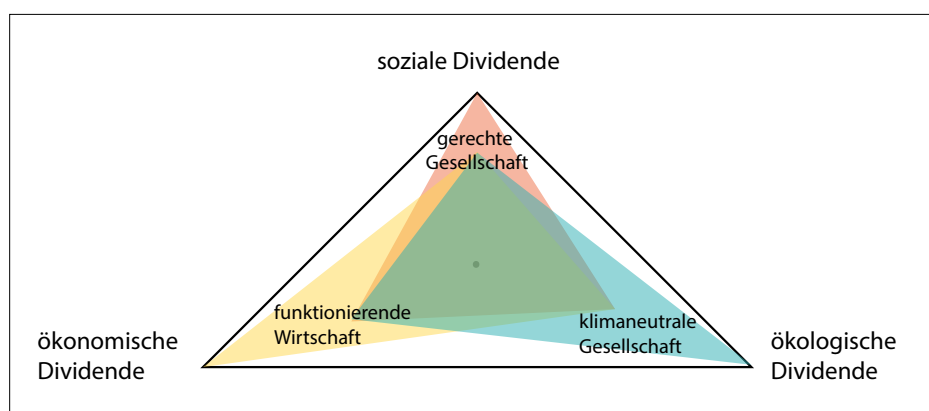
Aus diesen und weiteren innovativen Versuchen lassen sich Lehren ziehen, welche Effekte unterschiedliche Ausgestaltungen kurzer Vollzeit haben können. Wenn diese Erfahrungen evaluiert, diskutiert und Entscheidungsträger\*innen zugänglich gemacht werden, können sie zum Nachahmen und Adaptieren einladen, weitere Unternehmen zu neuen Schritten in Richtung zukunftsfähiger Arbeitszeitmodelle inspirieren und so nicht zuletzt umfassendere arbeitszeit-politische Veränderungen anstossen.

## 5 Schlussfolgerungen

Unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem stösst an soziale, ökologische und ökonomische Grenzen und bedarf deshalb eines grundlegenden Wandels. Vor diesem Hintergrund haben wir in diesem Working Paper dargestellt, welche Potentiale eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit für die Umwelt, Lebenszufriedenheit und das Funktionieren der Wirtschaft haben könnte und sind der Frage nachgegangen, inwiefern Anstrengungen zur Reduktion der Erwerbsarbeitszeit für die Schweiz eine mögliche Suffizienz-orientierte Transformationsstrategie im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung darstellen könnte. Angesichts der ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme scheint es immer wahrscheinlicher, dass eine Reduktion der gesamtgesellschaftlichen und individuellen Erwerbsarbeitszeit nicht nur einen optimalen, sondern einen notwendigen Teil einer Suffizienz-orientierten Transformationsstrategie bilden wird. Die Dringlichkeit einer Transformation unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zeigt sich aktuell während der weltweiten Pandemie, hervorgerufen durch den Coronavirus SARS-CoV-2. Dabei wird uns schmerzlich vor Augen geführt, wie anfällig unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in den letzten 30 Jahren durch den eindimensionalen Fokus auf Profitmaximierung geworden ist. Gleichzeitig zeigt uns die Coronakrise aber auch auf, was möglich wäre und bereits ist, und dass die bisher jeweils ins Feld geführten sogenannten nicht verhandelbaren Argumente wie interessengesteuerte Politik, wirtschaftliche Sachzwänge, technologische Barrieren und unveränderliche Verhaltensmuster sich doch innert kürzester Zeit verändern lassen.

Während in den Nachhaltigkeitswissenschaften bereits länger Konsens besteht, dass Effizienz- und Konsistenzstrategien alleine für den dringend benötigten Wandel nicht reichen werden, sondern zusätzlich Ansätze einer Suffizienz-Strategie umgesetzt werden müssen, könnten nun diese Einsichten auch auf einer breiteren politischen und gesellschaftlichen Ebene auf Gehör stossen; dies nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass im Zuge dieser Pandemie die Wissenschaft wieder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen scheint. Insbesondere im Nachgang zur Coronakrise dürfte es wichtig sein, den Ansätzen der Suffizienz-Strategie Nachdruck zu verleihen und Forderungen nach einem Vorrang der Wirtschaftsstützung auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit entgegen zu treten.

Damit wir auf zukünftige Krisen besser vorbereitet sind, sollten wir nicht unreflektiert auf Antworten und bewährte Lösungen von gestern zurückgreifen, sondern die Widersprüche und Synergien zwischen Sektoren wie Gesundheitswesen, Wirtschaft, Ernährung oder Energiesystemen so gestalten, dass dadurch eine Transformation hin zu einem widerstandsfähigeren Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unterstützt wird. Dafür benötigen wir neue oder zumindest angepasste Antworten. Im vorangegangenen Kapitel haben wir neue Ansatzpunkte dargestellt, wie durch eine Erwerbsarbeitszeitreduktion den Herausforderungen in den ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen begegnet werden könnte. Wie in Kapitel 3 ausgeführt, hängt der Effekt einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung nicht zuletzt davon ab, wie sich die Reduktion der Erwerbsarbeitszeit auf das verfügbare Einkommen auswirkt und was wir in unserer Freizeit machen. Die konkrete Ausgestaltung der in Kapitel 4 vorgestellten Ansatzpunkte bewegt sich in einem Anspruchsdreieck zwischen den drei beschriebenen Dividenden. Die Ziele müssen eine gerechte und klimaneutrale Gesellschaft sowie eine funktionierende Wirtschaft sein (Abbildung 5.1).



**Abbildung 5.1:** Gestaltungsrahmen einer sozial-ökologischen Arbeitszeitpolitik im Spannungsfeld ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele (Quelle: Eigene Darstellung)

Abbildung 5.1 zeigt, dass der Weg zu einer gerechten und klimaneutralen Gesellschaft sowie einer funktionierenden Wirtschaft ein Aushandlungsprozess ist, da sich je nach Umsetzungsform Trade-Offs zwischen den angenommenen positiven Effekten ergeben. Betrachten wir eine Erwerbsarbeitszeitreduktion beispielsweise aus einer rein ökologischen Perspektive, könnte eine klimaneutrale Gesellschaft am effizientesten mit einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit ohne Lohn- und Personalausgleich erreicht werden. Eine solche Ausgestaltung würde jedoch erhebliche soziale Kosten verursachen. Beispielsweise führt ein mangelnder Lohnausgleich zu einer finanziellen Schlechterstellung, insbesondere in Niedriglohnbranchen und bei prekären Arbeitsverhältnissen. Umgekehrt ist es naheliegend, dass eine Erwerbsarbeitszeitreduktion mit vollem Lohnausgleich aus sozialer Perspektive zwar wünschenswert sein kann, gleichzeitig aber zu erhöhtem Konsum und damit einhergehend einer Zunahme der Umweltbelastung, also negativen Effekten in der ökologischen Dimension führen könnte. Eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit ohne Personalausgleich, d.h. einer Einsparung anstelle einer Weiterverteilung der freiwerdenden Arbeit, verhindert die ökonomisch wie auch sozial wünschenswerte Reduktion der Arbeitslosigkeit und kann zudem zu einer Verdichtung der Arbeit führen, was in der Folge die Gesundheitskosten weiter ansteigen lassen würde. Die Umsetzung einer Erwerbsarbeitszeitreduktion muss deshalb sorgfältig gegen mögliche unerwünschte Folgen in den drei Dimensionen der Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft abgewogen werden. Von vorneherein wird es die eine Lösung nicht geben, vielmehr ist die Transformation hin zu einer gerechten, klimaneutralen Gesellschaft und einer funktionierenden Wirtschaft für alle ein Such- und Lernprozess. Neue Wege und Instrumente müssen ausgetestet, angepasst und teilweise auch verworfen werden. Die Eckpunkte dieses Prozesses sehen wir Autor\*innen in einer sozialverträglichen Erwerbsarbeitszeitreduktion, so dass die Reduktion der Erwerbsarbeitszeit weder zu Lasten der Arbeitnehmenden in Form von verdichteter Arbeit geht, noch zulasten von Menschen mit nicht-existenzsichernden Einkommen. Unerlässlich scheint uns eine gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen.

Die Coronakrise könnte ein ähnliches Gelegenheitsfenster für eine Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bieten, wie die Rezession in den 1970er Jahren, als der Keynesianismus durch den Neoliberalismus abgelöst wurde. Wir hoffen mit dem vorliegenden Arbeitspapier einen Beitrag zur Debatte eines Alternativentwurfs einer gerechten und klimaneutralen Gesellschaft sowie einer funktionierenden Wirtschaft zu leisten.

## Literaturverzeichnis

- Akerstedt T, Olsson B, Ingre M, Holmgren M, Kecklund G. 2001. A 6-hour working day – Effects on health and well-being. *Journal of Human Ergology* 30(1-2):197-202. <https://doi.org/10.11183/jhe1972.30.197>.
- Albert E. 2011. *Wandel schweizerischer Arbeitswerte: Eine theoriegeleitete empirische Untersuchung. 1. Auflage.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Antal M. 2014. Green goals and full employment: Are they compatible? *Ecological Economics* 107(C):276–286.
- Atkinson AB. 2015. *Inequality.* Cambridge: Harvard University Press.
- Barck-Holst P, Nilsson Å, Åkerstedt T, Hellgren C. 2017. Reduced working hours and stress in the Swedish social services: A longitudinal study. *International Social Work* 60(4):897–913. doi:10.1177/0020872815580045.
- Barck-Holst P, Nilsson Å, Åkerstedt T, Hellgren C. 2019. Coping with stressful situations in social work before and after reduced working hours, a mixed-methods study. *European Journal of Social Work* 1–15. doi:10.1080/13691457.2019.1656171.
- Baumann H. 2019. Gleichheitsmonitor 2019. In: *Denknetz Jahresbuch 2019.* Zürich: edition8, pp. 232–235.
- Bechtle G, Sauer D. Die Fordismusanalyse von Antonio Gramsci als Beispiel einer historisch-materialistischen Soziologie. In: *Über Arbeit, Interessen und andere Dinge. Phänomene, Strukturen und Akteure im modernen Kapitalismus.* München und Mering: Rainer Hampp Verlag, pp. 43–56.
- Beham B, Drobníč S, Präg P, Baierl A, Eckner J. 2018. Part-time work and gender inequality in Europe: A comparative analysis of satisfaction with work-life balance. *European Societies* 21(3):1–25. doi:10.1080/14616696.2018.1473627.
- BFS [Bundesamt für Statistik]. 2020a. *Datenset: Zeitvolumen unbezahlte Arbeit.* <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/4622497/master>; abgerufen am 20 Mai 2020.
- BFS [Bundesamt für Statistik]. 2020b. *Datenset: Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne.* <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/tabellen.assetdetail.8046224.html>; abgerufen am 10 März 2020.
- BFS [Bundesamt für Statistik]. 2020c. *Datenset: Unterbeschäftigte und Unterbeschäftigungsquoten.* <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/11987461/master>; abgerufen am 20 Mai 2020.
- Bhattacharya A. 2015. Sweden flirts with six hour work day. *CNNMoney.* <https://money.cnn.com/2015/10/02/news/economy/sweden-6-hour-work-day/index.html>; abgerufen am 20 Mai 2020.
- Binswanger HC, Nutzinger HG, Frisch H. 1988. *Arbeit ohne Umweltzerstörung.* Frankfurt: S. Fischer.
- Binswanger M. 2019. *Wachstumswang.* Weinheim: Wiley.
- Blumer C. 2020. Heilige Höchstarbeitszeit. *Der Bund.* <https://www.derbund.ch/31319664>; abgerufen am 19 Februar 2020.
- Bregman R. 2017. *Utopia for Realists and How We Can Get There.* London, New York: Bloomsbury Publishing.
- Brotschi M. 2020. Jetzt warnt ein Bürgerlicher vor der 67-Stunden-Woche. *Berner Zeitung BZ.* <https://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/jetzt-warnt-ein-buergerlicher-vor-der-67stundenwoche/story/31684017>; abgerufen am 20 Mai 2020.
- Bruderer Enzler H, Diekmann A. 2019. All talk and no action? An analysis of environmental concern, income and greenhouse gas emissions in Switzerland. *Energy Research & Social Science* 51:12–19. doi:10.1016/j.erss.2019.01.001.
- Brulé G, Suter C. 2019. Why wealth matters more than income for subjective well-being? In: Brulé G, Suter C, editors. *Wealth(s) and Subjective Well-Being.* Cham: Springer International Publishing, pp. 1–13. [https://doi.org/10.1007/978-3-030-05535-6\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-030-05535-6_1).
- Buhl J, Acosta J. 2016. Indirect effects from resource sufficiency behaviour in Germany. In: Santarius T, Walnum HJ, Aall C, editors. *Rethinking Climate and Energy Policies.* Cham: Springer International Publishing, pp. 37–54. [http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-38807-6\\_3](http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-38807-6_3); abgerufen am 1 Juni 2017.
- Buhl J, Schipperges M, Liedtke C. 2017. Die Ressourcenintensität der Zeit und ihre Bedeutung für nachhaltige Lebensstile. In: Kenning P, Oehler A, Reisch LA, Grugel C, editors. *Verbraucherwissenschaften: Rahmenbedingungen, Forschungsfelder und Institutionen.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, pp. 295–311. [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-10926-4\\_16](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-10926-4_16).
- Bundesrat. 2017. *Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken.* Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Burchardt H-J. 2017. Postwachstum durch Zeitwohlstand – Wie sich eine Schimäre in Realpolitik verwandeln lässt. In: Peters S, Burchardt H-J, editors. *Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive.* Frankfurt, New York: Campus-Verlag, pp. 247–274.
- Cayla J-M, Maizi N, Marchand C. 2011. The role of income in energy consumption behaviour: Evidence from French households data. *Energy Policy* 39(12):7874–7883. doi:10.1016/j.enpol.2011.09.036.
- Chai A, Bradley G, Lo A, Reser J. 2015. What time to adapt? The role of discretionary time in sustaining the climate change value-action gap. *Ecological Economics* 116:95–107. doi:10.1016/j.ecolecon.2015.04.013.
- Clark AE, Frijters P, Shields MA. 2008. Relative income, happiness, and utility: An explanation for the Easterlin paradox and other puzzles. *Journal of Economic Literature* 46(1):95–144. doi:10.1257/jel.46.1.95.

- Coote A, Franklin J, Simms A, Murphy M. 2010. *21 hours: Why a shorter working week can help us all to flourish in the 21<sup>st</sup> century*. London: New Economics Foundation.
- Deutschmann C. 2008. *Kapitalistische Dynamik*. (Wirtschaft + Gesellschaft). <http://www.springer.com/de/book/9783531159454>; abgerufen am 9 August 2017.
- Devetter F-X, Rousseau S. 2011. Working Hours and Sustainable Development. *Review of Social Economy* 69(3):333–355. doi:10.1080/00346764.2011.563507.
- Diener E, Oishi S, Tay L. 2018. Advances in subjective well-being research. *Nature Human Behaviour* 2(4):253. doi:10.1038/s41562-018-0307-6.
- Diener E, Seligman MEP. 2004. Beyond Money: Toward an Economy of Well-Being. *Psychological Science in the Public Interest* 5(1):1–31. doi:10.1111/j.0963-7214.2004.00501001.x.
- Dorn D, Fischer JAV, Kirchgässner G, Sousa-Poza A. 2008. Direct democracy and life satisfaction revisited: new evidence for Switzerland. *Journal of Happiness Studies* 9(2):227–255. doi:10.1007/s10902-007-9050-9.
- Dörre K. 2003. Zwischen Freisetzung und Prekarisierung. Arbeitspolitik im flexiblen Kapitalismus. In: *Jahrbuch für Kritische Medizin*, pp. 10–30.
- Druckman A, Buck I, Hayward B, Jackson T. 2012. Time, gender and carbon: A study of the carbon implications of British adults' use of time. *Ecological Economics* 84:153–163. doi:10.1016/j.ecolecon.2012.09.008.
- Druckman A, Jackson T. 2016. Understanding households as drivers for carbon emissions. In: Clift R, Druckman A, editors. *Tacking Stock of Industrial Ecology*. Cham: Springer.
- Ettema D, Friman M, Gärling T, Olsson LE. 2016. Travel Mode Use, Travel Mode Shift and Subjective Well-Being: Overview of Theories, Empirical Findings and Policy Implications. In: Wang D, He S, editors. *Mobility, Sociability and Well-being of Urban Living*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, pp. 129–150. [https://doi.org/10.1007/978-3-662-48184-4\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-662-48184-4_7); abgerufen am 19 Februar 2019.
- Fagan C, Warren T. 2001. Gender, Employment and Working Time Preferences in Europe. For full text: <https://eric.ed.gov/?id=ED472122>; abgerufen am 11 April 2019.
- Fitoussi J-P, Sen AK, Stiglitz JE. 2011. *Mismeasuring Our Lives: Why GDP Doesn't Add Up*. Ort: The New Press.
- Fitzgerald JB, Schor JB, Jorgenson AK. 2018. Working Hours and Carbon Dioxide Emissions in the United States, 2007–2013. *Social Forces* 96(4):1851–1874. doi:10.1093/sf/soy014.
- Fleche S, Smith C, Sorsa P. 2012. Exploring Determinants of Subjective Wellbeing in OECD Countries: Evidence from the World Value Survey. *Report No.: 2012/01*. [https://www.oecd-ilibrary.org/economics/exploring-determinants-of-subjective-wellbeing-in-oecd-countries\\_5k9ffc6p1rvb-en](https://www.oecd-ilibrary.org/economics/exploring-determinants-of-subjective-wellbeing-in-oecd-countries_5k9ffc6p1rvb-en); abgerufen am 23 Januar 2020.
- Frey BS, Stutzer A. 2000. Happiness, Economy and Institutions. *The Economic Journal* 110(466):918–938. doi:10.1111/1468-0297.00570.
- Frischknecht R, Nathani C, Alig M, Stolz P, Tschümperlin L, Hellmüller P. 2018. *Environmental Footprints of Switzerland. Developments from 1996 to 2015*. Bern, Switzerland: Federal Office for the Environment FOEN State of the Environment. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/en/home/themen/thema-wirtschaft-und-konsum/wirtschaft-und-konsum--publikationen/publikationen-wirtschaft-und-konsum/umwelt-fussabdrucke-der-schweiz.html>; abgerufen am 1 März 2019.
- Gatersleben B, Jackson T, Meadows J, Soto E, Yan YL. 2018. Leisure, materialism, well-being and the environment. *Revue Européenne de Psychologie Appliquée* 68(3):131–139. doi:10.1016/j.erap.2018.06.002.
- Gerold S, Nocker M. 2018. forthcoming. More Leisure or Higher Pay? A Mixed-methods Study on Reducing Working Time in Austria. *ScienceDirect*. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800916314665>; abgerufen am 2 August 2017.
- Gerold S, Soder M, Schwendinger M. 2017. *Arbeitszeitverkürzung in der Praxis. Innovative Modelle in österreichischen Betrieben*. *Wirtschaft und Gesellschaft* 43 (2). pp. 177-204.
- Gnewski M. 2019. Sweden's parental leave may be generous, but it's tying women to the home –Madeline Gnewski. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/jul/10/sweden-parental-leave-corporate-pressure-men-work>; abgerufen am 25 Februar 2020.
- de Graaf J. 2010. Reducing work time as a path to sustainability. In: The Worldwatch Institute, editor. *State of the world: Transforming cultures, from consumerism to sustainability*. New York: W.W. Norton, pp. 173–177.
- Gramsci A. 1990. *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Bochmann K, Haug WF, Jehle P, editors. Hamburg: Argument Verlag.
- Gyllensten K, Andersson G, Muller H. 2017. Experiences of reduced work hours for nurses and assistant nurses at a surgical department: a qualitative study. *BMC Nurs* 16. doi:10.1186/s12912-017-0210-x. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5379756/>; abgerufen am 12 März 2020.
- Haar JM, Russo M, Suñe A, Ollier-Malaterre A. 2014. Outcomes of work-life balance on job satisfaction, life satisfaction and mental health: A study across seven cultures. *Journal of Vocational Behavior* 85(3):361–373. doi:10.1016/j.jvb.2014.08.010.



- Hanbury H, Bader C, Moser S. 2019. Reducing Working Hours as a Means to Foster Low(er)-Carbon Lifestyles? An Exploratory Study on Swiss Employees. *Sustainability* 11(7):2024. doi:10.3390/su11072024.
- Haug F. 2011. Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. *DAS ARGUMENT* (291):241–251.
- Hayden A. 1999. *Sharing the Work, Sparing the Planet: Work Time, Consumption, and Ecology*. Toronto: Between the Lines.
- Hayden A, Shandra JM. 2009. Hours of work and the ecological footprint of nations: an exploratory analysis. *Local Environment* 14(6):575–600. doi:10.1080/13549830902904185.
- Hickel J. 2017. *The Divide – A Brief Guide to Global Inequality and its Solutions*. London: William Heinemann.
- Holtrup A, Spitzley H. 2008. Kürzer arbeiten – besser für alle. In: *Zeit ist Geld*. Ort: VSA-Verlag, pp. 111–139.
- Hsu Y-Y, Bai C-H, Yang C-M, Huang Y-C, Lin T-T, Lin C-H. 2019. Long Hours' Effects on Work-Life Balance and Satisfaction. *BioMed Research International* 2019:1–8. doi:10.1155/2019/5046934.
- Hunnicuttt BK. 1992. Kellogg's Six-Hour Day: A Capitalist Vision of Liberation through Managed Work Reduction. *The Business History Review* 66(3):475–522. doi:10.2307/3116979.
- ILO [International Labour Organization]. 2020. Dataset: Output per worker (GDP constant 2010 US \$) — ILO modelled estimates, Nov. 2019 – Annual. <https://ilostat.ilo.org/download/output-per-worker-gdp-constant-2010-us-ilo-modelled-estimates-nov-2019-annual/>; abgerufen am 3 Februar 2020.
- IMF [International Monetary Fund]. 2017. *World Economic Outlook: Gaining Momentum?* Washington: International Monetary Fund World economic and financial surveys Report No.: April 2017.
- Isham A, Gatersleben B, Jackson T. 2019. Flow Activities as a Route to Living Well With Less. *Environment and Behavior* 51(4):431–461. doi:10.1177/0013916518799826.
- Jackson T. 2017. *Prosperity without growth*. New York: Routledge.
- Jackson T, Victor P. 2011. Productivity and work in the 'green economy': Some theoretical reflections and empirical tests. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1(1):101–108.
- Jackson T, Victor PA. 2019. *LowGrow SFC – A stock flow consistent ecological macroeconomic model for Canada*. Ort: CUSP.
- Jaeggi S, Mäder U. 2015. Bedingungsloses Grundeinkommen: Inklusion durch Exklusion? In: Gurny R, Ringger B, Tecklenburg U, editors. *Würde, bedingungslos: Wie die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen fruchtbar gemacht werden kann*. Zürich: edition 8, pp. 44–51.
- Jalas M. 2002. A time use perspective on the materials intensity of consumption. *Ecological Economics* 41(1):109–123. doi:10.1016/S0921-8009(02)00018-6.
- Jalas M, Juntunen JK. 2015. Energy intensive lifestyles: Time use, the activity patterns of consumers, and related energy demands in Finland. *Ecological Economics* 113:51–59. doi:10.1016/j.ecolecon.2015.02.016.
- Jebb AT, Tay L, Diener E, Oishi S. 2018. Happiness, income satiation and turning points around the world. *Nature Human Behaviour* 2(1):33–38. doi:10.1038/s41562-017-0277-0.
- Jones A, Mair S, Ward J, Druckmann A, Lyon F, Christie I, Hafner S. 2016 Oct 25. Indicators for sustainable prosperity? Challenges and potentials for indicator use in political processes. *CUSP - Working Paper*. <https://www.cusp.ac.uk/themes/p/wp3/>; abgerufen am 24 Februar 2020.
- von Jorck G, Schrader U. 2019. Unternehmen als Gestalter nachhaltiger Arbeit. In: Seidl I, Zahrnt A, editors. *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft*. Marburg: Metropolis Verlag, pp. 95–110.
- Kahneman D, Deaton A. 2010. High income improves evaluation of life but not emotional well-being. *PNAS* 107(38):16489–16493. doi:10.1073/pnas.1011492107.
- Kahneman D, Krueger, Alan B, Schkade D, Schwarz N, Stone A. 2004. Toward National Well-Being Accounts. *American Economic Review* 94(2):429–434. doi:10.1257/0002828041301713.
- Kahneman D, Krueger AB, Schkade D, Schwarz N, Stone AA. 2006. Would You Be Happier If You Were Richer? A Focusing Illusion. *Science* 312(5782):1908–1910. doi:10.1126/science.1129688.
- Kahneman D, Krueger Alan B, Schkade DA, Schwarz N, Stone AA. 2004. A Survey Method for Characterizing Daily Life Experience: The Day Reconstruction Method. *Science* 306(5702):1776–1780.
- Kallis G, Kalush M, O'Flynn H, Rossiter J, Ashford N. 2013. "Friday off": reducing working hours in Europe. *Sustainability Science* 5(4):1545–1567.
- Kameräde D, Wang S, Burchell B, Balderson SU, Coutts A. 2019 Jun 18. A shorter working week for everyone: How much paid work is needed for mental health and well-being? *Social Science & Medicine* 112353. doi:10.1016/j.socscimed.2019.06.006.
- Kasser T. 2017. Living both well and sustainably: a review of the literature, with some reflections on future research, interventions and policy. *Philosophical Transactions* 375(2095):20160369. doi:10.1098/rsta.2016.0369.
- Kennedy EH, Krahn H, Krogman NT. 2013. Downshifting: An Exploration of Motivations, Quality of Life, and Environmental Practices. *Sociological Forum* 28(4):764–783.

- King LC, van den Bergh JCJM. 2017. Worktime Reduction as a Solution to Climate Change: Five Scenarios Compared for the UK. *Ecological Economics* 132:124–134. doi:10.1016/j.ecolecon.2016.10.011.
- Knight KW, Rosa EA, Schor JB. 2013. Could working less reduce pressures on the environment? A cross-national panel analysis of OECD countries, 1970–2007. *Global Environmental Change* 23(4):691–700. doi:10.1016/j.gloenvcha.2013.02.017.
- Komlosy A. 2019. Zur geschichtlichen Entwicklung von Arbeit. In: Seidl I, Zahrnt A, editors. *Tätigsein in der Postwachstums-gesellschaft*. Marburg: Metropolis Verlag, pp. 27–43.
- Krafft A. 2019. *Hoffnungsbarometer 2019 – Ergebnisse der Schweiz*. St.Gallen: IMP-HSG / swissfuture. <https://www.alexandria.unisg.ch/256439/>; abgerufen am 10 März 2020.
- Kuhn U. 2018. Nur unfreiwillige Teilzeitarbeit macht Väter unglücklich. *DeFacto*. <https://www.defacto.expert/2018/07/16/nur-unfreiwillige-teilzeitarbeit-macht-vaeter-ungluecklich/>; abgerufen am 6 Februar 2019.
- Lahat L, Sened I. 2019 Dec 30. Time and well-being, an institutional, comparative perspective: Is it time to explore the idea of a time policy? *Journal of European Social Policy* 095892871989133. doi:10.1177/0958928719891339.
- Lange S, Pütz P, Kopp T. 2018. Do Mature Economies Grow Exponentially? *Ecological Economics* 147:123–133. doi:10.1016/j.ecolecon.2018.01.011.
- Liebig S. 2019. Arbeitszeitverkürzung für eine nachhaltigere Wirtschaft? In: Dörre K, Rosa H, Becker K, Bose S, Seyd B, editors. *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, pp. 211–228. [accessed 2020 Jan 22]. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1\\_11](https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1_11).
- Lipps O, Oesch D. 2018. The working class left behind? The class gap in life satisfaction in Germany and Switzerland over the last decades. *European Societies* 20(4):549–571. doi:10.1080/14616696.2018.1448106.
- Littig B. 2016. Nachhaltige Zukünfte von Arbeit? Geschlechterpolitische Betrachtungen. In: *Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*. Frankfurt a.M., New York, pp. 77–100.
- Lorentzon B. 2017. 23 månader med 6 timmar. Följeforskning om försök med reducerad arbetstid. Universtität Stockholm. Aarhus: ScandinavianBook.
- Lorentzon B. 2019. Longitudinal, experimental evaluation of reduced weekly working hours for assistant nurses. <http://www.pactguideline.se/2019%2012%2008%20Longitudinal,%20experimental%20evaluation%20of%20reduced%20weekly%20working%20hours%20for%20assistant%20nurses.pdf>; abgerufen am 20 Mai 2020.
- Lorenz C, Gentile G-C, Wehner T. 2016. Exploring Corporate Community Engagement in Switzerland: Activities, Motivations, and Processes. *Business & Society* 55(4):594–631. doi:10.1177/0007650313482549.
- Lorenz O. 2018. Does commuting matter to subjective well-being? *Journal of Transport Geography* 66:180–199. doi:10.1016/j.jtrangeo.2017.11.019.
- Lott Y. 2014. Flexibilität und Autonomie in der Arbeitszeit: Gut für die Work-Life Balance? Ort: WSI Report.
- Lott Y. 2015. Working-time flexibility and autonomy: A European perspective on time adequacy. *European Journal of Industrial Relations* 21(3):259–274. doi:10.1177/0959680114543604.
- Lott Y. 2018 Nov 16. Does Flexibility Help Employees Switch Off from Work? Flexible Working-Time Arrangements and Cognitive Work-to-Home Spillover for Women and Men in Germany. *Social Indicator Research* doi:10.1007/s11205-018-2031-z. <http://link.springer.com/10.1007/s11205-018-2031-z>; abgerufen am 19 Februar 2020.
- Lyubomirsky S, Sheldon KM, Schkade D. 2005. Pursuing happiness: The architecture of sustainable change. *Review of General Psychology* 9(2):111–131. doi:10.1037/1089-2680.9.2.111.
- Mack V, Köng A-L, Holenstein M. 2019. *Generation Y. Risiko anders erlebt*. Winterthur: Stiftung Risiko-Dialog St.Gallen.
- Maniates MF. 2010. Cultivating Consumer Restraints in an Ecologically Full World: The Case of “Take Back Your Time.” In: Lebel L, Lorek S, Rajesh D, editors. *Sustainable Production Consumption Systems. Knowledge, Engagement and Practice*. Dordrecht: Springer.
- Matilla-Santander N, Lidón-Moyano C, González-Marrón A, Bunch K, Martín-Sánchez JC, Martínez-Sánchez JM. 2019. Attitudes toward working conditions: are European Union workers satisfied with their working hours and work-life balance? *Gaceta Sanitaria* 33(2):162–168. doi:10.1016/j.gaceta.2017.10.006.
- Mazzucato M. 2019. *Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern*. Frankfurt, New York: Campus-Verlag.
- Melo PC, Ge J, Craig T, Brewer MJ, Thronicker I. 2018. Does Work-life Balance Affect Pro-environmental Behaviour? Evidence for the UK Using Longitudinal Microdata. *Ecological Economics* 145(Supplement C):170–181. doi:10.1016/j.ecolecon.2017.09.006.
- Moser S, Kleinhüchelkotten S. 2018. Good Intentions, but Low Impacts: Diverging Importance of Motivational and Socioeconomic Determinants Explaining Pro-Environmental Behavior, Energy Use, and Carbon Footprint. *Environment and Behavior* 50(6):626–656. doi:10.1177/0013916517710685.
- Moser S, Lannen A, Kleinhüchelkotten S, Neitzke H-P, Bilharz M. 2016. Good intentions, big footprints: Facing household energy use in rich countries. Bern: Centre for Development and Environment (CDE). [http://www.cde.unibe.ch/services/publications/policy\\_briefs/index\\_eng.html](http://www.cde.unibe.ch/services/publications/policy_briefs/index_eng.html); abgerufen am 19 Juli 2017.

- Nässén J, Larsson J. 2015. Would shorter working time reduce greenhouse gas emissions? An analysis of time use and consumption in Swedish households. *Environment and Planning C: Politics and Space* 33(4):726–745. doi:10.1068/c12239.
- Notter DA, Meyer R, Althaus H-J. 2013. The Western Lifestyle and Its Long Way to Sustainability. *Environmental Science & Technology* 47(9):4014–4021. doi:10.1021/es3037548.
- OECD. 2011. Taxation, Innovation and the Environment: A Policy Brief. OECD Better Policies for Better Lives. <https://www.oecd.org/environment/tools-evaluation/48178034.pdf>; abgerufen am 20 Mai 2020.
- OECD. 2017a. *How's Life? 2017: Measuring Well-being*. Paris: OECD Publishing. [https://doi.org/10.1787/how\\_life-2017-en](https://doi.org/10.1787/how_life-2017-en).
- OECD. 2017b. *Key characteristics of parental leave systems*. [https://www.oecd.org/els/soc/PF2\\_1\\_Parental\\_leave\\_systems.pdf](https://www.oecd.org/els/soc/PF2_1_Parental_leave_systems.pdf); abgerufen am 20 Mai 2020.
- Oesch T, Fritschi T. 2018. *Barometer gute Arbeit: Qualität der Arbeitsbedingungen aus der Sicht der Arbeitnehmenden – Ergebnisse für die Jahre 2015 bis 2018*. Bern: Berner Fachhochschule Soziale Arbeit.
- O'Neill DW, Fanning AL, Lamb WF, Steinberger JK. 2018. A good life for all within planetary boundaries. *Nature Sustainability* 1(2):88–95. doi:10.1038/s41893-018-0021-4.
- Paech N. 2010. Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz. *Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSO)* 47(166/167):33–40.
- Pedersen PJ, Schmidt TD. 2011. Happiness in Europe: Cross-country differences in the determinants of satisfaction with main activity. *The Journal of Socio-Economics* 40(5):480–489. doi:10.1016/j.socec.2010.10.004.
- Pullinger M. 2014. Working time reduction policy in a sustainable economy: Criteria and options for its design. *Ecological Economics* 103:11–19. doi:10.1016/j.ecolecon.2014.04.009.
- Ramos R, Brauchli R, Bauer G, Wehner T, Hämmig O. 2015. Busy Yet Socially Engaged: Volunteering, Work–Life Balance, and Health in the Working Population. *Journal of Occupational and Environmental Medicine* 57(2):164–172. doi:10.1097/JOM.0000000000000327.
- Raworth K. 2017. *Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist*. Ort: Chelsea Green Publishing.
- Reisch LA, Bietz S. 2014. *Zeit für Nachhaltigkeit – Zeiten der Transformation: mit Zeitpolitik gesellschaftliche Veränderungsprozesse steuern*. München: Oekom.
- Rinderspacher JP. 2012. Zeitwohlstand: Kriterien für einen anderen Maßstab von Lebensqualität. *WISO: Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift* 35(1).
- Ringger B. 2010. Die Arbeitszeitverkürzung ist tot – es lebe die Arbeitszeitverkürzung! In: *Denknetz Jahrbuch 2010*. Zürich: edition8, pp. 188–204.
- Robinson JP, Martin S. 2012. Time Use as a Social Indicator. In: Land KC, Michalos AC, Sirgy MJ, editors. *Handbook of Social Indicators and Quality of Life Research*. Ort: Springer Netherlands, pp. 159–179. [http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-94-007-2421-1\\_8](http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-94-007-2421-1_8); abgerufen am 1 Juni 2017.
- Rockström J, Steffen W, Noone K, Persson Å, Chapin FS, Lambin EF, Lenton TM, Scheffer M, Folke C, Schellnhuber HJ, et al. 2009. A safe operating space for humanity. *Nature* 461(7263):472–475. doi:10.1038/461472a.
- Rosa H. 2016. *Beschleunigung*. 11th ed. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosnick D, Weisbrot M. 2007. Are Shorter Work Hours Good for the Environment? A Comparison of U.S. and European Energy Consumption. *International Journal of Health Services* 37(3):405–417. doi:10.2190/d842-1505-1k86-9882.
- Schneidewind U. 2018. *Die grosse Transformation: eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*. Originalausgabe. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch (Fischer).
- Schnyder S. 2019. Gefährdet die Digitalisierung die öffentlichen Finanzen? Die Volkswirtschaft – Plattform für Wirtschaftspolitik. *Die Volkswirtschaft* 1-2(2019):44–45.
- Schor J. 1993. *The overworked American: The Unexpected decline of leisure*. New York: BasicBooks.
- Schor JB. 2005. Sustainable consumption and worktime reduction. *Journal of Industrial Ecology* 9(1-2):37–50.
- Schor JB. 2016. *Wahrer Wohlstand: Mit weniger Arbeit besser leben*. München: Oekom. [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2faf0018d3974a56846937dded032081&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2faf0018d3974a56846937dded032081&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Schumacher K, Wolff F, Cludius J, Fries T, Hünecke K, Postpischil R. 2019. Arbeitszeitverkürzung – gut fürs Klima? Treibhausgasminde rung durch Suffizienzpolitiken im Handlungsfeld "Erwerbsarbeit." *UBA Report No. 105/2019*. [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-09-05\\_texte\\_105-2019\\_energieverbrauchsreduktion\\_ap1\\_erwerbszeitreduzierung\\_final.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-09-05_texte_105-2019_energieverbrauchsreduktion_ap1_erwerbszeitreduzierung_final.pdf); abgerufen am 20 Mai 2020.
- Schumann M. 2003. *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Kritische Industriosozologie zwischen Taylorismusanalyse und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik*. Ort: VSA-Verlag.
- Schumpeter JA. 1975. *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. München: Francke.
- Seidl I, Zahrnt A. 2012. *Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum als Hindernis für eine Politik innerhalb der limits to growth*. Journal 8.

- Seidl I, Zahrnt A. 2019. *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft*. Marburg: Metropolis Verlag.
- Senghass-Knobloch E. 1998. Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Politikoptionen und Kriterien zu ihrer Abschätzung. *Feministische Studien* (2). <https://www.degruyter.com/downloadpdf/jfs.1998.16.issue-2/fs-1998-0203/fs-1998-0203.pdf>.
- Shao Q, Shen S. 2017. When reduced working time harms the environment: A panel threshold analysis for EU-15, 1970–2010. *Journal of Cleaner Production* 147:319–329. doi:10.1016/j.jclepro.2017.01.115.
- SHP [Schweizerisches Haushaltspanel]. 2020. *Schweizer Haushaltspanel W17*. [www.swisspanel.ch](http://www.swisspanel.ch); abgerufen am 30 Oktober 2019.
- Sousa-Poza A, Henneberger F. 2000. Arbeitszeitpolitik: Eine Analyse der gewünschten Arbeitszeit, der Überstunden und der Stundenrestriktionen in der Schweiz. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 33(2):277–289.
- Spitzley H. 2006. Solidarische Arbeitsverteilung und kurze Vollzeit. Beschäftigungs-, gesundheits- und geschlechterpolitische Perspektiven einer neuen Arbeitspolitik. In: *Arbeit der Zukunft. Neue Wege einer gerechten und emanzipativen Arbeitspolitik*. Baden-Baden: Nomos, pp. 357–365.
- Steffen W, Rockström J, Richardson K, Lenton TM, Folke C, Liverman D, Summerhayes CP, Barnosky AD, Cornell SE, Crutifix M, et al. 2018. Trajectories of the Earth System in the Anthropocene. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115(33):8252–8259. doi:10.1073/pnas.1810141115.
- Stengel O. 2016. *Jenseits der Marktwirtschaft: Ökonomie im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer.
- Stronge W, Harper A. 2019. *The Shorter Working Week: A Radical and Pragmatic Proposal*. Hampshire: Autonomy. <http://autonomy.work/wp-content/uploads/2019/01/Shorter-working-week-final.pdf>.
- Stutzer A, Frey BS. 2008. Stress That Doesn't Pay: The Commuting Paradox. *The Scandinavian Journal of Economics* 110(2):339–366.
- The Economist. 2018. The glass-ceiling index, The glass-ceiling index. *The Economist*. <https://www.economist.com/graphic-detail/2018/02/15/the-glass-ceiling-index>; abgerufen am 21 Januar 2020.
- von Thiele Schwarz U, Hasson H. 2011. Employee Self-rated Productivity and Objective Organizational Production Levels: Effects of Worksite Health Interventions Involving Reduced Work Hours and Physical Exercise. *Journal of Occupational and Environmental Medicine* 53(8):838–844. doi:10.1097/JOM.0b013e31822589c2.
- Trageser J, Angst V, von Stokar T, Petry C, Höpflinger F, Otto U. 2017. *Evaluation des St.Galler Zeitvorsorgemodells. Schlussbericht*. Zürich: INFRAS. <http://www.zeitvorsorge.ch/pdf/1507216177017-evaluationsbericht-zeitvorsorge-infra.pdf>; abgerufen am 20 Mai 2020.
- Trentin B. 1999. *Befreiung der Arbeit. Die Gewerkschaften, die Linke und die Krise des Fordismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Van Aerden K, Puig-Barrachina V, Bosmans K, Vanroelen C. 2016. How does employment quality relate to health and job satisfaction in Europe? A typological approach. *Social Science & Medicine* 158:132–140. doi:10.1016/j.socscimed.2016.04.017.
- Veenhoven R. 2012. Happiness: Also Known as "Life Satisfaction" and "Subjective Well-Being." In: Land KC, Michalos AC, Sirgy MJ, editors. *Handbook of Social Indicators and Quality of Life Research*. Ort: Springer Netherlands, pp. 63–77. [http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-94-007-2421-1\\_3](http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-94-007-2421-1_3); abgerufen am 1 Juni 2017.
- Victor PA. 2012. Growth, degrowth and climate change: A scenario analysis. *Ecological Economics* 84:206–212. doi:10.1016/j.ecolecon.2011.04.013.
- Victor PA. 2019. *Managing without Growth: Slower by Design, not Disaster*. Second Edition. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Virtanen M, Heikkilä K, Jokela M, Ferrie JE, Batty GD, Vahtera J, Kivimäki M. 2012. Long Working Hours and Coronary Heart Disease: A Systematic Review and Meta-Analysis. *American Journal of Epidemiology* 176(7):586–596. doi:10.1093/aje/kws139.
- Wanger S. 2017. What makes employees satisfied with their working time? 42.
- Weber E, Zimmert F. 2018. Der große Trend zur Freizeit? *Wirtschaftsdienst* 98(4):296–298. doi:10.1007/s10273-018-2289-4.
- Wepfer AG, Brauchli R, Jenny GJ, Hämmig O, Bauer GF. 2015. The experience of work-life balance across family-life stages in Switzerland: a cross-sectional questionnaire-based study. *BMC Public Health* 15(1):1290. doi:10.1186/s12889-015-2584-6.
- Whillans AV, Dunn EW, Smeets P, Bekkers R, Norton MI. 2017. Buying time promotes happiness. *PNAS* 201706541. doi:10.1073/pnas.1706541114.
- Wilkinson RG, Pickett K. 2010. *The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger*. New York: Bloomsbury Press.
- ZEK [Zentralstelle für Kreditinformation]. 2019. *Jahresbericht 2018*. Zürich: Verein zur Führung einer Zentralstelle für Kreditinformation. <https://www.zek.ch/getattachment/Uber-uns/Jahresbericht-Statistiken/ZEK-Jahresbericht-2018.pdf.aspx>; abgerufen am 20.05.2020.
- Zwickl K, Disslbacher F, Stagl S. 2016. Work-sharing for a sustainable economy. *Ecological Economics* 121:246–253. doi:10.1016/j.ecolecon.2015.06.009.

## Über die Autorenschaft

**Christoph Bader**, PhD in Geographie und Nachhaltiger Entwicklung, ist Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern. Er forscht und lehrt zu sozialer Ungleichheit, alternativen Wohlstandsmassen und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung.

*E-mail: christoph.bader@cde.unibe.ch*

**Hugo Hanbury**, M.A. in Soziologie und Geschichte, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern und Doktorand der International Graduate School North South des CDEs und am geographischen Institut der Universität Bern (GIUB). Er forscht zu Zeitwohlstand und dessen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen.

*E-mail: hugo.hanbury@cde.unibe.ch*

**Sebastian Neubert**, M. Sc. in Psychologie, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern, Doktorand in der Arbeitsgruppe Umweltpsychologie der Universität Koblenz-Landau sowie Promotions-Stipendiat bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Er forscht zu Zeitwohlstand und zum «Guten Leben» in planetaren Grenzen.

*E-mail: sebastian.neuber@cde.unibe.ch*

**Stephanie Moser**, Dr. phil., ist Psychologin und Leiterin des Bereichs «Sozial-ökologische Transitionen» am Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern. Sie forscht und lehrt zu individuellen und gesellschaftlichen Prozessen der Diffusion sozialer Innovationen Nachhaltigen Konsums, sowie der Förderung nachhaltiger Lebensstile durch individuelle Verhaltensänderungen, wie auch der Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen.

*E-mail: stephanie.moser@cde.unibe.ch*

CDE Working Papers present reflections on sustainable development issues of concern to researchers, development experts, and policymakers around the world.

**Weniger ist mehr: Gilt dieses Motto auch für unsere Erwerbsarbeitszeit?** Mit dem vorliegenden Bericht beleuchten wir die Frage, inwiefern Anstrengungen zur Reduktion der Erwerbsarbeitszeit für die Schweiz eine mögliche, suffizienz-orientierte Transformationsstrategie im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung darstellen könnten. Mittels eines umfassenden Literaturreviews erörtern wir, welche ökologischen, individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Effekte in Zusammenhang mit Erwerbsarbeitszeit aktuell diskutiert werden, und welche Implikationen sich daraus für unterschiedliche Handlungsebenen in der Schweiz ergeben. Eingangs zeigen wir das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf, stellen Trends in der Wichtigkeit von Erwerbsarbeit für die Bevölkerung dar und reissen das Problem an, dass die Schweiz auf die Einkommen aus Erwerbsarbeit als Steueraufkommen angewiesen ist. Im Hauptteil untersuchen wir die sogenannte «dreifache Dividende»; das Versprechen, dass eine Erwerbsarbeitszeit-Reduktion als Transformationsstrategie ökologische, soziale und ökonomische Probleme lösen könnte. Wir argumentieren erstens, dass eine Erwerbsarbeitszeitreduktion das Potential birgt, die Treibhausgasemissionen der Wirtschaft zu senken, während zweitens gleichzeitig das Wohlbefinden der Bevölkerung gefördert werden könnte. Drittens könnte eine Erwerbsarbeitszeitreduktion dem Problem der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, welche durch die Stagnation des Wirtschaftswachstums in Kombination mit dem technologischen Fortschritt entsteht. Wir skizzieren anschliessend Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen Arbeitszeitpolitik für die Schweiz. Wir erhoffen uns mit dem vorliegenden Arbeitspapier einen Beitrag zu einer Debatte um einen Alternativentwurf einer gerechteren und klimaneutralen Gesellschaft sowie einer funktionierenden Wirtschaft zu leisten.



# DEGROWTH AUS DER PERSPEKTIVE DER FEMINISTISCHEN ÖKONOMIE

Im Zentrum des Degrowth-Diskurses steht die ökologische Wachstumskritik, die mit der Überwindung des Wachstumsparadigmas auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen abzielt. In jüngster Zeit werden innerhalb der wachstumskritischen Bewegung Stimmen lauter, die einerseits auf die Bedeutung feministischer Wirtschaftskritik als Grundlage der Degrowth-Bewegung verweisen und andererseits betonen, dass es kein zukunftsfähiges Wirtschaften ohne feministische Perspektive geben kann. Im ersten Teil des vorliegenden Beitrags beschäftigen wir uns mit dem Verhältnis von feministischen Theoretikerinnen und Aktivistinnen und der Degrowth-Bewegung und machen auf ihre feministischen Mütter aufmerksam. Im zweiten Teil des Beitrags zeigen wir auf, welche Fragen aus Perspektiven aktueller feministischer Wirtschaftskritik im Zentrum einer realistischen, gerechten und sozial nachhaltigen, zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik diskutiert werden müssten.

## DEGROWTH UND FEMINISMUS

Die Degrowth-Debatte ist kein einheitlicher Diskurs – genauso wie es verschiedene feministische Perspektiven gibt, gibt es diverse Degrowth-Ansätze. In seinem Versuch, das Spektrum von Degrowth zu ordnen und strukturieren, identifiziert beispielsweise Matthias Schmelzer (2014) fünf Stränge, darunter auch einen feministischen (siehe Abb. 1).



Abbildung 1: Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung nach Matthias Schmelzer

	Konservativ	Sozialreformerisch	Suffizienzorientiert	Kapitalismuskritisch	Feministisch
<b>Diagnose</b>	Wachstum kommt an natürliche und soziale Grenzen, weil Bürger und Staat über ihre Verhältnisse leben	Auf BIP-Wachstum fixierte Politik führt in die ökologische Krise	Jedliches Wachstum vernutzt Ressourcen: Entkopplung von Verbrauch und BIP ist unmöglich, Überkonsum im Norden geht zu Lasten des globalen Südens	Kapitalistisches Wachstum verursacht multiple Krisen, „impensale Lebensweise (Brand)“ im Norden geht zu Lasten des globalen Südens (Klimaschuld)	Wachstumsökonomie führt zu Ausbeutung und Verelendung der Substanz (Hausarbeit, globaler Süden, Natur) und gefährdet die Reproduktion
<b>Wachstumstreiber</b>	Konsum, Sozialstaatsausgaben, Verschuldung, Gier, Dekadenz	Alle wachstumsabhängigen Wirtschaftsbereiche, Institutionen und Strukturen	Konsum, Fixierung auf Fremdversorgung, Zins	Das kapitalistische System, seine Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, Privatisierungen	Die kapitalistische Akkumulation, die Trennung zwischen Produktion und unbezahlter, entwerteter, zumeist weiblicher Reproduktion
<b>Notwendige Schritte</b>	Werteverände und Verzicht, Entlastung der Sozialsysteme	Lösung der bestehenden Institutionen (soziale Sicherungssysteme etc.) vom Wachstum, nachhaltiger Liberalismus	Suffizienz und Konsumverzicht, weniger Fremdversorgung, mehr lokal (selbst-) Versorgung	Commons, solidarische Ökonomie, Klima-gerechtigkeit, mehr demokratische Elemente in Wirtschaft und Staat	Entkommerzialisierung, Verteidigung der Allmende, Aufbau nicht-hierarchischer, lokaler Strukturen
<b>Instrumente</b>	Abbau des Sozialstaates, mehr „Eigenverantwortung“, Spenden statt Umverteilen, Stärkung von Familie und patriarchaler Arbeitsteilung	Ökosteuer, Suffizienzpolitik, solidarische Bürgerversicherung, nachhaltiger Konsum, Entwicklung alternativer Wohlfahrtsindikatoren	Ausbau von Subsistenz- und Regionalwirtschaft, Umverteilung der Arbeitszeit, Geld- und Bodenreform	Modellprojekte, Wirtschaftsdemokratie und Investitionslenkung, Arbeitszeiterkürzung, Grund- und Maximallohnkontrollen, staatliche Regulierungen	Wiederaneignung der Allmende, Förderung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft, lokaler Ökonomie und nicht-monetärer Subsistenz
<b>Ziel</b>	Unvermeidliche Schrumpfung	A-growth, Befreiung vom Wachstumsdogma	Degrowth	Degrowth	Mit Degrowth vereinbar, gendergerecht
<b>Akteure des Wandels</b>	Konsument und Politikerinnen	Politiker und Zivilgesellschaft	ProsumtInnen, alternative Wirtschaftsprojekte wie Transition Towns, Gemeinschaftsgärten etc.	Soziale Bewegungen, Klimacamps, Gewerkschaften, Projekte alternativen Wirtschaftens	Soziale Bewegungen gegen Privatisierung und für Commons, Kleinbäuerliche Subsistenzbetriebe
<b>Initiatorinnen</b>	Minhard Megele, Kurt Biedenkopf, Denkwerk Zukunft	Angelika Zahrt, Irmi Seidl, Umweltverbände, Teile der EKD	Niko Paech, VÖÖ, Netzwerk Wachstumswende	Attac, Social Innovation, Initiative Ökosozialismus	Bielefelder Schule
<b>Zum Weiterlesen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Minhard Megele, Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin (Lis) 2010</li> <li>• www.denkwerkzukunft.de</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Irmi Seidl, Angelika Zahrt, Postwachstumsgesellschaft, Marburg (Metropolis) 2010</li> <li>• Uwe Scheidewind, Angelika Zahrt, Damit gutes Leben einfacher wird, München (oekom) 2013</li> <li>• www.postwachstum.de</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Niko Paech, Befreiung vom Überfluss, München (oekom) 2012</li> <li>• www.postwachstumsoekonomie.org</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Werner Rätz u. a., Ausgewachsen, Hamburg (VSA) 2010</li> <li>• Matthias Schmelzer, Alexis Passadekis, Postwachstum, Hamburg (VSA) 2010</li> <li>• www.postwachstum.net</li> <li>• www.social-innovation.org</li> <li>• www.oekosozialismus.net</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Veronika Bernholdt-Thomsen u.a., Das Substanzhandbuch, Wien (Promedia) 1999</li> <li>• Veronika Bernholdt-Thomsen, Geld oder Leben, München (oekom) 2010</li> <li>• Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens, Wege Vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg (Metropolis) 2012</li> </ul>

Diese Einordnung der feministischen Perspektive entspricht auf den ersten Blick dem Selbstverständnis und der internen Organisation der Degrowth-Gemeinschaft.<sup>1</sup> Seit der fünften internationalen Degrowth-Tagung 2016 gibt es hingegen die Feminisms and Degrowth Alliance (FaDA), Erklärtes Ziel der Gruppe ist, «den Dialog zwischen Feminist\*innen und Degrowth-Befürworter\*innen zu fördern, und feministische Argumentation zum integralen Bestandteil von Degrowth-Aktivismus und -Wissenschaft zu machen» (Abazeri et al. o.J.). Es geht der FaDA also nicht darum, die feministische als eine mögliche Perspektive der Degrowth-Bewegung zu etablieren. Vielmehr gibt es nach ihrem Verständnis keine Wachstumskritik ohne feministische Perspektive. Sie fokussiert dabei auf einen emanzipatorischen Arbeitsbegriff, auf «Care», sowie auf die Frage, wie das gute Leben für alle in einer Degrowth-Gesellschaft aussehen könnte und beruft sich dabei auf feministische Theoretikerinnen und Aktivistinnen, die sich schon seit Jahren mit ökonomischen und Degrowth-Thematiken befassen.<sup>2</sup>

## DAS STRUKTURELLE VERGESSEN

Feministische Forscherinnen, Autorinnen und Theoretikerinnen waren in Degrowth-Diskussionen von Anfang an zentral. Dennoch werden sie in Darlegungen der Denktradition meist übergangen, wie Matthias Schmelzer und Andrea Vetter beobachten: «In Auflistungen der geistigen ›Väter‹ der Postwachstumsdiskussionen wurden die ›Mütter‹ auffallend häufig überhaupt nicht oder nur am Rande erwähnt, obwohl zahlreiche wachstumskritische Argumente u.a. der sozial-ökonomischen, der kapitalismuskritischen oder der Industrialismuskritik auf diese Denkerinnen zurückgehen.» (Schmelzer/Vetter 2019: 112f.) Auch Corinna Dengler beschreibt den Ausschluss der Tradition feministischer Wachstumskritik als systematisches Ausblenden: «Die parallel zur ökologischen Wachstumskritik verlaufende und in vielen Aspekten für Degrowth hoch relevante feministische Wirtschaftskritik wird auch heute noch häufig strukturell ›vergesessen‹ und (wenn überhaupt) nur als Allianz, nicht aber als zentrales Fundament der eigenen Wachstumskritik gesehen.» (Dengler 2020: 4f.) Wie die FaDA-Aktivistinnen Corinna Dengler und Barbara Muraca beobachten, wird innerhalb der Degrowth Bewegung erst langsam anerkannt, dass es schon vor deren Aufkommen feministische und ökologische Perspektiven auf Wirtschaft gab (Saave et al. 2019: 29).

## DIE FEMINISTISCHEN MÜTTER

Maria Mies, Veronika Bernholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof sowie andere feministische Theoretikerinnen ab den 1970er-Jahren, zum Beispiel Silvia Federici oder Selma James, haben grundlegende Überlegungen über das Zusammenwirken von Kapitalakkumulation, Wirtschaftswachstum und deren Einhergehen mit der

fortlaufenden Schaffung von getrennten Lebenssphären respektive von «Kolonien des weissen Mannes» in der kapitalistisch organisierten Gesellschaft angestellt (Werthof et al. 1988). Insbesondere der Bielefelder Subsistenzansatz, entwickelt von Maria Miles, Veronika Bemmholdt-Thomsen und Claudia von Werthof, ist dahingehend wichtig. Er zeigt auf, wie Teile des Lebens systematisch exterritorialisieren, also ausserhalb der Wirtschaft verortet, und deren freie Verfügbarkeit für den kapitalistischen Produktionsprozess naturalisiert werden. Dies geschieht mit der Natur und Ländern des globalen Südens genauso wie mit Menschen und Tätigkeiten entlang von Hierarchien sozialer Differenz (insbesondere Geschlecht). Dadurch werden Frauen mit allem, was sie an Leben, Gütern und Leistungen hervorbringen, für den kapitalistischen Produktionsprozess zur un- oder unterbezahlen, dauerverfügbaren und ausbeutbaren Naturressource oder eben: zur Kolonie (ebd.). Obwohl ein grosser Teil dieser Tätigkeiten die Grundlage «der Wirtschaft» darstellt – denn alle Menschen müssen zuerst geboren, gepflegt, ernährt, grossgezogen werden und brauchen auch als Erwachsene saubere Kleidung und Nahrung, bevor sie in Büros, Fabriken und Unternehmen Gewinn erwirtschaften können – wurden und werden sie als nicht-ökonomisch oder ausserökonomisch abqualifiziert.

Diese Betrachtungsweise feministischer Ökonominen deckt auf, wie die «Trennung und Dichotomisierungen – und die damit verbundenen Hierarchisierungen zwischen der produktiven und der «reproduktiven» Sphäre» (Biesecker/Hofmeister 2010: 70f) – das Fundament für Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum bilden und damit auch den zunehmend stärker werdenden und schneller wiederkehrenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen zugrunde liegen (Fraser 2014). Die Wirksamkeit der getrennten Lebensdimensionen «Wirtschaft» und deren nicht-ökonomisches «Äusseres», wie soziale Reproduktion, Natur und Gemeinwesen sowie der Bereich des Politischen, verdeckt, dass diese differenzierten Bereiche ineinander verflochten sind und ein Ganzes bilden (Bauhardt/Cagliar 2010: 11). Wie die feministische Marxistin Silvia Federici betreffend «Commons» argumentiert, muss somit auch für die Degrowth-Bewegung gelten: Ihr sollte die Bemühung zugrunde liegen, «der stetigen Abwertung und Fragmentierung unseres Lebens ein Ende [zu] setzen» (Federici 2012: 148). Sprich, jenes wieder zusammenzuführen, was im Kapitalismus als getrenntes «Äusseres» erscheint. Dies gilt auch für all jene Arbeiten, die Menschen unbezahlt im Haushalt, in Familien, Gemeinschaften und Nachbarschaften erbringen und die, seit dem Einsetzen der Industrialisierung, ausserhalb «der Wirtschaft» situiert werden.

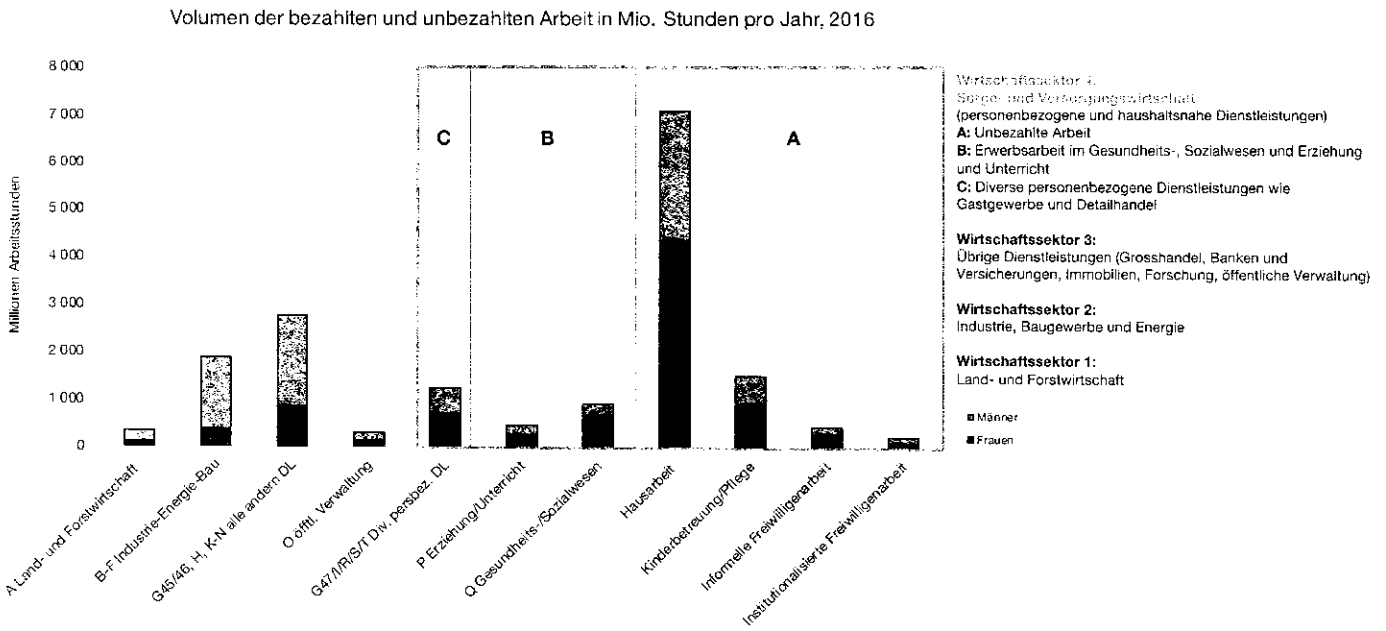
## DER GRÖSSTE TEIL DER WIRTSCHAFT: SORGE- UND VERSORGNUNGSARBEIT

Ein wesentlicher Teil der Arbeit, die zentral ist für die menschliche und gesellschaftliche Reproduktion sowie die Produktion von Lebensstandard, wird unbezahlt und bezahlt in der Sorge- und Versorgungswirtschaft geleistet.<sup>1</sup> Dieser Wirtschaftssektor

beinhaltet personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungen, wie die Gesundheitsversorgung, das Aufziehen von Kindern, die Betreuung von Angehörigen, aber auch die Lebensmittelversorgung und soziale Sicherheit (siehe Abb. 2: Wirtschaftssektor 4). Also ebenjene Tätigkeiten, welche gemeinhin nicht unter Wirtschaft eingeorndet werden. Um die Wirtschaft jedoch als Ganzes und die Dynamiken und Zusammenhänge zwischen den einzelnen Sektoren zu verstehen, ist es unumgänglich, die eigene ökonomische Logik wie auch die Dimensionen der Sorge- und Versorgungsarbeit zu begreifen. Die feministische Ökonomin Mascha Madörin hat massgeblich dazu beigetragen, diese Sorge- und Versorgungswirtschaft in ihrer spezifischen Charakteristik zu beschreiben und quantitativ zu erfassen. Kennzeichnend sei, «dass diese Leistungen nicht über einen anonymen Markt getauscht werden, sondern direkt für Menschen meist dort, wo sie wohnen und leben, erbracht werden» (Madörin 2021a: 77). Die dafür benötigte Zeit, die Gebundenheit an einen Ort sowie die «Zwischenmenschliche Beziehung sind Teil des Arbeitsprozesses und des wirtschaftlichen Austauschs» (Madörin 2010: 88). Weiteres wichtiges Charakteristikum ist ein «Verantwortlichkeits- und Abhängigkeitsverhältnis» und somit letztlich «ein Machtgefälle zwischen Dienstleistenden und Klient\*innen» (ebd.). Die folgende Darstellung (siehe Abb. 2) von Mascha Madörin setzt die Sorge- und Versorgungsarbeit ins Verhältnis zum Rest der Wirtschaft und ist besonders hilfreich, um sich die Grössenordnungen vor Augen zu führen, mit denen wir es zu tun haben. Gesamthaft werden in der Schweiz rund 70 Prozent des Arbeitsvolumens bezahlt und unbezahlt – in der Sorge- und Versorgungswirtschaft geleistet (Madörin 2019: 108). Dabei ist nur ein kleiner Teil dieses gigantischen Sektors, wie etwa der Detailhandel und die Gastronomie (in der Abbildung mit C beschriftet), marktwirtschaftlich organisiert. Während die Branchen der Gesundheitsversorgung, des Sozialwesens, der Kinderbetreuung und Bildung (B) in besonderer Masse auf öffentliche Finanzen angewiesen sind, wird der grösste Teil der Sorgearbeit unbezahlt in den Haushalten geleistet (A). Insbesondere für Frauen ist diese Perspektive zentral. Denn sie verbringen über 80 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Tätigkeiten, die mit Sorge um und Versorgung von Menschen zu tun hat: im Detailhandel, in der Pflege, in der Kinderbetreuung, in den Schulen, in den sozialen Institutionen und in den Haushalten (ebd.).

Erst diese Betrachtungsweise erlaubt es entsprechend, die wirtschaftlichen Leistungen insbesondere von Frauen in ihrer Gesamtheit zu erfassen, Sorge- und Versorgungsarbeit als wesentlichen Beitrag zu einer Volkswirtschaft sichtbar zu machen und Fragen nach der Bedeutung und dem Wert von Arbeit und ihrer zukünftigen Finanzierung und Organisation zu stellen. Fragen, die auch in einer wachstumskritischen Bewegung ins Zentrum gehörten. Diese Beobachtungen finden zwar über feministische Vertreter\*innen durchaus Eingang in die Degrowth-Bewegung, doch es besteht keine Fingigkeit über die Bedeutung dieser Perspektive. Angelika Zahrm und Irmi Seidl anerkennen etwa, dass unbezahlte

Abbildung 2: Vierter Wirtschaftssektor – Zeitvolumen personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungen



Quelle: Madörin 2019: 109ff.; zusammengestellt von Mascha Madörin.

Arbeit spezifische Charakteristika hat, da «der Tauschakt mit Geld» fehlt und somit nicht der Markt als Koordinationsmechanismus dient (Seidl/Zahn 2019: 17). Dieser Ansatz ist jedoch insofern ungenügend, als dass er sich dem Verständnis von Wirtschaft als massgeblich aus Sorge- und Versorgungsarbeit bestehend verschliesst: Dadurch werden auch den spezifischen wirtschaftlichen Dynamiken zwischen jener Erwerbsarbeit, die gemeinhin als «die Wirtschaft» verstanden wird, und der Sorge- und Versorgungsarbeit keine oder zu wenig Beachtung geschenkt.

#### FIKTIVES WIRTSCHAFTSWACHSTUM, ODER: WESHALB UNBEZAHLTE ARBEIT INS BIP GEHÖRT

Sobald Arbeit bezahlt wird, ist sie ein sichtbarer und messbarer Teil des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ein Wachstum des BIP bedeutet daher nicht per se, dass etwas Neues mit Mehrwert geschaffen wird. Es kann auch schlicht daraus resultieren, dass Tätigkeitsbereiche von unbezahlt (ausserhalb der gemessenen Wirtschaftsleistung) nach bezahlt (innerhalb) verschoben werden. Dieses «Pseudo-Wachstum» ändert weder etwas an der ökonomischen Aktivität eines Landes noch unbedeutend am Volumen der geleisteten Arbeit (Knobloch 2019: 19). Mit den gängigen Instrumenten der Wirtschaftsanalyse erfahren wir jedoch nichts über Ausmass und Grössenordnungen dieser Verschiebungen. Mit einer Aufnahme der unbezahlten Arbeit ins BIP könnten sie im Zeitablauf sichtbar gemacht und damit diskutiert und analysiert werden. Wir halten diesen Schritt für essenziell in Bezug auf Fragen der geschlechtergerechten Organisation von Arbeit innerhalb einer Gesellschaft. Und nicht zuletzt auch für eine wachstumskritische Perspektive: Denn nicht jedes Wirtschaftswachstum schadet und nicht jedes Degrowth-Szenario ist wünschenswert. Im Gegenteil. Wenn etwa infolge von Wirtschaftskrisen das Wachstum gemessen am BIP stagniert oder einbricht, führen die daraus abgeleitete Austeritätspolitik und die damit einhergehende Reduktion öffentlicher Budgets zur Substitution von bezahlter durch unbezahlte Arbeit: «What has become clear from studies of structural adjustment and financial crisis is that when reduced purchasing power at household level forces a decline in consumption goods obtained in the market, and when public services are reduced due to public expenditure cuts, unpaid work and caring tend to provide, to some extent, substitutes for these goods and services, thereby limiting the loss in wellbeing at the households level [...] This means that when employment and income go down, unpaid work goes up and so does the consumption of goods and services produced with unpaid work.» (van Staveren 2010: 11) Der Ausbau von öffentlich finanzierten Bereichen wie etwa Bildung, Gesundheitswesen, Soziale Arbeit und Kinderbetreuung hingegen, bedeutet mehr Jobs, die zentral zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und (im Vergleich zu ganz vielen anderen Jobs) die Zerstörung der ökologischen Ressourcen nicht vorantrei-

ben. Ein wünschenswertes Wachstum also – vorausgesetzt, es werden die nötigen Ressourcen für anständige Löhne und genügend Personal zu Verfügung gestellt. Denn Beschäftigung im Bereich der Sorge- und Versorgungsarbeit sichert uns eine nachhaltige Zukunft.

### EIGENE WACHSTUMSLOGIK DER SORGE- UND VERSORUNGSGARBEIT

Vor allem in der industriellen Güterproduktion können unter anderem mit technologischen Innovationen Arbeitsprozesse rationalisiert werden, wodurch zu tieferen Kosten mehr Güter produziert werden. Anders verhält es sich in der «Produktion» und im «Konsum» personenbezogener Dienstleistungen, also der bezahlten Sorge- und Versorgungsarbeit, wie es uns feministische Ökonomen wie Mascha Madörin oder Susan Donath lehren: Das Wachstum durch Produktivitätssteigerung, also zum Beispiel, dass immer mehr Kinder von immer weniger Betreuungspersonal betreut werden, ist sehr beschränkt. Es besteht eine eindeutige Grenze für die Anzahl von Kindern, die eine Person betreuen kann. Wird diese Grenze überschritten, sind vernachlässigte Kinder die Folge und nicht Produktivitätssteigerung (Donath 2014). Wachstum im Sorge- und Versorgungssektor bedeutet folglich in erster Linie, dass mehr Stunden gearbeitet werden. Sorgearbeit ist und bleibt zeit- und damit arbeits- und kostenintensiv (Madörin 2011). Sie wirft andere ökonomische Fragen auf als etwa die industrielle Produktion oder der Bereich der Finanzdienstleistungen. Kapitalistische Akkumulation findet vorwiegend in den Wirtschaftssektoren 2 und 3 statt (siehe Abb. 2). Wie verändert sich also die Dynamik gesamtwirtschaftlich, wenn sich das Verhältnis zwischen sogenannten wertschöpfungsstarken und arbeitsintensiven Sektoren und Branchen verändert? Statt hier wirtschaftstheoretisch und -politisch anzusetzen, werden, etwa durch Ansätze wie dem New Public Management, Zeit und Geld für die Sorge- und Versorgungsarbeit und damit für die Frauen – im verzweifelten Versuch, Profite zu steigern und Kosten zu senken – immer weiter verknappt, indem Personal gespart und auf die Löhne gedrückt wird.

### ZUKUNFTSFÄHIGES WIRTSCHAFTEN ALS FRAGE DER ZEIT UND DES GELDES

Für eine gute Gesundheitsversorgung, das Aufziehen von Kindern, Bildung, soziale Sicherheit – also schlicht für einen wesentlichen Teil unseres Lebensstandards – ist es entscheidend, ob und wie viel Zeit für Sorge- und Versorgungsarbeit zur Verfügung steht. Denn dabei handelt es sich um gesellschaftlich notwendige Arbeit, die gemacht werden muss und sich, wie bereits ausgeführt, wenn überhaupt, nur sehr beschränkt produktiver gestalten lässt. Das gilt für bezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit genauso wie für die unbezahlte Arbeit. Seit den 1970er-Jahren wurde die Beschäftigung im bezahlten Sorge- und Versorgungssektor massiv aus-

geweitet. Gegenwärtig erleben wir aber auch die Verlagerung von bisher bezahlten Sorge- und Versorgungsarbeiten zurück in die Haushalte. Etwa wenn Menschen nach Operationen frühzeitig entlassen oder Betreuungs- und Bildungseinrichtungen im Zuge von Lockdowns geschlossen werden. Gleichzeitig steigt der gesellschaftliche und ökonomische Druck auf Frauen, ihre Erwerbsarbeitszeit laufend zu erhöhen, und just in jenen Bereichen, in denen vor allem Frauen bezahlt tätig sind, wird Geld und Zeit ständig verknappt. Frauen verdienen nicht weniger, weil sie weniger arbeiten, sondern weil sie sehr viel mehr unter- und unbezahlt arbeiten als Männer. Gleichzeitig leiden sie unter ständiger Zeitnot. Denn nach wie vor wird so getan, als sei unbezahlte Arbeit – sowie natürliche Lebensgrundlagen allgemein – eine unbegrenzt frei zur Verfügung stehende Ressource. Es geht also um Fragen der Verteilung von Zeit und Geld (und damit auch Macht) zwischen den Geschlechtern einerseits und gesamtgesellschaftlich andererseits.

Eine Reihe feministischer Theoretikerinnen und Aktivistinnen schlagen die «Commonisierung» von Sorgearbeit vor. Die Idee der «Commons» ist als «Ver-gesellschaftung von Gemeingütern» zu verstehen (laut Abb. 1) und ist in der Schnittmenge zwischen dem sogenannten radikaleren und dem feministischen Strang der Degrowth-Bewegung zu verorten. Über die «Vergesellschaftung» sollen Ressourcen wie Boden, Wasser, Fischgründe oder Energiequellen der Marktlogik und damit dem Wachstumszwang entzogen und deren Nutzung gemeinschaftlich organisiert werden. Laut Federici (2020), einer feministischen Vertreterin der Commons-Idee, soll dabei nichts weniger als «das Haus als Zentrum des kollektiven Lebens zurückerobert» werden. «Degrowth und die Commonisierung von Care» hätten das Potenzial, in eine geschlechtergerechte(r) Zukunft zu weisen, argumentieren Corinna Dengler und Mirjam Lang (2019: 317). Die gemeinschaftliche Organisation biete die Möglichkeit, Sorgearbeit auf alle Mitglieder der Gesellschaft zu verteilen, und schaffe einen Rahmen für gesellschaftliche Anerkennung von Sorgearbeit abseits ihrer monetären Bewertung (ebd.: 318f.). Die Sorgearbeit und andere Gemeingüter sollen also der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen und als Grundlage einer neuen, anti-respektive nicht-kapitalistischen Produktionsweise gemeinsam nach den Bedürfnissen der Menschen möglichst Wohnortnah organisiert werden. Statt weniger, sollen alle Menschen mehr unbezahlt arbeiten: eine Ausweitung der geldlosen Ökonomie.<sup>2</sup>


In eine andere Richtung weisen die Überlegungen von Mary Mellor.<sup>3</sup> Sie befasst sich umfangreich mit dem Fragenkomplex Geld, Wirtschaft und «Social Provisioning».<sup>4</sup> Das Bild der Commons wird auch von ihr aufgegriffen, allerdings mit einem spezifischen Fokus: Geld soll als Gemeingut reklamiert und demokratisiert werden. Es sei eine demokratische Geldsteuerung der Wirtschaft denkbar, in der Geld für öffentliche und soziale Angelegenheiten wie Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder eben auch den ökologischen Umbau eingesetzt und in Form von «public money» der Marktlogik entzogen werden könne (Mellor 2016). In eine

ähnliche Richtung zielt Pavlína Tcherneva mit dem «National Care Act», in dem die Finanzierung von «Care für die Umwelt», «Care für die Menschen» und «Care für die Community» verankert werden soll (vgl. dazu Madörin 2021b). Konkret sollen diese Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft mittels einer zentral finanzierten «Job Guarantee» – mit festgelegtem Mindestlohn – massiv ausgebaut werden. Die Arbeit zur Bewältigung der sich abzeichnenden ökologischen Herausforderungen könne Millionen von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst schaffen. Das Gleiche gelte für bestehende Lücken in der Pflege und Betreuung von Menschen und deren Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, Gesundheitsdienstleistungen und Bildungsangeboten. Die bestehenden Bedarfsücken sollen durch die «Job Guarantee» geschlossen werden mit dem Effekt, Familien zeitlich und finanziell zu entlasten und gleichzeitig wohnortnah sinnvolle Beschäftigungen mit garantierbarem Einkommen zu schaffen. Unter «Care für die Community» versteht Tcherneva (2018: 17f.) die Selbstorganisation der Menschen innerhalb von Gemeinden und/oder Gemeinschaften zur Wiederherstellung öffentlicher Räume, Einrichtung von Schulgärten und Co-Working-Spaces etc. Tcherneva betont, dass alle diese Jobs zwar zentral finanziert werden sollen, die Initiative und Umsetzung hingegen «von unten» organisiert werden müsse (ebd.: 12f.). Gleichzeitig macht sie darauf aufmerksam, dass es parallel dazu (weiterhin) landesweite vom Staat direkt finanzierte und organisierte Infrastruktur braucht (Tcherneva 2020: 98f.). Die Women's Budget Group (WBG) aus Grossbritannien hat unter dem Titel «Creating a Caring Economy» ein Programm ausgearbeitet, dass die Themen Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und das «Wellbeing» gleichwertig gewichtet und ins Zentrum einer neuen Wirtschaftsordnung rückt. Auch die WBG betont die Bedeutung des geld- und fiskalpolitischen Rahmens für die Schaffung dieser «Caring Economy» und fordert darüber hinaus die Neugestaltung des Steuersystems. Die damit freierwerden Gelder sollen in nachhaltige und adäquat finanzierte öffentliche Dienstleistungen beispielsweise im Bereich der Pflege und Betreuung oder in eine umweltfreundliche Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch in Massnahmen gegen Gewalt an Frauen investiert werden. Grundlegend sei, «das neu zu denken, was wir unter 'der Wirtschaft' verstehen». Eine «Caring Economy» bedeute, gemeinsam zu handeln, um das Wohlbefinden der Menschen zu verbessern und nicht, das Wirtschaftswachstum weiter zu maximieren (WBG 2020).

## ZUKUNFTSFÄHIGES WIRTSCHAFTEN MIT FEMINISTISCHER PERSPEKTIVE

Unabhängig davon, welche Vorschläge und Debatten wir favorisieren, werfen sie Fragen auf, die für alle relevant sein sollten: Was macht unser Leben lebenswert? Welche Tätigkeiten schaffen Wohlstand und Lebensstandard? Welche Jobs schaffen Zusammenhalt und sichern uns eine Zukunft? Auf welche Arbeiten sind wir als Gesellschaft im Ganzen und als einzelne Menschen angewiesen? Wie soll Sorge- und Versorgungsarbeit zukünftig organisiert und finanziert werden und

Hand in Hand gehen mit einem ökologischen Umbau der Wirtschaft? Wie sieht eine Gesellschaft aus, in der die Frauen und ihre Arbeit tatsächlich zählen? Wir sind der Meinung, dass es reichhaltige feministische Überlegungen gibt, an denen sich die Degrowth-Bewegung und andere orientieren sollten. Allein das Volumen der Sorge- und Versorgungsarbeit ist Grund genug, sie in zukunftsgerichtete wirtschaftstheoretische und -politische Überlegungen zu integrieren. Ohne Blick auf unbezahlte und bezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit und ihre geschlechtsspezifische Verteilung bleiben ökonomische Analysen verkürzt und wesentliche Fragen unbeantwortet – gerade in Bezug auf Nachhaltigkeit, Wohlstand, Lebensstandard und nicht zuletzt auch Geschlechtergerechtigkeit.

Dieser Text entstand im Rahmen des Projekts «Wenn Frauen zählen» von  ökonomiefeministe und soll als Diskussionsbeitrag verstanden werden.

## ANMERKUNGEN

- 1 Insbesondere versammelt online via Blog [www.degrowth.info/en/](http://www.degrowth.info/en/)
- 2 <https://www.degrowth.info/en/fada>
- 3 Wir meinen damit alle Tätigkeiten, die unbezahlt und bezahlt direkt der Sorge oder indirekt der Versorgung von Menschen dienen.
- 4 Feministische Theoretikerinnen wie Ulrike Knobloch, Silke Chorus oder Marilyn Waring machen seit Längerem auf diese verkürzte, unvollständige und vor allem auch geschlechterblinde Betrachtung von ökonomischen Analysen aufmerksam; vgl. Chorus 2012; Knobloch 2021; Waring 1988.
- 5 Dabei werden als Voraussetzung häufig auch Arbeitszeitverkürzung und/oder ein bedingungsloses Grundeinkommen als Massnahmen genannt, um Zeit und Geld gesellschaftlich neu zu verteilen und Raum und Zeit für Arbeit innerhalb gemeinschaftlich organisierter Commons zu schaffen.
- 6 Wichtige Beiträge zur Rezeption und (Weiter-)Entwicklung einer feministischen Geldtheorie und zur Frage der zukünftigen Finanzierung von Arbeit, insbesondere Sorge- und Versorgungsarbeit leisten Käthe Krutler und Mascha Madörin; vgl. Krutler 2017; Madörin 2019.
- 7 Es gibt keine eindeutige deutsche Übersetzung für den Begriff 'Social Provisioning'. Er umfasst soziale Dienstleistungen und Reproduktion, also in etwa das, was wir als Sorge- und Versorgungswirtschaft bezeichnen.

## LITERATUR

- Ahwerri, M./Dengler, C./Houbackers, E./Kjellberg, S./Skarhøttmar Olsen, E./Sare, A./Wiense, K. (o.J.): Feminism(s) and Degrowth Alliance (FaDA), <https://www.degrowth.info/en/fada>
- Kanhardt, C./Caglar, G. (2010): Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 7-17.
- Knobloch, U./Hofmeister, S. (2010): Im Fokus: Das (Re)Produktive, in: Kanhardt, C./Caglar, G. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 51-80.
- Chorus, S. (2012): Care Ökonomie im Postfordismus, Münster.
- Dengler, C. (2020): Feminist Futures: Was Degrowth von feministischer Wissenschafts- Wirtschafts- und Wissenschaftskritik lernen kann. Unpublizierte Dissertation, Universität Wehr, [www.war.ac.uk/department/communi/teaching/publication/14101-9955-Feminist-Futures-Was](http://www.war.ac.uk/department/communi/teaching/publication/14101-9955-Feminist-Futures-Was)

Dengler, C./Lang, M. (2019): Feminism Meets Degrowth. Sorgarbeit in einer Postwachstumsgesellschaft, in: Knobloch, U. (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel, S. 305–330.

Wright, C. von/Miss, M./Benhold-Thomson, V. (1988): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reibek bei Hamburg.

Donath, S. (2014): Die andere Wirtschaft. Vorschlag für eine eigenständige feministische Ökonomie, in: Denkretz-Jahrbuch 2014, Zürich, S. 167–177.

Federici, S. (2012): Feminism and the Politics of the Common in an Era of Primitive Accumulation, in: dies. (Hrsg.): Revolution At Point Zero, Brooklyn, S. 138–148.

Federici, S. (2020): Feminism and the Politics of the Commons, 15.4.2020, [www.bakonline.org/prospections/sylvia-federici-feminism-and-the-politics-of-the-commons/](http://www.bakonline.org/prospections/sylvia-federici-feminism-and-the-politics-of-the-commons/)

Fraser, N. (2014): Behind Marx's Hidden Abode. For an Expanded Conception of Capitalism, in: *New Left Review* 86, S. 55–72.

Knitler, K. (2017): Überlegungen zu einer feministischen Geldtheorie. Wer hat das Geld – wer hat die Arbeit, in: *Kurswechsel*, H. 1, S. 6–18.

Knobloch, U. (2019): Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel, S. 11–40.

Knobloch, U. (2021): Zukunftsfähiges Versorgen oder vom Privileg, sich nicht um Hausarbeit kümmern zu müssen, in: *Makronom*, 8.2.2021, <https://makronom.de/zukunftsfahiges-versorgen-oder-vom-privileg-sich-nicht-um-hausarbeit-kuemern-zu-muessen-38281>

Madorin, M. (2010): Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften, in: Baubardt, C./Caplar, G. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 81–104.

Madorin, M. (2011): Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten. Eine feministische Sicht, in: *Denkretz-Jahrbuch* 2011, Zürich, S. 56–70.

Madorin, M. (2019): Zahlen, was zählt. Sorge- und Versorgungsgarbit als Teil der Gesamtwirtschaft, in: Knobloch, U. (Hrsg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim/Basel, S. 111–117.

Madorin, M. (2021a): Megatrends: Care-Arbeit und die Soziale Frage, in: Brandstetter, J. et al. (Hrsg.): Soziale Frage(n) der Zukunft, Berlin, 67–85.

Madorin, M. (2021b): Vieles bleibt zu klären, in: *Widerspruch* 77, S. 71–75.

Mellor, M. (2016): Debt or democracy. Public money for sustainability and social justice, London/New York  
Saave, A./Dengler, C./Muraca, B. (2019): Feminisms and Degrowth. Alliance or Foundational Relation, in: *Global Dialogue* 9, <https://globaldialogue.isa-sociology.org/feminisms-and-degrowth-alliance-or-foundational-relation/>

Schmelzer, M. (2014): Gutes Leben statt Wachstum. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung, Blogbeitrag, Juli 2014, [www.postwachstum.de/gutes-leben-statt-wachstum-degrowth-klimagerechtigkeit-subsistenz-eine-einfuehrung-in-die-begriffe-und-ansatze-der-postwachstumsbewegung-20140718](http://www.postwachstum.de/gutes-leben-statt-wachstum-degrowth-klimagerechtigkeit-subsistenz-eine-einfuehrung-in-die-begriffe-und-ansatze-der-postwachstumsbewegung-20140718)

Schmelzer, M./Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.

Seidl, I./Zahrm, A. (2019): Erwerbsarbeit, Tätigsein und Postwachstum, in: dies. (Hrsg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg, S. 9–24.

Teherneva, P. (2018): The Job Guarantee: Design, Jobs, and Implementation, Hrsg. vom Levy Economic Institute, Working Paper No. 902, New York.

Teherneva, P. (2020): The Case for a Job Guarantee, Cambridge/Mcfordl.



## Die Logik der Care-Arbeit<sup>1</sup> – Annäherung einer Ökonomin

### Die Hälfte der Arbeitswelt

»Whether we like it or not, human beings need food and shelter, and so do the animals that live with them/us. (...) All in all, care is central to daily life.« (Mol et al. 2010, 7). So beginnt das Herausgeberinnen-Team die Einleitung zu einer Artikelsammlung mit dem Titel »Care in Practice. On Tinkering in Clinics, Homes and Farms.« Andere lassen die Haus- und Nutztiere aus dem Spiel und konzentrieren sich in ihren Analysen der Care-Arbeit auf die Sorge für und Versorgung von Menschen. Die französische Philosophin Geneviève Fraisse redet von den »Services à la personne«, von Dienstleistungen am und von der Versorgung von Menschen<sup>2</sup> (Fraisse 2011) und wiederum andere von Tätigkeiten und täglichen Aufgaben, die sich um die Gesundheit und das Wohlbefinden von Menschen drehen, die diese nicht selber tun können oder wollen (Wolkowitz 2006, 148). Einen eingeschränkteren Begriff von Care-Arbeit verwendet das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, das unter Care-Arbeit nur Dienstleistungen für sogenannt »Abhängige« versteht. Darunter werden Kinder, pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene verstanden (EBG 2010, 34). So verstanden umfasst dieser Begriff in der Schweiz etwa ein Viertel der Care-Arbeit, die in einer Studie der UNRISD<sup>3</sup> zu Care-Arbeit gezählt wurde. Eine solche Engfassung des Begriffs Care-Arbeit wird von feministischen Theoretikerinnen hinterfragt. Ob es uns passt oder nicht: Wir sind alle abhängig von Care-Arbeit, unser Lebensstandard und Wohlbefinden hängen wesentlich davon ab.

Der englische Begriff Care bedeutet »sich – unbezahlt oder bezahlt – um die körperlichen, psychischen, emotionalen und entwicklungsbezogenen Bedürfnisse eines oder mehrerer Menschen zu kümmern« (EBG 2010, 34). Diese Bedeutung des Begriffs leuchtet ein, aber es ist nicht klar, ob nun Gastgewerbe, Detailhandel oder die Arbeit von Coiffeusen und Coiffeurs dazu gezählt werden sollen. Eine einzig gültige Definition, welche Tätigkeiten zur Care-Arbeit zu zählen sind, gibt es nicht. Und trotzdem dreht es sich immer irgendwie um Arbeiten, die direkt auf das Wohlergehen von Menschen ausgerichtet sind.



Selbst wenn massenweise lebensnotwendige Konsumgüter wie Nahrungsmittel und Kleidung industriell produziert werden, braucht es sehr viel Arbeit, um sie in Lebensstandard respektive in Wohlfahrt umzuwandeln. Unbezahlte Arbeit in Haushalten dient wesentlich der Erhöhung unseres Lebensstandards (Picchio 2003). Die Konsumgüter müssen eingekauft, Kleider müssen gewaschen, Mahlzeiten gekocht, Wohnungen geputzt, Bettwäsche ab und zu gewechselt werden. Kleinkinder können sich das Essen nicht selbst aus dem Kühlschrank holen und aufwärmen, gehbehinderte Menschen haben Schwierigkeiten, selbst einzukaufen, Babys müssen gewickelt werden, bettlägerige Kranke gewaschen. Wir alle brauchen mindestens in bestimmten Phasen unseres Lebens Menschen, die solche Arbeiten für uns tun. Aus dieser Sicht gibt es in wirtschaftlich weit entwickelten Gesellschaften zwei Verwertungs- und Produktionsprozesse: einen industriellen, der Güter produziert, und einen Prozess, der mit viel Arbeit zu einem grossen Teil in Haushalten die Konsumgüter und die Einrichtungen in Lebensstandard und Wohlergehen umwandelt. Im Jahr 2010 wurden von Schweizer Haushalten für knapp 30 Milliarden Franken Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke eingekauft, der monetarisierte Wert für das Zubereiten von Mahlzeiten betrug mehr als das Doppelte: rund 63 Milliarden Franken. Dazu kommen Tischdecken, Abwaschen und Wegräumen des Geschirrs, was zusätzlich unbezahlte Arbeit im Wert von knapp 26 Milliarden Franken beansprucht hat. Im Vergleich: Banken und Versicherungen wiesen im gleichen Jahr eine Bruttowertschöpfung von 60 Milliarden Franken auf! Allein um mit ihren Kindern spazieren zu gehen und ihnen bei den Hausaufgaben zu helfen, wenden Eltern doppelt so viel Zeit auf, als im ganzen Erziehungs- und Unterrichtswesen vom Kindergarten bis zur Universität an Erwerbstunden gearbeitet wird.<sup>4</sup>

Bei den personenbezogenen bezahlten und unbezahlten Dienstleistungen handelt es sich, volkswirtschaftlich gesehen, um ein riesiges Arbeitsvolumen (Madörin 2010a, 2010b), das kann nicht genug betont werden. Der wesentlich grössere Teil dieser Arbeit wird unbezahlt geleistet, mindestens zu zwei Dritteln von Frauen. Der Anteil der Frauen bei der bezahlten Care-Arbeit ist etwa gleich hoch. Der Dienst an und für Menschen ist bis heute in einem »weiteren Spektrum von komplexeren gesellschaftlichen Institutionen« (wie Familie, Haushalte, private und öffentliche Einrichtungen der Erziehungs- und Gesundheitswesen, Privatwirtschaft, informelle Erwerbsstrukturen etc.) organisiert (Fortunati 1995, 57), als dies für die Arbeitsmärkte der Industrie und der nicht-personenbezogenen Dienstleistungen der Fall ist. Der Anteil regulär, jedoch meist nicht

üppig bezahlter Lohn- und Selbständigenarbeit an der gesamten Care-Arbeit nimmt heute zwar zu. Er ist aber immer noch bedeutend kleiner als die schlecht entschädigte, informelle oder der grosse Rest unbezahlte Arbeit. Im Zeitalter des Kapitalismus hat die bezahlte und unbezahlte Care-Ökonomie immer den Wirtschaftssektor der Frauen par excellence dargestellt (Madörin 2011). Bis in die 1950er Jahre waren Haushalte für Mädchen und Frauen der wichtigste Erwerbsbereich (Davidoff 1995, 89), sogar in einem Industrieland wie England. Erst danach nahm die Erwerbsarbeit in Haushalten stark ab, um in Form von haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen wieder aufzutauchen, vorwiegend schlecht bezahlt und wiederum meist von Frauen verrichtet. Wie ein Vergleich der politischen und sozialen Ökonomie von Care in acht Ländern zeigt (s. UNRISD-Forschungsprojekt, Anmerkung iii), unterscheidet sich heute die gesellschaftliche Organisation der Sorge- und Versorgungswirtschaft dennoch beträchtlich. Die historischen und geografischen Unterschiede dürfen jedoch nicht über zwei grundlegende Gemeinsamkeiten hinwegtäuschen: Überall handelt es sich um einen riesigen Zeitaufwand, und überall sind es vorwiegend Frauen, welche diese Arbeiten verrichten. Sie verschwinden trotz technischem Fortschritt – und unabhängig vom politischen System – nicht<sup>5</sup> (Madörin 2011), obwohl sich die Verhältnisse, in denen sie erbracht werden, immer wieder verändern.

Die Entwicklung von Haushaltsgeräten nach dem 2. Weltkrieg hat zwar etliche Hausarbeiten wesentlich erleichtert. Ein Teil der Arbeit von Hausangestellten wurde in den westlichen industrialisierten Ländern dank Haushaltsmaschinen vorwiegend in unbezahlte Arbeit von Ehefrauen verwandelt. Ein Teil der Zeitersparnis in der Haushaltsproduktion wurde dafür verwendet, den Lebensstandard zu Hause substanziell zu verbessern.<sup>6</sup> Bedeutende Umwälzungen fanden und finden auch im Gesundheitswesen statt, diese haben eine grosse Zunahme der professionellen Pflege und anderer medizinischer (Frauen-)Berufe mit sich gebracht. Gegenwärtig stecken wir wiederum mitten in einer Reorganisation der Care-Ökonomie und damit auch der Geschlechterverhältnisse. Von 1992 bis 2012 sind beispielsweise, in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) gemessen, im Industrie- und Bausektor<sup>7</sup> der Schweiz über 155'000 VZÄ verloren gegangen und allein im Gesundheits- und Sozialwesen rund 148'000 VZÄ dazugekommen. Zusammen mit dem Unterrichts- und Erziehungswesen wurden zusätzliche 193'000 VZÄ geschaffen. Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat in der ganzen bezahlten Wirtschaft um 202'000 VZÄ (auf insgesamt 1'319'000 VZÄ) zugenommen, allein im Gesundheits- und Erziehungssektor um 144'000

VZÄ. Die Zahl der Vollzeitstellen von Männern hat in der gleichen Zeit praktisch stagniert, sie hat auf 2'137'000 VZÄ von Männern (2010) nur um 17'000 VZÄ zugenommen.<sup>8</sup> Diese Entwicklung ist nicht aussergewöhnlich, sie findet in allen wirtschaftlich weit entwickelten Ländern statt, nur nicht überall unter gleichen Bedingungen. Und die Arbeitsplätze im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen werden im Vergleich zu allen andern in Zukunft weiter massiv zunehmen und teurer werden (Baumol 2012, Donath 2000, Madörin 2010b, 2011).

### **Hindernisse beim Nachdenken über Care-Arbeit**

Trotz ihrer überwältigenden Grössenordnungen taucht die Care-Ökonomie weder in der Wirtschaftsgeschichte, den wirtschaftstheoretischen Denktraditionen noch in den öffentlichen Debatten als eigenständiger Wirtschaftsbereich auf. Von den ihr eigenen Dynamiken, Ausbeutungs- und Herrschaftslogiken ist kaum die Rede, höchstens sporadisch und partiell als Aspekt anderer Fragestellungen. Wenn es um das Denken der Care-Arbeit aus ökonomischer Sicht geht, gibt es meiner Ansicht nach in sämtlichen Traditionen ökonomischer Analysen – auch der marxistischen oder institutionellen<sup>9</sup> – drei grosse intellektuelle Hindernisse:

1. Es wird gemeinhin angenommen, dass Reichtum und Wohlfahrt im Erwerbsektor geschaffen werden. Der technische Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung bestehen im Rahmen dieser Annahme im Wesentlichen darin, dass in allen Produktions- und Dienstleistungsbereichen die Arbeitsproduktivität substantziell erhöht wird und damit die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit auch bei steigendem Lebensstandard abnimmt. In Realität aber driften die Arbeitsproduktivitäten in den verschiedenen Bereichen des Wirtschaftens auseinander und führen zu einem immer grösseren Aufwand an arbeitsintensiven Tätigkeiten. Gleichzeitig ist der Bereich der unbezahlten Arbeit immer noch sehr gross. Dies wirft Fragen auf, die zentral sind für eine Debatte über die Care-Ökonomie (Madörin 2011).
2. Care-Arbeit hat wirtschaftstheoretisch nie interessiert, einzig feministische Ökonominen haben sich des Themas angenommen. Ganze Bibliotheken wurden über Industriearbeit, über unmenschliche Fliessbandarbeit, über Taylorisierung, über Lohnsklaverei und Entfremdung in der Güterproduktion geschrieben. Aber es gibt sehr wenig Literatur über personenbezogene Dienstleistungen – und auch diese ist neueren Datums. Wenn über-

haupt, wird über Dienstleistungen im Allgemeinen geschrieben, und diese in Kategorien aufgeteilt, die wenig Aufschluss über die Care-Arbeit geben und den Eindruck erwecken, es handle sich bei der Care-Arbeit um eine ökonomische Marginalie. Das Faktum der direkten Personenbezogenheit von Arbeit wird nicht als relevantes Unterscheidungsmerkmal gesehen. Es fehlen nicht nur die entsprechenden statistischen Unterteilungen, sondern auch die Kategorien, um die Arbeitsprozesse adäquat beschreiben zu können, welche den personenbezogenen Dienstleistungen zugrunde liegen. Adäquate Begriffe und Analysen sind notwendig, um deren andere Logiken der Herrschaft, der Ausbeutung und Entfremdung zu begreifen. Kurzum, es handelt sich bei der Care-Arbeit immer noch weitgehend um einen ›Dark Continent‹, durchaus im Freud'schen Sinn.

3. Die grosse Mehrheit der Care-Arbeit, ob bezahlt oder nicht, wird von Frauen verrichtet. Das ist wohl eines der grössten Hindernisse des Denkens und der Entwicklung wirtschaftstheoretischer Konzepte und Begriffe, welche zu relevanten politökonomischen Einsichten in die Care-Ökonomie führen könnten. Männer interessiert die Frage wenig. Sie sind es immer noch, welche gesellschaftskritische wie wirtschaftstheoretische Debatten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dominieren – auch über die Ressourcen für solche Debatten.

In diesem Essay geht es um den zweiten Punkt: Um die den Care-Arbeiten inhärenten materiellen Logiken. Es handelt sich um Aspekte, die bei meiner Arbeit zur politischen und sozialen Ökonomie von Care bisher als ungelöstes Problemfeld ökonomischen Denkens zurückgeblieben sind. Zur Care-Arbeit gibt es inzwischen eine interessante feministische Forschung von Soziologinnen, Pflegewissenschaftlerinnen, Anthropologinnen, Philosophinnen und Historikerinnen, aber kaum systematisierte Analysen aus ökonomischer Sicht. Hier soll auf vier Themenbereiche eingegangen werden, die ich für meine feministisch-ökonomischen Überlegungen aus solchen Forschungen herausdestilliert habe. Ich halte sie für eine wirtschaftspolitische Zukunftsdebatte für wichtig.

### **Die Personenbezogenheit der Care-Arbeit**

Für meine makro- und meso-ökonomischen Überlegungen habe ich den Begriff bezahlte und unbezahlte personenbezogene Dienstleistungen gewählt. Zum einen, weil er als allgemeiner Begriff einen zentralen Aspekt der Care-Arbeit hervorhebt, nämlich dass sie direkt

auf das Wohlergehen einzelner Menschen zielt. Sie ist ohne Subjekt-Subjekt-Beziehung nicht möglich, im Unterschied zur Güterproduktion oder Arbeiten am Bildschirm. Der andere Grund: Vergleichende Quantifizierungen sind – mit Schwierigkeiten – möglich. Wobei nicht klar ist, was dazu zählen soll: auch der Detailhandel und das Gastgewerbe, die Arbeit der Coiffeuse, der Taxifahrerin, der Flugbegleiterin, des Sozialarbeiters und der Vermögensberaterin? Das hängt in der Praxis von den Fragestellungen ab. Allen genannten Tätigkeiten ist gemeinsam, dass ihre Dienstleistung ohne Anwesenheit und Beteiligung der LeistungsbezügerInnen nicht möglich ist und dass die unvermeidlich *direkten* körperlichen und psychischen Wirkungen auf LeistungsbezügerInnen wichtig sind für die Qualität der Leistungen. Die gängige statistische Unterscheidung zwischen ›Sozialen Dienstleistungen‹, zu denen auch der medizinische Dienst, Krankenhäuser oder Primarschulen gezählt werden, und ›Personenbezogenen Dienstleistungen‹<sup>10</sup>, zu denen haushaltsnahe Dienstleistungen, aber auch Unterhaltung, Museen und das Gastgewerbe gehören (Rieger et al. 2012, 19), ist unbrauchbar für eine Analyse der Care-Ökonomie, weil sie von den Besonderheiten personenbezogener Dienstleistungen abstrahiert.

Die PatientInnen befinden sich dort, wo zum Beispiel eine Pflegefachfrau arbeitet, sei es ein öffentliches oder privates, profitorientiertes Spital. Sie pflegt die PatientInnen, berührt sie, redet mit ihnen. Wie sie das tut und wie viel Zeit sie dafür hat, ist wichtig für das Wohlergehen der PatientInnen und ihre Genesung. Das gilt auch, allerdings in einem beschränkteren Ausmass, für ÄrztInnen. Für das Gesundheitspersonal in Spitälern vieler Industrieländer hat sich aber, was die Beziehungen zu den PatientInnen anbelangt, etwas Grundlegendes geändert: die Arbeitsorganisation. Ein Newsweek-Heft hat vor Jahren den riesigen Umbau der US-Spitäler durch die Fallpauschalen thematisiert. Es ist darin die Rede von einem »zweispurigen Bewusstsein« (two-track-mind), das den SpitalärztInnen aufgezwungen worden ist. Es müssen zwei Ziele gleichzeitig erreicht werden: die richtige Behandlung der PatientInnen und die Einhaltung der Kostenvorgaben (Samuel et al. 2005, 251). Nun begleiten sozusagen zwei Piepser die ÄrztInnen und das Pflegepersonal während ihrer Arbeit: der Notfallpiepser und der Kostenpiepser. Ich bin überzeugt, dass dieser zweite Piepser heute einer der grössten Stressfaktoren in Spitälern und generell dort ist, wo bei öffentlichen personenbezogenen Dienstleistungen Steuerungsinstrumente des Public Management eingeführt worden sind. Bei diesem doppelten Bewusstsein respektive den zwei Piepsern im Kopf<sup>11</sup> handelt es sich um eine Art von Entfremdung bei der Arbeit, die sich meiner An-

sicht nach von derjenigen unterscheidet, die Marx für die Fabrikarbeit beschrieben hat.

### **Ethik der Care-Arbeit und ihre ökonomischen Voraussetzungen**

Im Care-Sektor Tätige verrichten ihre Arbeit immer an dem Ort, an dem sich die Menschen befinden, für die sie ihre Dienstleistung erbringen. Das ist ein entscheidender Punkt, unabhängig vom Verhältnis der Dienstleistenden zu diesen Menschen und unabhängig vom institutionellen Rahmen der Care-Arbeit. Die Interaktionen, die unvermeidlich mit den personenbezogenen Dienstleistungen einhergehen, entziehen sich letztlich einer standardisierten Kontrolle.<sup>12</sup> Als ich meine Mutter im Pflegeheim besuchte, beklagte sie sich, dass sie tags zuvor »abgespritzt« worden sei. »Meinst du duschen?«, fragte ich. »Ja klar duschen«, sagte sie. »Aber es war ein richtiggehendes Abspritzen.«

Offiziell wurde im Pflegeheim bestimmt die Leistung notiert, meine Mutter sei geduscht worden. Niemand wird jemals kontrollieren können, ob ein Mensch geduscht oder abgespritzt wird.

In der Regel wird der Unterschied zwischen Abspritzen und Duschen als ethische Frage thematisiert, nicht als Unterschied beim Arbeitsaufwand, als unterschiedliche Leistung. Der Care-Teil der Arbeit wird vor allem als wünschenswerte Beziehung einer Pflegenden zu ihren PatientInnen, als Teil ihrer Professionalität gesehen. (SBK-ASI 2011:37/8) Nur stellen sich dabei die ökonomischen Fragen: Wie viel Zeit muss vorgesehen werden, damit dem professionellen Standard entsprechend Duschen anstatt Abspritzen möglich ist? Und welches professionelle Können braucht es, um eine gebrechliche Person gut duschen zu können? Je nach Antwort verursacht Duschen eben mehr Kosten als Abspritzen.

Ob es uns passt oder nicht: Aus ökonomischer und betriebswirtschaftlicher Sicht stellt sich letztlich »nur« die Frage, ob die ökonomischen Rahmenbedingungen Duschen anstelle von abfertigendem Abspritzen ermöglichen. Das hängt wesentlich von der Zeit ab, die dem Personal für solche Tätigkeiten zur Verfügung steht, von seiner Ausbildung, Arbeitsmotivation und Vorstellungen über eine gute Pflege – und nicht zuletzt auch davon, wie stressig die Arbeit und wie das Arbeitsklima ist. Ob Pflegende duschen oder abspritzen, wird – bei allen Standardisierungen – jedoch niemals überwacht werden können. Das können nur die PatientInnen selbst und vielleicht auch die PflegerInnen beurteilen.

Durch wirtschaftliche Massnahmen, so meine These, können also nur die Voraussetzungen für eine gute Care-Arbeit geschaffen oder

abgeschafft werden. Mehr nicht. Es geht um die gesellschaftliche Organisation der *materiellen Bedingungen, um die Rahmenbedingungen* von Care-Arbeit, um das Zur-Verfügung-Stellen der notwendigen ökonomischen Ressourcen und Arbeitsräume. Care wird nicht produziert, sowenig wie Leben. Es gibt kein Produkt Care. Das gibt es nur als Denkkonstrukt der KostenanalystInnen, WirtschaftsingenieurInnen und ÖkonomInnen, beispielsweise im Konzept der Fallpauschalen für Spitäler (Samuel et al. 2005). Meiner Ansicht nach ist es jedoch irreführend, personenbezogene Dienstleistungen deshalb als immateriell zu bezeichnen.<sup>13</sup> Sie materialisieren sich nicht in Gütern, sondern in erster Linie in unseren Körpern, in unserer Person.

### **Die Vielschichtigkeit von Care-Arbeit und das Problem dysfunktionaler Arbeitsteilung**

Die neue Frauenbewegung hat den wegweisenden Begriff der Beziehungsarbeit in den 1970er-Jahren lanciert. In diesem Begriff sind mehr oder weniger explizit zwei Aspekte personenbezogener Dienstleistungen angesprochen. Personenbezogene Dienstleistungen setzen erstens *soziale Infrastrukturen* voraus, damit Care-Arbeit möglich ist, ähnlich wie es für den Verkehr eine Infrastruktur braucht. Es braucht Arbeit und andere Ressourcen, zum Beispiel eingespielte Arbeitsteams, Räume für Kinderkrippen, Telefonkontakte, Präsenzzeiten etc., um solche Beziehungsinfrastrukturen zu schaffen und zu erhalten. Der zeitliche Aufwand der professionellen ambulanten Pflege hängt auch davon ab, wie eingespielt die professionellen PflegerInnen mit den KlientInnen und ihren Familienangehörigen oder LebenspartnerInnen sind. (Bartholomeycik 2007) Es braucht eben Zeit, bis es soweit ist. Zeit- und Effizienzberechnungen abstrahieren jedoch in der Regel von diesen Prozessen. Kathleen Lynch und Maureen Lyons unterscheiden bei der Care-Arbeit zwischen primärer Care-Arbeit, die sie »love work« nennen und die die »tiefsten Bedürfnisse« von Menschen befriedigt, sekundärer, genereller Care-Arbeit, wie sie z.B. Hausangestellte oder Pflegepersonen leisten, und tertiärer Solidaritätsarbeit (Lynch/Walsh 2009, 39ff). So problematisch die Kategorien »love work« und »Solidaritätsarbeit« sind, so interessant sind die unterschiedlichen Beziehungsstrukturen, die es braucht, um die verschiedensten Care-Arbeiten zu ermöglichen.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die schon erwähnte Tatsache, dass eine personenbezogene Dienstleistung ohne *Beziehungsarbeit* nicht möglich ist. Das wissen und praktizieren wir alle. Problematisch ist jedoch, dass diese Dimension der Care-Arbeit hauptsäch-



lich aus ethischer und psychologischer Perspektive, als Problem sozialer und kommunikativer Kompetenz diskutiert wird, und nicht als Frage des dafür notwendigen Arbeitsaufwandes. Care-Arbeit ist komplex. Laut Lynch und Walsh Care-Arbeit »... involves not only *emotional work* and *moral commitment*, but also *mental work* (including a considerable amount of planning), *physical work* (doing practical tasks including body work such as lifting, touching and massaging) and *cognitive work* (using the skills of knowing how to care)« (Ebd., 42). Sie betonen, dass jede Variante von Care-Arbeit verschiedene Kombinationen dieser Ebenen enthält (Ebd.).

Gegenwärtig findet im Gesundheits-, Sozial-, und Bildungswesen eine Taylorisierung der Arbeitsprozesse statt, die von den Erfahrungen der Industrialisierung geprägt ist. Aber faktisch geht es – so meine These – um eine andere Art von Arbeitsteilung als im industriellen Produktionsprozess, nämlich um eine Trennung der verschiedenen Ebenen von Care-Arbeit, wie sie Lynn und Walsh beschreiben. Die Ärztin untersucht den Patienten und entscheidet über die Behandlung, die Pflegefachfrau führt die medizinische Behandlung aus und verrichtet vor allem die medizinisch-technischen Arbeiten. Die weniger ausgebildete Grundpflegerin wäscht die PatientInnen und hilft ihnen aufzustehen, die Hilfskräfte putzen und bringen das Essen, kommunikativ und psychologisch geschulte Pflegefachpersonen übernehmen die heiklen Gespräche. Zweck dieser Arbeitsteilung ist, dass dadurch eine Lohnhierarchie eingeführt werden kann und wie in der Industrie die Arbeitsabläufe standardisiert und damit kontrolliert werden können: Je physischer, berührungsintensiver die Tätigkeit, desto schlechter ist sie in der Regel bezahlt, je mehr die Arbeit mit den täglichen körperlichen Bedürfnissen eines Menschen zu tun hat, desto mehr wird sie verachtet und als unqualifiziert betrachtet – und desto billiger ist die Arbeitskraft. Je mehr koordiniert, gemanagt und entschieden wird, desto besser bezahlt und als professionell angesehen ist die Arbeit. Es ist längstens eine Arbeitshierarchie entstanden, die nach Geschlecht, Herkunft und Ethnie strukturiert ist (McDowell 2009).

Frau kann argumentieren, dass im 19. Jahrhundert eine ähnliche Standardisierung der Arbeitsprozesse bei der handwerklichen Produktion durchgesetzt wurde – gegen den militanten Widerstand von HandwerkerInnen. Allerdings hat dann diese Industrialisierung zu einer massiven Ausweitung der Produktion von Konsumgütern und zur Erhöhung des Lebensstandards geführt. Dass dies in Bereichen der Care-Arbeit im gleichen Ausmass der Fall sein wird, muss jedoch stark bezweifelt werden,<sup>14</sup> nicht nur, weil Care-Arbeit nicht einfach von Maschinen ersetzt und damit immer effizienter werden



kann, sondern auch, weil sie nur gut sein kann, wenn die Arbeitsprozesse der Logik der Care-Arbeit entsprechend organisiert sind.

Ein ehemaliger Elektriker und heutiger Pflegefachmann erzählte mir, dass er Pflege als Zweitberuf gewählt habe, weil er eine sinnvollere und »bessere« Arbeit suchte. Zuerst arbeitete er an einem Universitätsspital, war jedoch zunehmend unzufrieden mit seiner Arbeit und überlegte sich, in seinen alten Beruf zurückzukehren: »Wenn schon alles wie am Fliessband gehen muss, dann lieber Leitungen legen als Leute pflegen.« Er wechselte das Spital und fand nun seine Arbeit wesentlich befriedigender. Er erklärte mir den Unterschied zwischen den beiden Spitälern anhand des folgenden Beispiels: Bei der Runde am Abend habe er gesehen, dass es einem tags zuvor operierten Patienten schlecht ging. Der Patient hatte einen bedenklich erhöhten Puls. Der Pfleger öffnete das Fenster, setzte sich neben den Patienten und fragte ihn, ob es ihm nicht gut gehe. Dieser erzählte, sein Nachbar habe ständig Besuch gehabt, und das habe ihn gestört, er habe sich nicht wirklich ausruhen können. Nach einer Viertelstunde Daseins des Pflegers war der Puls der Patienten wieder normal. Der Pfleger fügte erklärend hinzu, dass dies im früheren Spital kaum möglich gewesen wäre, er hätte nicht so viel Zeit aufwenden dürfen am Bett des Patienten. Er hätte den Arzt holen müssen, und dann wäre möglicherweise eine ganze Reihe von Aktivitäten eingeleitet worden. Letzteres wäre als Leistung verbucht worden, das Dasitzen jedoch nur als in der regulären Pflege anfallender Aufwand, für den keine Leistung verrechnet werden könne, obwohl es in diesem Fall sehr viel effizienter, respektive kostengünstiger war, als eine Ärztin zu holen.

Heute gehört zur Standardklage der Pflegefachpersonen, dass sie nicht mehr genügend Zeit haben für ihre PatientInnen und deshalb nicht mehr wissen, wie es ihnen geht. Aus verschiedenen Workshops und Gesprächen mit erfahrenen Pflegefachpersonen habe ich festgestellt, dass es dabei auch um das Abhandenkommen von Wahrnehmungsmöglichkeiten, um die Vielschichtigkeit zwischenmenschlicher Kommunikation geht: durch Berührungen, spontane Wahrnehmung von PatientInnen und Gespräche. So erzählte eine seit vielen Jahren tätige Pflegefachperson, dass sie früher genauer einschätzen konnte, wie es den PatientInnen ging. Sie nahm während des Bettens, Putzens, Reinigens der Lavabos, beim Bringen der Mahlzeiten, beim Abholen des Geschirrs und natürlich bei der Grundpflege vieles wahr. Manchmal habe sie festgestellt, dass PatientInnen traurig oder sehr müde waren, und konnte sich daraufhin erkundigen, wie es ihnen geht.<sup>15</sup> Bei der heutigen Arbeitsorganisation kommen diese informellen, diffusen und spontanen Wahrneh-

mungen zusehends zu kurz. Es werden nicht nur Zeitabläufe aufgestückelt, sondern die ›Wahrnehmungsräume‹ auf das Personal einer Abteilung aufgeteilt und eingeengt. Die eigenen Wahrnehmungen, aufgrund von Anwesenheit, Gesprächen, Berührungen während der Care-Arbeit, die Art und Weise, wie eine Angestellte aufgrund ihres Wissens und ihrer Situationskompetenz reagiert, zählen im Zeitalter der Ökonomisierung der Care-Arbeit in doppelter Hinsicht immer weniger: Im Arbeitsprozess werden die Möglichkeiten, die individuellen Menschen wahrzunehmen und mit ihnen zu interagieren, zunehmend arbeitsteilig eingeengt oder ganz wegrationalisiert. Dazu kommt, dass das Benchmarking und die standardisierten Leistungsvereinbarungen und -abrechnungen die Möglichkeiten, das Wahrgenommene in professionelles Handeln umzusetzen, einschränken. Es ist meistens schlicht keine Zeit dafür vorgesehen. Eine fatale Entwicklung, welche die im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen Tätigen zwingt, ihre Arbeit mindestens zum Teil anders zu machen, als sie es im konkreten Fall richtig fänden und es ihren ethischen Vorstellungen entspräche. Ich vermute, dass dies heute eine der wesentlichsten Stressursachen im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen ist. Die – zwar wichtige – Beseitigung von Lohndiskriminierung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind keine Antwort auf die hier beschriebene Entfremdung bei Care-Arbeiten.

PatientInnen müssen sich heute unzähligen Interventionen verschiedener Personen anpassen. Eine australische Studie zeigte beispielsweise, dass eine Schwangere von Beginn ihrer Schwangerschaft bis nach der Geburt ihres Kindes, inklusive Wochenbettbetreuung und Mütterberatung, mit bis zu 30 Personen aus dem Gesundheitswesen in Kontakt kommt (NSWMA 2008).<sup>16</sup> Ganz schön anstrengend, zusätzlich zum Gebären! Damit werden nicht nur grosse Beziehungsleistungen von Schwangeren verlangt, es erfordert auch einen riesigen Koordinationsaufwand. Und die Schwangeren erhalten oft sich widersprechende Beratungen und Anleitungen. Die australische Hebammenvereinigung NSWMA diagnostiziert denn auch für die Hebammen- und Geburtshilfedienste unter anderem, dass sie fragmentiert, ineffizient, ungerecht (teuer) seien und nicht den Bedürfnissen der Frauen entsprächen. (Ebd.)

Der Unterschied zur Arbeitsteilung in der Güterproduktion ist dabei, dass die betreffende Person mit ihrem Körper eine Einheit bildet und die statistisch erfassten, einzelnen Behandlungs-, Pflege- und Betreuungsleistungen sich nicht zu einem von ihr getrennten Produkt zusammenmontieren lassen wie Motor, Chassis und Karosserieteile eines Autos.

## Offene Arbeitsprozesse und Ungewissheit über Resultate von Interventionen

Zunehmend ist in der englischsprachigen Literatur anstatt von personenbezogenen Dienstleistungen von ›interactive services‹ die Rede. Dadurch wird zum Ausdruck gebracht, dass sich die Anforderungssituation durch die Interaktion zwischen Menschen ständig verändert – sei es zwischen Pflegenden und Kranken, zwischen LehrerInnen und Kindern oder zwischen SozialarbeiterInnen und KlientInnen. Professionalität und Kompetenz bei Care-Arbeiten bestehen gerade darin, auf diese unvorhersehbaren Prozesse adäquat reagieren, das theoretische und praktische Wissen der Situation anpassen zu können. Das gilt auch für unbezahlte Care-Arbeiten. Und es widerspricht fundamental den fordistischen, standardisiert organisierten Arbeitsprozessen, welche bestimmten Inputs eindeutige Outputs, respektive Resultate zuordnen. Annemarie Mol, politische Philosophin und Ethnographin, beschreibt die Vielschichtigkeit von Behandlungsprozessen und -entscheidungen in einem faszinierenden ethnographischen Bericht über die Behandlung von Bein-Arterienerkrankungen (Mol 2002: 218 ff). Sie weist darauf hin, dass es bei medizinischen Behandlungen meist keinen absoluten Standard für die Beurteilung gibt, ob eine Behandlung richtig oder falsch ist. Meistens geht es um eine bessere oder schlechtere Behandlung im Vergleich zu andern Behandlungsmöglichkeiten. Das Problem beginnt aber damit, dass ›besser‹ oder ›schlechter‹ einen Vergleich voraussetzt, bei dem klar ist, was verglichen werden soll. Dafür braucht es eine Simplifizierung respektive Standardisierung von Krankheitssymptomen und Behandlungserfolgen. Mol illustriert das an zwei Behandlungsmöglichkeiten: Operation und Gehtherapien. Mit zwei standardisierten Kriterien werden diese Erkrankungen beurteilt: 1. Wie weit kann ein Patient ohne Schmerzen gehen, 2. wie verstopft sind die Arterien? Bei der chirurgischen Behandlung wird vorausgesetzt, dass die Operation die grundlegende Ursache für die Schmerzen beim Gehen beseitigt. Es zeigte sich jedoch, dass nach der Behandlung viele PatientInnen, welche eine Gehtherapie hinter sich hatten, weiter gehen konnten, als diejenigen, welche die verstopften Arterien operieren liessen. Wurde jedoch gemessen, wie das Blut durch die operierten Arterien fliesst, waren die gehtherapierten PatientInnen aus chirurgischer Sicht noch gleich krank wie vorher, während es den operierten PatientInnen *definitionsgemäss* bedeutend besser ging. Sowohl bei der Erklärung der Ursache als auch bei der Analyse des Behandlungsergebnisses stellt sich die schwierige Frage, was nun eine gute Behandlung ist. Das hängt wesentlich

davon ab, was als Problem der PatientInnen und als Erfolg der Behandlung angesehen wird. In der Praxis geht es bei medizinischen Behandlungen um verschiedene, komplexe Fragen, die bei der Entscheidungsfindung vereinfacht werden müssen. (Ebd., 246) Der entscheidende Punkt dabei ist, dass die Antworten auf diese Fragen im Verlauf der Behandlung anders ausfallen können als zu deren Beginn. Julian Tudor Hart<sup>17</sup> weist darauf hin, dass das Denken in und das Abrechnen von Leistungen und Produkten eine Aufsplitterung der Arbeitsprozesse fördert und eine Voraussetzung zur Privatisierung und Vermarktung von Care-Dienstleistungen darstellt. (Hart 1992)

Die Sozialarbeitswissenschaftlerin Silvia Staub-Bernasconi hat die Problematik von offenen Arbeitsprozessen in der Sozialarbeit thematisiert. Die neoliberale Konzeption von Dienstleistung läuft, so Staub-Bernasconi, auf eine »McDonaldisierung« der Sozialen Arbeit hinaus: »McDonaldisierte soziale Systeme funktionieren effizient aufgrund des Vollzugs von Schritten innerhalb eines vorgezeichneten, durch die managerielle Führungsebene kontrollierten Prozesses. Von Professionalität kann hier keine Rede sein.« (Staub-Bernasconi: 2007) Auch hier geht es um das gleiche Thema: Was die Kompetenz bei Care-Berufen wesentlich ausmacht, nämlich die Fähigkeit, auf komplexe Situationen ad hoc adäquat reagieren zu können, wird durch eine rigide Standardisierung wegrationalisiert. Hinter der McDonaldisierung der Care-Arbeit steckt die ökonomische Vorstellung, dass das Gesundheitswesen, die Sozialarbeit und das Bildungswesen unter anderem deshalb immer teurer werden, weil sie nicht effizient und zielorientiert genug organisiert sind. Das ist ein grosser Irrtum. (Madörin 2011, 2013) Eine solche Argumentation überzeugt aber offensichtlich die politische Öffentlichkeit noch immer. Ich vermute, dass dies auch deshalb der Fall ist, weil die Effizienz-Argumentation erfolgreich an unsere zweihundertjährige Erfahrung mit der immer schnelleren und billigeren Güterproduktion anknüpft. Nur ist das im Fall der Care-Arbeit schlicht und einfach falsch. Eine solche Effizienzvorstellung kann nur um den Preis der Verminderung der Qualität und des faktischen Abbaus der Care-Arbeit durchgesetzt werden. Und sie macht aus Menschen Objekte.

### **Überlegungen zu einer Zukunftsdebatte**

Im Jahr 1979 erschien ein Essay der französischen Philosophin Geneviève Fraisse unter dem Titel *«Femmes toutes mains, essai sur le service domestique»*. Dreissig Jahre später wurde dasselbe Buch neu

aufgelegt, diesmal unter dem Titel ›Service ou servitude. Essai sur les femmes toutes mains‹. Die Veränderung des Titels der Zweitaufgabe weist auf eine Verschiebung der Fragestellung hin. In einem Interview zur Neuauflage des Buches beschreibt die Autorin, wie stark sich die Verhältnisse, in denen persönliche Dienstleistungen erbracht werden, geändert haben: Bis 1848 hatten männliche Diener in Frankreich kein Stimmrecht, weil sie als nicht autonom betrachtet wurden, als zu sehr vom Herrn abhängig und ihm loyal verbunden. Anfangs des 20. Jahrhunderts waren Hausangestellte in den bürgerlichen Haushalten rund um die Uhr verfügbar, später konnten sie unabhängig leben und verfügten über ein Minimum an Arbeitsrechten, arbeiteten aber immer noch lange und verdienten sehr wenig. In den 1970er-Jahren traten Haushaltsangestellte als Mitglieder der französischen Gewerkschaft CFDT an Demonstrationen auf mit dem Slogan: »Wir sind Arbeiterinnen wie alle andern auch.« (Fraisie 2009a) In den drei Jahrzehnten seit der ersten Edition des Buches gab es, so betont Fraisie, wiederum grundlegende Verschiebungen in der gesellschaftlichen Organisation persönlicher Dienstleistungen. (Fraisie 2009b:13f) Die Dienstbarkeit ist zur Dienstleistung mutiert. (Fraisie 2011) Die Frage stellt sich, wie wir heute die verschiedenen neuen Verhältnisse, in denen Care-Arbeit verrichtet wird, kritisch analysieren.

Die neue Frauenbewegung hat begonnen, die Unsichtbarkeit der unbezahlten Arbeit zu thematisieren. Aber – das ist das Hauptargument dieses Artikels – es gibt auch die Unsichtbarkeit der Care-Arbeit als Arbeitsprozess, den »dark continent«, das, was wir bis jetzt nicht genug in Sprache gefasst haben: Wie denken wir uns die Subjekt-Subjekt-Beziehung zwischen Dienstleistenden und DienstleistungsbezügerInnen? Wie organisiert eine Gesellschaft diese personenbezogenen Dienstleistungen heute? Wie viel und welche der bisher unbezahlten oder schlecht bezahlten Arbeit sollte regulär bezahlt werden? Ist es adäquat, für Arbeit von Hausangestellten gleich wenig zu bezahlen wie für unqualifizierte Arbeit am Fließband? Wie muss ein Spital oder eine Spitex organisiert sein, damit gute Pflege möglich ist: gut für die Pflegenden und gut für die Gepflegten? Wie müssten Kinderkrippen organisiert sein, die eine gute Betreuungsarbeit sowohl für die BetreuerInnen als auch für die Kinder gewährleisten? Wer entscheidet darüber? Wessen Definitionsmacht spielt dabei eine Rolle? Was denken wir, worauf es dabei ankommt? Und: Wie hängt dies alles mit Geschlechterverhältnissen zusammen?

Um über solche Fragen zu reden, fehlen uns nicht nur weitgehend die Analyse der gegenwärtigen Situation, sondern auch die adäquaten kritischen Begriffe, um eine solche Analyse leisten zu können.

Die Verwendung von Begrifflichkeiten wie ›Gemeingüter‹, ›Service public‹ oder ›Solidarität‹ lässt die Eigenheiten der Care-Arbeit verschwinden. Pflege und Kinderbetreuung sind keine Gemeingüter wie Wasserquellen oder Weinberge. Bei der Care-Arbeit geht es nicht um Solidarität, sondern um Arbeitsprozesse, die sich fundamental von der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung eines Rebberges oder einem gemeinsamen politischen Engagement unterscheiden. Es geht um die Interaktion zwischen – meistens zwei – Menschen, es geht um den Dienst an und für einzelne Menschen. Das Persönliche ist auf besondere Weise mit dem Politischen und Ökonomischen verschränkt, entgegen unseren Denkgewohnheiten – gerade wenn es um Politische Ökonomie geht.

## Anmerkungen

1 Die Idee zu diesem Titel stammt vom Buch von Annemarie Mol: *The Logic of Care. Health and the Problem of Patient Choice*. London/New York 2008.

2 Übersetzung ›Services à la personne‹ gemäss deutschsprachigem *Le Monde diplomatique*.

3 In einem Forschungsprojekt der UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development) wurden zur Care-Arbeit alle bezahlten und unbezahlten Dienstleistungen gezählt, die für Kinder sowie für pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene erbracht werden, ebenso Hausarbeit und alle unbezahlte Arbeit, welche direkt dem Wohlbefinden von Menschen dient, auch wenn es sich um gesunde erwachsene Menschen handelt. Eine Frage ist, ob Erwachsene, die zu Hause für sich selbst kochen, auch Care-Arbeit leisten – für sich sozusagen. In den schweizerischen Berechnungen für die UNRISD wurde diese Art der Sorgearbeit miteinbezogen. Anders wäre es gar nicht möglich gewesen. Darüber kann man streiten. Aber Sorge-Arbeit für sich selbst, bei der es um Ernährung, Wohnen, sich Kleiden etc. geht, müsste meiner Ansicht nach dazu gezählt werden. Zur UNRISD-Forschung ist inzwischen eine Artikelsammlung erschienen (Razavi/Staab: 2012), in der auch die Forschungsergebnisse zur Schweiz zusammengefasst sind (Madörin et al. 2012).

4 Bundesamt für Statistik: Gesamtwirtschaftliche Ausgaben der Haushalte für den Endkonsum, Produktionskonto nach institutionellen Sektoren, Modul unbezahlte Arbeit, jährliche Arbeitsvolumina und monetarisierter Wert der unbezahlten Arbeit. Die vom BfS berechnete Bruttowertschöpfung des Mahlzeitenzubereitens wäre rund 17 Prozent höher als der hier dafür angegebene monetarisierte Wert.

5 Ursula Schröter und Renate Ullrich beschreiben in ihrem sehr interessanten Buch (Schröter/Ullrich 2004, 68ff), wie trotz Vollerwerbstätigkeit, Diskussion zur ›Frau im Sozialismus‹ und grosser Anstrengungen, die Hausarbeit zu verringern, dies in der DDR in den 20 Jahren ab Mitte der 1960er Jahre nicht gelang.

6 Das ist die ökonomische Formel des Ernährerlohns im Fordismus: ein Lohn, der es dem Arbeiter erlaubt, Haushaltsmaschinen zu kaufen und einen Haushalt und den Unterhalt einer unbezahlt arbeitenden Hausfrau zu finanzieren, welche die Haushaltsmaschinen zur Produktion von Lebensstandard verwendet.

7 2. und 3. Sektor, ohne Landwirtschaft und Hausangestellte. Quelle: BFS Besta T2.8b, 2.Quartal 1992 und 2012.

8 Quelle: Bundesamt für Statistik, Beschäftigtenstatistik Besta.

9 Die institutionelle Ökonomie ist eine in den USA verankerte kritische Wirtschaftstheorie, die sich vor allem mit den Institutionen befasst, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse prägen. So gibt es aus dieser Sicht keine ›freien Märkte‹, nur in Institutionen und Regelungen eingebettete Märkte, auch wenn sie scheinbar dereguliert sind.

10 In Frankreich ›services publics‹ und ›services à la personne‹.

11 Ein eindrückliches Bild dafür, was der französische Philosoph Michel Foucault als »eine Art permanentes ökonomisches Tribunal« bezeichnet hat (Vorlesung vom 21.3.1979, zit. in Lemke o.J.).

12 Wobei die Kontrolle dank Videokameras sehr weit gehen kann. Auf Youtube kursierte ein Video, das eine japanische Angestellte zeigt, die mithilfe eines Bildschirms ihr Verkäuferinnenlächeln überprüft, bevor sie die Arbeit beginnt. (›Japanese smile‹: [www.youtube.com/watch?v=QOvdNylCUk4](http://www.youtube.com/watch?v=QOvdNylCUk4))

13 Leopoldina Fortunati spricht beispielsweise von »domestic or reproductive immaterial labor« (Fortunati 2007, 140).

14 Das trifft vielleicht bei bestimmten medizinischen Berufen zu, die ein hochspezialisiertes Fachwissen und -können voraussetzen, wie z.B. die Chirurgie.

15 Die heute bei den Standard-Pflegeleistungen vorgesehenen Gespräche sind offiziöser und formeller.

16 Mit Dank an Marianne Haueter für den Hinweis. Die Hebamme und Dozentin an der Berner Fachhochschule Fachbereich Gesundheit hat auf meine Anfrage geschätzt, dass eine werdende Mutter in der Schweiz auf bis zu 20 Kontakte mit Gesundheitspersonal kommen kann in der Zeitspanne von Schwangerschaftsvorsorge, Geburt, Wochenbettbetreuung bis zum ersten Kontakt mit einer Mütter- und Väterberatungsstelle.

17 Julian Tudor Hart war früher Allgemeinmediziner und hat zu medizinischer Primärversorgung im Vereinigten Königreich geforscht. Er hat im Alter von 78 Jahren ein sehr lesenswertes Buch über die politische Ökonomie des Gesundheitswesens geschrieben. (Hart 2006)

## Literatur

Bartholomeyczik, Sabine: Pflegezeitbemessung unter Berücksichtigung des Beziehungsprozesses. Referat anlässlich des 6. Symposium Pflegebeziehung: Beziehungsarbeit – Eine wertvolle Billiglinie? Psychiatrische Klinik Wil, 11. Mai 2007. <http://www.psychiatrie-nord.sg.ch/home/infos/publikationen/archiv-publikationen.html>

Baumol, William J.: *The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't*. New Haven & London 2012.

Donath, Susan: *The Other Economy – A suggestion for a Distinctively Feminist Economics*. In: *Feminist Economics*, 6. Jahrgang, 1. Halbjahr, S. 115–125, 2000.

Davidoff, Leonore: *Worlds Between. Historical Perspectives on Gender & Class*. Cambridge/Oxford 1995.

Eidgenössisches Büro für Gleichstellung von Frau und Mann (EBG): *Anerkennung und Aufwertung der Care-Arbeit. Impulse aus Sicht der Gleichstellung*. Bern 2010. [www.gleichstellung-schweiz.ch](http://www.gleichstellung-schweiz.ch)

Fortunati, Lepoldina: *Immaterial Labor and its Machinization*. In: *ephemera* Jg. 7 (1): 139–157, 2007.

Dies.: *The Arcane of Reproduction. Housework, Prostitution, Labor and Capital*. New York 1995.

Fraisse, Geneviève: *Dienen und Versorgen*. In: *Le Monde diplomatique*, 9.9.2011. [www.monde-diplomatique.de/pm/2011/09/09.mondeText.artikel,a0068.idx,23](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/09/09.mondeText.artikel,a0068.idx,23)

Dies.: *Service or Servitude*, Interview von Jacqueline Sellem. In: *L'Humanité in English*, 21.10.2009a. [www.humaniteinenglish.com/spip.php?article1354](http://www.humaniteinenglish.com/spip.php?article1354)

Dies.: *Service ou Servitude. Essai sur les femmes toutes mains*. Lormont 2009b.

Hart, Julian Tudor: *The political economy of health care. A clinical perspective*. Bristol 2006.

Dies.: *Two paths for medical practice*. In: *The Lancet* vol. 340, 1992.

Lemke, Thomas: *Gouvernementalität*. O.J. [www.thomaslemke.de](http://www.thomaslemke.de)

Lynch, Kathleen; Judy Walsh: *Love, Care and Solidarity: What Is and Is Not Commodifiable*. In: Lynch, Kathleen; John Baker; Maureen Lyons et al.: *Affective Equality. Love, Care and Injustice*. Hampshire 2009.

Madörin, Mascha: *Ökonomisierung des Gesundheitswesens aus der Sicht der Pflege. Exposé im Auftrag des Instituts für Pflege, Winterthur. Unveröffentlichtes Manuskript*. 2013

Madörin, Mascha; Brigitte Schnegg; Nadia Baghdadi: *Advanced Economy, Modern Welfare State and Traditional Care Regimes: The Case of Switzerland*. In: Razavi, Shahra; Silke Staab: *Global Variations in the Political and Social Economy of Care: Worlds Apart*. New York/London 2012, S. 43–60.

Madörin, Mascha: *Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine femi-*



nistische Sicht. In: Denknetz Jahrbuch, S. 56–70, 2011. [www.denknetz-online.ch/](http://www.denknetz-online.ch/)

Dies.: Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz. In: *Widerspruch* Heft Nr. 58 (30), S. 97–108, 2010a.

Dies.: Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Bauhardt, Christine; Gülay Çalar (Hrsg.): *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden 2010b, S. 81–104.

Dies.: Ökonomie der Beziehungsarbeit in der Pflege – Finanzierung von Care-Leistungen. Referat anlässlich des 6. Symposium Pflegebeziehung: Beziehungsarbeit – Eine wertvolle Billiglinie? Psychiatrische Klinik Wil, 11. Mai 2007. <http://www.psychiatrie-nord.sg.ch/home/infos/publikationen/archiv-publikationen.html>

McDowell, Linda: *Working Bodies. Interactive Service Employment and Workplace Identities*. Chichester/ Oxford/Malden 2009.

Mol, Annemarie; Ingunn Moser; Jeannette Pols: Care: putting practice into theory. In: Dies. (Hrsg.): *Care in Practice. On Tinkering in Clinics, Homes and Farms*. Bielefeld 2010, S. 7–27.

Mol, Annemarie: Cutting Surgeons, Walking Patients: Some Complexities Involved in Comparing. In: Law, John; Annemarie Mol (Hrsg.): *Complexities. Social Studies of Knowledge Practices*. Durham 2002, S. 218–257.

Nelson, Sioban; Suzanne Gordon (Hrsg.): *The complexities of Care. Nursing Considered*. Ithaka/London 2006.

NSWMA New South West Midwives Association: *Submission to Improving Maternity Services in Australia: A Discussion Paper from the Australian Government*. Glebe 2008 (Manuskript).

Picchio, Antonella (Hrsg.): *Unpaid Work and the Economy. A gender analysis of the standards of living*. London/New York 2003.

Razavi, Shahra; Silke Staab: *Global Variations in the Political and Social Economy of Care: Worlds Apart*. New York/London 2012.

Rieger, Andreas; Pascal Pfister; Vania Alleva: *Verkannte Arbeit. Dienstleistungsangestellte in der Schweiz*. Zürich 2012.

Samuel, Sajak; Mark W. Dirmsmith; Barbara McElroy: Monetized medicine: from the physical to the fiscal. In: *Accounting, Organizations and Society* 30, S. 249–278, 2005.

Schröter, Ursula; Renate Ullrich: *Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR*. Berlin 2004.

SBK-ASI: *Professionelle Pflege in der Schweiz. Perspektive 2020. Positionspapier der schweizerischen Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK*. Bern 2011.

Staub-Bernasconi, Silvia: Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft. In: Lob-Hüdepohl, Andreas; Walter Lesch (Hrsg.): *Ethik Sozialer Arbeit – Ein Handbuch: Einführung in die Ethik der Sozialen Arbeit*, Schöningh 2007, S. 20–54.

Wolkowitz, Carol: *Bodies at Work*. London/ Thousand Oaks/New Delhi 2006.



### ***Weiterführende Literatur:***

- Adler, Frank, Ulrich Schachtschneider (Hg.): Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft, München 2017.
- Ammann, Daniel: King of Oil: Marc Rich – vom mächtigsten Rohstoffhändler der Welt zum Gejagten der USA, Zürich 2010.
- Beitin, Andreas, Alexander Klose, Benjamin Steininger (Hg.): Oil. Schönheit und Schrecken des Erdölzeitalters, Köln 2021.
- Binswanger, Mathias: Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Weinheim 2019.
- Binswanger, Hans Christoph: Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft, Hamburg 2009.
- Binswanger, Mathias: Die Tretmühlen des Glücks. Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun? Freiburg 2006.
- Borscheid, Peter: Das Tempo-Virus. Eine Kulturgeschichte der Beschleunigung, Frankfurt a. M. 2004.
- Brand, Ulrich, Markus Wissen: Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München 2017.
- Brandenberger, Kurt; Urs P. Gasche, Hanspeter Guggenbühl, Fredy Haemmerli: Das Märchen von der sauberen Schweiz: Pleite im Umweltschutz, Basel 1982.
- Buomberger, Thomas, Peter Pfrunder (Hg.): Schöner leben, mehr haben. Die 50er Jahre in der Schweiz im Geiste des Konsums, Zürich 2012.
- Caradonna, Jeremy L.: Sustainability: A History, New York 2014.
- D'Alisa, Giacomo, Federico Demaria, Giorgos Kallis (Hg.): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära, München 2015.
- Gasche, Urs P., Hanspeter Guggenbühl: Schluss mit dem Wachstumswahn. Plädoyer für eine Umkehr, Glarus 2010.
- Gisler, Monika: Die schweizerische Gasindustrie, Zürich 2020.
- Gisler, Monika: Erdöl in der Schweiz. Eine kleine Kulturgeschichte (Verein für wirtschaftshistorische Studien), Zürich 2011.
- Göpel, Maja: Unsere Welt neu denken. Eine Einladung, Berlin 2020.
- Hänggi, Marcel: Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance. Herausgegeben von der schweizerischen Energiestiftung, Zürich 2011.
- Halbeisen, Patrick, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012.
- Hickel, Jason: Weniger ist mehr. Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind, München 2022.
- Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, München 2017.
- Kehnel, Annette: Wir konnten auch anders. Eine kurze Geschichte der Nachhaltigkeit, München 2021.

- Knobloch, Ulrike (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum, Weinheim 2019.
- König, Wolfgang: Geschichte der Wegwerfgesellschaft. Die Kehrseite des Konsums, Stuttgart 2019.
- Kupper, Patrick, Irene Pallua: Energieregime in der Schweiz seit 1800, Bern 2016.
- Länzlinger, Stefan, Thomas Schärer: Gifttod, Betonwüsten, strahlende Zukunft: Umweltbewegungen und bewegte Bilder in der Schweiz, 1940–1990 (Berner Studien zur Geschichte, Reihe 4: Visual Environmental History, Band 1), Bern 2020.
- Latouche, Serge: Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. Mit einem Vorwort von Niko Paech, München 2015.
- Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München 2018.
- Macekura, Stephen: The Mismeasure of Progress: Economic Growth and its Critics, Chicago 2020.
- Martschukat, Jürgen, Das Zeitalter der Fitness. Wie der Körper zum Zeichen für Erfolg und Leistung wurde, Frankfurt a. M. 2019.
- Mauch, Samuel, Rolf Iten (Hg.): Wachstum und nachhaltige Entwicklung. Dreissig Jahre nach dem NAWU-Report «Wege aus der Wohlstandsfalle», Zürich 2007.
- Neckel, Sighard et al.: Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit: Umriss eines Forschungsprogramms, Bielefeld 2018.
- Pfister, Christian (Hg.): Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995.
- Schmelzer, Matthias, Andrea Vetter: Degrowth / Postwachstum zur Einführung, Hamburg 2019.
- Schmelzer, Matthias: The Hegemony of Growth: The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm, Cambridge 2016.
- Schor, Juliet: Wahrer Wohlstand. Mit weniger Arbeit besser leben, München 2016.
- Seidl, Irmi, Angelika Zahrt (Hg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft, Marburg 2019.
- Seidl, Irmi, Angelika Zahrt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010.
- Sieber, Markus: Schneller, weiter, billiger, mehr? Mobilität und Verkehr in der Schweiz seit 1918, Zürich 2022.
- Smil, Vaclav: Energy and Civilization: a History, Cambridge 2018.
- Stronge, Will, Aidan Harper (Hg.): The Shorter Working Week: A Radical and Pragmatic Proposal, Autonomy 2019.
- Ungericht, Bernhard: Immer-mehr und Nie-genug! Eine kurze Geschichte der Ökonomie der Masslosigkeit, Marburg 2021.
- Wiegandt, Klaus (Hg.): Mut zur Nachhaltigkeit. 12 Wege in die Zukunft, Frankfurt a. M. 2016.
- Welzer, Harald, Klaus Wiegandt (Hg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft, Frankfurt a. M. 2013.